Triggerpunkte

Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft

Von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser

edition suhrkamp
SV

SPIEGEL Bestseller

Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser

Triggerpunkte

Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft

Suhrkamp

Zur optimalen Darstellung dieses eBook wird empfohlen, in den Einstellungen *Verlagsschrift* auszuwählen.
Die Wiedergabe von Gestaltungselementen, Farbigkeit sowie von Trennungen und Seitenumbrüchen ist abhängig vom jeweiligen Lesegerät und kann vom Verlag nicht beeinflusst werden.
Zur Gewährleistung der Zitierfähigkeit zeigen die grau gerahmten Ziffern die jeweiligen Seitenanfänge der Printausgabe an.
Um Fehlermeldungen auf den Lesegeräten zu vermeiden werden inaktive Hyperlinks deaktiviert.

eBook Suhrkamp Verlag Berlin 2023
Der vorliegende Text folgt der Erstausgabe, 2023.
edition suhrkamp
Sonderdruck
Originalausgabe
© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2023
Alle Rechte vorbehalten.
Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text
und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.
Der Inhalt dieses eBooks ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.
Für Inhalte von Webseiten Dritter, auf die in diesem Werk verwiesen wird, ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber verantwortlich, wir übernehmen dafür keine Gewähr. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.
Umschlag gestaltet nach einem Konzept von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt
Umschlagabbildungen: © thingamajiggs/Adobe Stock
eISBN 978-3-518-77676-6
www.suhrkamp.de

Inhaltsverzeichnis

Cover

Titel

Impressum

Inhalt

1. Einleitung
    - Gesellschaftliche Spaltungsdiagnosen
    - This is not America
    - Umkämpfte Ungleichheiten
    - Vorschau auf zentrale Befunde
    - Anspruch des Buches
2. Arenen der Ungleichheitskonflikte
    - Welche Konflikte?
    - Welche Ungleichheit?
    - Versuch einer Typologisierung
    - Oben-Unten-Ungleichheiten
    - Innen-Außen-Ungleichheiten
    - Wir-Sie-Ungleichheiten
    - Heute-Morgen-Ungleichheiten
    - Analysewerkzeuge
3. Oben-Unten-Ungleichheiten
    - Märkte und Klassen
    - Ungleichheitskritik
    - Die Tücken der Meritokratie
    - Unverdienter Reichtum
    - Wohlfahrt als demokratischer Klassenkampf?
    - Nach unten treten: Moralisierte Anspruchskonkurrenz

Privatisierte Statussicherung
Demobilisierte Klassengesellschaft
Vom Kampf der Klassen zur Konkurrenz der Individuen

4. Innen-Außen-Ungleichheiten
Der Nationalstaat und seine Grenzen
Kampf um Grenzen
Bedingte Inklusionsbereitschaft
Steuerbarkeit und Legitimität
Verteidigung von Anspruchshierarchien
Kulturelle Codierung der Mitgliedschaftsgrenze
Gute Migranten – schlechte Migranten

5. Wir-Sie-Ungleichheiten
Kämpfe um Anerkennung
Wertewandel und Liberalisierung
Erlaubnistoleranz
Respekttoleranz
Quoten und Sprachregelungen
Exklusive Inklusivität?
Öffentliche Umwertung oder stillschweigende Eingemeindung?

6. Heute-Morgen-Ungleichheiten
Climate changes nothing?
Zyklen des Umweltbewusstseins
Klimapolitische Spaltungslinien?
Der ökologische Fußabdruck von Klassen und Nationen
Ungleiche Betroffenheit oder kollektive Risiken?
Transformationslasten: Vom Ende der Welt zum Ende des Monats
Ökologische Distinktion
Angst vor welchem Wandel?

7. Triggerpunkte
Gesellschaft der Empörten?
Ungleichbehandlungen

Normalitätsverstöße
Entgrenzungsbefürchtungen
Verhaltenszumutungen
Eine Taxonomie gesellschaftspolitischer Trigger

8. Der soziale Raum der Ungleichheitskonflikte
Eine Repolitisierung der Sozialstruktur?
Klassenspezifik, nicht Klassenpolarisierung
Alte weiße Männer?
Verschachtelte Ungleichheitsarenen
Konfliktraum und soziale Landkarte

9. Affekt und Struktur
Soziale Sortierung und affektive Polarisierung
Gefühlsthermometer: Sympathie und Antipathie
Alte und neue Medien
Wut und Veränderungserschöpfung

10. Der politische Raum der Ungleichheitskonflikte
Verortung in der Parteienlandschaft
Affektpolitik
Polarisierungsunternehmer

11. Politisierung und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft
Nicht Kamel, sondern Dromedar
Politisierung ohne Polarisierung
Klassenunterschiede
Eine zerklüftete Konfliktlandschaft
Konfliktbefriedung?

Anmerkungen
1. Einleitung
2. Arenen der Ungleichheitskonflikte
3. Oben-Unten-Ungleichheiten
4. Innen-Außen-Ungleichheiten

5. Wir-Sie-Ungleichheiten
6. Heute-Morgen-Ungleichheiten
7. Triggerpunkte
8. Der soziale Raum der Ungleichheitskonflikte
9. Affekt und Struktur
10. Der politische Raum der Ungleichheitskonflikte
11. Politisierung und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft

Literatur

Anhang

Onlineanhang

Abbildungsverzeichnis

Dank

Informationen zum Buch

1. Einleitung

Spaltungsdiagnosen sind in den letzten Jahren zu einem Masternarrativ geworden, mit dem sich die Gesellschaft ihren Wandel erzählt. Mit Besorgnis registriert man soziale und politische Fliehkräfte, die das Zentrum in entgegengesetzte Richtungen zerren, hin zu den wachsenden Rändern. Wo man sich früher einig war oder Differenzen sachlich austrug und friedlich weiterlebte, so die Wahrnehmung, herrschen heute nur noch Streit und Hysterie, Rechthaberei und Abgrenzung. Der allgegenwärtige Begriff der *Polarisierung* wird zur Chiffre einer Erosion des Zusammenhalts und einer Bedrohung der Demokratie.

Im Bild der Polarisierung ist die Gesellschaft in zwei Lager gespalten, die mit widerstreitenden Meinungen, Interessen und Werten aufeinanderprallen. Bildlich könnte man auch von einer *Kamelgesellschaft* sprechen: zwei steil aufragende Höcker, dazwischen ein trennendes Tal unüberbrückbarer Unterschiede. Das Gegenbild wäre die harmonische und wohlintegrierte *Dromedargesellschaft*, die nur einen Höcker kennt, der sich über den gesamten Rücken spannt.[1] Soziale Positionen, Mentalitäten und Einstellungen sind um ein Zentrum herum normalverteilt (Abbildung 1.1).

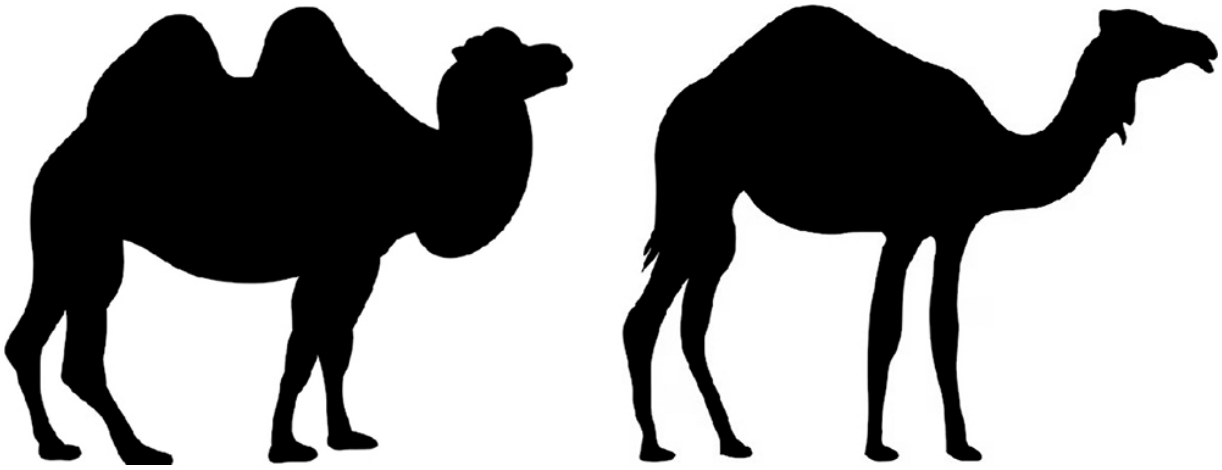


Abb. 1.1: Kamel oder Dromedar?

Quelle: Freepik

Die Polarisierungsthese behauptet, dass wir uns von einer Dromedar- zu einer Kamelgesellschaft entwickeln. Inwiefern dem so ist, wird sowohl öffentlich als auch wissenschaftlich heiß debattiert. Auf politischen Podien, in Talkshows wie auch in den sozialen Medien verbreiten sich Polarisierungsdiagnosen geradezu inflationär. Auch für den Printjournalismus lässt sich ein sprunghafter Anstieg des Vokabulars von Polarisierung und Spaltung verzeichnen: So kann man anhand des Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache ermitteln, wie häufig bestimmte Begriffe in großen deutschsprachigen Tages- und Wochenzeitungen vorkommen. Abbildung 1.2 zeigt den Be 8 fund: Der Formel »Spaltung der Gesellschaft« sowie Wörtern, die mit »polaris-« beginnen (etwa »polarisiert«, »polarisierend« oder »Polarisierung«), wird im Verlauf der Jahrzehnte immer größere Prominenz zuteil.[2] Spaltungsdiagnosen schießen vor allem in den letzten zehn Jahren in die Höhe, die Häufigkeit des Polarisierungsbegriffes nimmt schon seit Längerem stetig zu.

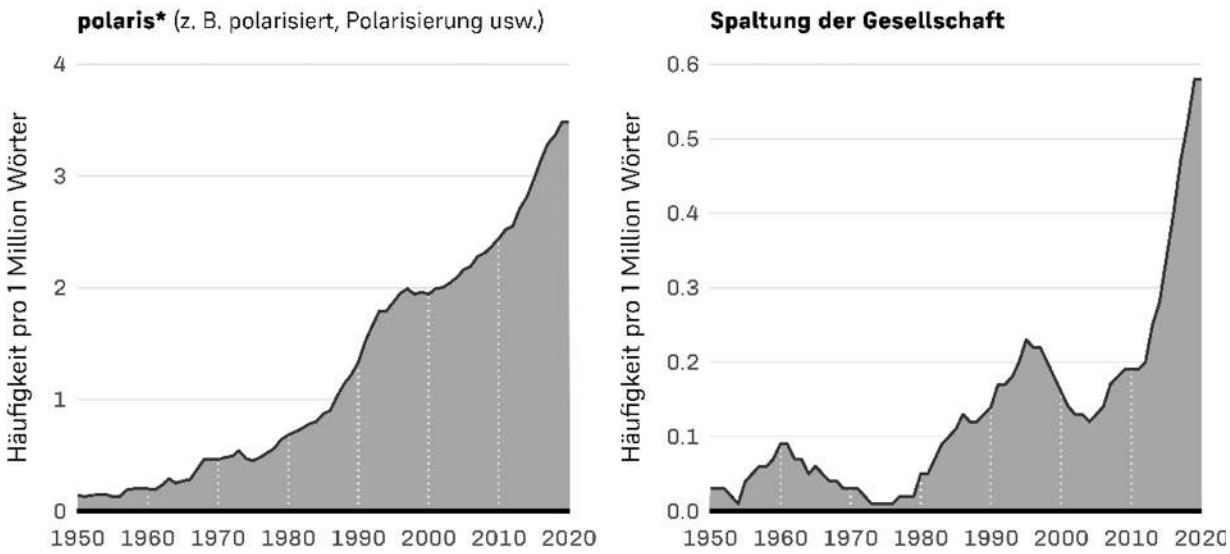


Abb. 1.2: Spaltung und Polarisierung im Zeitungsdiskurs

Daten: Zeitungskorpus des Digitalen Wörterbuchs der deutschen Sprache.

Doch stimmt das allseitig aufgerufene Bild der Spaltung? Leben wir tatsächlich in einer Kamelgesellschaft, oder bewegen wir uns auf sie zu? Und wenn ja, wer sind die Menschen, die sich auf den Höckern gegenüberstehen? Diese Fragen stellen den Horizont dieses Buches dar, in dem wir eine eigene Analyse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen entfalten, die über Pauschalisierungen hinausgehen soll. Wir schlüsseln anhand vielfältiger Daten auf, welche Konfliktthemen und -gruppen unsere Gesellschaft tatsächlich strukturieren. Dabei rücken wir mit soziologischem Blick jene vielfältigen Formen von *Ungleichheit* in den Vordergrund, an denen sich die Kontroversen der Gegenwart entzünden. Bevor wir einen Überblick über das Kommende geben, wollen wir gängige Polarisierungsthesen kurz skizzieren und auf einen Nennwert bringen.

9 Gesellschaftliche Spaltungsdiagnosen

Trotz der jüngsten Prominenz dieser Thesen gehört das Bild eines Auseinanderfallens der Gesellschaft in gegensätzliche Blöcke seit Langem

zum Repertoire der Zeitkritik. So erklärte Marx die sozialen Kämpfe seiner Zeit durch die Grundspannung des Kapitalismus.[3] Als Kamelhöcker treten hier soziale Klassen auf, die durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln und ihre Position in der Produktionssphäre bestimmt sind. Im Spiel der kapitalistischen Kräfte, so prophezeite es das *Kommunistische Manifest*, würden »Zwischenklassen« nach und nach zerrieben.[4] Übrig blieben zwei antagonistische Hauptklassen, verkörpert durch die Gruppen der Besitzenden und der Lohnabhängigen.[5] Dieses schismatische *Zwei-Klassen-Modell* war lange Zeit eine der wirkmächtigsten Polarisierungsdiagnosen in den Sozialwissenschaften. Es regte unter anderem Studien an, die nachverfolgten, ob und wie sich objektive »Klassen an sich« zu »Klassen für sich« mit einem Gemeinschaftsgefühl und einem geteilten Verständnis der Situation formierten bzw. was diesen Übergang verhinderte.[6]

Ein dezidiert nicht marxistischer, aber ähnlich strukturell ausge 10 richteter Forschungsansatz entwickelte sich in der Politikwissenschaft ab den späten sechziger Jahren mit der sogenannten *Cleavage-Theorie*.[7] Cleavages – zu Deutsch: Spaltungslinien – bezeichnen historisch relativ stabile Konfliktkonstellationen, die sich aus der Teilung von Bevölkerungsgruppen entlang sozialer Interessen und Identitäten ergeben. Die Cleavage-Forschung versucht zu erklären, warum nationale Parteiensysteme oft durch ähnliche Gegensätze strukturiert sind (etwa den zwischen Sozialdemokraten und Konservativen) und warum sich die Konstellationen zugleich von Land zu Land unterscheiden. Entsprechend ihrer leitenden Metapher zeichnet die Theorie ein Bild der Meinungslandschaft als geprägt durch Kollisionen und Gräben, die sich in langen historischen Prozessen aus »tektonischen« Verwerfungen ergeben. Was in der Geologie das Aufeinanderprallen oder Auseinanderreißen von Kontinentalplatten ist, sind in der Cleavage-Forschung Großprozesse wie die Herausbildung der Nationalstaaten und die industrielle Revolution. Sie schaffen Gewinner und Verlierer, etwa wenn nationalstaatliche Zentralisierung regionale Eliten deklassiert oder die kapitalistische Produktion Menschen die Arbeitsmittel entzieht und ihr Überleben von

Marktgeschicken abhängig macht. In kritischen Momenten der Weichenstellung (sogenannten *critical junctures*) brechen derlei Antagonismen auf und bringen verschiedene Gruppen miteinander in Konflikt. In welchem Kontext dieser ausgefochten wird und wie sich die Antagonisten organisieren, prägt in der Folge dauerhaft die Parteienlandschaft. Denn einmal entstanden, tendieren die entsprechenden politischen Parteien dazu, diese Konfliktstrukturen auf Dauer zu stellen. Sie bleiben »eingefroren« und verschieben sich nur langsam – bis ein neuer Strukturwandel die nächste Eruption provoziert.

Damit man von einem Cleavage sprechen kann, müssen drei Elemente zusammentreten:[8] erstens ein struktureller *Interessengegensatz* zwischen Gruppen, die aufgrund ihrer sozialen Stellung zu Gewinnern oder Verlierern von Transformationsprozessen werden (mit einer typischen Bevölkerungsgliederung nach sozioökonomischen 11 oder auch regionalen, religiösen und sonstigen Faktoren); zweitens ein *Gruppenbewusstsein* in Form eines gesteigerten Zusammengehörigkeitsgefühls und einer geteilten »Kultur« im weiteren Sinne; und drittens eine Form der institutionalisierten politischen *Interessenvertretung* durch Parteien. Die Kernvorstellung besagt, dass im Parteiensystem Konflikte ihren Ausdruck finden, die auf der tieferen Ebene der Sozialstruktur sowie sozialer Identitäten angelegt sind.

Die Paradigmen der antagonistischen Klassengesellschaft oder einer durch Spaltungslinien geprägten Konfliktlandschaft waren dabei nie unumstritten. Der gewichtigste Einwand gegen die marxistische Spaltungsprognose war der Aufstieg einer Mittelschicht der »Weder-Kapitalisten-noch-Proletarier«, in der die »Interessenkontraste der äussersten Flügel vermittelnden Ausgleich erfahren«, wie es der berühmteste Sozialstrukturforscher der Weimarer Republik, Theodor Geiger, mit Blick etwa auf die wachsenden Angestelltenmilieus beschied.[9] Diese empirisch wohlfundierte Kritik am Zwei-Klassen-Modell mutierte in den fünfziger Jahren unter dem Etikett der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« zu einer Selbstbeschreibung der Bundesrepublik, die sich ganz grundsätzlich von jeglicher Konflikthaftigkeit absetzte und

ein »Nivellement aller sozialen Schichten durch Entdifferenzierung und Auflösung der alten sozialen Klassen« behauptete.[10] Obgleich die empirische Diagnose einer gemütlich ausgeglichenen, auf die mittleren Soziallagen zentrierten und letztlich konsensuellen Gesellschaft viele blinde Flecke aufwies, übte das Bild als Ideal eine starke Anziehungskraft aus.[11]

Und obwohl sich der *Cleavage*-Ansatz als empirisch recht ergiebig erwies, galt er manchen insbesondere ab den Achtzigern aus ebenjenen Gründen, die auch gegen die Fortschreibung des Klassenantagonismus sprachen, als veraltet. Spätestens ab diesem Zeitpunkt zeigten Studien, dass es immer schwieriger wurde, das Wahlverhalten auf der Basis struktureller Merkmale zu prognostizieren, während die einstmals bestimmenden »sozialmoralischen Milieus«[12] ausfransten. Nicht nur die Verbindung zwischen Klassenzugehörigkeit und 12 Parteipräferenz wurde lockerer, Kirchenzugehörigkeit und regionale Identität verloren ebenfalls an Bedeutung, auch wenn es um die Tiefe und genaue Gestalt dieser Veränderung bis heute intensive fachliche Debatten gibt.[13] Mit der soziologischen Individualisierungsthese und der angelsächsischen Diskussion über einen vermeintlichen »death of class« trat eine weitere Interpretation hinzu, die das Aufbrechen kollektiver Lebensformen, die »Entstrukturierung der Sozialstruktur« und die »Pluralisierung der Lebensstile« als wesentliche Veränderungen betonte.[14] Man befand sich demzufolge nicht nur »jenseits von Stand und Klasse« (Ulrich Beck), sondern auch jenseits wohlgeordneter sozialstruktureller Zuweisungsprozesse und eindeutiger Konfigurationen des Sozialen. Klassenidentitäten seien weggeschmolzen, ständisch geprägte Klassenformationen würden nach und nach enttraditionalisiert, das hierarchische Modell der Klassengesellschaft büße sukzessive an Realitätsgehalt ein.[15] Die soziale Welt erschien nun mehr als Wimmelbild denn als sauber strukturierter Antagonismus. Dem entsprach auf der politischen Ebene ein Strauß neuer Themen – Ökologie, Feminismus, die Liberalisierung von Lebensweisen –, deren Basis nicht mehr in

sozialstrukturellen Großgruppen, sondern in individuellen Werthaltungen verortet wurde.[16]

Die neuen Polarisierungsdiagnosen behaupten nun im Grunde, dass dieser Befund der Entstrukturierung seinerseits veraltet ist. Polarisierung als Signatur der Zeit, so die Stoßrichtung, sorgt auch wieder für eindeutigere Konfliktverhältnisse. Zentral ist dabei die These, der Übergang zur postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, der Wertewandel und die Globalisierungsprozesse kämen einer neuerlichen Verschiebung tektonischen Ausmaßes gleich, die auch zu neuen Spaltungslinien und Klassenkonflikten führe.[17] Statt einer zunehmenden Diversifizierung und verschwimmender Interessenlagen entstünden neue Großgruppen mit auseinanderklaffenden Interessen und Werten, repräsentiert durch neue politische Parteien.

Die gängigen Begriffspaare zur Beschreibung dieser Gruppen sind vielfältig, doch sie zielen auf ähnliche Phänomene. So ist die Rede von 13 »Universalisten« und »Partikularisten«, abgehobenen »Anywheres« und verwurzelten »Somewheres«, »Kosmopoliten« und »Kommunitaristen« oder »Globalisierungsgewinnern« und »Globalisierungsverlierern«.[18] Man kann diese Dyaden als Namen für ein neues Paar Kamelhöcker verstehen. Wenn man die Begriffe als Real- und nicht nur als Idealtypen begreift,[19] dann wird mit ihnen die Existenz abgegrenzter und empirisch kartierbarer gesellschaftspolitischer Lager unterstellt. Menschen lassen sich demnach (zunehmend) entweder als das Eine oder das Andere klassifizieren und fallen nicht mehrheitlich in die Schubladen der Sowohl-als-auch- oder der Weder-noch-Typen. Dabei sind diese Gruppen und ihre Weltbilder in einem spannungsreichen und emotional aufgeladenen Konflikt aufeinander bezogen und sich wechselseitig nicht einerlei. Die einen wollen das eine, die anderen das genaue Gegenteil. Es existiert eine Frontstellung widerstreitender Grundhaltungen; mehr noch, es wird ein kausaler Nexus zwischen beiden unterstellt: Weil die einen die Öffnung, Modernisierung und Liberalisierung vorantrieben, käme es bei den anderen zu einem kulturellen Backlash und einem umso stärkeren Insistieren auf nationaler

Schließung sowie traditionellen und autoritären Positionen.[20] Teil dieser Etikettierungen ist so auch eine Syndromannahme, also die Vorstellung, dass charakteristische Einstellungen gemeinsam auftreten. Es geht nicht um Ansichten zu einzelnen Problem- und Politikbereichen, sondern um umfassende Einstellungsbündel, die sich zu entgegengesetzten Weltbildern formieren.

Verbunden wird diese Großgruppendiagnose mit der wichtigen Beobachtung, dass sich auch der politische Raum verändert hat. War die Landschaft der Nachkriegszeit durch eine an Fragen der ökonomischen Verteilung geknüpfte Links-rechts-Unterscheidung strukturiert, so könne man nunmehr von einem (mindestens) zweidimensionalen politischen Raum sprechen. Eine neue kulturelle Konfliktlinie verlaufe quer zum alten Cleavage. In diesem neuen Konflikt gehe es zuallererst um Fragen der Öffnung und Schließung von Grenzen (ihre Schutzfunktion und ihre Rolle für den politischen Prozess) 14 und der kulturellen Liberalisierung. Die Pole seien kulturelle Modernisierung, Weltoffenheit und Anerkennungsbereitschaft auf der einen und Traditionalismus, nationale Schließung und kulturelle Homogenität auf der anderen Seite. Gerungen wird in dieser Dimension um so unterschiedliche Themen wie Antirassismus, Migration, sexuelle Diversität, Gender-Mainstreaming, Law-and-Order oder Ökologie. Auf der Ebene der politischen Repräsentanz werden die Sammelbezeichnungen »TAN« (Traditionalistisch-Autoritär-Nationalistisch) und »GAL« (Grün-Alternativ-Liberal) für die Benennung von Parteienfamilien genutzt, die sich entlang dieser neuen Front aufstellen.[21] Der Aufstieg rechtspopulistischer und linksliberal-grüner Parteien, den wir in vielen westeuropäischen Ländern beobachten können, repräsentiert diesen neuen Cleavage besonders deutlich. Es gab und gibt jedoch auch innerhalb älterer Parteien Strömungen, die diese Konfliktlinie thematisch aufnehmen und um Positionierungen in der neuen Dimension ringen.

Ein »dünner« Polarisierungsbegriff versteht unter Polarisierung die (wachsende) Diskrepanz von politischen Einstellungen und von Wählerschaften, ein »dicker« (soziologischer) Begriff schaut im Sinne der

Cleavage- oder Klassen-Theorie auf die Verbindung von sozialer Struktur und politischer Positionierung. Polarisierung im Sinne einer gesellschaftlichen Spaltung liegt danach nur dann vor, wenn das Auseinanderdriften der Einstellungen mit einer sozialstrukturellen Segmentierung einhergeht. Finden sich derlei sozial »tiefere« Strukturen, kann man davon ausgehen, dass es sich um einen dauerhafteren Konflikt handelt, in dem sich politische und soziale Haltungen und Identitäten wechselseitig verstärken. Man hätte es bei den Streitparteien dann nicht nur mit »Gesinnungslagern«, Werteclustern oder ideologischen Zuordnungen zu tun, sondern mit *soziostrukturellen Großgruppen*.

Unterstellt wird so ein enger Zusammenhang zwischen sozialstruktureller Position und Meinungen; die Landkarte politischer Lagerbildungen wird mit der sozialen Landkarte zunehmend identisch. 15 Diese – hier zum Zwecke besserer Anschaulichkeit überspitzte – Diagnose teilt die Gesellschaft beispielsweise in ein universalistisches, linksliberales oder *kosmopolitisches Oben* und ein partikularistisches, rechtskonservatives oder *kommunitaristisches Unten*. Die oberen Statuslagen gelten als Gewinner der Modernisierung und stehen dem postindustriellen Strukturwandel sowie der Globalisierung aufgeschlossen gegenüber, während die unteren Schichten weitgehend dem Camp der »Modernisierungsverlierer« zugerechnet werden und sich gegen diesen Wandel stemmen. Man könnte hier von einem neuen Klassenkonflikt sprechen, der kulturelle *und* sozialstrukturelle Aspekte vereint. Dieser Antagonismus, so die Annahme, wird durch die Bildungsexpansion, den sozialstrukturellen Umbau in Richtung Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, die Öffnung des nationalgesellschaftlichen »Containers« (durch Transnationalisierung, Globalisierung, Europäisierung und Migration) sowie Prozesse des Wertewandels mit einer Stärkung postmaterieller, eher auf Selbstverwirklichung ausgerichteter Subjektformen immer weiter vorangetrieben.

Entsprechend werden Bildung, Einkommen, sozialer Status und berufliche Position als maßgeblich dafür angesehen, welche gesellschaftspolitische Orientierung man annimmt. Die Verfügung über

ökonomisches Kapital erhöht die Marktchancen und macht einen weniger abhängig von staatlichen Leistungen und vom Schutzraum des Nationalen, während kulturelles Kapital die kognitiven und interkulturellen Kompetenzen steigert und Individuen befähigt, mit Öffnungs- und Liberalisierungsprozessen besser umzugehen. Entsprechend formulieren die Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel und Michael Zürn,

> dass die Kosmopoliten ein überdurchschnittliches Bildungsniveau und Einkommen sowie ein hohes Maß an kulturellem Kapital und Humankapital aufweisen. Sie sind kulturell offen und sowohl räumlich als auch beruflich mobil, letztendlich also die Gewinner 16 der Globalisierung. Auf der anderen Seite gilt es idealtypisch zu erwarten, dass die Kommunitaristen die politischen Errungenschaften des Wohlfahrtsstaats der Nachkriegszeit verteidigen wollen und mit den entgegengesetzten Eigenschaften (der Kosmopoliten) zu beschreiben sind. Sie haben ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau und Einkommen, ein eingeschränktes Kultur- und Humankapital und sind weniger mobil jenseits des Nationalstaats. Kommunitaristen neigen dazu, eher die Verlierer der Globalisierung zu sein.[22]

In der soziologischen Diskussion finden sich Parallelen hierzu in Andreas Reckwitz' Unterscheidung zwischen »neuer Mittelklasse« einerseits und »alter Mittelklasse« sowie »Unterklasse« andererseits.[23] Diese seien entlang von Bildung, Einkommen und beruflichen Tätigkeitsfeldern voneinander getrennt. Zudem unterschieden sie sich aber auch als »kulturelle Klassen« durch typische Orientierungen, Lebensstile und Praktiken. Behauptet wird eine den Alltag durchziehende kulturelle Spaltung, die auch politisch zu Meinungsverschiedenheiten führt. Polarisierung wird also als kulturell, politisch *und* materiell zugleich verstanden: »Die ehemalige Mitte erodiert, es bildet sich mehr und mehr eine Polarität zwischen einer Klasse mit hohem kulturellen (sowie mittlerem bis hohem ökonomischen) Kapital sowie einer Klasse mit niedrigem kulturellen und ökonomischen Kapital heraus.«[24] Verbunden mit dieser Klassenspaltung sei eine Orientierung der neuen Mittelklasse an politischem Kosmopolitismus, kultureller Anerkennung etc., während die alte Mittelklasse und die Unterklasse an traditionellen Ordnungsvorstellungen festhielten.[25]

17 This is not America

Im Grundansatz fußen Polarisierungsthesen so auf einigen manchmal expliziten, häufiger aber impliziten Teilhypothesen, die man einer empirischen Prüfung zuführen kann. Diese beziehen sich erstens auf die Form oder Dimensionierung von Einstellungen (also Zahl und Abstand der »Höcker«), zweitens auf die Verankerung der vermeintlichen Einstellungslager in Sozialstruktur und konturierten Gruppen sowie drittens auf die Entwicklungstendenz im Sinne einer immer tieferen und weiter ausgreifenden Spaltung. Man darf vermuten, dass diese Polarisierungsdiagnosen bemüht und zu einer Großdiagnose zusammengebunden werden, weil sie in einem medial besonders prominenten Fall tatsächlich gebündelt auftreten: dem der gegenwärtigen USA. Im Zuge einer durch Zweiparteiensystem und Mehrheitswahlrecht begünstigten sozialen Sortierung sind politische Parteineigungen dort zu »Mega-Identitäten« avanciert, um die sich ein zunehmend kohärenter Kranz an Einstellungen gruppiert.[26] Politische Identitäten verschmelzen mit religiösen, regionalen und Milieuidentitäten, die Fronten sind vielerorts verhärtet, die Debatten hitzig.[27] Vor allem die *affektive Polarisierung* hat im US-Kontext in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen – aus politischen Wettbewerbern sind oft heftige Gegner oder gar Feinde geworden. So stimmten 2019 40 Prozent der selbstidentifizierten Demokraten und Republikaner der Aussage zu, Anhängerinnen der Konkurrenz lägen nicht nur politisch falsch, sondern seien rundweg böse.[28]

Doch lässt sich dieses Bild auf Deutschland übertragen? Folgt man einer Reihe aktueller Studien, tauchen bereits hier erste große Fragezeichen auf. Im Zeitverlauf – soziologisch gesprochen: in längsschnittlicher Perspektive – findet sich für die Bundesrepublik kaum Evidenz für eine grundlegende ideologische Polarisierung entlang eines neuen Globalisierungs-Cleavages.[29] Schaut man auf die Einstellungen beispielsweise zur europäischen Integration, zur Globalisierung, zur

Umweltpolitik oder zur Migration, sind die Muster der 18 Veränderung viel differenzierter. Für die meisten Bereiche findet sich seit den neunziger oder nuller Jahren keine wesentliche Veränderung, die auf eine Polarisierung hindeuten würde. Einzig das Thema Migration hat seit 2015 an Salienz, also an Sichtbarkeit und Relevanz, gewonnen.[30] Gleichzeitig sind die Einstellungen zu ganz unterschiedlichen Facetten dieses Themas trotz der hohen Dynamik des Geschehens erstaunlich stabil. Ein klarer Polarisierungstrend ist hier nicht erkennbar.[31] Auch internationale vergleichende Längsschnitt-Untersuchungen zur *affektiven* Polarisierung finden für Deutschland einen unterdurchschnittlichen Wert, der seit 2000 sogar zurückgegangen ist.[32]

Ebenso muss man die Vorstellung von Gesinnungslagern mit gebündelten, eng miteinander verkoppelten Haltungen einer genauen empirischen Prüfung unterziehen, obwohl oder gerade weil diese Vorstellung sich so gut in gewisse Alltagsklischees von abgehobenen Großstadthipstern und konservativen Landeiern fügt. Die These der Lager fußt ja darauf, dass es sich um polare Einstellungen handle, die Identitäten, Lebensführung, Werte und Gesellschaftsbilder eng miteinander verbinden. Man könnte mit medizinischem Vokabular von einem Syndrom sprechen. Danach kämen bestimmte Haltungen immer im Paket: Wer also migrationsoffen und rassismuskritisch ist, sollte auch diverse Lebensformen und plurale sexuelle Identitäten schätzen, EU-freundlich gestimmt sein und der Umwelt zuliebe viel Gutes tun. Umgekehrt sollten Antigenderismus, Wohlstandschauvinismus, Ressentiments gegenüber Migranten und exzessiver Fleischkonsum irgendwie zusammengehören. Die These, dass wir es mit derartigen Gesinnungsklassen zu tun hätten, die nicht nur an den Rändern auffindbar sind, sondern durch die Gesellschaft als Ganzes schneiden, decken frühere Studien aber bereits als überzogen auf.[33] Einzelne Meinungen sind viel loser verknüpft als in der Zwei-Welten-Theorie angenommen. Einen übergreifend progressiven »kosmopolitischen Geist« findet man in der Breite der Gesellschaft ebenso selten wie ein umfassendes »kommunitaristisches Wir« auf dem 19 Weg ins Gestern. Die Banner des

reinen Kosmopolitismus oder Kommunitarismus tragen nur kleine Gruppen.

Auch andere Studien widersprechen allzu schematischen Vorstellungen einer Lagerbildung. So zeigt eine Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass in allen abgefragten Politikbereichen (Soziales, Migration, Klima) Mehrheiten Mittelpositionen einnehmen; dass Meinungsverschiebungen sich im Zeitverlauf in eine Richtung vollziehen, statt immer weiter auseinanderzuklaffen; dass die Einstellungsprofile der Elektorate, also der Anhängerschaften, verschiedener Parteien sehr große Überlappungen aufweisen; und dass auch die Corona-Pandemie nicht zu einer Verschärfung der Polarisierung geführt hat.[34] Große Mehrheiten selbst unter denen, die sich ganz links oder ganz rechts verorten, sprechen sich für Offenheit gegenüber Andersdenkenden aus und ziehen politische Kompromissbereitschaft dem Durchsetzen eigener Interessen vor.[35]

Was bleibt? Eine Lagerbildung, wie in den gängigen Polarisierungsthesen unterstellt und medial immer wieder gern aufgegriffen, lässt sich an den empirischen Befunden bislang nicht ablesen. Die Zwei-Welten-Theorie erweist sich als überaus hüftsteif, wenn man mit ihr das soziale Gelände genauer erkundet. Man könnte sogar sagen: Die Selbstgewissheit, mit der sich diese These im öffentlichen Diskurs behauptet, steht in nur schwachem Zusammenhang zu ihrer Trittfestigkeit, wenn sie empirischen Boden berührt. Dass die Spannungsfelder der Öffnung und Schließung, der Liberalisierung und Rigidität, des Universalismus und Partikularismus an Bedeutung gewonnen haben, ist zwar offenkundig; ob sich aber tatsächlich zwei konturierte Lager herausgebildet haben, darf angezweifelt werden. Zumindest in der starken und an die hier explizierten Annahmen geknüpften Variante ist das Narrativ vermutlich nicht haltbar.

20 Umkämpfte Ungleichheiten

Nun könnte man an dieser Stelle einen Punkt setzen, den Diskursimport aus den USA für gescheitert erklären und die Polarisierungsdebatte zumindest für den deutschen Fall schließen. Das mag eine komfortable Diskursposition sein, damit würde man sich aber zu leichtfertig aus einer wissenschaftlichen wie öffentlichen Problematisierung der gesellschaftlichen Entwicklung herauswinden und in einen wenig produktiven Gestus der Besserwisserei hineinbegeben. Wir hatten ja angedeutet, dass es sozialstrukturell und politisch tatsächlich zu grundlegenden Veränderungen gekommen ist, dass neue Konflikte Aufmerksamkeit auf sich ziehen und dass die alte Karte der Klassenkonflikte nur noch bedingt zum Navigieren durch die politische Landschaft taugt. Man wäre schlecht beraten, von der Polarisierungsdiagnose jetzt schnurstracks zu einem harmonistischen Gesellschaftsbild überzugehen. Konflikte sind vorhanden – und zwar reichlich. Und auch wer dem Gefühl einer sich beständig verschärfenden Konflikthaftigkeit nicht nachgeben will, wird kaum leugnen, dass wir oft streiten und uns im Streit auch verkeilen.

Konflikte werden mit Leidenschaft und Unnachgiebigkeit geführt, müssen deshalb aber nicht unbedingt Ausdruck einer fortschreitenden Polarisierung sein. Anhand dieser Grundeinsicht entwickeln wir im Folgenden einen Problemzuschnitt zur *Vermessung gesellschaftlicher Konflikte*, der über den Manichäismus der Zwei-Lager-These hinausgeht. Die Polarisierungsdiagnose ist zwar unser argumentativer Reibebaum, aber im Kern geht es uns um ein vertieftes Verständnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und ihrer sozialstrukturellen »Lagerung«. Wer streitet mit wem worüber und warum? Die entscheidende theoretische Volte ist dabei, Konflikt nicht schon methodisch auf den gesamtgesellschaftlichen Antagonismus zweier vermeintlicher Großgruppen herunterzubrechen. Stattdessen rekonstruieren wir Einstellungslagerungen, soziale Verankerungen und zeitliche Bewegungstendenzen in verschiedenen *Konfliktarenen*. Unse 21 re Forschungsstrategie ist also die der Disaggregation, des Zerlegens und Ordnens des Konfliktraums, mit dem Ziel, ein genaueres Verständnis

beobachtbarer Dynamiken zu ermöglichen, auch wenn dies die Dinge etwas verkompliziert. Leider, so muss man sagen, ist die empirische Welt doch weniger stringent und schematisch, als die liebgewonnene Polarisierungsthese impliziert.

Welche *sozialen Konflikte* werden uns beschäftigen? Die Gesellschaft ist ja von diversen Streits durchzogen, fast täglich brechen neue auf. Die Corona-Pandemie und Putins neoimperialer Angriff auf die Ukraine sind Großkrisen, an denen sich heftige Kontroversen entzündet haben. Aber auch in viel kleinerem Maßstab wird politisch gestritten, beispielsweise um die Elbvertiefung oder das Abspielen eines sexistischen Ballermann-Liedes auf einem Volksfest. Wir widmen uns in unserer Studie Konflikten, bei denen Ungleichheitsfragen im Vordergrund stehen. Von Ungleichheitskonflikten kann man in Absetzung zu anderen Auseinandersetzungen dann sprechen, wenn es im Kern um »gesellschaftlich verankerte Formen der Begünstigung und Bevorrechtigung einiger, der Benachteiligung und Diskriminierung anderer« geht,[36] wobei es sich bei dieser Verankerung sowohl um materielle Verhältnisse als auch um rechtliche und sonstige institutionelle Rahmungen oder um kulturelle Formen der Wert- oder Geringschätzung handeln kann. Eine solche Definition erlaubt einen Zugriff, der sehr unterschiedliche Ungleichheiten einzufangen und zu systematisieren vermag. Es geht uns also um Auseinandersetzungen um materielle und immaterielle Güter, um Lebenschancen in Form von ökonomischen Ressourcen, aber auch von Rechten und Anerkennung (siehe ausführlich Kapitel 2): Wer soll was bekommen? Wem stehen welche Rechte zu? Wer soll oder darf aus welchen Gründen exkludiert werden? Welche Gruppen verdienen (mehr) Anerkennung? Was schulden wir zukünftigen Generationen? Wir folgen der Cleavage-Theorie insofern, als uns vor allem jene Auseinandersetzungen interessieren, die sowohl in sozialstruktureller als auch in politischer Hinsicht die Gesellschaft prägen (man 22 könnte auch sagen: bei denen es sich sowohl um Konfliktstrukturen als auch um Strukturkonflikte handelt).

Ungleichheitsfragen, bei denen es um Ressourcen, Rechte und Anerkennung geht, sind dafür prädestiniert, gesellschaftliche Konfliktthemen zu werden. Zu groß sind die Unterschiede im ideologischen Gepäck und in den handfesten Interessen, als dass man erwarten könnte, die Bürger eines Landes würden sich schnell handelseinig. Der »implizite Gesellschaftsvertrag«[37] bleibt immer prekär. Die Gesellschaft ist weder ein statisches Gebilde, noch kann man von ihren Mitgliedern erwarten, dass sie den Status quo akzeptieren, egal welche Nachteile oder Ungerechtigkeiten damit für sie verbunden sind. Ohne die Infragestellung der hergebrachten Ordnung, ohne sozialen Kampf gegen Ausbeutung und Deklassierung, ohne politisches Bewusstsein für Diskriminierung und Ausgrenzung, ohne die Mobilisierung für die Rechte zukünftiger Generationen wäre die Gesellschaft sklerotisch und ungerecht, voller fauler Kompromisse und fatalistischem Erdulden.

Es wird aber auch nicht alles fortwährend politisiert und auf den Prüfstand gestellt. Ganz im Gegenteil: Wir tendieren oft dazu, selbst dramatische Ungerechtigkeiten als unabänderlich zu akzeptieren. Dass Staatsbürger über mehr Rechte als Nicht-Staatsbürger verfügen, dass wir daher qua Geburt privilegiert sein können, oder dass Tätigkeiten sehr ungleich bezahlt werden, gehört zu den sozialen Normierungen, die nur selten grundsätzlich hinterfragt werden. Derlei Ungleichheiten sind zwar strukturprägend, aber insbesondere für diejenigen, die nicht unter ihnen leiden, oftmals unsichtbar. Eingeübte kulturelle Deutungen, verfügbare moralische Repertoires, politische Befriedung und der stumme Zwang der Verhältnisse sorgen dafür, dass zahlreiche Ungleichheiten dethematisiert und hingenommen werden. Politisiert werden sie vor allem dann, wenn sie als besonders unfair, eklatant groß oder in ihren gesamtgesellschaftlichen Folgen als problematisch wahrgenommen werden.

Hauptsächlich angetrieben wird die *Thematisierung von Ungleich* 23 *heit durch Konflikte*, also Momente, in denen die Kritik an Ungleichheiten und ihre absichernde Legitimierung aufeinanderprallen. In diesen Situationen

wird nicht nur das Leiden an ungleichen Verhältnissen beredt, auch der Status quo muss expliziert und verteidigt werden. Wo es vom Standpunkt der Legitimation aus eigentlich nichts zu sehen gibt als den normalen Lauf der Welt, skandalisieren Kritikerinnen vermeidbares Unrecht, das gegen kollektive Selbstverständnisse oder legitime Interessen verstößt. Wo immer solche Kritik so laut wird, dass sie nicht mehr ignoriert werden kann, zwingt sie auch ihr Gegenüber in eine neue Positionierung. Eingespielte und unter der Hand naturalisierte Arrangements müssen, einmal unter Begründungsdruck geraten, ihrerseits argumentativ verteidigt werden. Es gilt, Gleichheitsansprüche abzuwehren, Ungleichheiten als moralisch gerechtfertigt, historisch gewachsen oder funktional notwendig zu beschreiben oder zumindest den Versuch ihrer Korrektur als vergeblichen Aufwand zu verwerfen.[38] Sowohl Kritik als auch Legitimation sind Formen der Thematisierung von Ungleichheit. Wo sie sich – in *Ungleichheitskonflikten* – aufeinander beziehen, manifestieren sich zentrale Strukturprinzipien der Gesellschaft und die Flugbahnen sozialer Transformationen.

Konflikte werden gesellschaftlich hergestellt – sie werden entfacht, getriggert und angespitzt. Damit sind sie kein sozialer Fakt, der einfach nur gegeben ist. Politische und mediale Dynamiken spielen eine wichtige Rolle, denn nur wenn Auseinandersetzungen in den Medien vorkommen, werden sie in der Breite der Bevölkerung als bedeutsam wahrgenommen. Ob und wie wir die Gesellschaft als konfliktreich erleben, hat dann eben auch damit zu tun, wie Meinungsverschiedenheiten aufbereitet und kommuniziert werden. Themenkonjunkturen, Mobilisierungsressourcen und neue Deutungshorizonte können einen Streit »groß« machen. Manche Konflikte erreichen erst breitere Aufmerksamkeit, wenn sich die Position der betroffenen Gruppen so weit verbessert, dass man sie nicht mehr ausblenden kann, weil sie mit am Tisch sitzen.[39]

24 Weder die Ungleichheit selbst noch die Konflikte um sie sind eine statische »Lage«, sondern sie unterliegen einem fortwährenden Wandel und treiben diesen zugleich an. Der Widerstreit um soziale Güter, der Verweis auf normative Standards und moralische Empfindungen sowie die

Austragung dieser Auseinandersetzungen unter Beteiligung sozialer Gruppen oder kollektiver Akteure (Klassen, Identitäts- und Interessengruppen, Parteien etc.) entfalten eine gesellschaftsgestaltende und -verändernde Kraft. Kurz: *Inequality trouble* ist Teil unserer alltäglichen Auseinandersetzungen.

Vorschau auf zentrale Befunde

Unser Buch beabsichtigt eine *Analyse von Ungleichheitskonflikten in der Gegenwartsgesellschaft*. Es stellt den Versuch einer großflächigen, aber zugleich empirisch genauen Vermessung des Zusammenhangs von *Ungleichheiten und Einstellungsmustern* dar und versucht sich an einer Kartierung der Lagerung und Dynamik sozialer Konflikte. Unser Augenmerk gilt dabei vor allem auch dem vorpolitischen Raum, in dem moralische Grammatiken, Interessen, Weltsichten und Gesellschaftsbilder ausgeprägt werden. Hier loten wir die empirische Tragfähigkeit des »dünnen« Polarisierungsbegriffs (wachsende Diskrepanz von Einstellungen) *und* des »dicken« Polarisierungsbegriffs (Verbindung von Sozialstruktur und Einstellungen) aus. Zudem bieten wir mit dem Konzept der *Triggerpunkte*, das diesem Buch seinen Titel gibt, ein analytisches Werkzeug an, mit dem sich aufschlüsseln lässt, warum und an welchen Punkten Konsens in Dissens umschlägt, wie Konflikte emotionalisiert werden und warum es so schwer ist, über bestimmte Themen Einigung zu erzeugen.

Um nicht von vornherein den einen übergreifenden Großkonflikt zu unterstellen, verwenden wir das Konzept der *Ungleichheitsarenen*, das wir im nächsten Kapitel ausführlicher entfalten. Noch einmal: 25 Unsere Leitintuition ist, dass sich ein analytischer und empirischer Mehrwert ergibt, wenn man den Fokus auf konkrete Konfliktfelder richtet, in denen »Wem steht was zu?«-Fragen verhandelt werden. Das kann sich auf die ungleichen materiellen Ressourcen verschiedener Gruppen beziehen, auf

nationalstaatliche Mitgliedschaft und soziale Rechte, auf Respekt für unterschiedliche Lebensweisen oder auf das Verhältnis der Generationen. Damit sind wir konzeptionell nicht gezwungen, von der Dominanz einer einzelnen Ungleichheitsdimension oder von Subsumtionsverhältnissen auszugehen, in denen ein Ungleichheitskonflikt alle anderen überlagert und determiniert. Ungleichheitsarenen sind relativ eigenständige Bereiche der Auseinandersetzung, die nach jeweils spezifischen Einsätzen, Bezugs- und Konfliktgruppen, Verteilungsmodi und institutionellen Regulierungsweisen gegliedert sind. Wir unterscheiden zwischen sozioökonomischen Verteilungskonflikten (*Oben-Unten-Ungleichheiten*), Kontroversen um Migration, territorialen Zugang und Inklusion (*Innen-Außen-Ungleichheiten*), identitätspolitischen Anerkennungskonflikten (*Wir-Sie-Ungleichheiten*) und umweltpolitischen Auseinandersetzungen (*Heute-Morgen-Ungleichheiten*).

Mit dem Arenenbegriff fassen wir verschiedene Thematiken ebenso wie ihre sozialen Ungleichheitsdynamiken und typischen soziostrukturellen Interessensträger. Uns interessiert erstens: Wie stark sind die vier zentralen Ungleichheitsarenen der Gegenwartsgesellschaft polarisiert, an welchen Punkten herrscht Konsens? Wer streitet mit wem und worüber? Welche Bewusstseinsformen mit welchen Sozialprofilen finden wir vor? Welche Rolle spielen Klassenantagonismen? Wir horchen mit unseren empirischen Instrumenten die Gesellschaft ab, versuchen, offene und verdeckte Interessenspannungen aufzuspüren, aber auch mögliche Allianzen und Schulterschlüsse. Wir können jetzt schon vorwegnehmen, dass das häufig gezeichnete Bild einer *gespaltenen Gesellschaft* nicht zutrifft. Konflikte sind zwar nicht »strukturlos«, aber eben auch nicht durch ein klares Gegeneinander unterschiedlicher Sozialstrukturgruppen geprägt. Zwei 26 tens bleibt unsere Untersuchung nicht bei der Vermessung von Einstellungsunterschieden stehen, sondern wir wollen darüber hinaus *relevante Deutungsmuster von Ungleichheitskritik und -rechtfertigung* ergründen. Diese umfassen die Artikulation handfester Interessen ebenso wie kulturelle Begründungsfiguren, abgerufene Wissensvorräte und moralische Repertoires. Wir zeigen, dass in den

einzelnen Arenen jeweils spezifische Rechtfertigungsregister aktiviert werden, die sich nicht auf ein einfaches Dafür oder Dagegen reduzieren lassen (Kapitel 3-6).

Bemerkenswert, so viel vorab, sind die großen Unterschiede zwischen den Arenen: In der verteilungspolitischen Oben-Unten-Arena existiert zwar ein verbreitetes »Unbehagen mit der Ungleichheit«, aber statt einer klassenpolitischen Mobilisierung dominieren meritokratische Verteilungsnormen und horizontale Positionskämpfe. Die migrationspolitische Innen-Außen-Arena weist demgegenüber eine sehr viel stärkere Spannung auf. Hier geht es um Offenheit und Geschlossenheit, hier stehen Fragen der Regulierung und Begrenzung von Migration sowie der Integration der Neuankömmlinge auf der Tagesordnung. Es wird ein ganzes Spektrum von Argumenten aktiviert, das von xenophoben Haltungen bis hin zu Erwartungen der kulturellen Bereicherung reicht, wobei Klassen- und Bildungsunterschiede relativ stark zu Buche schlagen. In der identitätspolitischen Wir-Sie-Arena zeigt sich im Zeitverlauf eine starke Liberalisierung, die Gruppenunterschiede eher nivelliert. Trotz eines breiten Anerkennungskonsenses gegenüber diversen Identitäten und Lebensformen stoßen wir aber auch auf Entgrenzungsbefürchtungen (»Das geht zu weit«). Die umweltpolitische Heute-Morgen-Arena schließlich ist als Konfliktfeld erst im Entstehen und noch nicht vollständig konturiert. Unsere Befunde deuten darauf hin, dass der Klimawandel in der Breite der Bevölkerung zwar als drängendes Problem angesehen wird, aber zugleich sehr unterschiedliche – und durchaus klassenspezifische – Vorstellungen zu seiner Bewältigung vorhanden sind. Es handelt sich um einen »Klassenkonflikt im Werden«, für des 27 sen weitere Entfaltung die Geschwindigkeit und die Tiefe des Umbaus wie auch die Verkopplung mit der sozialen Frage entscheidend sein werden.

Ein weiterer Baustein unseres Vorhabens besteht darin herauszuarbeiten, warum sich Konflikte bei einigen Themen plötzlich und oft sehr drastisch intensivieren (Kapitel 7). Warum gibt es inflammatorische Detailfragen, an denen ein ansonsten vorhandener

Grundkonsens zerbricht, etwa beim Gendersternchen, den Lastenfahrrädern oder dem Tempolimit auf der Autobahn? Warum besitzen relativ kleine Themen oft ein disproportional großes Erregungspotenzial? Zum besseren Verständnis solcher eskalatorischer Dynamiken verwenden wir das Konzept der *Triggerpunkte*, mit dem wir die Vorstellung verbinden, dass es sensible Bereiche des öffentlichen Diskurses gibt, wo Menschen stark und affektiv reagieren. Triggerpunkte sind neuralgische Stellen, an denen besonders aufgeladene Konflikte aktiviert werden. Wir arbeiten heraus, dass das Auftreten starker Pro- und Kontra-Reaktionen an typische Beweggründe geknüpft ist, wozu etwa wahrgenommene Ungleichbehandlungen, Normalitätsverstöße, Entgrenzungsbefürchtungen und Verhaltenszumutungen gehören.

Wie erwähnt, geht es in der Diskussion um neue Spaltungen zentral um die soziale Struktur gesellschaftspolitischer Konflikte. Ob bei der Klimafrage, den Auseinandersetzungen über Migration oder der Debatte um die gendergerechte Sprache: Oft dominiert die Vorstellung auskonturierter und sozial klar verortbarer Lager, die sich in ihren Einstellungen stark voneinander unterscheiden. In Kapitel 8 greifen wir diese Thesen auf, lenken unseren Blick aber weg von öffentlichen Diskursen, hin zum sozialstrukturellen Substrat, um nicht vorschnell aus der medialen Kommunikation auf die gesellschaftliche Positionierung von Gruppen zu schließen. Ganz zentral interessiert uns hier, ob sich moderne Ungleichheitskonflikte als Klassenkonflikte verstehen lassen und welche Klassen sich in den jeweiligen Arenen gegenüberstehen. Wir untersuchen aber auch, inwieweit Fragen von Geschlecht und Generationenzugehörigkeit, Unterschiede 28 zwischen Ost- und Westdeutschen, die Migrationsgeschichte sowie ein mögliches Stadt-Land-Gefälle Konflikte strukturieren. Die sozialstrukturellen Differenzen sind nach unseren Analysen eher moderat, Bildung und Klasse schlagen allerdings je nach Konfliktarena unterschiedlich stark durch. Trotz gegenteiliger öffentlicher Wahrnehmungen lassen sich kaum Hinweise auf einen grundlegenden Stadt-Land-Konflikt oder ein Gegeneinander der Generationen finden.

Über die Analyse einzelner Ungleichheitsarenen hinaus untersuchen wir auch das Verhältnis der Arenen zueinander. Wie oben eingeführt, ist die »syndromförmige« Bündelung von Einstellungen wichtig für die Frage, ob wir es heute mit verfestigten Lagerspaltungen zu tun haben. Ist dies der Fall, sollten die einzelnen Arenen eng verbunden sein. Im Hinblick auf ihre Verschränkungen finden wir vor allem eine erstaunlich deutliche Verbindung von Klima- und Migrationsfragen, deren Ursprung wir genauer erkunden. Besonders interessant ist zudem, dass je nach Bildungsgruppe sehr unterschiedliche Muster erkennbar sind. Akademikerinnen weisen über die Arenen hinweg häufig ideologisch kohärente Einstellungsprofile auf, in der Gruppe mit einfacher Bildung dominiert hingegen eine wenig kohärente, eher kontextspezifische Moralökonomie. Damit entsprechen die Einstellungen und Orientierungen der bildungshöheren Gruppen viel deutlicher dem parteipolitischen Konfliktraum, der durch eine recht hohe ideologische Konsistenz gekennzeichnet ist. Angestellte der akademischen Mittelklasse lassen sich viel leichter in gesellschaftlichen Spaltungsstrukturen verorten als Arbeiter und einfach Gebildete.

In Kapitel 9 schauen wir genauer auf den Zusammenhang von sozialstrukturellen Kontexten und Formen *affektiver Polarisierung*. Unter affektiver Polarisierung verstehen wir dabei Gefühle von Sympathie und Antipathie, die gegenüber ideologischen und sozialen Fremdgruppen eingenommen werden. Wir nutzen ein »Gefühlsthermometer«, um herauszufinden, mit welchen Affekten verschiedene [29] Gruppen auf ausgewählte Sozialfiguren reagieren – etwa auf »Grünen-« und »AFD-Wähler« oder »SUV-Fahrer« und »Feministinnen«. Ein Befund ist hier, dass Figuren, die als Verkörperungen des sozialen Wandels gelten können, besonders stark polarisieren, während eher konservative Figuren (wie ein »Migrationsgegner«) relativ unisono abgelehnt werden. Ressentiments gegenüber progressiven Sozialfiguren sind dort am stärksten ausgeprägt, wo man sich als Verlierer des Wandels betrachtet und bei Wertekonflikten das Nachsehen hat. Wer den Eindruck hat, nur noch die Rücklichter der gesellschaftlichen Entwicklung zu sehen, ist zudem auch wütender als

diejenigen, die Themen und Richtung zu bestimmen glauben, wenngleich auch diese oft an der »Langsamkeit der Verhältnisse« verzweifeln. Die Frage der (gefühlten) Kontrolle über Veränderungen ist für politische Gefühlslagen von größter Bedeutung. Und sie ist nicht zuletzt eine Klassenfrage: Je weiter unten Menschen in der Hierarchie stehen, desto wütender und erschöpfter sind sie – mit Folgen auch für politische Konflikte.

In einem letzten analytischen Schritt schwenken wir in Richtung Politik (Kapitel 10). Wir führen unsere Untersuchung hier näher an die Struktur des politischen Raums heran, indem wir die Anhängerschaften der Parteien in ihren Einstellungsprofilen betrachten. Gibt es nach Elektoraten geordnete Bewusstseinsformen und Präferenzen? Wie ähnlich bzw. wie unterschiedlich sind sich die Gefolgsleute der Parteien in den Arenen? Mit Ausnahme der AFD (sowie teils auch der Grünen-Wählerschaft) finden wir hier starke Anzeichen auf eine zentripetale Kultur – also das Gegenteil der eingangs erwähnten Zentrifugal- oder Fliehkräfte. Die schwache ideologische Auskonturierung der breiten politischen Mitte und die Bindungsschwäche etablierter Parteien öffnen zugleich aber Räume für neue Formen der Politisierung und der »Affektpolitik«. Dabei bieten kontroverse Themen – insbesondere solche, die »triggern« und affektbesetzt sind – Eingriffspunkte, die auch von Polarisierungsunternehmern genutzt werden. Zwar gibt es kein Aufspreizen der gesellschaftspoli 30 tischen Einstellungen und kein auf Spaltung hinauslaufendes sozialstrukturelles Auseinander, aber vergleichsweise »laute« Politisierungen, die über die Ränder laufen und so den Eindruck verstärken, hier polarisiere sich die Gesellschaft als Ganze. Das breite Zentrum ist demgegenüber relativ entideologisiert und wenig auf Abgrenzung bedacht – wiederum mit Ausnahme der Abgrenzung gegenüber der AFD. Die unruhigen Oberränge der Arena machen so viel Stimmung, dass man mitunter die Zurufe auf dem Spielfeld kaum mehr versteht.

Im abschließenden Kapitel 11 wagen wir nach einer Zusammenschau der einzelnen Untersuchungsschritte eine Erweiterung und

Perspektivierung unseres Themas in Richtung des allgemeinen Zusammenhangs von politisierten Sozialstrukturen und gesellschaftlichem Konflikt. Wie ist die Betriebstemperatur in den Ungleichheitsarenen? Welche mittel- und langfristigen Strukturmuster sozialer Ungleichheitskonflikte lassen sich erkennen und welche Verarbeitungsmöglichkeiten gibt es? Statt einer Frontstellung zweier Großgruppen oder einer gerade gezogenen Spaltungslinie verweisen unsere Befunde auf eine zerklüftete Konfliktlandschaft mit unterschiedlich verlaufenden Gräben. Nicht alle sind sehr tief, bei allem Streit findet sich auch ein großes Maß an Konsens, der eher das Dromedar denn das Kamel als übergreifende Gesellschaftsmetapher aufruft. Zugleich intensivieren sich an etlichen Triggerpunkten die Kontroversen und lassen sich nur sehr schwer rationalisieren. Wir finden solche Konfliktsteigerungen weniger in der Oben-Unten-Arena, die sich als stark demobilisiert erweist und für die bereits tragfähige Kompromissformeln und institutionelle Bearbeitungsweisen bereitstehen. Ein stärkeres Gegeneinander und größere Affektivität gibt es dagegen bei »ungesättigten Konflikten« (*unsettled conflicts*), die typisch sind für die Wir-Sie-, die Innen-Außen- und die Heute-Morgen-Arena. Deren Politisierungsformen, Trägerschichten und inhaltlichen Stoßrichtungen verändern sich dynamisch. Solche ungesättigten Felder schaffen Gelegenheiten für neue Formen der Politisierung und [31] für den Aufstieg neuer kollektiver Akteure. Zum Ende stellen wir einige Überlegungen dazu an, welche Mittel zur Einhegung gesellschaftlicher Konflikte genutzt werden könnten.

Anspruch des Buches

Unser Buch ist von mehreren Hintergrundbeobachtungen motiviert, die den größeren Rahmen abstecken, in dem wir uns verorten, und die auch unsere Ambition kenntlich machen. Erstens haben sich die Sozialwissenschaften – die Soziologie eingeschlossen – stark

ausdifferenziert, so dass hoch spezialisierte Forschungsgebiete mit jeweils eigenen Gegenstandsbereichen, epistemischen Vorannahmen und methodischen Instrumenten entstanden sind. Man untersucht Gegenstandsparzellen mit immer elaborierteren Daten und wachsender methodischer Raffinesse. Das gilt auch für die Ungleichheitsforschung, die kaum noch darauf ausgerichtet ist, ein Gesamtpanorama einzufangen und Querverstrebungen zwischen unterschiedlichen Feldern zu erkunden. Stattdessen betrachtet sie sehr spezifische Zusammenhänge und tut sich oft schwer damit, diese in ein größeres Bild einzupassen oder Einzelerkenntnisse zu aggregieren. Die sogenannten Bindestrichsoziologien – die Bildungssoziologie, die Migrationssoziologie, die Familiensoziologie, die Arbeitssoziologie und so weiter – haben jeweils wichtige Programme etabliert, sich damit aber dem Risiko einer jeweils isolierten Gegenstandsfokussierung ausgesetzt. Die Forschung, so hat es Mike Savage jüngst in seinem Großwerk *The Return of Inequality* betont, leide unter einer »fraktalen Aufspaltung« der Ungleichheitsfrage, die sie blind mache für die langen Linien und die übergeordneten Zusammenhänge.[40]

Mit einem fast umgekehrten Problem kämpfen, zweitens, die *Grand Theories*, die sich mit ihrer Flughöhe, dem Grad der Abstraktion und den theorieimmanenten narrativen Zwängen nur bedingt auf eine empirisch-konkrete Spurensuche einlassen können. Jede 32 empirische Fundierung und jeder tiefere Einstieg in oft kleinteilige Befunde verwischt die großen Linien und irritiert die Theoriekonstruktion. Die empirische Welt ist dann doch oft unübersichtlicher, als es sich die Theorie vorgestellt hat. So bleibt der Nexus von Gesellschaftstheorie und empirischer Forschung immer prekär; die Empiriker sind mit der Theorie unzufrieden, weil diese der Vielzahl an empirischen Befunden kaum gerecht werden kann, die Theoretiker ärgert der Eigensinn der empirischen Welt, und noch mehr ärgern sie die Empiriker, die immerfort weitere Nuancierung und höhere Granularität einfordern, so dass jeder klar konturierte Theorieversuch wie ein Wasserfarbenbild bei Regen zu verlaufen droht. Es scheint aber geboten, Theoriearbeit nicht nur mit abstrakten Setzungen und einem

wohlgeordneten Begriffssystem zu beginnen, sondern auch mit einem sensorischen Abtasten empirischer Gegenstände. Unser Verständnis einer politischen Soziologie der sozialen Ungleichheit ist dabei, dass sie weder reine Theoriearbeit sein sollte – im angelsächsischen Raum etwas unfair als *armchair sociology* diskreditiert – noch reine Rechenarbeit mit quantitativen Daten – man könnte ähnlich despektierlich von *number-crunching* sprechen – noch ein mikroskopisches, sich für Einzelphänomene begeisterndes *nosing around* im sozialen Feld, sondern dass allgemeinere Perspektiven und theoretische Einsichten auf qualitative und quantitative empirische Daten angewendet werden sollten, um diese in einem größeren Gesamtbild zusammenzuführen.

Drittens reagiert unser Buch auf eine regelrechte Welle an Publikationen mit Krisen- und Polarisierungsdiagnosen, die man nicht nur auf einschlägigen Websites oder in großen Tageszeitungen lesen kann, sondern – wie beschrieben – auch in einer Vielzahl von wissenschaftlichen Veröffentlichungen, wobei zuweilen Diagnosen aus den USA ohne Passungsbauchschmerzen importiert werden. Wir wollen die Krisenhaftigkeit gegenwärtiger Entwicklungen nicht in Abrede stellen (man denke an den Aufstieg des Rechtspopulismus, an neue autoritäre Versuchungen, an gesellschaftliche Fragmentie 33 rungen durch die Veränderung von Öffentlichkeiten oder an den menschengemachten Klimawandel), sondern eher einen populären Topos kritisch unter die Lupe nehmen. Dies ist die schon benannte These einer Spaltung der Gesellschaft in unterschiedliche – in der Regel: zwei – Lager. Wir antworten darauf mit einer differenzierteren und nach Konfliktarenen systematisierten empirischen Untersuchung.

Viertens greifen wir die These auf, dass in den westlichen Demokratien klassenbasierte von identitätsbasierten Konflikten abgelöst worden seien.[41] Genauer geht es uns um eine Kritik an der Entgegensetzung von *Klassen-* und *Identitätspolitik*, die oftmals als einander kannibalisierende Agenden verstanden werden. Ein Vorwurf lautet hierbei ja, dass sich Teile der progressiven Akademikerklasse in den Orchideengarten der Identitätspolitik verirrt hätten und dadurch die »echte« Klassenpolitik der

unteren Schichten ins Hintertreffen geraten sei.[42] Um an dieser Stelle für eine genauere Lagebeschreibung zu sorgen, überwinden wir den unproduktiven Dualismus »Ökonomie versus Kultur«, was auch Befunden der Forschung entspricht.[43] Manche auf den ersten Blick kulturell oder identitätspolitisch motivierten Forderungen – beispielsweise die Anerkennung diverser Lebensformen und Identitäten – sind durchaus auch ökonomisch grundiert. Andererseits lehrt die Sozialgeschichte, dass auch ökonomische Macht- und Verteilungskämpfe nie ohne identitätsstiftende Ideen und kulturelle Symboliken auskommen.[44] Bei Fragen der Migration, der Diskriminierungsfreiheit oder der kulturell vielfältigen Lebensformen ist die Verschränkung beider Aspekte kaum zu übersehen, geht es hier doch stets auch um den Zugang zu öffentlichen Leistungen und Infrastrukturen und um den Anspruch auf soziale sowie ökonomische Teilhabe.

Das vorliegende Buch ist das Resultat einer Zusammenarbeit dreier Soziologen mit jeweils eigenen Temperamenten, inhaltlichen Interessen und fachlichen Schwerpunkten. Erst durch diese Zusammenar 34 beit ließ sich die thematische und methodische Breite realisieren, mit der sich der formulierte Anspruch wenigstens halbwegs einlösen lässt. Für die möglichst detaillierte Erfassung der Konfliktstrukturen in den Ungleichheitsarenen kombinieren wir ganz unterschiedliche Datenarten und methodische Herangehensweisen: statistische Einstellungskartierungen aus großer, generalisierender Flughöhe und qualitative Tiefenbohrungen. Um repräsentative Aussagen zu den Einstellungen und Lagerbildungen in den vier Ungleichheitsarenen treffen zu können, haben wir zwischen Mai und Juli 2022 eine *repräsentative Umfrage* durch das Institut Infas durchführen lassen, an der bundesweit 2530 Personen im Alter ab 16 Jahren teilgenommen haben (Survey Ungleichheit und Konflikt). Dabei wurden den telefonisch erreichten Teilnehmenden nicht nur Fragen zu den Arenen und zur Soziodemografie gestellt, sondern auch zu zahlreichen weiteren Aspekten (Lebenssituation

und Lebensführung, Mediennutzung, Wahlabsicht, wahrgenommenes Meinungsklima, Sympathien für bestimmte soziale Gruppen usw.).

Neben der Kartierung der Einstellungen in den Ungleichheitsfeldern interessieren wir uns auch dafür, mit welchen Argumenten und kulturellen Repertoires Positionen begründet und Fremdpositionen kritisiert werden. Da sich solche Fragen kaum mit standardisierten Surveys beantworten lassen, haben wir *qualitative Erhebungen* in Form von sechs Diskussionsgruppen (sogenannten Fokusgruppen als offene Explorationsverfahren) durchgeführt, drei im November 2021 in Berlin und drei im Mai 2022 in Essen. In beiden Regionen gab es je eine Gruppe mit Angehörigen der Unterschicht, eine mit Angehörigen der oberen Mittelschicht und eine mit Personen, die gegenläufige Wertorientierungen vertreten (sogenannte Krisis-Gruppen). Die Diskussionen wurden von Forschenden des Befragungsinstituts Ipsos geleitet. Im Rahmen dieses methodischen Designs haben wir die Salienz gesellschaftlicher Konflikte, die zentralen Deutungsmuster, die genutzten argumentativen Repertoires und Triggerthemen identifiziert. Alle Teilnehmerinnen füllten zudem den Fragebogen [35] des Surveys aus, so dass wir die Aussagen in den Fokusgruppen zur bundesweiten Umfrage ins Verhältnis setzen konnten.

Die Daten unseres Surveys und unserer Fokusgruppen ermöglichen detaillierte Befunde zur gegenwärtigen Einstellungsstruktur in der Bundesrepublik. Die historische Entwicklung der Polarisierung können wir mit diesen Daten hingegen nicht ausloten. Der Polarisierungsgrad mag in einer bestimmten Ungleichheitsarena gegenwärtig nur schwach bis mittelstark sein, im Vergleich zu früheren Dekaden könnte er aber beträchtlich ausfallen. Um solche Dynamiken einfangen zu können, beziehen wir uns zusätzlich auf existierende *Dauerbefragungen* wie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) oder den European Social Survey (ESS). Diese zielen allerdings nur auf recht allgemeine Einstellungen und bilden die Ungleichheitsarenen nicht in voller inhaltlicher Breite ab, weshalb wir uns für die Hauptanalysen nicht auf diese Daten, sondern auf unsere eigenen Erhebungen stützen.

Ausführlichere Informationen zu den von uns genutzten Daten finden sich im Onlineanhang.[45]

Wir haben in der Darstellung stark auf Deskription und die Integration qualitativer und quantitativer Daten gesetzt und auf die Nutzung elaborierter statistischer Verfahren mit einzelnen Ausnahmen verzichtet. Dies gebietet einerseits die Zugänglichkeit für eine breitere Leserschaft, andererseits ist unser Material so dicht und nuanciert, dass es lohnt, es genauer auszubreiten und zu interpretieren und nicht umstandslos zu Kausalanalysen zu springen, die vor allem an signifikanten Einzeleffekten interessiert sind, aber oft Kontexte, allgemeinere Muster und die Verwobenheit unterschiedlicher Deutungsebenen ausblenden. Beschränkt sind wir auch durch unseren Forschungsgegenstand, die deutsche Gesellschaft; hier bleiben wir in gewisser Hinsicht einem methodologischen Nationalismus verhaftet. Fragen von Migration, Globalisierung oder Klima werden vor allem mit Blick auf innergesellschaftliche, nicht auf internationale oder transnationale Konflikte behandelt, wo sie zweifelsohne eine große Rolle spielen.

36 Die Vielfalt unserer Datenquellen (eigener Survey, Fokusgruppen, Sekundärdaten) und die Einbeziehung sehr unterschiedlicher, auf die einzelnen Arenen ausgerichteter theoretischer Ansätze birgt das Risiko der Zerfaserung und stellt hohe Ansprüche an die konzeptionelle Integration. Um aus einer Vielzahl an oftmals sehr disparaten Befunden und Diskussionsfragmenten ein Buch aus einem Guss zu machen, bedurfte es deshalb einer synthetisierenden, Komplexität reduzierenden Herangehensweise bei fortwährender Offenheit für die Überraschungen und Feinheiten der Empirie. Zugleich ist unsere Analyse natürlich auch durch forschungspraktische Entscheidungen, Datenverfügbarkeit und Buchlänge begrenzt und kann so nicht allen Themen die gebührende Aufmerksamkeit und Tiefenschärfe zukommen lassen. Insbesondere Konflikte um die Gleichstellung der Geschlechter, ethnische Diskriminierung, antimuslimische Einstellungen sowie Ost-West-Disparitäten decken unsere Daten zu wenig oder gar nicht ab. Hier müssen wir uns auf das reiche Feld existierender Studien verlassen.

37 2. Arenen der Ungleichheitskonflikte

Unsere Studie nähert sich den Konflikten der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt der *sozialen Ungleichheit*. Mit Ungleichheit meinen wir dabei nicht nur (aber natürlich auch), wie üppig oder spärlich es in den Geldbeuteln aussieht. Soziale Güter wie Rechte, Zugehörigkeit oder Anerkennung können ebenfalls sehr ungleich verteilt sein. Ungleichheitsfragen erschöpfen sich eben nicht in der Größe von Häusern oder Autos; sie kommen auch darin zum Ausdruck, ob jemand Aufenthaltspapiere hat, die es ihr oder ihm erlauben, legal einer Arbeit nachzugehen, oder ob man mit seinem Partner in der Fußgängerzone Händchen halten kann, ohne schräg angeschaut zu werden. In vielen zentralen Konflikten der Gegenwart geht es um die Ungleichverteilung solcher sozialen, ökonomischen oder rechtlichen Güter. Kontroversen um Steuerentlastungen, Flüchtlingsobergrenzen, Klimapakete und die Rechte von Transpersonen berühren immer auch die Frage, wem was zustehen sollte: Wie sieht eine gerechte Ressourcenverteilung aus? Welche Ansprüche sind verdient, welche überzogen? Wer gehört dazu, wer bleibt außen vor? Wo um solche Fragen gerungen wird, haben wir es mit *Ungleichheitskonflikten* zu tun.

Wie die Aufzählung schon verdeutlicht, treten Ungleichheitskonflikte im Plural auf. In jeder Gesellschaft findet sich zu jedem Zeitpunkt ein Nebeneinander unterschiedlicher Auseinandersetzungen um Ungleichheit: Es gibt nicht den einen alles bestimmenden Konflikt, sondern eine Reihe von Themen, die mehr oder minder scharf debattiert werden, wann immer sie in den Fokus geraten.

In diesem Kapitel stellen wir Annahmen und analytische Werkzeuge vor, mit denen wir anschließend die pluralisierte Landschaft der

Ungleichheitskonflikte vermessen. Das zentrale Konzept ist dabei eine Typologie von vier *Arenen der Ungleichheit*, in denen Kon 38 flikte über unterschiedliche Komplexe miteinander verknüpfter Themen ausgetragen werden. Der Begriff *Arena* ist nicht zufällig gewählt. Er bezeichnet einen Ort des (Wett-)Kampfes vor Zuschauern, das heißt: in der Öffentlichkeit. In Arenen wird gewetteifert, gestritten und angefeuert, Loyalitäten bilden sich aus und vertiefen sich. Dabei gelten in den diskursiven Kämpfen andere Regeln als im Circus Maximus: Hier gibt es weder einen Schiedsrichter noch eine festgelegte Spieldauer; und das Publikum sitzt nicht immer nur auf den Rängen, sondern stürmt bisweilen sozusagen das »Spielfeld«.

Mit dem Konzept der Ungleichheitsarenen können wir die Vielzahl gesellschaftlicher Einzelkonflikte zu größeren Einheiten gruppieren. Etwa gehören Debatten um die Höhe der Hartz-IV-Sätze und die Erbschaftssteuer inhaltlich zusammen, denn hier geht es jeweils um ökonomische Verteilungspolitik, auch die Diskussionen über die gendergerechte Sprache oder die Abschaffung des »Transsexuellengesetzes« sind verbunden, weil in ihnen Fragen der Nicht-Diskriminierung zum Thema werden. Uns interessiert, welche Argumente und typischen Positionierungen in diesen Arenen zu finden sind. Die Arenen unterscheiden sich aber auch im Hinblick auf die »Einsätze«, also das, was jeweils »auf dem Spiel steht«. Das können zum Beispiel ökonomische Güter, Formen der Anerkennung oder Zugänge zu Mitgliedschaft sein. Schließlich kann man auch erwarten, dass sich die Konfliktstrukturen in den Arenen – jenseits der argumentativen Repertoires und der unterschiedlichen Streitgüter – auch darin unterscheiden, welche sozialstrukturellen Gruppen sich wie positionieren. Wir vermuten, dass sich in den Arenen jeweils spezifische Interessenlagerungen, politische Orientierungen und moralische Ökonomien finden lassen, die mit der Sozialstruktur – etwa sozialen Klassen, Bildungsgruppen oder Alterskohorten – in Verbindung stehen. Die Konflikte in den Ungleichheitsarenen wären dann dadurch geprägt, dass sich Bevölkerungssegmente jeweils anders aufstellen; ihre Haltungen

in einem Konflikt wären in sozialer Hinsicht standortgebunden. Wir verstehen unser Vorhaben als eine *politische* 39 *Soziologie der sozialen Ungleichheit.* Unser Fokus liegt nicht so sehr darauf, wie Ungleichheit selbst entsteht und reproduziert wird, sondern wie über sie gestritten wird; also wo und warum ungleiche Verhältnisse kontrovers werden und wie sich an ihnen die Geister scheiden.

Welche Konflikte?

Wie viele Soziologinnen und Soziologen vor uns verstehen wir Konflikte dabei nicht allein negativ als etwas Destruktives, sondern auch ganz wertfrei als einen Typus sozialer Beziehungen, der Gesellschaften prägt. Schon Max Weber[1] sah im »Kampf« eine menschlichen Gemeinschaften inhärente Beziehungsform neben Freundschaft, Konkurrenz oder Tausch. Noch stärker betonte Georg Simmel diese vergesellschaftende Funktion: Im Streit vollziehe sich immer zugleich eine Form des In-Beziehung-Setzens. Man ist sich nicht gleichgültig, also streitet man. Der »Kampf«, so Simmel, ist eigentlich die »Abhülfsbewegung gegen den auseinanderfallenden Dualismus, und ein Weg, um zu irgend einer Art von Einheit […] zu gelangen«.[2] Ein allzu harmonistisches Gesellschaftsbild schien ihm unplausibel, die soziale Ordnung konturiere sich erst im umkämpften Hin und Her. Auch Karl Marx und Friedrich Engels – die bekanntlich die gesamte Geschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen verstanden[3] – wiesen dem Widerstreit zwischen »Haves« und »Have-Nots« eine produktive Funktion zu: Erst durch den Klassenkonflikt treten Gesellschaften in die Geschichte ein und können den Panzer althergebrachter, dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte nicht mehr angemessener Institutionen abwerfen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand – ganz im Geiste dieser »soziologischen Positivität des Kampfes«[4] – eine Theorieschule, die Konflikte als Motor des sozialen Wandels in den Mittelpunkt stellte.[5] Mit Verweis auf demokratisierende

Revolutionen, Dekolonialisierung oder Arbeitskämpfe wur 40 de hier neben dem disruptiven auch das fortschrittliche Potenzial von Konflikten sowie ihre Rolle als Strukturgeber betont, etwa wenn unterprivilegierte Gruppen ihren Anteil einfordern oder sich Interessen formieren, die dann politisch an Einfluss gewinnen und gesellschaftliche Arrangements verändern. Auseinandersetzungen erzeugen und transformieren Gruppen und ihre Beziehungen, sie finden also eigentlich nicht einfach »in« der Gesellschaft statt; was eine Gesellschaft ist und wohin sie sich entwickelt, definiert sich ganz maßgeblich aus ihren Konflikten.

Ganz in diesem – klassisch soziologischen – Sinne verstehen wir Konflikte nicht bloß als Symptom der Desintegration, sondern auch als »normale« Begleiterscheinungen des gesellschaftlichen Wandels. Konflikte können pathologisch werden und gesellschaftlich korrosiv wirken, sie können aber auch durchaus gutartige Effekte zeitigen, sofern sie es Gesellschaften ermöglichen, ihre Strukturen zu hinterfragen und sich an wandelnde Bedingungen anzupassen. Das gilt insbesondere dort, wo sich die Austragung von Konflikten institutionell kanalisieren lässt, wo also Dissens möglich ist, ohne dass gleich die Gesellschaft auseinanderfliegt. Viele Konflikte (man denke etwa an Tarifauseinandersetzungen) sind heute institutionell und rechtlich so normiert, dass Streit zwar stattfindet, ein Kompromiss aber möglich erscheint und von allen Seiten insgeheim auch antizipiert wird. Dysfunktional sind hingegen Konflikte, für die keine Lösung am Horizont steht und die daher immer weiter eskalieren, oder solche, die verdrängt oder gar unterdrückt werden und so keinen Ausdruck finden.[6]

Das Feld der Konflikte sowie ihrer Erforschung ist riesig und oft unübersichtlich. Unser Buch nimmt davon nur einen bestimmten Ausschnitt in den Blick: den Meinungsstreit zwischen Bürgerinnen und Bürgern im *Diskursraum demokratischer Öffentlichkeiten* – nicht etwa kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten oder innerinstitutionelle Rivalitäten um Posten und Zuständigkeiten. Wir analysieren zudem nur solche Konflikte, die in der ganzen 41 Breite der Gesellschaft ausgetragen und als relevant angesehen werden; die »leise

Politik« von Interessengruppen, die hinter verschlossenen Türen Einfluss ausüben, lassen wir außen vor.[7] Im Zentrum stehen *Konflikte um ungleiche Lebenschancen*, also Auseinandersetzungen »zwischen fordernden und saturierten Gruppen«.[8] Für anders gelagerte Streite um Krieg und Frieden, Wissen und Expertise oder Wahrheit und Verschwörung verweisen wir auf andere Publikationen.[9]

Unser Fokus richtet sich auf *Konflikte auf der Einstellungsebene* – also der Ebene von Meinungen, Intuitionen und Überzeugungen – und nicht auf manifeste Proteste oder die Aktivitäten von Netzwerken und Verbänden.[10] Um zur Metapher der Arena zurückzukehren: Unser Buch blickt nicht nur auf das Geschehen auf dem Sand oder Rasen des Platzes, wo öffentliche Sprecher auftreten, sondern primär darauf, was auf den Publikumsrängen passiert. Duellieren sich hier verfeindete Lager, springen die Menschen wütend auf, fiebern sie still mit oder betrachten sie das Geschehen in desinteressierter Gelassenheit? Viele werfen sich auch selbst ins Getümmel – etwa indem sie sich an Streiks beteiligen, politisch organisieren oder systematisch versuchen, andere zu überzeugen. Dann verschwimmt die Unterscheidung zwischen engagierten Akteuren und beobachtenden Zuschauern. Auch in Alltagsgesprächen oder in Diskussionen auf Twitter kommt es schnell vor, dass man sich zur Positionierung und Parteinahme herausgefordert fühlt. Schon in diesem Moment ist man nach unserem Verständnis Teil der Arena.

Im einleitenden Kapitel haben wir außerdem bereits dargelegt, dass uns an den Konflikten der Gegenwart interessiert, inwiefern sie Hinweise auf neue soziale Spaltungslinien, also eine *politisierte Sozialstruktur*, liefern. Beobachtet man die öffentlichen Debatten oder nimmt man an ihnen teil, dann gewinnt man oft den Eindruck vielfältiger Meinungsverschiedenheiten und sogar eines kakophonischen Durcheinanders. Wir versuchen, diese Konflikte zu ordnen, und beantworten die Frage, ob sich Menschen in diesen Auseinanderset 42 zungen eher zufällig positionieren oder ob sich sozialstrukturelle Muster oder gar klar verortbare Großgruppen identifizieren lassen. Fallen gesellschaftspolitische Konflikt-»Lager« mit

sozial abgrenzbaren Gruppen zusammen, wie dies in der Vergangenheit bei wichtigen Auseinandersetzungen der Fall war? Im jahrzehntelangen Streit um den Acht-Stunden-Tag etwa war klar, dass nicht einfach individuelle Präferenzen aufeinanderprallten, sondern gegensätzliche Interessen der Angehörigen unterschiedlicher sozialer Klassen. Wie wir später noch ausführlicher erörtern, wird auch in Bezug auf neuere Konflikte oft gemutmaßt, dass Meinungslager mit Positionen in der Sozialstruktur zusammentreffen, zum Beispiel jener der »urbanen Eliten«, der »neuen Mittelklasse« oder der »abgehängten Arbeiter«. Ob das tatsächlich stimmt, wollen wir empirisch untersuchen. Wichtig ist die Frage allemal. Denn Konflikte entwickeln dann eine besonders große Durchschlagskraft, wenn die Einstellungen oder Meinungen von Individuen sich nicht zufällig verteilen, sondern systematisch mit Positionen in der Sozialstruktur verknüpft sind. Erst dann werden aus politischen Konflikten auch soziale Konflikte, in denen sich Bevölkerungsgruppen gegenüberstehen, soziale und politische Loyalitäten ausgebildet werden und ein soziostrukturell fundiertes Bewusstsein für ein geteiltes Anliegen entstehen kann.

Neben Konflikten um materielle Güter richten wir unseren Blick auch auf *symbolische Kämpfe*, in denen um moralische Angemessenheit, soziale Geltung, Deutungsmacht und die statusmäßige Auf- oder Abwertung von Lebensformen gerungen wird.[11] In jüngerer Zeit wurde die Bedeutung von Kultur als Marker von Differenz und Motor von Konflikten sowohl in der politikwissenschaftlichen Cleavage-Forschung als auch in der Kultursoziologie stark betont.[12] Maßgeblich dafür sind nicht zuletzt der Wertewandel und die Pluralisierung von Lebensstilen, im Zuge derer Konventionen aufgebrochen und die normative Verbindlichkeit tradierter Lebensformen, sozialer Leitbilder und moralischer Bezugssysteme zunehmend infrage gestellt werden.[13] Mit sich herausbildenden neuen Formen kul 43 tureller und sozialer Vielfalt, aber auch durch das Hervortreten lange Zeit verdeckter oder marginalisierter Formen von Diversität gewinnen Anerkennungskämpfe an Bedeutung. Hierbei geht es um mehr als private Vorlieben – das sprichwörtliche leben und leben

lassen –, weil mit Lebensformen auch Wertvorstellungen und Geltungsansprüche verbunden sind, die sich in Forderungen nach Anerkennung, rechtlicher Gleichstellung oder angemessenem Zugang zu öffentlichen Gütern ausdrücken können. Fortwährende individuelle wie gesellschaftliche Suchbewegungen werden Gegenstand von Kritik und Gegenkritik.[14]

Ob eine Form der Ungleichheit oder Ungleichbehandlung zum Konfliktthema wird, ist nicht immer leicht vorherzusehen. Es gibt kein deterministisches Verhältnis zwischen dem Ausmaß der Ungleichheit und dem Grad ihrer gesellschaftlichen Problematisierung. Dazwischen tritt die Frage, ob aus einer Position der Benachteiligung tatsächlich Formen der Politisierung resultieren, die ein gegebenes Arrangement oder eine Verteilung herausfordern. Auch eklatante Benachteiligungen können lange akzeptiert werden, kleine Disparitäten hingegen großen Furor auslösen. Den Unterschied machen die *moralischen Repertoires*, auf die eine Gesellschaft zurückgreift und die Konflikte prägen. Mit moralischen Repertoires meinen wir die verfügbaren Interpretationsschemata und normativen Grammatiken zur Bewertung von Ungleichheit.[15] Konflikt bedarf der Unzufriedenheit oder moralischen Entrüstung, die sich regt, wenn Gerechtigkeitsvorstellungen und (vermeintlich) legitime Ansprüche verletzt werden.[16] *Politiken der Interpretation*, beeinflusst und genutzt von politischen Unternehmern oder im öffentlichen Diskurs, bestimmen, welche Ungleichheitsverhältnisse als akzeptabel oder hinnehmbar gelten und welche als skandalös erscheinen. Auch diese Dimension der moralischen Einbettung ist für unseren Zugang wichtig.

44 Welche Ungleichheit?

In diesem und im vorangegangenen Kapitel sind Ungleichheiten schon in doppelter Hinsicht aufgetaucht. Ungleich verteilte soziale Güter geben Anlass zu Konflikt, die Struktur dieser Konflikte ist aber selbst durch die

ungleiche Position sozialer Gruppen bestimmt. Die Antwort auf die Frage »Wer soll was bekommen?« hängt davon ab, wer was besitzt und welche Position er oder sie im Raum der Ungleichheit innehat. Doch welche Ungleichheiten meinen wir damit genau? Wie bereits erwähnt, ist unser Verständnis von Ungleichheit nicht ökonomistisch auf materielle Fragen begrenzt. Für einen solchen – in manchen Zusammenhängen durchaus produktiven – Reduktionismus steht in der klassischen Ungleichheitsforschung ein *vertikales Paradigma*: Man denkt in Hierarchien mit höheren und niedrigeren Rängen, und die Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen entscheidet darüber, wo sich eine Person oder Gruppe einordnet. Eng mit diesem Paradigma verbunden sind die Begriffe *Schicht* und *Klasse*, wobei Ersterer eher deskriptiv Unterschiede in Einkommens- und Versorgungsniveaus registriert, während Letzterer – zumindest der Absicht nach – stärker die Ursachen ungleicher Verhältnisse mitdenkt. Wichtig ist zudem die Frage der sozialen Mobilität, also des mehr oder weniger offenen »Grenzverkehrs« zwischen den Klassen. Dabei können nicht nur ungleiche Chancen und materielle Ausstattungen Mobilitätsbarrieren bilden, sondern auch symbolischer Ausschluss und die Abwertung zum Beispiel »plebejischer« oder »bildungsferner« Habitusformen. Bessergestellte Gruppen nutzen derlei Barrieren strategisch oder unbewusst zur Monopolisierung von Lebenschancen; weniger Privilegierte fordern diese Monopolisierung mit individuellen oder kollektiven Strategien heraus.[17] Je nach Lesart führen vertikale Ungleichheiten so zu *Verteilungs-, Klassen-* oder *Schließungskämpfen.*

Obwohl vertikale Ungleichheiten bis heute von größter Relevanz sind, machen Weiterentwicklungen der Ungleichheitsforschung klar, 45 dass sich Kämpfe um Ressourcen und Lebenschancen nicht ausschließlich auf Klassenverhältnisse im ökonomischen Sinne zurückführen lassen. Ein wichtiger Ausgangspunkt für diese Erweiterung des Blicks waren die feministische Kritik an der Geschlechtsblindheit der Klassentheorie sowie theoretische und politische Interventionen, die die Bedeutung ethnischer, rassistischer und globaler Formen der Ungleichheit hervorhoben.[18] Tief in

die Gesellschaftsstruktur eingewobene Unterscheidungen – beispielweise nach nationaler Zugehörigkeit oder Geschlecht – bilden hier wichtige Klassifizierungen, die der klassischen Forschung zu vertikalen Ungleichheiten weitgehend entgangen waren. In der Soziologie spricht man hier üblicherweise (aber nicht vollständig treffsicher) von *askriptiven*, also zugeschriebenen *Ungleichheiten*, die sich von *erworbenen* Merkmalen dadurch unterscheiden, dass Menschen anhand bestimmter Merkmale, auf die sie keinen Einfluss haben, Kollektivkategorien zugeordnet werden, die man mit stereotypen Eigenschaften verbindet.

Derlei Klassifikationen in verschiedene »Menschentypen« sind eng mit Systemen unterschiedlicher Wertigkeit verknüpft. Wer in Abgrenzung zu einer oft implizit bleibenden Norm als »anders« wahrgenommen wird, »darf« auch anders behandelt werden, kann also entweder auf Privilegierung hoffen oder muss Marginalisierung oder Benachteiligung befürchten. Kategoriale Gruppenunterscheidungen werden herangezogen, um Positionen im hierarchischen Raum der Ungleichheit zuzuweisen und zu legitimieren; dieser strukturelle Mechanismus kommt sowohl im Alltagsleben als auch im Zuge institutionell-rechtlicher Prozeduren zum Tragen.[19] Über *kategoriale* Unterscheidungen werden so ungleiche Lebenschancen erzeugt, Chancen »gehortet« und Ungleichbehandlungen gerechtfertigt.[20] Viele kategoriale Ungleichheiten haben in den letzten Jahrzehnten in der Folge von *Kämpfen um Anerkennung*[21] an gesellschaftlicher Legitimität verloren, andere bestehen auf mehr oder minder naturalisierte und verunsichtbarte Weise fort.

46 Eine grundlegende, nach wie vor tief greifende Unterscheidungskategorie ist die der *nationalen Zugehörigkeit*. Es gibt historisch einen engen Zusammenhang zwischen der Nationalstaatsbildung, der Konstruktion nationaler Identität und der nationalgesellschaftlichen Schließung, welcher in die Unterscheidung zwischen Zugehörigen und Nicht-Zugehörigen mündete.[22] Heute ist die Monopolisierung von Rechten und Ressourcen durch die Ungleichbehandlung von Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern eine zentrale Ursache von Ungleichheiten im globalen Maßstab.[23] Die durch

Grenzkontrollen und Aufenthaltstitel organisierte Form der nationalen Schließung setzt »Zugehörigkeitsungleichheiten« durch und verknüpft Migration mit sozialen Fragen.[24] Diese Fragen von Ausschluss und Zugang stellen sich in einer globalisierten Welt mit eklatant ungleich verteilten Lebenschancen besonders dringlich. Sie forcieren *Kämpfe um Grenzen*[25] und darüber, wie offen oder wie geschlossen die Gesellschaft sein soll, wer kommen und wer bleiben darf.

Eine weitere – zunehmend umkämpfte – Dimension von Ungleichheit ist schließlich ihre *zeitliche Struktur*. Wie gestaltet sich die Beziehung zwischen der Gegenwart und einer vorgestellten Zukunft? Was müssen wir heute tun, um den Wohlstand in der Zukunft zu erhalten, oder welche klimapolitischen Weichenstellungen sind vorzunehmen, damit zukünftige Generationen nicht ihrer Lebensgrundlagen beraubt werden? Wie beeinflusst der bedrohliche Schatten einer nicht allzu fernen Zukunft unser gegenwärtiges Handeln? Dieser temporale Horizont spielt eine zunehmend größere Rolle für die Strukturierung von Gegenwartskonflikten. Wenn an die Stelle von Fortschrittsoptimismus und Wohlstandsversprechen das Selbsterhaltungsproblem der Gesellschaft tritt, verändern sich die Zeitbezüge und Inhalte sozialer Konflikte.[26] Wie man anhand der Klimakonflikte unschwer erkennen kann, handelt es sich oftmals um Kämpfe um und für Zukunft. Dabei kann sich das Verhältnis zwischen den Generationen aufgrund unterschiedlicher Betroffenheit zunehmend politisieren. Solange der Wohlstand insgesamt kontinuierlich wächst, 47 das Fortschrittsversprechen trägt und sich damit auch Lebenschancen vergrößern, bilden die Generationen insgesamt eine »Zugewinngemeinschaft«. Wenn aber der »Traum immerwährender Prosperität«[27] platzt und ökologische Risikolagen deutlicher hervortreten, vertiefen sich womöglich auch die generationalen Gräben. Die Klimawandelfolgen werden das Leben der jüngeren Kohorten stärker belasten, kommende Generationen werden um »ökologische Güter« wie Biodiversität gebracht, weil diese von den heute Lebenden vernutzt werden oder schon längst vernutzt worden sind.

Klassenstruktur, soziale Schließung, Anerkennung, Zugehörigkeit und Zukunftsverlust stellen verschiedene Formen der Ungleichheit dar, die auf je eigene – wenn auch intersektional verschlungene – Weise zum Gegenstand gesellschaftlicher Konflikte werden.[28] Wir haben es mit einem *pluralisierten Feld der Ungleichheitsverhältnisse* zu tun, dem ein *pluralisiertes Feld sozialer Konflikte* um Ungleichheit entspricht.

Versuch einer Typologisierung

Wir ziehen aus dieser Pluralisierung die Konsequenz, statt einer einzigen, alles überwölbenden Auseinandersetzung vier verschiedene *Arenen der Ungleichheitskonflikte* in den Blick zu nehmen (siehe zusammenfassend Abbildung 2.1). Diese Vier-Arenen-Typologie ist keine neue Theorie der Ungleichheit, sondern eine Heuristik, also ein konzeptionelles Werkzeug, um ein komplexes Feld übersichtlicher und damit zugänglicher zu ordnen.[29] Jede der vier Arenen steht für Auseinandersetzungen, in denen unterschiedliche Formen der Ungleichheit zum Tragen kommen: Die Arena der *Oben-Unten-Ungleichheiten* ist geprägt durch verteilungs- und sozialpolitische Konflikte um ökonomische Güter und wohlfahrtsstaatliche Ansprüche. In der Arena der *Innen-Außen-Ungleichheiten* werden migrations- und integrationspolitische Konflikte um Zugang und Mitglied 48 schaft verhandelt. Die Arena der *Wir-Sie-Ungleichheiten* ist Schauplatz identitätspolitischer Konflikte um Anerkennung und Antidiskriminierung. In der Arena der *Heute-Morgen-Ungleichheiten* geht es um ökologische Güter und Schädigungen.

Die Arenen stehen so für vier besonders virulente Konfliktkomplexe der sozialen Ungleichheit. Wie wir in den folgenden Kapiteln genauer aufschlüsseln, unterliegt jede Arena einer eigenen Logik, sie ist mit bestimmten Politikbereichen verknüpft; welche Interessen Menschen dort für sich definieren und welche Meinungen sie zu bestimmten Themen einnehmen, ist wiederum auf je spezifische Weise mit ihrer Position in der

Sozialstruktur verknüpft. Im Hintergrund wirken dabei großflächige und tief greifende Wandlungsprozesse, die zu einer Steigerung der Konfliktintensität führen können: Durch Prozesse der Globalisierung, die erodierende Macht der Gewerkschaften, technologischen Wandel und Tertiärisierung kommt es zu einer *Rückkehr der Ungleichheitsfrage*, ablesbar beispielsweise am starken Wachstum der (großen) Vermögen, der Einkommensspreizung zwischen hoch und gering qualifizierten Beschäftigten und der Verfestigung von Einkommenspositionen am oberen und unteren Rand.[30] Im Feld der Innen-Außen-Ungleichheiten sind es Prozesse der *Globalisierung*, *Transnationalisierung* und *Europäisierung*, die das relativ geschlossene Containermodell des Nationalstaates öffnen und damit neue Konflikte um die nationalen Folgen globaler Ungleichheiten aufbrechen lassen. Dabei geht es nicht nur um die Integration in Weltmärkte und die grenzüberschreitende Zirkulation von Gütern und Kapital, besonders umstritten sind der Umgang mit Migration und Integration sowie die Kontrolle von Grenzen. Die wesentlichen Antriebskräfte der Aufladung der Wir-Sie-Ungleichheiten wiederum sind der *Wertewandel*[31] und die Entkonventionalisierung von Lebensstilen, im Zuge derer sich rigide Homogenitätsvorstellungen und Verhaltenserwartungen im Bereich der Geschlechterverhältnisse, der Sexualität und der ethnischen Diversität tendenziell lockern, was zugleich dazu führt, dass traditionelle 50 Leitvorstellungen und kulturelle Muster herausgefordert werden. Ob Kleinfamilie, geschlechtliche Rollenverteilung und Heteronormativität oder Alltagsrassismus und ethnische Diskriminierung – viele einstmals oft nicht hinterfragten »Üblichkeiten« sind erodiert, wodurch gruppenbezogene Konflikte um Teilhabe und Anerkennung relevanter werden. Schließlich intensivieren sich mit dem anthropogenen *Klimawandel* Auseinandersetzungen um Verursachung, Betroffenheit sowie die Verteilung der Lasten der ökologischen Transformation. Die existenzielle Natur der Erderwärmung erzwingt gravierende Veränderungen gewohnter Lebens- und Produktionsweisen und rückt Klimakonflikte ins Zentrum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

	Oben-Unten-Ungleichheiten	Innen-Außen-Ungleichheiten	Wir-Sie-Ungleichheiten	Heute-Morgen-Ungleichheiten
Konfliktypus	Verteilungskonflikte	Zugehörigkeits- und Grenzkonflikte	Anerkennungskonflikte	ökologische und Zeitkonflikte
Einsatz	Ressourcen Ansprüche	Zugang Mitgliedschaft	Rechte Anerkennung	Umweltgüter Zeit
Politikfelder	Sozial-, Verteilungs- und Steuerpolitik	Migrations- und Integrationspolitik	Gleichstellungs- und Anerkennungspolitik	Umwelt- und Klimapolitik
Triebkräfte	»Rückkehr der Ungleichheit«	Transnationalisierung, Migration	Wertewandel, Entkonventionalisierung	Klimakrise, fossile Produktion und Lebensweise
Kollektivbezug	Klassen und Schichten Reiche und Arme	Inländer und Ausländer Eingesessene u. Migranten	Etablierte und Außenseiter	Verursacher und Betroffene
Bearbeitung	Umverteilung, Absicherung	Inklusion, Integration	Gleichstellung, Quoten, Normenwandel	Transformation, Nachhaltigkeit
Verteilungsbilanz	Nullsummenspiel	unklar	Positivsummenspiel (aber Statusverluste möglich)	Negativsumme bei Nicht-Handeln, Zielkonflikte

Abb. 2.1: Ungleichheitsarenen: Eine Typologie

Zur weiteren Verfeinerung sowie Veranschaulichung unserer Systematik kann man sich an einem Set knapper und gesellschaftlich begehrter *Primärgüter* orientieren, die in den Arenen als »Einsätze« oder »Streitgüter« fungieren. Dies sind in erster Linie ökonomische Ressourcen, aber eben auch Mitgliedschaft, Anerkennung und Umweltgüter. Unter *ökonomischen Ressourcen* fassen wir vor allem Vermögen und Einkommen, also Güter, die Menschen oder Gruppen unterschiedliche Lebenschancen ermöglichen, aber auch wohlfahrtsstaatliche Ansprüche, die diese Ressourcenverteilung modifizieren. Nationalstaatliche *Mitgliedschaft* verstehen wir als Zugangschancen und bestimmte Rechte, etwa einen gesicherten Aufenthaltsstatus oder die Inklusion in die sozialen Leistungssysteme. Bei *Anerkennung* geht es darum, im Rahmen kollektiver Normalitätsvorstellungen als Träger legitimer Anrechte wahrgenommen und im Sinne einer »kulturellen Gleichheit« nicht diskriminiert oder benachteiligt zu werden.[32] *Umweltgüter* wie die Atmosphäre, aber auch Wasser, bestimmte Rohstoffe und Böden sind Ressourcen, deren Vernutzung in der fossilwirtschaftlichen Gegenwart zwar Komfort und Wohlstand garantiert, im Zeitverlauf aber die Lebensgrundlagen aller

unterminiert und so auch die Chancen von Menschen beeinträchtigt, die selbst nichts oder wenig dazu beigetragen haben.

51 Wir nehmen hier selbstverständlich nicht in Anspruch, ein vollständiges Bild aller denkbaren Ungleichheitsarenen anzubieten.[33] Doch die Taxonomie der vier Arenen ermöglicht es uns, eine große Zahl salienter Ungleichheitskonflikte in griffiger Weise zu analysieren: von Tarifauseinandersetzungen über Kontroversen um Gendersprache, Quoten oder die Anerkennung von Transpersonen und Debatten um Asylobergrenzen sowie scheiternde Integration bis hin zur klimapolitischen Mobilisierung und Debatten über den Umbau der Gesellschaft im sogenannten Anthropozän.

Die Typologie der Arenen kristallisierte sich auf zwei Wegen heraus: aus unseren empirischen Arbeiten, aber auch aus der Befassung mit der existierenden theoretischen Literatur. Wir konsultierten zunächst Studien zur Konfliktstruktur westlicher Gesellschaften. So haben wir etwa im Einleitungskapitel bereits auf die Cleavage-Forschung hingewiesen, laut welcher der Parteienkonflikt seit den siebziger Jahren zunehmend von einer »neuen Spaltungslinie« bestimmt wird, die den älteren Klassen-Cleavage ergänzt und teilweise überschreibt.[34] Entlang dieser Kluft geht es dann um so unterschiedliche Themen wie Bildung, Umwelt, Migration oder Diskriminierung, wobei sich ein *Globalisierungs-Cleavage* als besonders salient erweist.[35] Neuere Studien fügen dem allerdings die Beobachtung hinzu, dass nicht alle Themen der »new politics« derselben Logik folgen und dass die Haltung zu einer Frage nicht unbedingt die Einstellungen zu anderen Themen vorgibt. Fragen der Anerkennung sexueller Diversität etwa zeigen sich bei näherer Betrachtung als durchaus eigenständig und anders gelagert als solche der Migration.[36] Auch für Haltungen zur Ökologie wurde empirisch gezeigt, dass sich die Meinungen hier von jenen zur nationalen Öffnung oder Schließung unterscheiden, man also nicht beide in einen Topf werfen sollte.[37]

Dieses Bild bestätigen auch unsere eigenen quantitativen und qualitativen Ergebnisse. Analog zu früheren Studien[38] haben wir ein umfassendes Set an Einstellungsdaten herangezogen, die wir mit der

bundesweiten repräsentativen Umfrage »Ungleichheit und Konflikt« [52] erhoben haben. In diesen Survey haben wir eine Reihe unterschiedlicher Fragen (im Wissenschaftsjargon: Items) aufgenommen, zu denen die Befragten angeben konnten, wie stark sie zustimmen oder nicht zustimmen. Mit einem strukturentdeckenden statistischen Verfahren haben wir dann untersucht, welche übergreifenden Einstellungskomplexe hinter den Antworten der Befragten stehen.[39] Dies gibt Auskunft darüber, wie sich die Vielzahl unserer Items – empirisch fundiert – gruppieren und zusammenfassen lässt (genaue Auswertung siehe Onlineanhang[40]). Unsere Arenentypologie wird hier insofern bestätigt, als wir vier eigenständige Einstellungskomplexe finden, die man als generelle Einstellungen zu Umverteilung, Migration, sexueller Diversität und Klimapolitik bezeichnen kann.[41] Diese Themen werden zudem von großen Mehrheiten unserer Befragten als wichtig bzw. sehr wichtig eingestuft (75 Prozent bei Migration und der Diskriminierung sexueller Minderheiten, 90 Prozent beim Klimawandel und der ökonomischen Ungleichheit).

Unsere Umfrage zeigt auch, dass ein großer Anteil der Befragten die vier Arenen als stark konflikthaft wahrnimmt (Abbildung 2.2). Mehr als 70 Prozent geben an, in Deutschland bestünden sehr starke oder eher starke Konflikte zwischen Arm und Reich (Oben-Unten), zwischen jenen, die auf Klimaschutz achten, und jenen, denen die Umwelt nicht so wichtig ist (Heute-Morgen), und zwischen Migranten und Deutschen (Innen-Außen). Nur eine Minderheit sieht lediglich schwache oder gar keine Konflikte. Die Hälfte der Befragten nimmt zudem Auseinandersetzungen zwischen sexuellen Minderheiten und der Mehrheitsgesellschaft wahr. Gegenüber diesen Konflikten fällt die wahrgenommene Bedeutung anderer Ungleichheitskonflikte – etwa zwischen Ost- und Westdeutschen, zwischen Männern und Frauen oder zwischen Jung und Alt – klar ab (nach Daten des Allbus 2021).

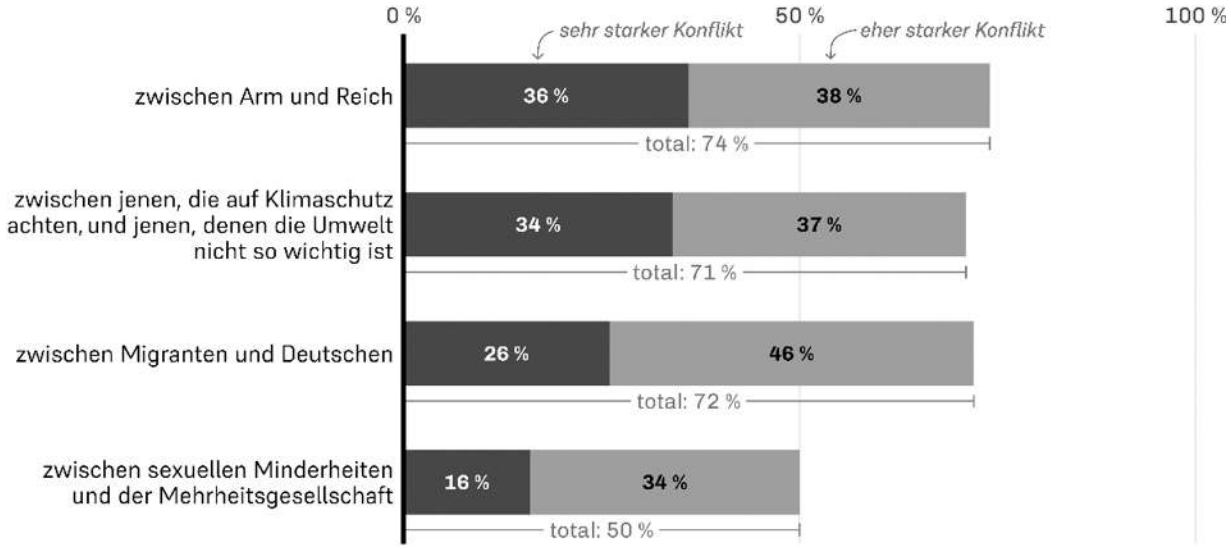


Abb. 2.2: Konfliktwahrnehmungen

Anmerkung: Fehlende Kategorien zu 100 Prozent: »eher schwacher Konflikt«, »kein Konflikt«. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Zuletzt bestätigte sich das Vier-Arenen-Schema auch in den Gruppendiskussionen, die wir in Berlin und Essen mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und mit unterschiedlichen ideo 53 logischen Orientierungen durchgeführt haben. Dort baten wir die Teilnehmer zu Beginn – also noch bevor die Interviewenden Themen in den Raum geworfen hatten –, zu sammeln, welches die drängendsten und kontroversesten Probleme sind, mit denen Deutschland heute konfrontiert ist.[42] Alle Themen, die in einer Mehrheit der sechs Gruppen spontan genannt wurden, fielen in drei unserer vier Arenen: Mieten, Preise, Einkommen, Bildung, Rente (Oben-Unten); Zuwanderung und Flüchtlinge (Innen-Außen); Klimawandel, Energie- und Verkehrswende (Heute-Morgen). In allen Gruppen wurde zudem mindestens ein Problem genannt, das der Wir-Sie-Arena zugeordnet werden kann (Stichworte waren hier etwa Political Correctness oder die Anerkennung von Homosexuellen).[43] Unsere Vier-Arenen-Typologie ist also kein bloßes wissenschaftliches Konstrukt, sondern entspricht durchaus der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger. Bevor wir am Ende dieses Kapitels einige Analysewerkzeuge vorstellen, die in unserer Untersuchung

zum Einsatz kommen, geben wir zunächst einen Überblick über die Struktur der Arenen, ihre typischen Streitpunkte und Ungleichheitskonstellationen.

54 Oben-Unten-Ungleichheiten

Oben-Unten-Ungleichheiten betreffen die sozioökonomische Ressourcen- und Positionsverteilung in einer Gesellschaft und drücken sich in einem Gefälle von materieller Ausstattung, Lebensstandard, Einkommen und Vermögen aus. Die Spannung zwischen Arm und Reich, zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden, zwischen den sozioökonomisch besser Gestellten und den sozial Deklassierten ist – auch im Alltagsverständnis – eine zentrale Achse der Ungleichheit. Sozioökonomische Statushierarchien sind mit sehr unterschiedlichen Begriffen und Konzepten beschrieben worden; von Schichten spricht man in der Regel, wenn es erkennbare Unterschiede in der Rangabstufung von Lebenslagen gibt, von Klassen, wenn von einer Zentralität der Sphären von Produktion und Erwerb für die Zuweisung sozialer Positionen ausgegangen wird.

Vertikale Klassenhierarchien sind wichtige Aspekte von Verteilungskonflikten, die auf dem Markt selbst (man denke an Arbeitskämpfe oder Tarifverhandlungen) oder im Rahmen parteipolitischer Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Diese Konflikte sind heutzutage weitgehend institutionalisiert – man spricht vom *institutionalisierten Klassenkompromiss* –, gleichzeitig tauchen permanent neue Aspekte auf, die es konkret auszuhandeln und zu gestalten gilt. Durch kollektive Organisation und Mobilisierung (etwa über Gewerkschaften) lässt sich das verteilungspolitische Spiel verändern. Auch staatlicherseits können Märkte reguliert und Marktverteilungen modifiziert werden, wofür der gesetzliche Mindestlohn ein prominentes Beispiel ist. Eine mindestens ebenso bedeutsame Rolle hat der Staat bei

der Sekundärverteilung, also der durch Steuern und Sozialabgaben vorgenommenen Umverteilung. In allen westlichen Gesellschaften ist die Primärverteilung deutlich ungleicher als die Verteilung nach staatlichen Interventionen. Verteilungspolitisch haben wir es dabei meist mit einem Nullsummenspiel zu tun: Durch Steuer- und Transferpolitik werden Ressourcen zwischen Gruppen 55 oder über den Lebensverlauf umverteilt und staatliche Leistungen finanziert, die fiskalische Bilanz ist *grosso modo* ausgeglichen. Ein langfristiges Positivsummenspiel kann daraus werden, wenn man Ressourcen so einsetzt, dass sie wirtschaftliche oder gesellschaftliche Erträge abwerfen, wie dies auch in den Diskussionen über den »wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik«[44] oder über investive Sozialpolitik nahegelegt wird.

Zu der Ungleichheitsachse Oben-Unten gehört traditionell die politische Unterscheidung zwischen links und rechts. Linke Parteien sehen sich als Interessenvertretungen der »unteren Schichten«, der »arbeitenden Bevölkerung« oder der »Arbeiterklasse« und setzen sich für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ein. Ein weiter Kranz sozialer Rechte und eine Verbesserung der Einkommenssituation vor allem der unteren Statusgruppen gehören ebenfalls zu ihrem Programm. Die soziale Frage wird im Rahmen des demokratischen Wettbewerbs als Umverteilungsfrage verstanden, der Staat soll gestärkt und Lebenschancen »dekommodifiziert«, das heißt vom Markt abgekoppelt werden.[45] Dem stehen eher wirtschaftsliberale Kräfte gegenüber, die an die Kraft des Marktes und den Trickle-down-Effekt glauben, staatliche Interventionen für wohlstandsgefährdend halten und sich an meritokratischen Vorstellungen orientieren. Seit einigen Jahren wird die sozialpolitische Links-rechts-Unterscheidung allerdings zunehmend durch rechtspopulistische Parteien ausgehebelt, indem diese sich als Interessenvertreter des »kleinen Mannes« (und der »kleinen Frau«) gerieren und immer häufiger auch die soziale Frage beackern, allerdings mit ethnonationalistischer Schlagseite.

Wie gesagt, der Oben-Unten-Konflikt kann durch Umverteilung pazifiziert und gesellschaftlich moderiert werden, dies ist allerdings nicht

die einzige Form der Bearbeitung. Aufgelöst werden kann diese Spannung auch durch soziale Aufstiegsmobilität, bei der individuelle Statusgewinne vor das kollektive Erstreiten eines größeren Anteils am zu verteilenden Kuchen treten. Dann löst sich ein »geteil 56 tes kollektives Klassenschicksal«[46] in eine Vielzahl individueller Aufstiegsbiografien auf. Dabei spielen die über das Bildungssystem vermittelten Chancen eine große Rolle, ebenso die Frage, ob die eigenen Bildungserfolge auch gewinnbringend auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt werden können. Ob eine Gesellschaft mobilitätsblockiert oder durchlässig ist, entscheidet darüber, ob es Möglichkeiten der »Schicksalskorrektur« gibt oder man an die soziale Herkunft gefesselt bleibt. Wenn Bildungsinstitutionen kaum zusätzliche Chancen eröffnen, bleiben die Aufstiegswege eher schmal und Ungleichheit wird reproduziert. Entsprechend zeigt sich, dass es zwischen dem Ausmaß der Ungleichheit und dem Grad der Mobilität einen recht starken Zusammenhang gibt.[47] Für die Konfliktdynamik entscheidend ist aber nicht notwendigerweise die tatsächliche Mobilität: Allein der Glaube an ein Vorankommen aufgrund von Talent und Leistung kann Ungleichheiten legitimieren und die Formierung von Klasseninteressen bzw. Umverteilungsforderungen abschwächen.[48] Die Propagierung von Bildungs- und Aufstiegsidealen, die Beschwörung von Chancengleichheit und die individualistische Interpretation von (Miss-)Erfolg können somit soziale Ungleichheit als gerechtfertigt erscheinen lassen, auch wenn Mobilität natürlich auch in die andere Richtung verlaufen kann: Menschen erfahren soziale Abstiege, die dem Mythos des Aufstiegs entgegenstehen und gerade deshalb zu Enttäuschung und Frustration führen.[49]

Innen-Außen-Ungleichheiten

Die Oben-Unten-Ungleichheiten setzen einen abgeschlossenen sozialen Raum voraus, in dem über die Verteilung von Ressourcen gestritten wird. Innen-Außen-Ungleichheiten wiederum ergeben sich aus den

Unterschieden zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern nationalstaatlich verfasster Gesellschaften. Das »erste und wichtigste Gut«, das eine Gesellschaft zu vergeben hat, ist das der 57 Mitgliedschaft, denn es »strukturiert alle von uns zu treffenden Distributionsentscheidungen vor« (Michael Walzer).[50] Wer kommen darf, unter welchen Bedingungen und mit welchen Rechten, ist stets umstritten. Staaten unternehmen große Anstrengungen, um die »eigenen« Grenzen zu schützen, territorialen Zugang zu regulieren und Mitgliedschaft zu kodifizieren.[51] Konflikte in der Arena der Innen-Außen-Ungleichheit drehen sich daher um den Grad von Offenheit und Geschlossenheit. Wie schon im Zusammenhang mit neuen Cleavages erwähnt, kann man diesen »Kampf um Grenzen« im Zeitalter der Globalisierung sogar als eine zentrale Konfliktachse verstehen; Vertreter eines universalistischen oder kosmopolitischen Weltverständnisses ringen mit den Befürwortern kommunitaristischer Auffassungen, die sich der Entgrenzung entgegenstemmen.[52]

In der historischen Rückschau lassen sich Staats- und Nationenbildung als makrosoziale Prozesse der Schließung verstehen, die im Inneren eine gewisse Vereinheitlichung ermöglichten (bzw. erzwangen) und nach außen Trennung und Unterscheidung durchsetzten.[53] Auf diese Weise sind nationale Gesellschaften mit spezifischen Vorstellungen von Tradition, Kultur und Zusammengehörigkeit entstanden, die den Unterschied zwischen Dazugehörigen und Nicht-Dazugehörigen markieren. Die Gesellschaft wurde dergestalt – idealtypisch gesprochen – zu einem »Container« mit Insassen (Bevölkerung, Staatsbürger etc.), die sich legitimerweise darin aufhalten und in den Genuss von Mitgliedschaftsrechten kommen. Diese Art von Schließung des geografischen und des Mitgliedschaftsraumes war eine Vorbedingung dafür, dass der Kranz der politischen, sozialen usw. Rechte sukzessive erweitert wurde und der Nationalstaat in der Folge seinen Mitgliedern Umverteilungsopfer auferlegen konnte.[54]

Lange Zeit wurde Ungleichheit im nationalen Binnenfokus verhandelt, während die Ungleichheit zwischen Staaten (und damit auch ihren

jeweiligen Bewohnern) weitgehend ausgeblendet blieb. Ökonomische und politische Gleichheitsbestrebungen, die im Inneren von Nationalgesellschaften eine so große Bedeutung hatten (und 58 haben), endeten an deren Grenzen. Im Modell der Containergesellschaften konnten globale Ungleichheiten zu einem gewissen Teil sogar entpolitisiert werden.[55] Tatsächlich übersteigen die zwischenstaatlichen Ungleichheiten die intrastaatlichen um ein Vielfaches. Der Ort, an dem man geboren ist und lebt, ist mehr als dreimal so bedeutsam, um zu erklären, in welcher Einkommensposition man sich im Weltmaßstab befindet, wie die Zugehörigkeit zu einer Klasse.[56] Erst transnationale Verflechtungen, Grenzöffnungen und auch die Verfügbarkeit besserer Daten schärften das Bewusstsein dafür, dass das Denken in rein nationalen Kategorien viele blinde Flecken hat.[57] Nun holt vor allem Migration die globalen Außenverhältnisse ins Innere. Wo sie stattfindet, stellen sich Fragen nach dem legitimen Zugang, nach Aufenthaltstiteln und sozialer Inklusion. Migration ist damit zu einer entscheidenden Frage im Wechselspiel von Gleichheitspostulaten und Differenzmarkierungen bzw. in der Verschränkung von Universalismus und nationalgesellschaftlichem Partikularismus geworden.

Wer unter welchen Umständen Anspruch auf territorialen Zugang zu und auf gleichberechtigte Behandlung in einer politischen Gemeinschaft geltend machen kann, ist von rechtlichen, ökonomischen und kulturellen Bewertungen, aber auch von politischen Kräfteverhältnissen abhängig. Ökonomische Motive können hier die Verteidigung materieller Privilegien und die Vermeidung von Ressourcenkonkurrenz sein.[58] Es werden aber auch kulturelle Grenzziehungen in Anschlag gebracht, sei es aufgrund von empfundenem »Diversitätsstress«, nativistischen Vorstellungen oder offen rassistischen Weltbildern. Die Inklusionsbereitschaft gegenüber Migrantinnen und Migranten hängt stark von solchen kulturellen und symbolischen Grenzziehungen ab.

Die Definitionsmacht in der Innen-Außen-Arena liegt vor allem (aber nicht ausschließlich) bei denen, die schon da sind und sich als »Eingesessene« betrachten. Als Mitglieder einer bestehenden

Gemeinschaft legen sie die wesentlichen Ein- und Ausschlussregeln
59 fest. Kommunitaristische Auffassungen billigen den tradierten Gemeinschaften das Recht zu, über den Zugang und die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten zu entscheiden.[59] Mit solchen Argumenten lässt sich auch gewaltsame Exklusion rechtfertigen, etwa die Schließung mit grenzpolizeilichen Mitteln. Zwar kann man sich auf die Position stellen, dass Staaten kaum dazu verpflichtet werden können, alle Menschen gleich zu behandeln, allerdings verletzt eine umfassende Abschottung gegenüber »Fremden« liberale Normen, etwa Verpflichtungen gegenüber Schutzsuchenden und Verfolgten.[60] Aus der migrationsethischen Perspektive eines liberalen Egalitarismus sind starke Schließungen weitgehend illegitim, weil durch staatliche Grenzziehungen individuelle Freiheitsrechte beschnitten werden. Staatsbürgerschaft gilt hierbei als zeitgenössisches »Äquivalent moderner Klassenprivilegien«,[61] weil der über den Geburtsort ererbte Status die Lebenschancen determiniert. Ein universelles »Recht auf Migration« lässt sich gegen ein allgemeines »Recht auf territoriale Zurückweisung« jedenfalls dann denken, wenn man Menschenrechte und individuelle Selbstbestimmung ins Zentrum der Überlegungen stellt.[62] Politisch gibt es aber eine unlösbare Grundspannung zwischen dem Recht auf *kollektive* Selbstbestimmung, das eine Begrenzung des Zugangs einschließt, und dem auf *individuelle* Selbstbestimmung (aus dem sich auch das Recht auf globale Freizügigkeit ableiten ließe), die immer wieder neu verhandelt werden muss und die normative Kompromisse notwendig macht.[63]

Wir-Sie-Ungleichheiten

Ausgangspunkt der Wir-Sie-Ungleichheiten sind Prozesse der Kategorisierung von Gruppen, die mit Selbst- und Fremdzuschreibungen einhergehen und als Anker und Marker für Ungleichbehandlungen genutzt werden. Wir haben es hier zumeist mit askriptiven, also

zugeschriebenen Merkmalen wie Geschlecht, Herkunft oder 60 Hautfarbe zu tun, die durch Einzelne nur schwer zu beeinflussen sind (im Gegensatz zu erworbenen Merkmalen wie Bildungsabschlüssen) und die als eine spezifische Form der »Humandifferenzierung«[64] in sozial folgenreiche Unterscheidungen münden. Man kann mit Charles Tilly von »durablen Ungleichheiten« sprechen,[65] die sich auf kategorial definierte Subpopulationen beziehen und denen häufig Dichotomien zugrunde liegen: mit und ohne Migrationshintergrund, heterosexuell oder homosexuell, Transgender oder Cisgender,[66] Frau oder Mann, BIPOC (*Black, Indigenous, People of Color*) oder weiß, womöglich sogar ostdeutsch oder westdeutsch. An ihnen richten sich kognitive und affektive Grenzziehungen aus, mit denen Menschen zwischen der Eigengruppe und »Anderen« unterscheiden und mit denen auch institutionelle, rechtliche und soziale Ungleichbehandlungen verbunden sein können.

Die Wir-Sie-Konflikte rühren oft daher, dass gruppenspezifische Erfahrungen der Missachtung oder Diskriminierung mit *Forderungen nach Anerkennung* beantwortet und so die Trägerschichten der dominanten Kultur herausgefordert werden.[67] Im Kern wird darum gerungen, ob unterschiedliche Identitäten und Soziokulturen als gleichwertig anerkannt werden. Im Gegensatz zur Innen-Außen-Arena beziehen sich die Anerkennungskämpfe in der Wir-Sie-Arena auf Personen, die bereits da sind und sich legitimerweise in einer nationalen Gesellschaft aufhalten, dort aber von Diskriminierung, Zurückweisung und Gewalt betroffen sind.[68] Normativ und konzeptuell geht es bei Anerkennungskonflikten um die »Einbeziehung von Subjekten in den Kreis der vollwertigen Gesellschaftsmitglieder« (Axel Honneth).[69] In der Verteilungsbilanz handelt es sich überwiegend um ein Positivsummenspiel: Anerkennung lässt sich prinzipiell vermehren, ohne dass man anderen Gruppen etwas wegnimmt. Allerdings kann die Erfüllung von Anerkennungsansprüchen mit sozialen Umwertungen verbunden sein, die bislang privilegierte Lebensformen relativieren oder sogar zurückstufen. Konkurrenzbetonter wird es zudem, wenn die Verteilung knapper Güter auf dem Spiel 61 steht, etwa wenn Diversität zu einem Kriterium bei Stellenbesetzungen wird.

»Identitätspolitik«, so das gängige und nicht unproblematische Label, bezeichnet Formen der kollektiven Mobilisierung, bei denen aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten gemachte Abwertungs- oder Ausgrenzungserfahrungen zum Ausgangspunkt politischen Handelns werden. Identität, entstanden aus einer geteilten sozialen Position, Selbst- und Fremdbenennung und/oder Verbundenheitsgefühlen, kann treibende Kraft für kollektive Anerkennungsforderungen sein. Bei diesen geht es oft nicht nur um die Bewahrung der gruppenspezifischen kulturellen Integrität, sondern auch um allgemein anerkannte normative Ziele wie die Beseitigung von Diskriminierung. Wie genau diese Normen zu interpretieren und auf die jeweilige Gruppe anzuwenden sind, ist eine der Kernfragen identitätspolitischer Konflikte.

Progressive Politiken betonen oftmals den Eigenwert kultureller Diversität und machen Assimilation oder die Anpassung an Normalitätserwartungen nicht mehr zur Voraussetzung für Anerkennung. Stattdessen verbinden sie Gleichheit und Differenz und schätzen das »Andere« auch in seiner Andersartigkeit und den damit verbundenen Erfahrungen und Bedürfnissen. Über die gleiche Teilhabe und den Abbau von Benachteiligungen hinaus sollen auch andere Lebensweisen Geltung erlangen. Statt also ein unterschiedsloses Einfädeln in ein Standardmodell zur Richtschnur zu machen, soll dieses Modell aufgebrochen und pluralisiert werden. Aus liberaler Perspektive besteht ein Knackpunkt darin, wie sich die Gleichheit der Rechte für alle Individuen zu kulturell definierten Ansprüchen etwa für Minderheitengruppen (zum Beispiel durch Quoten) verhält. Die Zauberformel der »differenzempfindlichen Inklusion« versteht sich als Kompromiss zwischen einem kulturellen oder sozialen Partikularismus und einem Universalismus, der keine Unterschiede mehr kennt.[70] Das Gebot ist hier nicht Anpassung oder Assimilation an eine dominante Kultur, sondern deren Öffnung für unterschiedliche Lebens 62 formen und kulturelle Ansprüche, ohne den Anspruch auf gleiche Teilhabe aufzugeben. Es gibt vor diesem Hintergrund zwei Ebenen, auf der identitätspolitische Bewegungen ihre Forderungen formulieren: Zum einen erinnern sie an das

Gleichheitsversprechen der liberalen Demokratie und drängen darauf, dass die dort gegebenen universalistischen Versprechen eingelöst werden.[71] Weiter gehend ist die Kritik an den Institutionen selbst, wenn gesagt wird, diese seien gar nicht so universalistisch, wie sie vorgeben, und verschleierten einen impliziten Partikularismus, beispielsweise den einer patriarchalen, männlichen und weißen Dominanzgesellschaft.

Heute-Morgen-Ungleichheiten

Im Hinblick auf die Reichweite, das Tempo und die Tiefe gesellschaftlicher Veränderungen ist die Klimafrage von herausgehobener Bedeutung. Da der Klimawandel die fundamentalste Bedrohung unserer Zeit darstellt und ein »Weiter so« unmöglich ist, ergeben sich daraus unmittelbar Konflikte um die Frage, wie es anders weitergehen soll. Krisen erzwingen Veränderung, brechen etablierte Arrangements auf. Dass wir die Klimakrise als Ungleichheitsfrage (und nicht nur als Thema der Ökologie) diskutieren, hat damit zu tun, dass sowohl der Klimawandel wie auch Maßnahmen zu seiner Bewältigung eng an die Frage der Verteilung von Lebenschancen geknüpft sind.[72] Kaum ein anderer Wandlungsprozess macht so massive Veränderungen eingespielter Verteilungskompromisse notwendig, berührt so stark die unmittelbaren Lebensumstände und erzwingt damit die Aufgabe liebgewonnener Besitzstände. Fragen der Verantwortung, der Betroffenheit und der Verteilung der Transformationskosten sind nicht abstrakt, sondern mit starken Interessen verbunden.[73] Vor allem die Zustimmung zur ökologischen Transformation ist prekär und hängt davon ab, dass es eine als fair empfundene Verteilung der Kosten und Lasten gibt. Ist dies nicht der Fall, kann es zu
63 Blockaden und Vetohaltungen kommen. Wie das Label der Heute-Morgen-Ungleichheiten anzeigt, ist hier der Zeitfaktor entscheidend: Je schneller und je umfassender gehandelt wird, desto eher lassen sich klimapolitische Ziele erreichen. Verteilungspolitisch stellt sich Nicht-

Handeln oder Aufschieben als Negativsummenspiel dar: Die Fehlbilanz eines ökologischen Kassensturzes wird immer größer, weiteres Zuwarten erhöht die Selbstschädigungen dramatisch.

Welche unterschiedlichen Interessenlagerungen in den Klimakonflikten sichtbar werden, ist noch nicht abschließend zu beantworten. Auf der globalen Ebene existieren enorme Unterschiede in der Betroffenheit, wie beispielsweise Naturkatastrophen wie Dürren oder Starkregen zeigen. Daraus resultieren schon heute große Interessendivergenzen und Konflikte zwischen den Weltregionen, die sich weiter zuspitzen werden. Die Betroffenheit ist aber auch innerhalb von Gesellschaften ungleich strukturiert: Sozioökonomisch schwächere Gruppen leiden besonders unter dem Klimawandel, aber auch unter anderen Umweltbelastungen.[74] Sie sind aufgrund ihrer Wohnsituation, ihrer Arbeitsbedingungen und ihres Gesundheitszustands exponierter. Gleichzeitig sind ihre Bewältigungsmöglichkeiten eingeschränkt, beispielsweise können sie sich aufgrund begrenzter finanzieller Mittel weniger gut an klimatische Extremsituationen anpassen. Ein weiterer ungleichheitsverstärkender Effekt entsteht dadurch, dass Kosten für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Ernährung und Mobilität steigen. Die Verteilungseffekte der Klimakrise sind dabei tendenziell regressiv; sie belasten die ärmeren Haushalte proportional stärker, so dass sich akute Fragen der Abfederung sozialer Härten stellen.[75]

Große Ungleichheiten lassen sich auch bei der Verursachung von Umweltschäden feststellen: Auf der globalen Ebene sind vor allem die Industrienationen des Nordens für den Klimawandel verantwortlich; auf der innergesellschaftlichen Ebene weisen statushöhere Gruppen, die sogenannten *Polluting Rich*, einen deutlich größeren CO_2-Abdruck auf. Wer mehr verdient, hat eine größere Wohnung, 64 ist mobiler und konsumiert mehr Waren – ein Effekt, der auch durch Bioprodukte, geringeren Fleischverbrauch oder Car-Sharing nicht ausgeglichen wird.[76] Der Klimawandel zeichnet sich also dadurch aus, dass es eine tendenzielle Entkopplung und sogar inverse Beziehung von Verursachung und Betroffenheit gibt: Während reiche Menschen und Regionen viel zur

Erderwärmung beitragen, aber vergleichsweise weniger darunter leiden, verhält es sich bei armen Menschen und Regionen genau umgekehrt.

Die klimapolitische Mobilisierung folgt diesem Muster auf den ersten Blick nicht. Die vulnerablen und prekären Gruppen sind nicht notwendigerweise die Träger einer progressiven Klimapolitik. Viel eher unterstützen statushohe Gruppen klimapolitische Programmatiken, und zwar obwohl sie einen großen ökologischen Fußabdruck hinterlassen.[77] Überdies propagieren sie nachhaltige Lebensformen und realisieren dadurch Distinktionsgewinne.[78] Für die einfachen Schichten stellen sich zuvorderst Fragen nach der Verbindung ökologischer und sozialer Politik, es gibt Ängste vor negativen Auswirkungen der Veränderungen.[79] Die Heute-Morgen-Ungleichheiten betreffen schließlich auch die Generationen sehr unterschiedlich, so dass hier oft von einem potenziellen Generationenkonflikt ausgegangen wird – in einer populären Zuspitzung: »Boomer« gegen »Millennials« und »Generation Z«.[80] Betrachtet man nur die Bilder von den Aktionen der Klimabewegung (Fridays for Future, Letzte Generation), sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auffällig jung, wobei offen ist, ob wir es eher mit einer Phalanx von Aktivistinnen und Aktivisten zu tun haben oder ob sich hier tatsächlich eine Kluft zwischen den Jahrgängen auftut, so dass sich die Klimakrise in einen Generationenkonflikt übersetzt.[81]

65 Analysewerkzeuge

Empirische Hauptquellen der vorliegenden Untersuchung sind Daten aus unserem Survey »Ungleichheit und Konflikt«, qualitative Ergebnisse aus Fokusgruppen und sozialwissenschaftliche Trendumfragen. In den folgenden Kapiteln nutzen wir zudem zwei Analysewerkzeuge, die aufgrund ihrer zentralen Bedeutung kurz eingeführt werden sollen. Zunächst gilt unser Hauptinteresse der Frage, ob sich tatsächlich Tendenzen der Polarisierung erkennen lassen. Um eine solche

Einstellungspolarisierung zu erfassen, verwenden wir einen *Polarisierungsindex*, der in den Sozialwissenschaften zunehmend Verbreitung findet und mit dessen Hilfe man den Polarisierungsgrad einer Einstellungsverteilung präzise messen kann.[82] Der Index kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Ein Wert von 1 steht dabei für eine *vollständige Spaltung* der Verteilung. Dies wäre der Fall, wenn die Befragten zu gleichen Teilen die extremen Ränder der möglichen Positionen einnehmen. In dieser modellhaften Extremsituation würde die Hälfte der Befragten einer Aussage voll und ganz zustimmen, während die andere Hälfte diese Aussage stark ablehnt (Abbildung 2.3 links oben). Ein Wert von 0 zeigt demgegenüber eine *vollständige Einigkeit* an. Auch dies ist eine modellhafte Extremsituation, die dann gegeben wäre, wenn alle die gleiche Position vertreten, ganz unabhängig davon, wo diese Position liegt (Abbildung 2.3 links und rechts in der Mitte). Ein Wert von 0,5 zeigt an, dass alle Einstellungskategorien zu gleichen Teilen besetzt sind. In unserem Beispiel würden sich alle Befragten *gleichmäßig* auf die vorhandenen Antwortkategorien verteilen (Abbildung 2.3 rechts oben).

Reale empirische Verteilungen liegen oft recht weit von den Extremwerten 0 und 1 entfernt. Doch lassen sich auch solche Verteilungen direkt miteinander vergleichen (Abbildung 2.3 unten). Es gilt hier: Je höher der Wert des Polarisierungsindex, desto stärker der Polarisierungsgrad der Einstellungen. In Abbildung 2.3 weist also die rechte Verteilung in der unteren Reihe einen stärkeren Polarisierungsgrad auf als die linke, obwohl beide vom idealtypischen Bild der perfekten Spaltung weit entfernt sind. In ähnlicher Weise würden wir von einem Anwachsen des Polarisierungsgrades sprechen, wenn die linke untere Verteilung sich im Zeitverlauf der rechten annähern würde.[83]

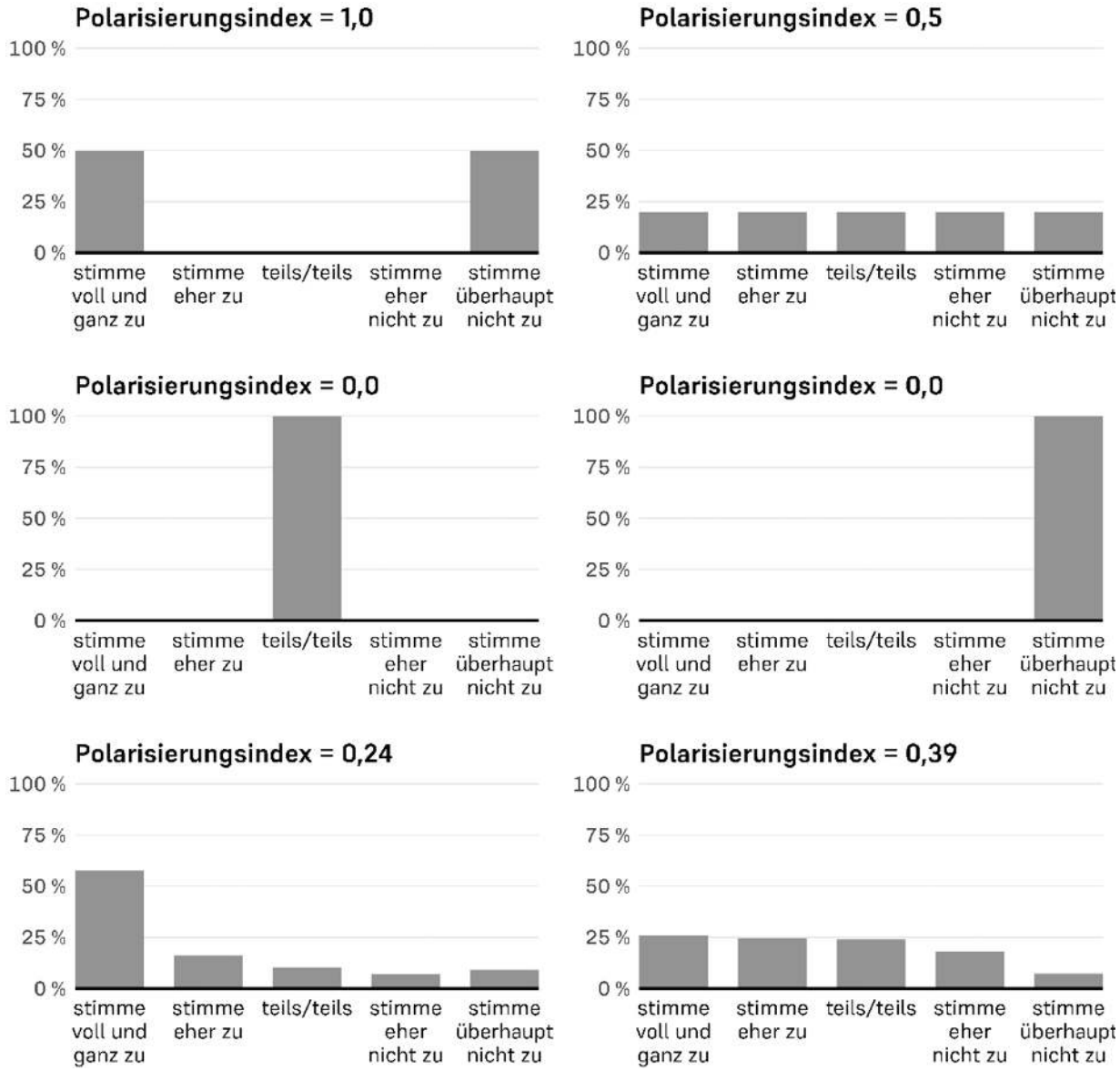


Abb. 2.3: Beispielgrafik – Polarisierungsindex verschiedener Meinungsverteilungen

Jenseits der Polarisierung auf der Einstellungsebene interessieren wir uns auch dafür, ob es einen Zusammenhang zwischen der sozialstrukturellen Position von Gruppen und ihren Haltungen zu Ungleichheitskonflikten gibt. Hierfür nutzen wir das *Klassenschema von Daniel Oesch*,[84] das sich sowohl in der neueren Sozialstrukturforschung als auch in der politischen Soziologie bewährt hat. Mit 67 seinem Schema möchte Oesch aktuellen Transformationsprozessen, wie der Deindustrialisierung oder dem Aufstieg der Dienstleistungs- und

Wissensgesellschaft, besser gerecht werden als frühere empirische Konzeptualisierungen von Klasse.

Abbildung 2.4 zeigt dieses Klassenschema, dessen wichtigster Clou darin besteht, die vertikale, mit Qualifikationsrängen verbundene Hierarchielogik durch eine horizontale Differenzierung zu ergänzen, die unterschiedliche »Arbeitslogiken« erfasst. Die vertikale Unterscheidung bezieht sich auf das Qualifikationsniveau. Eine erste grundlegende horizontale Unterscheidung trennt die Minderheit jener Berufsgruppen, die als Besitzer von Unternehmen, Arztpraxen oder Kanzleien direkt über ihre Produktionsmittel verfügen (*unabhängige Arbeitslogik*) von der Mehrheit derer, die als abhängig Beschäftigte für Löhne und Gehälter arbeiten. In Bezug auf Letztere unterscheidet das Klassenkonzept zusätzlich zwischen Berufen, die in erster Linie mit Verwaltungs- und Organisationsprozessen betraut sind (*organisationale Arbeitslogik*), solchen, in denen mit 68 Werkzeugen und Maschinen Produkte hergestellt werden (*technische Arbeitslogik*), und jenen, in denen die Interaktion mit anderen Menschen – als Patienten, Klienten, Gästen oder Schülern – im Vordergrund steht (*interpersonelle Arbeitslogik*).[85]

	Selbstständige	abhängig Beschäftigte		
	unabhängige Arbeitslogik	technische Arbeitslogik	organisationale Arbeitslogik	interpersonelle Arbeitslogik
höhere Qualifikation	**Arbeitgeber und freie Berufe** *z.B. Notarin, Unternehmer, Zahnärztin*	**technische Experten** *z.B. Architekt, Ingenieurin, Programmierer*	**mittleres/ oberes Management** *z.B. Controller, CEO, Unternehmensberater*	**sozio-kulturelle Experten** *z.B. Lehrerin, Klinikärztin, Sozialarbeiter*
niedrigere Qualifikation	**Kleinunternehmer** *z.B. Kioskbesitzer, Solo-Selbstständige*	**Produktionsarbeiter** *z.B. Industriemechanikerin, Tischler, Maurer*	**einfache Bürokräfte** *z.B. Sekretärin, Sachbearbeiter, Rezeptionistin*	**Dienstleistungsarbeiter** *z.B. Verkäufer, Altenpflegerin, Reinigungskraft*

Abb. 2.4: Klassenschema nach Daniel Oesch

In den oberen Rängen der abhängig Beschäftigten ergibt sich so ein Nebeneinander von *mittleren und höheren Managementberufen* wie Accountants und Rechnungsprüferinnen, *technischen Experten* wie Ingenieuren oder Informatikerinnen und *soziokulturellen Experten* wie Lehrerinnen, Sozialarbeitern und Medienschaffenden. Diese Akademikerklassen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer ökonomischen Lage nur in geringem Maß voneinander, ihre beruflichen Alltagspraxen gehen jedoch mit sehr unterschiedlichen Anforderungen und Orientierungen einher: Während bei den Managementberufen die gewinnorientierte Perspektive der Unternehmen im Vordergrund steht, sind technische Experten nicht nur der Firma, sondern auch dem Berufsstand verpflichtet. Für die soziokulturellen Experten ist die Übernahme der Klientenperspektive typisch, die nicht selten jene der unteren Klassen oder marginalisierter Gruppen ist. Hier besteht eine größere Sensibilität für wirtschaftliche Schwierigkeiten und

Anerkennungsdefizite, mit denen prekäre Gruppen täglich konfrontiert sind.[86] Diese beruflichen Erfahrungen und Orientierungen prädisponieren für bestimmte Einstellungen und gehen mit spezifischen Lebensweisen und Selbstbildern einher.

Durch die Aufgliederung nach Arbeitslogiken wird zudem die Diversität der gegenwärtigen Arbeiterklasse sichtbar, die sich beispielsweise zwischen Uber-Fahrerinnen und Pflegehelfern, Industriemonteuren und Sekretärinnen aufspannt. Die Zeiten, in denen die unteren Ränge der Klassenhierarchie hauptsächlich von männlichen Industriearbeitern bevölkert wurden, sind vorbei. Durch den wirtschafts- und berufsstrukturellen Wandel ist die Beschäftigung im organisationalen und interpersonellen Bereich massiv gestiegen. Neben den *Produktionsarbeitern*, wie Monteuren und Handwerkern, finden sich in den breiten unteren Lagen auch die *einfachen Bürokräfte* 69 wie Sekretäre und Rezeptionistinnen sowie die *Dienstleistungsarbeiter* wie Verkäufer und Reinigungskräfte, deren Tätigkeiten einen anderen Charakter haben als die Fertigungsarbeit in der Produktionshalle oder im Handwerk, obwohl sich die ökonomische Situation nicht grundsätzlich voneinander unterscheidet.[87]

Das Konzept von Daniel Oesch erhebt den Anspruch, nicht nur die moderne Klassenstruktur, sondern auch »neue Cleavages« besser zu erfassen. Tatsächlich lässt sich sein Modell gewinnbringend zur Analyse des Wahlverhaltens nutzen:[88] So zeichnen sich innerhalb der Mittelklasse die soziokulturellen Experten durch eine Neigung zu linken, linksliberalen und grün-alternativen Parteien aus, wohingegen Angestellte des höheren und mittleren Managements eher Mitte-rechts-Parteien zuneigen. Produktionsarbeiter wiederum stimmen einerseits überdurchschnittlich stark für Mitte-links-Parteien, sind aber zunehmend auch im Elektorat rechtspopulistischer Parteien überrepräsentiert. Eine Reihe von Studien zeigt so die Koexistenz älterer und neuerer Konfliktlinien in der Klassenstruktur.[89]

Ausgerüstet mit diesen Analysewerkzeugen wollen wir uns nun in die jeweiligen Ungleichheitsarenen begeben. Lässt sich in diesen Arenen

tatsächlich eine Polarisierung der Einstellungen beobachten, wie es einige Gegenwartsdiagnosen behaupten? Bei welchen Themen sind sich »die Leute« weitgehend einig und bei welchen nicht? Wie stark unterscheiden sich die sozialen Klassen? Und mit welchen argumentativen Repertoires werden eigene Positionen legitimiert und Fremdpositionen kritisiert?

70 3. Oben-Unten-Ungleichheiten

Eine moderne Legende besagt, dass ein Frosch panisch strampelt, wenn er in heißes Wasser geworfen wird, aber regungslos sitzen bleibt, wenn man ihn in lauwarmes Wasser setzt und es langsam erhitzt. Blicken wir auf Ungleichheiten zwischen *Oben und Unten*, ist erstaunlich, wie stark unsere Gesellschaft jenem zweiten Frosch ähnelt. Seit einiger Zeit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich langsam, aber stetig. Doch die Öffentlichkeit scheint dies weitgehend passiv hinzunehmen, jedenfalls halten sich Forderungen nach stärkerer Umverteilung in engen Grenzen. Unser Blick auf die *Oben-Unten-Arena* trägt diesem »Ungleichheits-Paradox«[1] Rechnung. Wir kartieren nicht nur, wie um Haben oder Nichthaben, um soziale Gerechtigkeit und verdienten Reichtum gerungen wird, sondern versuchen auch zu erklären, warum nicht noch viel vehementere Rufe nach sozialer Gleichheit laut werden. Ist den Menschen die Ungleichheit egal, solange sie selbst über die Runden kommen? Sind der Kritik die politischen Ausdruckskanäle abhandengekommen? Sollten wir Klassenkämpfe als überholtes Relikt der Industriegesellschaft betrachten – oder dauern sie weiterhin fort?

Nach den Trente Glorieuses – den drei glorreichen Nachkriegsjahrzehnten, die durch hohes Wirtschaftswachstum und eine ausgeglichene Verteilung gekennzeichnet waren – kam es ab den Achtzigern in vielen westlichen Ländern zu einer »Rückkehr der Ungleichheit«.[2] Vor allem die Allerreichsten zogen davon, während das Wachstum schwächelte und der Sozialstaat zurückgebaut wurde.[3] Das System der »großen Umverteilung«,[4] welches nach 1945 Ungleichheiten abgefedert, soziale Risiken kollektiviert und breiten Schichten Aufstiege ermöglicht hatte, geriet in die Krise. Hatten Soziologen lange von einem

»Fahrstuhleffekt« (Ulrich Beck)[5] gesprochen, im Zuge dessen sich alle Klassen – unter Beibehaltung der Abstände zwischen ih 71 nen – gemeinsam nach oben bewegten, wurden nun die »Rolltreppe nach unten« (Oliver Nachtwey)[6] oder der nach oben und unten auseinanderratternde »Paternoster« (Andreas Reckwitz)[7] zu gegenwartsdiagnostischen Metaphern.

In Deutschland ist die Einkommensungleichheit erst relativ spät, zu Beginn der nuller Jahre, stark angestiegen und verharrt seitdem auf diesem hohen Niveau – trotz guter Wirtschaftslage und sinkender Arbeitslosenzahlen.[8] Auch bei den Vermögen hat sich die Schere nach 1989 deutlich geöffnet.[9] Im Jahr 2021 besaß das reichste Zehntel fast 60 Prozent der Vermögen, die ärmere Hälfte nur knapp über drei Prozent.[10] Nach dieser Metrik ist Deutschland heute eines der EU-Länder mit der größten Vermögensungleichheit, die Konzentration liegt gleichauf mit der in Indien.[11] Ein großer Anteil wird dabei nicht erarbeitet, sondern vererbt – ein zentraler Mechanismus der Reproduktion von Ungleichheit. Denn große Erbschaften – »unverdiente Vermögen«[12] – erhalten typischerweise jene, die bereits vermögend sind und hohe Einkommen erzielen. Sie erben nicht nur häufiger, die vermachten Summen sind auch besonders hoch.[13]

Wie wir nachfolgend zeigen, beobachten viele Bürgerinnen diese Entwicklungen mit Unbehagen. In unseren moderierten Gruppendiskussionen werden Wut und Betroffenheit laut, wenn die Nöte verarmter Alleinerziehender und Flaschensammlerinnen mit den Exzessen von Topmanagern und Superreichen kontrastiert werden. »Ich seh um mich herum, dass Leute ärmer werden«, berichtet ein Berliner, »ich fahr mit den Öffentlichen. Der Anteil an Bettlern, der steigt einfach. Ich sehe Leute selbst bei der Kälte draußen übernachten. Es sind nicht Tausende. Aber mehr als vorher.« In unserer Umfrage stimmen fast 80 Prozent der Aussage zu, die Einkommens- und Vermögensunterschiede im Land seien zu groß, fast 70 Prozent wünschen sich, der Staat möge diese Unterschiede noch stärker verringern.

Und dennoch ließe sich wohl schwerlich behaupten, die deutschen Debatten würden derzeit von Vorstößen für Umverteilung und den
72 Ausbau des Wohlfahrtsstaats bestimmt. Immer wieder gibt es Streiks und Sozialproteste, Kürzungspläne stoßen auf Gegenwehr, im Zuge der jüngsten Krisen wird um den Ausgleich besonders eklatanter Schieflagen gerungen. Doch alles in allem hält sich die klassenkämpferische Dynamik in Grenzen; selbst exzessive Gewinne wohlhabender Gruppen auf Immobilien-, Finanz- und Technologiemärkten lösen nicht jene Art von Widerstand aus, mit der sich das Ruder politisch herumreißen ließe. »Kämpfe für Gleichheit«, die einst progressive Steuersysteme und sozialstaatliche Sicherung hervorbrachten, sind zwar nicht zum Stillstand gekommen, scheinen aber doch in einer Flaute zu stecken. Der Frosch bleibt ruhig. Warum ist das so? Sozialwissenschaftlich ist es jedenfalls eine bedeutsame Frage, warum aus wachsender Ungleichheit keine linke Mobilisierung folgt und warum oft rechte politische Unternehmer davon profitieren.[14]

Wie wir in diesem Kapitel zeigen, liegt dies nicht an mangelnder Kritik an der Ungleichheit. Doch eine Reihe sozialer Prozesse entschärft und überlagert diese Kritik und sorgt für eine relative *Demobilisierung der Oben-Unten-Arena*. Dazu gehört die politische Stilllegung der Klassengegensätze, aber auch der Erfolg sozialstaatlicher Befriedungsformeln, der zu einer Entstrukturierung der Einstellungen geführt hat: Ob man für Umverteilung ist oder nicht, hat viel weniger als früher damit zu tun, ob man selbst oben oder unten steht. Zudem wird die Kritik von einem Glauben an Leistungsethos und Meritokratie konterkariert, der im Unten wie im Oben Tendenzen der Entsolidarisierung befördert. So treten auch Arbeiter und Geringverdiener oft eher nach unten als nach oben, man grenzt sich von Gruppen ab, die es sich in der »sozialen Hängematte« vermeintlich zu gut gehen lassen, und verkämpft sich in einer moralisierten Konkurrenz. In der oberen Mittelschicht wiederum stellen privatisierte Strategien den sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrag auf die Probe: Man setzt darauf, das eigene Los und das der Kinder durch individuelle Statusinvestitionen zu

verbessern, und blickt mit Skepsis auf Steuern und andere kollektive Solidaritätsformen.[15] In der 73 Summe führt dies dazu, dass der »demokratische Klassenkampf«[16] (Seymour M. Lipset) des 20. Jahrhunderts in eine »demobilisierte Klassengesellschaft«[17] (Klaus Dörre) gemündet ist. Der *Kampf der Klassen* wird von einer *Konkurrenz der Statusgruppen* und einem *Wettbewerb der Individuen* überlagert.

Märkte und Klassen

Um genauer zu verstehen, wie sich Konflikte in der Oben-Unten-Arena verschoben haben, lohnt es sich, zunächst zu klären, worin diese Ungleichheiten eigentlich bestehen und wie es zu ihnen kommt. Ganz allgemein geht es in dieser Arena um die ungleiche sozioökonomische Ressourcenverteilung und die damit verbundene Stellung in der Sozialstruktur. Es geht um den Unterschied zwischen Arm und Reich, wohlhabend und mittellos, ökonomisch machtvoll und untergeordnet. Unternehmer wie Dieter Schwarz und Susanne Klatten auf der einen Seite und armutsbetroffene oder marginalisierte Menschen auf der anderen stehen für die Extrempole dieser Arena. Was sie unterscheidet, ist die ungleiche Verfügung über »ökonomisches Kapital«:[18] Einkommen und Besitz an Geldvermögen, Immobilien oder Produktionsmitteln. Verbunden ist dies mit ungleichen Positionen in der wirtschaftlichen Hierarchie und Berufsstruktur, zum Beispiel als Eigentümer, Manager oder Arbeiter, oder Ansprüchen auf staatliche Leistungen, wobei diese wiederum oft mit der (früheren) Marktposition zusammenhängen.

Die Verteilung dieser Ressourcen hängt primär an *Märkten und Besitzverhältnissen*. Trotz aller Veränderungen seit Marx' oder Webers Tagen bleibt die von ihnen beschriebene Logik des Kapitalismus gültig, nach der das Eigentum an Firmen, Land und Rohstoffen in wenigen privaten Händen liegt, während die Mehrheit die eigene Arbeitskraft möglichst einträglich auf den Markt bringen muss.[19] Nur wer über Kapital

verfügt, wird zum Markt*teilhaber* und kann von 74 der Arbeit anderer profitieren, der Rest muss sich als Markt*teilnehmer* durchsetzen.[20] Spätestens mit Thomas Pikettys Bestseller *Das Kapital im 21. Jahrhundert* wurde diese Form der Ungleichheit wieder ins öffentliche Bewusstsein katapultiert.[21] Piketty zeigt, dass Renditen auf Kapital schneller wachsen als die Wirtschaft als Ganzes – und damit schneller als Einkommen aus Erwerbsarbeit. Ein wachsender Spalt zwischen Besitzenden und Lohnabhängigen ist so im System stets angelegt, wenn nicht aktiv gegengesteuert wird. Denn wie die empirischen Daten zeigen, verfügt ein Großteil der Bevölkerung über kein oder nur vergleichsweise geringes Vermögen.[22] Reich genug, um allein von Kapitalerträgen oder Mieten zu leben, waren 2021 in Deutschland etwas mehr als 800 000 Personen, also ziemlich genau das oberste »eine Prozent«.[23]

Für die verbleibenden 99 Prozent sind *Märkte* und insbesondere Arbeitsmärkte ein ganz zentraler Ort, an dem sich bestimmt, wer oben steht und wer unten, wer sein Dasein auf dem Sonnendeck der Gesellschaft verbringen darf und wer es in Maschinenraum und Kombüse fristen muss. Je nach Ressourcen und Qualifikationen finden sich Menschen in sehr unterschiedlichen Marktlagen wieder, die auch mit sehr ungleichen Lebens- und Erwerbschancen einhergehen. Ein wichtiger Mechanismus ist hier, dass Lohnabhängige, die über komplexes Wissen, seltene Qualifikationen und gute Netzwerke verfügen, schwerer zu ersetzen sind, weshalb Firmen ihnen bessere Konditionen bieten müssen. Gleiches gilt für Beschäftigte in Sektoren mit höherer Kapitaldichte und Produktivität, in denen die Einzelnen in größerem Maß an der Wertschöpfung teilnehmen. Zudem sind verschiedene Tätigkeiten unterschiedlich stark kontrollierbar.[24] Gereinigte Zimmer oder stündliche Abfertigungen am Fließband sind Einheiten, bei denen Tätigkeit wie auch Ergebnis leicht gezählt und überwacht werden können. Andere, meist höher qualifizierte Tätigkeiten wie strategische Planung oder Wissensvermittlung beinhalten zu viele komplexe Teilprozesse und wenig fassbare Ergebnisse, um auf ihre Komponenten heruntergebrochen und quantifi 75 ziert werden zu können.[25] Hier kommt ein

Vertrauensverhältnis ins Spiel, insbesondere leitenden Angestellten muss ein »Loyalitätslohn«[26] gezahlt werden, der ihre Identifikation mit der Firma sicherstellt. Davon unabhängig können Beschäftigte den Preis ihrer Arbeitskraft nach oben treiben, indem sie selbige verweigern: durch Streik, aber teilweise auch durch subtilere Formen wie Bummelei oder Absentismus.

Neben der ungleichen Verfügung über Eigentum bestimmen sich Oben-Unten-Ungleichheiten also aus dem Marktwert verschiedener Qualifikationen, dem Grad der Kontrollierbarkeit von Tätigkeiten, der Abhängigkeit der Eigentümer von der Loyalität verschiedener Beschäftigtengruppen und dem Grad ihrer Organisierung. All diese Faktoren sorgen dafür, dass bestimmte Gruppen von Lohnabhängigen – in der Soziologie gemeinhin *Klassen* genannt – besser gestellt sind als andere: Sie erhalten höhere Vergütungen, ihnen wird mehr Macht und Autonomie im Arbeitsprozess zugestanden. Zudem hat eine europavergleichende Studie jüngst gezeigt, dass eine Mehrheit der akademisch qualifizierten Mittelklasse im Sitzen arbeitet, Arbeiterinnen dagegen mehrheitlich im Stehen.[27] Die am schlechtesten bezahlten Beschäftigten sind also auch jene, deren Tätigkeit ihren Körper am stärksten beansprucht, etwa durch repetitive Bewegungen, häufiges Bücken oder das Tragen schwerer Lasten. Entsprechend unterscheiden sich Gesundheitsstatus und Lebenserwartung: Arbeiter sterben im Schnitt fünf bis sechs Jahre früher als Beamte, Arbeiterinnen leben drei Jahre kürzer als Beamtinnen.[28]

Man kann in deskriptiver Absicht von *Klassen* als Kategorien von Menschen sprechen, die ähnliche Positionen im kapitalistischen Gefüge innehaben und deshalb in ihrem Alltag mit ähnlichen Realitäten konfrontiert sind. Der Klassenbegriff galt im deutschsprachigen Raum lange als veraltet oder politisch verpönt und wurde durch analytisch anders gelagerte Begriffe wie »Schicht«, »Milieu« oder »Lebensstil« verdrängt; heute erleben wir jedoch seine Renaissance, auch wenn die Verwendung weitaus agnostischer geworden ist, was man 76 an Begriffen wie »Akademikerklasse« oder »Sozialklassen« ablesen kann.[29] In der

Forschung hat sich ein Zugang über *Berufsklassen* und die Bestimmung der Klassenlage entlang von Markt- und Arbeitssituation als ergiebig erwiesen.[30] In Berufsklassenschemata wie dem von Daniel Oesch, welches wir in diesem Buch verwenden und das im zweiten Kapitel erklärt wurde (siehe dort Abbildung 2.4), wird eine Engführung auf Produktiveigentum und die Stellung innerhalb einer beruflichen bzw. betrieblichen Hierarchie überwunden. Stattdessen trägt man vertikalen *und* horizontalen Unterschieden Rechnung, indem man die Lohnabhängigen sowohl anhand ihrer Qualifikationen wie auch nach der Art ihrer Tätigkeiten unterscheidet.[31]

Die Unterscheidung von Berufsklassen soll dabei nicht nahelegen, dass Menschen ihre soziale Stellung selbst in Klassenbegriffen verstehen, also ein *Klassenbewusstsein* haben oder sich gar als Teilnehmerinnen an *Klassenkämpfen* begreifen. Im Gegenteil interessiert uns gerade, *ob* sich objektive Klassenlagen auch subjektiv in Haltungen und Bewusstseinsformen übersetzen oder nicht. Verschiedenste Denkrichtungen sind sich einig, dass ökonomische Hierarchien das »Rohmaterial« für die Strukturierung gesellschaftlicher Interessen liefern. Kaum jemand würde bezweifeln, dass Manager ein anderes Verhältnis zu den Löhnen einfacher Beschäftigter haben als diese selbst. Und eine Umverteilung des Reichtums von oben nach unten sollte rein rechnerisch für schlechter Gestellte besonders attraktiv sein. In ähnlicher Weise sagt die Rational-Choice-Theorie voraus, dass sich die Nachfrage nach Umverteilung erhöht, wenn die Ungleichheit steigt – und zwar schlicht deshalb, weil dann mehr Menschen ein Interesse daran haben, dass den Reichen genommen und den Ärmeren gegeben wird.[32] Doch wie eingangs beobachtet, scheint es so einfach nicht zu sein. Ob strukturell angelegte *mögliche Konflikte* zwischen Lohnabhängigen und Eigentümern, zwischen Arm und Reich tatsächlich zu *manifesten Konflikten* werden, ist eine offene Frage, der wir nun empirisch nachgehen.

77 Ungleichheitskritik

Abbildung 3.1 liefert eine Zusammenschau der Meinungslandschaft in wichtigen Fragen der Oben-Unten-Arena. Auf der linken Seite sind eine Reihe von Aussagen aus unserer Umfrage aufgelistet (der vollständige Wortlaut findet sich im Anhang). Die Items sind nach ihrem *Zustimmungsgrad* sortiert, also danach, wie groß der Anteil der Befragten ist, der diesen Aussagen »voll und ganz« oder »eher« zustimmt. Hieran lässt sich ablesen, was in der Bevölkerung Konsens ist und was eine Nischenmeinung. In direkter Verbindung damit zeigt die mittlere Teilgrafik die *Klassenunterschiede*, also wie groß die maximalen Abstände zwischen verschiedenen Berufsklassen sind. Dargestellt ist jeweils die Klasse mit der schwächsten und die mit der stärksten Zustimmung. Die Teilgrafik rechts schließlich dokumentiert den Grad der *Polarisierung* für die einzelnen Items und nutzt dazu den im Kapitel 2 eingeführten Index (siehe Abbildung 2.3). Er variiert zwischen 0 und 1, je höher die Werte, desto polarisierter die Meinungen.[33]

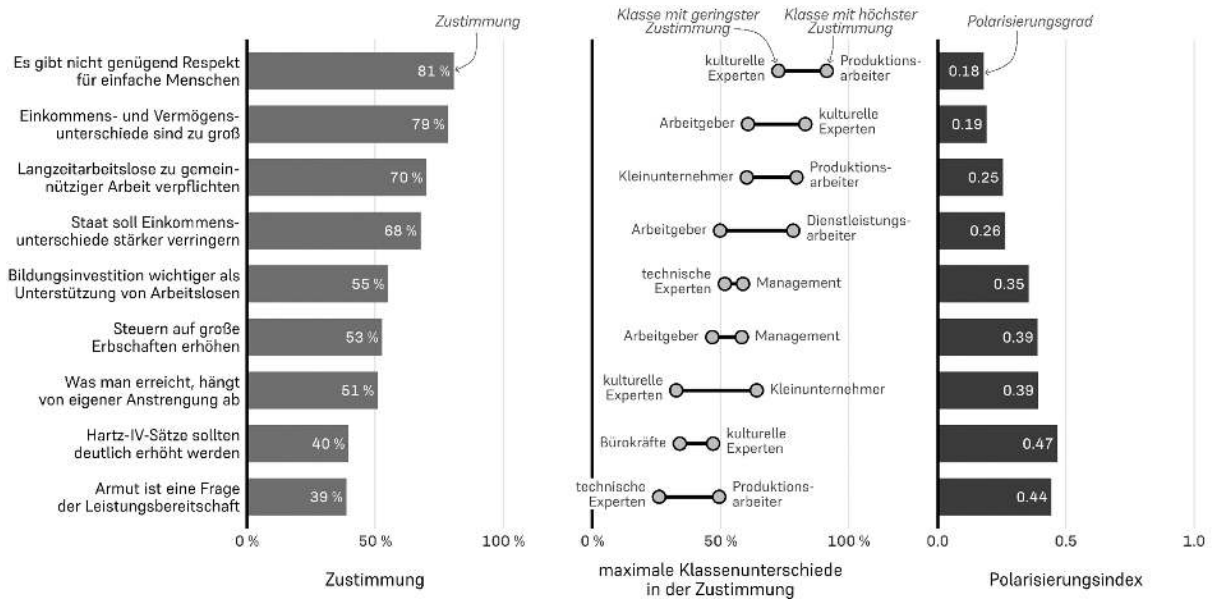


Abb. 3.1: Einstellungen zu Oben-Unten-Ungleichheiten

Anmerkung: Zustimmung gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Fehlend zu 100 Prozent: »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme eher nicht zu«, »teils/teils«. Für den Polarisierungsindex wurden auch die feinen Abstufungen einbezogen. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Schon ein schneller Blick verdeutlicht, dass die *Ungleichheitskritik* hier klar überwiegt. Es ist also keineswegs so, dass Ungleichheiten niemanden stören oder unkritisch hingenommen werden, immerhin schließen sich fast vier von fünf Befragten der Aussage an, die Unterschiede der Einkommen und Vermögen seien zu groß. Ähnlich hoch ist der Anteil derer, die finden, es gäbe heute »nicht genügend Respekt für einfache Menschen, die ehrlich und hart arbeiten«. Die Kritik umfasst also Fragen der *Verteilung* ebenso wie solche der *Anerkennung*. Bei diesen Themen ist der Polarisierungsgrad sehr gering; man ist weitgehend einer Meinung. Deutlich stärker polarisiert sind die Meinungen in Bezug auf konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der Ungleichheit, etwa höhere Erbschaftssteuern oder Hartz-IV-Sätze. Während die allermeisten Ungleichheit ablehnen, scheiden sich die Geister an staatlichen Eingriffen, die den Reichen nehmen und den Armen geben. Ebenso kontrovers wird es, 79 wenn wir fragen, ob Erfolg oder Armut in erster Linie von der

Motivation und Leistungsbereitschaft der Einzelnen abhängen, ob also das meritokratische Prinzip intakt ist. Beide Konfliktpunkte – Umverteilung und Meritokratie – betrachten wir weiter unten noch genauer.

Interessanterweise sehen wir in der Zusammenschau eine eher *schwache Klassenstrukturierung* und kaum Hinweise auf einen manifesten verteilungspolitischen Antagonismus. Die Berufsklassen unterscheiden sich nur wenig in der Bewertung der materiellen Ungleichheit: Allenfalls Arbeitgeber und Freiberufler (etwa Notare und Zahnärzte) sind zurückhaltender in ihrer Ungleichheitskritik. Aber selbst in dieser Gruppe sind über 60 Prozent der Meinung, die Ungleichheit sei zu groß. Bei der Wahrnehmung von Anerkennungsdefiziten liegen Produktionsarbeiter und soziokulturelle Experten (etwa Lehrer und Sozialarbeiter) am weitesten auseinander. Doch auch hier sind die Unterschiede eher graduell. Die Kritik an der Ungleichheit wird klassenübergreifend geteilt und nicht nur »von unten« getragen.

Um auszuloten, ob die Ungleichheitskritik in den letzten 30 Jahren zugenommen hat und ob es zu einer verstärkten Polarisierung gekommen ist, haben wir Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) ausgewertet.[34] Die Trendanalysen (Abbildung 3.2 links) zeigen eine (schwache) Abnahme des Gerechtigkeitsempfindens oder umgekehrt interpretiert: einen *Anstieg der Ungleichheitskritik*. Verglichen mit den frühen neunziger Jahren sinkt der Anteil derer, die die sozialen Unterschiede in Deutschland als »im Großen und Ganzen gerecht« ansehen. Auch wenn diese Veränderung nicht dramatisch ist, scheint die abnehmende Zustimmung der wachsenden Ungleichheit zu folgen.[35] In der rechten Teilgrafik erkennt man, dass sich Einstellungen zu materiellen Ungleichheiten seit ca. 1990 *nicht* polarisiert haben, vielmehr betrachten konstante Mehrheiten – das zeigt die linke Teilgrafik – die Ungleichheit kritisch und befürworten Umverteilung.[36]

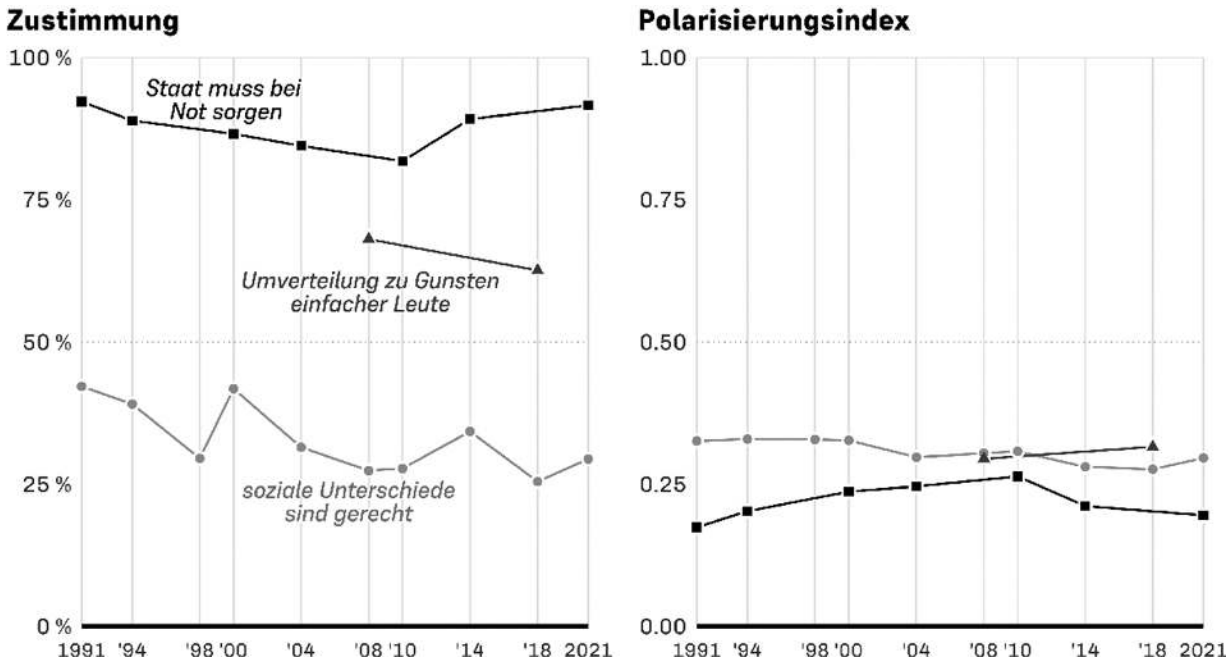


Abb. 3.2: Einstellungen zu Oben-Unten-Ungleichheiten im Zeitverlauf

Anmerkung: Die Zustimmung gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage eher zustimmen oder voll und ganz zustimmen. Fehlende Kategorien zu 100 Prozent: »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme eher nicht zu« (bei Umverteilung auch: »weder noch«). Dargestellt ist die Kurzform der jeweiligen Aussagen. Daten: Allbus.

Dieser relativ starke Konsens kommt auch in unseren Gruppendiskussionen zum Ausdruck. Oben-Unten-Ungleichheiten werden hier ausgiebig kommentiert und kritisiert – jeder oder jede hat eine Meinung. Dabei wird die Problemwahrnehmung breit geteilt: Nicht nur die objektive, auch die »gefühlte« Ungleichheit nimmt zu. Die aufklappende Schere wie auch das Schicksal unverschuldet von Armut Betroffener provozieren ein starkes Unrechtsgefühl. So berichtet die Essener Buchhalterin Mareike schockiert von der Begegnung mit »sehr gut angezogenen Rentnern, die den ganzen Tag Flaschen sammeln«. Sie umreißt das Problem mit Bezug auf das Bild der »Bolte-Zwiebel«, einer grafischen Darstellung der Mittelschichtgesellschaft der Nachkriegszeit, die sich auch in heutigen Soziologievorlesungen noch einiger Beliebtheit erfreut:

> 81 Die Schere wird immer weiter, dieses Arm-Reich-Gefälle. Früher hatte man ja die Mittelschicht wie so eine Zwiebel. Die breite Basis, das war die Mittelschicht. Dann hatten wir ein Mini-Prozentteil von sehr armen Leuten und ein paar sehr, sehr Reiche. Aber das Gros war halt die solide Mittelschicht. Und die schmilzt jetzt immer mehr. Das ist das, was ich merke.

Ungleichheit wird als äußerst dringliches Problem, als »sozialer Sprengstoff« (Ludwig) beschrieben und mit einem Strauß sozialer Pathologien – von Kinderarmut und Kriminalität bis zum Rechtspopulismus – in Beziehung gesetzt. In Kontrast dazu spielen andere die Problematik eher herunter und rahmen Ungleichheit als wenig drängendes Problem. Das Ringen um Vermögen, Steuern und wohlfahrtsstaatliche Ansprüche wird dabei durchaus als alter, wichtiger und grundsätzlich legitimer Konflikt dargestellt: »Die Diskussion ist schon so alt, wie es irgendwelche ökonomischen Systeme gibt«, sagt etwa der Berliner Beamte Walter. Großer Handlungsbedarf bestehe hier jedoch nicht: »Man kann es immer steigern«, führt er aus, »aber sozialökonomisch läuft die Kiste hier, denke ich mal, einigermaßen rund.« Auch der einfache Angestellte Torsten, der an anderer Stelle durchaus gegen soziale Ungerechtigkeiten wettert, winkt ab:

> Ja, die Ungleichheit. Ich muss sagen, ich find auch viele Ungleichheiten hier in Deutschland. Aber ich sage auch immer wieder: Wir jammern auf hohem Niveau. Es gibt bei uns genug Ungleichheiten zu bekämpfen. Aber in anderen Ländern ist es noch viel schlimmer.

Wie hier werden oft Vergleiche mit anderen Ländern oder vergangenen Zeiten angeführt, um Ungleichheiten im Gegenwartsdeutschland als vergleichsweise milde und unproblematisch zu beschreiben oder zu überlegen, inwieweit sie überhaupt weiter reduziert werden können. So verweist Walter auf das Negativbeispiel DDR, wenn er 82 die Vererbung ungleicher Vermögen zum unaufhebbaren Normalfall erklärt: »Das wirst du nicht vermeiden können. Außer du hast einen riesigen Verteilungskopf, wie unser vor 30 Jahren untergegangener Nachbarstaat. Da war alles gleich – und trotzdem waren manche gleicher!«

Das Nebeneinander von Ungleichheitskritik und Abwinken deutet bereits an, dass eine Mehrheit die wachsende Ungleichheit kritisch sieht, sich daraus aber nicht unbedingt das Gefühl politischer Dringlichkeit ergibt. Ein weiteres wichtiges Puzzlestück ist der Kontrast zwischen einer kritischen Bewertung der gesellschaftlichen Verteilung und der Zufriedenheit mit dem eigenen Zustand. Die Ungleichheitskritik, so zeigt sich bei näherer Betrachtung, gründet oft *nicht* auf dem Gefühl, selbst zu kurz zu kommen. So geben in unserer Umfrage fast 70 Prozent an, dass sie in etwa ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum oder gar mehr als das erhalten. 65 Prozent beschreiben ihre wirtschaftliche Situation als sehr oder eher gut. Es handelt sich dabei also nicht nur um ein Phänomen der saturierten Ober- oder oberen Mittelschicht, sondern um eine gesellschaftsweite Zufriedenheit, die auch bei »kleinen Leuten« verbreitet ist (wenn auch nicht so stark). Unter Facharbeitern und unqualifizierten Beschäftigten gibt ebenfalls über die Hälfte an, sie würden mindestens ungefähr ihren gerechten Anteil erhalten; die eigene Situation wird in diesen Gruppen nur von acht respektive 20 Prozent als eher oder sehr schlecht beurteilt.

Dass die Ungleichheitsfrage, die den Menschen in der Gesamtschau ja durchaus unter den Nägeln zu brennen scheint, politisch so schwer zu kapitalisieren ist, hat – neben anderen Gründen, auf die wir noch zu sprechen kommen – mit dieser Gleichzeitigkeit einer *Unzufriedenheit mit der Ungleichheit* und einer relativen *Zufriedenheit mit der eigenen Lage* zu tun.[37] Auch begrenzte Ressourcen werden im Zuge eines Ethos von »Mitte und Maß«[38] für ausreichend erklärt. Manche Forscher gehen an dieser Stelle schlicht von sozialen Gewöhnungsprozessen aus: Wer in einer ungleichen oder ungleicher 83 werdenden Gesellschaft lebt, gewöhnt sich irgendwie daran, selbst wenn er oder sie nur wenig Mittel hat.[39] Menschen versuchen, kognitive Dissonanz zu vermeiden, indem sie sich die Welt gerechter denken, als sie tatsächlich ist.[40] Verstärkend tritt hinzu, dass Menschen in der Regel das tatsächliche Ausmaß der Ungleichheit unterschätzen und auch wenig treffsicher sind, wenn sie sich selbst in der Sozialstruktur lokalisieren sollen. Im Zuge eines »Selbstverbesserungs-

Bias«[41] überschätzen benachteiligte Gruppen die eigene Position, während jene in den oberen Lagen ihre zu niedrig einstufen (und selbst Ultrareiche sich zunehmend als »ganz normale Leute« verstehen wollen).[42]

Obwohl also sowohl die Ungleichheitskritik als auch eine gewisse Zufriedenheit über Klassengrenzen hinweg geteilt werden, unterscheidet sich bei genauerer Betrachtung durchaus, wie über Ungleichheit gesprochen wird. Dies wird sichtbar, wenn man Diskussionsgruppen der Unterschicht (einfacher gebildeten Geringverdienenden) mit jenen der oberen Mittelschicht (akademisch gebildeten Gutverdienenden) vergleicht.[43] In Letzteren wird Ungleichheit dabei auffällig oft in Form von Prozentzahlen, Indizes und internationalen Rankings beschrieben, etwa wenn die Lehrerin Ulrike beklagt:

> Deutschland ist weit oben in der Bildungsungerechtigkeit. […] Bei Kindern aus akademischen Familien ist, wenn sie eingeschult werden, ihre Chance, studieren zu gehen, schon prozentual größer als bei Kindern, die aus Familien kommen, die eben keine Akademiker sind.

Ähnlich beschreibt der Berliner IT-Ingenieur Georg Ungleichheit anhand der »Chancen, die fünf verschiedene Siebenjährige in Deutschland haben, die aus fünf verschiedenen Einkommensklassen der Eltern erwachsen sind. Und denen statistisch im Mittel völlig unterschiedliche Berufswege offenstehen.«

Derlei Schilderungen bedienen sich der Sprache soziologisch-ökonomischer Konzepte. Das Problem wird eher von Weitem, aus dem Blickwinkel statistischer Unterschiede betrachtet. In den Diskussionsgruppen der Unterschicht sind Oben-Unten-Ungleichheiten demgegenüber sehr nah am Erfahrungsraum der Befragten und dementsprechend prominent. Fast die Hälfte der Zeit diskutierten die Teilnehmenden aus der Unterschicht über entsprechende Themen – obwohl es sich dabei ja um nur eine von vier besprochenen Arenen handelte.[44] Die Gespräche gehen dabei häufiger von persönlichen Knappheitserfahrungen oder Beobachtungen aus dem Bekanntenkreis aus, Gerechtigkeitsforderungen werden mit konkreten Schicksalen verbunden;

etwa wenn sich in einer Essener Runde eine Unterhaltung um die Speisung an Tafeln entspinnt, bei der drei Teilnehmende auch auf eigene Erfahrungen verweisen:

> Werner: Soziale Gerechtigkeit, das bedeutet, dass jeder insofern wenigstens so viel haben sollte aus dem Topf, um anständig leben zu können. […] Wenn ich seh, wie viele jetzt an die Tafel kommen, das geht so nicht.
> Natascha: Das Schlimme ist ja – ich weiß nicht, ob es mittlerweile immer noch so ist –, dass, wenn du an die Tafel gehst, du musst ja noch nicht mal Sozialhilfeempfänger sein. Damals, wo ich das hatte, konnte jeder eigentlich zur Tafel gehen. Das fand ich traurig.
> Fred: Nee, das ist nicht mehr so. Ich bin auch ein Jahr hingegangen. Dann aber nicht mehr. War mir zu stressig.

Ökonomische Ungleichheiten werden unten viel unmittelbarer und lebensnäher erlebt – im Familienkreis, in der Nachbarschaft. Zugleich steht Nataschas Beschwerde, die Tafeln stünden *zu vielen* Menschen offen (»das Schlimme ist, dass jeder dahin gehen kann«), dafür, dass auch eigene Erfahrungen mit Mangel und Deprivation keineswegs zwangsläufig zu solidarischeren Haltungen führen müssen.

85 Die Tücken der Meritokratie

Die wichtigste moderne Form der Legitimierung von Ungleichheit ist der Glaube an das Leistungsprinzip.[45] Der Meritokratiegedanke knüpft legitime Ungleichheiten an immer wieder zu erbringende individuelle Anstrengungen, an erworbene Qualifikationen und die »natürliche« Verteilung von Talenten. Die Ungleichheit der Verteilung von Gütern und Positionen stellt sich demgemäß als Resultante individueller Anstrengungen dar. Die Meritokratieerzählung erlaubt es, Erfolg und Anstrengung weitgehend gleichzusetzen und soziale Ungleichheiten als gerechtfertigt zu beschreiben.[46] Zudem wird die Leistungserwartung eng mit der Vorstellung notwendiger Anreize verknüpft. Ungleichheit wird als

positiver Anreiz interpretiert, der zu wertvollen Anstrengungen anstachelt.[47] »Sonst könnten wir uns ja alle zurücklehnen«, drückt es etwa Rüdiger aus, der seine Rente mit Sozialhilfe aufstockt. In der Diskussion um eine Anhebung des Mindestlohns fährt er fort:

> »Verdienen«, das heißt ja, man muss es auch verdienen. Man muss diese 12 Euro auch wert sein. Wenn ich zu spät komme und nur in der Ecke sitze und mich nicht beteilige, dann habe ich nicht 12 Euro, nicht mal 6 Euro »verdient«. Verdienen heißt ja, eine Gegenleistung dazu zu erbringen – aus Unternehmersicht jetzt auch mal. […] Wenn du richtig qualifiziert bist und richtig gut bist, dann kannst du auch antreten und sagen »Ich möchte aber 16 Euro haben«, und dann kriegst du die auch. […] Es ist ein Geben und Nehmen.

Obwohl sich Verständnisse von Leistung durchaus stark unterscheiden, wird das Ideal der Meritokratie in den meisten westlichen Ländern von großen Mehrheiten als legitimes und wünschenswertes Belohnungssystem angesehen.[48] Untermauert wird das meritokratische Versprechen insbesondere durch individuelle und kollektive Aufstiegserfahrungen. Diese werden auch in unseren Fokusgruppen zitiert, um nachzuweisen, dass es trotz Ungleichheit alle »schaffen« könnten. »Gerhard Schröders Mutter war auch Putzfrau, und er ist Jurist geworden«, wirft etwa Karlheinz, ein Kleinunternehmer im Ruhestand, ein, als es um ungleiche Bildungschancen geht. Auch dies macht verständlich, warum sich trotz großer Ungleichheitskritik die Umverteilungsforderungen in Grenzen halten. Leistungsorientierung, der Glaube an Aufstieg durch harte Arbeit wie auch selbst erfahrene Aufwärtsmobilität, so zeigen Studien, reduzieren die Unterstützung für staatliche Umverteilung; selbst bloße Aufstiegs*erwartungen* schwächen den Rückhalt für entsprechende Forderungen.[49] Interessanterweise kommen international vergleichende Studien sogar zu dem Befund, dass wachsende Verteilungsungleichheiten mit *zunehmendem* Meritokratieglauben einhergehen.[50] Der Glaube an die Meritokratie sorgt so für eine Entschärfung der Ungleichheitskritik.[51]

Wie stark dieser Glaube verbreitet ist, zeigen auch die Ergebnisse unserer bundesweiten Umfrage (Abbildung 3.1). Der Aussage »Jeder ist

seines Glückes Schmied. Ob man im Leben etwas erreicht, hängt vor allem davon ab, wie sehr man sich anstrengt« stimmt etwas über die Hälfte der Befragten zu, ein Viertel antwortet mit »teils, teils«, nur ein Viertel widerspricht. Es handelt sich aber um ein vergleichsweise stark polarisiertes Item. Da wir es mit einer Legitimationsideologie ungleicher Verteilung zu tun haben, würde man bei dieser Frage einen starken sozialen Gradienten erwarten, bei dem Personen in höheren Positionen die Vorstellung des verdienten Aufstiegs am meisten verinnerlicht haben. Dies ist aber mitnichten so: Das meritokratische Prinzip findet in den *unteren* Klassen die stärkste Unterstützung, insbesondere bei den Produktionsarbeitern, den Dienstleistungsarbeitern und den kleinen Gewerbetreibenden ohne Angestellten (also etwa Kioskbesitzern).

In der Meritokratiefrage zeigen sich somit Klassenunterschiede, die aus einer rein interessenzentrierten Perspektive paradox erscheinen: Lohnabhängige, die mit ihrem unterdurchschnittlichen Einkom 87 men, ihren begrenzten Arbeitsmarktchancen und ihrer beherrschten Stellung in der betrieblichen Befehlskette eher zu den Verlierern der Klassengesellschaft gehören, hängen dem meritokratischen Versprechen am stärksten an. Wir sehen sogar, dass Ungleichheitskritik und Meritokratieglaube insbesondere in den unteren Statuslagen oft Hand in Hand gehen: Etwa die Hälfte der Produktionsarbeiter und der Geringgebildeten ist der ungleichheits*kritischen* Meinung, die Einkommens- und Vermögensunterschiede seien zu groß, und stimmt gleichzeitig der ungleichheit*legitimierenden* Aussage zu, dass es »auf die eigene Anstrengung ankommt, ob man im Leben etwas erreicht«.[52] Diese Akzeptanz der Leistungsgesellschaft ist zweifellos einer der wichtigsten Hemmschuhe politischer Mobilisierung für mehr Gleichheit.

Allerdings bleibt die meritokratische Erzählung nicht unwidersprochen. Wir sahen dies bereits im Zitat des Teilnehmers Georg, der anhand der ungleichen Lebenschancen von Sprösslingen verschiedener Schichten mangelhafte Chancengleichheit kritisiert. Kohortenanalysen über den langen Zeitraum von 60 Jahren haben gezeigt, dass die jüngeren Jahrgänge teils deutlich meritokratiekritischer eingestellt sind: Die Jüngeren

akzeptieren zwar die Spielregeln, sehen aber vor allem die Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs durch Bildung skeptischer, eine Einschätzung, die sich durchaus als »Bewertungsrealismus« interpretieren ließe.[53] Über die Skepsis gegenüber der Realität von Chancengleichheit hinaus kontrastieren manche Teilnehmer zudem das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit mit dem der *Bedarfsgerechtigkeit*. So sagt die Lehrerin Ulrike:

> Gerechtigkeit ist ja nicht, dass alle das Gleiche kriegen. Ich würde das weiter spannen. Eine Frau, die vielleicht alleinerziehend ist und die Kinder pünktlich aus dem Kindergarten abholen muss, [die] kann einfach nicht so viele Stunden arbeiten. Die müsste in ihrem Job mehr verdienen als [einer], der alleinstehend ist und nur seine Wohnung bezahlen muss. Also, eigentlich müsste die al 88 leinerziehende Mutter mehr Geld bekommen, nicht mal für den gleichen Job, sondern dafür, dass sie ihre Familie versorgen kann.

Zum einen wird hier der Leistungsbegriff in den Bereich der reproduktiven Arbeit erweitert. Zum anderen werden – jenseits des reinen Leistungsprinzips – auch unterschiedliche *Bedürfnisse* als legitime Quelle von Ansprüchen in Anschlag gebracht. Obwohl das Leistungsprinzip als zentraler Bezugspunkt von Argumentationen fest verankert ist, existieren also auch andere, expansivere Gerechtigkeitsvorstellungen (siehe dazu auch Kapitel 7).

Unverdienter Reichtum

Die schärfste Kritik an der »meritokratischen Realität« richtet sich aber gegen die vermeintlich unverdienten Privilegien der Reichen und Mächtigen. Ihre maßlosen Gehälter wie auch »unverdiente«, weil als leistungsunabhängig verstandene Gewinne von Firmeneigentümern oder Managern verkörpern hier einen Bruch des meritokratischen Versprechens. So sagt der einfache Sachbearbeiter Torsten über den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank:

> So ein Herr Ackermann geht einfach mal so mit zwölf Millionen pro Jahr nach Hause. Kein Mensch kann mir erzählen, dass weder ein Herr Ackermann noch sonst irgendein Bankvorstand so viel Genius im Kopf hat oder so viel Handarbeit geleistet hat, dass er zwölf Millionen im Jahr verdient hat. Ich lege mal die Betonung auf *verdient* – er hat sie *bekommen*, aber nicht verdient.

Meritokratische Grundsätze können daher auch kritisch gewendet werden: Entgegen geteilten normativen Erwartungen, so hier die Stoßrichtung, entsprechen die Entlohnungsverhältnisse *nicht* der Arbeitsleistung. Stattdessen entlarven sie sich als das Ergebnis hierarchi 89 scher Machtpositionen oder gesellschaftlicher Chancenmonopole. Wirkt Meritokratie als Formel des sozial akzeptierten Erfolgs ungleichheitlegitimierend, wendet sie sich ins Kritische, wenn die »unverdient Reichen« als Beispiele illegitimen Erfolgs gescholten werden.[54] Dass beide Dimensionen im Denken und Diskurs ein und derselben Person scheinbar widerspruchslos zusammen existieren können, zeigt sich, wenn Rüdiger – der sich oben äußerst kritisch gegenüber einer Erhöhung des Mindestlohns zeigte – in einer späteren Passage beklagt:

> Es ist ja letztens erst berichtet worden, dass die größten Vermögen eigentlich durch Vererben entstehen und nicht durch Leistung. [Marco: Jaha!] […] Dann soll das doch umverteilt werden! Die Angestellten partizipieren doch auch am Umsatz, durch ihren Fleiß. Und nicht nur der Vorstand. Dann soll man doch einen Schlüssel finden und sagen »Du kriegst so und so viel«. Das meiste von allen vielleicht. Aber dieser Unterschied zwischen zwölf Millionen und 2500 Euro Gehalt – das ist doch die große Schere. Das kann doch kein Mensch mehr einsehen.

Kritisiert werden Manager, Erben und Unternehmer so zum einen aufgrund der *Unverhältnismäßigkeit* ihrer Einkünfte. Zum anderen werden aber auch der leistungsunabhängige *Ursprung* ihres Reichtums sowie ein verschwenderischer Umgang mit Geld verurteilt, der auf einen antisozialen *Charakter* schließen lässt. Hier verschmilzt eine Habituskritik mit einem kritischen Blick auf materielle Privilegien. Oder umgekehrt: Reichtum erscheint als illegitim aufgrund der Verhaltensweisen derer, die ihn genießen. Gartenbauarbeiter Fred etwa erzählt:

> Wenn ich Leute sehe, die von Beruf Sohn sind. Reich geboren. Die dann damit auf die Kacke hauen, das geht nicht. Das ist scheiße. […] Im Garten- und Landschaftsbau hat man auch viele reiche 90 Kunden. Einmal – starke Hitze, 35 Grad – haben wir den Garten gepflegt, Rasen gemäht etc. Und dann wurde uns – wir waren zu fünft – zu fünft wurde uns *eine* Flasche Wasser angeboten, normale Größe, ja? Das waren Leute, die haben mit dem Kopf geschüttelt und mussten aufpassen, dass die Eurostücke nicht aus den Ohren fallen. [Lachen] So was finde ich absolut respektlos.

Bestimmte wohlhabende und statushohe Gruppen disqualifizieren sich auch speziell in ihrer Rolle als Chefs und Eigentümer, weil sie Beschäftigte und Mieter auf besonders eklatante Weise ausbeuten: »Die quetschen die Leute nur auf Maximal-Profit aus, bis aufs Blut.« (Torsten) Die schnöde »Gier nach Geld« und die Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen anderer erscheint verurteilenswert und als mit einer »sozialen Marktwirtschaft« nicht vereinbar. Die Kritik an besonders exzessivem Verhalten mündet hier immer wieder in eine generellere Marktkritik, bei der die Interessen von Mietern und Arbeitnehmerinnen gegen die der Investoren und Arbeitgeber in Stellung gebracht werden. Ingenieur Stefan sagt über Großvermieter: »Diese Gier, die da ist, die finde ich total daneben. […] Man darf ruhig mit Mieten was verdienen. Aber muss man jedes Jahr zehn Prozent *mehr* mit ein und derselben Wohnung verdienen über 20 Jahre? […] Der Markt läuft da völlig aus dem Ruder.«

Wie schon in Rüdigers Zitat (»Dann soll das doch umverteilt werden!«) werden Reichtum und hohe Einkünfte im Zuge einer derartigen Kritik oft zum Gegenstand von Umverteilungsforderungen. Arbeitsvermittlerin Karin etwa möchte, »dass man einfach mal die Erben-Enkel, die nichts machen, diese ganzen Neureichen besteuert«. Mit einer Erhöhung der Erbschaftssteuer zum Abbau der Vermögensungleichheit kann sich die Hälfte unserer Befragten anfreunden, etwas mehr als ein Viertel spricht sich dagegen aus. Das Thema ist vergleichsweise stark polarisiert (siehe Abbildung 3.1). Zugleich gibt es – das ist wiederum bemerkenswert – auch bei dieser Frage so gut wie *keine Klassenspezifik*.[55] Obwohl Erbschaften ein wichtiger 91 Treiber der Ungleichheit sind, sind selbst in Segmenten, die

wohl zu den größten Nutznießern einer Erbschaftssteuer gehören würden, viele eher zurückhaltend.

Auch in der Diskussion um unverdienten Reichtum und Umverteilung gibt es dabei Teilnehmer, die sich klar auf die Seite der Besitzenden schlagen und staatliche Eingriffe für illegitim erklären. Eine solche Position vertritt beispielsweise der Berliner Jurist und Unternehmensberater Goran:

> Noch mal was zu diesem Vorwurf, der von Ultra-Links erhoben wird. Dass es einen ganz kleinen Prozentsatz gäbe in diesem Land, der zu viel verdient. Also, diese Formulierung finde ich schon unverschämt. […] Wenn ich eine Firma habe und ich zahle einem Mitarbeiter eine Summe X, dann ist es doch wohl meine Angelegenheit und bedarf keiner Diskussion mit Dritten. […] Vielleicht hat das in Deutschland auch mit Neid zu tun. Dass man da denkt, einer hat viel, also müsste man da automatisch was wegnehmen und denen, die gar nichts haben, was abgeben. Sehr schwierig.

Der Markt erscheint hier als neutrale Allokationsinstanz, die quasi naturwüchsig Ergebnisse erzielt und sich so einer moralischen Bewertung entzieht. Ungleichheit wird durch vermeintliche Unterschiede der Leistung, Verantwortung oder Fähigkeit legitimiert, Kritik als »Neid-Debatte« abgetan.

Jens, ein Sozialarbeiter in leitender Position, warnt ebenfalls davor, in jeder Situation nach dem Staat zu rufen, damit der »mal eingreift und ordentlich auf den Putz haut. […] [Denn] irgendwo müssen die höheren Einkünfte auch wieder herkommen. Und bezahlt werden.« Von einigen wird der Markt so als Motor der Reichtumsproduktion angesehen, den man durch staatliche Eingriffe nicht zu stark bremsen sollte, da es sonst nichts zu verteilen gäbe. Dabei fällt aber gerade im Vergleich zu den drei anderen Arenen auf, dass Oben-Un 92 ten-Konflikte meist als *Nullsummenspiele* erscheinen: Was die einen zu viel haben, haben die anderen zu wenig, was die einen bekommen sollen, muss den anderen erst abgenommen werden. Der Diskurs über materielle Ungleichheit operiert im Kern mit einer Figur à la Dagobert Duck, also einer Personalisierung von Kapital und Reichtum, sowie der Vorstellung einer fixen Reichtumsmenge, deren Verteilung mehr oder minder gerecht gestaltet

sein kann. Nicht erwähnt werden die allermeisten jener politökonomischen Prozesse, die akademische Debatten üblicherweise bestimmen (Wachstumsmodelle, Inflations- oder Schuldenquoten). Der alltagsöffentliche Diskurs dreht sich vielmehr in allererster Linie um die Verteilung von Kuchenstücken und die Bewertung dieser Verteilung anhand moralischer Codes von »zu viel/zu wenig« und »verdient/unverdient«. Je nachdem, ob Vermögende und Arbeitgeber dabei als gierige, sozial destruktive und leistungslose Ausbeuter erscheinen oder als hart arbeitende, wohlwollende und arbeitsplatzschaffende Stützen der Wirtschaft, kommt es zu sehr unterschiedlichen Bewertungen, teils in ein und derselben Runde.

In der Gesamtschau ergibt sich so ein widersprüchliches Bild. Einerseits zeigt sich ein großer und weitverbreiteter Unmut über den unverdienten Erfolg von Reichen, der sich an besonders unsympathischen Beispielen aufhängt und durchaus in Umverteilungsforderungen und eine systemische Kritik münden kann. Andererseits ist diese Kritik sozialstrukturell deutlich weniger differenziert, als dies bei einem Klassenkonflikt zu erwarten wäre. In einer ungleichen Gesellschaft übernimmt der Meritokratieglauben so eine konsensbildende und akzeptanzschaffende Funktion:[56] Wer selbst über die Runden kommt, an eine mehr oder minder leistungsgerechte Verteilung und ein halbwegs offenes Chancensystem glaubt, hat relativ wenig Anlass, systemisch und mit Nachdruck die Verteilungsfrage zu stellen. Dies ist eine Erklärung für die eingangs aufgeworfene Frage, warum der »Frosch« der öffentlichen Meinung das Aufgehen der Schere mehr oder weniger regungslos hinnimmt.

93 Wohlfahrt als demokratischer Klassenkampf?

Doch wie in Bezug auf Fragen der Umverteilung schon anklingt, stellen Märkte nur *eine* Seite des distributiven Geschehens dar. Ebenso von großer Bedeutung sind Maßnahmen des Staates, die Ungleichheiten abmildern, modifizieren oder gegebenenfalls auch verschärfen können. Der *Wohlfahrtsstaat* gilt zu Recht als eigenständiges Arrangement sozialer Schichtung; er wird durch Klassenverhältnisse hervorgebracht, kann diese aber auch grundlegend verändern.[57] An die Stelle der oft im Dunkeln bleibenden, weil keiner einzelnen Instanz zurechenbaren Allokation des Marktes tritt hier die politisch gewollte und diskursiv einfacher zu verortende »*Re*distribution« des Staates, die vor allem über Steuer- und Transfersysteme organisiert wird.

Die *Machtressourcentheorie*[58] sah den »demokratischen Klassenkampf« um den Ausbau des Wohlfahrtsstaats als den entscheidenden Pfad der Transformation kapitalistischer Verhältnisse. Zentral für diesen Ansatz ist die Annahme, dass die Demokratie einfachen Beschäftigten Möglichkeiten an die Hand gibt, ihre wenig vorteilhafte Verhandlungsposition auf dem Markt auf politischem Weg zu verbessern. Unter den Bedingungen einer Mehrheitsdemokratie gäbe es »eine ›natürliche‹ Tendenz in allen Segmenten der Bevölkerung […], die […] Ressourcen, die ihnen als politische Rechte gegeben sind, zu nutzen«.[59] Denn da demokratische Politik von den Präferenzen der Wähler abhängig sei, müsse sie auch den verteilungspolitischen Interessen der lohnabhängigen Mehrheit Geltung verschaffen.[60] Die *Gleichheit der Demokratie* könne dergestalt die *Ungleichheit der Märkte* begrenzen.

Zwar blieben die sozialpolitischen Institutionen und die Umverteilungskapazitäten des Staates ebenso umstritten wie die politische Ökonomie der Beziehung von Markt und Demokratie, aber es bildete sich zugleich ein Grundkonsens einer umfassenden staatlichen Verantwortung für die Risikoabsicherung und die Verringerung 94 markterzeugter Ungleichheiten heraus.[61] Der Wohlfahrtsstaat hob die Klassengegensätze zwar nicht auf, er pazifizierte sie aber und lenkte sie in geregelte Bahnen. Somit gelang es ihm, den aus marxistischer Perspektive »strukturell wahrscheinlichsten Konflikt« weitgehend latent zu halten.[62] Durch die

Bank zeigt die umfangreiche Forschung zur Legitimität des Wohlfahrtsstaates, dass es eine breite Zustimmung für die Rolle des Staates bei der Daseinsvorsorge gibt.[63] Dass der Staat zentrale Lebensrisiken absichern soll, ist zumindest in Westeuropa unbestrittener Konsens, der auch in unseren qualitativen Daten zum Ausdruck kommt. Das soziale Netz wird von vielen Menschen als Errungenschaft wahrgenommen, auf die man stolz ist, gerade im Vergleich mit anderen Regionen der Welt. So erzählt Josef, ein älterer Essener Briefträger:

> Was ich so bewundernswert finde, wenn man auf der Welt […] von unserem Gesundheitssystem erzählt, die Leute schütteln den Kopf und sagen, »Das kann ich mir gar nicht vorstellen!« [Hilde: Ja, ja!] Dass bei uns jeder, jeder Mensch einfach … ärztlich versorgt wird im Krankenhaus. Das ist schon faszinierend. […] Ich habe mir den Fuß verletzt in Amerika. Gehe ins Krankenhaus in Florida. Das Erste ist, du kommst an ein Kassenhäuschen, und du wirst gefragt: »Cash oder Card?« Und dann kommt der Arzt raus und guckt einen an und sagt den Preis ungefähr zwischen 400, 500 Euro. Da sage ich, »Alles klar, lass mal sein, so viel Geld hab ich nicht bei«. Und dann wirst du einfach nicht versorgt. Das ist denen egal.

In den Trenddaten finden wir ebenfalls einen anhaltend starken Rückhalt für den Sozialstaat (linker Teil von Abbildung 3.2). Der Aussage »Der Staat muss dafür sorgen, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat« stimmen im Beobachtungszeitraum zwischen 80 und 90 Prozent der Befragten zu. Der Rückhalt schwächte sich zwar im Lauf der späten 95 neunziger und frühen nuller Jahre ab – also in einer durch die Agenda 2010 geprägten Zeit –, erreicht gegenwärtig aber wieder die sehr hohen Werte der frühen Neunziger. Niedriger fällt demgegenüber die Unterstützung für vertikale Umverteilung aus: Nur 68 Prozent stimmen im Jahr 2008 der Aussage »Einkommen und Wohlstand sollten zu Gunsten der einfachen Leute umverteilt werden« zu. Im Jahr 2018 sinkt dieser Wert auf 63 Prozent.

Der Wohlfahrtsstaat ist also in der Rolle des *Gleichmachers* etwas weniger nachgefragt als in der Rolle des *Sicherheitsproduzenten*. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass hier jeweils unterschiedliche Verteilungslogiken und damit auch Kreise von Nutznießern angesprochen

werden. Auf der einen Seite steht der umverteilende *Robin-Hood-Wohlfahrtsstaat*, von dem vor allem die Mittellosen profitieren. Auf der anderen Seite steht der Wohlfahrtsstaat als *Sparschwein*,[64] den man in guten Zeiten unterstützt, weil man auch selbst einmal von Krankheit oder Arbeitslosigkeit betroffen sein könnte. Ungleichheitskritik scheint eher in Forderungen nach horizontaler Umverteilung, also Transfers über den Lebensverlauf, zu münden als in Forderungen nach vertikaler Umverteilung von Reich zu Arm.[65]

In unserer Befragung finden wir Umverteilungsforderungen in ähnlicher Größenordnung (Abbildung 3.1). Hier stimmen 68 Prozent der Forderung zu, der Staat sollte »Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede mehr als bislang zu verringern«. In Übereinstimmung mit der Machtressourcentheorie variiert die Befürwortung systematisch mit der sozialstrukturellen Position: Je weniger privilegiert die soziale Lage, desto größer das Interesse an einer umverteilenden Politik. Während 78 Prozent des Dienstleistungsproletariats, also der einfachen und gering qualifizierten Beschäftigten in diesem Sektor, die Forderung nach einer Verringerung der Einkommensunterschiede unterstützen, sind es bei den Unternehmern und freien Professionen nur 50 Prozent (mittlerer Teil von Abbildung 3.1). Allerdings bewegen sich alle übrigen Klassen in einem 96 recht schmalen Zustimmungskorridor von 60 bis 70 Prozent – die Klassenstrukturierung ist erneut begrenzt.

Einerseits zeigt sich also ein Bild der relativen Entstrukturierung der Oben-Unten-Arena auf der Ebene jener Klassenkonfrontation, die historisch für dieses Feld prägend war; andererseits gibt es eine weitgehend stabile Umverteilungsaffinität in der Breite der Bevölkerung. Dennoch widerspricht das eingangs eingeführte »Ungleichheits-Paradox« der Theorie der Wohlfahrt als demokratischen Klassenkampfs: Seit den neunziger Jahren öffnet sich nicht nur die Ungleichheitsschere, auch die Ungleichheit wird als weniger gerecht empfunden. Dennoch kam es *nicht* zu mehr Umverteilungsforderungen, eine Mobilisierung zur Umkehr der Ungleichheitsentwicklung hat nicht stattgefunden, und die Mehrheit auch

der arbeitnehmerischen Bevölkerung wählte in den letzten Jahrzehnten überwiegend Parteien, die diesbezüglich keine oder doch eher begrenzte Ambitionen zu erkennen gaben. Vor allem Fragen der Steuerprogression und der (höheren) Besteuerung von Vermögen und Erbschaften wurden (die seltenen Ausnahmen bestätigen die Regel) wenig offensiv ausgespielt und galten nicht als »Gewinnerthema«. Die *klassenmäßige Entstrukturierung sozialpolitischer Präferenzen* – im Zuge derer die Sozialpolitik nicht mehr ohne Weiteres als Transmissionsriemen von Klasseninteressen und -antagonismen fungiert – ist neben der nach wie vor ausreichend guten wirtschaftlichen Lage vieler Haushalte und dem verbreiteten Glauben an die Meritokratie ein wichtiger Grund für diese »non-politics of inequality« (Göran Therborn).

Nach unten treten: Moralisierte Anspruchskonkurrenz

Im Folgenden vertiefen und verkomplizieren wir den Befund nivellierter sozialpolitischer Klassenunterschiede: Wir legen dar, dass sich bei näherer Betrachtung doch relevante Differenzen erkennen lassen, die sich allerdings im Gesamtergebnis nicht zu einer klassen 97 mäßigen Frontstellung aufaddieren. Unsere These ist, dass sich für die unteren und die oberen sozialen Lagen *je eigene* Pfade und argumentative Repertoires finden, die zur Demobilisierung von Umverteilungsforderungen und zur Skepsis gegenüber dem Sozialstaat führen. Wie wir in diesem Abschnitt zeigen, befeuert in den unteren Lagen eine *moralisierte Konkurrenz um die Verdientheit von Ansprüchen* die Entsolidarisierung und setzt den Wettbewerb unter den Lohnabhängigen an die Stelle einer kollektiven Wahrnehmung von Klasseninteressen. In den oberen Lagen ersetzen wiederum *privatisierte Strategien der Statussicherung* die Orientierung auf

die kollektiven Sicherungssysteme und unterhöhlen so zum Teil ihre Legitimation.

In den Fokusgruppen der Unterschichtsangehörigen lässt sich häufig eine Abgrenzung gegenüber Arbeitslosen und vermeintlichen Wirtschaftsmigranten beobachten. Diese Grenzziehungen nach »außen« und »weiter unten« sind die entscheidenden Sollbruchstellen der kollektiven Solidarität. Ein erstes Indiz hierfür ist die Haltung zu einer Erhöhung der Hartz-IV-Sätze, wie wir sie in unserer Umfrage erhoben haben. Sie wird lediglich von 40 Prozent befürwortet, nur etwas kleiner ist der Anteil derjenigen, die dies ablehnen.[66] Es handelt sich um ein besonders polarisiertes Thema. Die Klassen unterscheiden sich bei dieser Frage allerdings kaum, was wiederum gegen eine Formierung »typischer Klasseninteressen« spricht (Abbildung 3.1). Obwohl – oder gerade weil – Produktions- und Dienstleistungsarbeitende den Transferempfängern in der sozialen Topologie näher stehen, lassen sie kein besonders starkes Interesse erkennen, die Lage dieser deprivierten Gruppe zu verbessern. Selbst unter jenen, die ein sehr geringes Einkommen beziehen, befürwortet nur ca. die Hälfte eine Erhöhung der Sätze. Wie an anderer Stelle gezeigt, sind gerade die Unterschicht und jene, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als sehr schlecht einschätzen, besonders skeptisch gegenüber der Vorstellung, sozialstaatliche Leistungen führten zu mehr Gleichheit.[67]

98 Insbesondere in den unteren Statuslagen werden Oben-Unten-Konflikte in Antagonismen zwischen Lohnabhängigen – wie Prekären und Stammbelegschaften, leistungswilligen »Makers« und untätigen »Takers« – oder in ethnisierte Innen-Außen-Konflikte umgedeutet.[68] Zentral ist dabei die Grundfigur des *Nach-unten-Tretens* bzw. der *moralisierten Konkurrenz von Ansprüchen*. Sozialleistungen und rechtliche Errungenschaften erscheinen hier nicht als Speerspitze eines Kampfes um die Universalisierung sozialer Rechte und die materielle Teilhabe aller, sondern als individuell verdiente Belohnung für Leistung und respektables Betragen oder als Prämie für Gruppenzugehörigkeit. Die implizite Bezugsgruppe, mit der man sich identifiziert, ist dann nicht das Heer jener

Lohnabhängigen, die qua gesellschaftlicher Position geteilte Interessen haben, sondern eine Gruppe der Leistungswilligen und »Normalen«, die durch moralische Grenzziehungen von »Faulenzern« und »Schmarotzern« unterschieden wird. Kindergärtnerin Marlene meint:

> Gerade durch diese Serien, wie »Hartz und Herzlich«, sieht man auch diese »Schmarotzer«, in Anführungszeichen, die sagen: »Ich gehe gar nicht arbeiten, kriege ich nicht genug bezahlt.« Und ich arbeite mir den Arsch ab. Die haben Zeit und verdienen nicht viel weniger als ich. […] Das finde ich sehr ungerecht.

Unterscheidungen dieser Art sind äußerst folgenreich, da in ihnen die Reichweite von Solidarität abgesteckt wird. Der erwähnte wohlfahrtsstaatliche Konsens baut auch auf einem Konsens über Gruppen verdienter Empfängerinnen auf. Die Frage, ob, wie viel und an wen umverteilt werden soll, ist im Alltagsverstand stark an typisierte Wahrnehmungen verschiedener Empfängergruppen geknüpft, deren Bilder in Politik, Presse, Fernsehen, sozialen Medien und der modernen Folklore des Hörensagens produziert werden.

Im Kontext der empirisch sehr gut etablierten *Deservingness-Theorie*[69] ist versucht worden, genauer zu entschlüsseln, woran Men 99 schen die Unterstützungswürdigkeit von Empfängergruppen festmachen: Wer »verdient« öffentliche Hilfe in Form von Leistungsangeboten und Transfers? Die Forschung hat hier fünf zentrale Aspekte – die sogenannten CARIN-Kriterien (Control, Attitude, Reciprocity, Identity, and Need) – ausgemacht, anhand derer Menschen entscheiden, was legitime Ansprüche auf Solidarität begründet: *Erstens* stellen sie darauf ab, ob die Notlage aus Faktoren resultiert, die außerhalb der Kontrolle der Einzelnen liegen, *zweitens*, ob man von den Empfängern Dankbarkeit und Fügsamkeit erwarten kann, *drittens*, ob sie selbst in der Vergangenheit zur Produktion von kollektiven Gütern beigetragen haben oder die Bereitschaft signalisieren, dies zukünftig zu tun, *viertens*, ob es soziale Ähnlichkeiten gibt, und *fünftens*, ob die Notlage als plausibel bewertet wird, ob die Empfänger also wirklich der Hilfe bedürfen. Diese Liste zeigt, dass es hier vielfältige Wenns und Abers gibt. Die Weigerung zu arbeiten,

obwohl man eigentlich könnte, und das vermeintlich leistungslose Profitieren von der Solidarität hart arbeitender Erwerbstätiger lassen die Figuren der zitierten TV-Serie als Trittbrettfahrer erscheinen.

Auch in unserer Umfrage können wir solche moralischen Zuschreibungen und Wertungen abbilden. Der Aussage »Armut ist in erster Linie eine Frage der Motivation und Leistungsbereitschaft und lässt sich nicht allein mit Geld bekämpfen«, die man im Rahmen der Deservingness-Theorie den Kriterien *control* und *attitude* zuordnen kann, stimmen fast 40 Prozent der Befragten zu, während 34 Prozent diese Aussage ablehnen. Ähnlich wie bei den Hartz-IV-Erhöhungen haben wir es mit einem recht polarisierten Thema zu tun (Abbildung 3.1). Und auch hier finden wir wieder überraschende Koalitionen. Es sind nicht die einfachen Statusgruppen, die einer Moralisierung und Individualisierung von Armut am skeptischsten gegenüberstehen – im Gegenteil: Fast 50 Prozent der Produktionsarbeiter stimmen dieser Aussage zu. Sie liegen damit nahezu gleichauf mit den Arbeitgebern. Am geringsten ist die Zustimmung unter 100 den akademisierten Angestellten der technischen und soziokulturellen Expertenberufe.

Ob Umverteilungspolitik insgesamt gutgeheißen wird, hängt davon ab, wie die Umstände einer Bedarfslage, die Charakteristika der Empfängergruppe und deren soziale Verhaltensweisen verstanden und bewertet werden. Diese Konditionalität betrifft nicht nur das Ausmaß zugestandener Leistungen, sondern auch die Sanktionen gegen das befürchtete Ausruhen in der »sozialen Hängematte«. In einer unserer Fokusgruppen diskutieren die einfache Bürokauffrau Anna und der Rentner Rüdiger den Vorschlag, Arbeitslose sollten »zum Laubfegen« verpflichtet werden:

> Anna: Also, ich finde, Leute, die halt wirklich nichts dafürkönnen, dass die arbeitslos sind und auch krankheitsbedingt da nicht wirklich viel machen können, denen sollte man das jetzt nicht zumuten. Aber ich finde, auch so – so Langzeitarbeitslose, die einfach kein Bock haben …
> Rüdiger: Schmarotzer.

> Anna: Ja, die einfach da sind, in den Tag hineinleben. Und am dritten Tag schon kein Geld mehr haben und gar nicht wissen, was es bedeutet, für das Geld auch arbeiten zu gehen. Die kriegen das monatlich auf ihr Konto, sagen dann noch, wie scheiße alles ist – weil, es sind ja nur 400 Euro. Schlafen aber aus bis 15 Uhr […]. Finde ich schon, dass die auch was auferlegt kriegen sollten und dass sie mal den Wert des Geldes auch schätzen lernen.

Hier wird der Arbeits- und Leistungsimperativ gleichsam zur moralischen Delegitimierung von Transferempfängern umfunktioniert. Zitiert werden dabei Bilder des Ausruhens in der »sozialen Hängematte«, wie sie nicht nur zum Beispiel in *Bild*-Zeitung und Nachmittagsfernsehen, sondern auch in der politischen Flankierung der Arbeitsmarktreformen der frühen nuller Jahre propagiert wurden.[70] Tatsächlich stößt in unserer Umfrage das Statement »Langzeitarbeits 101 lose, die Hartz IV bekommen, sollten dazu verpflichtet werden, gemeinnützige Arbeit zu leisten« auf sehr breite Unterstützung. 70 Prozent stimmen dieser – freilich durch das Adjektiv »gemeinnützig« recht positiv gerahmten – Formulierung zu, nur 14 Prozent lehnen ab. Auch hier ergeben sich bemerkenswerte Klassenallianzen: Die tendenziell größte Unterstützung einer solchen Maßnahme findet sich zum einen bei den Produktionsarbeitern (80 Prozent), zum anderen unter den Arbeitgebern (75 Prozent). Die Forderung, Arbeitslose Laub fegen zu lassen, erntet durchaus auch Gegenwind. So protestiert die arme Rentnerin Hilde entrüstet: »Nee, also bei aller Liebe. Wenn ich aus irgendwelchen Gründen arbeitslos werde, dann lasse ich mich doch nicht zu irgendwelchen Zwangsarbeiten abstempeln. Ein bisschen Würde habe ich ja wohl noch!« Die universale, keiner Beweispflicht unterstehende Menschenwürde wie auch der Verweis auf äußere Gründe für Arbeitslosigkeit stehen hier für ein grundlegendes Gegenmodell zur Vorstellung individueller Verschuldung, Konditionalität und Disziplinierung.

Obwohl sie auch Widerspruch hervorrufen, zeigen sich Deservingness-Unterscheidungen als mächtige kulturelle Stütze ungleicher Verhältnisse.[71] Sie tragen nicht zuletzt insofern zu einer Entpolitisierung von Oben-Unten-Ungleichheiten bei, als der Fokus von strukturellen

Problemen auf den Vergleich moralischer Kategorien verlagert wird. Bei dieser Konkurrenz zwischen moralisierten »Wettbewerbsklassen« haben wir es mit Auseinandersetzungen zu tun, die von oben vs. unten auf den Typus »Hinz gegen Kunz« umgedeutet werden, also zu »Konflikten *innerhalb* der Klasse der Lohn- und Rentenabhängigen«.[72]

Moralisierte Haltungen sind dabei keineswegs auf die Konkurrenz am »unteren« Pol beschränkt, sondern finden sich auch in der oberen Mittelschicht. Dort werden im Zuge meritokratischer Erzählungen vielfach soziale Lage, Leistung und »Wille« kurzgeschlossen und existierende Ungleichheiten legitimiert. Was in der unteren Mittelschicht und Arbeiterschaft zentral zum Tragen kommt, ist das 102 Pochen auf den Abstand zwischen Arbeitenden und Nicht-Arbeitenden, mit dem man sich als Teil einer gefühlten Mittelschicht gegenüber weniger »respektablen« Gruppen abgrenzt.[73] Die bereits erwähnte Natascha, die mehrere Jahre arbeitslos war, bevor sie als 450-Euro-Kraft Anstellung fand, sagt:

> Es gibt genügend Menschen, die mit dem Arsch zu Hause … sozusagen so viel Geld in den Arsch geschoben bekommen und dafür nichts tun. Und wir, die arbeiten gehen für das Geld, kriegen nichts vom Staat. […] Ich muss ja auch gucken, wie ich mit meinem Geld klarkomme. […] Und nicht [zu meinem Partner] sagen zu müssen, »Ja, Schatz, das geht jetzt aber nicht, wir müssen jetzt fünf Tage Butterbrot essen«. Und das ist das, was mich halt bisschen ärgert. Die kriegen und die kriegen.

Deutlich wird, dass die *eigenen* vernachlässigten Ansprüche eine zentrale Rolle spielen.[74] Man kann vermuten, dass sich oft diejenigen am eifrigsten nach unten abgrenzen, die sich in ihrer Anerkennung am unsichersten fühlen. Hier geht es eher um kulturelle und normative Fragen von Respekt und Sozialprestige, weniger um »gerechte Einkommen« im engeren Sinne – um die Reklamation eines Status innerhalb einer moralisch aufgeladenen Anerkennungshierarchie. In diesem Kontext scheinen »leistungslose« Transfereinkommen in den Augen derjenigen besonders skandalös, die für geringen Verdienst viel leisten müssen. Die Disziplinierung realer oder vermeintlicher »Schmarotzer« dient so auch der Hervorhebung der eigenen, allzu oft unerkannt und nicht honoriert

bleibenden Mühen. Paradoxerweise gebiert die Klassengesellschaft so moralische Formen der Abgrenzung, deren Nebeneffekt es ist, Klasseninteressen zu demobilisieren.

103 Privatisierte Statussicherung

Schauen wir nun auf eine höhere Etage der sozialen Hierarchie. Wie die Sozial- und Politikgeschichte gezeigt hat, kann man Verteilungsfragen und Wohlfahrtsentwicklung ohne einen Blick auf die *Mittelklassen* kaum sinnvoll diskutieren.[75] Denn es war gerade die wohlfahrtsstaatliche Einhegung des Kapitalismus, die die Entstehung einer arbeitnehmerischen Mitte oberhalb der proletarischen Milieus ermöglichte. Mittelschichtinklusive Regime sind aus dieser Perspektive politisch besonders robust, da die Mittelschicht aufgrund ihrer Größe eine der ausschlaggebenden Bevölkerungsgruppen darstellt. Bis etwa Mitte der neunziger Jahre galt die Faustregel: Je extensiver der Kreis von Nutznießern sozialstaatlicher Aktivitäten, desto positiver ihre Bewertung durch die Bevölkerung. Der umverteilende Interventionsstaat genoss entsprechend dort eine gesteigerte Popularität, wo er sich nicht nur auf die Unterstützung der Arbeiterschaft oder der Bedürftigen konzentrierte, sondern weite Teile der Bevölkerung in den Leistungskranz sozialpolitischer Angebote einschloss. »Not only the poor« hieß demzufolge die Devise derjenigen, die den umverteilenden Wohlfahrtsstaat politisch wetterfest machen wollten.[76]

Die Erfolge des sozialdemokratischen Zeitalters blieben aber nicht ohne Rückwirkungen auf die Unterstützungsbereitschaft derer, die davon profitierten. Durch Einkommensgewinne und soziale Sicherheit veränderte sich das Fundament, auf dem die Forderungen nach Ausgleich standen und stehen. Aus vielen »proletarischen Habenichtse[n]«[77] wurden in der Generationenfolge arrivierte Mittelschichtler. Gerade in dieser Gruppe haben Wohlstandszuwächse und

Individualisierungsprozesse dafür gesorgt, dass auch private Strategien der Vorsorge und Vermögensbildung erreichbar und als zunehmend attraktiv angesehen wurden.[78] Statt sich allein auf kollektive Umverteilung und staatliche Sicherung zu verlassen, orientierten sich viele mehr und mehr auf »investive Statusarbeit«.[79] Damit ist eine Art 104 der Lebensführung gemeint, bei der ökonomische, kulturelle und soziale Kapitalien so eingesetzt werden, dass sie Erträge abwerfen und zur Sicherung und Verbesserung des eigenen Status beitragen sollen. Ein solcher Zusammenhang zwischen der investiven Lebensführung der Mittelklasse und der mehr oder minder subtilen Distanz zur progressiven Umverteilungspolitik lässt sich über ganz unterschiedliche Felder hinweg durchdeklinieren.[80] Wir wollen hier nur drei Aspekte kurz streifen: die *soziale Distanznahme* (im Sinne einer symbolischen Abgrenzung von den unteren Statuslagen), die *Skepsis gegenüber der Umverteilung* durch Steuern und *privatisierte Investitionsstrategien.*

Wie bereits erwähnt, werden Themen der Oben-Unten-Ungleichheit in der oberen Mittelklasse weniger und aus einer größeren *sozialen Distanz* heraus diskutiert. Das liegt vor allem an einer Nicht-Betroffenheit von Armut und anderen sozialen Problemen, wie sie etwa in der Aussage des bereits zitierten Consultants Goran zum Ausdruck kommt:

> Ich sage mal selbstkritisch: Ich lebe ja in meiner Blase. Und meine Blase ist null davon betroffen. Das muss man einfach sagen. Wir sind alle entweder Freiberufler oder arbeiten im öffentlichen Dienst. Sind ganz gut abgesichert. Und haben durchaus auch Positionen, die sind schon sehr gut. Insofern bin ich zwar sozial empathisch oder so, aber bin davon nicht betroffen. […] Und das prägt einfach.

»Sozial empathisch, aber nicht betroffen«, diese Formel kann durchaus sinnbildlich für die Haltung der oberen Mittelschicht gelesen werden, die unter bestimmten Umständen einer individualisierenden und leistungsbezogenen Legitimierung von Ungleichheit Vorschub leistet. Goran, der angibt, selbst die Grünen zu wählen, fährt unter Bezugnahme auf FDP-Chef Christian Lindner fort: »Gelegent 105 lich ertappe ich mich

sogar dabei, dass ich so bräsig in lindnerscher Manier von oben herab dadrauf schaue. [Nach dem Motto:] ›Jeder muss einfach ein bisschen mehr machen.‹« In viel deutlicher abwertendem Ton argumentiert Karin, eine überdurchschnittlich verdienende Arbeitsvermittlerin, dass soziale Probleme auch auf Unterschiede in der Intelligenz zurückzuführen seien:

> Im Osten haben wir immer noch viel weniger Akademiker-Familien. Und klar, oftmals ist es auch eine Frage des Intellekts natürlich. Die Leute sind leider auch Hartz-IV-Milieu, und die Leute sind einfach nicht intelligent genug. Deshalb können die auch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen nicht umgehen, weil die gar nicht wissen, was die mit der Zeit machen [lacht]. Die Idee ist, konstruktiv und kreativ sein Leben zu gestalten, aber die meisten sind dazu nicht in der Lage.

Arme erscheinen hier als nicht nur materiell, sondern auch kulturell defizitäre Gruppe sowie als unfähig zu jener »konstruktiven und kreativen« Lebensgestaltung, auf die die obere Mittelschicht ihren eigenen Status begründet sieht. Wie auch in Gorans »empathischer« Abgrenzung nach unten kommt hier ein sozialer Sinn zum Ausdruck, der das eigene Schicksal mehr oder minder explizit vom Kollektivschicksal abtrennt. Das Leben deprivilegierter Schichten spielt sich sozial so weit entfernt ab, dass hier und dort jeweils andere Regeln zum Tragen kommen. Die offene Abwertung ist dabei eine eher seltene Ausnahme. Auf subtilere Weise kann die Stellung jenseits der sozialen Problemzonen aber auch dadurch zum Ausdruck gebracht werden, dass eigene Beiträge zum Ausgleich als ethisches Opfer gerahmt werden, das es den Gebenden erlaubt, altruistische Haltungen zur Schau zu stellen. So rechnet die Lehrerin Ulrike nicht ohne Stolz die Beiträge auf, die sie zur Finanzierung der Waldorfschule ihrer Kinder leistet:

> 106 Das funktioniert da nach Solidarprinzip. Weil wir eben da nicht wollen, dass nur Superreiche ihre Kinder dort haben, zahle ich monatlich einen Schulbetrag, und der finanziert vier andere Kinder mit. Jeden Monat. […] Also wirklich jetzt seit acht Jahren zahle ich für andere Kinder mit. [Chiara: Okay, das ist cool.] Das ist das Solidarprinzip. Wir geben etwas mehr. Und sind damit zufrieden. […] Wenn du das rausrechnest, was es uns im Jahr kostet, das ist ein Karibikurlaub mit der Familie. Und dann sagen wir

> jedes Jahr, »Ja, schade, dass wir da nicht hinfahren«. Aber das ist in Ordnung, weil wir wissen, […] dafür ist es eine gute soziale Mischung an der Schule.

Was hier durchscheint, ist der symbolische Gewinn, den Umverteilung auch für jene bedeutet, die eher zu den Einzahlern gehören. Wer sich leisten kann, für das soziale Gewissen Opfer zu bringen, profitiert gewissermaßen doppelt: durch die überlegene materielle Stellung ebenso wie durch die ethische Selbstvergewisserung.

Im Kontrast dazu kommen die Grenzen des Mittelklassealtruismus in der *Skepsis gegenüber der Besteuerung* der eigenen Einkünfte und Vermögenswerte zum Ausdruck. Hier, wo es gewissermaßen hart auf hart kommt, erweisen sich allgemeine Ungleichheitskritik und die Unterstützung für Umverteilungsmaßnahmen als zwei verschiedene Paar Schuhe. Aus dem einen folgt nicht zwingend das andere. Die gut verdienende Eventmanagerin Chiara – vom Moderator gefragt, ob sie bereit wäre, als Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit höhere Steuern zu bezahlen – ruft zur Erheiterung der Gruppe aus: »Steuerklasse 1, das ist schon hart!« In ihrer Erklärung bezieht auch sie sich auf meritokratische Begründungsmuster:

> Nein, ich möchte nicht mehr Steuern bezahlen. Weil, keine Ahnung, ich drücke, mindestens ein Drittel von meinem Gehalt im Monat ist einfach – puff – weg. Und ich arbeite sehr viel und sehr hart. […] Ich habe schon – obwohl ich noch relativ jung bin – 107 schon viele Hürden im Berufsleben hinter mir. Und mich sehr hochgearbeitet. Ich habe das Gefühl, je mehr man verdient, desto mehr muss man auch abdrücken. […] Wenn man seine Lohnabrechnung anguckt, dann denkt man schon so … Ja, ist schon viel von meinem Geld, was flöten geht. Für was?

Hier wird deutlich, wie empfundene steuerliche Überbelastung zur Entsolidarisierung führen kann. Steuergelder werden dann nicht mehr als Instandhaltungsbeitrag für die kollektiven Systeme angesehen, die auch das eigene Leben ermöglichen, oder gar als Ausgleich von Marktungleichheiten, sondern als entwendete Erträge und unzumutbare Zwangsopfer. Folgerichtig erscheint die fehlende persönliche Kontrolle über die »eigenen« Steuergelder als höchst problematisch; bisweilen wird

ein System selektiver Wohltätigkeit als Gegenmodell ins Spiel gebracht: Finanzbuchhalterin Carmen etwa sagt: »Wenn man sehen würde, dass es was bringt, [dann] würde man sofort einsteigen und sagen ›Ja, dann zahle ich mehr Steuern‹.« Ulrike: »Du gibst 100 Euro mehr ab und könntest dafür das Ziel wählen.«

Ähnlich wie soziale Distanz und Desidentifikation können schließlich auch *privatisierte Investitionsstrategien* den umverteilenden Wohlfahrtsstaat legitimatorisch schwächen. Um den eigenen Status zu halten oder zu verbessern, verlässt man sich nunmehr nicht mehr nur auf das Erwerbseinkommen und die Statusgarantien staatlicher Politik. Strategien der Vermögensbildung werden wichtiger, die Rolle der Familie und intergenerationaler Transfers wächst. Augenfällig wird das in Großstädten, wo sich selbst viele junge, gutverdienende und kinderlose Doppelverdienerpaare ohne Anschubfinanzierung der Eltern oder Großeltern kaum noch Wohneigentum leisten können. Auch Berufswege können deutlich gelassener und mit längerem Atem beschritten werden, wenn man familiales Vermögen in der Hinterhand hat. Dieser Zusammenhang zwischen privatisierten Strategien und einer Skepsis gegenüber weiter gehenden Solidaritätszu 108 mutungen lässt sich an Beispielen wie dem Aktien- und Immobilienbesitz, der privaten Altersvorsorge und Privatschulen gut zeigen.

Eine erste These lautet dabei, dass die Mittelschicht, soweit sie es sich leisten kann und soweit sie glaubt, ihren Status auch über aktive Vermögensbildung (und nicht allein über ein Erwerbseinkommen) sichern zu müssen, sich stärker auf Anlage- und Finanzmärkten engagiert. Der Prozess der allgemeinen Finanzialisierung geht nicht an den privaten Haushalten vorbei und hat eine Kultur der Kleinanleger geschaffen. Ein wesentlicher Schub hierfür waren die Privatisierungswellen der neunziger und nuller Jahre, die öffentliches bzw. staatliches Eigentum in private Hände überführten. Diese Popularisierung des Aktienbesitzes war nicht nur ein in Kauf genommener Nebeneffekt, viele Privatisierungen waren sogar explizit auf dieses Ziel ausgerichtet. Vor allem konservativen Parteien ging es darum, den durchschnittlichen Wähler zu einem

Aktienbesitzer zu machen, um bei ihm marktaffirmative Haltungen hervorzurufen:[81] In der Tat zeigt sich bei Kleinaktionären eine größere Umverteilungs- und Steuerskepsis.[82] Ein ähnlicher Nexus ergibt sich beim Immobilienbesitz: Die gut belegte »Homevoter-Theorie« weist darauf hin, dass Hauseigentümer eher konservative und marktliberale Parteien wählen als Mieter.[83] Zudem äußern sie sich deutlich skeptischer gegenüber staatlicher Umverteilung und egalisierenden Maßnahmen.[84]

Auch durch die Privatisierung der Altersvorsorge kann die Bindungskraft kollektiver Systeme langfristig untergraben werden. Die Forschung hat hier belegt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem Private-Public-Mix bei der Alterssicherung und den Einstellungen zur staatlichen bzw. individuellen Verantwortung für die Altersvorsorge gibt.[85] Privatisierte Altersvorsorge schwächt die Erwartungen an den Staat; der Besitz von Immobilieneigentum zeitigt ähnliche Effekte.[86] Deutliche Parallelen ergeben sich schließlich im Bereich der Bildung: Hier wurde ebenfalls nachgewiesen, dass der stark von den statusorientierten Mittelklassen getragene Privatisierungstrend Rückwirkungen auf allgemeine politische Haltungen 109 hat.[87] Dieser Befund lässt sich im Sinne eines normativen Wandels interpretieren, bei dem der Staat immer weniger als relevanter Adressat von Umverteilungsforderungen angesehen wird. Die Orientierung auf privatisierte Strategien wird zusätzlich dadurch befördert, dass staatliche Angebote oft nicht mehr als ausreichend und qualitativ hochwertig gelten.

Parallel zu diesen Verschiebungen in den Orientierungen der Mittelklasse lassen sich auch im Portfolio der Politik Veränderungen beobachten, die von manchen gar als »stille Revolution« bezeichnet werden.[88] Hier kommt es zu einer stärkeren Betonung *investiver Sozialpolitik* gegenüber redistributiven oder *konsumptiven Interventionsformen* (monetäre Transfers wie Grundsicherung, Bürgergeld oder Renten). Investive Sozialpolitik zielt auf die Stärkung des individuellen und gesellschaftlichen Humankapitals durch Bildung, Aktivierung und Qualifizierung. Bei Letzterer geht es weniger um eine

»Sozialpolitik gegen den Markt« durch die Abkopplung der Lebenschancen von Marktlagen (Dekommodifizierung) als vielmehr um eine »Sozialpolitik mit dem Markt« im Sinne einer flankierenden Funktion.

Obwohl der sozialinvestive Ansatz auf den ersten Blick kaum Anknüpfungspunkte für eine unmittelbare Klassenpolitik bietet, verweisen neuere Studien auf einen entsprechenden Subtext:[89] Arbeiter- wie Mittelklasse unterstützen sowohl die neueren Investitionen in Bildung und Qualifikation als auch klassische »konsumptive« Leistungen (manchmal auch »passive Transfers« genannt), allerdings gibt es Unterschiede in der Priorisierung: Die Mittelklassen gewichten die investive Sozialpolitik höher, konsumptive Interventionen zur Statussicherung und Umverteilung werden von der Arbeiterklasse stärker priorisiert. Wenngleich diese Beobachtung von einigen Studien gestützt wird und durchaus plausibel wirkt – eine Passung zwischen der investiven Lebensführung der Mittelschichten und der investiven Sozialpolitik liegt nahe –, finden wir derlei Klassenunterschiede in unserem Survey nicht. Wir hatten die Priorisierung inves 110 tiver Sozialpolitik insofern zugespitzt, als wir in direktem Gegensatz zu konsumptiven Transfers fragten: »Wenn staatliche Mittel knapp sind, ist es wichtiger, ins Bildungssystem zu investieren, statt in die Unterstützung von Arbeitslosen.« 55 Prozent sprachen sich angesichts dieses Trade-offs für die investive Seite aus, nur 14 Prozent dagegen. In der genaueren Auswertung finden sich – zu unserer Überraschung – keine nennenswerten Klassenunterschiede (Abbildung 3.1).[90] Auf Vorfahrt für Bildung, so scheint es, können sich viele einigen.

Insgesamt kann man feststellen, dass die Mittelklassen – als historisch wichtige Stützen des Wohlfahrtsstaats – sich nicht von diesem abgewandt haben. Die grundlegende Unterstützung bleibt bestehen, wohl nicht zuletzt, weil ihre investive Lebensführung ganz zentral von der wohlfahrtsstaatlichen Absicherung gegen Unwägbarkeiten im Lebensverlauf profitiert. Zugleich sehen wir aber auch hier, dass Wohlfahrtsstaatskonsens und egalitärer Umverteilungswille nicht dasselbe

sind. Während ein Teil der Mittelklasse staatliche Interventionen aus politisch-ideologischen Gründen befürwortet und nicht zuletzt deshalb zur Kernklientel von Mitte-links-Parteien geworden ist, findet sich auch in dieser Klasse eine eigene Form von Skepsis, Distanznahme und Abwehr gegenüber Umverteilungsmaßnahmen.[91] Gerade Forderungen nach einer Beteiligung durch Steuern treffen in der oberen Mittelschicht auf erhebliche Abwehr, und zwar selbst bei ungleichheitskritisch eingestellten Bürgerinnen. Selbst wenn derzeit nicht von einem großflächigen Wegbröckeln der Mittelklasseunterstützung für den Wohlfahrtsstaat gesprochen werden kann, deuten sich hier durchaus Veränderungen an, die verständlicher machen, weshalb auch von der Mittelschicht – trotz starker Ungleichheitskritik – kein entschiedeneres Momentum für eine offensive Umverteilungspolitik ausgeht.

111 Demobilisierte Klassengesellschaft

Welches Gesamtbild ergibt sich nun angesichts dieser verschiedenen Puzzleteile? Geht die »Rückkehr der Ungleichheit« mit klassengesellschaftlichen Bewusstseinsformen oder gar einer Intensivierung entsprechender Konflikte einher? Wir beobachten in unserem empirischen Material ein insgesamt paradoxes Muster, bei dem eine ausgeprägte Ungleichheitskritik und ein generelles »Unbehagen an Ungleichheit« durch eine relative Zufriedenheit mit der eigenen Lage, durch Meritokratieglauben, moralisierte Anspruchskonkurrenz und individuelle Investitionsstrategien konterkariert wird. Hier scheint eine gewisse – schon früher diagnostizierte – »Erschöpfung der utopischen Energien« (Jürgen Habermas)[92] des Wohlfahrtsstaates zum Ausdruck zu kommen, die den demokratischen Klassenkampf lähmt. Dass sich mit ihm viele Probleme lösen ließen und dass das Gleichheitsziel durch Umverteilung erreichbar sei, glaubt nur noch ein Teil der Bevölkerung.

Ein solcher Befund lässt sich durch die Brille von Klaus Dörres These der »demobilisierten Klassengesellschaft« weiter ausbuchstabieren.[93] Dabei geht es um die Entpolitisierung der Klassenfrage, die Schwierigkeiten der Organisation kollektiver Interessen sowie die Intensivierung horizontaler Konkurrenz und Distinktion zwischen lohnabhängigen Fraktionen (wie beispielsweise den Prekären und der Facharbeiterschaft). Als wichtige Einflussgröße ist die Veränderung politischer Rahmenbedingungen zu benennen: Der Verlust von Machtressourcen in Form abnehmender gewerkschaftlicher Organisation, aber auch die politische Demobilisierung und die Zerfaserung von Milieus sorgen dafür, dass entsprechende Spannungen zwar erlebt, aber nicht klassenförmig ausgetragen werden. Die Diagnose der demobilisierten Klassengesellschaft konstatiert den Bruch eines zentralen Transmissionsriemens des »demokratischen Klassenkampfes«, der eben auch darauf aufbaute, dass den ökonomischen Verlierern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Form von Parteien 112 und Gewerkschaften wirksame politische und organisationale Einflussmöglichkeiten für Systemkorrekturen zur Verfügung standen.

Gewerkschaften haben im Lauf der Zeit nicht nur immer mehr Mitglieder verloren, sondern zugleich an sozialer Inklusivität eingebüßt, da statusschwache Gruppen und kleine Einkommensbezieher dort heute eine geringere Rolle spielen.[94] Gewerkschaftliche Mobilisierung wird zudem offenbar immer seltener als effektives Mittel der Marktkorrektur und der kollektiven wie individuellen Einkommensverbesserung wahrgenommen. Tatsächlich werden die Gewerkschaften in den vielen Stunden unserer Gruppendiskussionen nur ein einziges Mal erwähnt – und bei der Gelegenheit für ihre Ineffektivität kritisiert. Der schleichende Verfall korporatistischer Arbeitsmarktinstitutionen und die nachlassende Durchsetzungsfähigkeit von Arbeitnehmerorganisationen werden von einem relativen Bedeutungsverlust der industriellen Arbeiterschaft als Wählergruppe begleitet.[95]

Empirische Studien verweisen auf ein starkes Gefälle in den Durchsetzungschancen sozialer Gruppen: Es gibt einen politischen

Einflussbias zugunsten der Bessergestellten und zugleich eine überproportionale Wahlabstinenz bildungsferner und einkommensschwacher Schichten.[96] Die Mobilisierung dieser Gruppen gelingt immer weniger. Darüber hinaus hat das Schrumpfen der Arbeiterklasse die elektorale Basis umverteilender Politik geschmälert, so dass sich linke Parteien auf andere Wählerschaften und Unterstützergruppen ausrichten müssen, um politisch nicht ins Abseits zu geraten.[97] Sie sind heute gezwungen, viel stärker auch andere, statushöhere Gruppen anzusprechen. »Neue«, nicht mehr mit der männlichen Industriearbeiterschaft verbundene soziale Risiken stehen auf der Agenda, redistributive Politiken verlieren tendenziell an Bedeutung.[98] Fortbestehende und neue ökonomische Unzufriedenheiten bahnen sich nun auch anders ihren Weg und bescheren unter anderem populistischen Parteien Zulauf.[99]

Diese Entwicklung wird von den Bürgerinnen durchaus registriert. So klagt der ostdeutsche Berufsschullehrer Ludwig:

> 113 Früher gab es immer den Kampf der Arbeiterklasse gegen das Kapital. Und heutzutage sind wir in einer Konsumgesellschaft, wo das in den Medien keinen interessiert. Wir werden zugeschüttet mit jedem möglichen Scheiß, der uns interessieren soll. Aber dass es einem Großteil von denen, die Arbeit leisten […], halt schlecht geht und die in die Altersarmut kommen, das wird halt gar nicht ausreichend thematisiert. […] Und dann wird es erst wieder interessant, wenn irgendein Populist ans Ruder kommt. Und dann heißt es: »Ach du je!«

Gartenbauer Kevin pflichtet bei:

> Der Otto Normalverbraucher, der erkennt Probleme, die andere in der Höhe in der Politik gar nicht erkennen. […] [Aber] es ist sehr schwierig, was zu ändern. Im Endeffekt sind ganz oben erst mal Politiker, Wirtschaftsbosse […]. Ich habe da wenig Hoffnung, sagen wir mal so.

In einer für statusschwache Gruppen typischen Figur wird die Gesellschaft hier als dichotom in ein Oben und ein Unten geteilt wahrgenommen.[100] Wirkliche Handlungsmacht kommt dabei nur den wenigen »Politikern und Wirtschaftsbossen« am obersten Ende zu.

Vom Kampf der Klassen zur Konkurrenz der Individuen

Was lässt sich aus diesen Befunden für die Konfliktstruktur in der Oben-Unten-Arena lernen? Erweisen sich die oberen Gruppen als Verteidiger des Status quo und die unteren als die Trägerschichten von Ungleichheitskritik und Umverteilungsforderungen, die sich als Klassenspannungen auch politisch entladen können? Unsere Antwort lautet: Trotz der zunehmenden Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, trotz einer Erbschaftswelle, die nur wenige 114 Strände erreicht, trotz der Diagnose einer mobilitätsblockierten Gesellschaft und trotz der Ausweitung von Beschäftigungszonen mit geringen Einkommen ist von einem Wiederaufbrechen offen ausgetragener Klassenkämpfe im Deutschland der Gegenwart wenig zu spüren. Beim verteilungspolitischen Konflikt ist die Klassenspezifik der Einstellungen eher schwach bis moderat ausgeprägt – und läuft bisweilen auch den Erwartungen diametral entgegen, wenn etwa die statusschwachen Gruppen Umverteilungsskepsis erkennen lassen.

In Abbildung 3.3 fassen wir das Material der Fokusgruppendebatten noch einmal zusammen. Wir tragen hier einige der wichtigsten argumentativen Repertoires zusammen, mit denen in der Oben-Unten-Arena um Kritik und Legitimation von Ungleichheiten gerungen wird. Wie wir gesehen haben, wird der *Wohlfahrtsstaat* als Sicherungsinstanz gegenüber Lebensrisiken unisono unterstützt. Zudem existiert eine breit geteilte *Ungleichheitskritik*, für die das Bild der aufklappenden »Schere zwischen Arm und Reich« paradigmatisch ist. Diese Kritik wird allerdings durch moralisch grundierte *Deservingness*-Unterscheidungen und einen weitverbreiteten *Meritokratieglauben* relativiert. Dissens zeigt sich im Hinblick auf die *Dringlichkeit* des Ungleichheitsproblems. Kritische Positionen stellen Ungleichheit als sozialen Sprengstoff dar. Steuere die Politik nicht gegen, führe die Schieflage zu Desintegration, Armut, Kriminalität und Konflikt. Legitimierende Positionen teilen zwar ein

gewisses Unbehagen an der Ungleichheit, betrachten die diesbezügliche Kritik aber letztlich als »Jammern auf hohem Niveau«.

Konsens		
Wohlfahrtskonsens: Abfederung ungerechter Härten und sozialer Risiken **Ungleichheitskritik:** »Schere zwischen Arm und Reich klappt auf« **Leistungsprinzip** als bestimmende Gerechtigkeitsnorm **Deservingness-**Unterscheidung verdienter und unverdienter Ansprüche		
Dissens		
Ungleichheitswahrnehmung		
	»Jammern auf hohem Niveau« Beschwichtigung und Dethematisierung (früher und anderswo war/ist es schlimmer)	**»sozialer Sprengstoff«** wachsende Ungleichheit als Treiber sozialer Desintegration; Kriminalität, Frustration, Konflikt
Markt		
Leistung	**Meritokratie intakt** soziale Lage entspricht eigener Anstrengung; Ungleichheit als Motivator; Lohnabstandsgebot; Leistungsgerechtigkeit	**Meritokratie unzureichend** Ungerechte Machtunterschiede untergraben Leistungsprinzip; Leistungsbegriff sollte erweitert werden; Bedarfsgerechtigkeit
Reichtum	**verdienter Reichtum** Reiche als Steuerzahler und Garanten von Arbeitsplätzen; Unternehmer als Wertschöpfer; Kritik an »Sozialneid« und entgrenzten Lohnansprüchen	**unverdienter Reichtum** leistungsloser, unverhältnismäßiger, unsozialer Reichtum; Arbeitende als Wertschöpfer; Marktkritik und Kritik an entgrenzten Profitansprüchen
Wohlfahrt		
Sozialansprüche	**»soziale Hängematte«** Empfänger »könnten arbeiten, ruhen sich aber aus«; Betonung sozialer Pflichten; Ansprüche als moralischer Kredit: Zumutungen im Gegenzug legitim	**unverschuldete Notlagen** Empfänger als Opfer wirtschaftlicher Konjunkturen, Mütter, Rentner; Betonung sozialer Rechte: Schutz vor exzessiven Härten, menschliche Würde
Steuern	**zu hohe Lasten** Entlastung und mehr Kontrolle über »das eigene Geld«: private Vorsorge, Sparschwein-Staat, Charity statt Umverteilung	**gerechter Ausgleich** Steuergerechtigkeit: Korrektur ungerechter Marktergebnisse; Kapital und Erbschaften mehr, Arbeit weniger besteuern

Abb. 3.3: Argumentative Repertoires in der Oben-Unten-Arena

Gegenläufige argumentative Repertoires zeigen sich auch dann, wenn es um die Einschätzung der *Umsetzung der meritokratischen Norm* geht, also darum, wie gut das Leistungsprinzip tatsächlich verankert ist. Während die einen die Leistungsgerechtigkeit weitgehend intakt sehen, ziehen andere die angemessene Umsetzung des meritokratischen Prinzips angesichts eklatanter Einkommensunterschiede stark in Zweifel. Das nicht verwirklichte Ideal der Meritokratie dient 116 auch als Grundlage einer scharfen Kritik an *unverdientem Reichtum* und einer davonziehenden Oberschicht. Von der Gegenseite wird Reichtum hingegen als legitimer Erfolg begrüßt, der nicht nur über Steuern, sondern auch über geschaffene Arbeitsplätze einen wichtigen Beitrag liefert. Kritik an ihm wird als Neiddebatte und Nicht-Gönnen gedeutet.

Dissens beobachten wir auch in Bezug auf diejenigen, die *am unteren Ende der sozialen Leiter* stehen und staatliche Leistungen beziehen. Diese Gruppen werden unter Verwendung von Deservingness-Kriterien entweder als arbeitsunwillige »Schmarotzer« dargestellt, die es sich in der »sozialen Hängematte« bequem machen, oder aber als Opfer unverschuldeter Notlagen und wirtschaftlicher Konjunkturen. Bedarfe und Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat werden auf diese Weise delegitimiert oder aber bekräftigt. Paradoxerweise sind es dabei gerade Arbeiter und untere Schichten, die dem Leistungsversprechen kapitalistischer Märkte am stärksten anhängen. Sie sind es auch, die im Hinblick auf soziale Rechte und Ansprüche besonders nachdrücklich Konditionalisierungen wie moralisierte Bewertungen des »Verdienens« in Anschlag bringen.

Ähnlich bilden sich diese empirischen Muster auch in unserer Umfrage ab. Hier ist man sich in der Kritik der Einkommens- und Vermögensungleichheit weitgehend einig, während die Meinungen zur gesellschaftlichen Verankerung von Meritokratie, zur moralischen Zurechnung ökonomischen Scheiterns und zu den Umverteilungsthemen Erbschaftssteuer und Hartz-IV-Erhöhung stärker auseinandergehen. Im Zeitverlauf lässt sich auch die Polarisierungsdiagnose nicht bestätigen, auf

eine durch stärkere Klassenspannungen charakterisierte Gesellschaft steuern wir bei aller Ungleichheitskritik nicht zu.

Noch einmal: In der »demobilisierten Klassengesellschaft« zeigen sich Indizien für die Verschiebung hin zu horizontalen Konkurrenzkämpfen, individualisierten Statusstrategien und moralischen Abgrenzungen nach unten. Während in der oberen Hälfte der Statusver 117 teilung die Zunahme privatisierter Statussicherung als Trend hervortritt, der zur Distanznahme der oberen Mitte vom Kollektivschicksal führen kann, werden vor allem in der unteren Hälfte vermeintlich legitime und illegitime Ansprüche verschiedener Lohnabhängigengruppen gegeneinander ausgespielt und durch ein Insistieren auf gleichen sozialen Pflichten aufgeladen. Große Ungleichheit und exzessiver Reichtum werden zwar abgelehnt, doch ebenso reizen als illegitim wahrgenommene Ansprüche Bedürftiger zum Widerspruch, so dass sich für den demokratischen Klassenkampf ein Patt ergibt. Krisenhafte politische Entwicklungen oder eine Verdüsterung der ökonomischen Situation könnten allerdings durchaus zu einem Bruch der Hinnahmebereitschaft in Sachen Ungleichheit führen. In diesem Fall ist nicht auszuschließen, dass sich Konflikte in der Oben-Unten-Arena wieder intensivieren. Aber auch dann wäre nicht klar, ob diese Auseinandersetzungen als *Konflikte zwischen den Klassen* ausgetragen würden, als moralisierte, auf Statusabgrenzungen angelegte *Statusgruppenkonflikte innerhalb der Klassen* oder womöglich auch schlichtweg als verschärfter *Wettbewerb der Individuen*, die sich mit ausgefahrenen Ellenbogen in die Tretmühlen der Statusarbeit begeben.

118 4. Innen-Außen-Ungleichheiten

Der Sommer 2015 begann mit Hitzerekorden, Waldbränden entlang des Mittelmeers und erbitterten Auseinandersetzungen um die griechischen Staatsschulden. Ein wochenlanger Showdown zwischen Euro-Gruppe und linker Syriza-Regierung kulminierte im Juli 2015, als die griechische Bevölkerung in einem Referendum den Entwurf der sogenannten Troika ablehnte. Europa hielt den Atem an. In der heillos zerstrittenen AFD tobte derweil ein Kampf um die Neuausrichtung einer Partei, die dabei war, ins elektorale Niemandsland zu taumeln. Wie es aussah – die AFD lag in der Sonntagsfrage bei lediglich vier Prozent –, würde sich in der Bundesrepublik auch weiterhin keine rechtspopulistische Partei etablieren können. Nicht im Mittelpunkt des medialen Interesses standen die blutigen Auseinandersetzungen in anderen Teilen der Welt. Kriege in Syrien und Afghanistan, Hungersnöte und Vertreibungen in Ostafrika, das Gemetzel der Terrormiliz Islamischer Staat im Irak – sie alle hatten aufgrund ihrer schieren Dauer an »Nachrichtenwert« eingebüßt.

Doch gleichsam unter dem Radar der Öffentlichkeit hatten schon in der ersten Jahreshälfte immer mehr Menschen an den Grenzen Europas und Deutschlands um Schutz gebeten. Ab Mitte Juli wuchs die Zahl noch einmal deutlich an, der »lange Sommer der Migration« begann.[1] In Deutschland löste dieses »Rendezvous mit der Globalisierung« (Wolfgang Schäuble) sehr unterschiedliche Reaktionen aus. Auf den großen Bahnhöfen nahm die Zivilgesellschaft die vollen Flüchtlingszüge warmherzig in Empfang. Selbst die sonst eher migrationsskeptische *Bild*-Zeitung titelte: »Refugees Welcome! Warum wir uns auf euch freuen«. Zeitgleich ging allerdings eine Welle der Gewalt durchs Land. Ende August kam es im sächsischen Heidenau zu tagelangen Ausschreitungen

gegen Asylsuchende. In den Wochen danach brannten Flüchtlingsunterkünfte in Weissach (Baden-119 Württemberg), Nauen (Brandenburg), Leipzig (Sachsen), Salzhemmendorf (Niedersachsen), Heppenheim (Hessen), Wertheim (Baden-Württemberg) und anderen Orten.[2] Die AFD wusste diese Stimmung zu nutzen. Sie wurde zum Sammelbecken jener, die mit der Migrationspolitik nicht einverstanden waren, konnte bei den folgenden Landtagswahlen Erfolge erzielen und zog im September 2017 gar als stärkste Oppositionspartei in den Bundestag ein. Alexander Gauland, der in einem *Spiegel*-Interview die Migrationskrise als »Geschenk« für seine Partei bezeichnet hatte, gab noch am Abend der Bundestagswahl die neue Parole aus: »Wir werden sie jagen. Wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen – und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen!« Migration wurde zu einer Art Masterthema, das Diskussionen in Parlamenten und Talkshows, an Küchen- und Kneipentischen bestimmte.

Der Nationalstaat und seine Grenzen

Ereignisse wie die »Flüchtlingskrise« 2015 können als »kritische Weichenstellungen«[3] angesehen werden, in denen politische Arrangements aus ausgetretenen Pfaden heraustreten und sich neue Akteure und Konfliktkonstellationen etablieren (siehe Kapitel 1). Allerdings war das Migrationsthema, das plötzlich ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte, keinesfalls neu, schließlich war der Aufstieg der Nationalstaaten seit je mit Strategien der Grenzbildung verbunden: Diese betrafen einerseits territoriale Grenzziehungen, andererseits wurden auch soziale und kulturelle Grenzen der *Mitgliedschaft* festgelegt.[4] Mit der für den Territorialstaat typischen räumlichen Organisation von Herrschaft kam es zu einer sozialen Kollektivierung von Territorien einerseits und einer räumlichen Verankerung von Bevölkerungen andererseits.[5] Es entstanden Gebilde, die man auch als »Container« bezeichnen kann,

bestehend aus einer äußeren Einfassung (der Grenze), Insassen (dem Volk) und Ausgeschlossenen (den 120 Nicht-Staatsbürgern). Das Bild des souveränen Nationalstaats und das Prinzip der kollektiven Selbstbestimmung sind heute leitend für die Vorstellung, dass ein Staat seine Grenzen schützen darf, dass die nationale politische Gemeinschaft weitgehend darüber entscheiden kann, wen sie einschließt, und dass es kategoriale Unterschiede zwischen Zugehörigen und Nicht-Zugehörigen gibt.

Das Streben nach nationalgesellschaftlicher Abschließung ist neben Herrschaftsinteressen auf Gründe wie Sicherheit, Identitätsmanagement und Ressourcenmonopolisierung zurückgeführt worden.[6] Grenzschließungen richten sich *erstens* auf den Schutz der Bevölkerung und der staatlichen Institutionen gegenüber äußeren Gefahren, unabhängig davon, ob diese real oder imaginiert sind. Grenzen hatten in der Vergangenheit oft auch eine militärische Funktion zur Abwehr von Feinden, heute richten sie sich vor allem auf die Unterbindung von unerwünschten Grenzübertritten.[7] *Zweitens* flankieren Grenzziehungen Formen der Identitätsbildung, die Unterschiede zwischen einem kollektiven Wir der »imaginierten Gemeinschaft« (Benedict Anderson)[8] und den Anderen markieren und vertiefen. Der *dritte* Grund hat etwas mit der Vorstellung eines Staates als Klub zu tun, der argwöhnisch darauf achtet, dass die von ihm bereitgestellten Kollektivgüter nur den Mitgliedern zur Verfügung stehen.

Dieses Modell hat nicht nur unsere Vorstellungen von Volk, Nation und Gesellschaft geprägt, es ist auch ganz entscheidend für unser Verständnis von Ungleichheit: sowohl bezüglich der Unterschiede im Binnenverhältnis – zu den anderen Staatsbürgern und Einwohnern – als auch im Außenverhältnis – zu Menschen außerhalb des nationalen »Containers«. In der »Nationalsoziologie sozialer Ungleichheit«[9] werden letztere Ungleichheiten in die Umwelt von Staaten verbannt und gleichsam naturalisiert, während innergesellschaftliche Ungleichheiten stark politisiert werden.[10] Bürger erwarten von ihren Regierungen, dass soziale Risiken abgefedert und Ungleichheiten begrenzt werden, aber nur

innerhalb des nationalstaatlichen Kontextes. Zudem gelten beispielsweise die im nationalen 121 Rahmen so wichtigen Erwartungen meritokratischer Belohnung im internationalen Kontext nicht: Es gibt schlicht keine »Weltleistungsgesellschaft«.[11] Die »Geburtslotterie«[12] (Ayelet Shachar) wird zur entscheidenden Weichenstellerin des Schicksals, die Staatsangehörigkeit ähnelt einem Stand, in den man hineingeboren wird. Grenzen sortieren Menschengruppen und ermöglichen die Zuschreibung und die Inanspruchnahme von Vorrechten, weshalb der »Kampf um Zugehörigkeit« letztlich immer auch ein Ungleichheitskonflikt ist.[13]

Kampf um Grenzen

Migration stellt eine andauernde Herausforderung für das Containermodell dar, denn Fragen des Zugangs und der Mitgliedschaft können – schon allein aufgrund der stetigen Veränderung des Migrationsgeschehens – kaum abschließend geklärt werden. Die meisten westeuropäischen Länder sind seit einigen Jahrzehnten mit hohen Zuwanderungszahlen konfrontiert: Ökonomische Verflechtung, das Anwerben von Arbeitskräften, humanitäre Migration, die Freizügigkeit innerhalb der EU oder auch transnationale private Beziehungen haben neue Möglichkeiten des Zugangs geschaffen. Zugleich haben Staaten und Gesellschaften nach wie vor ein Grenzerhaltungsinteresse, das seinen Ausdruck nicht zuletzt in neuen Mauern und Zäunen findet.[14] Grenzen und Grenzkontrollen sind keine rein symbolischen Relikte der Vergangenheit, die territoriale Kontrolle und Souveränität nur noch behaupten, während sie durch die Globalisierung unter- und umspült worden wären. Von einer *Open-Border*-Politik sind wir weit entfernt.

Folgt man den einschlägigen Arbeiten, sind »Konflikte über Grenzen« eine der wesentlichen und besonders polarisierten Achsen der Auseinandersetzung *innerhalb* westlicher Gesellschaften geworden.[15] Sie

berühren die Weltmarktintegration, die Verwirklichung universeller Normen, die Rolle internationaler Organisationen und Prozesse 122 der Supranationalisierung. Besonders intensiv werden sie aber auf dem Feld der Migration geführt. Migranten gelten geradezu als Symbolfiguren einer globalisierten Welt. Beschrieben wird diese neue Konfliktachse als der schon benannte »Globalisierungs-Cleavage«, also als eine neue strukturell und politisch mobilisierbare Auseinandersetzung zwischen denen, die Globalisierung und Migration befürworten, und jenen, die durch Öffnungsprozesse verlieren bzw. diese ablehnen.[16] Politisch sind Parteien auf den Plan getreten, die sich in erster Linie über ihre Positionierung am Pol von Offenheit, Inklusion und Universalismus oder am Pol der Schließung definieren.[17] Im Hinblick auf gesellschaftliche Gruppen wird dieser Konflikt typischerweise als Auseinandersetzung zwischen »Kommunitaristen« und »Kosmopoliten« oder »Nativisten« und »Globalisten« beschrieben.[18] Kosmopoliten werden mit Weltläufigkeit, kultureller Offenheit und einem Denken und Handeln in globalisierten Zusammenhängen verbunden; ihnen stehen die Kommunitaristen gegenüber, die sich angeblich an die nationalstaatliche Scholle klammern und ethnonationalistischen Vorstellungen frönen. Diese Orientierungen sind nicht allein auf Werte oder Kultur zurückzuführen, sie können ebenso mit unterschiedlichen ökonomischen Ausstattungen verbunden sein, die Öffnungen eher als Gewinn oder als Verlust begreifen lassen.[19]

Die Literatur legt hierzu nahe, dass es vor allem die einkommensstarken und besser gebildeten Gruppen sind, die dem kosmopolitischen Pol zuneigen, während die Schließungsorientierung eher eine Sache der einfachen und weniger gebildeten Schichten ist. Letztere trügen »die Hauptlasten offener Grenzen im Wohnquartier, dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, den Schulen sowie im Alltags- und Berufsleben«. Insofern, so meinen manche, seien »die Schließungswünsche dieser Schichten zwar kulturell möglicherweise obskur, aber auch ökonomisch rational«.[20] Die Klassenthematik, die lange Zeit an Oben-Unten-Ungleichheiten ausgerichtet war, werde nunmehr zu einem Konflikt um Öffnung und Schließung.[21] Das Kapern der sozialen Frage durch rechte Parteien und ihr

Ummünzen in einen 123 Verteidigungskampf gegen unliebsame Konkurrenten wäre dann Ausdruck einer Umleitung der Klassenfrage. Klaus Kraemer formuliert die Annahme so: Verteilungskonflikte würden »in der nationalen Containergesellschaft nicht ›nach oben‹ ausgetragen […], um etwa eine andere, gerechtere Verteilung von Lebenschancen zwischen ›oben‹ und ›unten‹ zu erstreiten. Vielmehr richten sich diese Konflikte gegen Ausländer und Zuwanderer, also nach ›unten‹ und nach ›außen‹.«[22]

Vor diesem Hintergrund erkunden wir das Konfliktfeld der Innen-Außen-Ungleichheiten zunächst im Wandel über die Zeit. Zeigt sich über einen Zeitraum von fast drei Jahrzehnten eine Tendenz zur wachsenden Offenheit oder eher zu Abschottung? Lässt sich tatsächlich eine Polarisierung der Einstellungen beobachten, wie in den Arbeiten zu neuen Spaltungsstrukturen nahegelegt? Angesichts der erhitzten öffentlichen Debatte, der medialen Berichterstattung zu Migrations- und Fluchtbewegungen sowie der politischen Kapitalisierung dieses Themas durch rechte Kräfte stünde zu vermuten, dass sich die migrationsbezogenen Einstellungen stark gewandelt und polarisiert haben. Dies dürfte unterschiedliche Aspekte betreffen: zum einen den Grad der Offenheit beim Zugang zum Territorium, zum anderen aber auch die Gewährung gleicher mitgliedschaftlicher Rechte.

Zur Beantwortung dieser Fragen nutzen wir Survey-Daten, die die Haltungen zu diesen Themen über die Zeit zeigen (Abbildung 4.1). Auf der linken Seite sind wiederum zusammengefasste Zustimmungsprozente ausgewiesen, auf der rechten Seite ist der Polarisierungsgrad der Meinungen dargestellt, für dessen Berechnung wir auch die genaueren Abstufungen berücksichtigt haben. Zur Erinnerung: Ein Polarisierungsindex von 1 steht für vollständige Spaltung, ein Wert von 0 für vollständige Einigkeit. Überraschenderweise lässt sich ein Wandel in den von uns untersuchten thematischen Dimensionen kaum oder nur vereinzelt feststellen. In Bezug auf den territorialen Zugang sind die Haltungen migrationsfreundlicher geworden. Fragt 124 man die Deutschen beispielsweise, ob Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten der

Zuzug ermöglicht werden soll, so lehnt dies nur eine Minderheit vollständig ab, wobei der Anteil mit einer solch rigiden Haltung im Zeitverlauf deutlich gesunken ist: von ca. 30 Prozent im Jahr 1991 auf 12 Prozent 2016 (siehe Abbildung 4.1, links). Im Gegenzug wuchs der Anteil jener, die einen solchen Zuzug uneingeschränkt erlauben wollen (von 11 auf 19 Prozent), und auch der Anteil jener, die zwar den Zuzug begrenzen, aber grundsätzlich erlaubt sehen wollen (von 56 auf 69 Prozent).[23]

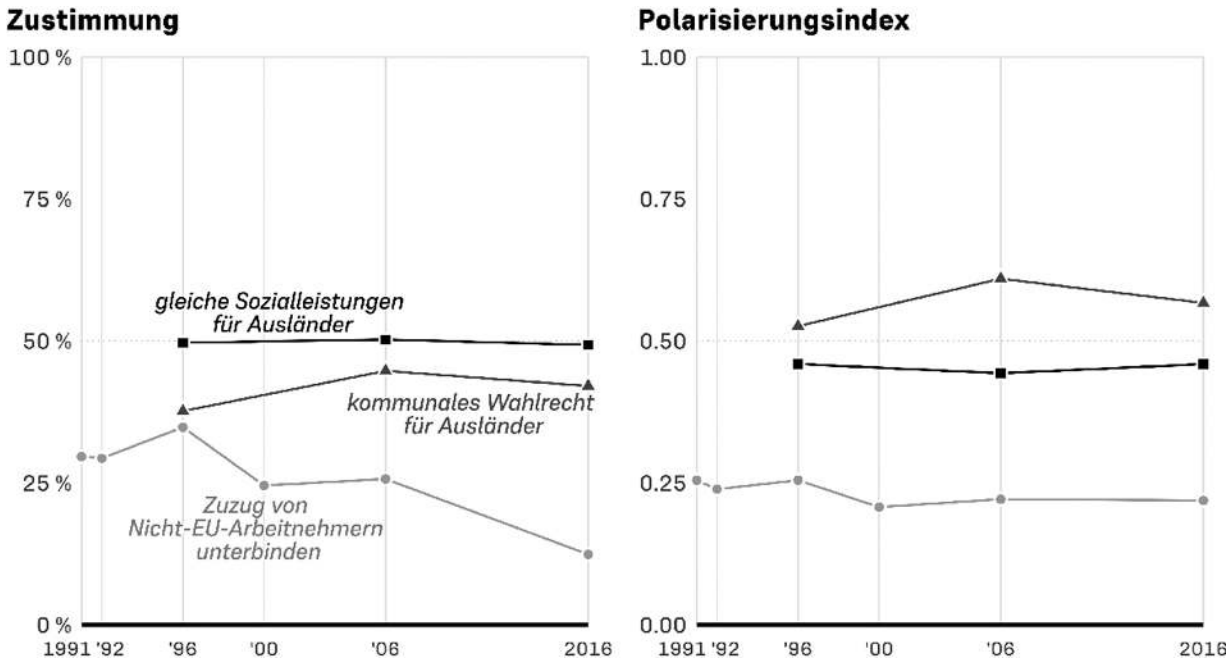


Abb. 4.1: Einstellungen zu Innen-Außen-Ungleichheiten im Zeitverlauf

Anmerkung: Bei der Zustimmung zu Sozialleistungen und Wahlrecht sind die Antwortkategorien 5 bis 7 auf einer endpunktbenannten Skala von 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) bis 7 (»stimme voll und ganz zu«) dargestellt. Fehlend zu 100 Prozent: Skalenwerte 1 bis 4. Die Meinung zum Zuzug wurde auf einer dreistufigen Antwortskala gemessen. Fehlend zu 100 Prozent: »Zuzug sollte begrenzt werden«, »Zuzug sollte uneingeschränkt möglich sein«. Daten: Allbus.

Territoriale Grenzen sind aber nur eine erste Barriere für Migrantinnen, eine weitere gibt es beim Zugang zu sozialen und politischen Rechten im Aufnahmeland. Fragt man die Bevölkerung, ob die in Deutschland lebenden Ausländerinnen den gleichen Anspruch auf Sozialhilfe und

andere Leistungen haben sollten, dann befürwortet das etwa die Hälfte, wobei sich dieser Wert im Zeitverlauf kaum ändert (Abbildung 4.1, links). Für die Frage der politischen Inklusionsbereitschaft nutzen wir die Zustimmung zum kommunalen Wahlrecht für Personen ohne deutschen Pass. Hier hat sich der Anteil seit den neunziger Jahren leicht erhöht und liegt gegenwärtig bei etwas über 40 Prozent.

An der Polarisierung dieser Einstellungen ändert sich im Zeitverlauf überraschend wenig, ein Befund, den auch andere aktuelle Analysen zur Migrationsthematik bestätigen.[24] Insofern sich hier überhaupt Änderungen zeigen, sprechen diese kaum für eine wachsende Polarisierung (Abbildung 4.1, rechts): Die Einstellungen zum kommunalen Wahlrecht polarisieren sich zwar zwischen den Jahren 1996 und 2006; 2016 – also im zeitlichen Kontext großer Migrationsbewegungen nach Deutschland – nimmt der Polarisierungsgrad aber wieder ab, so dass hier keine konsistente Dynamik vorliegt.[25] Bei der Frage des Zuzugs von Nicht-EU-Arbeitnehmern können wir einen leicht sinkenden Polarisierungsgrad in den Neunzigern beobachten.[26] Auffällig ist, dass die Einstellungen bei Fragen der Rechtsgleichheit von Migranten besonders weit gespreizt sind. Bei diesem Aspekt kann 125 am ehesten von einem polarisierten Thema gesprochen werden, wenngleich auch hier die Verteilung der Haltungen noch weit vom paradigmatischen Bild einer tiefen Spaltung entfernt ist. Die Einstellungsprofile zeigen – anders als die öffentlichen Diskussionen und die Veränderungen der Parteienlandschaft – tendenziell eher ein Bild der Kontinuität; ein Meinungsbacklash oder ein zunehmendes Zerfallen in Pro- und Kontra-Lager ergibt sich nicht.

126 Bedingte Inklusionsbereitschaft

Mit unseren eigenen Umfragedaten können wir aufgrund der größeren Zahl an Items ein noch genaueres Bild der Einstellungen in der Innen-Außen-Arena zeichnen, allerdings ohne die Entwicklung über die Zeit.

Diese Daten zeigen in der Migrationsfrage ein eher gemischtes Bild: Der *bedingten Inklusionsbereitschaft* der Mehrheit stehen die *markanten Schließungsinteressen* einer nennenswerten Minderheit gegenüber. Damit ist gemeint, dass einerseits der größere Teil der Bevölkerung Zuwanderung als ökonomisch notwendig und nützlich anerkennt (etwa wenn es darum geht, Fachkräfte anzuwerben) und auch kulturell überwiegend positiv bewertet. Andererseits sehen wir aber große Vorbehalte, wenn es um die Zahl und Herkunft der Immigranten oder um das Konkurrenzverhältnis zwischen Einheimischen und Zuwanderern geht.

Unsere Befunde sind in Abbildung 4.2 dargestellt. Wie schon bei den Oben-Unten-Ungleichheiten zeigen wir links die Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen in der Gesamtbevölkerung und in der mittleren Teilgrafik die Zustimmung in den beiden sozioökonomischen Klassen, die am weitesten auseinanderliegen. Hier geht es darum, wie verbreitet zustimmende Positionen sind und wie deutlich die diesbezüglichen Klassenunterschiede ausfallen. Wie stark die Meinungen in der Gesamtbevölkerung polarisiert sind, zeigt die rechte Teilgrafik anhand des Polarisierungsindex (zur Erklärung von Klassenkonzept und Polarisierungsindex siehe Kapitel 2).[27]

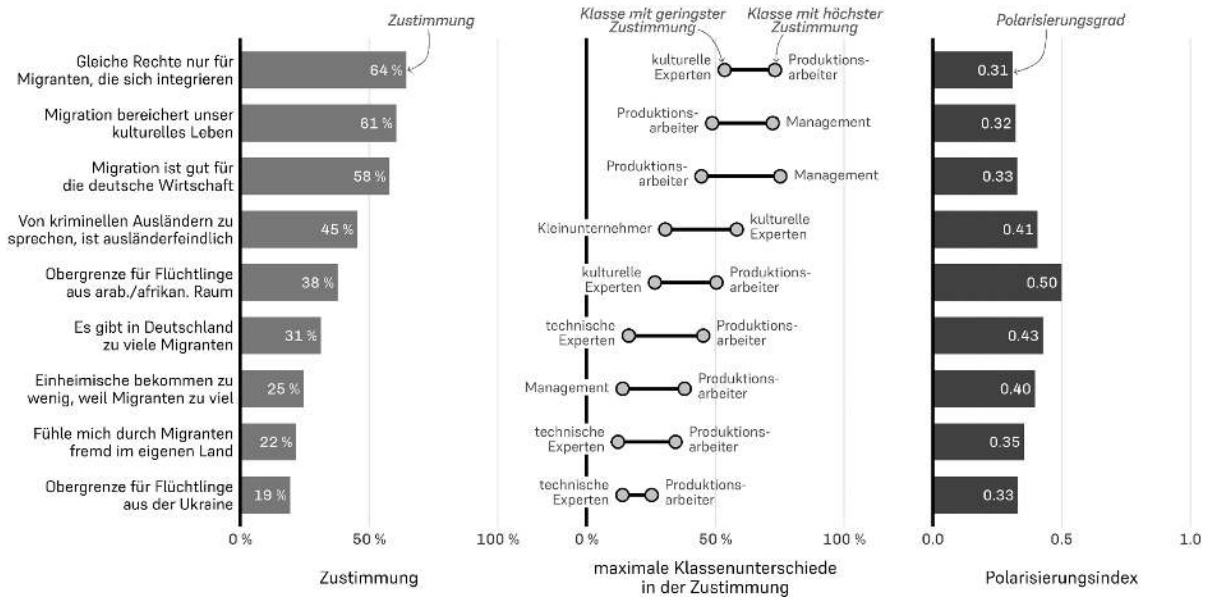


Abb. 4.2: Einstellungen zu Innen-Außen-Ungleichheiten

Anmerkung: Zustimmung gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Fehlend zu 100 Prozent: »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme eher nicht zu«, »teils/teils«. Für den Polarisierungsindex wurden auch die feinen Abstufungen einbezogen. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Was sagen nun unsere Daten? Immerhin 58 Prozent der Befragten werten Migration als positiv für die deutsche Wirtschaft, und über 60 Prozent sehen sie als Bereicherung für das kulturelle Leben, während nur ein kleinerer Teil (jeweils etwa 15 Prozent) dies infrage stellt. Diese Ergebnisse liefern Hinweise darauf, dass nur Minderheiten die Vorstellung eines Einwanderungslandes entschieden ablehnen, während eine deutliche Mehrheit Migration als notwendig und bereichernd empfindet. Zugleich sehen wir aber Hinweise darauf, dass 128 der Zustrom von Migranten nicht unisono gutgeheißen wird. Es gibt nennenswerte Schließungsinteressen in der Bevölkerung: Die Vorstellung, Migration habe überhandgenommen und »zu viele« Migranten seien nach Deutschland gekommen, wird von fast einem Drittel der Bevölkerung geteilt. Dieses Item gehört auch zu den besonders polarisierenden Statements. Immerhin über 20 Prozent beklagen, sie würden sich durch Migration fremd im eigenen Land fühlen: »Fremdländisch« klingende

Namen, eine größere Vielfalt kultureller und religiöser Praktiken im Stadtteil oder die Präsenz migrantisch gelesener Personen im öffentlichen Raum werden als problematisch wahrgenommen.[28] Eine solche Wahrnehmung ist anschlussfähig an ein in rechten Milieus fest verwurzeltes Grundgefühl der Überfremdung, das Arlie Russell Hochschild in ihrem Buch über Anhänger der US-amerikanischen Tea Party herausgearbeitet hat.[29] Auf dieser Basis kann Gegenwehr gegen Migration leicht mobilisiert und politisch kapitalisiert werden.

Ein etablierter Ansatz zur Erklärung von Vorbehalten gegenüber Zuwanderung ist die Theorie des *ethnischen Wettbewerbs*.[30] Mithilfe dieses Ansatzes ist gezeigt worden, dass sich aus dem Wettbewerb um knappe Ressourcen wie Arbeitsplätze, Status und Einfluss Bedrohungsgefühle und Schließungsinteressen gegenüber kulturell als »different« definierten Gruppen ergeben. Die Eigengruppe wird bevorzugt, Ansprüche anderer Gruppen werden als nachrangig angesehen. Es geht hier nicht allein um ökonomische Fragen, sondern auch um eine kulturell imprägnierte Form des »Ethnozentrismus«. Vor allem, wenn das Verhältnis zu anderen Gruppen als ökonomisches Nullsummenspiel verstanden wird, verstärken sich negative Einstellungen, wobei sich große Unterschiede je nach Kontext und Gruppe ergeben:[31] Eine ökonomisch schwache Position allein reicht nicht aus, um Abwertungen und Bedrohungsgefühle zu erklären.[32] Wichtig scheint beispielsweise auch, ob der Wettbewerb zwischen Einheimischen und Hinzukommenden als fair angesehen wird.[33] Den Ausschlag geben dann weniger Wettbewerb und Verteilungsbilanz *per se*,
129 sondern die wahrgenommenen sozialen, ökonomischen und politischen *Wettbewerbsbedingungen.* Hinzu tritt ein Gefühl legitimer Vorrechte, das in einer gewissen Spannung mit der Frage eines fairen Wettbewerbes steht.

Auch der Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen kann anhand des ethnischen Wettbewerbs gerahmt und interpretiert werden, weil es hierbei um die Verwendung kollektiver Güter geht.[34] Unter dem Label *Wohlfahrtschauvinismus* ist ein breiter Forschungskontext entstanden, der

sich mit Vorbehalten gegenüber der (Voll-)Inklusion von Zuwanderinnen in die sozialen Sicherungssysteme beschäftigt.[35] Bei wohlfahrtschauvinistischen Haltungen geht eine starke Unterstützung für staatliche Umverteilung und Sicherungsangebote mit einer klaren Abgrenzung gegenüber Neuankömmlingen einher. In der Hierarchie der Gruppen, denen man ein Anrecht auf öffentliche Unterstützung zugesteht, müssen sich migrantische Gruppen ganz unten einreihen.[36] Wenn das Gefühl aufkommt, eigene Ansprüche würden nachrangig behandelt, die neuen Gruppen trügen nichts oder zu wenig zur Finanzierung kollektiver Güter bei oder die Leistungsangebote würden »falsche« Anreize setzen, ist die Skepsis besonders groß.

In unserer Umfrage erfasst die Aussage »Den Einheimischen kommt zu wenig zugute, weil zu viel für Migranten ausgegeben wird« entsprechende Vorstellungen. Immerhin fast ein Viertel der Befragten bejaht dies, weitere 22 Prozent antworten mit »teils/teils«. Die Personen, die diese unmittelbare Ressourcenkonkurrenz ins Spiel bringen, weisen generell skeptischere Haltungen zu Migration auf. Doch auch jenseits dieser skeptischen Teilgruppe gibt es ein erkennbares Interesse, Inklusion an Voraussetzungen zu knüpfen. Das Item »Nur Migranten, die sich anstrengen und integrieren, sollten die gleichen Rechte bekommen« wird von gerade einmal 20 Prozent abgelehnt, fast 65 Prozent stimmen zu. Die Vorstellung des »Verdienens« von Ansprüchen und die Befürchtung, Migranten könnten sich als Trittbrettfahrer erweisen, ist also trotz der insgesamt eher positiven 130 Beurteilung von Migration recht verbreitet. Man erwartet, dass der Zugang zu Rechten und staatlichen Leistungen an Vorbedingungen geknüpft ist, die im Verhalten der migrantischen Gruppen selbst liegen. Wenn Migrantinnen als fleißig und arbeitsam, als regeltreu und anpassungsbereit gesehen werden, wächst die Inklusionsbereitschaft. Dieses Muster weist nicht von ungefähr Parallelen zu allgemeinen Vorstellungen von *Deservingness* auf, die wir schon mit Blick auf Langzeitarbeitslose und Transferempfänger herausarbeiten konnten.

Nach Forschungslage haben Schließungsinteressen und Wohlfahrtschauvinismus einen sozialen Gradienten und sind besonders in den unteren sozialen Schichten verbreitet, manchmal wird auch von einem *Arbeiterklassen-Wohlfahrtschauvinismus* gesprochen.[37] Wohlfahrtschauvinismus ist in diesem Lichte – wie oben schon ausgeführt – auch als umgelagerter, umgelenkter Klassenkonflikt interpretiert worden, der mit einer Aufwertung der Eigengruppe (beispielsweise als »deutsche Arbeiter«) und der Abwertung anderer ethnischer Gruppen einhergeht und als »Nationalisierung der sozialen Frage« verstanden werden kann.[38] Derartige Zusammenhänge lassen sich tendenziell auch in unseren Daten erkennen. Hier sind insbesondere Produktionsarbeiter und Beschäftigte in einfachen Serviceberufen migrationsskeptischer, während vor allem technische oder soziokulturelle Experten wie Ingenieurinnen und Lehrer mehr Offenheit zeigen. Beispielsweise sehen knapp 40 Prozent der Produktions- und etwa 35 Prozent der Servicearbeiter einen Ressourcenkonflikt zwischen Einheimischen und Migrantinnen; unter den Befragten mit technischen und kulturellen Wissensberufen teilen weniger als 20 Prozent diese Sicht. Dass Migration eine Bereicherung für die Kultur und die Wirtschaft darstellt, bejaht etwa die Hälfte der Produktions- und Servicearbeiter. Auch hier zeigt sich ein Kontrast zu den kulturellen und technischen Expertinnen, von denen etwa 70 Prozent zustimmen. Bei der Frage nach dem gewünschten Umfang von Zuwanderung zeigt sich ebenfalls ein ausgeprägter Klassengradient: Unter den Produktionsarbeitern sind 45 Prozent der 131 Meinung, dass es heutzutage in Deutschland zu viele Migranten gäbe, unter den Dienstleistungsarbeiterinnen immerhin noch 36 Prozent. Bei akademisch qualifizierten Angestellten im soziokulturellen und im Management-Bereich (jeweils 23 Prozent) sowie bei den technischen Experten (16 Prozent) findet diese Aussage weit weniger Unterstützung.

Trotz der migrationskritischen Haltungen unter den Produktionsarbeitern sollte man sich aber vor generalisierenden Aussagen hüten. Die einfache Entgegensetzung von schließungsorientierter Arbeiterschicht und offener Akademikerklasse trägt nicht weit. Das Image

einer durchweg ressentimentgeladenen und »rechten« Arbeiterklasse ist in dieser Pauschalität schlicht eine Überzeichnung. Richtiger wäre, von bedeutsamen migrationskritischen und auch xenophoben Teilgruppen zu sprechen. Ein Indiz dafür ist die Streuung der Einstellungen innerhalb der Arbeiterschaft und den einfachen arbeitnehmerischen Schichten. Denn selbst unter den Produktionsarbeiterinnen sehen fast 40 Prozent *keinen* Ressourcenkonflikt (weitere 25 Prozent der Produktionsarbeiter sind hier unentschieden), und knapp ein Drittel denkt *nicht*, dass es zu viele Migranten in Deutschland gibt (weitere 25 Prozent sind hier unentschieden). Die Klassenposition, so zeigen es einschlägige Studien, spielt eine Rolle, aber für die Arbeiterklasse lässt sich ein bedeutsamer *Intraklassendissens* feststellen, während die höheren Klassen deutlich einheitlichere (migrationsoffene) Einstellungen aufweisen.[39]

Für die stärker ausgeprägten wohlfahrtschauvinistischen Einstellungen in den unteren sozialen Lagen lassen sich sowohl ökonomische als auch kulturelle Gründe festmachen. Ökonomische Begründungszusammenhänge verweisen auf die größeren Unsicherheiten und materiellen Nöte.[40] Konkurrenz kann auf dem Arbeitsmarkt entstehen, sie wird aber vor allem von Gruppen, die selbst auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, auch im Kontext der sozialpolitischen Umverteilungssysteme gesehen. Dass »falsche« oder »nicht-berechtigte« Gruppen Leistungen beziehen, wird besonders dann 132 moniert, wenn man sich selbst nicht in einer ökonomisch auskömmlichen Position befindet.[41] Auch für den Rechtspopulismus und seine »Erfolgsbedingungen« ist immer wieder auf solche ökonomischen Faktoren und Statusverlustängste hingewiesen worden.[42]

Anders gelagert sind kulturalistische Erklärungen, die autoritäre und xenophobe Einstellungen in den Vordergrund rücken und bezüglich sozialstruktureller Unterschiede vor allem den »working-class authoritarianism«[43] hervorheben. Die Arbeiterklasse sei zwar progressiver in Fragen der Umverteilung, gleichzeitig aber – etwa aufgrund autoritärer Erziehungsstile und geringerer Autonomie am Arbeitsplatz – intoleranter gegenüber Abweichungen inklusive ethnischer Diversität. Insbesondere

Bildung und kulturelles Kapital gelten als wichtige Vermittler oder sogar eigentliche soziale Treiber von Liberalität.[44] Generell scheinen migrationsbezogene Einstellungen in einem engen Zusammenhang mit kulturellen Faktoren zu stehen. So weisen Menschen, die eine starke nationale Identität besitzen, jene, die ihre nationale Kultur als überlegen betrachten, und solche, die sich politisch rechts einordnen, besonders häufig migrationsfeindliche Haltungen auf.[45] Im Vergleich der Klassen zeigt sich, dass kulturelle und sozioökonomische Faktoren oft zusammengehen. Eine schlechte Arbeitsmarktposition im Zusammenspiel mit niedriger Bildung und autoritären Dispositionen erklärt einen wichtigen Teil wohlfahrtschauvinistischer Einstellungen.[46]

In Bezug auf Zuwanderung lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen, je nachdem, um welche Gruppen es sich handelt, welche Migrationsmotive vermutet werden und aus welcher Herkunftsregion und Kultur sie kommen. Ein »selecting by origin«[47] steht dabei in einer komplexen Spannung zu universalistisch-liberalen Prinzipien. So ist die Haltung gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine vergleichsweise positiv (Abbildung 4.2). Hier erkennt man eine Willkommenskultur, bei der nur knapp 20 Prozent eine Obergrenze befürworten (fast 70 Prozent lehnen sie ab). Gegenüber Geflüchteten aus dem arabischen Raum oder aus dem subsaharischen Afrika sieht 133 man hingegen deutlich mehr Vorbehalte. Hier greift die Vorstellung, es brauche eine Begrenzung der Zuwanderung oder eine Kontingentierung; einer Obergrenze stimmen knapp 40 Prozent zu (fast genauso viele lehnen sie allerdings ab). Fragen kultureller Fremdheit, antimuslimische Haltungen und Rassismus dürften dabei ebenso eine Rolle spielen wie geografische Nähe und die Zusammensetzung der Migrationspopulation. Umgekehrt lässt sich sagen, dass empfundene kulturelle Nähe auch zu einer größeren Inklusionsbereitschaft führt. Statt für die Gleichbehandlung aller einzutreten – das wäre die universalistische Version –, machen Menschen Unterschiede, wer kommen darf und welche Eigenschaften diesem Personenkreis kollektiv zugeschrieben werden.[48]

Daten des Allbus (2016) lassen eine noch differenziertere Analyse nach Migrationstyp und -status zu (Abbildung 4.3): Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten und Menschen, die wegen wirtschaftlicher Not aus ihren Heimatländern fliehen, zählen hier zu den am skeptischsten betrachteten Gruppen. Den EU-Arbeitnehmern, Kriegsflüchtlingen, politisch Verfolgten und den Kernfamilien von bereits Zugewanderten wird hingegen größere Offenheit entgegengebracht. Offenheit scheint also insbesondere dann gegeben zu sein, wenn Zuwanderer als kulturell ähnlich wahrgenommen werden und wenn die Zuwanderungsgründe legitim erscheinen, womit in der Regel Ereignisse oder Ursachen gemeint sind, die von den Betroffenen nicht kontrolliert werden können, etwa im Falle von Kriegen. Dass jemand aus wirtschaftlicher Not sein Land verlassen muss, zählt dagegen für die Mehrheit nicht zum Katalog der als legitim empfundenen Gründe (siehe auch unten). Die landläufige Rede von »Wirtschaftsflüchtlingen« zielt genau auf die Vorstellung, dass Menschen zuwandern, »nur« um ihre ökonomische Situation zu verbessern. Man könnte diese empirischen Muster dabei auch als Ausdruck legalistischer Orientierungen lesen – oder von einer Prägung der Bevölkerungsmeinung durch das Recht ausgehen –, denn die Unterscheidungen legitimer und illegitimer Migra 134 tion folgen ziemlich präzise den geltenden Rechtsnormen. So ist wirtschaftliche Not im Herkunftsland gegenwärtig kein Grund für die Anerkennung als Flüchtling, wohl aber politische Verfolgung und Krieg. EU-Bürgerinnen haben im Rahmen der Freizügigkeit das Recht auf Einreise und Aufenthalt in Deutschland.

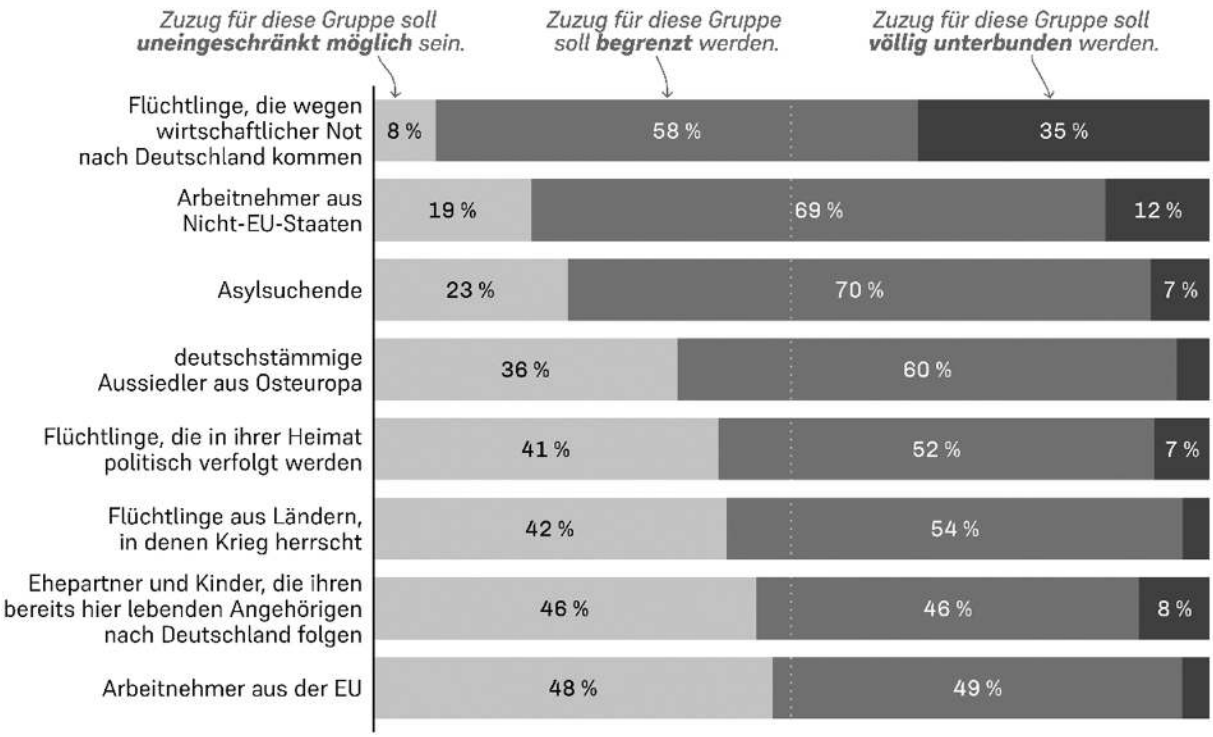


Abb. 4.3: Einstellungen zum Zuzug verschiedener Gruppen nach Deutschland

Anmerkung: Werte kleiner als vier Prozent wurden aus Platzgründen nicht dargestellt.
Daten: Allbus 2016.

Man kann mutmaßen, dass die in Teilen der Bevölkerung vorhandene positive Sicht auf Immigration für ein gewachsenes politisches Bewusstsein als Einwanderungsgesellschaft spricht. Dies könnte sich im Zuge des sozialen Wandels weiter durchsetzen. Stimmt diese Annahme, müssten die nachfolgenden Generationen aufgrund ihrer Sozialisation und Gewöhnung an größere kulturelle Diversität, des erhöhten Intergruppenkontakts und der Normalisierung von Zuwanderung migrationsfreundlicher werden. Im Kohortenvergleich können wir in der Tat substantielle Unterschiede feststellen, bei denen vor allem die Jüngsten (16-29 Jahre) positiver auf das Thema blicken. Unter ihnen denken nur 20 Prozent, dass es heutzutage zu viele 135 Migranten in Deutschland gäbe. In der mittleren Altersgruppe ist dieser Wert fast doppelt so hoch. Dass die deutsche Kultur durch Migration bereichert wird, bejahen drei Viertel der jüngsten Befragten, aber nur gut die Hälfte der über 70-

Jährigen. Besonders stark sind die Unterschiede bei der Frage der Obergrenze für Geflüchtete aus dem arabischen Raum oder aus dem subsaharischen Afrika, die etwa 50 Prozent der Ältesten, aber nur 20 Prozent der Jüngsten befürworten. Auffällig ist allerdings, dass sich oft nur die jüngste Altersgruppe durch größere Offenheit von den anderen abhebt. Es gibt also keinen linearen Trend zwischen höherem Alter und stärkerer Migrationsskepsis. Zudem zeigen sich altersbezogene Unterschiede nicht für alle Dimensionen: Bei der Frage, ob Migration gut für die Wirtschaft sei, und bei der wahrgenommenen Ressourcenkonkurrenz unterscheiden sich die Altersgruppen kaum. Es wäre also verfrüht und überzeichnet, hier von einem starken (und gar kontinuierlichen) Generationenwandel hin zu mehr Migrationsoffenheit zu sprechen, wie er durch die Theorie des Wertewandels nahegelegt wird.[49]

Die in der Innen-Außen-Arena genutzten argumentativen Repertoires können wir mithilfe unserer Fokusgruppen genauer erkunden. Wir verlassen also die generalisierende Flughöhe der statistischen Einstellungskartierung und wenden uns den qualitativen Tiefenbohrungen zu. Wir wollen wissen, mithilfe welcher Begründungsmuster Migration abgelehnt oder befürwortet wird. Unsere Perspektive, das sei noch einmal betont, ist die der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung, also die Konflikte derer, die schon dazugehören. Die Stimme von Migrantinnen, die noch nicht »da« sind, ist hier nicht vertreten. Dies entspricht aber der realen binnengesellschaftlichen Konfliktkonstellation, in der Migrantinnen als politische Subjekte marginalisiert bleiben.

Aus dem qualitativen Material schälte sich ein doppeltes Bild heraus: Einerseits zeigte sich die Diskussion als durchaus polarisiert 136 und gesellschaftlich eingespielt. Die Beteiligten hatten oft eine klare Haltung zu kontroversen Themen und waren nicht nur mit den Argumenten der eigenen, sondern auch denen der Gegenseite wohlvertraut. Andererseits wurden Extrempositionen der vollständigen Schließung wie auch der

vollständigen Öffnung der äußeren und Mitgliedschaftsgrenzen nur in Einzelfällen vertreten. Vielmehr ergaben sich Kontroversen vor allem innerhalb eines abgesteckten Meinungskorridors und auf Basis gewisser Konsenspunkte. Vertreterinnen sowohl migrationsfreundlicher als auch -skeptischer Positionen sprachen sich etwa meist dafür aus, dass Zuwanderung grundsätzlich zu steuern sei. Auch bei der Einschätzung, die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen sei ethisch geboten und Zuwanderung könne für die deutsche Wirtschaft unter den richtigen Bedingungen nützlich sein, herrschte großer Konsens. Heftig gestritten wurde in den Fokusgruppen aber über die konkrete Interpretation und Ausgestaltung dieser Konsenspunkte. Dabei führten beide Seiten Differenzierungen, Ausnahmen und Kontextbedingungen ein, die das einfache »Ja« oder »Nein« entscheidend qualifizierten. Die Grundfigur der Argumentation war die des »*Ja, aber …*«[50] bzw. »*Nein, aber …*«.

Konfliktpunkte in der Innen-Außen-Arena lassen sich, wie gesagt, danach ordnen, ob sie sich auf die *äußere, territoriale Grenze* beziehen (hier wird um Fragen der Legitimität und grundsätzlichen Steuerbarkeit von Zuwanderung gerungen) oder ob sie die *innere, mitgliedschaftliche Grenze* betreffen (hier geht es insbesondere um die wirtschaftliche und kulturelle Rolle, die Zuwanderer in der deutschen Gesellschaft haben oder haben können). Im Folgenden wollen wir das Tableau der Argumente genauer skizzieren. Eine Orientierungshilfe zu dem vielschichtigen Material bietet Abbildung 4.4 unten, in der wir die argumentativen Repertoires kondensieren und zusammenfassen.

137 Steuerbarkeit und Legitimität

Ein zentraler Streitpunkt der Innen-Außen-Arena ist die Frage der *Steuerbarkeit* von Zuwanderung. Personen, die Migration begrenzen und stärker kontrollieren wollen, greifen dabei häufig auf Konzeptmetaphern zurück, die bereits eine jahrhundertelange Geschichte haben.[51] In der

ersten erscheint Migration als *Fluss*, der zu einer Überschwemmung führen kann und deshalb der Lenkung bedarf. Hier fokussiert sich die Debatte auf die Frage, ob es möglich ist, den Strom »in vernünftige Bahnen zu lenken«, oder ob die Angst vor einem Kontrollverlust überwiegt. Dies kommt in Bildern der Regulierung von Migrations-»Strömen«, der »Überflutung« und Überfüllung zum Ausdruck. Die Rede ist hier etwa von einer »Völkerwanderung«, angesichts derer »das Land untergeht« und bei der neben legitimen Migranten auch einem »Bodensatz« von illegitimen Migrantengruppen das »Mitschwimmen« ermöglicht wird.

Eine ähnliche Logik kommt auch in Bildern einer Steigerungsdynamik zum Tragen, der zufolge die »Öffnung« der Grenze zu Anreizen für nicht mehr kontrollierbare Wanderungsbewegungen führt. In einer makabren Passage beschreibt so etwa der Berliner Rentner Rüdiger, wie Seenotrettungsmaßnahmen im Mittelmeer zu einer fatalen »Gruppendynamik« führen könnten:

> Rüdiger: Darf ich dir als Beispiel mal sagen? Wenn da zum Beispiel da jetzt acht Leute schwimmen und um Hilfe rufen, weil die nicht schwimmen können, und du schmeißt einen Rettungsring runter. Was passiert da?
> Anna: Alle stürzen sich drauf.
> Rüdiger: Die ersaufen alle, weil die sich so um den Ring keilen. So dass keiner überlebt. Und so würde es uns gehen, wenn du das Land überschwemmst. Weil du die Leistung gar nicht erbringen kannst. Dann geht das ganze Land mit unter.

138 Eine eng verwandte Metapher versteht Migranten als *Masse*, die einerseits verschoben wird (»reingeholt«, »angeschleppt«, »horten«, »verteilt«, »weggeschafft«, »ein Spielball«), andererseits eine Last darstellt, die bewältigt werden muss. Lisa: »Die Frage ist doch, wo wir mit denen hinsollen?« Deutschland ist laut dieser Sichtweise »unvorbereitet« auf den massenhaften Zustrom von Migranten, »die Menschen werden überfordert« (Walter). »Ich bin nicht rassistisch oder ausländerfeindlich«, formuliert es die Drogerieverkäuferin Lisa mit einer typischen Absicherungsformel, »aber man sollte auch mal sagen ›Hier machen wir mal einen Stopp und bis hier und nicht weiter‹ und nicht immer weiter

nur noch reinholen, reinholen, reinholen, reinholen, und dann kann man sich nicht mehr vernünftig kümmern.«

Diese Äußerungen zielen darauf, dass Migration so reguliert werden muss, dass kein »unkontrollierter Zustrom« entsteht und die Belastungsgrenze des Landes nicht überschritten wird; »sonst platzen wir«, wie es die Speditionskauffrau Birgit ausdrückt. Kern ist eine Entgrenzungsbefürchtung, man argumentiert katastrophistisch mit dem schlimmsten anzunehmenden Fall und hebt stark auf die nichtintendierten Folgen vermeintlich guter Gesinnung ab: »Je mehr wir hier Gutes tun, umso mehr springen da in die Boote rein« (Rüdiger); oder mit Bezug auf »Schlepper« und »Menschenhändler«: »Je mehr wir aufnehmen, desto mehr fördern wir diese menschenverachtenden Sachen« (Walter) (siehe auch Kapitel 7).

Es wäre wohl voreilig, Steuerbarkeitsbedenken pauschal mit handfester Xenophobie kurzzuschließen. Darüber hinaus handelt es sich um Sorgen angesichts der Risiken des Großtrends steigender Zuwanderung für die deutsche Aufnahmegesellschaft sowie um ein Pochen auf das nationale Selbstbestimmungsrecht.[52] Aus dem Überforderungsgefühl und dem Empfinden des Kontrollverlustes speisen sich Forderungen nach Schließung und der Stärkung staatlicher Kontrolle. Diese Argumente sind aber zugleich an rechte Diskurse hochgradig anschlussfähig und werden dort in Richtung eines ethnonationalistischen Verständnisses der Abschottung zugespitzt.

139 Interessanterweise stellt sich die migrationsoffene Gegenposition oft als direktes Spiegelbild dieser Entgrenzungsbefürchtungen dar, in dem die Möglichkeit der Steuerbarkeit von Migrationsströmen hervorgehoben, zugleich aber rigide Abschottung als wenig praktikabel und normativ problematisch angesehen wird. Man verweist darauf, dass Migration der Normalfall ist und man sie akzeptieren müsse; ein restriktiv verstandenes »Recht auf Ausschluss« wird zwar nicht aufgegeben, aber relativiert und kritisch betrachtet.[53] So sagt der Unternehmensberater Goran: »Wanderungsbewegungen hat es doch schon immer gegeben. Eine andere Diskussionsebene wäre, wenn man sich drüber verständigt, in welchem

Ausmaß und Umfang Leute kommen dürfen. Das ist legitim. Das macht Kanada auch.« Es brauche einen »Kriterienkatalog«, anhand dessen entschieden werden könne, »wen ich hole und welche Startvoraussetzungen die mitbringen«.

Letztere Position wird unter Migrationsbefürwortern wiederholt geäußert, bleibt aber auch nicht unwidersprochen. So stört sich der Polizist Ilko an der Unterscheidung von Migranten anhand von Nützlichkeitskriterien: »Ich find's nicht richtig. Damit gibt man Kopfnoten und bewertet menschliches Leben. Das finde ich auch als Deutscher schwierig.« Deutschlands »unselige Vergangenheit«, stimmen andere zu, verpflichte zu einer wertegeleiteten Asylpolitik, die von Fragen der Wirtschaftsmigration zu unterscheiden sei. An dieser Stelle hätten sich »Europa und Amerika als Hüter der Demokratie […] nicht mit Ruhm bekleckert« (Goran). Nicht zuletzt, so Berufsschullehrer Ludwig, sei es die Geopolitik der EU selbst, die für die Ankunft der Migranten verantwortlich sei.

Der junge Deutschsyrer Amar bezieht sich in seiner Ablehnung einer restriktiven Migrationspolitik auf einen normativen Universalismus, der neben der Entgrenzungsbefürchtung und der Logik der umsichtigen Regulierung eine dritte Position darstellt: »Wir kommen ja da an die wichtigsten Werte, die uns als Europäer oder als Deutsche auszeichnen. Nächstenliebe, und auch dass wir uns als glo 140 baler Westen verschrieben haben, dass wir die Freiheitlichen sind. Wo jeder, der Asyl sucht, Asyl kriegt.«

In der Unterscheidung von Asyl- und Wirtschaftsmigration sowie in der Frage der Fluchtgründe wird ein entscheidender weiterer Aspekt der Debatten über die Kontroll- und Sortierfunktion äußerer Grenzen sichtbar: die Unterscheidung zwischen Kategorien von Migranten anhand mehr oder weniger *legitimer Gründe*. Insbesondere die Gegner drängen auf eine Auswahl zwischen erwünschten und legitimen bzw. unerwünschten und illegitimen Migranten. Wie Sabine es ausdrückt, geht es hier darum, »dass halt kontrolliert wird, ob das jetzt, ob das wirklich Kriegsflüchtlinge sind oder sind das Schmarotzer«. »Es gibt ganz Tolle dabei«, sagt Rüdiger,

»aber du kannst es nicht vorher differenzieren. Nicht die Menschen sind das Problem. Das Unkontrollierte ist das Problem.« Aber auch die Argumente der Befürworter heben oft die spezifische Legitimität bestimmter Migrationsgründe hervor.

Entsprechend einer »Nein, aber …«-Figur nennen die Kritiker dabei ebenfalls bestimmte Migrantenkategorien als legitime Anwärter auf Aufnahme und Schutz, etwa die Ortskräfte der Bundeswehr in Afghanistan. Generell unterscheidet der migrationsskeptische Diskurs zwischen Kriegsflüchtlingen, denen keine Alternative als die Flucht bleibt, und Wirtschaftsmigranten, die einen Teil des hiesigen Reichtums einstreichen wollten. Die Argumentation der Skeptiker hebt dabei jedoch durchweg hervor, dass viele, wenn nicht gar die große Mehrheit der Neuankömmlinge der zweiten Kategorie angehören.

> Anna: Es sind nicht alles Kriegsflüchtlinge, die hierherkommen.
> Amar: Nein, es sind auch Wirtschaftsflüchtlinge, die vor schlechten Nährverhältnissen fliehen.
> Torsten: Die 10 000 Euro für so eine Überfahrt bezahlen.
> Anna: Ja, da schließen sich aber wahrscheinlich auch noch andere an, die einfach mal mitschwimmen und sagen, sie wollen in 141 Deutschland ein Haus haben und ein Auto und so was. Und dass Deutschland scheiße ist, weil es das nicht gibt.
> Amar: Stimmt, aber ich würde das als Bodensatz bezeichnen.
> Anna: Es kann ja jeder seine Meinung dazu haben. Das ist meine. Es gibt da nicht nur Kriegsflüchtlinge, die wirklich Schutz suchen. Warum kommen denn dann immer die Männer her? Warum schicken die nicht ihre Frauen und Kinder?
> Torsten: Bei uns war es früher umgekehrt, im Zweiten Weltkrieg. Da wurden die Frauen und Kinder erst in Sicherheit gebracht, und die Männer mussten in den zerbombten Städten bleiben.
> Anna: Ja, das meine ich. Warum helfen die denn nicht in ihrem Land?

In dieser Passage ist zunächst bemerkenswert, wie auch der stark für Migrationsoffenheit plädierende Amar das partielle Zugeständnis eines »Bodensatzes« illegitimer Flüchtlinge macht. Die Diskussion dreht sich sowohl um die Bewertung (il)legitimer Migrationsgründe als auch darum, was als Regelfall gelten kann. Skeptiker betreiben großen argumentativen Aufwand, um die *Illegitimität von Migrationsgründen* und die Probleme der

»Trittbrettfahrerei« nachzuweisen. Im zitierten Abschnitt geschieht dies etwa durch den Hinweis auf die hohen Geldsummen, die Migranten – nach Torstens Informationen – für ihre Überfahrt bezahlen und die gegen eine echte Notlage sprechen. Die wiederholt erwähnte Beobachtung, dass »immer nur Männer kommen«, nutzt vergeschlechtlichte Annahmen zur Bedürftigkeit, um Migrationsgründe zu delegitimieren. Im Gegensatz zu Frauen und Kindern, die als hilfsbedürftige Gruppen markiert sind, legt die Ankunft junger Männer ökonomische und damit illegitime Migrationsgründe nahe.

Nach einem gängigen Bewertungsprinzip, das eine Studie jüngst als Prinzip des »Blühe, wo du gepflanzt wurdest«[54] bezeichnet hat, wird Migration hier als Verhalten angesehen, das *per se* der Legitimierung bedarf. Menschen, denen es irgend möglich ist, »in ihrem 142 Land« zu leben, sollten dies prioritär tun; dies habe auch für sie kulturelle und soziale Vorteile. Tun sie dies nicht, kann ihnen »Egoismus« (Sven) vorgeworfen werden. Selbst Menschen, denen zugesprochen wird, aus guten Gründen zu migrieren, etwa aufgrund von Krieg oder Verfolgung, kann die Bedürftigkeit und die Legitimität ihres Aufenthalts in Deutschland abgesprochen werden, weil sie sich nicht in sicheren Nachbarländern oder europäischen Ankunftsländern niederließen. Der Verdacht ökonomischer Motive überstrahlt das Argument der Schutzbedürftigkeit. In der letzten Konsequenz können Flüchtlinge so selbst zu *Tätern* erklärt werden; etwa wenn Rüdiger drastisch formuliert:

> Die große Frage ist doch, wie weisen die ihre Berechtigung nach, dass die nicht selber Kriegstreiber waren, da drüben, bevor sie gekommen sind? Und so und so viel Geld verdient haben im Krieg und ihre eigenen Leute erschossen haben und ihre Familien ausgelöscht haben und dann mit dem Geld, was sie verdient haben, hierherkommen?

Man kann vermuten, dass diese argumentative Figur Teil einer diskursiv eingeübten Schärfung ist, mit der Skeptiker einem wirkmächtigen Argument der Gegenseite begegnen. Dieses ist die Dramatisierung des Status insbesondere von Flüchtlingen als *Opfer*, welche immer wieder durch starke Verbildlichungen des Leidens jener erreicht wird, »die in den

Lagern bei Minusgraden frieren« (Ludwig) und »nichts haben, außer das, was sie am Leib tragen« (Ilko). Ganz ähnlich wie in der Diskussion zur Selbstverschuldung der misslichen Lage von Arbeitslosen wird hier um moralische Kategorien der *Deservingness* qua fehlender Kontrolle gerungen. Beide Seiten stimmen oft rhetorisch darin überein, dass die Grenze ein Ort der Unterscheidung von mehr oder minder legitimen Einwanderern darstellt und dass extreme Bedürftigkeit einen Anspruch auf Schutz begründet. Die Diskussion dreht sich dann darum, ob die Mehrheit der Einwan 143 derer in die *legitime* oder die *illegitime* Kategorie fällt und ob eine *Bedürftigkeit* angesichts der (fehlenden oder vorhandenen) Handlungsalternativen gegeben ist.

Verteidigung von Anspruchshierarchien

Eine Klassenspezifik tritt bei den Innen-Außen-Ungleichheiten vor allem in der Bewertung der *ökonomischen Rolle von Migranten* hervor, also hinsichtlich der Frage ihres Nutzens für die Aufnahmegesellschaft. In unseren Survey-Daten zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Klassen und Bildungsgruppen: Während unter den Produktionsarbeitern 45 Prozent einen wirtschaftlichen Nutzen sehen, sind es im oberen und mittleren Management 75 Prozent. 46 Prozent Zustimmung unter Hauptschulabsolventen stehen 79 Prozent unter Akademikern gegenüber. Gerade in der unteren Mittelschicht und der Unterschicht wird Migration mit großer Emphase als Frage der Verteilungsgerechtigkeit thematisiert. Hier dominiert das Bild eines begrenzten nationalen Pools an kollektiv aufgeschatztem Reichtum, den Migranten unberechtigterweise anzapfen, indem sie Solidaritätsleistungen in Anspruch nehmen. Der Staat wird als Klub mit dem Recht verstanden, kollektive Güter zu monopolisieren. So führt etwa Amars oben zitiertes Statement zu den westlichen Werten der Nächstenliebe im weiteren Verlauf zu starkem Widerspruch:

Amar: Wir kommen ja da an die wichtigsten Werte, die uns […] als Deutsche auszeichnen. […] Ich sag das nur, weil die anderen sagen, wir können uns das nicht leisten.
Moderator: Wie sehen die anderen das? Können wir uns das leisten?
Lisa: Nö.
Anna: Nee, denke ich auch nicht. Wir haben ja selber in unserem 144 Land auch schon so viele Probleme. Wie Lisa schon gesagt hat, ein Teil aufnehmen ist okay. Aber, wenn wir nicht mal selbst Geld für unsere Kinder haben, warum dann anderen …? Also ich bin kein Rassist oder irgendwas. Aber ich muss für mein Kind alle Zuschläge dreifach beantragen. Und andere kommen und kriegen alles. Ohne, dass die einen Antrag stellen müssen. Und das ist auch so eine Sache, die auch sehr viel spaltet. Wenn ich in ein anderes Land komme, muss ich ja auch erst mal den normalen Weg gehen, wie alle anderen.
Torsten: Ich muss mich anpassen.
Anna: Bei uns ist es aber nicht so. Du kannst hierherkommen, dich einfach hinstellen und fordern.

Im Gegensatz zu der wertebasierten Argumentation Amars erklärt Anna Migration zu einem materiellen Verteilungskonflikt. Für Anna sind die Ansprüche der Einwandernden nachrangig zu »unseren« Problemen. Selbstverständlich vorausgesetzt ist hier der Grundsatz, dem zufolge der Staat die Ansprüche der nationalen Eigengruppe (»unsere Kinder«) bevorzugt versorgen sollte. Der Stein des Anstoßes liegt allerdings nicht allein darin, dass Neuankömmlinge »fremde« Ressourcen beanspruchen, sondern vor allem darin, dass sie sogar bevorzugt werden könnten, ihnen also zuteilwird, was der Eigengruppe verwehrt bleibt. Den Neuankömmlingen wird vorgeworfen, eine Egalitäts- und Reziprozitätserwartung zu verletzen, die von »allen« verlangt, »sich anzupassen« und sich »wie alle anderen« in die Schlange der Anspruchsberechtigten einzureihen.[55] Stattdessen würden diese »sich einfach hinstellen und fordern« – ein Verhalten in scharfem Kontrast zu den eigenen Mühen und Plagen der Sprecherin. Hinzukommenden wird dergestalt unterstellt, Ansprüche zu formulieren, ohne Gegenleistungen zu erbringen, wie sie aber den Einheimischen zugemutet werden.[56] Entsprechend dem Deservingness-Frame werden Unterschiede dahingehend gemacht, ob die Integrationsleistungen der Zuwanderer

»ausreichen«, während Be 145 dürfnisse der Migrantengruppen oder die Frage nach der Verantwortlichkeit für ihre Lage eine nachgeordnete Rolle spielen.[57] Man kann in diesem Diskurs Fragmente eines »neoliberalen Nationalismus« erkennen, bei dem sich Leistungs- und Verdienstvorstellungen mit nationaler Schließung verbinden.[58]

Insbesondere in den unteren Schichten findet man ein Argumentationsrepertoire, bei dem selbst erlebte Härten den vermeintlich ungedeckten Ansprüchen der Migranten gegenübergestellt werden.[59] Die Kindergärtnerin Marlene etwa kommt von der Flüchtlingskrise direkt zu eigenen Schwierigkeiten am Arbeitsplatz. In Antwort auf eine migrationsfreundliche Äußerung wendet sie ein:

> Ich höre es mir gerne an. Aber ich arbeite in einer Kita. Ich bin da ganz anders dran. Also, unsere Gruppen sind überfüllt, wir haben zu wenig Arbeitskräfte. Weil es nichts dafür gibt. Man kriegt nichts. Und jetzt kommen auch noch mehr Leute zu uns, die wir auch irgendwie versorgen sollen.

Äußerungen wie diese, die die Migrationsproblematik nutzen, um »eigene Probleme« in den Vordergrund zu stellen, stehen in direktem Gegensatz zu jenen der Gegenseite, die betont, Deutschland und die EU seien »reich genug, um die Leute aufzunehmen und zu integrieren« (Ilko), und die das Hauptaugenmerk auf die Schwierigkeiten der Migranten legt. Angesprochen auf den Reichtum Deutschlands, reagieren drei Teilnehmer der Berliner Unterschichtgruppe in gemeinsamer Empörung:

> Torsten: Wir haben genug Reiche, das stimmt. Aber wir haben auch genug Arme!
> Rüdiger: Wir sind kein reiches Land. Soll ich dir mal die ganzen kaputten Brücken aufzählen, die wir in Deutschland haben, die gesperrt sind? [Lachen] Wo sind wir denn reich?
> Anna: Können wir ja mal hinfahren! [Lachen]
> 146 Rüdiger: Und die Schlaglöcher und die maroden Schienen, die verkommenen Bahnhöfe. Die ganze Infrastruktur kippt doch im Moment bei uns. Wo ist denn da Reichtum?
> Anna: Wir sollten uns erst mal um unsere Leute kümmern.

Interessanterweise werden inklusive Haltungen oft ebenfalls mit ökonomischen Argumenten untermauert und nicht nur universalistisch begründet. Diese heben die wirtschaftliche Nützlichkeit von Migration etwa als Abhilfe gegen den Fachkräftemangel hervor. Migranten erscheinen hier unter anderem als wertvolles und im internationalen Wettbewerb umkämpftes Gut, etwa in Gestalt »indischer IT-Leute«, die lieber in die USA gehen, weil ihnen dort bessere Einreisebedingungen zugesichert würden. Migranten werden zudem als Steuerzahler thematisiert oder aber als Arbeitnehmer, die ungerechtfertigterweise von einer Abschiebung bedroht sind. So berichtet die Betriebswirtin Martina:

> Wenn ich jeden Tag mit der Bahn [fahre] und sehe, wie viele Migranten aussteigen und Richtung Zalando und Amazon und Co. gehen und dort im Lager arbeiten. Und da geht kaum ein Deutscher mit denen. […] Und wenn ich mich um einen Job bemühe und jemanden finde, der auch noch im Bäckerhandwerk oder Fleischerhandwerk arbeiten will – was ja heutzutage kaum noch bei uns Deutschen als Job begehrt ist –, jemand finde, der auch vielleicht mal den Laden übernehmen würde, dann muss derjenige zwischendurch plötzlich gehen, weil er abgeschoben wird.

In starkem Gegensatz zum Bild der Migranten als leistungslos Fordernde werden diese hier als überausgebeutete und hart arbeitende Beschäftigte dargestellt, deren Arbeit den Wohlstand der Autochthonen nährt. Karlheinz: »[D]ie werden ausgebeutet bis zum Exzess. […] Wir regen uns auf über Sklaverei im Mittelalter, und heute machen wir es wieder.« Migrantinnen erscheinen bisweilen als Ressour 147 ce, in die der Staat investiert, um zukünftige Gewinne und ökonomisches Wohlergehen zu sichern. Die Gesellschaft wird als Profiteur von Migration gesehen, aber um den Preis einer moralisch zweifelhaften Behandlung von Zuwanderern, die die unteren Ränge des Arbeitsmarktes auffüllen.

In den durch die Ressourcenmonopolisierungsfunktion von Grenzen angestoßenen Debatten klaffen die Argumentationsstränge von Befürwortern und Kritikern also nicht nur in den Schlussfolgerungen auseinander; sie unterscheiden sich bereits in der grundlegenden Problembeschreibung. Für die einen erzeugt der Zugang von Migranten zu Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat eine Konkurrenzsituation, in der die

eigenen vernachlässigten Ansprüche gegen die überzogenen und nicht durch Leistung gedeckten Ansprüche der Einwanderer aufgewogen werden. Migration ist eine Belastung knapper Kollektivgüter durch Unbefugte. Für migrationsfreundliche Positionen fällt sie hingegen entweder jenseits des Ökonomischen, in den Raum der Werte, oder aber Migranten werden als Opfer und Lückenfüller des hiesigen Wirtschaftssystems dargestellt, von deren Ausbeutung die Einheimischen profitieren.

Kulturelle Codierung der Mitgliedschaftsgrenze

Neben der Steuerbarkeit und Legitimität von Migration und der Frage ihrer Nützlichkeit spielen auch Wahrnehmungen *kultureller Zugehörigkeiten und Ähnlichkeiten* eine wichtige Rolle. Dies illustriert nicht zuletzt der große Unterschied in der Aufnahmebereitschaft gegenüber ukrainischen Flüchtlingen und solchen aus dem arabischen Raum oder aus dem subsaharischen Afrika (Abbildung 4.2). In gewisser Weise verhandeln heutige Diskurse das Erbe jener kulturellen Homogenisierung und Unterschiedsmarkierung, die zur Legitimation des Nationalstaats eingeführt und durch einen ganzen Strauß kulturstiftender Institutionen aufrechterhalten wird. Das entschei 148 dende Schlagwort für migrationsoffene Diskurse ist hier das des kulturellen »Reichtums«, der aus wachsender ethnischer und kultureller Vielfalt resultiere. Die junge Altenpflegerin Aliyah führt aus:

> Es ist einfach ein größeres Spektrum an Leuten. Du hast mehr Deutsche, du hast mehr Vielfalt. Du lernst alle möglichen anderen Sachen kennen, und ich finde es halt einfach positiv. […] Natürlich, andere Länder haben andere Kulturen. Und da muss man sich immer so ein bisschen entgegenkommen, und manchmal klappt das auch nicht so gut. Aber grundsätzlich sollte man immer die Chance bieten, dass man eine Bereicherung kriegt.

Interessant ist hier, dass Aliyah, zur Integration von Migranten befragt, von »mehr *Deutschen*« spricht und so die nationale Zugehörigkeit ganz selbstverständlich von der Herkunft löst. Zugleich findet sich in dieser Eloge der Vielfalt auch der Hinweis auf kulturelle Unterschiede und die Schwierigkeiten ihrer Überwindung. Migrationsoffene Diskurse operieren an dieser Stelle immer wieder mit Einzelbeispielen besonders naher und kulturell integrierter Migranten. Solche Integrationserzählungen sollen einerseits die »ehrlichen« Motive der Migrantinnen illustrieren, andererseits unterfüttern sie die Kritik an staatlichen Stellen. So berichtet die Architekturstudentin Charlotte von einer Begegnung mit einem »recht jungen Mann, der schon super Deutsch gesprochen hat und mir dann sein Herz ausgeschüttet hat. Dass er halt im Endeffekt jetzt wieder gehen muss. Da ist schon viel Emotion mit dabei.« Der Migrant wird als empathiewürdig dargestellt, indem seine emotionale Zugänglichkeit hervorgehoben wird (»Herz ausgeschüttet«), seine bevorstehende Abschiebung ist zudem besonders deshalb moralisch falsch, weil seine Sprachkenntnisse Integrationsbemühungen und eine Vertrautheit mit dem deutschen Kontext nahelegen. Martina schildert einen ähnlichen Fall:

> 149 Wir haben es auch bei uns in der Stadt. Es gibt ein Frisör-Laden, betrieben von, ja gute Frage, Syrern wahrscheinlich. Die wirklich supernett sind. Die sich wirklich toll integrieren. Sei es mit der Sprache. Immer wieder nachfragen. Sich da im Job engagieren. Wirklich total höflich, nett und freundlich sind. Natürlich nur im Job – wie die in der Freizeit sind, wie die da sind … Und mein Partner fragt alle paar Wochen nach: »Na, und wie sieht es mit deinen Papieren aus?« Und er sagt: »Nein, immer noch nichts.« Das sind jetzt schon zwei oder drei Jahre. […] Er hat einen festen Job. Hat eine Mietwohnung. Hat ein Auto. Er zahlt Steuern. Aber Papiere kriegt er nicht.

Liebenswürdigkeit, Höflichkeit, Sprachkenntnisse, Wohnform, Arbeit und Steuern fungieren hier als Zeichen kultureller Integration, die die rechtliche Anerkennung in Form von Aufenthaltstiteln legitimieren. Bemerkenswert ist zugleich, wie die Befragte dennoch kurz ins Zaudern kommt, wenn sie bemerkt, »wie die in der Freizeit sind«, wisse man nicht. Auch in diesem stark sympathisierenden Bericht wird ein Spalt deutlich: zwischen der funktionalen Integration durch Arbeit und der inneren

Integration durch die kulturelle Assimilation an die hiesige Lebensweise. Diese Lücke ist für migrationsskeptische Diskurse zentral. Zwar räumt man Migranten häufig die Möglichkeit ein, sich durch Arbeit den Zugang zur deutschen Gesellschaft zu »verdienen«. Dann wird jedoch einerseits infrage gestellt, ob die Mehrheit der Migranten hierzu motiviert sei; andererseits werden Erlebnisse kultureller Fremdheit und fehlenden Integrationswillens hervorgehoben. Der Logistikarbeiter Mark etwa sagt:

> Wenn eine fremde Kultur nach Deutschland kommt, die sich nicht integrieren möchte, dann ist es für mich keine Bereicherung. Wenn jetzt ein Syrer kommt und der macht seine Bäckerei auf und macht da leckeres Essen, dann ist das alles gut. Der arbeitet für sein Geld. 150 Der bringt uns Essen, der bringt uns … Der eine ist vielleicht Bibliothekar, der lernt uns seine Bücher oder so. Das ist alles schön und gut. Oder Musik. Das ist eine Bereicherung. Aber wenn derjenige kommt, nicht arbeiten kann und nur rumsitzt, dann ist es keine Bereicherung.

Auch hier ist interessant, wie stark sich viele migrationsoffene und -skeptische Diskurse in ihren moralischen Bezugspunkten ähneln. Beide erkennen in Sprachkenntnissen und dem Willen zum Erlernen hiesiger kultureller Konventionen zentrale Zeichen für den Grad der Integration. Wie wir oben bereits sahen, bejahen zwei von drei Deutschen, dass nur solche Migranten gleiche Rechte genießen sollen, »die sich anstrengen und integrieren«. Wie Sabine es ausdrückt, könne man über weiter gehende Rechte für Migranten reden, »wenn die erst mal B2 haben, wenn die sich integrieren. Wenn die hier auch Arbeit haben. Wenn sie sich benehmen und sich anpassen.«

Das Spezifikum der migrationsoffenen Diskurse ist dabei, dass Positivbeispiele gelingender Integration als typische Fälle in den Vordergrund gerückt werden. Außerdem wird kulturelle Anpassung hier als reziproker Prozess verstanden, der Anreize von Seiten der Aufnahmegesellschaft erfordert und mindestens auch eine Gewöhnungsleistung der angestammten Bevölkerung einschließt. Die wissenschaftliche *Kontakthypothese*[60] fungiert hier als Alltagstheorie: Immigration werde durch das alltägliche Leben mit unterschiedlichen Herkünften normalisiert und unspektakulär. Migrationsbezogene Ängste

seien letztlich Ergebnis fehlender Begegnungen mit den neu hinzukommenden »Kulturen«. Migration wird so zur unabwendbaren Normalität erklärt, ihre Normalisierung darüber hinaus aber auch zum gesellschaftlichen Projekt. Dieses ist mit einer imaginären Geografie verknüpft, wo manche Orte bereits näher an das Ideal einer normalisierten Einwanderungsgesellschaft herankommen. Wie der Brandenburger Ludwig es ausdrückt:

> 151 Ich wohne auf dem Dorf. Und da sehe ich auch ab und zu Migranten halt an der Bushaltestelle stehen oder vor den Bahnhof schlappen. Und so lange, wie man das noch als was Besonderes empfindet, finde ich, ist das Thema noch nicht normal geworden. Deswegen finde ich, muss man was machen. Dass man das Gefühl hat von Normalität. So wie hier in Berlin.

Der Integrations- und Normalisierungsdiskurs unterscheidet sich dabei von radikalen multikulturalistischen Positionen, in denen Unterschiedlichkeit an sich als Wert hochgehalten oder Migranten von der Verpflichtung zur kulturellen Anpassung freigesprochen werden. Normalisierung setzt hierbei auch auf Seiten der Migranten »normales« Verhalten voraus. Befragte, die Anstrengung und Integrationswillen auf migrantischer Seite als Bedingung gleicher Rechte stark ablehnen, sind auch in unserem Survey – mit weniger als zehn Prozent – eine kleine Minderheit.

Während Positionen der »radikalen Vielfalt« und der unbedingten Offenheit somit nur sehr randständig vertreten werden, sind Formen der sehr grundsätzlichen kulturellen *Abgrenzung* gegenüber Migranten prominent vertreten, die sich unter anderem aus xenophoben und ethnozentristischen Vorstellungen speisen. Neben Zweifeln an ihrem Arbeitsethos bezieht sich diese Abgrenzung vor allem auf die Unterstellung, sie ließen es an Respekt für die Regeln, Normen und Gesetze der deutschen Aufnahmegesellschaft mangeln oder hätten gar die Absicht, diese Regeln durch die ihrer Herkunftsgesellschaft zu ersetzen; etwa indem sie die »Scharia« einführen, als »Clans« die Kontrolle übernehmen, sich in »Parallelgesellschaften« einigeln oder bestimmen

wollten, dass »an deutschen Schulen kein Schweinefleisch mehr gegessen werden darf« (Marlene). Auch sexuelle und Geschlechternormen werden immer wieder als Belege für die »Integrationsverweigerung« und den befürchteten Ordnungsverlust angeführt, etwa wenn Rüdiger afrikanischen Migranten in einer abwertenden Imitation von gebrochenem Deutsch in den Mund legt: »Deutschland gu 152 tes Land. Überall hübsche Frauen.« Der Essener Sozialarbeiter Jens, der sich selbst als »konservativ« beschreibt, sagt:

> Dass wir kulturferne Gäste als Zuwanderer horten, das schafft Probleme. Denn die Angehörigen der muslimischen oder der südosteuropäischen Region, vorwiegend Muslime, die haben da oftmals ein ganz anderes Weltbild als wir hier. Da ist die Frau zum Beispiel von Hause aus viel weniger wert als der Mann. Da werden die Kinder nach anderen Wertemaßstäben erzogen.

Vor allem männliche muslimische Migranten erscheinen in diesen Schilderungen als Tyrannen, Geschlechterbeziehungen werden als Belege für eine rückständige Kultur herangezogen. Darüber hinaus werden Fragen rigider Geschlechterrollen beispielsweise im Kontext von Schwimmunterricht thematisiert.

Während die migrationsoffene Seite der Diskussion Integrations- und Leistungswillen, die kulturelle Zugänglichkeit und »Nettheit« der Migranten hervorhebt, werden auf der anderen Seite Beispiele bemüht, die als Marker kultureller Fremdheit und abweichenden Verhaltens fungieren.[61] Der Unterschied besteht in erster Linie darin, ob die Migranten der integrationswilligen oder der abweichenden Kategorie zugeschlagen werden. Eine direkte Konsequenz ist auch die *Zurechnung von Verantwortlichkeit* für misslingende Integration. Wer Migranten mehrheitlich als Menschen guten Willens betrachtet, wird hier tendenziell Rassismus oder ein Versagen der institutionellen Architektur von Inklusion und Eingliederung am Werk sehen. Entwicklungshelferin Sari etwa klagt:

> Da kommt jemand aus einem Kriegsgebiet […], kann nicht mehr zuhause bleiben, kommt nach Deutschland, hat den Willen, hier was aufzubauen, hier seine Fähigkeiten

zu beweisen, möchte die deutsche Sprache lernen. Aber kann es nicht, weil Deutschland einfach nicht in der Lage ist, ihm einen Sprachkurs anzubieten.

153 Wer vermutet, unter den Migranten seien viele, die in erster Linie mit minimalem Aufwand das Solidarsystem ausnutzen wollen, dem erscheinen derlei Aussagen weltfremd. Wenn es Migranten trotz der umfangreichen Leistungen, die die deutsche Gesellschaft ihnen zuteilwerden lässt, nicht gelingt, sich auf anerkannten Wegen zu etablieren, könne das nur an fehlender Motivation oder falschen kulturellen Orientierungen ihrerseits liegen.

Gute Migranten – schlechte Migranten

Abbildung 4.4 zeigt eine überblicksartige Karte der wichtigsten Inhalte von Konsens und Konflikt in der Debatte um Innen-Außen-Ungleichheiten. Wie hier dargestellt, waren sich unsere Fokusgruppenteilnehmer *weitgehend einig*, dass die Aufnahme von Flüchtlingen ethisch geboten ist und Einwanderung wirtschaftlich nützlich sein kann, aber einer (umsichtigen) Steuerung bedarf, die mehr oder weniger rigide ausgelegt wird. Migrationsskeptiker und -befürworter buchstabierten diesen Konsens allerdings ganz unterschiedlich aus: Der Kampf um Grenzen hat die Form einer Kontroverse zwischen »Ja, aber«- und »Nein, aber«-Argumenten. Die Auseinandersetzungen entspinnen sich klassisch entlang der geografischen und der mitgliedschaftlichen Grenze. Die *äußeren Staatsgrenzen* spielen eine wichtige Rolle für die Diskussion der Steuerbarkeit und Legitimität von Zuwanderung. Skeptische Haltungen stützen sich hier ganz zentral auf Entgrenzungsbefürchtungen, die die Unwägbarkeiten von Migration als plötzlichem und »unkontrolliertem Zustrom« hervorheben und auch mit grundsätzlich fremdenfeindlichen Haltungen verbunden sein können. Dem steht die Vorstellung gegenüber, Einwanderung lasse sich umsichtig und ohne gewaltvolle Exklusion steuern, oder eine Steuerung von

Migration wird aus humanitären Gründen gänzlich abgelehnt. Hinweise auf die Notwendigkeit und Normalität von Migration sind typische Be 155 standteile des argumentativen Repertoires der inklusionsbereiten Gruppe.

Konsens		
Migration braucht umsichtige **Steuerung.** Aufnahme (bestimmter) Flüchtlinge **ethisch geboten** Einwanderung kann **wirtschaftlich nützlich** sein. Ziel der **Integration** in Kultur (Sprache) und Arbeitsmarkt		
Dissens		
äußere Grenze		
Steuer-barkeit	**Kontrollverlust** gut gemeinte Offenheit führt zu unkontrollierbarer Steigerungslogik (»Sogwirkung«)	**Regulierung von Strömen** »in geregelte Bahnen lenken«; Migration als Normalität offener Wirtschaften und Gesellschaften
Legitimität	**illegitime Migration** viele Migranten motiviert durch »egoistisches« Eigeninteresse, trotz besserer Alternativen im Heimatland (»Mitschwimmen«)	**legitime Migration** Migranten als Leidende und Opfer (»von allen verlassen«); Migration als Symptom ungerechter Verhältnisse
Mitgliedschaftsgrenze		
Ökonomie	**Migranten als Fordernde** überzogene Ansprüche verletzen Reziprozitätsregeln und verdrängen die Ansprüche verdienterer einheimischer Gruppen	**Migranten als Beitragende** Migranten als leistungsbereite Arbeitnehmer (»arbeiten, zahlen Steuern«) und als wirtschaftliche Ressource
Kultur	**Migranten als Fremde** »Parallelwelt«, »Scharia«, kulturelle Rückständigkeit	**Migranten als Bereicherung** integrationswillige Migranten (»höflich und nett«); Vielfalt
Verantwortung für Integration	**Pflichten der Migranten** »Die müssen sich anpassen«; Scheitern durch fehlende Motivation, Weigerungshaltung der Migranten	**Pflichten der Aufnahmegesellschaft** »Wir dürfen uns nicht abschotten«; Scheitern durch Rassismus und Exklusion

Abb. 4.4: Argumentative Repertoires in der Innen-Außen-Arena

Die *»innere Grenze« der Mitgliedschaft* wird mit Bezug auf die ökonomische und kulturelle Rolle von Migranten sowie die Bedingungen für gelingende Integration thematisiert. Dreh- und Angelpunkt ist hier die rhetorische Hervorhebung besonders positiver oder besonders negativer Figuren, anhand derer nicht nur die (il)legitimen Migrationsgründe durchdekliniert werden, sondern auch die Frage verhandelt wird, inwiefern Zuwanderung einen Gewinn oder eine Belastung darstellt. Übergreifend gibt es eine weitverbreitete und mit der Deservingness-Logik verbundene Vorstellung von »selecting by merit« oder »earned citizenship«,[62] also einem aufenthalts- und mitgliedschaftsrechtlichen Status, den man sich verdienen und erarbeiten muss. Im Zuge dessen werden Migrantinnen mit Verhaltenserwartungen konfrontiert, und man formuliert Bedingungen, unter denen jemand kommen und bleiben darf. Die Diskursfiguren der guten und der schlechten Migrantinnen bündeln diese Bedingungen und bringen sie plastisch zum Ausdruck. »Gute Migranten«, wie sie vor allem in migrationsoffenen Argumenten angeführt werden, sind dabei diejenigen, die legitime Migrationsgründe vorzuweisen haben, sich anstrengen, keine Kosten verursachen und sich kulturell einpassen, insbesondere, indem sie arbeiten, höflich sind und schnell die deutsche Sprache lernen. »Schlechte Migranten«, wie sie dagegen in den Erzählungen der Migrationsskeptiker häufig auftauchen, sind solche, die aus »Egoismus« migrieren, obwohl ihnen legitimere Alternativen offenstünden; die nicht Not, sondern »unser« Reichtum zum Kommen motiviert; und deren kulturelle Fremdheit und unangemessene Forderungen zu Überlastung, Polarisierung und Parallelgesellschaften führen. Sehen die einen die Schuld für misslingende Integration in erster Linie bei der kulturellen und institutionellen Verschlossenheit der Aufnahmegesellschaft, verorteten die anderen sie bei dem mangelnden Bemühen der Migrantinnen selbst. Interessanterweise legen beide Seiten oft implizit dieselben Standards an, 156 um zwischen guter und schlechter Migration zu unterscheiden (Bedürftigkeit, legitime Migrationsgründe,

Eigenanstrengung und kulturelle Einpassung). Jedoch beurteilen sie sehr unterschiedlich, ob diese Standards von den realen Migranten in der Mehrheit erfüllt werden.

Insgesamt wird in den kulturellen Repertoires der Diskussionsgruppen eine starke Dichotomisierung der Diskussion in Pro und Kontra deutlich. Dies und der intuitive Zugriff auf ein komplexes Arsenal an Argumenten weisen auf einen eingespielten und polar angespitzten Konflikt hin – ein Bild, das sich mit den stärker polarisierten Einstellungsmustern deckt, wie sie unser Survey beobachtet. Dort sprachen die empirischen Muster für eine mehrheitlich gestützte bedingte Inklusionsbereitschaft, bei der einerseits Migration als notwendig anerkannt wird, andererseits aber durchaus Vorbehalte in Bezug auf die Zahl und Herkunft der Zuwanderer und auf mögliche Konkurrenzverhältnisse herrschen. Das Gros der Bevölkerung will gesteuerte und regulierte Migration, ist sich aber uneins darüber, wie liberal bzw. selektiv die Regulierung erfolgen sollte, welche Verpflichtungen wir gegenüber Menschen aus anderen Weltregionen haben und welche Kriterien bei der Auswahl von Neuankömmlingen zählen sollten. Die Konfliktlinie verläuft hier zwischen Gruppen, die sich an universalistischen Normen orientieren und für eine eher liberale und menschenrechtskonforme Handhabung von Grenzen plädieren, und denen, die eher exkludierende Positionen vertreten und mit dem geschlossenen Nationalstaat kulturelle Identität, ökonomische Privilegien und soziale Homogenität verbinden. Sie bilden das Mobilisierungsreservoir rechter Politikakteure.

Die Einstellungen zu Innen-Außen-Ungleichheiten sind dabei deutlich klassenstrukturiert: Von den unteren Sprossen der sozialen Leiter blickt man skeptischer auf Migration als aus der gesellschaftlichen Beletage. Diese Unterschiede sind indes selten so stark, dass eine migrationsfreundliche Mehrheit in den oberen einer migrationsfeindlichen Mehrheit in den unteren Klassenlagen gegenüberstehen [157] würde. Wir haben also kein Bild einer Klassen*spaltung*, wohl aber das einer klaren Klassen*strukturierung*. Der auffindbare Wohlfahrtschauvinismus ist dabei auch, jedoch nicht ausschließlich auf xenophobe Orientierungen

zurückzuführen. Er kann sich zudem aus Gefühlen der ethnisch ausgedeuteten ökonomischen Konkurrenz oder aus materiellen Verlustängsten ergeben, die in den wirtschaftlich schwächeren Schichten stärker durchschlagen.[63] Zweifel an der Steuerbarkeit von Zuwanderung müssen nicht zwangsläufig Ausdruck handfester Fremdenfeindlichkeit sein, sondern können aus einer stärkeren Fokussierung auf die Folgen und Risiken bestimmter Zuwanderungspolitiken erwachsen.[64]

Häufig nutzen aber rechte und ethnonationale Akteure entsprechende Narrative und argumentative Repertoires, um Ressentiments zu schüren und rassistische, xenophobe Stereotype zu bedienen.[65] Der Rechtspopulismus und rechtsradikale Positionen scheinen nicht nur dort anschlussfähig, wo konsistent autoritäre und menschenfeindliche Haltungen vorhanden sind, sondern auch da, wo es »Diversitätsstress« und diffuse Gefühle von Überfremdung gibt, die anderweitig nicht politisch aufgefangen und absorbiert werden können. Dennoch gilt – trotz der Wahlerfolge rechter Parteien und der Einwurzlung rechter Strukturen in vielen Städten und Gemeinden –, dass es keine allgemeine Drift in Richtung Migrationsfeindlichkeit gibt. Ein grundlegender Backlash in den Einstellungen ist nicht zu erkennen, auch wenn diese Positionen durch die Etablierung einer rechtspopulistischen Partei im Bundestag und in vielen Landesparlamenten eine größere politische Bühne bekommen haben und somit an Salienz gewinnen.

158 5. Wir-Sie-Ungleichheiten

Im Mai 1957 wurde der renommierte Soziologe Helmut Schelsky vor das Bundesverfassungsgericht geladen. Er sollte Expertise zu einem Gesetz beisteuern, das die intimsten Lebensbereiche Hunderttausender Deutscher berührte: dem § 175 des Strafgesetzbuchs, einem von den Nationalsozialisten erheblich verschärften Paragrafen, der schwule Liebesakte unter Strafe stellte. Allein im Jahr des Prozesses ermittelte die Polizei in über 8000 Fällen; 2000 Männer kamen ins Gefängnis.[1] Bereits »das bloße Anschauen des geliebten Objekt[s]« war theoretisch justiziabel.[2] Dass man in der Verhandlung über die Verfassungsmäßigkeit des Tatbestands auch Schelsky um ein Gutachten bat, lag nahe, war er doch Spezialist für Sexualforschung und im Beirat einer einschlägigen Fachzeitschrift. Auf diese Expertise stützte sich Schelsky, als er sich deutlich *für* die Beibehaltung des § 175 aussprach. Wie schon in seinem Bestseller *Soziologie der Sexualität* betonte er die gemeinschaftsstiftende Funktion sexueller Normen.[3] In der biologischen Natur des Menschen sei zwar zweifellos eine große sexuelle Varianz angelegt; weil aber

> die soziale Normierung des Geschlechtsverhaltens zu den grundlegenden Kulturleistungen gehört, wird sie mit Recht in allen Gesellschaften über die biologische Gebundenheit hinaus fixiert und mit allen verfügbaren Mitteln sozialer Sanktionierung und Tabuisierung geschützt. […] Die Sexualnormen […] zu erschüttern, heißt dann nicht mehr und nicht weniger als das Gesamtgefüge der Kultur angreifen.[4]

Das Gericht folgte Schelskys Argumentation und berief sich auch auf sein Gutachten, als es die Verfassungsbeschwerde abwies. Der Paragraf sei nicht in nationalsozialistischem Gedankengut gegründet, 159 sondern in den »sittlichen Anschauungen des Volkes«.[5] Glaubt man einer wenige Jahre vor dem Urteil erhobenen Umfrage, so schätzte das Gericht den Konsens bezüglich des »sexuell Normalen« in Westdeutschland durchaus

richtig ein: Mehr als drei von vier Befragten hatten angegeben, Homosexualität sei eine »Krankheit« oder ein »Laster«; nur vier Prozent sahen darin eine »natürliche Sache«.[6] Moralische Bedenken bezogen sich vor allem auf den schädlichen Einfluss auf Kinder und Jugendliche. So begründete das Gericht seine Entscheidung unter anderem damit, »daß eine stärkere Verbreitung der Homosexualität […] die Gefahr auch für die Jugend erhöhen müßte«.[7]

Wenn uns heute jene Sexualmoral als engstirnig, grausam und fremd erscheint, über die damals in der Bevölkerung und unter Bildungs- und Funktionseliten klarer Konsens bestand, deutet dies auf den geradezu revolutionären Wandel der »sittlichen Anschauungen« hin, der uns vom Jahr 1957 trennt. Nicht nur religiöse Begründungen haben dabei an Bedeutung eingebüßt. Auch die Angst, Kultur und Gesellschaftsgefüge könnten auseinanderbrechen, wenn Sexualnormen sich lockern, bereitet heute wohl weniger Menschen schlaflose Nächte. Der vielleicht fundamentalste Unterschied mag zudem in dem Befremden liegen, mit dem wir auf die Vorstellung blicken, dass es Aufgabe von Strafjustiz und Polizeiapparat sei, (hetero)sexuelle Normen durchzusetzen. Kein Zweifel: Zwischen uns und dem Urteil zum § 175 liegt eine Zeit intensiver gesellschaftlicher Liberalisierung, Durchlüftung und Entrigidisierung. Für sie steht unter anderem die Große Strafrechtsreform 1969, die die Verfolgung Homosexueller beendete, ohne jedoch das entsprechende Gesetz aufzuheben.[8] Gut 30 Jahre später drehten dann EU-Grundrechtecharta und deutsches Gleichbehandlungsgesetz die rechtliche Logik um und *verboten* eine diskriminierende Unterscheidung aufgrund der sexuellen Orientierung. Der Staat bekennt sich nun zu dem Ziel, jene Benachteiligungen aktiv zu beseitigen, die er selbst über viele Jahrzehnte festgeschrieben hatte. Wurden die Deutschen ab den zehner 160 Jahren befragt, sprachen sich nun über 90 Prozent für die Akzeptanz von Homosexualität aus; als »Krankheit« pathologisierten sie nur noch unter 10 Prozent.[9] Von der Bestrafung über die Duldung bis zum Engagement gegen Ungleichbehandlungen hat sich das Klima in einem historisch relativ kleinen Zeitfenster drastisch gewandelt. Offene Homophobie, wie

sie vor gar nicht allzu langer Zeit im Volksmund, vor Gericht und nicht zuletzt auch in der Soziologie zum guten Ton gehörte, ist nicht mehr opportun. Trotz fortbestehender Diskriminierungen sind Toleranz, Diversität und Gleichbehandlung zu Leitmotiven der gesellschaftlichen Selbstbeschreibung geworden.

Kämpfe um Anerkennung

Der Fall des § 175 sowie allgemeiner die rechtlich-institutionellen, politischen und wissenschaftlichen Kämpfe um das »Normale« und moralisch Gebotene weisen den Weg in eine dritte Arena. Weil es hier ganz zentral um soziale Gruppen, ihre Abgrenzungen und Zuschreibungen geht, nennen wir sie die Arena der *Wir-Sie-Ungleichheiten*. In ihr wird darum gerungen, was als »*normal*« und anerkennenswert gilt und was als *Abweichung* sanktioniert wird. Anders ausgedrückt: Thema ist hier jene mehr oder weniger offene Hierarchisierung von Gruppen, die sich im Alltag in verschiedenen Formen der *Diskriminierung* manifestiert: von beiläufigen Zeichen des Unbehagens, wie irritierten Blicken in der Bahn, über Exotisierung bis hin zu rechtlichem Ausschluss, verbalen Angriffen und Hassgewalt. Verhältnisse ungleicher Anerkennung drehen sich darum, wem es leichter gemacht wird, sich in seiner Haut wohlzufühlen, und wer als Problem behandelt wird; wessen Anwesenheit man als Aufwertung empfindet, und wer sich dafür rechtfertigen oder schämen muss, so zu sein, wie sie oder er ist.

Die Perspektive der ungleichen Anerkennung sozialer Gruppen fristete in der Ungleichheitsforschung lange eher ein Schattendasein. 161 Werke wie W. E. B. DuBois' *Die Seele der Schwarzen*, das die Herabwürdigung Schwarzer und die daraus resultierenden Schäden für schwarze Selbstbilder reflektierte,[10] Simmels scharfsinniger »Exkurs über den Fremden«,[11] Simone de Beauvoirs Blick auf die Geschichte der Frau als unterlegenen »Anderen«[12] oder die Studie von Norbert Elias und John

Scotson über »Etablierte und Außenseiter«[13] sind heute Klassiker, waren aber lange Zeit nicht Teil des Kanons. *Anerkennungskonflikte* galten im Vergleich zu »harten« Fragen der materiellen Verteilung und der ökonomischen Klassen oft als nachrangig und weniger greifbar.[14] Dies änderte sich im letzten halben Jahrhundert, als entsprechende Themen stärker in den Vordergrund theoretischer Überlegungen und empirischer Studien traten.[15]

Wie Eigentum und Märkte in der Oben-Unten-Arena oder das Los der nationalen Geburtslotterie in der Innen-Außen-Arena erzeugt die ungleiche Anerkennung sozialer Gruppen in der Wir-Sie-Arena handfeste Ungleichheitskonflikte. Dabei geht es nicht nur (aber auch) um gesellschaftliches Ansehen. Es geht auch darum, welche Ressourcen und Positionen Menschen offenstehen oder verstellt bleiben, weil sie bestimmten – sexuellen, aber auch geschlechtlichen, ethnischen oder rassifizierten – Gruppen zugerechnet werden. Im politisch-rechtlichen Kontext steht Anerkennung für die Befugnis, als legitime Sprecherinnen und Sprecher in eigener Sache aufzutreten oder Rechte einzufordern.[16]

Hinter den privilegierten und benachteiligten *sozialen Gruppen* der Wir-Sie-Arena stehen Prozesse, die man mit dem Soziologen Stefan Hirschauer als »*Humandifferenzierung*« beschreiben kann.[17] Wie schon Max Weber bemerkte, sind Gruppen nie einfach da, sondern sie ergeben sich in und aus sozialen Beziehungen.[18] Dass Hautfarben beispielsweise zum Marker für die Rassifizierung wurden, während Augenfarben keine so einschneidende soziale Unterscheidung begründen, hat historische Ursachen; keine, die den Körpern inhärent wären.[19] Und die gleichen Melaninkombinationen werden in den USA aufgrund der Geschichte von Sklaverei und Rassismus ganz anders 162 in »Schwarz« und »Weiß« gruppiert als in Deutschland, wo der Anteil nichtweißer Menschen erst infolge relativ junger Migrationsbewegungen anstieg. Kategorisierungen, die sich an Körpermerkmalen oder Identitätsformen festmachen, wirken zunächst ganz natürlich und auf selbstverständliche Weise augenscheinlich. Doch eigentlich sind sie das Produkt höchst komplexer

Prozesse der Unterscheidung, Markierung, Verunähnlichung und Klassifikation.[20] Menschen werden nicht als Mitglieder sozialer Gruppen geboren; sie werden erst zu »Exemplaren sozialer Gebilde« gemacht.[21] Besser- und Schlechterstellungen werden so nicht selten mit dem Hinweis auf scheinbar natürliche Unterschiede legitimiert.[22] Auch weil sie aus ähnlichen Prozessen der Hierarchisierung und Klassifizierung erwachsen, treten Rassismus, Homophobie und Sexismus häufig als eine Art Syndrom auf. Kern dieses Syndroms ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit.[23]

Dass heute viel Bewegung in Anerkennungshierarchien gekommen ist und heftige Auseinandersetzungen um sie geführt werden, steht nicht im Gegensatz zu der Beobachtung einer starken Liberalisierung in den letzten Jahrzehnten. Im Gegenteil ist die Konflikthaftigkeit der Wir-Sie-Arena möglicherweise gerade eine *Folge* dieser Entwicklung. Im Sinne des bekannten »Tocqueville-Paradoxons«[24] kann nämlich gerade der Abbau von Diskriminierungen zu einer wachsenden Sensibilität für das verbleibende Unrecht führen.[25] Weil etwa Homosexuelle sich heute nicht mehr im gleichen Maße wie noch 1957 verstecken müssen, kommt es viel eher zu Einspruch und Protest, wenn über ihre Rechte diskutiert wird. Die normativen Möglichkeiten diskriminierter Gruppen, Ansprüche auf Gleichheit zu erheben, haben sich erweitert, ihre Handlungsfähigkeit und Sichtbarkeit ist gewachsen.[26] Die Gründe hierfür sind vielfältig, zentrale Bedeutung kommt jedoch ohne Zweifel den sozialen Bewegungen zu, die für die gleiche Anerkennung von Frauen und Homosexuellen, von Menschen mit Migrationshintergrund und von Deutschen nichtweißer Hautfarbe stritten und streiten. Dass Ungleichbehand 163 lungen und Zuschreibungen der Ungleichwertigkeit auf Kritik stoßen, ist zentral für die Verschiebung der normativen Ansprüche der Gesellschaft an sich selbst. Erst wo die Ungleichbehandlung von Gruppen nicht mehr als »natürliche«, schicksalhafte, schlichtweg gegebene Tatsache akzeptiert wird, werden Anerkennungshierarchien zum Gegenstand sozialer Selbstverständigung. Vormals ausgeschlossene und »stumme« Gruppen fordern dann die als verdient und angemessen wahrgenommenen

Vorrechte, Selbstverständnisse, Institutionen, Sprechweisen und Praktiken der kulturell und strukturell dominanten Mehrheitsgesellschaft heraus.[27]

Tatsächlich drehen sich viele der lautesten und kompromisslosesten Auseinandersetzungen der Gegenwart um Themen wie Diversität, Anerkennung und Diskriminierung. Konkret wird dies in Fragen der rechtlichen Gleichstellung homosexueller Partnerschaften, der geschlechtergerechten Sprache, der Geschlechtsidentitäten jenseits von Mann und Frau, im Kampf gegen Rassismus und bei Forderungen für erweiterte kulturelle Rechte und Inklusion. Feministische und antirassistische Bewegungen wie #MeToo oder Black Lives Matter, der postkoloniale Diskurs sowie der Kampf gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind zu prägenden Strömungen geworden.[28] In der Öffentlichkeit werden all diese Konflikte unter dem Sammelbegriff *Identitätspolitik* verhandelt, der insofern ungenau ist, als es nicht nur um die Aufwertung von Identitäten geht, sondern sehr oft auch um materielle Verteilungskämpfe oder den Zugang zu einflussreichen Positionen.[29]

Ursprünglich stand (progressive) Identitätspolitik für Formen der kollektiven Ermächtigung, die an geteilten Erfahrungen der Unterdrückung und Marginalisierung ansetzten. Spezifischer Hintergrund war eine Selbstverständigung schwarzer (oft lesbischer) Frauen in der US-amerikanischen Linken der siebziger und achtziger Jahre, die mit ihren Anliegen weder im weißen Linksradikalismus noch in der von Männern dominierten Black-Power-Bewegung Gehör fanden. In beiden Bewegungen, so die Wahrnehmung, mussten sie einen 164 Teil ihrer politischen Belange und sozialen Erfahrungen ausklammern, um anschlussfähig zu sein.[30] Entgegen dieser Selbstbeschneidung forderte der identitätspolitische Ansatz – wie er zuerst 1977 vom Intellektuellenkreis des Combahee River Collective formuliert wurde –, die eigene gesellschaftliche Verortung ganzheitlich und in ihrer vollen Komplexität an den Anfang des politischen Engagements zu stellen. Um Benachteiligungen zu überwinden, die aus der Zurechnung von Menschen zu höher- oder mindergeachteten Gruppen erwachsen, sollten geteilte Erfahrungen mobilisiert werden. Eigene Betroffenheit, Diskriminierung

und Vulnerabilitäten sowie eine politisierte Identifikation entlang multipler Identitätskategorien wurden in dieser »Politik der ersten Person« zum Dreh- und Angelpunkt.

Von linker Seite wurde der identitätspolitische Ansatz immer wieder stark kritisiert. Eine vornehmliche Orientierung am Flickenteppich disparater Gruppenzugehörigkeiten, so ein Argument, versperre den Blick auf breit geteilte soziale Probleme und erschwere den Aufbau politischer Koalitionen. Der Rückzug auf das persönlich Erfahrene leiste einer Individualisierung und Psychologisierung Vorschub. Und eine Engführung auf individuelle Sprecherpositionen und ihre Stelle in einer tabellenartigen Matrix von Benachteiligungen (POC, trans, weiblich, neurodivers, nicht akademisch gebildet, mit Migrationshintergrund und so weiter) führe zu einer Verflachung der Analyse, einer Enthistorisierung und einer Parzellierung künstlicher Identitätsgruppen.[31] Trotz guter Absichten gehe die Identitätspolitik dem liberalen Individualismus und einer essentialistischen Kategorisierungslogik auf den Leim. Zudem sei oft nicht klar, ob die Interessen der Aktivistinnen dieselben seien wie die der Bezugsgruppen, für die zu sprechen sie in Anspruch nehmen.[32]

Von einer ganz anderen Warte wird die Mobilisierung unterdrückter Gruppen auch von konservativen und rechten Kräften bekämpft, die gesellschaftliche Hierarchien aufrechterhalten wollen. Um den Zusammenhalt und einen vermeintlichen »Konsens« nicht zu gefährden, sollten Marginalisierte Zurückhaltung üben. Der Politisierung
165 ungleicher Anerkennungsverhältnisse wird unterstellt, sie wolle die Gesellschaft spalten und neue Herrschaftsverhältnisse etablieren, in denen die Mehrheitsbevölkerung einer kleinen Gruppe radikaler Minderheiten unterworfen sei. Ironischerweise begeben sich die Gegner von Diversität und Anerkennung im Zuge dieses Kampfes fast unweigerlich selbst ins Fahrwasser der Identitätspolitik.[33] Denn ethnische Privilegien und Überlegenheitsansprüche heteronormativer Lebensweisen müssen kaum begründet werden, solange sie als das »Normale« unmarkiert, selbstverständlich und unsichtbar bleiben. In der Abwehr der Gleichheitsansprüche von Außenseitergruppen aber treten auch die

Etablierten als partikulare Gruppe – Weiße, Männer, Beziehungstraditionalisten (*trads*) oder Vertreter deutscher Leitkultur etc. – in Erscheinung. Ihr Anspruch, das Allgemeininteresse zu vertreten, wird dadurch brüchig.

Kritikerinnen weisen Anerkennungskämpfe oft auch als *inverse Klassenfrage* aus: Ungleichheitskritik in der Wir-Sie-Arena werde vor allem von Bessergestellten und höher Gebildeten formuliert, während in statusniederen Gruppen Skepsis und Abwehr überwögen. Speziell Milieus der »weißen«, »männlichen« und »alten Arbeiterklasse« werden dabei als besonders anfällig für Autoritarismus, Chauvinismus und Rassismus dargestellt.[34] Die kollektive Selbstbehauptung der Arbeiterklasse erscheint in dieser Beschreibung nicht mehr als emanzipatorisches Projekt, sondern als ressentimentgetriebene Abgrenzung gegenüber Abweichlern und Minderheiten.[35] Identitätspolitik wird hingegen – so ein anderer kritischer Zungenschlag – zum Thema bessergestellter Bevölkerungssegmente oder »Lifestyle-Linker« erklärt.[36] Auch Andreas Reckwitz betont in seiner *Soziologie der Singularisierung*, dass vor allem die neue akademische Mittelklasse als Trägerschicht eines »differenziellen Liberalismus« gelten könne, die Diversität emphatisch begrüßt.[37] Die alte Mittelklasse und die untere Klasse hingegen neigten eher zum Konformismus und betrachteten etwa die Sensibilisierung für diskriminierendes Verhalten distanziert bis ablehnend.

166 In der Rückbesinnung auf traditionelle Werte, in der Abwehr von Diversität und der Stärkung chauvinistischer Haltungen sehen manche einen *Backlash* gegen das Vordringen liberaler Anerkennungspolitiken.[38] Der rasante Wertewandel der »stillen Revolution« (Ronald Inglehart) treffe dabei vor allem bei denjenigen auf Widerstand, deren Lebensmodell von Sicherheit und Folgebereitschaft geprägt sei. Stark betont werden auch die Faktoren Wohnort und Lebensumfeld (*ländlich* vs. *urban*) sowie Bildung und Alter. Sexuelle Selbstbestimmung oder Geschlechtergerechtigkeit seien vor allem den jüngeren (und besser gebildeten) Kohorten wichtig. Generell fällt auf, dass in Wir-Sie-Diskussionen der Hinweis auf das Empfinden der »normalen«

Bevölkerung oft als eine Art diskursiver Joker fungiert. Nach dem Motto: Ich selbst habe ja nichts dagegen – aber man verschreckt damit die einfachen Leute da draußen.[39]

Ohne uns zu Schiedsrichtern in dieser Debatte aufschwingen zu wollen, überprüfen wir in diesem Kapitel, welche empirische Basis derlei Argumente haben, indem wir nachzeichnen, wie Einstellungen zu Wir-Sie-Konflikten in der Bevölkerung verteilt sind. Unser Ziel besteht darin, für verschiedene Bereiche genauer herauszuarbeiten, wie es mit der Anerkennungsbereitschaft aussieht und ob sich tatsächlich starke Klassenunterschiede feststellen lassen. Wir zeigen, wo die Grenzen der Toleranz liegen und wie um sie argumentativ gerungen wird. Dabei sind wir gezwungen, stark selektiv vorzugehen und aus den vielfältigen Kämpfen der Wir-Sie-Arena nur einzelne Beispiele herauszugreifen, an denen sich Trends und Widersprüche der Arena verdeutlichen lassen. Konkret blicken wir vor allem auf Einstellungen und moralische Repertoires zu Fragen der sexuellen Diversität; nur sehr viel schlaglichtartiger gehen wir auf das Ringen um ethnische und rassistische Diskriminierung sowie Kontroversen um geschlechtergerechte Sprache und Quotenregelungen ein.[40] Diese Beschränkung hat in erster Linie forschungsökonomische Gründe, da mehr Platz und vor allem deutlich ausführlicheres Umfrage- und Interviewmaterial nötig wären, um alle Kontroversen der Arena 167 großflächig abzubilden.[41] Viele Aspekte von Rassismus und Geschlechterverhältnissen wie auch andere relevante Wir-Sie-Differenzierungen wie beispielsweise diejenige zwischen Ost- und Westdeutschen lassen wir so notgedrungen außen vor.[42]

Wertewandel und Liberalisierung

Auf den ersten Blick findet sich heute in der Bevölkerung eine recht große Zustimmung zu einer vielfältiger und bunter werdenden Gesellschaft. Positive Diversitätsüberzeugungen und Bekenntnisse zur Gleichheit –

etwa, »dass alle Gruppen gleich viel wert sind« – werden breit geteilt und nur von Minderheiten infrage gestellt. Spiegelbildlich dazu lehnen neun von zehn Befragten Aussagen ab, die soziale Dominanzorientierungen zum Ausdruck bringen (etwa, dass »untergeordnete Gruppen auf ihrem Platz bleiben« sollten).[43] Zugleich haben Studien ergeben, dass es nach wie vor ein ernst zu nehmendes Reservoir abwertender bis menschenfeindlicher Gesinnungen gibt, die sich insbesondere etwa gegen Sinti und Roma, Einwanderer oder Obdachlose richten.[44] Der Rassismusmonitor zeigte jüngst, dass rassistische Wissensbestände bis heute verbreitet sind und dass signifikante Teile der deutschen Gesellschaft auf biologistische Kategorisierungen und kulturelle Hierarchisierungen zurückgreifen.[45] In der Befragung der Leipziger Autoritarismus-Studie bejahten 2021 knapp acht Prozent, dass »die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen« seien, fast einer von fünf antwortete mit »teils, teils«; ein ganz ähnliches Muster ergibt sich bei der sozialdarwinistischen Ansicht, dass »sich in der Gesellschaft wie in der Natur immer der Stärkere durchsetzen« solle.[46]

Auch im Bereich der Geschlechterverhältnisse bestehen diskriminierende und abwertende Haltungen fort.[47] Dennoch lässt sich gerade in Fragen der Gleichstellung der Geschlechter und der Anerkennung sexueller Diversität ein tief greifender Wandel beobachten.[48] Im 168 Zuge grundlegender Liberalisierungsprozesse kam es auch zu einer Lockerung tradierter Normen, zur Aufkündigung rigider, oft auch religiös geprägter Moralvorstellungen und zur Aufhebung der rechtlichen Ausgrenzung. Die offene Abwertung homo- oder bisexueller Personen ist rückläufig, die Zustimmung zur gleichgeschlechtlichen Ehe ist markant gestiegen, auch Gleichstellungsmaßnahmen stehen immer mehr Menschen positiv gegenüber.[49] Dieser permissive Schub hat sich in der politisch-institutionellen Ordnung und im Recht niedergeschlagen; aber auch Alltagsnormen haben sich verändert, so dass insgesamt ein liberaleres Klima entstanden ist.[50] Von einer vollständigen Normalisierung kann aber dennoch auch heute nicht die Rede sein. So lag etwa die

Suizidrate unter LGBT*-Jugendlichen auch 2021 noch vier- bis sechsmal über dem Durchschnitt der Altersgruppe.[51]

Mit dem Wertewandel haben sich auch Begriffe und Konzepte verändert, mit denen Sexualität oder geschlechtliche Identitäten öffentlich verhandelt werden. Für Forschende ist es daher gar nicht so einfach, die Entwicklung des Meinungsklimas über die Zeit genau abzubilden. Sucht man im Allbus nach Haltungen zu Homosexualität, dann tauchen diese bis 2012 in einer Item-Batterie zu »deviantem«, also abweichendem Verhalten auf – zusammen mit Drogenkonsum, Schwarzfahren, Steuerhinterziehung und Vergewaltigung in der Ehe. Auch die Antwortkategorien hatten es in sich: Befragte konnten auswählen, ob sie Homosexualität für »sehr schlimm«, »schlimm«, »weniger schlimm« oder »überhaupt nicht schlimm« hielten.[52] In den Jahren 1990 und 2000 glaubte man sogar noch erheben zu müssen, ob Homosexualität gesetzlich verboten sein sollte – was im Jahr 2000 noch 13 Prozent befürworteten. Solche Fragen überhaupt zu stellen, käme heutzutage wohl keinem Forschungsinstitut mehr in den Sinn.

Analysiert man trotz dieser Einschränkungen in der Datenlage den Wandel von Einstellungen zu Homosexualität in Deutschland – anhand der Daten der European Values Study (EVS) und des Euro 169 pean Social Survey (ESS) –, springt der angesprochene Liberalisierungstrend klar ins Auge (Abbildung 5.1, links): 1990 war etwa nur eine Minderheit von ca. 30 Prozent der Meinung, Homosexualität sei in Ordnung. Bis 2017 hatte sich dieser Wert mehr als verdoppelt. Auch dass Schwule und Lesben ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen führen dürfen sollten, ist heutzutage deutliche Mehrheitsmeinung; seit der Jahrtausendwende ist hier eine markante Zunahme zu verzeichnen. Selbst bei Themen, die bis vor Kurzem noch sehr kontrovers diskutiert wurden (das Adoptionsrecht beispielsweise), spricht sich eine große und wachsende Mehrheit für Gleichstellung aus. Der Polarisierungsgrad dieser Einstellungen ist seit den späten nuller Jahren rückläufig (Abbildung 5.1, rechte Seite). Auch in der Wir-Sie Arena können wir in der jüngeren Vergangenheit also – trotz der teilweise recht intensiven medialen und politischen Debatte – *kein*

ge 170 sellschaftliches Auseinanderdriften feststellen. Zwar zeigt sich für die neunziger Jahre zunächst eine zunehmende Polarisierung: Ab dem Zeitpunkt, an dem die Nicht-Akzeptanz von Homosexuellen ihren Konsens-Charakter verliert, wächst auch der Polarisierungsgrad. Im Jahr 1999 gibt erstmals ein relativ großer Bevölkerungsanteil an, Homosexualität sei in Ordnung; dem steht aber ein fast ebenso großer Anteil gegenüber, der die gegenteilige Meinung vertritt. Sobald die Akzeptanz von Homosexuellen dann aber selbst zur dominanten Meinung wird, geht auch die Polarisierung zurück.

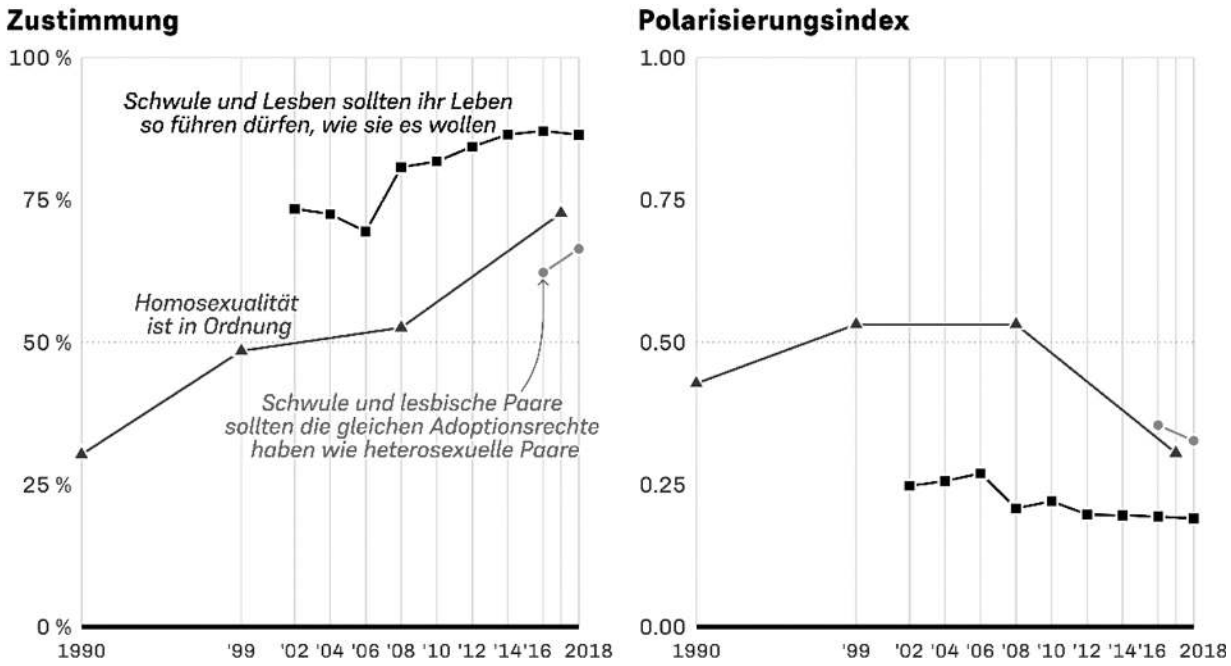


Abb. 5.1: Einstellungen zu Wir-Sie-Ungleichheiten im Zeitverlauf

Anmerkung: Zustimmung zu Lebensführung und Adoptionsrecht gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage zustimmen oder stark zustimmen. Fehlende Kategorien zu 100 Prozent: »lehne stark ab«, »lehne ab«, »weder noch«. Bei »Homosexualität ist in Ordnung« sind die Antwortkategorien 6 bis 10 auf einer Skala von 1 »darf man unter keinen Umständen tun« bis 10 »ist in jedem Fall in Ordnung« dargestellt. Fehlend zu 100 Prozent: Skalenwerte 1 bis 5. Daten: ESS und EVS.

In unseren eigenen Daten zeigt sich ebenfalls eine grundlegende Toleranz gegenüber sexueller Diversität als Grundkonsens. Abbildung 5.2 gibt Ergebnisse unserer Umfrage wieder. Man erkennt, dass rechtliche

Gleichstellung und die Ablehnung von Diskriminierung auf sehr breite Zustimmung stoßen. Themen, an denen sich Konservative und Progressive lange gerieben haben, sind längst keine großen Streitpunkte mehr: Über 80 Prozent finden es gut, dass Ehen für gleichgeschlechtliche Paare möglich sind (nur 11 Prozent sind dagegen), und auch das gleiche Adoptionsrecht befürworten fast drei Viertel (16 Prozent lehnen dies ab). Dass Homosexualität ein Bestandteil der Schulbildung sein sollte, bejaht ebenso eine klare Mehrheit, wenngleich die Zustimmung hier – mit 64 Prozent – etwas verhaltener ist. Zudem findet sich eine sehr starke Akzeptanz von Menschen, die ihr Geschlecht gewechselt haben: 84 Prozent geben an, dass diese Menschen als »normal anerkannt werden sollten«, nur einer von zehn widerspricht. All dies sind Themen, für die sich sehr geringe Polarisierungsgrade zeigen.

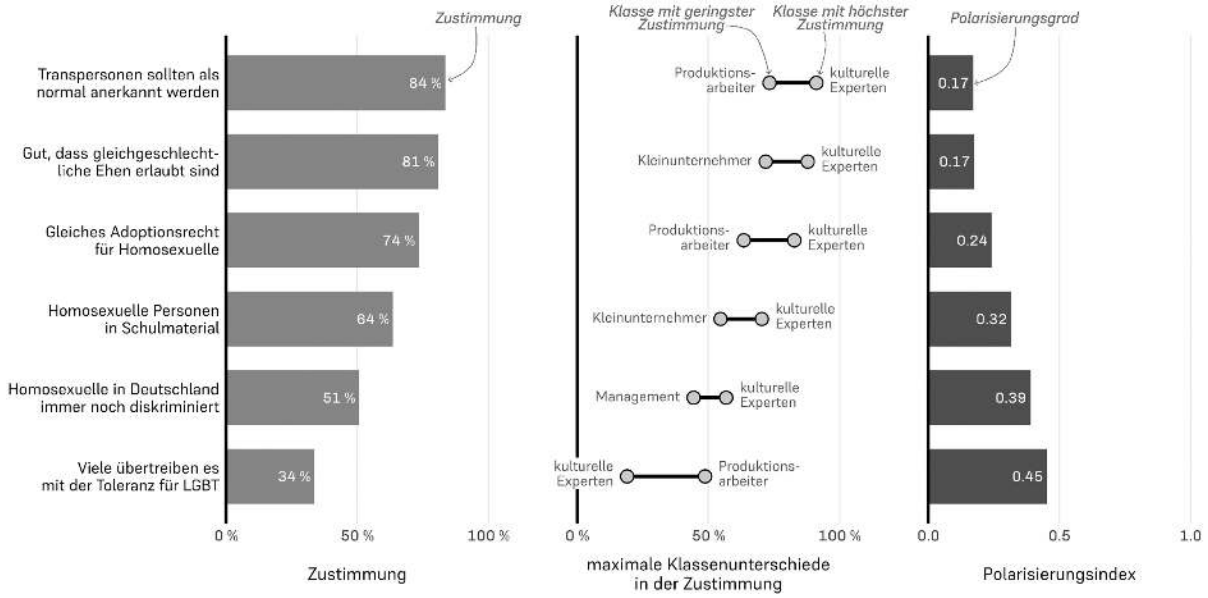


Abb. 5.2: Einstellungen zu Wir-Sie-Ungleichheiten (sexuelle Diversität)

Anmerkung: Zustimmung gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Fehlend zu 100 Prozent: »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme eher nicht zu«, »teils/teils«. Für den Polarisierungsindex wurden auch die feinen Abstufungen einbezogen. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Dass eine grundsätzliche Anerkennungsbereitschaft heute das Meinungsklima prägt, wurde auch in unseren Gruppendiskussionen

offenbar. Alle Beteiligten bemühten sich, ihre Toleranz gegenüber verschiedenen sexuellen Orientierungen zu betonen. Auch die Diskriminierung und Abwertung ethnischer oder rassifizierter Minderheiten wurde zumindest rhetorisch klar abgelehnt. Wissentlich zu diskriminieren und als diskriminierend wahrgenommen zu werden,
172 sind heute No-Gos. »Wie der Alte Fritz schon sagte«, zitiert der Berliner Sachbearbeiter Torsten, »Jeder nach seiner Fasson«.

Dennoch unterscheiden sich die Perspektiven teilweise ganz fundamental, wenn es darum geht, wie verbreitet und dringlich Diskriminierung als Problem ist und wie man ihr beikommen sollte. Einschlägige Studien weisen darauf hin, dass sich die Wahrnehmung von Betroffenen und Nicht-Betroffenen bezüglich der Salienz des Themas erheblich unterscheidet. Wo Homosexuelle etwa mehrheitlich von negativen Erfahrungen berichten, sind Heterosexuelle eher der Meinung, Diskriminierung fände nicht oder kaum mehr statt.[53] Dominanten Gruppen fällt es oft leicht zu ignorieren, welche Bevorzugungen und Besserstellungen ihnen zufallen und wie eine spezifische symbolische Ordnung diese Ungleichverhältnisse legitimatorisch absichert.[54] Marginalisierte haben dagegen oft ein feines Gespür für die täglichen Verletzungen durch beiläufige Formen des Sexismus, des Alltagsrassismus oder der homophoben Abwertung. Die Betroffenensicht verkörpert ein sozial situiertes Wissen, das sich an lebensweltlichen Erfahrungen festmacht und so die »epistemischen blinden Flecken«[55] dominanter Sichtweisen herausstellt.

Zugleich zeigt sich, dass die Wahrnehmung von Diskriminierung als Problem keineswegs auf Betroffene begrenzt ist. 51 Prozent der Befragten stimmen in unserer Umfrage der Aussage zu, dass Homosexuelle in Deutschland immer noch diskriminiert und benachteiligt werden; ein Viertel lehnt diese Aussage ab. 57 Prozent stimmen auch dem Statement zu, Menschen mit schwarzer Hautfarbe würden hierzulande in vielen Lebensbereichen diskriminiert, nur weniger als einer von fünf verneint dies (siehe Abbildung 5.3). Wie die Gruppendiskussionen zeigen, gibt es auch den Fall, dass Diskriminierung zwar als Problem anerkannt, zugleich

aber als wenig dringlich angesehen wird. Man schreibt sie dann beispielweise der individuellen Intoleranz kleiner Gruppen von Menschenfeinden zu; der gesellschaftliche Normalbetrieb erscheint hingegen als unproblematisch. »Ich glaube einfach, dass prozentual der Großteil in Deutschland nicht ras 173 sistisch ist«, meint etwa der Essener Logistikarbeiter Mark. »Wir haben hier kleine Gruppen, wie in anderen Städten«, pflichtet ein anderer bei, »aber es ist hier nicht so gravierend wie in anderen Bundesländern«. »Das gibt es auch oft, wenn man hetero ist«, wiegelt Marlene eine Diskussion über Angriffe auf LGBT-Personen ab; etwa »in der Schule, wenn die coolen Starken sich auf die Kleinen draufmachen. Aber hier sagt man gleich, ›Ja, das ist, weil die Gesellschaft Homosexualität nicht akzeptiert‹«. Hier wird also stellenweise eine Übersensibilität unterstellt, die die vereinzelten Restvorkommen einer im Großen und Ganzen überwundenen Intoleranz zum Problem aufblase.

Erlaubnistoleranz

Zu den Diskussionsteilnehmern, die ihre Toleranz gegenüber Minderheiten besonders demonstrativ zur Schau stellen, gehört der Polizeibeamte und CDU-Wähler Ilko, der zur Erheiterung der Runde bemerkt: »Mir scheißegal, wie die Leute rumrennen, solange die keine Axt dabeihaben, go! [Lachen].« »Scheißegal«, dieses Wort fällt in allen Fokusgruppen auffallend oft, wenn sexuelle Diversität Thema wird. Man kann dieses Wort als alltagssprachlichen Ausdruck für das lesen, was Rainer Forst treffend als *Erlaubnistoleranz* bezeichnet.[56] Im Unterschied zu weiter reichenden Formen der Toleranz (siehe unten) geht es nicht um eine Wertschätzung anderer Lebensformen und Identitäten *aufgrund* ihrer Andersheit, sondern um eine *Tolerierung* unter dem Vorzeichen der *legitimen Indifferenz*: Solange sexuelle Minderheiten ihre Präferenzen im Privaten ausleben und sich die öffentliche Zurschaustellung innerhalb konventioneller Grenzen bewegt, gibt es keinen legitimen Grund,

Einspruch zu erheben. Gleiches gilt für kulturelle Praktiken ethnischer oder anderer Minderheiten, die im Privat-Persönlichen verbleiben. Bürokauffrau Anna formuliert es so: »Sollen sie sich alle lieben, wie sie wollen. 174 Kann jeder machen, wie er möchte. Und wenn der eine bunte Haare hat, dann hat er halt bunte Haare.«

Bei näherer Betrachtung der erlaubnistoleranten Grundformel »scheißegal« fällt ihre Vehemenz ins Auge. Sie ist insofern eigentümlich, als in wirklich gleichgültigen Dingen ja gerade *keine* starke Emphase zu erwarten wäre. Demgegenüber handelt es sich bei der sexuellen wie auch der geschlechtlichen und ethnischen Diversität offensichtlich um soziale Tatsachen, die zwar egal sein *sollen*, deren Nichtrelevanz aber immer noch betont werden muss. Dies weist auf eine fortdauernde gesellschaftliche Selbstverständigung hin, wie sie auch in einer aufschlussreichen Aussage der Ostberlinerin Lisa zum Ausdruck kommt, die als Verkäuferin in einer Drogerie arbeitet:

> Soll doch jeder eben machen, was er will und mit was er glücklich wird. Ist doch scheißegal, ob hier, ich sage mal, ein körperlich geschlechtlicher Mann – nehmen wir mal Olivia Jones da mit rein. Wenn man auf einer Wellenlänge liegt, kommt man klar. Aber ich kann auch mit einem total [ahmt Anführungszeichen nach] »normalen« heterosexuellen Menschen nichts anfangen, teilweise. Also ich finde es wirklich traurig, dass man so was überhaupt so thematisieren muss.

Was hier deutlich wird, ist nicht nur die Betonung permissiver Indifferenz (»soll jeder machen«), sondern auch eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit Kategorien und Benennungen, ein Phänomen, das die Wir-Sie-Arena wie keine andere prägt. Es begegnet uns in Lisas immer wieder ins Stocken geratendem Redefluss und den mit gehobenen Mittel- und Zeigefingern in die Luft gemalten Anführungszeichen ebenso wie in dem Ausdruck »ein körperlich geschlechtlicher Mann«. Seine Verwendung ist nur vor dem Hintergrund einer gewissen Vieldeutigkeit des Begriffes »Mann« ohne qualifizierende Adjektive zu verstehen. Mit der Erwähnung der Dragqueen Olivia Jones wird das Wort zudem gleich durch einen Grenzfall bestimmt.

175 Die *Unsicherheit und Vorsicht im Umgang mit Begriffen*, für die wir sehr viele Beispiele finden, steht für einen radikalen Wandel im geschlechtlich-sexuellen Bezugssystem. Ein Teilnehmer erwähnt so die »Queer-Community«, die er »quer« ausspricht, und erntet in der Runde gerunzelte Stirnen. »Die was?« – »Quer.« – »Hab ich ja noch nie gehört.« Diese Irritation wird immer wieder unterstrichen, um eine Distanzierung zu signalisieren: »Also solche Wörter, so was gab es früher nicht.« (Birgit) Sie findet sich aber durchaus auch bei Sympathisanten der in ihnen angedeuteten Forderungen, etwa bei der linksorientierten Mittvierzigerin Mareike:

> Ich erwische mich auch mittlerweile, dass ich sage, »Was ist denn genau quer?« [sic] Schwul, lesbisch kann ich einordnen. Auch wenn jemand sagt, »Ich bin Mann, fühle mich aber als Frau«, kann ich auch einordnen. Aber diese ganzen anderen Begriffe wie bei diesen LGBT… I … da hört es irgendwann auf. Aber jetzt nicht, weil ich denen feindlich gesinnt bin.

Die Diversifizierung von Rollen, Kategorien und Lebensformen zeigt sich so zum einen als Irritationsmoment, der die Teilnehmenden ins Stocken geraten lässt, während sie nach den richtigen Worten suchen oder mit Anklängen von Scham berichten, »sich dabei zu erwischen«, bestimmte Begriffe nicht zu kennen. Zum anderen wird deutlich, wie tief die Kenntnis und Berücksichtigung von Diversität an anderen Stellen bereits in die soziale Realität eingesickert ist. Die hier zuerst zitierte Sprecherin Lisa, eine ostdeutsche Verkäuferin mit Realschulabschluss, entspricht keineswegs dem Stereotyp der akademischen »Lifestyle-Linken«. Dennoch sind ihr entscheidende Wissensbestände der kulturellen Entkonventionalisierung – wie der zögerlich-distanzierte Umgang mit dem Begriff des »Normalen« oder die Unterscheidung biologischer und sozialer Geschlechtlichkeit zeigen – selbstverständlich geläufig.

Ein weiterer fest verankerter Bezugspunkt ist der Anspruch auf 176 Nicht-Diskriminierung und rechtliche Gleichheit. Wie Studien zeigen, ist die Anerkennung auf der rechtlichen und institutionellen Ebene nicht bloß Ausdruck eines progressiven Einstellungswandels in der

Bevölkerung, sondern sie verstärkt diesen auch selbst. Zu einem gewissen Grad ist der Liberalisierungstrend also auch politisch induziert. Rechtliche Anerkennung verstärkt soziale Akzeptanz, verbleibende Formen institutionellen Ausschlusses fallen ins Auge und werden angreifbar.[57] Etwa wenn Ilko sich aufregt:

> Schon ganz lange wird homosexuellen Männern verwehrt, Blut zu spenden. Weil man sagt »Nein, ihr habt ein sexuell risikobehaftetes Verhalten«. Also, was ist denn mit euch nicht in Ordnung? Ich kann jeden Tag in den Puff gehen, und da fragt keiner nach. Und der ist schwul und ist seit zwölf Jahren mit seinem Mann zusammen – also, was soll das? Das ist Diskriminierung.

Die Normen der rechtlichen Gleichstellung, der Nicht-Diskriminierung oder der permissiven Toleranz gegenüber sexueller Vielfalt sind in Deutschland breit geteilter Konsens und keine Punkte, an denen sich die Gesellschaft im Sinne eines Kulturkampfs spaltet. Eine Selbstpräsentation als tolerant gegenüber Minderheiten, als nicht-rassistisch und aufgeklärt ist heute auch für viele konservativ eingestellte Menschen weitgehend alternativlos. So verschiebt sich die Auseinandersetzung um Diskriminierung und Anerkennung: Es geht nicht mehr darum, ob Abweichungen toleriert werden können, sondern eher darum, wo die *Grenzen* der Erlaubnistoleranz liegen und an welche Verhaltensanforderungen die Duldung durch die Mehrheitsgesellschaft geknüpft ist. Denn obwohl die Erlaubnistoleranz sich libertär gibt (»Sollen alle machen, was sie wollen«), impliziert sie ein Machtverhältnis, weil stillschweigend klar ist, dass es die *Mehrheit* ist, die einer Minderheit einräumt, nach eigener Maßgabe leben zu dürfen, solange sie selbst davon nicht gestört wird.

Am konservativen Pol des Spektrums wird eine solche Störung
177 schon wahrgenommen, wo Homosexualität nicht als private Abweichung erscheint, sondern in der Öffentlichkeit Anerkennung sucht. Der Berliner Rentner Rüdiger etwa sagt über Schwule:

> Es ist nicht gerechtfertigt, dass die sich so sehr produzieren in der Gesellschaft. Als seien die was ganz Besonderes. Das sind sie nicht. Die können ihr Leben leben, wie sie

> es für richtig halten, und dann ist okay. Sie müssen sich doch nicht so in der Öffentlichkeit präsentieren, so schrill und so übertrieben und angeberisch und so sexuell animierend. […] Von mir aus braucht sich keiner outen, das interessiert mich überhaupt nicht, ob der schwul ist oder nicht. Das sind Sachen, die gehören eigentlich nicht in die Öffentlichkeit.

Mit dem homophoben Gemeinplatz der »schrillen« Selbstdarstellung wird hier schwules Leben als störender Missklang gebrandmarkt. Fußt die Erlaubnistoleranz auf *negativen* Freiheitsrechten, die durch Indifferenz gewährt werden, wird eine *positive* Anerkennung abgelehnt oder als überdehnt empfunden. Homosexuelle können im Privaten geduldet werden, in der Öffentlichkeit sollen sie nicht als Besondere erscheinen.

Wie verschiedene Studien zeigen, ist Rüdigers Verständnis von Toleranz durchaus weit verbreitet. Immerhin 38 Prozent der Deutschen gaben noch 2017 an, dass es ihnen unangenehm sei, wenn sich zwei Männer in der Öffentlichkeit küssten, 40 Prozent wäre es nicht recht, wenn ihr Sohn sich als schwul outete.[58] Während formale Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung bejaht werden, bleiben informelle Rechte wie das des öffentlichen Auslebens gleichgeschlechtlicher Zuneigung noch stärker von Ungleichheit geprägt; trotz rechtlicher Verbesserungen kommt es weiterhin zu subtilen Formen der Privilegierung und Abwehr.[59] Das subtile Unbehagen an nicht heteronormativen Lebensformen, das sich in der Abwehr als »aufdringlich« oder »zu weit gehend« äußert, markiert heute die bewegliche Front von Debatten um Diversität und Homophobie.

178 Im Kontext eines klaren Mastertrends der Liberalisierung erscheint die Ablehnung öffentlicher Anerkennung tendenziell als Rückzugsgefecht, sie bleibt aber durchaus eine Quelle für scharfe Kontroversen. In unserer eigenen Befragung wird die Wahrnehmung einer »übertriebenen Toleranz« gegenüber sexuellen Minderheiten immerhin von einem Drittel geteilt (48 Prozent sehen explizit keine solche »Übertreibung«, und 18 Prozent sind unentschieden). Gerade dieses Thema polarisiert auch relativ stark: Der Polarisierungsindex hebt sich deutlich von den entsprechenden Werten für die Zustimmung zur Homo-Ehe, zum gleichen Adoptionsrecht und zur Anerkennung von Transgender-Personen ab

(Abbildung 5.2). Die Ablehnung der öffentlichen Thematisierung sexueller Diversität, die hier mitschwingt, drückt Supermarkt-Verkäuferin Natascha aus, wenn sie sagt:

> Ganz ehrlich, ich finde es ein bisschen überzogen, was die Menschen machen. Egal, wo man heutzutage hinguckt – gerade auf Instagram –, du siehst halt leider nur noch Schwule und Lesben. Dann soll hier das Stadion in Regenbogenfarben leuchten und dann da. Ich find es schon gut, dass die bisschen die Öffentlichkeit suchen […]. Aber es ist auch manchmal einfach zu überspitzt. Ich sage ja auch nicht, weil ich jetzt hetero bin, möchte ich bitte, dass das Stadion in Lila leuchtet oder so.

Das öffentliche Feiern von Diversität erscheint als ungebührliche Privilegierung einer partikularen Gruppe (»Ich sage ja auch nicht …«). Skeptiker stellen die Besonderung sexueller Minderheiten überdies als Widerspruch zur Gleichheitsnorm dar: Die Hervorhebung durch Symbole von homosexuellen und Transgender-Communities stehe im Gegensatz zum Anspruch, wie alle anderen zu sein. »Das ist ja alles sehr widersprüchlich«, sagt Kinderpflegerin Marlene über die Forderung eines gesonderten Zeitslots für Transpersonen in Schwimmbädern, »die wollen Gleichberechtigung haben und alles. Wollen 179 *dann* aber auch eigene Zeiten zum Schwimmen haben, weil sie ja doch nicht gleich sind.«

Gleichheit bedeutet gemäß dieser Vision *Nichtmarkierung*, also eine Form der Gleichbehandlung durch *Nichtunterscheidung* – ganz im Gegensatz zur Vision einer Umwertung existierender Anerkennungsordnungen durch das öffentliche Zelebrieren von Diversität oder der umfassenden Korrektur existierender Ungleichheiten. In dieser Logik dreht sich das Vorzeichen der Anerkennung um: Weil Gleichbehandlung als Blindheit gegenüber allen Gruppenzugehörigkeiten verstanden wird, erscheint die Thematisierung von Unterschieden selbst als Form der Ungleichbehandlung: die öffentliche Hervorhebung sexueller Minderheiten ist dann selbst Diskriminierung, antirassistische Kritik an der »weißen Mehrheitsgesellschaft« selbst rassistisch und so weiter. Nur die Dethematisierung, so die implizite Annahme, erlaubt es der

Gesellschaft, sich an Abweichungen zu gewöhnen. Dies sei auch für die Betroffenen selbst besser:

> Josef: Ich glaube, die [LGBT-]Menschen, die wollen gar nicht so auffallen. Ich glaube, dass die Politik da den Fehler macht, da viel zu viel drauf Wert zu legen. […] Die wollen nur in Ruhe da machen, und die Gesellschaft gewöhnt sich schon da dran. Man muss da gar nicht so viel polarisieren. […]
> Marlene: Das Schlimme ist ja, dass die Aufmerksamkeit so dadrauf gezwungen wird, dass die Menschen auch gar kein Bock mehr drauf haben.

Wie in Marlenes Statement angedeutet, führt diese Alltagstheorie in der Extremform zu einer Art Schuldumkehr, der zufolge es das öffentliche Auftreten von Schwulen, Lesben und Transpersonen ist, das Intoleranz erst provoziert. Eine ähnliche Fokussierung findet statt, wenn die Grenzen der Anerkennungsbereitschaft markiert werden, indem man Normverletzungen in den Vordergrund rückt (ausführlicher dazu auch Kapitel 7). In der Berliner Diskussionsgruppe mit 180 Angehörigen der oberen Mittelschicht etwa werden sich die Teilnehmenden zunächst emphatisch einig, dass niemand wegen seiner oder ihrer Sexualität ausgegrenzt werden dürfe. Dann wirft der Berufsschullehrer Ludwig ein:

> Um auch mal ein bisschen was Kontroverses reinzubringen: Ich habe eine Zeit lang in [Berlin-]Schöneberg gearbeitet. Das ist ja der Regenbogen-Kiez. Und ich sage mal zur Sommerzeit, wenn da auch die Touristen kommen, dann war da jedes Wochenende Love Parade. Also wenn ich da wohnen müsste … dann würde ich meine Kinder abends von der Straße holen. Das sind teilweise Anblicke, die finde ich dann schon wieder …
> Martina: Zu drüber. [lacht]
> Karin: Ja. Man zeigt sich gerne. […]
> Ludwig: Ja genau. Alte Männer in Hosen, wo man mehr sieht, als versteckt wird …
> Charlotte: … oder Leute an der Leine oder so. Also solche Sachen … das ist halt … ist halt schwierig, wenn man Kinder hat. Man möchte sie ja nicht unbedingt von so was fernhalten. Aber nicht alles muss jederzeit ersichtlich sein. Nicht alles muss man so klar nach außen tragen.

In der Art und Weise, wie die Grenzen des Akzeptablen hier ausgeflaggt werden, zeigen sich durchaus Elemente einer subtilen, modernisierten Homophobie; etwa indem Homosexualität als Entscheidung für einen

abweichenden Lebensstil dargestellt oder ein Unbehagen im Umgang mit Homosexuellen ausgedrückt wird.[60] Die Grenzen ostentativer körperlicher Zuneigung werden anders gezogen als bei Heterosexuellen. Auffällig ist zudem, dass derlei Verhandlungen sexueller Diversität häufig auf Kinder verweisen. »Es ist mir egal, solange es nicht an Kinder geht oder an Tiere«, sagt etwa Anna mit einer Wendung, die jener ähnelt, die der heutige CDU-Chef Friedrich Merz im Jahr 2020 bemühte. Als Verkörperungen von 181 Schutzbedürftigkeit und Unschuld sowie als Subjekte der normativen Erziehung sind Kinder eine Art Refugium des traditionellen Verständnisses der Integration über moralischen Konsens. Die Sorge um Kinder erlaubt es, auf moralische Verhaltensregeln zu pochen, ohne aus dem Konsens der Erlaubnistoleranz auszuscheren.

Respekttoleranz

Während in vielen der eben zitierten Statements die Perspektive der Mehrheit zentral gesetzt wurde und eine (begrenzte) Duldungsbereitschaft sowie eine Relativierung der Diskriminierung zum Ausdruck kam, steht bei ungleichheitskritischen Interventionen in der Wir-Sie-Arena meist die Sichtweise und das Erleben der betroffenen Minderheiten selbst im Mittelpunkt. Mit Norbert Elias und John Scotson[61] kann man von einer Privilegierung der *Außenseiter-* statt der *Etabliertenperspektive* sprechen. Die Sprechenden mahnen dann häufig mehr Empathie mit den Betroffenen an. Angehörige sexueller und geschlechtlicher Minderheiten – aber ebenso Menschen, die von Rassismus betroffen sind – erscheinen vor allem als Opfer und Leidende und werden personalisiert, indem man Beispiele im unmittelbaren Freundes-, Bekannten- und Familienkreis anführt. Reinigungskraft Linda etwa erzählt sichtlich bewegt:

> LGBTQ-Leute haben ja so viele psychische Probleme, Probleme, sich zu outen oder damit umzugehen. Ich kenne auch welche – ach, das regt mich schon wieder so auf.

> Also, das sind von meinem Sohn Bekannte. Und ich liebe die total. Die haben es so schwer. Das ist wirklich ganz schlimm.

Die Deutschitalienerin Mareike zitiert Momente der ethnischen Diskriminierung aus ihrem eigenen Erleben:

> 182 Ich habe die Erfahrung gemacht, wenn die Leute glauben, so vom Aussehen, ich wär türkisch, dann ist man mir gegenüber eher abgewandt. Und wenn ich dann sage, »Ich komm ja aus Italien«, dann heißt es, »Ah, aus Italien! Ja, lecker. Toll«, und dann sind wir auf einmal Best Friends.[62]

Auch der bereits zitierte Postbote Josef spricht in einer Diskussion über separate Toiletten für Transpersonen Erlebnisse an, die eine Freundin seiner Tochter im Zuge ihres Transitionings machte:

> Ich hab früher auch über dieses Toilettenproblem gelacht. Aber ich kenne jetzt zufällig jemanden, von meiner Tochter eine gute Freundin – ich sage mal eine gute Freundin, es ist eigentlich ein Freund. Der das ganze Programm durchhat. Der sagte mir: »Es gibt nichts Schlimmeres. Ich habe nur noch Schaulaufen in der Öffentlichkeit.« Das ist einfach nur grausam. Weil ich mir vorstelle, dass die Leute wahrscheinlich mit den Fingern auf sie zeigen. Und daher kommt vielleicht dieser Wunsch: »Ich hätte gern eine eigene [Toilette].«

Neben dem Bericht von einem Sinneswandel im Zuge persönlicher Kontakte ist auch hier wieder die Instabilität der Kategorien interessant, wenn Josef auf der Ebene der Pronomen zweimal zwischen »eigentlichem« und De-facto-Geschlecht der Protagonistin seiner Geschichte wechselt. Auch wo offizielle gendersensible Sprachregelungen abgelehnt werden (siehe unten und Kapitel 7), werden sie in Bezug auf eine individuelle Person respektiert.[63] Hier zeigt sich ein zentraler Pfad der alltagsweltlichen Normalisierung einstmals ausgegrenzter Gruppen. Enger sozialer Kontakt mildert Vorurteile ab und fördert Verständnis.[64]

Ein Extremfall der Zentrierung auf die Außenseiter- oder Betroffenenperspektive findet sich in einer Aussage der Grundschullehrerin Ulrike, die argumentiert, nur Transgender-Personen selbst sollte 183 erlaubt sein, transsensible Sprachregelungen zu erörtern: »Wir dürften das hier eigentlich gar nicht diskutieren. Solange nicht sich

einer von uns dieser Gruppe angehörig fühlt, dürften wir gar nicht darüber urteilen und darüber reden. Wir müssten eigentlich die Leute selbst fragen.«

Die progressive Erweiterung der Erlaubnistoleranz lässt sich mit Rainer Forst als *Respekttoleranz* bezeichnen. Hier geht es nicht bloß darum, Abweichungen zu dulden. Stattdessen werden andere als »autonome Autoren ihres eigenen Lebens« und moralisch und ethisch Gleiche anerkannt.[65] Die Entscheidung darüber, was zu tolerieren ist, liegt hier nicht mehr bei der »Mehrheitsgesellschaft« oder der dominanten Kultur. Zudem werden Forderungen nach einer egalitären *öffentlichen Umwertung* unterstützt. Vielfalt wird nicht bloß geduldet, sondern positiv als Bereicherung und Fluchtpunkt einer modernen, fortschrittlichen Gesellschaft angesehen (»Wir haben das Jahr 2022«, wirft eine Teilnehmerin in diesem Sinne als selbstverständliche Chiffre ein).

Ansprüche auf Gleichbehandlung erscheinen in dieser Toleranzkonzeption nicht als abzuwägende Forderungen betroffener Gruppen, sondern werden zum zentralen Bestandteil des *eigenen* Ethos. Buchhalterin Mareike etwa berichtet an einer bemerkenswerten Stelle: »Das Erste, was ich zu meinem Vater sagte, als mein Kind geboren wurde, war: ›Und wenn der schwul ist, ist super so!‹ Und er sagte, ›Ja, doch, ist super.‹ Also meine Eltern, die habe ich mittlerweile so weit reformiert [lacht].«

Wie die Verortung in einem sehr persönlichen und sakralisierten Setting – der Geburt des eigenen Kindes – und der quasi-pädagogische Impetus des »Reformierens« anderer anzeigen, erscheint die Erweiterung der Anerkennungsbereitschaft als Mission für das eigene Handeln im Nahumfeld. Auch hier tauchen Kinder als wichtige Bezugspunkte auf, etwa wenn Ulrike sagt:

184 Es ist wichtig, richtig und wichtig, dass Kinder damit aufwachsen, dass es eine Diversität an Menschen gibt. Und dass es eben nicht nur weiße Väter und weiße Frauen gibt. Versuche mal ein diverses Kinderbuch zu finden, wo Menschen mit Behinderungen zu finden sind. Genauso wie farbige Menschen, Transgendermenschen – das ist total schwierig. Und das wird Kindern vorgelebt. Es fängt schon an, wenn

> man schwanger ist, dass man gefragt wird »Wird es ein Junge oder Mädchen?«. Dann müsste man eigentlich sagen »Ich weiß es nicht«. Weil prozentual ist es so, dass eben auch Transgender geboren werden. Da kann das äußerliche Geschlecht noch überhaupt nicht sagen, ob es sich zu einem Mädchen oder zu einem Jungen dazugehörig fühlt.

Eine öffentliche Umwertung wird als wichtiges gesellschaftliches Großprojekt beschrieben, das – vielleicht informiert durch den beruflichen Hintergrund der Sprecherin als Grundschullehrerin – in der pädagogischen Sphäre des Lesens und Lernens von Kindern verortet wird. Die Veränderung der Anerkennungsverhältnisse soll so weit gehen, dass es keine Hierarchisierung von Lebensformen mehr gibt.

In Ulrikes Statement zeigt sich auch ein anderes Gleichheitsverständnis als das zuvor erwähnte der Nichtmarkierung und Kategorienblindheit. Ganz im Gegenteil wird hier dafür plädiert, kategoriale Unterscheidungen zwischen Homo und Hetero, Cis und Trans, Schwarz und Weiß, mit und ohne Behinderung aufzugreifen und im Sinne einer größeren symbolischen Repräsentanz diskriminierter Minderheiten *umzuwerten*. Man könnte das in Absetzung von einem rein formalen Gleichheitsverständnis, das Rechtsgleichheit fordert, als kompensatorischen Ansatz verstehen, der vergangenes Unrecht ausgleichen und unterschiedliche Lebensformen sichtbar machen möchte.[66] Ungleichheit und Diskriminierung werden hier nicht auf individuelle Akte der Intoleranz beschränkt, sondern als strukturelles Muster der Unterprivilegierung verstanden, das nur durch dauer 185 haftes kompensatorisches Gegensteuern auch auf der institutionellen Ebene aufgebrochen werden kann.

Quoten und Sprachregelungen

Abbildung 5.3 zeigt die Einstellungen zu einer Reihe von Maßnahmen, die aus einem solchen Verständnis heraus vorgeschlagen wurden, um zum

Abbau sexistischer und rassistischer Diskriminierung beizutragen. Sie umfassen Geschlechterquoten bei Stellenbesetzungen, sprachliche Reformen im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit, die Änderung von Straßennamen mit rassistischen Bezügen sowie die öffentliche Thematisierung von Rassismus und Sexismus. In Sachen Geschlechterquoten ist das Meinungsbild durchmischt. 44 Prozent befürworten derartige Maßnahmen, ein Drittel lehnt sie ab. Innerhalb der Wir-Sie-Arena handelt es sich damit um eine der am stärksten polarisierten Fragen.

Ebenso steht der mehrheitlichen Wahrnehmung rassistischer Diskriminierung gegen Schwarze eine Zurückhaltung bei der Thematisierung von Rassismus in den Medien gegenüber. Immerhin ein Drittel meint, das Thema nehme dort zu viel Raum ein. Ähnlich groß ist der Anteil derer, die dem folgenden, an die #MeToo-Debatte angelehnten Statement zustimmen: »Die aktuellen Sexismus-Diskussionen, bei denen das Verhalten von Männern gegenüber Frauen kritisiert wird, finde ich übertrieben.« Auch diese Items sind relativ stark polarisiert. In der Diskussion über Straßennamen schließlich überwiegt der Anteil derer, die Umbenennungen wegen rassistischer Bedeutungsgehalte für »übertrieben« halten. Diese empirischen Muster legen nahe, dass Diskriminierung zwar durchaus als Problem anerkannt wird, dass aber zugleich bei einem substanziellen Bevölkerungsanteil weit weniger Bereitschaft besteht, sich mit dem Thema zu konfrontieren oder ihm durch strukturelle und symbolpolitische Maßnahmen beizukommen.

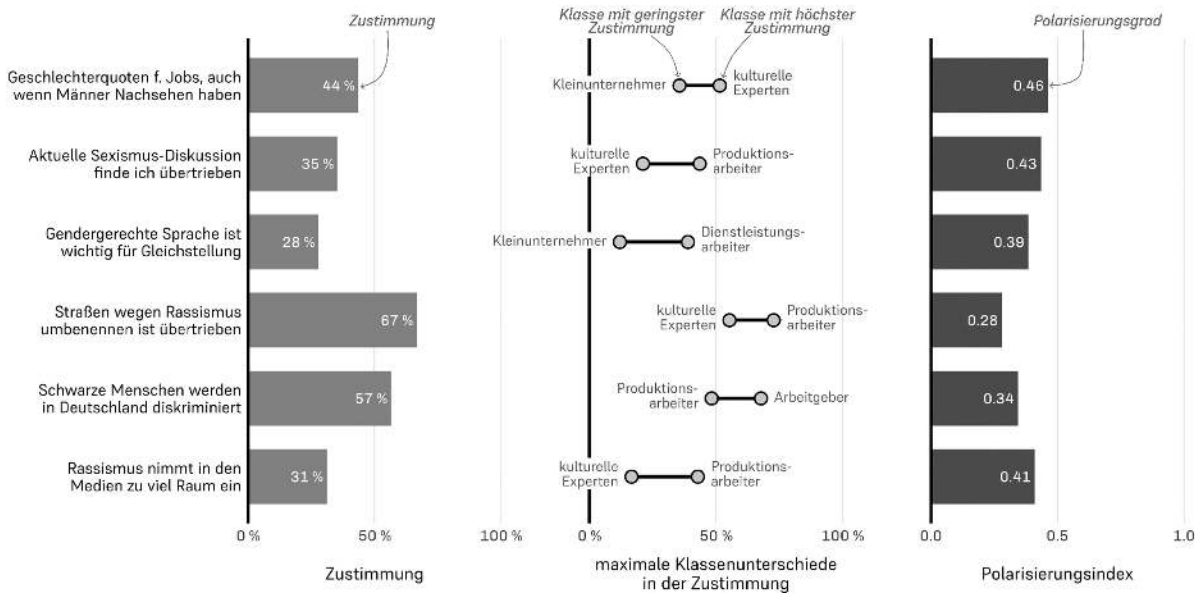


Abb. 5.3: Einstellungen zu Wir-Sie-Ungleichheiten (Sexismus und Rassismus)

Anmerkung: Zustimmung gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Fehlend zu 100 Prozent: »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme eher nicht zu«, »teils/teils«. Für den Polarisierungsindex wurden auch die feinen Abstufungen einbezogen. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

187 Geschlechterquoten sind eine gängige Forderung, die auf dem strukturell-kompensatorischen Verständnis aufbaut. Aufgrund des sehr langsamen und oftmals enttäuschenden Wandels hin zu einer stärkeren Repräsentation von Frauen oder ethnisch diversen Personen in Führungsetagen gelten Quoten – bei gleicher oder vergleichbarer Qualifikation – als wirksames Gegenmittel. Die Übersetzerin Barbara bekräftigt ihre Nützlichkeit. Unter Gebrauch des US-amerikanischen Akronyms BIPOC (Black, Indigenous, People of Color) sagt sie:

> Der alte weiße Mann als Dominierender muss in unserer Gesellschaft endlich ausgedient haben. Da müssen Frauen hin. Da müssen BIPOC People hin. Es gibt wirklich viele Gesellschaftsgruppen, die nicht in der Öffentlichkeit dominant sind.

Auch die Altenpflegerin Aliyah argumentiert: »Es ist schon wichtig, da jemanden zu haben, der das Thema relevant hält. […] Weil Leute, die betroffen sind, noch mal eine andere Dringlichkeit darin sehen.«

Andere Teilnehmende wehren Quoten hingegen stark ab. Sie erscheinen ihnen als überzogenes Instrument, das dem Leistungsprinzip widerspricht und ungerechte Benachteiligungen für nicht quotierte Gruppen bedeutet. »Bei der Bundeswehr soll jetzt 10 Prozent Frauenanteil sein«, berichtet etwa die Verkäuferin Lisa über ihren ehemaligen Arbeitgeber,

> was glaubt ihr, was für Idiotinnen da eingestellt worden sind. Die hätten niemals die Zulassung geschafft, hätte man die Quote nicht gehabt. Ich find das total bescheuert. […] Es geht um Leistung und nicht um das Geschlecht. Es ist mir doch völlig egal, was derjenige ist oder mit was der sich identifiziert. Der muss, der muss das genauso leisten wie Weibchen, Männchen oder Trans – ist doch wurscht.

188 Was den Befürwortern als kompensatorische Korrektur gilt – Linda: »die werden sonst nur wegen Vorurteilen nicht eingestellt« –, wird von den Gegnern als ungerechtfertigte Bevorzugung hinterfragt. In einer Figur, die gewissen Verdächtigungen gegenüber Migrantinnen und Sozialhilfeempfängern in den letzten Kapiteln nicht unähnlich ist, wird befürchtet, dass Gruppen sich vor Leistungsanforderungen drücken und sich ungerechtfertigte Vorteile verschaffen. So insinuiert Rüdiger: »Die Frauen träumen nur davon, in den oberen Etagen zu sitzen. *Da* wollen sie ihre 50-Prozent-Quote haben. In der Politik und in den Führungsebenen.« Ironisierend schlägt er im Gegenzug eine Quote unter Dachdeckern und Gerüstbauern vor, »da gibt es auch viel zu wenig Frauen [lacht]«. Leistungswillige und besser Qualifizierte hätten das Nachsehen gegenüber Minderheiten, die mit Sonderrechten ausgestattet würden. In diesem Sinne greift etwa der einfache Angestellte Torsten den Faden einer Diskussion zu Transquoten auf, um von einer misslungenen Bewerbung zu berichten:

> Die Leute, die können ihr Leben leben, ich habe nichts dagegen. Aber warum sollen die noch bevorzugt werden? Ich hatte mich mal beworben als U-Bahn-Fahrer. Ich habe vorher auch mal Elektroloks gefahren, das ist ja nun sehr verwandt. Habe mich da beworben. Und dann sagte der mir, »Haben Sie das nicht gelesen? U-Bahn-Fahrer*innen*«. Na, sag ich, »steht doch jetzt immer -innen hinter«. »Nein, das ist extra ausgeschrieben worden, vom Senat für Frauen, Kinder, Jugend und so weiter. Da können Sie sich 'n Röckchen anziehen, Sie kriegen den Job nicht.« [Rüdiger: Da hätte

ich geklagt.] Und hätte ich gesagt, »Ich habe den Job nicht gekriegt, weil ich schwul bin«, dann hätten die mir den Job sofort gegeben. Sonst gäb's da Klagen über Klagen.

Eine ähnlich kontroverse Dynamik entfaltet sich im Zuge des Kampfes um Anerkennung und Nicht-Diskriminierung im Zusammenhang mit der Sprache. Einer weitverbreiteten Sichtweise zufolge ist sie von 189 größter Bedeutung bei der Gestaltung einer diskriminierungsfreien Welt, weil sie präge, wie wir die Welt sehen.[67] Seit der Frauenbewegung der siebziger Jahre wurde etwa verstärkt dafür sensibilisiert, dass die deutsche Sprache nicht nur einen androzentrischen Bias hat, der sich unter anderem in veralteten Anredeformen und Berufsbezeichnungen niederschlägt, sondern dass sprachliche Formen der Nichtbeachtung und Diskriminierung Dominanzverhältnisse reproduzieren, wobei die Kritik am generischen Maskulinum als vermeintlich »geschlechtsneutraler« Sprachform oft im Mittelpunkt steht.[68] Sprachpsychologische Untersuchungen widmen sich der Frage, inwieweit das generische Maskulinum zu stark auf Männer ausgerichteten Vorstellungen führt und welche Möglichkeiten es gibt, dies durch geschlechtergerechte Formulierungen zu verändern.[69] Im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte sind von politischer Seite, aber auch in öffentlichen Institutionen, Verbänden und Unternehmen vielfältige Maßnahmen ergriffen worden, um einen Wandel hin zu einer geschlechtergerechten Sprache zu fördern.

Gendergerechte Sprache gilt als spaltendes Thema, das sowohl bei Befürwortern wie auch bei Gegnerinnen leidenschaftliche Reaktionen hervorruft. Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey weisen darauf hin, dass die Ablehnung möglicherweise »eine Reaktion auf die Verunsicherung von Handlungsroutinen« sei und neue Sprachnormen somit als Einschränkungen von Freiheiten wahrgenommen würden.[70] Eine solche Dynamik wird in der folgenden Passage deutlich:

Moderator: Ein Thema, was zumindest in den Medien immer wieder bespielt wird, ist ja auch der Genderstern.
Natascha: Was ist das?
Fred: Was für ein Stern?
Marlene: Judenstern, oder was? [lacht]

Moderator: Nein, das ist, wenn man zum Beispiel sagt [führt vor] »Lehrer … innen«.
Fred: Das verstehe ich nicht.
190 Hilde: Furchtbar diese Sprache.
Werner: Das ist absoluter Bullshit.
Marlene: Das meine ich. Da wird übertrieben. Da wird richtig übertrieben. Das gibt es seit Jahren, und seit Jahren interessiert es keinen, und dann auf einmal …
Hilde: Genauso wie Studenten, die heißen jetzt alle Studierende. Ich bleibe bei meinem Deutsch. Ich glaub, ich spinne. Also … furchtbar, diese Sprache. Nervt mich total. Alles, was ich gelernt habe, ist jetzt auf einmal falsch? […]
Werner: Ich persönlich tue mich da sehr schwer mit. […] Vorher hat es auch niemanden gestört. Wenn jemand gesagt hat, der ist schwul oder der ist lesbisch oder wie auch immer. Aber, dass man das in der Öffentlichkeit so aufbauscht und jetzt eine neue Sprache finden muss – das versteh ich nicht.

Interessant ist hier, wie die geforderte Verhaltensänderung als biografische Zumutung empfunden wird: In der Aussage der Rentnerin Hilde, »Alles was ich gelernt habe, ist jetzt falsch?«, kommt die Befürchtung zum Ausdruck, die Abkehr vom Gewohnten gehe mit einer Entwertung der eigenen sozialen und sprachlichen Kompetenz einher. Die gewandelten Anforderungen erscheinen als zutiefst unnatürlich, weil sie Konventionen obsolet machen, die von den Sprechenden beherrscht und so als symbolisches Eigentum verstanden werden (»mein Deutsch«).

Wer sprachliche Änderungen ablehnt, führt dabei oft das Argument an, dabei handele es sich nicht um ein ernst zu nehmendes politisches Thema. Im Vergleich zu »echten Problemen« seien Bemühungen in diesem Bereich, in den Worten des Polizisten Ilko, »Pillepalle«. Kassiererin Lisa bemerkt: »Mein Gott, was habt ihr denn für Probleme, wenn ihr sonst keine habt?« Die Buchhalterin und Linke-Wählerin Mareike meint: »Solange wir ein Gender-Pay-Gap haben, ist es mir scheißegal, ob man mich mit anspricht.« In den folgenden Formulierungen des Berufssoldaten Christian kehren zudem Argumente wie 191 der, die uns bereits im Zusammenhang mit der Beschränkung geschlechtlich-sexueller Fragen aufs Private begegnet sind:

Wir verschleppen Probleme, weil wir uns darüber aufregen, dass man nicht richtig gendert oder dass man irgendwie eine dritte Toilette braucht. Demnächst brauchen wir

> eine vierte! Heute bin ich das und heute bin ich das und morgen bin ich wieder das. Kann ja jeder machen, wie er möchte. Aber das sind in meinen Augen keine Streitthemen. Wenn jemand schwul ist, ist der schwul. Okay. Wenn jemand lesbisch ist, ist der lesbisch. Wenn jemand heute das und morgen das – ist völlig okay. Aber das muss man doch nicht die ganze Zeit breittreten.

Hier wird deutlich, wie eng verschiedene Aspekte der Diskussion verschränkt sind. Im Kontext des Genderns finden sich viele der oben für Fragen der LGBT-Akzeptanz rekonstruierten Muster wieder: die Irritation über Begriffsneuerungen, die Wahrnehmung einer zu Unrecht in die Öffentlichkeit gezerrten Thematik sowie die Abwehr »übertriebener« Forderungen und einer vermeintlichen Hypersensibilität. Zentral ist das Gefühl, bei der Bestimmung von Diskriminierung würden willkürliche Maßstäbe angewendet. Dass Begriffe über Jahrzehnte unproblematisiert blieben, ist dann ein klarer Ausweis dafür, dass sie »niemanden stören«. Die heutige Problematisierung kann somit nicht von legitimen Diskriminierungserfahrungen ausgehen, sondern muss eine Modeerscheinung oder von Aktivismus getrieben sein.

Dieser Argumentation widerspricht der Ingenieur Georg vehement:

> Ich habe den Eindruck, dass das, wofür man heute Gegenwind kriegt, auch früher schon total asi, scheiße, rücksichtslos, intolerant war […] Aber heute stellt halt jemand fest, »Das beleidigt mich«. Und früher hat es keiner gesagt. Da hat sich keiner be 192 schwert. Und heute gibt es halt jemanden, der was dagegen sagt.

In starkem Kontrast zur vorherigen Passage wird die gesteigerte Sensibilität für sprachliche Diskriminierung hier als Folge einer willkommenen Ermächtigung der Betroffenengruppen verstanden. Die vermeintliche Natürlichkeit sprachlicher Konventionen erscheint als ein Symptom von Herrschaft, die unangefochten und deshalb unsichtbar bleibt (siehe auch Kapitel 7). Zu ganz ähnlichen Auseinandersetzungen kommt es auch in Bezug auf rassistische Begriffe in der Alltagssprache. So sagt Carmen:

> Ich bin selber ein sehr offener Mensch und habe immer gedacht, ich erziehe auch meine Kinder offen. Und als mein Sohn das erste Mal einen Schwarzen gesehen hat –

> bzw. ich darf nicht »schwarz« sagen. Farbig. Auf jeden Fall sagt er zu ihm – er war drei – »Hast du dich nicht gewaschen?« Und das war mir so unangenehm, *so*, so unangenehm.

Wir begegnen erneut einer Kombination von Selbsthinterfragung, Scham und Kategorienunsicherheit (»Ich darf nicht ›schwarz‹ sagen«).[71] Des Weiteren findet sich auch hier eine Herangehensweise, in der die Akzeptanz von Diversität als Erziehungsproblem thematisiert und scheinbar unschuldige Alltagsszenen als Chiffren rassistischer Diskriminierung erkannt werden.

Im Gegensatz dazu – und wiederum analog zur Diskussion um Gendersternchen und andere Sprachkonventionen – sieht der Koch Hans-Peter die Problematisierung rassistischer Begriffe als Auswuchs einer übertriebenen politischen Korrektheit:

> Ich sage ganz ehrlich, ich passe auf der Arbeit auf, was ich sage. Es ist einfach so. Man muss aufpassen. Muss ja politisch korrekt sein. Aber im Prinzip ist für mich ein [N-]Kuss ein [N-]Kuss und das 193 [Z-]Schnitzel ist ein [Z-]Schnitzel. Nä? Das kenne ich seit 46 Jahren. Wenn ich jetzt [N-]Kuss sage, beleidige ich ja niemanden, für mich jetzt, gefühlt nicht. Nä? Ich esse mein [Z-]Schnitzel, meine [Z-]Wurst. Meine [Z-]Soße. Und Leute sagen, dass ich aufpassen muss, wie ich mich ausdrücke. Das finde ich falsch.

Hans-Peter ist einer der wenigen Befragten unserer Fokusgruppen, der offen angibt, die AFD zu wählen; doch seine Haltung wird ganz ähnlich von einer ganzen Reihe von Diskutanten zum Ausdruck gebracht (siehe auch Kapitel 7). In den Augen Birgits, einer Angestellten aus einem Berliner Vorort, besteht der eigentliche Rassismus darin, dass bestimmte Begriffe als beleidigend wahrgenommen werden: »Das Schlimme ist, *die* denken ja so. Die, die sagen, ick darf kein [N-]Kuss mehr sagen, *die* denken ja so. Weil sonst würden sie sich ja nicht so 'ne Gedanken machen.« Wiederum findet sich hier eine Vorstellung der Kategorienblindheit als impliziter Horizont der Gleichstellung. Rassistisch ist eine Äußerung nur, wenn sie mit der bösen Absicht einer abwertenden Unterscheidung getätigt wird. Wo diese nicht vorliegt, ist der

Rassismusvorwurf fehl am Platz. Aliyah widerspricht dieser Logik, indem sie bemerkt: »Man kann nicht selber entscheiden, was eine andere Person beleidigend findet. Wenn man darauf angesprochen wird, sollte man darauf Rücksicht nehmen.«

Interessant sind in diesem Kontext auch die Diskussionen über die Überschrift zu einem Artikel, der sich mit der Repräsentation von Frauen und Nicht-Weißen im Fernsehen beschäftigt: »Weiße Männer machen Fernsehen«. »Ich fühle mich da bisschen beleidigt«, zeigt Torsten sich provoziert. »Ich bin ja nun alter weißer Mann. Wenn sie immer sagen ›Alte weiße Männer beherrschen die Welt‹, fühle ich mich da ehrlich gesagt beleidigt. Das ist doch auch Diskriminierung.« In einer Form von Mimikry kategorisiert Torsten sich hier selbst als Mitglied einer ethnischen und geschlechtlichen Gruppe, um so den Vorwurf umzudrehen. Wie auch in anderen Diskussionen wird die Markierung von »Weißen« als Ungleichbehandlung abgewehrt. Wenn 194 zum Zweck der Nichtdiskriminierung bestimmte kontaminierte Ausdrücke aus dem Wortschatz gestrichen werden sollen, so die Logik, darf es auch keine negative Kategorisierung gegen Weiße geben. »Wir benennen alles um, weil es alles diskriminierend ist – aber dann wird so eine Schlagzeile gemacht.« (Anna) Auch hier steht implizit wieder ein Ideal von Gleichstellung als *Nichtmarkierung* im Hintergrund. Diskriminierung endet, so die implizite Annahme, wo nicht mehr über Unterschiede gesprochen wird.

Exklusive Inklusivität?

In einer eher unscheinbaren Randbemerkung der oben zitierten Diskussionspassage über korrekte Schreibweisen wird ein aufschlussreicher *sozialer Subtext* erkennbar: »Verstehe ich nicht«, sagt der Gartenbauer Fred, als der Moderator mit dem Glottisschlag vor dem »-innen« demonstriert, wie der Genderstern gesprochen wird. Als Fred an

anderer Stelle vom Moderator aufgefordert wird, sich zum Thema »Diversität« zu positionieren, winkt er mit den Worten ab, »Das ist mir alles zu kompliziert«. Man könnte vermuten: Je voraussetzungsreicher und je elaborierter sprachliche Veränderungen sind, desto stärker sollte auch die soziale Stufung der Akzeptanz bzw. Ablehnung sein. Mit der Akademisierung identitätspolitischer Diskurse entsteht ein Dilemma der *exklusiven Inklusivität.* Das Ziel der sprachlichen Einbeziehung weiterer Gruppen gerät in Konflikt mit der sozialen Einbeziehung. So ergibt sich das Problem, dass Sprache zwar semantisch einschließen, aber zugleich sozial ausschließen kann. Dies wäre der Fall, wenn auf der einen Seite legitimen Forderungen nach Sichtbarkeit auch in der Sprache Rechnung getragen wird, die veränderten Praktiken aber vor allem durch bildungsmäßig besser gestellte Gruppen eingebracht werden und von anderen als ausschließende und Distinktion erzeugende Sprech- und Schreibweisen – letztlich als Soziolekt – interpretiert werden. In diesem Fall 195 wäre man soziologisch gesehen in einem doppelten Spiel sowohl der sprachlichen Inklusion wie auch der sozialen Hierarchisierung.[72]

Auf einer allgemeinen Ebene stößt die gendergerechte Sprache auf große Vorbehalte in der Bevölkerung: Nur 28 Prozent unserer Befragten bejahen eine Aussage, die man als Kondensierung der Theorie des Gesellschaftswandels durch Sprachveränderung lesen kann: »Eine geschlechtergerechte Sprache, die alle Geschlechter einbezieht, ist ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung« (Abbildung 5.3). Die Ablehnung überwiegt: 56 Prozent verneinen. Wir wissen aus anderen Umfragen, dass hinsichtlich der Varianten des gendergerechten Sprechens und Schreibens große Unterschiede gemacht werden.[73] Das Verwenden der weiblichen und der männlichen Form sowie geschlechtsneutraler Formulierungen wird überwiegend gutgeheißen, die Benutzung von Symbolen wie Sternchen oder der sogenannte »Gender-Gap« hingegen nicht. Die Polarisierung bewegt sich bei unserem sehr allgemein formulierten Item auf einem mittleren Niveau, und der soziale Gradient im Antwortverhalten ist überschaubar. Zwar sind Kleinunternehmer mit einer Zustimmung von nur 12 Prozent besonders skeptisch, die übrigen

Berufsklassen liegen aber vergleichsweise nahe beieinander. Anders als in öffentlichen Diskussionen vermittelt, unterscheiden sich die soziokulturellen Experten kaum von den manuell Tätigen. Selbst Frauen in Wissensberufen sehen die Rolle der gendergerechten Sprache zumindest in unserer Item-Formulierung mehrheitlich skeptisch. Eine Klassenkonfrontation zwischen akademischen Mittel- und einfachen arbeitnehmerischen Schichten zeigt sich hier nicht. Auch bei Quotenregelungen ist die Strukturierung von Einstellungen nach Klassenzugehörigkeit eher schwach.[74]

Wenn Klasse keine große Rolle spielt, ist dann der generationelle Wertewandel ein stärkerer Faktor? Führen Beharrungskräfte und Gewohnheiten seitens älterer Jahrgänge (etwa der in der öffentlichen Debatte oftmals angeführten »Boomer«) vor allem bei ihnen zu einer Zurückweisung sprachpolitischer Veränderungen, während Jün 196 gere eine größere Aufgeschlossenheit an den Tag legen? So einfach liegen die Dinge nicht. Unser durchaus überraschender Befund lautet, dass es in solchen Fragen keinen erkennbaren Zustimmungsbias der jüngeren Kohorten gibt. Es zeigt sich kein klarer oder gar stetiger Kohortentrend oder Alterseffekt. Selbst bei den Hochbetagten über 70 weichen die Antwortmuster nicht wesentlich von der Altersgruppe zwischen 16 und 29 Jahren ab, wobei man hinzufügen muss, dass unsere Frage nicht weiter spezifiziert, welche sprachlichen Innovationen konkret gemeint sind, und dass sich daraus kohortenspezifisch unterschiedliche Assoziationen ergeben könnten.

Angesichts dieser Ergebnisse ist nicht per se zu erwarten, dass sich durch den generationalen Wandel automatisch ein verändertes sprachliches Bewusstsein durchsetzt. Es könnte sein, dass die im öffentlichen Diskurs oft so apostrophierten »Generationenkonflikte« um sprachpolitische Fragen eher engere Milieus der Medien- und Kulturschaffenden betreffen und nicht in die Gesellschaft als Ganzes ausstrahlen.[75] Selbst Geschlechterunterschiede sind in dieser Frage nicht riesig: Männer sind erwartungsgemäß ablehnender als Frauen, aber unter Letzteren lehnen ebenfalls fast 50 Prozent gendergerechte Sprache ab, und

nur knapp ein Drittel schreibt ihr eine wichtige Bedeutung zu. Ein ähnliches Muster ergibt sich im Hinblick auf andere sozialstrukturelle Kategorien. Egal, ob man nach Bildung, Migrationshintergrund, Ost/West oder Stadt/Land unterscheidet, in keiner Gruppe findet sich eine Mehrheit, die die gendergerechte Sprache als wichtigen Beitrag für die Gleichstellung betrachtet.[76]

Die oft vorgebrachte Diagnose einer Klassenspaltung stellt sich aber nicht nur in Bezug auf Sprachregelungen als empirisch revisionsbedürftig heraus, sondern auch in puncto Toleranzbereitschaft. Bezüglich der meisten grundlegenden Fragen rund um Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung sind die Unterschiede zwischen Klassen und Bildungsgruppen überschaubar. So beschränken sich die oben erwähnten Problemwahrnehmungen nicht auf Gebildete oder eine vermeintlich »woke« Mittelklasse. Zwar ist der Anteil derer, 197 die rassistische Diskriminierung wahrnehmen, unter den soziokulturellen Experten höher (66 Prozent), aber von den Produktionsarbeiterinnen und -arbeitern stimmt hier ebenfalls etwa die Hälfte zu. Geringe Klassenunterschiede finden sich auch bei der Wahrnehmung homophober Diskriminierung, bei der Zustimmung zur Ehe für alle und der Akzeptanz von Transpersonen. Auch unter Arbeiterinnen und Arbeitern sprechen sich große Mehrheiten für Gleichstellung und Anerkennung aus. Graduelle Unterschiede zu den akademischen Klassen bestehen, sind aber angesichts der großen Zustimmung in beiden Gruppen nicht eklatant: Unter Produktionsarbeitern befürworten 73 Prozent die Anerkennung von Transpersonen, der gleiche Anteil unterstützt die Ehe für alle. Unter den soziokulturellen Experten sind es 91 bzw. 88 Prozent.

Wir können davon ausgehen, dass normative Diffusionsprozesse inzwischen so weit fortgeschritten sind, dass sich Unterschiede zwischen Bildungs- und Statusgruppen zunehmend nivellieren.[77] Dazu passen längsschnittliche Befunde aus den USA, laut denen die Transgender-Selbsteinstufung heute keine Sache der weißen Mittelschichten (mehr) ist und ethnische Zugehörigkeit sowie sozialer Status über die Zeit an

Bedeutung verlieren.[78] Für Deutschland hat unser Kollege Julian Heide gezeigt, dass auch dauerhaft in Armut lebende Menschen nicht skeptischer gegenüber Homosexuellen oder Transpersonen sind als der Rest der Bevölkerung oder bessergestellte Gruppen.[79] Selbst beim sehr kontrovers diskutierten Selbstbestimmungsgesetz ist eine relative Mehrheit dafür, dass jeder Mensch sein Geschlecht selbst festlegen und beim Standesamt ändern kann. Unterschiede nach Bildung und Alter zeigen sich bei diesem Thema nicht.[80] Der in der Vorurteilsforschung gängige Befund, dass es einen Zusammenhang zwischen der Soziallage und der Abwertung von Minderheiten gibt, wird damit nicht ausgehebelt.[81] Es erscheint aber überzogen, für Deutschland von einem grundsätzlichen »Poor White Chauvinism« oder einer im Kern intoleranten Arbeiterklasse auszu 198 gehen.
Diskriminierungswahrnehmung und -kritik sind in allen Klassen präsent.

Die Klassen liegen hingegen weiter auseinander, wenn es darum geht, ob Vielfalt und Andersartigkeit öffentlich zelebriert und ihre Diskriminierung politisiert werden sollten. Besonders Produktionsarbeiter halten eine öffentliche Problematisierung hier für unnötig und das gesellschaftliche Entgegenkommen gegenüber Minoritäten für überzogen. Dies steht im Gegensatz zu den soziokulturellen Experten, die als Phalanx der Antidiskriminierung auftreten. Während diese Berufsklassen in ihrer Zustimmung zur Homo-Ehe relativ nah beieinanderliegen (73 und 88 Prozent)[82], unterscheiden sie sich deutlich bei der Frage, ob es »in Deutschland viele mit ihrer Toleranz für Lesben, Schwule und Transgender-Personen übertreiben« (49 vs. 19 Prozent Zustimmung). Ein ähnlicher Gradient findet sich in Bezug auf die öffentliche Thematisierung von Rassismus. So stimmen nur 17 Prozent der soziokulturellen Expertinnen der Aussage zu, das Thema nehme in den Medien zu viel Raum ein, aber 43 Prozent der Produktions- und fast ebenso viele unter den Dienstleistungsarbeiterinnen. 73 Prozent der Produktionsarbeiter halten es außerdem für übertrieben, aus Gründen des Antirassismus Straßen umzubenennen. Unter kulturellen Experten sind es 55 Prozent.

Sozial strukturierte Unterschiede und Konfliktpotenzial zeigen sich also weniger in allgemeinen Fragen der Akzeptanz und Nicht-Diskriminierung als vielmehr im Hinblick auf die öffentliche Sichtbarkeit und auf Forderungen nach mehr gesellschaftlicher Anerkennung. Bei der Auffassung, es werde zu viel über identitätspolitische Themen gesprochen – und nicht bei der allgemeinen Anerkennungsbereitschaft –, gehen die klassenspezifischen Wahrnehmungen auseinander, und der Grad der Polarisierung steigt. Schlechter gestellte Schichten folgen stärker dem Modell der Erlaubnistoleranz und stehen einer Umwertung der Anerkennungsordnung tendenziell skeptischer gegenüber.[83] In den unteren Schichten geht es eher darum, dass das »Anderssein der Minderheit sich in Grenzen hält und sozu 199 sagen eine ›Privatsache‹ bleibt«[84], in den oberen Rängen wird die symbolische Anerkennung stärker betont. Wir glauben, dass hier der Einstieg in ein komplexeres Verständnis der Wir-Sie-Debatten liegt. Statt separater Anerkennungswelten einer chauvinistischen Arbeiterklasse hier und einer aufgeklärten Mittelklasse da sehen wir eine Gesellschaft, die sich durchweg – wenn auch in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und unter unterschiedlichen Vorzeichen – liberalisiert. Der Streit besteht nicht zwischen »Ja« und »Nein«, sondern zwischen »Ja« und »Ja, aber«, zwischen einer engeren Vorstellung von Toleranz, die eher einem Dulden gleichkommt, und einem erweiterten, auf Respekt und Wertschätzung ausgerichteten Verständnis.

Öffentliche Umwertung oder stillschweigende Eingemeindung?

Abbildung 5.4 zeigt die Struktur von Konsens und Konflikt, wie sie sich aus dem bislang Dargelegten ergibt. Einigkeit besteht über die grundlegende Akzeptanz von Diversität und die Ablehnung von

Diskriminierung. Hier kommt eine Logik der Rechtsgleichheit zum Tragen, der zufolge es keinen Unterschied machen soll, welchem Geschlecht eine Person angehört, was ihre sexuelle Orientierung ist oder welche Hautfarbe sie hat. Uneinigkeit besteht hingegen darüber, wie weitverbreitet Diskriminierung heute noch ist, inwieweit es sich dabei um ein öffentlich-politisches Problem handelt, mit welchen Mitteln Akzeptanz und Nicht-Diskriminierung zu erreichen sind und welche Erwartungen im Gegenzug für die Anerkennung als »Normale« an die betroffenen Minderheiten gestellt werden sollten. Implizit geht es dabei auch darum, ob vorrangig die Perspektive der etablierten Mehrheitsgesellschaft oder die der um größere Anerkennung ringenden Minderheiten eingenommen wird.

Der Kern der Uneinigkeit liegt in dieser Frage: Stellt Diskriminierung ein so drängendes und allgegenwärtiges Problem dar, dass seine
200 Bewältigung proaktives öffentliches Engagement im Sinne der Betroffenen und eine grundlegende Reform des Zusammenlebens erfordert? Oder handelt es sich doch eher um individuelle Restmomente einer weitgehend überwundenen Intoleranz, die sich dadurch auswächst, dass alle eine unvoreingenommene Denkweise bewahren und auch die Minderheiten selbst es mit ihrem öffentlichen Auftreten nicht »übertreiben«? Ist aus ersterem Blickwinkel die Thematisierung von Anerkennungsdefiziten dringend geboten, das öffentliche Zelebrieren von Diversität sowie die Ermächtigung diskriminierter Gruppen eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, erscheint ebendiese öffentliche Problematisierung aus letzterem Blickwinkel als ungerechtfertigt, übertrieben, überflüssig oder einer Normalisierung gar abträglich. Die eine Seite meint eine Anerkennung der Diskriminierten als »Normale« (»so wie alle anderen auch«) sowie eine Vermeidung des Gebrauchs von Gruppenunterscheidungen (Kategorienblindheit und Nichtmarkierung). Der anderen Seite geht es um eine gleiche Anerkennung der unterschiedlichen Gruppen als Besondere unter expliziter Berücksichtigung ihrer Differenz. Steht die Wertschätzung als Besondere und Gleiche somit im Zentrum der progressiven Position in der Wir-Sie-

Arena, erscheint sie am entgegengesetzten, eher konservativen Pol als Hindernis der Normalisierung oder gar als Ursache fortgesetzter Diskriminierung.

> Josef: Ich glaube, dass Schwule und Lesben angekommen sind […].
> Marlene: Ja, die dürfen aber auch nicht übertreiben. […] Man muss das immer in Grenzen sehen. Man muss das einerseits, normal, man muss die unterstützen. Aber, man muss sich aber auch nicht jedes Recht rausnehmen, irgendwas in der Welt zu verändern, was gar nicht zu verändern sein muss. […] Normal, jeder will akzeptiert werden. Das ist okay, finde ich gut. Aber nicht dieses, weil wir anders sind, wollen wir auch anders behandelt werden.

201 Gelingende Akzeptanz steht für das Verschwinden der »Abweichung« in einer Normalität, die sich selbst dabei nicht merklich verändern muss. Auch weil die Anerkennung von Minderheiten als bereits sehr weit fortgeschritten wahrgenommen wird, werden weitere Forderungen nach Anerkennung und/oder Verhaltensänderungen sowie kritische Diagnosen struktureller Diskriminierung als überzogen abgetan. Von der progressiven Warte aus sind all diese Forderungen Teil eines viel breiteren Horizonts der Gesellschaftsreform. Die Diskriminierung ist immer noch tief in den Strukturen sowie Denk- und Verhaltensweisen verankert. Beseitigen kann sie nur eine strukturelle Umwertung der Anerkennungsverhältnisse, angefangen bei symbolischen Alltagspraktiken und der Sprache.

Konsens		
Ablehnung von Diskriminierung: »Es sollte egal sein.« **Erlaubnistoleranz:** »Jeder nach seiner Fasson« **Unsicherheit über Begriffe:** »Wie sagt man das heutzutage?«		
Dissens		
Problemwahrnehmung		
Dringlichkeit	**Diskriminierung weitgehend überwunden** mit Ausnahme individueller Überbleibsel der Intoleranz; weitere Antidiskriminierungsmaßnahmen unnötig	**Diskriminierung immer noch allgegenwärtig** strukturelles Gruppenschicksal; Antidiskriminierung als dauerhaftes Projekt der Aufklärung und Verbesserung
Perspektive	**Etabliertenperspektive** Betonung der Grenzen des Akzeptablen	**Außenseiterperspektive** Betonung des Leids der Ausgeschlossenen
Diskriminierungsabbau		
Modus der Anerkennung	**stillschweigende Eingemeindung** vormals Diskriminierte als Rechtsgleiche eingeschlossen, sonst ändert sich nichts Anerkennung *als Normale*	**öffentliche Umwertung** über Rechtsgleichheit hinaus: Neujustierung der Norm, Zelebrieren von Differenz und Vielfalt Anerkennung *als Besondere und Gleiche*
Gleichstellung	**keine Sonderrechte** »Wie alle anderen auch«	**Nachteilsausgleich** Kompensation, Ermächtigung
Alltagshandeln	Forderung nach Veränderung des eigenen Alltagshandelns als **Zumutung**	**Pflicht zur Selbsthinterfragung**, Alltagshandeln zentraler Hebel für Veränderung

Abb. 5.4: Argumentative Repertoires in der Wir-Sie-Arena

Wir-Sie-Ungleichheiten – die wir hier nur selektiv anhand einiger paradigmatischer Konfliktpunkte präsentieren konnten – sind ohne Zweifel zu einem wichtigen Feld der Auseinandersetzung geworden. Aspekte von Identität und Zugehörigkeit waren zwar auch in der Vergangenheit immer zentrale Fluchtpunkte sowie Ressourcen der Mobilisierung, doch in den letzten Jahrzehnten findet ein verstärkter Öffnungsprozess statt. Die Liberalisierung hat Gelegenheitsfenster dafür geschaffen, dass sich minoritäre und marginalisierte Gruppen in den Diskurs einbringen können und neue Formen der Reflexivität entstehen. Mit der voranschreitenden kulturellen und sozialstrukturellen Pluralisierung nahm auch die Vielfalt jener Lebensformen und sozialen Erfahrungen zu, die eine sich als »selbstverständlich« verstehende Mehrheitskultur alltagsweltlich hinterfragen. Durch rechtliche Setzungen ist zudem eine Grundlage dafür entstanden, dass unterschiedliche Lebensformen und Identitätsverständnisse auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung drängen können.

Zumindest auf einer allgemeinen Ebene stellen wir fest, dass dieser Trend in Richtung Gleichstellung und Nichtdiskriminierung erhebliche Akzeptanz in der Bevölkerung findet, zugleich aber auch Vorurteile und abwertende Grundhaltungen fortbestehen. Anders als durch Diskursmythen suggeriert, ist die Akzeptanz sexueller Vielfalt – wie 202 auch, in schwächerer Form, des Rassismus – allerdings keine klar zurechenbare Klassenfrage, in der eine rassistische, homophobe und chauvinistische Arbeiterkultur einer diversitätsfreundlichen kulturellen Mittelklasse gegenübersteht. Man kann annehmen, dass einst 203 mals klar konturierte Milieu- und Klassenunterschiede in diesen Fragen mit der Diffusion liberaler und rassismuskritischer Normen ausgewaschen wurden. Einerseits.

Andererseits gehen diese Veränderungsprozesse nicht ohne Spannungen und Konflikte vor sich, und auf einer zweiten Ebene treten Klassendisparitäten durchaus stärker hervor. Haltungen lassen sich an dieser Stelle danach gruppieren, ob sie einer Erlaubniskonzeption von Toleranz anhängen, bei der die Duldung im Zentrum steht, oder einer

weiter gehenden Respekt- bzw. Wertschätzungskonzeption, die viel umfassender Personen in ihrem Anderssein anerkennt und den ethischen Wert kultureller Differenz betont.[85] Vor allem in den unteren Schichten, aber auch darüber hinaus gibt es einen verbreiteten »Ja-Aberismus«, also eine generelle Anerkennungsbereitschaft mit fortgesetzten Vorbehalten, wenn es zu einer »Entprivatisierung« oder einer als übermäßig empfundenen Politisierung eines Themas kommt.

Die Zurückweisung von Anerkennungsforderungen marginalisierter Gruppen speist sich einerseits aus diskriminierenden Affekten, andererseits aber auch aus wahrgenommenen Identitätsbedrohungen. Durch die anerkennungspolitische Stärkung alternativer Identitätsmodelle kommt es aus der Sicht einiger zu einer indirekten Entwertung eigener Lebensentwürfe und Vorstellungen vom »richtigen« und guten Leben. Anders ausgedrückt, werden anhand der Frage symbolischer Aufwertungen ehemals ausgeschlossener Minderheiten eigene Anerkennungsdefizite thematisiert. Im Lichte eines restriktiv-universalistischen Verständnisses von Gleichstellung werden Vorbehalte gegenüber »überzogenen Ansprüchen«, partikularistischen Forderungen oder Sonderrechten geäußert und aktivistische Positionen als laut, aufdringlich und überzogen zurückgewiesen, wenn sie zu stark dem Alltagsverstand widersprechen. Wir sahen sowohl beim Gendern als auch bei der Tabuisierung rassistischer Begriffe und der Umbenennung von Straßen, dass eine in erster Linie auf Sprache setzende Antidiskriminierungspolitik auf starke Vorbehalte trifft.

Eine wichtige Lehre aus der Untersuchung dieser Ungleichheits 204 arena besteht darin, dass die Heftigkeit der Konflikte nicht zwingend als Wasserstandsanzeiger gruppenbezogener Intoleranz oder Ungerechtigkeit verstanden werden kann. Wie gesagt: Der Trend läuft in Richtung einer zunehmend kritischeren Betrachtung einstmals weithin akzeptierter Formen der Diskriminierung, sei es gegenüber diversen sexuellen Identitäten und Orientierungen, ethnischen Minderheiten oder unterschiedlichen kulturellen oder religiösen Praktiken. Auf der institutionellen und rechtlichen Ebene sind viele

Schritte unternommen worden, um Benachteiligungen entgegenzuwirken, auch auf der alltäglichen Ebene haben sich tief greifende Normverschiebungen vollzogen. Die Gesellschaft ist aufgrund dieser Entwicklungen heute weniger chauvinistisch, weniger homo- und transphob, weniger rassistisch etc. als im Jahr 1957, mit dem dieses Kapitel begann. Zugleich wächst wohl gerade auch deshalb das Bewusstsein für verbleibende Diskriminierungen. Der Widerspruch und die Ungeduld werden größer, weil die Gesellschaft ein Gleichheitsversprechen gegeben, aber noch keineswegs gänzlich eingelöst hat.[86]

205 6. Heute-Morgen-Ungleichheiten

Im Abstand von nur wenigen Tagen flammten im Spätherbst 2018 zwei große Protestbewegungen auf, die sich an Form und Geschwindigkeit des ökologischen Umbaus entzündeten. Ihre ganz unterschiedlichen Forderungen, ihr politisches Vokabular und soziales Profil illustrieren die vielfältigen Konflikte um Ökologie und Klimaschutz, die es rechtfertigen, für die Gegenwart von einer eigenständigen Arena der *Heute-Morgen-Ungleichheiten* zu sprechen. Am 17. November protestierten in ganz Frankreich Hunderttausende, die man nach ihrem Erkennungsmerkmal, den gelben Warnwesten, bald als *Gilets Jaunes* bezeichnete. Insbesondere im ländlichen Raum errichteten sie Straßensperren, mancherorts wurden Autoreifen verbrannt. Der Unmut richtete sich gegen eine – auch ökologisch begründete – Erhöhung der Steuer auf Benzin und Diesel.[1] Über Monate hinweg kam es zu Ausschreitungen und teils heftigen Kämpfen mit der Polizei. Die Regierung musste schlussendlich einlenken und ihre Pläne kassieren.

Nur drei Tage nach der ersten Gelbwesten-Demonstration trat am 20. November erstmals eine organisierte Gruppe mehrerer hundert Brüsseler Schülerinnen in den freitäglichen *Klimastreik*. Unter dem Namen Fridays for Future (FFF) wurde die Bewegung bald auf der ganzen Welt aufgegriffen. 2019 beteiligten sich nach Angaben der Organisatoren 1,8 Millionen Menschen an einem global koordinierten Protesttag. Prominente, Wissenschaftlerinnen und zivilgesellschaftliche Organisationen solidarisierten sich mit der Forderung nach einer drastischen Reduktion des CO_2-Ausstoßes. Die Bewegung prangert neben der Verschmutzung der Atmosphäre und ihren klimatischen Folgen eine umfassende Störung ökologischer Kreisläufe an und stützt sich dabei auf

wissenschaftliche Kennzahlen wie planetare Grenzen und ökologische Fußabdrücke sowie ein ganzes Arsenal beunruhigender Statistiken.[2]

206 Gerade in der Zusammenschau versinnbildlichen Gelbwesten und Fridays for Future die unterschiedlichen und teils konträren Interessen und Positionen in der ökologischen Arena. Wie Befragungen unter FFF-Demonstrierenden in Frankreich ergaben, waren *cadres*, also höherqualifizierte Angestellte, und ihre Kinder stark überrepräsentiert, während Arbeiter, insbesondere aus dem Produktionssektor, deutlich seltener teilnahmen.[3] Bei den Gilets Jaunes war es umgekehrt: Sie rekrutierten sich in erster Linie aus den Reihen der Arbeiter und einfachen Angestellten und bewerteten ihre soziale Lage als hochgradig prekär.[4] Forscherinnen konfrontierten knapp 1000 Gelbwesten mit der Frage: »Manche Menschen verteidigen die Benzinsteuererhöhung, weil sie dem Umweltschutz dient. Was entgegnen Sie diesen Leuten?« Aus den Antworten schält sich laut den Forschenden eine Kritik heraus, die keineswegs gegen den Klimaschutz an sich gerichtet sei.[5] Stattdessen werde eine »populäre Ökologie« sichtbar, die anhand der ökologischen Frage Ungleichheiten und politische Repräsentationslücken anprangere. So seien es etwa immer »die Kleinen«, die für den Klimaschutz aufkommen müssten, nicht aber die größten Verschmutzer, nämlich die Reichen und die Großkonzerne. »Ihre prekäre Lage«, so die Studie, »erscheint gleichzeitig als eine Hürde für ökologisches Engagement und als Ausgangspunkt für die Aufwertung einer relokalisierten Ökologie.«[6]

Gerade Landbewohner pochen etwa auf die Alternativlosigkeit des Autofahrens. Forderungen nach einer Umstellung des individuellen Alltags werden mit dem Hinweis auf begrenzte finanzielle Mittel gekontert. Mitunter zeichne sich hier eine Art »Ökologie des Zwangs« ab: Eingeschränkte Möglichkeiten führten demnach ohnehin zu einem sparsamen Verbrauch. Zugleich werden ausgiebiger Konsum und Mobilität als Bestandteile eines guten Lebens weiterhin angestrebt. Politische Lenkung etwa durch Steuern oder Preise erscheint als Bevorteilung derer, die sich dies leisten können. In der ökologisch bewussten oberen Mittelschicht hingegen gilt die verantwortungsbewusste Begrenzung des

eigenen »Fußabdrucks« als zentraler Hebel 207 der Veränderung. Darin kommt eine nicht ganz widerspruchsfreie Ethisierung des Lebensstils zum Ausdruck. Immerhin tragen gerade die gebildeten Fraktionen der Mittelschicht durch ihr privates und berufliches Reiseverhalten überproportional zum CO_2-Ausstoß bei.[7] Die moralisierte Abgrenzung über einen nachhaltigen Lebensstil dient auch der Distinktion, die von den verursachten ökologischen Schäden konterkariert wird.[8]

Gewiss, der Anteil der Wirtschaft und Industrieproduktion am CO_2-Ausstoß übersteigt den der privaten Haushalte bei Weitem – laut der amtlichen Statistik entfallen 17 Prozent aller Emissionen auf die Privathaushalte. Rechnet man allerdings den privaten Stromverbrauch und die Mobilität hinzu, kommt man immerhin auf 40 Prozent.[9] Der Durchsatz an Energie und Material sowie die Freisetzung von CO_2 und Abfallprodukten hängt damit nicht nur mit dem Produktionsregime insgesamt zusammen, sondern ist stark an den sozioökonomischen Status von Individuen und Haushalten geknüpft. Der Beitrag sozialer Statusgruppen zu den klimatischen Veränderungen weist eine brisante *Klassenspezifik* auf: Je höher der Status, desto größer der *ökologische Fußabdruck*.[10] Hierin liegt ein wichtiger Nexus von Ungleichheit und Klimapolitik.

In Europa beispielsweise emittieren die unteren 50 Prozent der Einkommensverteilung pro Kopf jährlich etwa fünf Tonnen CO_2, während die obersten 10 Prozent auf 27 Tonnen kommen.[11] Auch in Deutschland ist der Abstand zwischen den höchsten und den niedrigsten Einkommens- und Bildungsgruppen groß.[12] Tatsächlich müssten sich die ärmeren Haushalte selbst in den westlichen Industrienationen kaum umstellen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen; der Konsum und die Investitionen von Superreichen sind hingegen wichtige Emissionstreiber.[13]

Noch frappierender zeigt sich der enge Zusammenhang von Ökologie und Ungleichheit auf der globalen Ebene.[14] Die »globale Karbonungleichheit« ist exzessiv: Nur zehn Prozent der Weltbevölkerung verursachen die Hälfte der globalen Emissionen.[15] Insbesondere die

208 bevölkerungsreichen Industriestaaten leben ökologisch auf großem Fuß; China und die USA sind für ca. 44 Prozent des weltweiten Ausstoßes verantwortlich, obwohl sie »nur« ca. 23 Prozent der Bevölkerung stellen (Deutschland macht ein Prozent der Weltbevölkerung aus und verursacht zwei Prozent der globalen Emissionen). Allerdings hat neueste Forschung auf beeindruckende Weise zeigen können, dass die nationale Zurechnung der »Karbonungleichheit« immer weniger trägt. Emissionen lassen sich nach Ungleichheiten innerhalb von Ländern dekomponieren oder nach Unterschieden zwischen den Staaten. Noch 1990 bestand der Großteil der Emissionsungleichheiten *zwischen* den Ländern, heute gehen sie mehrheitlich auf Unterschiede *innerhalb* von Ländern zurück.[16]

In der Vergangenheit wurden ökologische Auseinandersetzungen häufig als Wertekonflikt verstanden, bei dem postmaterielle Fraktionen der Bevölkerung Gruppen mit einem eher materialistisch-traditionalistischen Mindset gegenüberstehen.[17] Diese Beschreibung bewegte sich also jenseits einer politischen Ökonomie sozialer Klassen und ließ sich leicht als Kulturkampf verstehen. Die ökologischen Bewegungen definierten sich nicht über eine soziale Lage, sondern über ein gemeinsames Anliegen.[18] Zugleich wurde schon für die Umweltbewegung der achtziger Jahre gezeigt, dass sich der aktivistische Kern aus überdurchschnittlich gebildeten, in der Regel aus der Mittelschicht stammenden Personen rekrutierte, die in sozialen Dienstleistungen, der Wissensvermittlung und akademischen Berufen tätig waren.[19] Während die Kernanliegen der »alten« sozialen Bewegungen – die Begrenzung der sozialen Kosten der kapitalistischen Wirtschaftsweise – vor allem »von unten« durch die Arbeiterklasse und Gewerkschaften getragen wurden, erhält die ökologische Frage nun besondere Aufmerksamkeit »von oben«. Entsprechend sollte sich der *ökologische Konflikt* vom *Klassenkonflikt der sozialen Frage* grundlegend unterscheiden. Zugleich gibt es Hinweise darauf, dass diese Entgegensetzung möglicherweise überzogen ist.[20] Umweltanliegen werden längst nicht mehr allein in »alternativen« Subkulturen 209 vertreten, ihr sozialer Einzugsbereich hat sich erweitert –

sei es in Form einer Egalisierung ökologischen Denkens, sei es in Form breiterer sozialer Frontlinien, sei es in Form neuer Koalitionen.

Im Folgenden blicken wir empirisch auf die komplexen Zusammenhänge von Umweltkonflikten und gesellschaftlicher Ungleichheit: Stehen sich in dieser Arena Klimaschützer und Klimaleugner ganz unabhängig von ihrer sozialen Position gegenüber? Oder gibt es tatsächlich grundverschiedene, vielleicht gar konträre Ökologien der Reichen und der Armen? Ist es ein Privileg der Sanftgebetteten, sich um das Ende der Welt zu sorgen, während anderen mit Blick in die Haushaltskasse das Ende des Monats bedrohlicher erscheint? Zieht ein Klimakonflikt der sozialen Klassen herauf? Oder kommt es möglicherweise zur Formierung neuer »ökologischer Klassen« (so ein Begriff von Nikolaj Schultz und Bruno Latour)?[21]

Climate changes nothing?

Klar ist, dass der Konfliktkomplex, der sich heute rund um die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse und ihre Bearbeitung entfaltet, das Potenzial hat, unsere Art des Wirtschaftens und Konsumierens, unsere Verteilungsmodi und Verhaltensgewohnheiten, aber auch unsere Herrschaftsverhältnisse und Weisen der politischen Entscheidungsfindung in ihren Grundfesten zu erschüttern. Die ökologische Krise, die sich in Phänomenen wie Klimawandel, Artensterben oder Bodenerosion äußert, ist untrennbar mit der Regulierung gesellschaftlicher Kreisläufe verbunden. Wie Anthony Giddens bereits vor Jahrzehnten beschrieb, wird die Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Natur zunehmend unscharf; wir bewohnen ein maßgeblich von Menschen geformtes »created environment«.[22] Die nichtzerstörerische Gestaltung dieses Gebildes, das uns selbst umfasst, ist eine gewaltige Herausforderung. Wie die Publizistin Naomi Klein es ausdrückt: »Climate changes everything.«[23]

210 »Climate changes nothing«, antworten die Soziologen Daniel Aldana Cohen und David Bond darauf lakonisch und verweisen auf erstaunliche Kontinuitäten.[24] Auf der Basis ethnografischer Forschung an verschiedenen Brennpunkten der Klimafolgenanpassung zeigen sie, dass Umweltprobleme in der Alltagspolitik oft mit schon etablierten Werkzeugen und Deutungsrahmen bearbeitet werden. Arme Kommunen kämpfen für den Fortbetrieb von Ölraffinerien und um Steuermittel für die Bewältigung von Klimaschäden; Städte werden mit Dämmen geschützt und Häuser auf Stelzen gestellt; die Klimakatastrophe wird trivialisiert oder zeitlich aufgeschoben, weil tagtägliche Sorgen unmittelbarer zuschlagen als Ozeanversauerung und Gletscherschmelze.

Häufig wird die Klimathematik anderen, bereits bestehenden Konfliktachsen untergeordnet, etwa in Form einer Gegenüberstellung zwischen umweltbewussten Kosmopoliten und immer noch in der fossilen Denkweise verhafteten Kommunitaristen oder, wie angedeutet, in der von Postmaterialisten und Materialisten.[25] Neuere politikwissenschaftliche Studien haben allerdings herausgearbeitet, dass diese Sichtweise zu kurz springt: Auch wenn Konflikte um Ökologie und Klimaschutz von bestehenden Formen der Ungleichheit geprägt sind, finden sie doch in einer eigenständigen Arena statt.[26] Umweltpolitische Positionierungen können nicht einfach einem übergeordneten kulturellen oder sozioökonomischen Cleavage zugeschlagen werden, sondern bilden eine separate Dimension im politischen Raum, die – gerade in ihrer Verstrickung mit Ungleichheit – eigenständig analysiert werden muss. Zudem gilt: Die beobachtbaren Auseinandersetzungen sind unruhiger und »wilder« als in etablierten Arenen, ihre Konturen sind noch nicht vollständig ausgeformt. Da es um die Bedrohung des Lebens auf dem Planeten Erde geht, sind alle politischen Akteure, aber auch die Individuen zur Stellungnahme aufgefordert. Dabei sind Vielstimmigkeit und Kontroversität auch Ausdruck einer »verzweifelte[n] Suche nicht nur nach einer besseren Politik, sondern nach neuen Projekten und Lebensweisen« (Nancy Fraser).[27]

211 Zyklen des Umweltbewusstseins

Zunächst gilt es zu fragen, ob sich Heute-Morgen-Konflikte derzeit tatsächlich zuspitzen und die Bundesrepublik polarisieren. In unserer gegenwartsbezogenen Perspektive entsteht oft der Eindruck, ein Bewusstsein für ökologische Themen hätte die Gesellschaft in ihrer Breite erst in den letzten Jahren erreicht. Blickt man jedoch auf historische Umfragen, ergibt sich im Zeitverlauf ein anderes Bild: Umweltsorgen waren in den frühen neunziger Jahren prominenter als heute (Abbildung 6.1, linke Seite).[28] Damals gab eine knappe Mehrheit an, sich große Sorgen um den Schutz der Umwelt zu machen, ein Wert, der kurz danach absank, um zuletzt wieder anzusteigen. In jenen Jahren bestimmten atomare Verseuchung, saurer Regen und das wachsende Ozonloch das öffentliche Bewusstsein. Die Grünen konsolidierten sich als ernst zu nehmende parlamentarische Kraft, FCKW-haltigen Kühlschränken und Spraydosen wurde ebenso der Kampf angesagt wie Atomkraftwerken und Autos ohne Katalysator. Obgleich mit dem Kyoto-Protokoll (1997) erstmals völkerrechtlich verbindliche Zielwerte vereinbart wurden, lag der Problemfokus noch vergleichsweise stark auf dem lokalen und nationalen Bereich: Kernkraftwerke konnten abgeschaltet, marode ostdeutsche Fabriken modernisiert oder stillgelegt werden. Mit der langsamen Erholung der Ozonschicht und dem Ausbleiben der Ökokatastrophe klarte sich die schlechte Stimmung wieder auf: Zur Jahrtausendwende machte sich nur noch etwa ein Viertel der Bevölkerung große Sorgen um die Umwelt – ein Wert, der lange Zeit praktisch unverändert blieb. Erst seit etwa 2016 steigt der Sorgenstandanzeiger erneut an, 2019 erreichte er wieder ein ähnliches Niveau wie in den frühen Neunzigern. Einen solchen Anstieg können wir nicht nur für den Umweltschutz feststellen, sondern auch für die Bereitschaft, für entsprechende Anliegen auf einen Teil des Einkommens zu verzichten (Abbildung 6.1, linke Seite).[29]

Insgesamt ist die Aufmerksamkeit für ökologische Fragen relativ
212 volatil: Das Umweltbewusstsein nimmt zwar zu, wir sehen aber auch

Fluktuation und Fragmentierung; zugleich spielen außergewöhnliche Klimaereignisse oder Umweltkatastrophen eine große Rolle.[30] Die Veränderung der Agenda, die umwelt- und klimapolitische Mobilisierung, die stärkere mediale Berichterstattung und die zunehmende Spürbarkeit klimatischer Veränderungen dürften ebenfalls wichtige Antriebskräfte sein. Interessanterweise zeigt sich aber über die Zeit ein stabileres Muster, wenn wir nicht nur auf jene schauen, die sich *große* Sorgen machen, sondern auch jene einbeziehen, die sich *einige* Sorgen machen. Der sorgenvolle Blick auf die Umwelt ist ein gesellschaftliches Grundgefühl, das im gesamten Untersuchungszeitraum zwischen 80 und 90 Prozent der Bevölkerung teilen. Gar keine Sorgen machen sich nur sehr wenige.

Wie gesagt, was Menschen mit den Begriffen Umweltverschmutzung und Umweltschutz verbinden, unterliegt einem Wandel.[31] In den vergangenen Jahren sind die Aussichten düsterer, der Problemfokus internationaler und der zeitliche Handlungshorizont kürzer geworden: Die Erderhitzung löst Problemlagen im globalen Maßstab aus, und die damit verbundenen Extremwetter-Ereignisse sind nun für viele am eigenen Leib erfahrbar. Die Wissenschaft schlägt Alarm und warnt vor irreversiblen Kettenreaktionen, die schon sehr bald eintreten können. Angesichts der Vehemenz, mit der das Thema auf die Agenda drängt und sich auch Klimawandel-Skeptiker öffentlich zu Wort melden, ist allerdings erstaunlich, dass sich am Polarisierungsgrad der Einstellungen wenig geändert hat: Für beide Einstellungsitems (Umweltsorgen und die Bereitschaft zum Einkommensverzicht) können wir allenfalls einen leichten Anstieg in den späten neunziger Jahren feststellen. Seitdem blieb der Polarisierungsgrad weitgehend konstant (Abbildung 6.1, rechte Seite).[32]

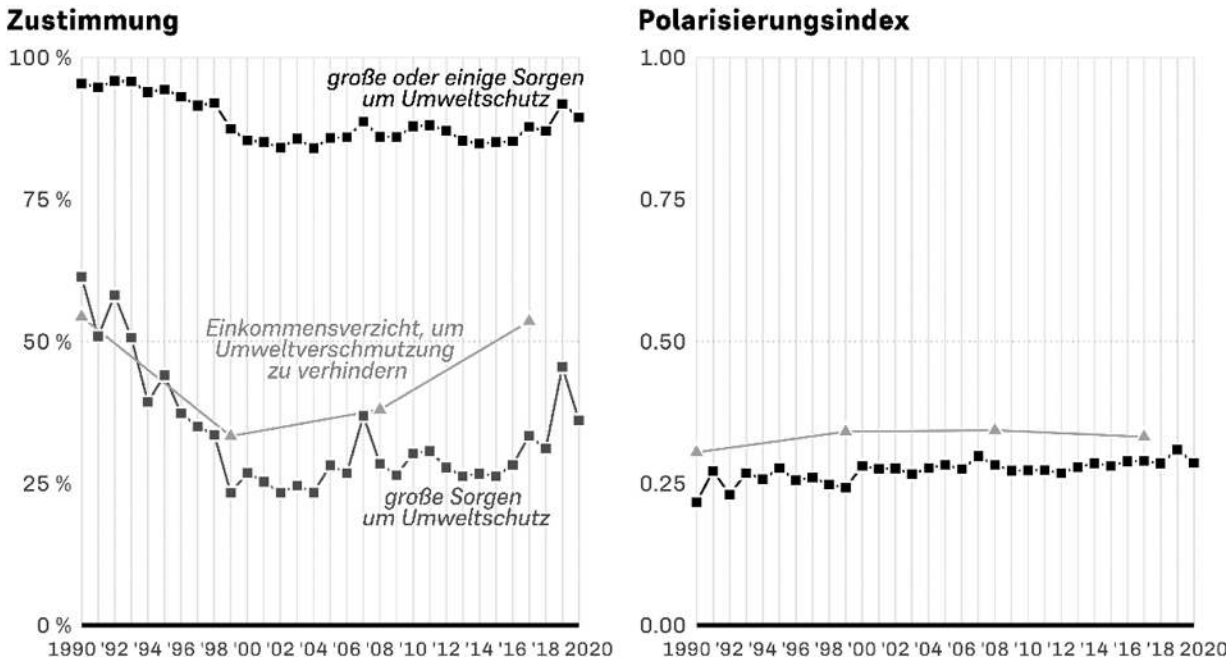


Abb. 6.1: Einstellungen zu Heute-Morgen-Ungleichheiten im Zeitverlauf

Anmerkung: Die Zustimmung zum Einkommensverzicht gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage zustimmen oder voll und ganz zustimmen. Fehlende Kategorien zu 100 Prozent: »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme nicht zu« (bei Einkommensverzicht im Jahr 2017 zusätzlich: »weder noch«). Fehlende Kategorien zu 100 Prozent bei den Sorgen: »keine Sorgen« bzw. »einige Sorgen« und»große Sorgen«. Daten: SOEP und EVS.

In unserer eigenen Umfrage tritt deutlich hervor, welch hohen Stellenwert der Klimawandel im öffentlichen Bewusstsein aktuell besitzt: Etwa 20 Prozent der Befragten bewerten ihn als eher wichtiges politisches Thema, über 70 Prozent sagen sogar, er sei *sehr* wichtig. [213] Damit ist er das Thema, dem die höchste Relevanz zugeschrieben wird. Der doch recht starken Aussage »Ich bin sehr besorgt über den Klimawandel« stimmen drei Viertel der Befragten zu, nur 13 Prozent stimmen nicht zu (weitere 12 Prozent sind unentschieden), woraus sich erkennen lässt, dass die dramatischen Veränderungen fest im Bewusstsein der Bevölkerung verankert sind (Abbildung 6.2). Bemerkenswert ist zudem – so wissen wir es aus anderen Studien –, dass nur ein verschwindend geringer Anteil den Klimawandel grundsätzlich infrage stellt, so dass die Frage, *ob* es überhaupt menschengemachte klimatische Veränderungen gibt, kein

großes Streitpotenzial beinhaltet: In einer aktuellen Studie finden 98 Prozent der Bevölkerung, dass wir bereits mit dem Klimawandel konfrontiert sind oder es in der Zukunft sein werden.[33]

214 Klimapolitische Spaltungslinien?

Gleichzeitig ist der *Eindruck*, Klimafragen seien besonders konflikthaft, weit verbreitet. Wir haben in Kapitel 2 schon darauf hingewiesen: Fast drei Viertel der Befragten geben in unserer Umfrage an, dass sie (sehr oder eher) starke Konflikte zwischen jenen wahrnehmen, die auf den Klimaschutz achten, und jenen, denen die Umwelt nicht so wichtig ist; nur eine sehr kleine Minderheit sieht keine Konflikte (Abbildung 2.2). Es gibt demnach also zumindest einen *wahrgenommenen Klimadissens.* Im Weiteren wollen wir genauer aufschlüsseln, worum sich die ökologischen Konflikte heute drehen. Dabei werden wir rekonstruieren, dass es weniger um die Frage geht, *ob* Umwelt- und Klimaschutz überhaupt notwendig ist, sondern eher darum, *wie*, *wo* und *bei wem* die Transformation ansetzen soll. Unsere Studie ermöglicht hier eine differenzierte Analyse klimapolitischer Einstellungen. So zeigt Abbildung 6.2, dass Zustimmungs- und Polarisierungsgrade in unserer Umfrage stark variieren, je nachdem, aus welcher Perspektive das Thema aufgegriffen wird. Während die Besorgnis über den Klimawandel allgemein verbreitet und im Grunde konsensuell ist, fallen die Meinungen bei anderen Fragen deutlich weniger einhellig aus. Insbesondere dann, wenn es um das Tempo und die Reichweite klimapolitischer Maßnahmen geht, steigt der Polarisierungsgrad. Ein Drittel der Bevölkerung etwa sieht »unseren Wohlstand« gefährdet, »wenn wir jetzt wegen des Klimawandels alles auf den Prüfstand stellen«.[34] Eine verwandte Befürchtung lautet, Deutschland könne im globalen Wettbewerb das Nachsehen haben, wenn der Klimaschutz hierzulande wichtiger genommen werde als anderswo: 40 Prozent sind hier der Meinung, dass Deutschland schon viel für den

Klimawandel getan habe und nun erst einmal andere Länder nachziehen müssten. Dies sind – gemessen an unserem Index – stark polarisierte Themen. In den Alltag eingreifende Maßnahmen wie der Bau von Windrädern in der Nähe von Ortschaften und als Zumutung empfundene Appelle, umweltbewusster zu leben, [216] erreichen ebenfalls vergleichsweise hohe Polarisierungswerte. Die Klimaarena ist alles andere als eindimensional; Lebensweise und Standortnationalismus, Gerechtigkeit und Besitzstandwahrung evozieren ganz unterschiedlich gelagerte Konflikte, die im Großkomplex ökologische Transformation zusammenkommen.

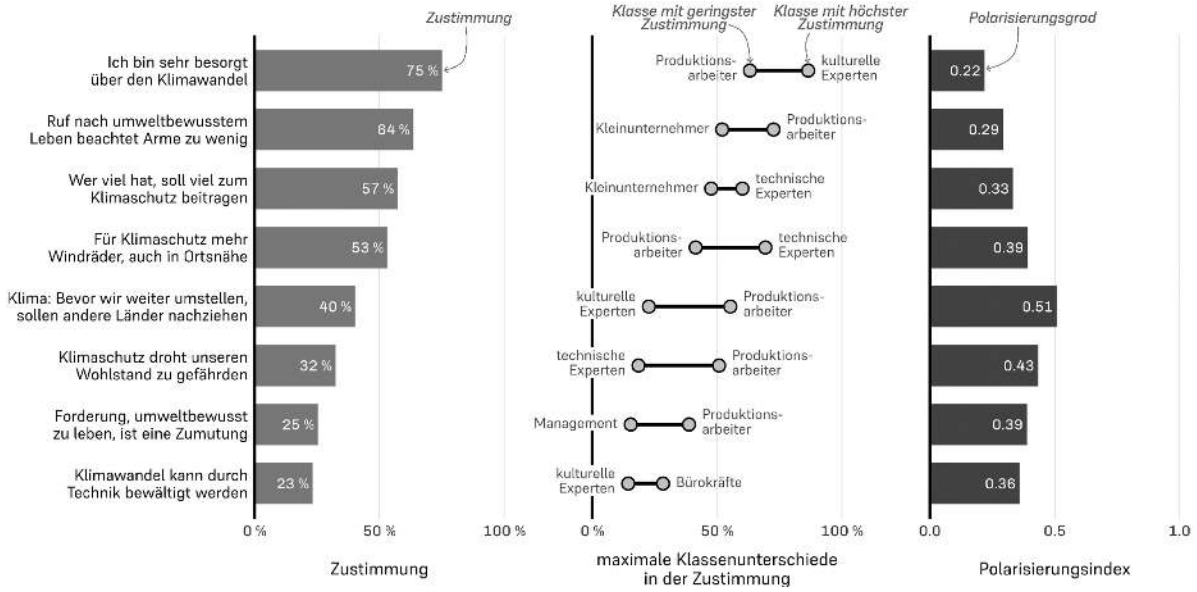


Abb. 6.2: Einstellungen zu Heute-Morgen-Ungleichheiten

Anmerkung: Zustimmung gibt an, wie viel Prozent der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Fehlend zu 100 Prozent: »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme eher nicht zu«, »teils/teils«. Für den Polarisierungsindex wurden auch die feinen Abstufungen einbezogen. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Schon frühere Studien haben gezeigt, dass klimapolitische Einstellungen und ökologisches Engagement sozial stratifiziert sind: Wer nach Einkommen und Bildung zu den statusschwachen Gruppen gehört oder in peripheren Regionen wohnt, ist weniger umweltbewusst als statushohe und urbane Gruppen. Wer sorgenvoll in seine ökonomische

Zukunft sieht, neigt eher dazu, den Klimawandel als weniger dringlich zu sehen.[35] Unsere Daten bestätigen dieses Muster, wenn auch mit Einschränkungen: Klassenunterschiede im Klimabewusstsein sind zwar substanziell – das niedrigste Besorgnisniveau findet sich bei den Produktionsarbeitern mit 63 Prozent, das höchste bei den soziokulturellen Experten mit 86 Prozent –, aber letztlich blickt in allen Klassen eine klare Mehrheit sorgenvoll auf den Klimawandel. Interessanterweise hat die Forschung gezeigt, dass die statusgruppenbezogenen Disparitäten sich seit den Achtzigern verringert haben: Der einstmals große Abstand zwischen den Bildungs- und (etwas schwächer ausgeprägt) Einkommensgruppen ist tendenziell kleiner geworden.[36] Die Unterschiede sind zwar nicht vollständig verschwunden, aber das Umweltbewusstsein ist durch die Schichten diffundiert.

Entlang unserer differenzierten Item-Batterie treten *Klassenunterschiede* vor allem dort hervor, wo es um eine befürchtete Wohlstandsgefährdung geht. Hier wird die Klimafrage mit der sozialen Frage verkoppelt, die Bewältigung des Klimawandels avanciert zur umfassenden Gerechtigkeits- und Ungleichheitsfrage.[37] Vor allem in den unteren Statusgruppen gibt es ein starkes Plädoyer dafür, angesichts der ökologischen Transformation ökonomisch und sozial keine Einbußen hinnehmen zu müssen. Die Sorge, die Priorisierung des Klimawandels gefährde den Wohlstand, ist hier weit verbreitet. 51 Prozent 217 der Produktionsarbeiter, aber nur 19 Prozent der technischen Experten und 23 Prozent der kulturellen Experten äußern solche Bedenken. Ähnliche Klassenunterschiede zeigen sich bei der Meinung, dass Deutschland bereits viel für den Klimawandel getan habe und dass andere Länder nun erst einmal nachziehen müssten – hier kommt auch der Aspekt der internationalen Standortkonkurrenz ins Spiel. Dass die unteren Klassen bei all diesen Fragen transformationsskeptischer sind, deutet darauf hin, dass ökonomische Ängste die Unterstützung der ökologischen Transformation ausbremsen könnten. Entsprechend verbinden manche Beobachter die Klimafrage mit einem Verteilungskampf zwischen den »Verlierern« und den »Gewinnern der Modernisierung«,

der zwar als kulturelle Auseinandersetzung daherkomme, aber letztlich ökonomischer Natur sei.[38]

Neben einem Klassenbias wurde zudem eine Kluft zwischen den Generationen vermutet: Ältere Generationen, so die Annahme, würden als Kinder des »fossilen Zeitalters« (und wegen ihrer kürzeren Lebensperspektive) andere Prioritäten setzen als jüngere Menschen, die vom Klimawandel deutlich stärker betroffen sein werden und für die viel mehr auf dem Spiel steht. Tatsächlich sind viele Sprecherinnen der Klimabewegung auffallend jung; die Klimafrage könnte somit auch einen generationellen Bruch und einen intensivierten Generationenkonflikt markieren.[39] Der Aufstieg ökologischer und postmaterialistischer Bewegungen und Parteien sowie die Schwäche der Parteien der Industriegesellschaft zeigen einen starken Altersgradienten – die Jugend wählt deutlich grüner als die grauen Älteren.

Dennoch macht man es sich zu einfach, wenn man in der Klimafrage fossile »Boomer« und die Dekarbonisierungsgenerationen Y und Z gegenüberstellt. Eine Generationenkluft im Klimabewusstsein lässt sich mit unseren Daten nicht belegen. Tatsächlich äußern die älteren Kohorten sogar größere Ängste als die jüngeren Jahrgänge. In der Gruppe der über 70-Jährigen machen sich ganze 85 Prozent große Sorgen um den Klimawandel, bei den 50- bis 59-Jährigen liegt dieser Wert nur noch bei 76 Prozent, und bei den 16- bis 29-Jährigen gar bei 218 lediglich 62 Prozent. Ökologisches Unbehagen ist also keineswegs ein Alleinstellungsmerkmal der Millennials und folgender Generationen. Die erwarteten Kohortenunterschiede finden wir eher dann, wenn Ausmaß und Tempo der Veränderungen im Fokus stehen. Der Aussage »Wir riskieren unseren gesamten wirtschaftlichen Wohlstand, wenn wir jetzt wegen des Klimawandels alles auf den Prüfstand stellen« stimmt nur ein Viertel derer unter 30 Jahren zu, in der mittleren Kohorte der 50- bis 59-Jährigen aber 40 Prozent. Auch sind die Älteren häufiger der Meinung, dass andere Länder nachziehen müssten, bevor in Deutschland noch mehr passiert. Gleiches gilt für die Ansicht, dass sich der Klimawandel durch technischen Fortschritt bewältigen lässt, ohne dass wir unser Leben groß

ändern müssten. Allerdings sind die Unterschiede hier jeweils eher moderat, so dass von einem grundsätzlich anderen Einstellungsprofil der Kohorten nicht die Rede sein kann, noch weniger von einem klaren Generationenkonflikt.

Zu den genannten Strukturierungen gesellen sich Unterschiede zwischen Stadt und Land oder zwischen prosperierenden und abgehängten Regionen mit unterschiedlicher Wirtschaftsstruktur und infrastruktureller Ausstattung, die Auswirkungen auf Lebensführung, Konsum und spezifische Mobilitätsmuster haben. Die neueren kulturalistischen Klassentheorien sehen in der Stadt-Land-Unterscheidung eine wesentliche Spaltungslinie.[40] In der Politikwissenschaft ist der Cleavage zwischen Stadt und Land als Folge ökonomischer Modernisierungsprozesse und des Aufstiegs der Wissensgesellschaft interpretiert worden, die den »Raum« auf neue Weise politisieren.[41] Diesen Ansätzen folgend, könnte man im Hinblick auf die ökologische Transformation eine *Verräumlichung der Heute-Morgen-Konflikte* erwarten. Sorgen um den Klimawandel sollten entsprechend in Großstädten stärker verankert sein als in Klein- und Mittelstädten oder im ländlichen Raum.

Wie unsere Daten zeigen, sind derlei Unterschiede in der Bundesrepublik zwar vorhanden, aber nicht so gravierend, dass sich daraus 219 ein klares Gegeneinander ergeben würde. Stadt-Land-Gefälle gibt es vor allem bei jenen Themen, die bereits als vergleichsweise stärker polarisiert herausgestellt wurden: den Windrädern, dem Wohlstandsverlust durch »übertriebene« Maßnahmen und der Verhältnismäßigkeit klimapolitischer Eingriffe im internationalen Maßstab. So sprechen sich 69 Prozent der Großstadtbewohner für mehr Windräder aus, die ländliche Bevölkerung ist mit 48 Prozent zurückhaltender. Ähnlich stark ist der Unterschied bei der Meinung, zunächst müssten erst einmal andere Länder nachziehen: 45 Prozent der Landbevölkerung denken so, aber nur 31 Prozent der Großstädter. Und auch die Zustimmung zur Aussage »Wir riskieren unseren gesamten wirtschaftlichen Wohlstand« folgt dem Urbanitätsgradienten: 24 Prozent

Zustimmung in den Großstädten stehen 39 Prozent in den Mittel- und Kleinstädten und 34 Prozent auf dem Land gegenüber. Bei den Sorgen um den Klimawandel sind solche Unterschiede hingegen schwächer. Dies deckt sich mit Untersuchungen in strukturschwachen Regionen, die gezeigt haben, dass dort weniger die Verdrängung oder Leugnung des Klimawandels zu einer geringeren Priorisierung von Umweltthemen führt, sondern vielmehr das Gefühl, dringlichere Probleme zu haben. Hinzu tritt die Angst, dass sich mit der ökologischen Transformation die sozialen Missstände weiter verstärken und viele Veränderungen zu Lasten derer gehen, die schon jetzt sozial in Bedrängnis sind.[42]

Kann die ökologische Frage nun als Klassenfrage verstanden werden, und wenn ja, in welcher Hinsicht? Wir haben bereits einige Hinweise auf die Klassenstruktur der ökologischen Frage gegeben, die wir im Folgenden systematisieren wollen. Unter der Oberfläche einer gesellschaftlich geteilten Sorge um die Erderwärmung liegen stark auseinanderlaufende Verantwortungen, Betroffenheiten und Interessen, welche die Basis für einen intensivierten Konflikt entlang von Klassenzugehörigkeiten darstellen können. Hierbei geht es nicht mehr um die Spannung zwischen umweltbewussten Kosmopoliten und 220 klimaignoranten unteren Schichten oder abgehängten Regionen, sondern um eine breitere Palette struktureller, politischer und symbolischer Faktoren.

Unsere Grundannahme lautet, dass sich die ökologische Frage zunehmend als Klassenfrage stellen wird: Wir haben es hier mit einer *Klassenfrage im Werden* zu tun. Vier Aspekte dieses Zusammenhangs wollen wir im Folgenden vertiefen. *Erstens* ist zwar der Klimawandel menschengemacht, bei seiner *Verursachung* gibt es aber bedeutende soziale Unterschiede. Die Erwärmung des Klimas wird von oben befeuert, sowohl im nationalen Rahmen als auch im globalen Maßstab klafft ein Spalt zwischen Arm und Reich. *Zweitens* ist auch die *Betroffenheit* in hohem Maße ungleich verteilt. Am offensichtlichsten gilt dies im Generationenverhältnis, aber auch zwischen den Klassen sind unterschiedliche Grade der Vulnerabilität vorhanden, und zwar wiederum

sowohl im Weltmaßstab wie im nationalen Kontext. Hier spielt auch die Frage der Anpassungsmöglichkeiten an klimatische Veränderungen hinein. *Drittens* hat der ökologische Umbau starke Auswirkungen auf die Lebenschancen. Es kommt zu sozioökonomischen *Transformationskosten* und zu Eingriffen in die Lebensweise jedes und jeder Einzelnen. Alltägliche Dinge wie Mobilität, Wohnen, Konsum, Arbeit, Ernährung, Infrastruktur und Freizeit kommen auf den Prüfstand und werden möglicherweise teurer, weil ökologische Kosten eingepreist werden etc. Diese Kosten schlagen klassenspezifisch durch und könnten Verteilungskonflikte intensivieren. *Viertens* ergeben sich im Zusammenhang mit nachhaltigen Lebensstilen möglicherweise *symbolische Kämpfe* zwischen den Statusgruppen.[43]

221 Der ökologische Fußabdruck von Klassen und Nationen

Gesellschaftliche Besserstellung drückt sich ganz zentral in angenehmeren Lebensbedingungen aus: Wer reicher ist, bewohnt in der Regel größere Häuser oder Wohnungen, macht mehr Flugreisen, fährt ein größeres Auto, konsumiert aufwendiger produzierte Güter und nimmt ausgiebiger die Dienstleistungen anderer in Anspruch. Aus alldem ergeben sich ein Mehrverbrauch an Energie und höhere Emissionen. Wohlhabende leben so auf Kosten aller anderen, ihr materieller Reichtum macht alle ökologisch ärmer. Dieser Zusammenhang wird auch durch umweltbewusstes Verhalten, vorbildliche Mülltrennung, E-Autos und den Kauf von Bioprodukten nicht aufgehoben.

Obwohl hier reichlich Konfliktstoff vorhanden ist, wird dieser *klassenspezifische ökologische Fußabdruck* in der Bevölkerung bislang nur ansatzweise politisiert. In unseren Fokusgruppen wurde er nur gelegentlich kontrovers diskutiert, wobei besonders der übermäßige

Konsum der Superreichen als Symbol zitiert wurde. Der klimapolitisch versierte Ingenieur Georg etwa führt aus:

> Jede Superyacht, die ein Superreicher supergroß bauen lässt und damit durch die Weltmeere schippert, verbrennt da das Kerosin und hinterlässt eine Spur von geplatzten Walen. [Lachen] […] Leider ist es so, dass die wenigen Superreichen – man kann da die Top 80, Top 200 oder Top 5000 nehmen –, dass da jeder für ein paar Millionen Menschen steht.

Auch wenn Aufrechnungen ökologischer Fußabdrücke teils eher dazu führen, Klimaschutzdiskussionen zu moralisieren und zu individualisieren, deutet sich in dieser Kritik einer Umweltübernutzung durch die Reichen ein durchaus sozialstrukturelles Verständnis an. Außerdem weisen Teilnehmer auf die Klimaverschmutzung durch 222 große Firmen hin. Der Brandenburger Rentner Karlheinz etwa berichtet vom Fall Japans:

> Die hatten ein Smog-Problem. Daraufhin hat die japanische Regierung gesagt: »Meine lieben Firmen, die ihr den Smog verursacht, ihr baut sofort Entrauchungsanlagen ein. Und wenn ihr das nicht macht, ihr zahlt so und so viel Strafgeld für das, was ihr da ausstoßt.« Da haben die Firmen gerechnet und gesagt: »Wenn ich jetzt nicht einbaue, zahl ich so und so viel Strafgeld. Also amortisiert sich das.« Und was ist? Auf einmal hatte Japan keinen Smog mehr. So, und dasselbe ist beim europäischen Klima. Wir müssen die *Firmen* dazu zwingen, den Fußabdruck runterzumachen, *und nicht uns*. Wir müssen auch einen Teil dazu beitragen. Aber nicht zugucken, wie die Firmen den CO_2 rausjagen, und es dann auf uns abgewälzt wird über die EEG-Steuer oder was weiß ich.

Die Schelte der unverantwortlichen Superreichen bleibt aber nicht unwidersprochen. In einer Runde oberer Mittelschichtsangehöriger interveniert der Jurist und Consultant Goran sichtlich enerviert:

> Goran: Na ja, wenn man so im Unterschichten-TV guckt, dass dann Leute, die viel Geld haben, auch teurere Autos kaufen und Abgase in die Umwelt blasen. […] Aber mich nervt die Aufbereitung des Themas. Es geht ja nicht um das Klima. Es geht darum, dass Superreiche schlechte Menschen sind. Und das ist Quatsch. […] [N]ach Aussage meiner Krankenkasse zähle ich zu den Superreichen, weil ich den Höchstsatz zahle …
> Ilko: … und schon bist du dabei!
> Karin: Das ist wieder dieses Neid-Thema.
> Goran: Ja, genau.

Obwohl die Beteiligten objektiv nicht zu den zuvor diskutierten »Superreichen« gehören, fühlen sie sich durch die moralische Kritik pro 223 voziert. »Wer ist denn superreich?«, fragt etwa Kauffrau und Eigenheimbesitzerin Birgit, »wenn einer jetzt 'n Haus hat, oder was?« Ähnlich wie in der Oben-Unten-Arena wird Ungleichheitskritik als Neid abgetan. Erneut kann man vermuten, dass gerade die Selbstverortung der Mittelschicht auch in dieser Arena für die weitere Konfliktdynamik entscheidend sein wird. Identifiziert die Mittelschicht ihre eigene Position mit jener der Reichen, wird sich die Auseinandersetzung wohl eher nicht in einen Verteilungskonflikt der »99 Prozent« gegen die »1 Prozent« verwandeln.

Eine Problematisierung ungleicher Klimaschädenverursachung taucht insbesondere da auf, wo Konsumpraktiken und Vermögen der Reichen sich besonders deutlich von denen der Mittelschicht abheben, etwa beim Betrieb von Superyachten und Privatjets oder bei Beteiligungen an Firmen und klimaschädlichen Industrien. Eine Zurechnung der Verantwortung etwa in Form von »Klimabudgets« könnte in der Zukunft für eine vertiefte Politisierung von Klima- als Ungleichheitskonflikten sorgen.[44] Die Bereitschaft, selbst Lasten zu tragen oder das eigene Leben umzustellen, würde dann möglicherweise stärker auf den klassenspezifischen ökologischen Fußabdruck bezogen, was die Frontlinien der Auseinandersetzungen deutlich verschöbe.

Allerdings wird der Beitrag der Reichen mit Verweis auf das globale Ausmaß des Klimawandels auch relativiert: »Wir alle, acht Milliarden Menschen, schädigen das Klima, da kommt es auf die paar Superreichen auch nicht an«, meint Karlheinz. Eine ähnliche Form der Relativierung finden wir, wenn auf die unterschiedlichen Beiträge verschiedener Nationen abgestellt wird. Da der Anteil Deutschlands an der globalen Erwärmung nur wenige Prozent betrage und andere Länder kein Bemühen erkennen ließen, sei es wenig sinnvoll, wenn man weiter voranpresche. Sozialarbeiter Jens rechnet vor:

> In Deutschland machen wir mit unserer Volkswirtschaft zwei Prozent der gesamten [CO_2-]Belastung. Wenn wir uns einschränken, 224 schaffen wir zehn Prozent Reduktion. Dann hätten wir immer noch nur 0,2 Prozent eingespart von der Gesamtbelastung.

Der Umwelt sei damit letztlich nur wenig geholfen, der Schaden für Deutschland wäre aber groß: »Wir werden wirtschaftlich ins Hintertreffen geraten, und die Chinesen, die lachen sich denn ins Fäustchen und machen neue Kohlekraftwerke auf«, beschreibt es Sachbearbeiter Torsten. Die eigenen Beiträge und das regelkonforme, »saubere« Verhalten des eigenen Landes werden mit den Verfehlungen anderer verglichen: »Man ärgert sich, dass *wir* es immer machen. Deutschland hat immer angefangen.« (Birgit) Wie oben bereits gesehen, bejahen laut unserer Umfrage ganze 40 Prozent der Bevölkerung die Aussage »Deutschland hat schon viel für den Klimaschutz getan. Bevor wir jetzt weiter unser Leben umstellen, sollten erst mal andere Länder nachziehen.« Es handelt sich hierbei um das am stärksten polarisierte Item der gesamten Umfrage.

Am anderen Ende des Meinungsspektrums finden wir Positionen, die Deutschland und die EU als reiche Verschmutzer in einer besonderen Verantwortung sehen. Die junge Entwicklungshelferin Svea etwa fordert, in Sachen CO_2-Emissionen solle »man Europa mal gegen Afrika auswerten. […] Ein Deutscher und einer, der auf dem Feld in Afrika arbeitet.« Reinigungskraft Linda gibt zu bedenken:

> Wenn jetzt Deutschland und die EU sagt, »Stopp, wir machen jetzt nicht mehr weiter. Wir haben kaum CO_2-Ausstoß, das macht ja eh nichts. […]« Was sagen die dann bei der Weltklimakonferenz? Dann sagen die: »Die EU macht nichts mehr, dann machen wir auch nichts mehr!«

Auch hier schreibt man Deutschland also eine Vorbildrolle zu, allerdings mit dem diametralen Unterschied, dass diese als nicht erfüllt wahrgenommen wird: »Wir sind weit von der Spitze entfernt«, bemerkt Übersetzerin Barbara, »wir sind am unteren Drittel, wenn es 225 in den Industrieländern um Klimaschutzmaßnahmen geht. Es ist wirklich lächerlich.« Betont die eine Seite, dass in Deutschland angesichts

begrenzter Beiträge zum Klimawandel schon (zu) viel getan werde, hebt die andere Seite hervor, die existierenden Maßnahmen seien noch viel zu wenig. Ein verstärktes Engagement gilt Letzteren nicht als Gefahr, sondern als ökonomische Chance: »Wenn man beim Klimaschutz vorne mit dabei ist, wirkt sich das ja auch wieder positiv auf unsere Wirtschaft aus«, meint etwa Soldat Christian.

Wie bereits eingangs erwähnt, treten die Klassenunterschiede in unserem Survey besonders deutlich bei der Aussage hervor, es sollten erst einmal andere Länder nachziehen, »bevor wir weiter unser Leben umstellen«. Wir können vermuten, dass hier eine ganze Reihe von Gesichtspunkten zusammenkommen: Unter den unterdurchschnittlich verdienenden Arbeitern ist die Furcht vor Wohlstandsverlusten am größten; die Rahmung einer Konkurrenz um knappe Ressourcen hat hier starke alltagsweltliche Plausibilität. In der Darstellung Deutschlands als ökologisch besonders engagierten Lands (»hat schon viel getan«) tritt ein nationales Framing hinzu, das unter kosmopolitischeren Akademikern weniger verfängt. Zudem kann die Verknüpfung von Klimaschutz und Lebensstil (»unser Leben umstellen«) als Kern einer moralischen Ökologie der Mittelklasse gelten, während Arbeiterinnen genau hier besonders skeptisch sind und entsprechende Forderungen häufiger als »Zumutung« empfinden. Die Frage der Einordnung Deutschlands als Verursacher von Klimaschäden und der Bewertung deutscher Bemühungen im Kontext internationaler Standortkonkurrenz steht so für eine ganze Reihe von Klassenunterschieden, die Heute-Morgen-Konflikte strukturieren.

226 Ungleiche Betroffenheit oder kollektive Risiken?

Neben der ungleichen Verursachung stellt die unterschiedliche *Betroffenheit* einen wichtigen Nexus zwischen Ungleichheit und

Klimapolitik her. Ulrich Beck konstatierte in seinem Klassiker *Risikogesellschaft* aus dem Jahr 1986 eine sehr unterschiedliche Verteilungslogik sozialer und ökologischer Ungleichheiten: Angesichts der »Grenzenlosigkeit« und Allgegenwart der Umweltverschmutzung sollten klassenspezifische Schranken fallen.[45] Selbst statushohe Gruppen könnten sich ökologischen Risiken nicht entziehen oder sich freikaufen, die »privaten Fluchtwege und Kompensationsmöglichkeiten« schrumpften sukzessive:[46] »In diesem Sinne sind Risikogesellschaften gerade *keine* Klassengesellschaften; ihre Gefährdungslagen lassen sich nicht als Klassenlagen begreifen; ihre Konflikte nicht als Klassenkonflikte.«[47]

Mit dieser Formulierung unterstrich Beck zwar die neue Qualität ökologischer Risiken, er leugnete aber nicht, dass weiterhin eine Klassenspezifik bestehe. Diese ließe sich aber nicht umstandslos aus der alten ableiten und müsse stattdessen neu bestimmt werden. So könne es durchaus eine »soziale Filter- bzw. Verstärkerwirkung« der Risikobetroffenheit geben und es würden möglicherweise »Überlappungszonen zwischen der Klassen- und der Risikogesellschaft« entstehen, die zu neuen Konfigurationen führen.[48] Zudem seien die Möglichkeiten, mit Risikolagen umzugehen, zwischen den Klassen und Schichten sehr unterschiedlich.[49]

Es ist bekannt, dass die Effekte der globalen Erhitzung für marginalisierte und verarmte Gruppen extremer sind als für ressourcenstarke Menschen, die sich besser schützen können. So konnte beispielsweise für die USA gezeigt werden, dass Arme und Schwarze in Großstädten überproportional häufig in Gegenden leben, die aufgrund urbaner Bebauung deutlich wärmer sind.[50] Zudem sind in den USA insbesondere die nichtweißen und ärmeren Gemeinden von Überflutungen betroffen.[51] Auch für Deutschland und Europa bele 227 gen Studien die stärkere Exposition, die geringere Resilienz und die schwächeren adaptiven Kapazitäten vor allem einkommensärmerer oder bildungsferner Haushalte beispielsweise im Falle von Flutkatastrophen oder Extremhitze.[52] Global gesehen, stellen sich die Zusammenhänge noch

gravierender dar, trifft die Klimakrise den globalen Süden doch besonders hart.[53] Perfiderweise sind die Staaten, die für die größten Emissionen verantwortlich sind, zugleich jene, deren Wohlstand es ihnen noch am ehesten erlaubt, sich vor den Folgen der Erderwärmung zu schützen, zum Beispiel durch die Entwicklung einer klimaresilienten Infrastruktur, den Bau von Deichen oder den Umbau der Metropolen.[54] Zwischen Umweltbelastungen und Ungleichheit ergibt sich eine Art Teufelskreis, da die Ungleichheit weiter vertieft wird: Benachteiligte Gruppen sind stärker vom Klimawandel beeinträchtigt, ihre Möglichkeiten der Einkommenserzielung und Subsistenz verschlechtern sich weiter, was schließlich zu einer Verfestigung und Verschärfung ihrer prekären Lage führt.[55]

Interessanterweise spielt die ungleiche Betroffenheit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in dem von uns erhobenen Ausschnitt der deutschen Alltagsdebatten fast gar keine Rolle. Werden Folgen des Klimawandels thematisiert, herrscht entsprechend der These einer Allgegenwart kollektiver ökologischer Risiken eher der Eindruck vor, alle säßen im gleichen Boot. »Alle anderen verdammten Themen betreffen nicht jeden Einzelnen, sondern nur gewisse Gruppen«, drückt IT-Ingenieur Georg es aus; der Klimaschutz aber sei

> etwas, das einfach jeden einzelnen Menschen betrifft. Wenn wir nicht zufällig in Berlin leben würden, sondern im Ahrtal – wäre uns gerade das Haus weggeschwommen. Wenn wir an anderen Stellen leben würden, würde unser Haus zusammenbrechen, weil es von einem Hurrikan zerstört wird.

Die schlimmsten Folgen werden zwar anderswo, »an den Polen«, in »Afrika« oder »Bangladesch«, verortet, letztlich seien aber alle be 228 troffen. Einerseits indirekt, etwa in Form der Klimaflüchtlinge aus dem globalen Süden: »Die müssen dann fliehen. Und wohin kommen sie? Da wo es noch schön ist – alle zu uns. Dann haben wir das Problem wieder vor der Tür.« (Ilko) Andererseits werden bisweilen aber auch ganz direkte Folgen thematisiert, etwa in Form von »Hitzewellen und Überschwemmungen«, wie sie die Berliner Arbeitsvermittlerin Karin

kommen sieht, »oder die heißen Sommer. Wenn man die falsche Wohnung hat und nicht Schattenseite, dann heißt es leiden.« Die Klimawandelfolgen scheinen Gruppenunterschiede also weitgehend zu transzendieren, die Stratifikation ungleicher Betroffenheit steht nicht im Vordergrund. Dominant ist ein Interpretationsmuster der universellen Gefährdung durch globale Risiken, die als »Innenweltgefahren« verstanden werden; auch das Gefühl, Umweltrisiken könnten potenziell jeden betreffen, ist verbreitet.[56] Extremwetterereignisse – Hochwasser, Dürre, Hagelschlag – finden nicht länger vor allem in entfernten Regionen statt, sondern können überall und plötzlich auftreten.

Transformationslasten: Vom Ende der Welt zum Ende des Monats

Der zentrale Punkt, an dem die Verflechtungen von Klimapolitik und Ungleichheit intensiv und kontrovers verhandelt werden, ist die reale oder befürchtete ungleiche Verteilung der *Transformationslasten*. Wie in vielen Kontexten des kollektiven Handelns ergeben sich auch hier erhebliche Koordinations- und Verteilungsprobleme. Zwar geht von den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu den dramatischen Folgen des Raubbaus an der Natur und dem menschengemachten Klimawandel eine unmittelbare Handlungsaufforderung aus – alles steht auf dem Spiel –, doch ist damit noch nicht beantwortet, wo man anfangen soll und wie bei Zielkonflikten zwischen Umwelt-, Wachstums-, Gleichheits- und Sicherheitsinteressen zu verfah 229 ren ist. Die Frage der gerechten Lastenverteilung steht in engem Zusammenhang mit den oben erwähnten Ängsten vor Wohlstandsverlust. Politiken ökologischer Transformation haben einschneidende, nicht immer einfach zu durchschauende Verteilungseffekte, die Ängste vor Schlechterstellung oder

Benachteiligung hervorrufen können. Der zeitlich drängende Übergang zum postfossilen Zeitalter führt zu Verteilungskonflikten darüber, wer in welcher Form belastet werden soll und mit welcher »Inventur« unserer Lebensweise wir konfrontiert sind. Werden Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und eine »grüne Wende« in der Breite der Gesellschaft als notwendig und unvermeidlich begrüßt, sind sie doch zugleich Chiffren für die Infragestellung von Besitzständen und gewohnten Regulationsweisen. Die (wahrgenommene) Fairness dieser Verteilung wird damit zur *conditio sine qua non* der Akzeptabilität ökologischer Reformanstrengungen. Dies betrifft Fragen der Besteuerung von CO_2, aber auch ganz alltagsnahe Aspekte des Lebensstils, der Haushaltssituation, der Wohnbedingungen und der Mobilität.[57] Hier liegt in der gegenwärtigen Debatte das größte Risiko, bedeutsame gesellschaftliche Gruppen oder politische Lager zu verlieren.

Die Diskussionen erreichen an dieser Stelle eine folgenreiche Weggabelung: Zwar fürchten fast alle die negativen Folgen des Klimawandels für die eigenen Lebensbedingungen.[58] Doch während bei einigen die Furcht vor den Klima*folgen* alle anderen Aspekte übertrumpft, stehen für andere Verlustängste und die Furcht vor Einschränkungen aufgrund von Klima*schutz*maßnahmen im Vordergrund. Klimawandel und -politik geben Anlass zu Unsicherheit und Sorgen, aber wie genau sich die Akzentuierung dieses Verhältnisses gestaltet, wird von verschiedenen sozialen Statusgruppen unterschiedlich beurteilt. Wie dargestellt fürchtet über die Hälfte der Arbeiterschaft Wohlstandsverluste, aber nur weniger als ein Viertel der akademischen Mittelklasse. Weitere Studien belegen, dass auch für die Bereitschaft, den Klimaschutz beispielsweise über zusätzliche Steuern zu finanzieren, sozioökonomische Faktoren ausschlaggebend sind.[59] Für 230 prekärer aufgestellte Haushalte stellen sich die Trade-offs zwischen sozialer Lage und Klimapolitik mit viel größerem Nachdruck als für solche mit größeren finanziellen Spielräumen.

In unseren Fokusgruppen zeigt sich das oft darin, dass die einen eher individuelle Akteurschaft und *Gestaltungsspielräume* herausstreichen,

während andere die finanziellen und praktischen *Notwendigkeiten* des Status quo betonen und argwöhnisch darauf achten, dass politische Änderungen keine Nachteile oder übermäßige Unsicherheiten mit sich bringen. »Ich bin auch Umweltschützer«, sagt etwa der Brandenburger Berufsschullehrer Ludwig, »aber andererseits, ich komme so schon kaum über die Runden. Und ich weiß auch nicht, wie es mit den Spritpreisen weitergeht. Klimaschutz muss sein, aber ich muss auch irgendwie zur Arbeit kommen.« Die Lehrerin Ulrike rahmt die Frage ganz anders, nicht als Abwägung, sondern als Reaktion auf eine geradezu apokalyptische Realität:

> Wir müssen uns doch fragen, was passiert, wenn unser Haus demnächst komplett überflutet ist. Dann ist unser kompletter Konsum, unsere drei Fernseher und auch die LED-Sparlampen sind dann weg. Es ist also gar keine Frage, ob wir da Lust drauf haben. Sondern es muss, glaube ich, auch weh tun. Deswegen darf der Sprit ruhig teurer werden und die Energie, wenn es hilft.

Divergierende Wahrnehmungen der Hauptgefahren sind dabei auch mit einer jeweils anderen zeitlichen Logik der klimapolitischen Argumentation verbunden: Weil die einen sich in erster Linie um zukünftige Schäden sorgen und die anderen um Ansprüche im Hier und Jetzt, erscheint den einen als zu langsam und zu wenig (»Es dauert alles einfach viel zu lang«, Sabine), was den anderen als zu rasches Vorgehen (»mit der Holzhammer-Methode«, Dennis) vorkommt. Gegenwärtige Einschnitte gelten Ersteren als hinzunehmen, um größere Schäden in der Zukunft zu verhindern. Ulrike: »Wenn man sich die Zukunftsprognosen anguckt, dann wird es noch viel 231 schlimmer, wenn wir nicht jetzt anfangen, uns einzuschränken.« Andere halten eine solche Sichtweise für überzogen:

> Josef: Nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig. [Es geht darum,] dass es so eine Waage ist, dass man den Klimaschutz langsam vorankriegt, aber nicht ungleich. […] Und es darf keine Hysterie daraus entstehen. Ich finde, dass wir was tun müssen. Ganz klar. Aber ich finde, das Tempo ist wichtig. Das Maß. Maßvoll.
> Natascha: Nicht jetzt von null auf hundert.

> Josef: Es schafft einfach Unruhe, wenn einem immer mehr, immer mehr zugemutet wird. Oder weggenommen.
> Marlene: Auch bei uns im Kindergarten ist es richtig schlimm. Von null auf hundert kommen jetzt auf einmal Vorschriften für uns. […] Ab jetzt nur noch Bio-Käse. Und keine normalen Bananen, nur noch Bio-Bananen. Anstatt dass man mal erst in kleinen Schritten das macht. […] [D]as führt einfach zu Konflikten. Auch unter den Eltern. Wenn ein Vater jetzt sagt, »Ich verdiene zu wenig. Ich kann mir jetzt keine zehn Bananen in der Woche leisten«, zum Beispiel.

Klimaschutzmaßnahmen werden hier nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer zukünftigen Ziele betrachtet, sondern unter dem ihrer möglichen Auswirkungen für heutige Alltagsarrangements und den gewohnten Lebensstandard. Diese Umstrittenheit von Zeitwahrnehmungen liegt auch in einer widersprüchlichen Zeitlichkeit des Problems selbst begründet, wie sie die Heute-Morgen-Arena noch stärker als andere Arenen prägt. Die schnelle Umsetzung einer konsequenten Klimaschutzpolitik ist maßgeblich für ihre Erfolgsaussichten, aber ebendiese Schnelligkeit wird als Bedrohung oder sogar als Zumutung wahrgenommen. Der Klimawandel ereignet sich zeitversetzt, weil Emissionen der Vergangenheit die Erderwärmung vorantreiben und schon längst verursachte Klimaveränderungen erst in der Zukunft Schäden anrichten.[60] Klimapolitisches Handeln bezieht sich auf einen Zukunftshorizont planetarer Grenzen, der den meisten nur 232 aus wissenschaftlichen Prognosen bekannt ist, der aber Veränderungen im Heute erzwingt. Zugleich werden Maßnahmen zur Abwehr oder Minimierung langfristiger Selbstschädigungen der Menschheit erst in einer relativ unbestimmten Zukunft wirksam, sie besitzen also einen *time lag*. Im Vergleich zu Politikfeldern, in denen auf kurze Frist Lorbeeren zu gewinnen sind, führt die temporale Struktur der Umweltfrage zu Problemen der erschwerten Zurechnung und der klimapolitischen Prokrastination.

Die Asymmetrie zwischen unmittelbar fassbaren Kosten und dem eher abstrakten Nutzen zukünftig vermiedener Schäden wiegt vor allem für jene Bevölkerungsgruppen schwer, die zum Beispiel Schwierigkeiten haben, die Miete zu bezahlen oder die gestiegenen Energiekosten zu

tragen. Diese Gewichtung und zeitliche Anordnung der Transformationskosten in der klimapolitischen Gleichung – und nicht Klimaskepsis oder fehlendes Umweltbewusstsein an sich – erweisen sich bei genauerer Betrachtung als entscheidend für die Positionierungen in der Heute-Morgen-Arena. Die Rede von klimaskeptischen oder wenig umweltbewussten unteren Schichten ist daher irreführend. Wir finden in unseren Daten zwar Klassenabstufungen in der Besorgnis um den Klimawandel, aber in allen Klassen sind Menschen mit einem ökologischen »Krisenbewusstsein« in der klaren Mehrheit. Die Klassenstruktur tritt in den ökologischen Einstellungen erst dann stärker hervor, wenn es um die Verknüpfung von Ökologie mit sozialen Fragen der Lastenverteilung und um mögliche Wohlstandsverluste geht.

Ganz ähnlich macht der Sozialgeograf und Politökonom Matthew Huber eine spezifische »Ökologie der Arbeiterklasse« aus, zu der er die knapp zwei Drittel der US-Bevölkerung zählt, die keinen Universitätsabschluss haben.[61] Für diese Gruppen sei der Blick auf die ökologische Frage in allererster Linie ökonomisch vermittelt. Strom, Verkehr, Wohnen und Ernährung – also die Bereiche, in denen riesige klimapolitische Umwälzungen notwendig sind – stellen für weniger wohlhabende Lohnabhängige entscheidende Posten im Budget dar.
233 Klimapolitik erscheint hier als Bedrohung eines ohnehin prekären Lebensstandards, wird sie nicht dezidiert an Umverteilung oder eine Sicherung des sozialen Standards geknüpft. In unseren Fokusgruppen hagelte es entsprechend starke Kritik insbesondere an Ansätzen, die eine Regulierung klimaschädlichen Verhaltens über Konsumpreise (etwa für Benzin) bewerkstelligen wollen. Der Verwaltungsbeamte Walter erklärt:

> Das Ungerechte an dieser Sache mit dem Benzinpreis ist, dass da eine volle soziale Schieflage reinkommt. Wer kann sich das denn leisten? Das sind genau die, die Panzerfahrer, die Mörder mit ihren SUVs. Denen ist es egal, ob der Liter drei oder vier Euro kostet. Die freuen sich, dass die Straßen leer sind. […] Über den Preis werden immer genau die Leute gegriffen, die besonders leiden.

Vor allem die unteren Statusgruppen pochen auf einen *Vorrang des Sozialen* vor dem Ökologischen, indem sie die Erfüllung sozialer Bedürfnisse zur Voraussetzung des klimapolitischen Engagements machen oder auf die Diskrepanz zwischen ihren unmittelbaren Problemen und einer eher abstrakten nationalen Verantwortung hinweisen. Da man nicht weiß, wo man sich im verteilungspolitischen Spiel des ökologischen Umbaus am Ende wiederfindet, ist manchen der Füllstand des eigenen Geldbeutels wichtiger als die klimabedingte Flutkatastrophe, die sich anderswo ereignet. Bei anderen sind die Einkommen möglicherweise ohnehin schon so knapp, dass zusätzliche Ausgaben für die Umwelt – etwa die energetische Sanierung oder der Einbau nichtfossiler Heizungen – nur schwer zu stemmen sind. Soziale Zwänge dominieren, Veränderungen scheinen kaum finanzierbar. Und dann gibt es Menschen, die es eventuell naheliegend finden, den Umweltschutz anderen zu überlassen, weil sie glauben, bereits viel geleistet zu haben oder ohnehin nur wenig ausrichten zu können. Will man diese Gruppen stärker für ökologische Belange motivieren, sind Verteilungsformeln erforderlich, die allgemeinen Vorstellungen 234 von Fairness und Angemessenheit entsprechen und damit dem Gerechtigkeitsempfinden der Betroffenen genügen. Wie Walter es ausdrückt:

> Ich kann nur dann großflächig was bewegen, wenn ich die Leute mitnehme. […] Wenn es darauf hinausläuft, dass sich nur eine bestimmte Klientel das Neueste, Sauberste leisten kann und die anderen draufzahlen, dann wird ein gesellschaftlicher Konsens zerstört.

Die Bedingungen für eine entsprechende Umverteilung sind durchaus günstig. Die Aussage, es sei »nur gerecht, wenn die, die viel haben, auch am meisten zur Bewältigung der Klimakrise beitragen«, findet fast klassenunabhängig Mehrheiten. »Wer mehr hat, der darf auch mehr für die Umwelt tun.« (Georg)

Ökologische Distinktion

Abschließend wollen wir uns nun mit einem Aspekt befassen, der in den vorangegangenen Kapiteln bereits mehrfach zur Sprache kam, nämlich mit dem Umstand, dass sich Ungleichheitskonflikte nicht nur um materielle Unterschiede ranken, sondern auch um die Anerkennung unterschiedlicher Lebensstile. In der Heute-Morgen-Arena spiegelt sich das ganz zentral in Debatten um Fleischkonsum, ökologische Ernährung, das Eigenheim der Kleinfamilie, die PS-Stärke des privaten Pkw oder den Verzicht auf selbigen. Mit Sighard Neckel kann man hier von einem Komplex der »ökologischen Distinktion« sprechen, also vom Gebrauch ökologischer Codes für moralisch aufgeladene Abgrenzungsbewegungen zwischen sozialen Gruppen.[62]

Wie andere Studien zeigen, gibt es durchaus einen starken Zusammenhang zwischen Sozialprofilen und klimarelevanten Lebens- und Konsumstilen, und dieser Zusammenhang wird auch in der Bevölke 235 rung wahrgenommen.[63] Gerade in der Arbeiterschaft, so ein Ergebnis unserer Umfrage, denken viele, der Aufruf zu einem umweltbewussten Leben beachte die Situation armer Menschen zu wenig. Fast drei Viertel der Produktionsarbeiter stimmen der Aussage zu, »eine umweltschonende Lebensweise« werde »vor allem von jenen Gruppen gefordert […], die sich teure Bio-Produkte leisten können«. Zudem betrachten fast 40 Prozent der Produktionsarbeiter die Forderung nach einem umweltbewussten Leben als Zumutung. Bei diesen Fragen finden wir einen deutlichen Klassenbias, der sich – so kann man zumindest vermuten – nicht nur aus ökonomischen Zwängen ergibt, sondern auch aus unterschiedlichen Lebensweisen und mit ihnen verbundenen Moralvorstellungen.

In Kontrast zur bereits erwähnten »Ökologie der Arbeiterklasse«, die sich um die Frage der finanziellen Verkraftbarkeit dreht, beobachtet Huber in der »Ökologie der professionellen Mittelklasse« einen starken Fokus auf die *Konsum*sphäre.[64] Auch aufgrund der großen Distanz

wissensbasierter Mittelklassejobs zur Güterproduktion reduziere sich Klimahandeln auf den Ausdruck eines ökologischen Lebensstils mittels individueller Konsumentscheidungen. Dies führe die Diskussion tendenziell weg von den strukturellen Hintergründen der Klimakrise und hin zu alltagsethischen Fragen von Verzicht und Verschwendung. Dies war auch in unseren Gruppendiskussionen präsent, etwa wenn Buchhalterin Mareike sagt:

> Also ich habe das Gefühl, in meinem Umfeld, also die Mittelschicht, wir tun alle im Moment was und schnallen den Gürtel enger. Leben bewusst und verzichten bewusst. Mein Handy ist zehn Jahre alt, zum Beispiel. […] Und was mich so aufregt, ist, dass viele immer denken: »Wenn ich auf Klimaschutz achte, dann muss ich mein Leben umkrempeln und dann geht es mir nicht mehr so gut.« Dabei gibt es Verhaltensmuster, die wir mit ganz wenig Anstrengung ändern können. Zum Beispiel, wie uns die Werbung immer so suggeriert: »Konsum, Konsum, Konsum« […]. Wenn man
> 236 diese Prozesse einfach mal hinterfragt und anfängt, mal darüber nachzudenken, dann kann man ganz viel … den eigenen Fußabdruck reduzieren.

Ökologie wird hier in erster Linie als Frage eines Lebensstils verstanden, für den die Chiffre des individuellen »ökologischen Fußabdrucks« maßgeblich ist. Klimahandeln erscheint in der Folge als schmerzhaftes, aber notwendiges Opfer für das Allgemeinwohl: »Ich fahre gerne Auto. [Aber] da werde ich drauf verzichten müssen. […] Und wenn es weh tut, dann wird es weh tun.« (Ilko) Während die eine Gruppe befürchtet, dass ihr oder anderen durch eine zu schnelle Transformation *zu wenig* zum Leben bleibt, erscheint der anderen ein Weniger als Ausweis moralischer Integrität. Umgekehrt zielt ihre Kritik auf ein verschwenderisches *Zuviel*. Controllerin Carmen etwa fragt entrüstet: »Müssen wir 20 Sorten an Frischkäse haben? Müssen wir 30 Sorten an Brot haben? Muss ich abends um 20 Uhr verlangen, dass ich noch warmes Brot bekomme? Bitte? Müssen wir so viel produzieren und so viel wegschmeißen?«

In Mareikes Aussage über »Verhaltensmuster, die wir mit wenig Anstrengung ändern können«, kommt zudem eine weitreichende *Entscheidbarkeit* des ökologischen Lebensstils zum Ausdruck, die direkt mit dem Prinzip moralischer Verantwortung zusammenhängt: Die

Klimafrage wird auf das Handeln Einzelner zugerechnet, weil man davon ausgeht, dass diese signifikante Entscheidungsspielräume haben. Das nachhaltige Leben wird voluntaristisch verstanden, ob man den Lebensstil in die eine oder andere Richtung lenkt, hängt vom eigenen Willen ab. Lehrerin Ulrike betont die Wirksamkeit ihres »ethischen« Engagements:

> Jeder hat die Möglichkeit, wenigstens einen geringen Anteil zu machen. […] Jeder kann bei sich selber anfangen und seine Freunde überzeugen. Natürlich bringt auch der Tropfen auf dem heißen Stein etwas. […] Also ich habe vor fünfzehn Jahren aus klimaöko 237 logischen und ethischen Gründen entschieden, vegan zu leben, und ziehe das durch. Und ich bin nicht die Einzige im Freundeskreis geblieben, mittlerweile besteht die ganze Familie daraus. Und wir engagieren uns auch auf Demonstrationen und Veranstaltungen, wo immer es geht.

Hier liegt ein wichtiger Kontrast zur Betonung struktureller Alltagsnotwendigkeiten auf der diskursiven Gegenseite. Entgegen dem empathischen Verständnis individueller Gestaltungsspielräume werden Klimaprobleme dort bisweilen jenseits des eigenen Handlungsradius verortet: »Ist ja schön, dass die Pole schmelzen«, sagt etwa Birgit, »und was soll ich jetzt da machen?« Verkäuferin Lisa erklärt: »Ich finde Klimawandel an sich natürlich wichtig. Aber ich als kleiner Bürger kann nur sagen: Ich trenne meinen Müll. Ich tue halt, was ich meine für das Klima tun zu können. Aber im Endeffekt habe ich eh nichts zu sagen.« Im Gestus der subalternen Passivität (»als kleiner Bürger«, »eh nichts«) erkennen wir hier möglicherweise ein Echo des Demobilisierungsphänomens, das uns bereits in Kapitel 3 begegnet ist. Der Aufladung des Lebensstils, wie sie die moralische Ökologie der »professional class« charakterisiert, wird eine klare Absage erteilt. Der Spielraum individueller Entscheidungen wird als deutlich enger gesteckt wahrgenommen.

In Mareikes Aufforderung zum »Nachdenken«, »Hinterfragen« und »bewussten Leben« sowie der Hervorhebung der kulturellen Narrative der Werbeindustrie wird ein weiteres Charakteristikum der »moralischen Ökologie« der Akademikerklassen offenbar: die Vorstellung, dass vor allem *Bewusstsein*, Reflexivität und der Kampf um die richtigen Ideen

entscheidend seien. Wie wiederum Huber bemerkt, kommt es hier bisweilen zu einer Überschätzung des Faktors Wissen in der Klimapolitik.[65] Slogans wie »*Listen to the science*« (deutsch: »Hört auf die Wissenschaft«) finden vor allem bei Menschen Resonanz, die selbst beruflich mit Wissen hantieren, deren sozialer Status auf Bildung und akademischen Qualifikationen beruht 238 oder die sich in Milieus bewegen, in denen Informiertheit und ein reflexiver Selbstbezug (Managerin Chiara: »Ich esse bewusst. Ich kaufe bewusst ein«) hohen Stellenwert genießen.

All dies ist relevant, weil akademisch Gebildete zwar tendenziell klimapolitisch tonangebend sind, in der Gesamtbevölkerung aber eine Minderheit darstellen. Der insbesondere in der akademischen Mittelklasse verbreitete Zugang zur Klimapolitik über individuelle Akteurschaft und ethische Zurechnung, heroischen Verzicht, unbedingte Zukunftsorientierung und Bewusstwerdung läuft hier Gefahr, an gänzlich anders gelagerten Ökologien der restlichen Bevölkerung vorbeizureden. Bei Letzteren stehen oft strukturelle Notwendigkeiten im Vordergrund der ethischen Argumentation; neben begrenzten finanziellen Ressourcen werden etwa fehlende Infrastrukturen benannt. Relevanz und Einfluss individueller Lebensstiländerungen werden bezweifelt, der individuelle Spielraum wird als eher klein erachtet (Ludwig: »Na ja, zur Arbeit muss ich. Man hat ja nicht immer so viele Möglichkeiten«). Wie wir im nächsten Kapitel eingehender beleuchten, kann dies in zugespitzter Weise in *Reaktanz* münden, also einem impulsiven Zurückweisen moralisch-ökologischer Ansprüche an den eigenen Lebensstil, wie es in folgender Äußerung des Sozialarbeiters Jens zum Ausdruck kommt:

> Ich möchte mir nicht vorschreiben lassen, bis ins Kleinste, wie ich in meinem Zuhause zu leben habe. Ich möchte auch weiterhin gerne mein Stück Fleisch essen dürfen. Sicherlich kann man gern auch mal vegetarisch essen. Tue ich dann auch. Aber dass mir das alles noch vorgeschrieben und quasi befohlen wird, dagegen wehre ich mich!

In solchen Aussagen werden nicht begrenzte Möglichkeiten gegen Umstellungsforderungen in Stellung gebracht, wir stoßen vielmehr auf

eine trotzige Verteidigung des legitimen Luxus als Symbol eines guten und selbstbestimmten Lebens. Dass hier auf genau die Güter 239 verwiesen wird, deren Überflüssigkeit und Verzichtbarkeit die andere Seite explizit herausstellt – neben dem Fleischkonsum etwa auch Flugreisen und Autos mit Verbrennermotoren –, weist auf Prozesse der ökologischen Distinktion hin, im Zuge derer beide Seiten ihre Lebensweise zum Identitätsmarker erheben und sich Frontstellungen zwischen Fordernden und Verteidigern ergeben.[66]

Angst vor welchem Wandel?

Die Bewältigung des menschengemachten Klimawandels und der Erhalt der Existenzgrundlagen sind die drängenden Fragen unserer Zeit; sie machen große Umstellungen erforderlich und bergen damit erhebliches Konfliktpotenzial. Bei umwelt- und klimapolitischen Auseinandersetzungen handelt es sich bislang um *unsettled conflicts*, die dynamischen Veränderungen unterworfen sind und deren Struktur sich erst nach und nach auskonturiert. Hier treten alternative und für manche provozierende Formen des Protests auf, neue Akteure wie Fridays for Future oder die Letzte Generation erobern die Straßen und die Sendestudios. Selbst innerhalb der Umweltbewegung kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen jenen, die eine Abkehr vom Produktivismus und eine geplante wirtschaftliche Schrumpfung für das Gebot der Stunde halten, und jenen, die die Mittel der industriellen Moderne für »grünes Wachstum« nutzen wollen.

Anhand unseres empirischen Materials können wir zeigen, dass das oft gezeichnete Bild eines Gegeneinander zwischen Klimaskeptikern und Klimabesorgten ebenso wenig die soziale und politische Realität dieser Arena spiegelt wie die pauschalen Annahmen einer Frontstellung zwischen Nachhaltigen und Menschen mit fossiler Gesinnung. Solche Schubladisierungen erweisen sich als bloße Karikaturen. Tatsächlich lässt

sich klar erkennen, dass *Sorgen um die Umwelt* in der Breite der Bevölkerung angekommen sind und bei 240 der großen Mehrheit zum Common Sense gehören. Weitgehende Einigkeit besteht grundsätzlich darüber, dass es notwendig ist, im Rahmen des jeweils Möglichen ein *nachhaltigeres Leben* anzustreben, und dass Klimaschutz mit *sozialem Ausgleich* einhergehen sollte, durch den exzessive Härten für ärmere und vulnerable Menschen vermieden werden (Abbildung 6.3). Vielen ist bewusst, dass sich hier Ungleichheitsfragen stellen und dass nachhaltiger Klimaschutz nur zusammen mit anderen Gütern erreicht werden kann.[67] Gerade in unserem Fokusgruppenmaterial finden wir aber auch zahlreiche Punkte, an denen Dissens sichtbar wird und gegenläufige argumentative Repertoires aufscheinen. Wie wir sehen, drehen sich Konflikte dabei nicht darum, *ob* der Klimawandel eine Bedrohung darstellt, sondern darum, *wie* und *bei wem* die Transformation ansetzen sollte und vor allem in welcher Geschwindigkeit.

Konsens		
Sorge um den Klimawandel, kein Klimaleugnertum **Notwendigkeit nachhaltigeren Lebens** innerhalb bestehender Spielräume (Dissens über Ausmaß) **Notwendigkeit sozialen Ausgleichs**: »Die, die mehr haben, dürfen auch mehr beitragen.«		
Dissens		
Problemwahrnehmung		
primäre Gefahr	**Folgen des Klimawandels** Wetterextreme, Naturzerstörung, Schäden, Klimakonflikte	**Folgen der Transformation** ungerechte Verwerfungen und Eingriffe in die Lebensweise
Gerechtigkeitsbezug	**Betroffene des Klimawandels** Menschheit, nächste Generation, arme Länder	**Betroffene der Transformation** Landbewohner, Arbeitnehmer, Geringverdiener
Zeitbezug		
Zeitlichkeit	**zu langsam** Schnelles Handeln zur Verhinderung zukünftiger Schäden apokalyptische Zeit (»wenn unser Haus überflutet wird«)	**zu schnell** behutsamer Wandel bei Schutz gegenwärtiger Interessen Passung von Transformationstempo und Alltag (»nicht von null auf hundert«)
Rolle Deutschlands	**zu wenig** Deutschland als reicher Verursacher besonders gefragt Klimaschutz als ökonomische Chance (Zukunftstechnologie)	**schon viel** Deutschland bereits ökologischer Vorreiter exzessiver Klimaschutz als Gefahr im Standortwettbewerb
Konsequenzen		
Individuelle Spielräume	**weite Spielräume** individuelle Entscheidbarkeit, Alltagshandeln zentral	**begrenzte Spielräume** alltägliche Notwendigkeiten, Einzelne können wenig ändern
Ethos	**freiwilliger Verzicht** Freiheit als bewusste, reflexive Entscheidung, Einsicht in ökologische Notwendigkeiten wollen, können	**bedrohte Wahlfreiheit** Freiheit als Nichteinmischung und Ermöglichung von gutem Leben und legitimem Luxus nicht müssen, dürfen

Abb. 6.3: Argumentative Repertoires in der Heute-Morgen-Arena

Angesichts unterschiedlicher sozialer Positionierungen und Verständnisweisen unterscheiden sich auch die Wahrnehmungen von Zeitlichkeit: Klimakonflikte sind weniger Zielkonflikte im Absoluten denn *Zeitkonflikte*. Hier gibt es eine Grundspannung zwischen jenen, denen die ökologische Transformation angesichts rasanter und in quasi-apokalyptischen Worten geschilderten Klimaveränderungen nicht schnell genug geht (»wenn unser Haus überflutet ist«), und jenen, die den Umbau von Wirtschaft und Alltagsleben überstürzt finden und denen sich Fragen der Zumutbarkeit und möglicher ökonomischer Verlustrisiken stellen. Während von den einen die *Klimawandelfolgen* als primäre Bedrohung herausgestellt werden und bei ihnen die von Überflutungen, Dürren, Hitze und extremem Wetter betroffene Menschheit (insbesondere zukünftige Generationen) im Vordergrund steht, betonen die anderen bedrohliche *Transformationsfolgen* und weisen auf die ungerechten oder exzessiven Einschnitte hin, die Klimaschutzbemühungen vor allem für jene bedeuten, die in ihrem Alltag von fossilen Infrastrukturen abhängig sind; zuvorderst etwa Menschen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen und deshalb auf bezahlbares Benzin angewiesen sind. Beide Ar 242 gumente beziehen sich auf *Gerechtigkeitsfragen*, stellen dabei aber unterschiedliche Gruppen und Bedürfnisse ins Zentrum. Dabei gibt es bisweilen auch ganz unterschiedliche *Wahrnehmungen der Rolle Deutschlands* und der hier bereits geleisteten Anstrengungen: Für die einen ist die Bundesrepublik notorischer Vorreiter bei allen grünen Belangen, und zwar bis zu dem Grad, an dem das Engagement angesichts des globalen Wettbewerbs in wirtschaftliche Selbstschädigung umzuschlagen droht. Die anderen sehen Deutschland als reiches Verursacherland in einer besonderen Verantwortung, der es bislang nur sehr unzureichend genügt. Auch in dieser Frage der nationalen Zurechnung von Klimaschutz und -schädigung sehen wir erhebliche Klassenunterschiede. Hier überschneiden sich Klimaeinstellungen und Fragen des Nationalismus, eine Konstellation, die auch die Innen-Außen-Arena strukturiert. Allerdings lässt sich nicht

sagen, dass Migrationsoffene und Nachhaltige bzw. Migrationsgegner und Fossilorientierte jeweils deckungsgleiche Lager bilden.

Soziale Unterschiede in der *Verursachung* ökologischer Belastungen werden nur in Ansätzen politisiert, vor allem mit Blick auf den Konsum der Reichen, selten mit Bezug auf die Profite von Konzernen und ihren Eignerinnen und Eignern. Auch die sozial unterschiedliche *Betroffenheit* wird jenseits des pauschalen Hinweises auf Krisenregionen des globalen Südens eher wenig thematisiert. Stattdessen werden Ungleichheitsfragen vor allem virulent, wenn um *ungleiche Transformationslasten* gerungen oder Nachhaltigkeit Gegenstand lebensstilbezogener *Distinktionskämpfe* wird. Die Verbindung von sozialer und ökologischer Frage ist *das* zentrale Thema, das sich durch alle Klimadiskussionen zieht. Auch wenn keine kategorische Spaltung des Landes in ein klimapolitisches Oben und Unten festzustellen ist, sind es der Tendenz nach Menschen in wirtschaftlich prekären Positionen, die nur begrenzte eigene *Spielräume* für ökologisches Handeln wahrnehmen. Einem *ökologischen Ethos* des freiwilligen Verzichts (man »will« und »kann« mehr für die Umwelt tun), wie er eher für die gebildete Mittelklasse typisch scheint, 243 begegnet man hier oft mit Skepsis; man pocht auf die eigene Wahlfreiheit und legitime Momente des Luxus (man »kann« nur begrenzt, will aber vor allem »nicht müssen«).

Ökologische Belange können somit als Konfliktfeld *sui generis* gelten, das zentral durch Zeitfragen und soziale Ungleichheiten in der Verteilung von Transformationslasten strukturiert ist (zu denen womöglich Fragen der ungleichen Verursachung und Betroffenheit von Klimafolgen treten werden). Angesichts einer erst ansatzweisen Politisierung der Klimafrage als Verteilungskonflikt ist nicht auszuschließen, dass sich zukünftig ganz neue Allianzen ergeben, die sich an der sozialökologischen Transformation ausrichten oder gar zur Formierung »ökologischer Klassen« führen.[68] Klar ist, dass die nachhaltige Mobilisierung eines eigentlich vorhandenen Konsens für den Klimaschutz nur dann gelingen kann, wenn die Klimawende neben der Sorge um das Ende der Welt auch jener um das Ende des Monats Rechnung trägt; sei es durch Kompensationszahlungen, sei es durch den Ausbau von Sozialeigentum,

Beschäftigung und öffentlicher Infrastruktur im Zuge ökologischer Investitionsprogramme. Offen bleibt allerdings, inwieweit das politische System, das auf Mehrheiten angewiesen ist, hinreichend Möglichkeiten bereithält, sowohl die ökologische Frage selbst als auch den Konflikt um sie angemessen und vor allem rechtzeitig zu bearbeiten.

7. Triggerpunkte

Reicht es langsam mit dem Tanz auf Eierschalen, um beim Thema Gender oder Rassismus ja nichts Falsches zu sagen? Ist es schon diskriminierend, Einwanderung und Kriminalität in einem Atemzug zu nennen? Treiben Debatten wie die um #MeToo heute Blüten, die nicht mehr nachvollziehbar sind? Oder sollte unsere Gesellschaft umgekehrt noch viel intensiver reflektieren, wie alltägliche Formen des Sprechens Ausschluss und Ungleichbehandlung befördern? Gilt es, unser aller Alltagsleben konsequent auf Nachhaltigkeit umzustellen, oder tun wir hierzulande sowieso schon mehr als der Rest der Welt? Sollte man Arme mit Zuckerbrot und Peitsche motivieren, sich aus ihrer Lage herauszuarbeiten, oder ist Armut ein Systemfehler, den man nur beheben kann, indem man den Reichen nimmt? Steht Ankömmlingen aus Syrien, Afghanistan oder afrikanischen Ländern das unteilbare Recht auf humanitären Schutz zu? Oder muss man hier, wie bei anderen Formen der Einwanderung, begrenzen und steuern?

Diesen zunächst scheinbar ganz disparaten Fragen ist eines gemeinsam: Sie spitzen Streitpunkte der Ungleichheitsarenen auf eine Weise zu, die Menschen zu sehr vehementen, gegensätzlichen und oft auch stark emotionalen Positionierungen veranlasst. Während sich ein sehr großer Anteil der Bevölkerung darauf einigen kann, dass sexuelle Minderheiten in Frieden leben sollen, dass der Klimawandel besorgniserregend ist und dass der Staat für gerechten Ausgleich sorgen muss, gehen die Meinungen deutlich auseinander, wenn es stärker »ans Eingemachte« geht, etwa weil Konsequenzen für das eigene Leben sichtbar werden oder Figuren ins Feld geführt werden, die Empathie oder Angst hervorrufen. In unseren Gruppendiskussionen spürt man den Übergang vom Konsensualen ins Strittige daran, dass sich das Klima plötzlich merklich erhitzt. Diskutantinnen verschränken 245 ihre Arme, oft beginnen mehrere

gleichzeitig und mit großer Emphase zu sprechen oder stacheln sich gegenseitig an: »Es ist der helle Wahnsinn«, »Aber hallo!«, »Wir machen uns zum Deppen« und so weiter. Andere schütteln dabei energisch den Kopf, runzeln kritisch die Stirn oder setzen ein süffisantes Lächeln auf. »Das ist doch Quatsch«, werfen sie ein, oder: »Absolutes *Bild*-Niveau, wie du redest«.

Gesellschaft der Empörten?

In genau solchen Momenten begegnet uns eine Intensivierung und affektive Aufladung von Kontroversen, die zuletzt immer wieder mit Sorge registriert wurde; etwa unter dem Label einer »großen Gereiztheit«,[1] des »Kulturkampfs« oder der Empörungskaskaden einer »Hyperpolitik«.[2] Auf den ersten Blick scheinen solche Beobachtungen unserer Diagnose einer eher schwachen bis moderaten Polarisierung und eines breiten Korridors der Übereinkunft zu widersprechen. Das Bild einer Spaltung konnten wir als stark überzogen zurückweisen. Doch auch ohne Zwei-Lager-Polarisierung leben wir offenkundig nicht in einer Konsensgesellschaft, sondern in einer, in der immer wieder voller Vehemenz und Anspannung gestritten wird. Will man es sich argumentativ nicht zu einfach machen, erscheint es also lohnenswert, genauer zu betrachten, was relativ konsensuale Fragestellungen von solchen unterscheidet, bei denen Leute an die Decke gehen. Der öffentliche (und leider vielfach auch der wissenschaftliche) Diskurs krankt bislang daran, dass von der oft hochgradig stilisierten Form, in der Konflikte in den Medien erscheinen, auf eine polarisierte Tiefenstruktur der Gesellschaft geschlossen wird. Diesen Kurzschluss wollen wir vermeiden, ohne deshalb Empörung und Streit als unwichtige Oberflächenphänomene abzutun.

Um genauer zu fassen, wie es dazu kommt, dass bestimmte Debatten mit großem Erregungsüberschuss geführt werden, bedienen wir uns eines heuristischen Konzepts, das wir *Triggerpunkte* nennen.[3] 246 Es zielt auf

jene neuralgischen Stellen, an denen Meinungsverschiedenheiten hochschießen, an denen Konsens, Hinnahmebereitschaft und Indifferenz in deutlich artikulierten Dissens, ja sogar Gegnerschaft umschlagen. Physiotherapeuten verstehen unter Triggerpunkten verhärtete Stellen oder »verkrampfte Zonen« des Körpers. Im Zuge von Übertragungen kann eine Berührung solcher Punkte – ein »Triggern« – auch in ganz anderen Körperregionen Schmerz auslösen. Ohne die Analogie zu medizinischen Begriffen überdehnen zu wollen, verstehen wir Triggerpunkte als jene Orte innerhalb der Tiefenstruktur von moralischen Erwartungen und sozialen Dispositionen, auf deren Berührung Menschen besonders heftig und emotional reagieren.

Wir wollen im Folgenden genauer verstehen, was es mit diesen Punkten auf sich hat, und empirisch nachzeichnen, warum bestimmte Themen triggern. Dazu nutzen wir das reiche Material unserer Fokusgruppen, die wir schon vorab auf die Erforschung gesellschaftlicher Triggerpunkte angelegt hatten. Zur Erinnerung: Für diese Gruppen luden wir einander unbekannte Personen ein, unter Anleitung eines Moderators einen Abend lang über kontroverse Themen zu sprechen. Wir Forschenden verfolgten das Geschehen hinter einem Zwei-Wege-Spiegel, der uns vor den Teilnehmern verbarg, für uns aber durchsichtig war. Dies ermöglichte es uns, nicht nur die Inhalte der Debatten zu analysieren, wie sie in den schriftlichen Transkriptionen erscheinen, sondern auch das Raumklima und die Dynamik argumentativer Schlagabtausche zu beobachten und zu dokumentieren. Ein Großteil der Diskussionen entspann sich anhand von Schlagzeilen, die wir aus diversen Zeitungen ausgeschnitten und auf laminierte Karten gedruckt hatten. Zu jeder unserer Ungleichheitsarenen wählten wir sieben Überschriften aus, die unterschiedliche Aspekte fokussierten, etwa: »Die Armutsquote von Mietern steigt« (Oben-Unten), »Migranten: Söder warnt vor unkontrollierter Zuwanderung« und »Hartes Herz, zynisch, herzlos: Zur Lage an der EU-Außengrenze« (Innen-Außen), »Eine Quote für Transmenschen« [247] und »Darf der Staat die Grammatik verändern?« (Wir-Sie) oder »Grüne wollen 1000 Euro Zuschuss für Lastenfahrräder« (Heute-Morgen). Während der

Gruppendiskussionen wurde den Teilnehmern dieser Stoß von 28 Schlagzeilen (die im Onlineanhang dokumentiert sind) in doppelter Ausführung vorgelegt. In relativ kurzer Zeit sollten sie, ohne viel nachzudenken, jene herausgreifen, die für kontroverse und hitzig diskutierte Themen standen. Diese wurden dann in der Gruppe debattiert. Unsere Versuchsanordnung zielte darauf ab, einerseits die Befragten möglichst intuitiv und ungefiltert entscheiden zu lassen, welche Gegenstände in ihren Augen besonders konfliktträchtig waren (auch wenn die Auswahl natürlich von uns vorstrukturiert war); andererseits wollten wir simulieren, wie Menschen im Alltag auf Triggerpunkte stoßen, nämlich häufig über die Schlagzeilen, Slogans und Buzzwords der Medien.

Im Ergebnis zeigte sich, dass manche Themen von den Beteiligten weitaus aufgeregter diskutiert wurden als andere. Sie sprachen plötzlich schneller und vehementer, oft im Gestus der moralischen Empörung (»das darf doch nicht sein«) oder der Lächerlichmachung gegenläufiger Meinungen (»völlig Banane«). Diese Momente der Erregung und Vehemenz sammelten wir in der Analyse, weil wir sie als Indizien dafür interpretierten, dass Triggerpunkte getroffen worden waren. Werden Triggerpunkte berührt, so unser Verständnis, überwiegt die affektive gegenüber der kognitiven Komponente von Einstellungen.[4] Es wird schneller und stärker aus dem Bauch heraus geurteilt – man springt auf etwas an. Oft waren es bestimmte Wörter, bei denen die Diskussionstemperatur sich spürbar erhitzte: »Gendersternchen« und »Messerstecher«, »Transquoten« und »Clan-Bosse«, »Luxusyachten« und »Lastenfahrräder« – die Liste ließe sich fortsetzen.

Im Folgenden blicken wir genauer auf verschiedene Beispiele für Triggerpunkte. Wir versuchen zu ergründen, was sie gemeinsam haben und warum gerade bestimmte Sachverhalte, Positionen und Schlagwörter triggern. Wir entwickeln dabei die Leitthese, dass die Dyna 248 mik der Triggerpunkte deshalb so wirkungsvoll ist, weil diese in einer Unterstruktur moralischer Überzeugungen, Selbstverständnisse, Alltagskosmologien und Rechtfertigungsmuster verankert sind, die im Sinne eines »impliziten Gesellschaftsvertrags« (Barrington Moore) als

selbstverständlich wirksam wird.[5] Wo derlei moralische Grunderwartungen verletzt werden, wird eine starke affektive Ladung freigesetzt. Konkret schält sich aus unserer Analyse eine Taxonomie von vier typischen Triggern heraus, die in einer ganzen Reihe thematisch verschiedener Zusammenhänge für eine Erhitzung der Diskussion sorgten: *Ungleichbehandlungen*, *Normalitätsverstöße*, *Entgrenzungsbefürchtungen* und *Verhaltenszumutungen*. Über alle Ungleichheitsarenen und politischen Orientierungen hinweg, so die im Folgenden entfaltete Analyse, zeigen sich Menschen getriggert, wann immer spezifische Erwartungen der Egalität, der Normalität, der Kontrolle und der Autonomie verletzt werden.

Ungleichbehandlungen

Ein erster typischer Ausdruck jener Empörung, an der man erkennt, dass ein Triggerpunkt getroffen wurde, ist ein deutlich artikuliertes *Unrechtsbewusstsein*. »Das ist nicht fair!« – diese gängige Formel des Protests bezieht ihren Sinn aus einer spezifisch modernen Semantik der *Wertgleichheit* aller Menschen, aus der sich eine Erwartung der *Gleichbehandlung* ergibt.[6] Anders als in früheren Jahrhunderten, in denen die Ungleichwertigkeit der Menschen eine selbstverständliche Grundlage der Sozialordnung bildete und von konservativen, aber auch liberalen Denkern verteidigt wurde, müssen sich heute alle, die als moralisch kompetente Diskussionsteilnehmerinnen gelten wollen, zum grundsätzlichen Ideal der Gleichbehandlung bekennen.[7] Wie wir in den vorangegangenen Kapiteln sahen, wird auch in der Gegenwart ein beträchtliches Maß an Ungleichheit als normal angesehen und durch moralische Unterscheidungen legitimiert. Doch 249 so gut wie niemand würde noch argumentieren, dass einigen Menschen mehr Vermögen oder Anerkennung zusteht, weil sie einer von Gott oder der Natur als höherwertig vorherbestimmten Gruppe angehören. Aus dieser (historisch

durchaus neuen) Gleichheitsnorm ergibt sich ein erster Typus von Triggern: Menschen stoßen sich daran, dass die Gesellschaft einer implizit vorausgesetzten Egalitätserwartung nicht genügt.

Besonders prominent ist hier die Empörung über Diskriminierung (im Sinne einer *ungerechten Ungleichbehandlung*), »nur weil« man schwarz, schwul oder weiblich ist – oder auch (dies ist sozusagen die rhetorische Retourkutsche), weil man ein Mann, heterosexuell, einheimisch, »normal« ist. Grundschullehrerin Ulrike etwa ist getriggert, als ein anderer Teilnehmer die Position bezieht, es sollte Transmännern verboten werden, ohne Bikini-Oberteil schwimmen zu gehen.[8] In Ulrikes Augen ist dies zutiefst ungerecht, weil – eigentlich gleichwertige – Männer- und Frauenkörper ungleich behandelt werden: »Frauenbrüste dürfen nicht gezeigt werden, aber Männerbrüste schon, oder was? Egal wie fett die sind und ausgeschwabbelt, wie eine Frauenbrust. Das macht doch keinen Sinn!«

Gerade indem hervorgehoben wird, dass der Sachverhalt der gleiche ist (dicke Männerbrüste sind ausgewölbt »wie eine Frauenbrust«), wird die Unterscheidung als Ungleichbehandlung und doppelter Standard skandalisiert. Cismänner nehmen sich ein Vorrecht heraus, das Frauen und Transmännern verwehrt bleibt. Ein großer Teil der Trigger, über die sich linke, progressive oder liberale Diskursteilnehmer empören, fallen in diese Kategorie der Ungleichbehandlung von Gleichen: Sei es, wenn Queere diskriminiert und angegriffen oder Migranten ausgeschlossen werden, sei es, wenn gleiche Arbeit unterschiedlich entlohnt wird, oder sei es, wenn migrantisch gelesene Deutsche immer wieder nach ihrer Herkunft gefragt werden. Auch die Exzesse der ökonomisch Starken triggern; etwa wenn der einfache Angestellte Torsten und Rentner Rüdiger sich in einer Diskussion über gerechtfertigte und ungerechtfertigte Ge 250 haltsunterschiede über den ehemaligen DB-Chef Hartmut Mehdorn mokieren:

> Torsten: Vielleicht kennt jemand den Herrn Mehdorn noch?
> Rüdiger: Jahaa!

> Torsten: Der hat drei Unternehmen vor die Wand gefahren und nur Mist produziert. Und hat trotzdem so viel Geld bekommen. […] Wenn ich als Arbeitnehmer irgendwo einen Schaden verursache, dann kann ich dafür in Regress genommen werden. Und der nicht.
> Rüdiger: Die einen kassieren, und die anderen werden auf die Straße gesetzt.

Dass für die Reichen andere Regeln als für die Armen gelten, macht insbesondere in den Fällen wütend, in denen legitimierende Faktoren wie hohe Leistung oder sozialer Nutzen nicht gegeben sind und die schiere Ungleichbehandlung aufgrund von Machtunterschieden hervortritt. Am anderen Ende der Leiter triggert das Leid der unfair behandelten Schwachen. In bestimmten Fällen werden hier sogar ungerechte *Gleich*behandlungen zum Stein des Anstoßes. Dies geschieht beispielsweise dann, wenn formale Gleichbehandlung aufgrund ungleicher Bedingungen zu ungerechten Ergebnissen führt (in Kapitel 3 sahen wir etwa, dass eine Teilnehmerin argumentierte, es sei ungerecht, wenn Alleinerziehende den gleichen Lohn erhielten wie Menschen ohne familiäre Verpflichtungen). Gerechtigkeitsverletzungen triggern also unter Umständen nicht nur dort, wo Gleiche ungleich, sondern auch dort, wo Ungleiche ungerechterweise gleich behandelt werden.

Interessanterweise können Triggerpunkte auch dann getroffen werden, wenn aus Sicht der entsprechenden Person überzogene Gleichheitsforderungen aufgestellt werden. Um eine solche Forderung abzuwehren, wünscht sich Rüdiger ironisch, dass es angesichts einer Frauenquote für DAX-Vorstände auch eine Frauenquote bei Dach 251 deckern und Tiefbauern geben sollte; ähnliche Reaktionen sehen wir allgemein in Fällen, wo Antidiskriminierungsmaßnahmen als ungerechte Bevorteilung wahrgenommen werden. Wie in Rüdigers Beispiel werden Anerkennungs- und Gerechtigkeitsforderungen oft anhand eines Kriteriums der *Generalisierbarkeit* zurückgewiesen, das auf die Gleichheitssemantik zurückgreift: Ansprüche sind nur dann legitim, wenn sie für alle gelten. Dementsprechend dürfen Transpersonen, sexuelle und ethnische Minderheiten nur das einfordern, was auch allen anderen zukommt: Unversehrtheit etwa oder die Anerkennung als Trägerinnen

von Rechten und Pflichten. Sobald es dagegen um die Anerkennung als spezifisch Andere geht, werden Ansprüche mit dem Hinweis abgewehrt, es handle sich »nur um eine Randgruppe« (Walter) von »nur null Komma irgendwas« (Stefan), deren hervorgehobene Behandlung gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße. Das Resultat ist eine zur Anspruchsabwehr angespitzte Gleichheitsforderung, die sich etwa zeigt, wenn Teilnehmerin Natascha eigene Schwimmzeiten für Transpersonen mit einem Argument der Gleichbehandlung ablehnt:

> Ich finde das geht gar nicht. Weil, ganz ehrlich, *ich bin auch ein Mensch*, und ich sehe auch anders aus. Ich bin jetzt dick. *Ich kann jetzt auch nicht sagen*, »Ich möchte jetzt andere Zeiten haben, weil ich dick bin. Weil ich mich schäme, wenn da schlanke Frauen sind.« (Unsere Hervorhebung)

Was auffällt, ist, dass Nataschas Aussage der oben zitierten Äußerung zu Männer- und Frauenbrüsten gar nicht unähnlich ist. In beiden Fällen beschweren sich die Teilnehmerinnen darüber, dass analoge Sachverhalte (hier: von einer Norm abweichende Körper) unterschiedlich behandelt werden. Ging es dort allerdings darum, die Anerkennungsforderung einer Minderheit zu unterstützen, geschieht hier das genaue Gegenteil.

Nur scheinbar paradox ist, dass das Beharren auf Gleichbehand 252 lung sowohl zur Untermauerung egalitärer als auch anti-egalitärer Argumente dienen kann. Wie bereits erwähnt, beruft sich die Ablehnung einer extensiven Sozialpolitik ebenfalls auf Grundsätze der Gleichbehandlung. Motiviert ist dies von dem Verdacht, andere könnten sich ungerechte Vorteile verschaffen, die Egalitätserwartung wird also nach dem Prinzip »Gleiche Pflichten für alle« verstanden; Teilnehmer Torsten: »Hartz IV soll ja eigentlich das absolute Lebensminimum abdecken. Und wenn einer dafür, dass er da acht Stunden jeden Tag schinden geht, nur 20 Euro mehr im Monat hat als das Lebensminimum – das kann doch nicht wahr sein!«[9]

Auch an dieser Stelle werden Verstöße gegen eine Erwartung der Gleichbehandlung zum Anlass für Empörung, wenngleich unter anderen Vorzeichen. Statt kompensatorischem Ausgleich und Egalisierung wird hier gewissermaßen gleiche Härte für alle gefordert und gegen

vermeintliche Trittbrettfahrer in Stellung gebracht. Die Angst vor einer ungerechten Übervorteilung durch andere triggert über die Arenen hinweg. Sie steht beispielsweise hinter der schon beschriebenen Vorstellung, andere Länder nutzten das Engagement Deutschlands in der Klimapolitik oder bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus, um sich selbst aus der Verantwortung zu stehlen. Derselbe Argwohn zeigt sich, wenn Befragte reale oder fiktive Momente zitieren, in denen Migranten oder Leistungsempfänger sich weigern, im selben Maße zurückzugeben, wie sie fordern und empfangen. Moralische Empörung über Unverhältnismäßigkeiten vermischt sich hier unauflöslich mit der Verteidigung des eigenen oder gruppenspezifischen Status (Kapitel 4).

Triggerpunkte liegen häufig an den Bruchstellen tief verankerter *Egalitätserwartungen*. In einer ganzen Reihe von Argumenten, die in der Diskussion für Erregung sorgen, ist der Grundsatz der Gleichbehandlung stillschweigend vorausgesetzt. Dass Gleiche ungleich oder Ungleiche gleich behandelt werden, gibt legitimen Anlass zum Getriggertsein. Gerungen wird um die Ausdeutung dieser Egalitätserwartungen, die sowohl zur Untermauerung als auch zur Abwehr 253 von Ansprüchen dienen können. Für die politische Schlagseite der Trigger ist dabei zum einen entscheidend, ob *dominanten oder dominierten Gruppen* eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes unterstellt wird. Zum anderen unterscheiden sich linke und rechte Argumente häufig darin, ob *gleiche Rechte* oder *gleiche Pflichten* im Mittelpunkt stehen – ob also Benachteiligung und Diskriminierung oder Ausnutzen und überzogene Ansprüche Anlass der Empörung bieten.[10]

Normalitätsverstöße

Eine zweite typische Variante des Getriggertseins sehen wir bei der Übertretung von *Normalitätsvorstellungen*. Hier geht es weniger um universale Gerechtigkeitsvorstellungen als vielmehr um ein intuitives

Gefühl für Verhaltensweisen, die als konform und angemessen, vertretbar und tolerabel gelten.[11] Die Hintergrunderwartung, deren Verletzung anzeigt, dass ein Triggerpunkt getroffen wurde, ist hier die der *Normalität.* Gerade weil die Normalität unsichtbar bleibt und stillschweigend vorausgesetzt wird, ist sie letztlich so zentral für unser Leben, dass sie, in Erving Goffmans Worten, als de facto »heilig« und hochgradig moralisch aufgeladen angesehen werden kann.[12] Normalität wird immer wieder aufs Neue hergestellt, in den »regelgeleiteten Aktivitäten des Alltags, den als normal empfundenen Handlungsabläufen und vertrauten Szenen […], die man gemeinsam mit anderen kennt und mit anderen als selbstverständlich betrachtet«.[13] Die moralischen Übertretungen dieser Ordnung führen, so der Soziologe Stuart Hall, zu Irritationen der »essenzialistischen Kategorien des Common Sense«.[14] Ihr Signum ist die kopfschüttelnde Verurteilung jener, die aus der Reihe tanzen und selbstverständliche Verhaltensregeln brechen, ebenso wie die Faszination für und Angst vor jenen Figuren, die eine Transgression der gesellschaftlichen Norm verkörpern.[15] Die Dolmetscherin Barbara etwa redet sich 254 in Rage, wenn sie über die rechtliche Anerkennung von Transpersonen spricht:

> Ein Mann kann sagen, »So, ich fühle mich jetzt als Frau«, und muss von da an als Frau anerkannt werden. Und darf in meine Umkleidekabine und darf – ich sage es mal ganz deutlich – seinen Penis vor der Nase meiner zwölfjährigen Nichte in der Umkleidekabine im Schwimmbad wedeln. Das öffnet Tür und Tor für Vergewaltigung, für Pädophilie und so weiter. Da bin ich dagegen! Da habe ich ein *ganz* großes Problem damit.

Wir sehen hier eine typische Dynamik, die der südafrikanische Soziologe Stanley Cohen »moralische Panik« nennt.[16] Anhand der britischen Jugendlichen-Gangs der Mods und Rocker, die sich in den sechziger Jahren Prügeleien lieferten, beschreibt Cohen das Phänomen, dass zahlenmäßig eher kleine Gruppen, die von geltenden Normalitätsvorstellungen abweichen, zu umfassenden Verkörperungen sozialer Ängste um Ordnung und Werte stilisiert werden. Selektive Aufmerksamkeit vergrößert das Problem weit über seine tatsächliche

Relevanz hinaus. Politiker müssen versprechen, etwas zu unternehmen, es bilden sich Mobs, die selber für Ordnung sorgen wollen, und so weiter. Cohen beschreibt, wie es hier zu einer »Übersteigerung der Abweichung« kommt: Das verurteilte Fehlverhalten wird in einen umfassenden moralischen Manichäismus eingereiht, in dem die eine Seite zum perfekten Bösewicht stilisiert wird, die andere Seite zum perfekten Opfer und damit auch zur perfekten Identifikationsfigur.

In unseren Gesprächen tauchten derlei Sozialfiguren und Verhaltensweisen, die als Verkörperungen illegitimer Transgression fungierten und mit großer emotionaler Entschiedenheit abgelehnt wurden, in allen vier Arenen auf: Neben besonders abgewerteten Untergruppen von Homosexuellen und Transmenschen waren dies etwa arbeitsunwillige Arbeitslose und verschwenderische Superreiche, Schüle 255 rinnen, die für Klimademonstrationen den Unterricht schwänzten, und arrogante SUV-Fahrer, kriminelle Migranten sowie ganz zuvorderst Angehörige krimineller ausländischer Clans: »Diese Schischa-Bars – die sind ja fest in libanesischer Clan-Hand«, beschwert sich etwa Buchhalterin Mareike:

> Die haben ihre eigenen Gesetze und lachen sich über uns scheckig. Die fahren mit dem Lamborghini durch die Fußgängerzone und sind Hartz-IV-Empfänger. Ich denke, dass wir so was nicht dulden können. Wir sind eben eine Gesellschaft. Und bei denen wird unsere Art zu leben infrage gestellt. Und auch bedroht.

Wiederum zeigt sich hier, wie die Normalität anhand ihrer Bedrohung konturiert wird. Das Zentrum wird von den Rändern her bestimmt. So werden sozial periphere Gruppen symbolisch zentral.[17] »Alle Randbereiche sind gefährlich«, schreibt die Anthropologin Mary Douglas, »Veränderungen dieser Bereiche wirken sich auf die Gestalt der zugrundeliegenden Erfahrung aus. Jede Vorstellungsstruktur ist an ihren Rändern verletzlich.«[18] Normalitätsbezogene Triggerpunkte verweisen auf diese Verletzlichkeit und ihre Thematisierung im Modus der Abwehr, Einhegung oder Nervosität. In unserer Berliner Diskussionsgruppe mit Mitgliedern der oberen Mittelschicht findet sich etwa eine Passage zum

Verhalten von Homosexuellen, in der sich das Getriggertsein nicht, wie sonst üblich, in Form empörter Rede zeigt, sondern in Form halbverschämter kollektiver Erheiterung:

> Ilko: Tatsächlich finde ich ja, solange die nicht vögeln auf der Straße – lass die doch.
> Karin: Hast du natürlich auch im Tiergarten oft genug, dass die da …
> Charlotte: [lacht]
> Ilko: Haste oft jenuch, ja klar. Keine Frage. [lacht]
> Karin: Wenn du da in den Tiergarten kommst, ne?
> 256 Martina: [lacht]
> Karin: [lacht]
> Martina: [lacht] Aber ist … ne, Petting … Alles super.
> Charlotte: [lacht]

Der Normalitätsverstoß wird hier durch Lachen markiert und wirkt stimulierend auf die Anwesenden, obwohl – oder gerade weil – er rhetorisch auf Abstand gehalten wird. Die Gleichzeitigkeit von Faszination und Abwehr, Stimulation und Ekel ist typisch für Normalitätsverletzungen, an denen Grenzen verhandelt werden, die oft nicht nur moralisch, sondern auch libidinös aufgeladen sind. Grenz- und Kontaktzonen wie Umkleidekabinen, Gebüsche oder Fußgängerzonen ebenso wie Sozialfiguren an der Peripherie des gesellschaftlich Akzeptablen (»folk devils«, in Stanley Cohens Worten) bekommen eine ihr Ausmaß oder ihre tatsächliche Relevanz weit übersteigende Aufmerksamkeit und Bedeutung. Marginale Personen oder Gruppen müssen mitunter als Symbole für grundlegende Irritationen herhalten. Sie stehen für das, was Douglas als soziale Verunreinigung (*pollution*) beschreibt, also Kategorien, die durch ihr Sein oder Handeln die moralische Normalität infrage stellen und deshalb manchen ein Dorn im Auge sind.[19]

Gerade weil die Abweichung die Grenzen einer als allgemein anerkannt vorausgesetzten Normalität überschreitet – auf der nicht zuletzt auch das eigene Selbstverständnis aufbaut –, wird sie auch dann als Bedrohung wahrgenommen, wenn sich die Abweichung eigentlich gar nicht gegen die getriggerte Person richtet. Diese projektive Tendenz kommt in einer

Passage zum Ausdruck, in der die Diskutanten Torsten und Rüdiger sich – trotz vorangegangener Beteuerungen ihrer Indifferenz gegenüber den sexuellen Vorlieben anderer – von der mehr oder minder fiktiven Szene eines schwulen Kusses zutiefst getriggert zeigen. »Die provozieren oft«, beginnt Torsten, mit Bezug auf Schwule. Und Rüdiger bestätigt: »Provozieren, ja.«

257 Torsten: Wenn ich sehe, wie sich [gestikuliert] »so 'ne« Typen irgendwo in der Öffentlichkeit hinstellen und sich so abknutschen. […] Wenn die sich so provokant in der S-Bahn oder U-Bahn hinstellen und sich so was von abknutschen von oben bis unten …
Rüdiger: Um zu provozieren.
Torsten: Jeder nach seiner Fasson, aber …
Rüdiger: Deswegen muss ich die Öffentlichkeit doch nicht überall einbeziehen.
Torsten: Irgendwie … richtig. Die Öffentlichkeit – unsereins macht ja auch keen Sex in der Öffentlichkeit, sag ich mal.
Rüdiger: Du nicht? [lacht]
Lisa: Na jaa … [lacht] […]
Rüdiger: Ich möchte mit dieser Fantasie auch nicht angeregt werden.
Torsten: Das regt mich nicht an. [lacht]
Lisa: Regt auf! [lacht]
Rüdiger: Da mit dem rumlabbern und dit allet. Das will ich gar nicht sehen, das will ich auch gar nicht wissen! Meine Fantasie ekelt sich davor. Deswegen möchte ich es nicht wissen und möchte auch nicht drüber reden, und ich will es mir auch nicht vorstellen!

Ins Auge fällt hier wiederum sowohl die Heftigkeit und Emotionalität der Ablehnung (»Das will ich nicht!«) als auch das Lachen der Diskutierenden. Ekel und Stimulation markieren auf unterschiedliche, aber eng miteinander verbundene Weisen die Grenzen der Normalität. Darüber hinaus wird auch die Zuschreibung moralischer Andersartigkeit auf ganze Gruppen deutlich (»die provozieren oft«). Der Mechanismus des moralisierten »Othering«, der sich anhand der Skandalisierung von Normalitätsverstößen vollzieht, ist gerade vor dem Hintergrund der zuvor rekonstruierten Gleichheitserwartung zentral: »Die Binnenlogik von Moralisierungen erlaubt es«, schreibt der Soziologe Boris Nieswand, »auch in Gesellschaften, in 258 denen ansonsten Gleichheitssemantiken vorherrschen, Wertungleichheiten zwischen allgemein als wertgleich

betrachteten Menschen herzustellen.«[20] So spricht Sozialarbeiter Jens von Alltagsproblemen, die sich daraus ergäben, »dass wir kulturferne Gäste horten«:

> Die Angehörigen der muslimischen oder der ost-, südosteuropäischen Region, vorwiegend Muslime, die […] bringen auch, […] eine eigene Gesetzgebung mit – die Scharia. Dem fühlen die sich viel mehr verpflichtet als unseren Gesetzen. Das ist das Alltagsproblem. Wenn man dann natürlich sieht, dass unsere Flüchtlinge 2015, dass danach auch eine ganz große Welle von Kriminalität bis hin zu viel Vergewaltigungen und auch Tötungen von Mädchen hier stattgefunden haben, durch diese Einwanderer. Das finde ich schlimm.

Die moralische Grenze des Respektablen wird dabei oft ganz buchstäblich mit der Demarkierung von Orten kurzgeschlossen.[21] Die triggernde Übertretung besteht dann in Figuren, die – wie Penisträger in der Frauenumkleide oder Lamborghinis in der Fußgängerzone – »out of place« sind, oder aber sie wird an Unorten – wie den Büschen des Tiergartens oder auch verrufenen Armen- und Migrantenvierteln – lokalisiert, die als moralisch problematisch erscheinen:

> Lisa: Also Neukölln ist echt grenzwertig.
> Rüdiger: Spandau auch.
> Torsten: Von Pankow unter der S-Bahn-Brücke durch in den Wedding, da fühle ich mich echt fremd. Weil, da sind die Deutschen, die da noch leben, sind auch unterstes Niveau. Und das sind völlig andere Kulturen. Moral und Kultur …
> Moderator: Wo ist das Problem?
> Torsten: Weil mir das völlig fremd ist, auch die moralischen Werte und so. So mit Sauberkeit und Anstand und … Da wird sich über die Straße zugerufen »Hey, fick deine Mutter!«.
> 259 Marco: [lacht]
> Torsten: Ja, ist so. Da ist nur eine S-Bahn-Brücke dazwischen. Aber das sind zwei Welten.

Waren gerechtigkeitsbezogene Trigger oft mit progressiven, ungleichheitskritischen Positionen verknüpft, provozieren Normalitätsverstöße eher konservativ fühlende Personen, weil sie die Legitimität des Gewohnten und Etablierten, von Regeln und Konformität

infrage stellen.[22] Dennoch lassen sich Triggerpunkte dieser Art nicht mit einem ideologischen Programm gleichsetzen, sie finden sich durchaus entlang des gesamten politischen Spektrums. So etwa, wenn Angriffe auf LGBT-Menschen mit dem Begriff der »Hasskriminalität« als schwere Normalitätsverletzung gebrandmarkt werden. Besonders aber, wenn auch reiche und mächtige Gruppen als Normbrecher markiert werden und ihr Handeln zum Anlass für Entrüstung wird. Arbeiter Fred: »Wenn ich jetzt Leute sehe, die von Beruf Sohn sind, reich geboren. Die dann damit auf die Kacke hauen, das geht nicht. Das ist scheiße. […] Der kann nichts dafür, aber der soll damit nicht auf die Kacke hauen.« Die Kritik unrechtmäßigen Reichtums ist hier mit der des ostentativen Konsums verbunden. Sie hebt somit weniger auf Gerechtigkeitsbelange denn auf die Verletzung einer Verhaltensnorm der Rücksichtnahme und des rechten Maßes ab.[23]

Ähnliches lässt sich vielleicht auch über Teile der scharfen Diskussion um genderinklusive und nichtrassistische Sprache sagen (die unten noch einmal ausführlicher aufgegriffen wird). Verfechter zeigen sich hier zuweilen getriggert von einem Verhalten der Gegner, das sie als Bruch einer Norm der Rücksichtnahme und Höflichkeit wahrnehmen. So beobachtet der schon in Kapitel 5 zitierte Georg, wenn man heute was sage, das »total asi, scheiße, rücksichtslos, intolerant« sei,

> dann stellt halt jemand fest: »Das beleidigt mich.« […] Und wer höflich ist, sagt: »Oh, ich beleidige dich, dann will ich das lieber 260 nicht mehr sagen.« Aber heute sagen manche halt: »Ist mir doch egal. Freie Straße, freie Rede, jo, ich muss das trotzdem weiterhin sagen!«

Die Schärfe des Ausdrucks (»asi, scheiße«) und die abwertende Weise, in der die Rede der Gegenposition (»mir doch egal«, »jo«) nachgeahmt wird, zeigt einen Trigger an, der sich auch hier an einem als besonders eklatant empfundenen Normalitätsbruch durch eine Outgroup entzündet. Wie in den vorangegangenen Beispielen besteht die Provokation in einem Verhalten, das grundlegende Normen verletzt: Beleidigungen zu unterlassen, auch wenn dies bedeutet, die eigenen Gewohnheiten zu hinterfragen. Außerdem wird sichtbar, wie der Normbruch einer

Beleidigung anderer mit ähnlicher Vehemenz beantwortet wird, als handelte es sich um einen Angriff auf das Selbst. Die Übertretung fordert zu einer vehementen und emotionalisierten Verteidigung heraus, weil die Normalitätserwartung sowie die symbolischen und moralischen Systeme, die bestimmen, was als »normal« oder »unnormal« zu gelten hat, tief mit dem Selbstkonzept verwoben sind.

Entgrenzungsbefürchtungen

In den Ausführungen zu den beiden ersten Arten von Triggern sind wir bereits hier und da auf eine rhetorische Form gestoßen, die aufgrund ihrer Prominenz in unseren Gruppendiskussionen eine gesonderte Würdigung verdient: die *Entgrenzungsbefürchtung*. Sie findet sich im Zusammenhang mit Sachverhalten, von denen man annimmt, sie seien Teil einer bald schon nicht mehr kontrollierbaren Steigerungsdynamik. »Was kommt dann als Nächstes?« ist eine typische Reaktion, wenn ein solcher Triggerpunkt getroffen wird, »wo kommen wir da hin?«

Wir sahen diese Logik schon in der zuvor zitierten Passage, in der
261 Barbara insinuiert, die Zulassung von Transfrauen in Schwimmbadumkleiden öffne »Tür und Tor für Vergewaltigung, für Pädophilie und so weiter«. Hier kommt eine *Kontrollerwartung* zum Tragen, im Zuge derer Veränderungen in bewältigbaren Schritten und begrenztem Tempo vonstattengehen sollen, da sie sich sonst zu verselbstständigen drohen. Kern der Übertretung ist eine implizite Trendannahme, im Zuge derer auch vermeintlich unscheinbare Forderungen – wie jene nach separaten Schwimmzeiten für Transmenschen, die einen der schärfsten Trigger für unsere Diskussionsgruppen lieferte – zur Chiffre für einen umfassenden und potenziell überwältigenden Prozess werden. Der Beamte Walter sagt zur Frage der Schwimmzeiten: »Wie gesagt, alle Randgruppen – Dunkelhäutige, Pigmentgestörte, Kahlköpfige, Fettleibige –, wenn die jetzt

alle irgendwo für sich selber eine Community wollen mit eigenen Badezeiten, nur weil man nackig ist …« In einer anderen Gruppe bemerkt Rentner Karlheinz zur Frauenquote: »Dann kann man auch sagen, ich brauche eine Quote für was weiß ich was alles. Und am Schluss brauche ich eine Quote für den Schornsteinfeger!«

In der Rhetorik werden solche Äußerungen als *Argumentum ad absurdum* bezeichnet. Damit ist eine Form der Argumentation gemeint, die zeigen will, dass die gegnerische Meinung in letzter Konsequenz zu Schlüssen führt, die gegen den gesunden Menschenverstand verstoßen. Zugleich kann man darin auch eine Form des *Dammbruchargumentes* erkennen. Ganz entsprechend dem bildhaften Namen heben solche Einwände darauf ab, dass ein Vorstoß zu fatalen Konsequenzen führt, obwohl er für sich genommen zunächst klein und unbedeutend erscheinen mag – eben wie ein feiner Riss im Putz des Staudamms. Am Ende des *slippery slope*, der rutschigen abschüssigen Ebene, die der englische Name für das Dammbruchargument aufruft, liegen Absurditäten, Exzess und nichtintendierte Konsequenzen.

Diese Folgen, so die Logik, können auch vom Gegenüber nicht gewollt werden. Vor allem aber leiten sie eine Steigerungsdynamik ein, 262 deren Endergebnis nicht abzusehen und nicht mehr zu deckeln ist. Wir erinnern uns an das Bild einer nicht mehr zu stoppenden »Einwanderungsflut« aus Kapitel 4, die Skeptiker als Folge größerer Migrationsoffenheit heraufbeschwören, oder an die falschen Anreize, die in den Augen mancher ein zu generös gestaltetes Arbeitslosengeld setzt: »Da würden sich alle nur noch zurücklehnen, und keiner geht mehr arbeiten.« Die Triggerdynamiken der Normalitätsverstöße und der Entgrenzungsbefürchtungen sind in dieser Hinsicht zwei Spielarten der Angst vor Anomie, also dem Verlust gesellschaftlicher Integration und Normbindung. Ging es bei Normalitätsverstößen um einen Ordnungsverlust durch die fehlende Bindekraft kollektiver Konventionen, geht es bei der Entgrenzungsbefürchtung um einen Kontrollverlust durch ausufernde Anschlussprobleme und nicht mehr zu bewältigende Ansprüche. So sagt Kauffrau Birgit zum Vorschlag, Nicht-EU-Ausländern

das kommunale Wahlrecht zu gewähren: »Kommunal finde ich in Ordnung. Aber das Problem ist, da habe ich dann wieder Angst, dass die da anfangen, und wo hören die wieder auf? Da heißt es einmal ›Ja‹ …, und dann geht es wieder weiter. Das ist das, wo ich Schiss habe.«

Gegenstand der Entgrenzungsbefürchtung ist hier eine wahrgenommene *Inflation der Ansprüche*. Auf eine erfüllte Forderung der Außenseitergruppen folgt sofort die nächste, man gibt den kleinen Finger und verliert die ganze Hand. »Die Diskussion kam halt auf mit diesen Trans-, mit dem neuen Geschlecht. Da war so ein bisschen: ›Okay, jetzt haben wir gerade Schwule und Lesben akzeptiert, und jetzt kommt man schon wieder mit einem Neuen an.‹« (Josef)

Entgrenzungsängste, namentlich in Form einer Sorge um die Überlastung des Wohlfahrtsstaates, trieben ab Mitte der siebziger Jahre auch konservative und neoliberale Kommentatoren um.[24] Corey Robin zeigt, dass die Furcht vor einer Entgrenzung der Ansprüche sich durch die gesamte Tiefengeschichte des konservativen Denkens zieht.[25] Wo im 18. Jahrhundert Autoren wie Joseph de Maistre und Edmund Burke einen Niedergang der Zivilisation beschworen, sollte es zu 263 einer Ausweitung von Bürgerrechten auf die besitzlosen Schichten kommen, warnten spätere Konservative vor den Effekten des Wohlfahrtsstaates, des Frauenwahlrechts oder den Gefahren der Gleichstellung von Schwarzen in den USA.[26]

Wie der Ökonom Albert O. Hirschman, ebenfalls im historischen Rückblick, aufschlüsselt, folgt dies einer typischen Argumentationsform, bei der Ansprüche mit Blick auf ihre nichtintendierten Negativfolgen abgewehrt werden. So behauptet das Argument der gegenteiligen Folgen (engl.: *perversity*), die Verwirklichung von Gleichheitsansprüchen führe trotz aller guten Absichten zu einer Verschlimmerung der Lage derer, denen man eigentlich helfen wolle. In den schon zitierten Worten des Teilnehmers Rüdiger zur Seenotrettung: »Wenn da jetzt acht Leute schwimmen und um Hilfe rufen, […] und du schmeißt einen Rettungsring runter, [dann] ersaufen die alle, weil die sich so um den Ring keilen. […] Und so würde es uns gehen, wenn du das Land überschwemmst.« Immer

wieder wird dabei eine Forderung mit einer absurden Letztkonsequenz identifiziert: »Wenn jetzt hier plötzlich alle mit Lastenfahrrädern fahren, dann funktioniert ja gar nichts mehr.« (Dennis) Die gutgemeinte Intervention für Gleichheit, Humanität oder Nachhaltigkeit erscheint dann, in Abwandlung Goethes, als Kraft, die stets das Gute will und stets das Böse schafft. »Jeder Schuss geht nach hinten los« (Albert O. Hirschman).[27]

Solche Argumentationen finden sich immer wieder in Verbindung mit Entgrenzungsbefürchtungen, etwa in der Fortsetzung von Walters bereits anzitierter Aussage zur Frage der Schwimmzeiten für Transmenschen: »Aus einer gewissen Randgruppe will man wieder eine Besonderheit machen und tut genau das Gegenteil von dem, was man eigentlich bezweckt. Man grenzt wieder aus. Man separiert.« Obwohl sie wünschenswert scheinen, führen Gleichheitsforderungen in letzter Konsequenz zum *Gegenteil* der intendierten Folgen. Etwa wenn die Anerkennung sexueller Diversität den Interessen sexueller Minderheiten eigentlich zuwiderläuft: »Das ist ja das 264 Schlimme: […] dass die Politik sich da gar keine Gedanken drüber macht, dass die eigentlich nichts Gutes für die Menschen tun, sondern eigentlich eher was Schlechtes; […] dass die Aufmerksamkeit immer so zwingend dadrauf ist, dass die Menschen auch gar kein Bock mehr drauf haben.«

Unabhängig von der inhaltlichen Stoßrichtung wird hier in der Verwendung der Wörter »immer« und »wieder« nahegelegt, dass das Engagement, das zu einem gegenteiligen als dem intendierten Effekt führt, als Chiffre für eine generelle Entgrenzung von Partikularansprüchen gelesen wird; als jüngste Episode in einem fortlaufenden Prozess des Hinausschießens über das Ziel. Lisa argumentiert mit Bezug auf Flüchtlingsobergrenzen: »Ich finde, man sollte auch mal sagen: ›Hier machen wir mal einen Stopp‹ und ›Bis hierhin und nicht weiter‹. Und nicht immer weiter nur noch reinholen, reinholen, reinholen, reinholen, und dann kann man sich nicht mehr vernünftig um die Leute kümmern.« Entgrenzter Zuzug unterminiert die Sorge um die Geflüchteten selbst. Lisas Äußerung zeigt dabei auch paradigmatisch die Geste an, auf die das

Argumentieren anhand von Entgrenzungsbefürchtungen zuläuft: »Hier machen wir mal einen Stopp.« Oder wie Josef es in Bezug auf den Klimaschutz ausdrückt: »Es darf keine Hysterie entstehen.«

Hatten wir bei den vorangegangenen Triggern gesehen, wie der (wahrgenommene) Bruch von Egalitäts- und Normalitätserwartungen zu emotionalisierten Reaktionen führt, steht der hier diskutierte Typ für Provokationen, die sich aus der Frustration impliziter Erwartungen von *Kontrolle*, Kontinuität und Stabilität ergeben. Soziopolitischen Prozessen wie der Einwanderung, der ökologischen Transformation oder der Diversifizierung anerkannter Lebensweisen wird dabei eine Eigendynamik zugeschrieben, in deren Verlauf nachvollziehbare Maßnahmen durch eskalierende Anschlussforderungen oder Spill-Overs zusehends ins Absurde gesteigert werden. An Triggerpunkten dieser Art scheint sich eine gewisse Transformationsmüdigkeit abzuzeichnen. Die Befragten haben – so ihr Gefühl – schon zu 265 viele Veränderungen hinnehmen müssen und reagieren deshalb allergisch auf weitere Schritte sowie die Aussicht einer sich immer weiter verstärkenden Dynamisierung der Gesellschaft.

Die ideologische Nähe dieser Aversion zu konservativen Einstellungen wurde schon angesprochen. Doch zeigt sich bei näherer Betrachtung auch ein starker sozialstruktureller Subtext, der Beachtung verdient. »In der Gesellschaft ändert sich heute so vieles, da ist es schwer, den Anschluss zu behalten«, lautete eine Aussage, zu der die Befragten in unserer Telefonumfrage Stellung beziehen sollten. Sie steht für das unangenehme Gefühl, von Entwicklungen überholt zu werden. Altersunterschiede sind in dieser Frage überraschend gering: 43 Prozent der unter 30-Jährigen stimmen zu, bei den über 60-Jährigen sind es nur wenig mehr (48 Prozent). Und auch das Bild des veränderungsaversen »alten weißen Mannes« bestätigt sich nicht: Männer über 60 mit zwei deutschen Elternteilen unterscheiden sich *nicht* vom Bevölkerungsdurchschnitt.[28] Deutlich stärker hingegen schlagen soziale Klasse und Bildung zu Buche (siehe dazu genauer Kapitel 9). Alles weist darauf hin, dass es sich bei der Aversion gegen zu schnelle Veränderungen zumindest *auch* um ein

Symptom ungleich verteilter Kontrollmacht handelt: Je besser die eigene Stellung und Ressourcenausstattung einen in die Lage versetzt, sich gegen Eventualitäten abzusichern und dem eigenen Willen gesellschaftliche Wirkung zu verschaffen, desto gelassener sieht man anscheinend auch Veränderungen entgegen.

Verhaltenszumutungen

Der Skandal, den Triggerdynamiken der vierten Art ausflaggen, ist, dass andere einem vorschreiben, wie man zu leben hat. »Auf einmal muss man …« und »Man darf nicht mehr …« sind die Refrains der derart Getriggerten. Es geht also um gefühlte Zumutungen, die sich aus veränderten Verhaltenserwartungen, erschütterten Handlungsrou 266 tinen und Infragestellungen moralischer Repertoires ergeben. Allen voran geraten hier veränderte Konventionen ins Kreuzfeuer, etwa in Form alltagssprachlicher Begriffe, deren diskriminierender Gehalt Betroffenen und einem sensibilisierten Publikum aufstößt und die deshalb in bestimmten Settings nicht mehr opportun erscheinen. »Man soll die machen lassen«, sagt etwa der Berliner Polizist und CDU-Wähler Ilko über sexuelle Minderheiten,

> aber für mich persönlich wird es schwierig, wenn das in mein normales Leben überschlägt. […] Jeder soll sich operieren lassen, jeder soll lieben, wen er will. Aber ich möchte nicht, dass diese dann doch sehr kleine Minderheit mir das täglich auf das Butterbrot schmiert, und ich möchte nicht jeden fragen müssen, was seine Pronomen sind.

»Es wird schwierig, wenn das in mein normales Leben überschlägt«, beschreibt typisch, wie wahrgenommene Verhaltenszumutungen an Triggerpunkte rühren. Prinzipien, die in der abstrakteren Ebene der politischen Öffentlichkeit richtig oder zumindest tolerabel sein mögen, werden als absurd und lästig empfunden, wenn sie dem Alltagshandeln in

Form von Geboten aufgezwungen werden. Hier wird wiederum eine implizite Hintergrunderwartung sichtbar, nämlich die einer negativ bestimmten *Autonomie* des Einzelnen, im Zuge derer eine individuelle Sphäre der persönlichen Lebensführung abgesteckt wird, die man legitimerweise gegen die Einflussnahme anderer verteidigen darf. Die kulturvergleichende Moralpsychologie hat herausgearbeitet, dass diese Erwartung in den individualistischen Gesellschaften des reichen Westens tendenziell stärker ausgeprägt ist als in anderen, kollektivistischer orientierten.[29] Negative Freiheit, im Sinne eines Rechts auf die Nichteinmischung anderer in das private Handeln der Einzelnen, kann als eine Grundlage der liberalen Tradition individueller Rechte verstanden werden.[30] Im Alltagsbewusstsein liegt die negative »Freiheit von« in einer Reihe unterschiedlicher 267 Formen vor, denen gemeinsam ist, dass Getriggerte darauf beharren, »nicht müssen zu müssen«. Gegen gefühlte Bevormundung verteidigen sie eigene Gewohnheiten und Vorlieben, Konsumentscheidungen oder die geschützte Sphäre des Privatlebens. In der Heute-Morgen-Arena kommt dies etwa in Form der Wahlfreiheit des Konsumenten zum Tragen:

> Sven: Stichwort E-Mobilität. […] Wir werden dazu gezwungen – genau wie mit dem Impfen. Also, ich bin kein Impfgegner, ich bin geimpft. Aber wir werden indirekt sozusagen gezwungen! […] Das Problem ist, dass ich sozusagen vom Staat dazu gezwungen werde, mir ein Fahrzeug zu kaufen, das ich gar nicht möchte.

Hier geht es nicht – wie bei den vorherigen Triggern – um Ungleichbehandlung, Abweichung oder Kontrollverlust, vielmehr sind hier Verpflichtung, Zwang und Paternalismus ein Stein des Anstoßes, der in allen Arenen zu finden ist und an dem sich Befragte verschiedenster Sozialprofile stoßen. Stellenweise wird der Verhaltenszumutung dabei die Forderung nach Selbstbestimmung und Eigenverantwortung entgegengesetzt, üblicherweise bleibt es aber auch hier eher bei einer negativ bestimmten Abwehr überzogener Erwartungen. Die Sozialpsychologie nennt den entsprechenden Impuls *Reaktanz*.[31] Gemeint ist damit eine Zurückweisung von Forderungen, die in allererster Linie

deshalb erfolgt, weil diese als Beschneidung des eigenen Freiheitsspielraums wahrgenommen werden: »Ich *muss* gar nichts.« Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey beschreiben ähnliche Bewusstseinsmuster unter Querdenkern und militanten Migrationsgegnern als Formen eines »libertären Autoritarismus«.[32] Freiheit, so die beiden, werde hier als individueller Besitzstand missverstanden und aus ihrer sozialen Bedingtheit herausgelöst. Man begreift sich als radikal frei von den Konventionen und Erwartungen der Gesellschaft, zugleich glaubt man den »insgeheimen« Common Sense hinter sich. Momente, in denen diese angestrebte Autonomie Ein 268 schränkungen erfährt, wie etwa im Zuge staatlicher Interventionen während der Corona-Krise, führen dann zu einer »Kränkung« – mit der möglichen Folge eines Umschlagens in autoritäre Aggression.

Obwohl sich dieses Motiv nicht uneingeschränkt auf unser Material übertragen lässt, führt die Beobachtung eines problematischen Verhältnisses zwischen der Erwartung individueller Ungebundenheit und veränderten gesellschaftlichen Konventionen zum Kern der Triggerdynamik von Verhaltenszumutungen. Denn die Bevormundung, gegen die sich Getriggerte wehren, wird auch ihrer eigenen Wahrnehmung nach nicht durch handfeste juristische Sanktionen erzwungen. Sie geht stattdessen von der Beschämung und Missbilligung durch andere aus. Im Kontext der Diskussion um nichtdiskriminierende Sprechweisen wirkt beispielsweise der Vorwurf des Rechtsradikalismus als äußerst starkes Stigma:

> Walter: Man muss immer aufpassen, dass man relativiert. Damit man nicht …
> Stefan: … in irgendeine Ecke gestellt wird.
> Walter: … dass bestimmte Leute das nicht in den falschen Hals bekommen. Weil, da ist man schnell in der rechten Ecke. Nazimäßig.
> Birgit: Ja, genau.
> Walter: Gibt es das noch in einem deutschen Lebensmitteladen? Ich kenne es noch: ich habe mir 'n *Mohrenkopf* gekauft, [N-]kuss. Ich habe keine Probleme gehabt. Heute müsste ich mich ja dafür schämen. […] Und wenn man das mal kritisch hinterfragt

> oder ein Witz dadrüber macht, dann kommt man gleich in eine Ecke, wo man gar nicht reinwill.

Trigger dieser Art stellen eine Art Kehrseite der hier zuvor als Normalitätsverstöße gelabelten Dynamik dar: Waren es bei Letzterer die Getriggerten, die eine Übertretung von Normen durch andere sanktionierten, finden sich hier die Getriggerten selbst auf der Seite der Sanktionierten wieder. Die neuen Regeln der Interaktionsordnung, 269 die Anlass für die Empörung liefern, werden mit dem Bild der Verbote und Gesetze beschrieben, die Missbilligung seitens der anderen mit Strafen gleichgesetzt. Empörend ist dabei sowohl der Grund für die Verurteilung als auch, um im Bild zu bleiben, das Strafmaß. Eigentliche Lappalien, wie der Gebrauch traditioneller Namen oder »unschuldige« Witze (»Pillepalle«, wie es der Berliner Unternehmensberater Goran ausdrückt), werden zum Anlass für gefühlt übertriebene Formen der Missbilligung wie den Vorwurf des Rassismus oder Sexismus. Aus soziologischer Sicht kann man anmerken, dass die getriggerten Teilnehmer so eine zentrale soziale Wahrheit aussprechen: Die Gültigkeit von Normen zeigt sich im Grad ihrer Sanktionsbewehrtheit. Auch wenn Aussagen nicht im juristischen Sinne verboten sind, wissen die meisten intuitiv sehr genau, wo die Grenzen des gesellschaftlich Akzeptablen verlaufen – und für was man irritierte Blicke erntet. Jene, die sich beschweren, dass »man heutzutage nichts mehr sagen darf«, zielen nicht auf Gesetze ab, sondern auf reale Verschiebungen im Gerüst gesellschaftlicher Normen und sozialer Missbilligung. Versuche, das Unbehagen durch den Hinweis zu widerlegen, dass rein rechtlich ja alles erlaubt sei, führen so zu einem Missverständnis. Beispielhaft zeigt sich das, als der klar linksliberal positionierte Ingenieur Georg in das bereits anzitierte Gespräch interveniert:

> Walter: [zuckt mit den Schultern] Man darf ja nix mehr sagen, ne?
> Birgit: Ne, darf man nicht.
> Sven: Aber ist doch tatsächlich so. Egal welches Thema.
> Georg: [kehrt beide Handflächen nach oben] Aber so, wie du es hörst, darfst du es doch sagen! Du sagst es doch, also darfst du es doch sagen.

Birgit: [laut] Ja, ne, aber das muss sich ja alles ändern! Wir dürfen's doch nicht mehr sagen.
Georg: Aber du darfst es doch!
Walter: [zeigt mit dem Finger auf Georg] Du darfst nicht beim Bäcker 'n [N-]kuss kaufen! Da wirste gleich, da wirste sofort …

Obwohl Georg hier aufzeigt, dass die Behauptung absurd ist, wenn man sie im buchstäblichen Sinne versteht – natürlich gibt es in der Regel kein offizielles Verbot diskriminierender Begriffe in der Alltagssprache –, verpasst er die informelle Sanktionierung und Beschämung, um die es den Getriggerten eigentlich geht.

Interessanterweise wird die »strafende Instanz« von den Getriggerten dabei an zwei sehr unterschiedlichen Punkten verortet. Zum einen sind es reale oder fiktive ultraradikale Randgruppen wie beispielsweise Veganer, die ihren Lebensstil »den anderen aufzwingen wollen« (Torsten), oder die schon erwähnten »doch sehr kleinen Minderheiten« (Ilko), wegen denen alltägliche Sprechweisen auf unnatürliche Weise hinterfragt werden sollen. Zum anderen wird die Sanktion oft auf einer schwer greifbaren höheren Ebene verortet, die die »offiziellen« Regeln des akzeptablen Sprechens festlegt und implizit mit beruflichen Vorgesetzten oder Entscheidungsautoritäten assoziiert wird:

Walter: Wenn ich einen *Behörden-Brief* schreibe, muss ich die Sternchen … muss ich *streng* nach Gender-Schreibweise …
Birgit: Seid ihr *verpflichtet*, ja?
Walter: Ja.
Birgit: »Männlich/weiblich/divers« [lacht]. Oder was gibt's noch. Mohr. Mohr! Dit *haben die ja alles jeändert*. Und ich bin noch nicht mal rechts oder links. Also mir ist dis eigentlich egal.

»*Die* haben das geändert« – an dieser beiläufigen Benennung lässt sich ein grundsätzliches Gefälle der gefühlten Handlungsmacht in sozialen Veränderungsprozessen festmachen, das wir schon im Zuge der Entgrenzungsbefürchtungen und der Furcht vor dem Anschlussverlust gesehen haben. Die Tabuisierung des spontanen, »normalen« Sprechens wird als Eingriff »strenger« sozialer Autoritäten gedeutet. Man kann

vermuten, dass das Übergreifen gesellschaftspolitischer Wandlungsprozesse auf das eigene Alltagsleben auch deshalb mit wütendem Trotz beantwortet wird, weil es andere sind, die dabei den Takt vorgeben. Während diese sowohl von oben als auch vom (derzeit »modischen« und »über-umsorgten«) Rand der Gesellschaft immer neue Vorgaben und Ansprüche formulieren, findet man sich selbst in der Rolle der Manövriermasse wieder. Diese Wahrnehmung steht im radikalen Gegensatz zu Formulierungen insbesondere der am deutlichsten linksliberal engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer. »Wo der Maßstab, wo die Nulllinie ist«, sagt Georg etwa über den Wandel der Sprache, »das bilden wir als Gesellschaft alle gemeinschaftlich ab.« Auch Ulrike zitiert zur selben Thematik die Erfahrung eines »Wir«: »Wenn wir mal rausgehen auf die Straße, dann ist es da schon ziemlich divers.« In diesen Diskursen erscheint die Veränderung von Konventionen nicht als von außen auferlegter, die Individuen überrollender Prozess, sondern wird mit rhetorischen Figuren der kollektiven Übereinkunft nach dem Muster eines deliberativen, sich fortwährend aktualisierenden Gesellschaftsvertrags beschrieben.

Ist dies die Illusion jener, die ein unproblematisches Verhältnis zur gesellschaftlichen Deutungshoheit pflegen, weil sie zu den Gewinnern des kulturellen Wandels gehören? Und lässt sich die Empörung der Gegenseite auch auf die zunehmende Abwertung eines nichtreflexiven Alltagshabitus der unteren Mittelschichten zurückführen? Auch hier lohnt sich ein Blick in unsere Umfragedaten: »Heutzutage darf man nichts Kritisches mehr über Migranten oder Homosexuelle sagen, ohne gleich als intolerant beschimpft zu werden«, lautete dort ein Frage-Item. Rund 70 Prozent der Einkommensschwächsten, der Produktionsarbeiter und der Befragten mit maximal Hauptschulabschluss stimmen dem zu, aber nur rund 50 Prozent der Einkommensstärksten und der soziokulturellen Expertinnen und nur 45 Prozent der Akademikerinnen. Es gibt beim Grad der gefühlten Zumutung durch neue Sprachkonventionen ein nicht zu ignorierendes Gefälle 272 zwischen Oben und Unten. Politische Verfechter größerer Inklusivität sollten sich von diesen Befunden nicht entmutigt fühlen, aber

vielleicht doch angehalten, die sozialen Begrenzungen eines politischen Ansatzes zu hinterfragen, der in erster Linie auf Reflexivität abhebt und dessen transformative Absichten direkt auf das Alltagsleben der Menschen zielen. Hier ist mit Reaktanz zu rechnen, und zwar womöglich nicht bloß bei denen, die durch eine Egalisierung Verluste zu befürchten hätten, sondern auch bei jenen, die angesichts einer ohnehin schon eng begrenzten Handlungsmacht auf die verbliebene Autonomie ihrer Privatsphäre und die Geltung ihres Alltagsverstandes pochen.

Eine Taxonomie gesellschaftspolitischer Trigger

Die vorangegangenen Kapitel hatten das Objektiv weit gestellt und Konsens und Konflikt gleichermaßen in den Blick genommen. Der Grundbefund einer polarisierten, von Grabenkämpfen gespaltenen Republik wurde empirisch zurückgewiesen und stattdessen das nuanciertere Bild einer Gesellschaft gezeichnet, die in etlichen Fragen übereinstimmt, zugleich jedoch auch mit Konflikten konfrontiert ist, für die noch keine Befriedungsmechanismen gefunden sind. Dieses Kapitel zoomte nun ausschließlich auf jene Orte in dieser Landschaft, an denen es knallt, Punkte, an denen scheinbar unbedeutende Auslöser reichen, um Empörung, Wut und Ablehnung hervorzurufen.

Alle hier vorgestellten Trigger folgen dabei einer Dynamik der Übertretung impliziter Grunderwartungen. »*Das* geht zu weit« ist die universale Formel des Getriggertseins. Mit anderen Worten werden Triggerpunkte dann berührt, wenn eine *rote Linie* überschritten wird. Sie finden sich dort, wo es zu besonders eklatanten Kollisionen zwischen einem Sachverhalt, einer Äußerung oder Meinung und den eigenen Maßstäben des selbstverständlich Gültigen kommt – oft ohne dass man diese Maßstäbe genauer ausbuchstabieren könnte. Die 273 eigene

Weltsicht findet in einer negativen, reagierenden und moralisierten Form Ausdruck. Also beispielsweise eher als empörter Ausruf: »Es kann nicht sein, dass unsere Rentner frieren!«, als etwa in Gestalt einer Aussage wie: »Ich denke, dass der Staat die Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger gewährleisten sollte.« Zwar stehen Triggerpunkte durchaus mit allgemeinen Prinzipien, zum Beispiel der Gerechtigkeit oder Normalität, in Verbindung. Im Modus des Getriggertseins werden diese Prinzipien aber anhand ihrer Übertretung durchgespielt. Dies erinnert an Durkheims Beobachtung, dass die Existenz einer Norm durch die Sanktion definiert ist, die auf ihre Verletzung folgt.[33] Der normative Konsens einer Gruppe (oder der Gesellschaft als ganzer) erhält seine Kontur von den Rändern her: durch die gemeinsame Ablehnung seiner Nichtbefolgung. Trigger sind also immer negativ. Sie bezeichnen den Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Oft findet das dort statt, wo ein abstraktes Prinzip konkret wird und sich deshalb abzeichnet, welche Konsequenzen sich für die Einzelnen ergeben könnten. Wie wir sahen, finden sich in vielen Einstellungskomplexen auf allgemeiner Ebene eher konsensuale, wenig konfrontative Muster. Bei Fragen mit höherer Spezifität gehen die Meinungen stärker auseinander, Extrempositionen werden zu Lasten des *middle ground* stärker besetzt. So können verschiedene Gruppen aus unterschiedlichen Gründen befürworten, dass der Staat für sozialen Ausgleich sorgt, während zugleich die konkretere Frage einer Erhöhung der Erbschaftssteuer stärkere Pro- und Kontra-Haltungen herausfordert. Ebenso mag es in der Bevölkerung eine Anerkennungsbereitschaft für Transpersonen geben, aber ein Auseinanderfallen in Zustimmung und Ablehnung, wenn es um Quoten – also für manche eine vermeintliche Bevorzugung – für diese Gruppe geht. In der rhetorischen Form des »Ja, aber …«, die sich durch die Analysen aller Arenen zog, sind Trigger auf der Seite des »Aber« angesiedelt; nach dem Motto: »Bis hierhin okay, aber *das* geht zu weit.«

Den Aufhängern der Triggerpunktdynamik – man denke an die er 274 wähnten Lastenfahrräder und Gendersterne, Hartz-IV-Empfänger

und arabischen Clans – ist zudem gemeinsam, dass sie als Pars pro Toto funktionieren, also als kleiner Teil, der für sehr umfassende Problemstellungen und Diskurskonstellationen steht. An Triggerpunkten wird etwas berührt, bei dem es um mehr geht als die Sache selbst, so dass weitere Areale sozialer Alltagsüberzeugungen, moralischer Ökonomien und kultureller Repertoires aktiviert werden. Trigger fungieren als Chiffren für essentialisierte Sozialfiguren und Positionen in einem weiter gespannten, bereits etablierten Diskurs- und Streitfeld. Diskursteilnehmer erkennen in Schlagworten einen einstudierten Konflikt wieder und werden angereizt, Stellung zu beziehen. Zugleich gehört zur eigentümlichen Dynamik von Triggerpunkten, dass sich Sprecher im Notfall auch auf den »unschuldigen«, weil enger umgrenzten Sachgehalt der Chiffre zurückziehen können. So kann eine in der Sache völlig unkontroverse Forderung wie die, dass es in deutschen Innenstädten nicht zu Messerangriffen kommen dürfe, einen Triggerpunkt berühren, wenn aus dem Subtext klar wird, dass es dabei eigentlich darum geht, Migranten als moralisch zweifelhafte Gefährder des öffentlichen Friedens auszuweisen.

Im angelsächsischen Raum sind derlei Spiele mit latenten und manifesten Kommunikationsgehalten, Codes, Metaphern und Metonymien als *Dog-whistle*-Politik bekannt.[34] Damit ist eine Form des Messaging gemeint, das wie eine Hundepfeife scheinbar lautlos ist, aber von den Richtigen genau vernommen wird. So können sich die US-Republikaner etwa darauf verlassen, dass ihre Kernklientel intuitiv »dechiffriert«, dass es um Afroamerikaner geht, wenn »zerbrochene Familien« für eine »Abhängigkeit« vom Wohlfahrtsstaat verantwortlich gemacht werden, ohne dass die Sprecher sich des Rassismus bezichtigen lassen müssen. Trigger beziehen ihre politisierte Energie häufig aus dieser latenten Gleichzeitigkeit von Inhalt und Chiffre, gesundem Menschenverstand und politischer Positionierung, im Zuge derer auch eher kleinflächige Phänomene wie Duschkabinenordnungen, die Platzierung von Windkraftanlagen und So 275 zialbetrug als Pars pro Toto allgemeiner Wertkonflikte aufgegriffen werden. Hintergrund ist dabei oft eine Art

doppelter Boden des sozial Sagbaren in Gesellschaften mit liberalen Codes. Der private Common Sense (mitsamt all seinen Vorurteilen) »weiß« mehr, als der auf Höflichkeit und polierte Kommunikation bedachte öffentliche Diskurs auszusprechen erlaubt. Politisch motivierte Akteure können dies strategisch nutzen.[35]

In unserer Taxonomie, die in Abbildung 7.1 noch einmal zusammengefasst ist, unterscheiden wir vier Typen von Triggern anhand der jeweils übertretenen Linien. Diese roten Linien, so unsere Interpretation, stehen jeweils für den Bruch einer stillschweigenden Grunderwartung, der als bedrohlich für Selbstkonzepte und Weltverhältnisse wahrgenommen wird.

Typ	Trigger	verletzte Erwartungen	Beispielthemen
Ungleich-behandlungen	ungerechte Benachteiligungen oder Übervorteilungen verletzte Anspruchshierarchien	*Egalität* formale Gleichheit, Verdientheit, Reziprozität	»Sonderrechte« für Minderheiten, rassistische Diskriminierung, leistungslose Vermögen
Normalitäts-verstöße	Ordnungsverlust, Devianz, Schmutz Identitätsbedrohung durch Verschiebung des Normalen	*Normalität* Regeln, Gewohnheiten, geteilter Common Sense	»Scharia«, »Ausländerkriminalität«, dekadenter Lebensstil der Reichen, Transfrauen in Frauenumkleiden
Entgrenzungs-befürchtungen	unkontrollierbare Steigerung und Beschleunigung von Veränderungen Anspruchsinflation	*Kontrolle* Stabilität, Steuer- und Berechenbarkeit	»Grenzöffnungen«, Quoten, Folgen des Klimawandels, Ansprüche an den Sozialstaat
Verhaltens-zumutungen	Eingriffe in Handlungsroutinen irritierte Verhaltenserwartungen, Stigmatisierung von Verhalten	*Autonomie* (private) Selbstbestimmung, Freiheit von Vorgaben	»Sprechverbote« und Sprachreformen, Veggie-Day, Tempolimit, überkommene Geschlechterrollen

Abb. 7.1: Taxonomie der Trigger

Im Fall der Triggerdynamiken rund um Ungleichbehandlungen ist es eine implizite *Egalitätserwartung*, die auf ganz unterschiedliche Weise als gebrochen wahrgenommen wird. Die einen sind hier von besonders eklatanten Momenten der Ungleichbehandlung, der Diskriminierung und der Vernachlässigung von Bedürfnissen getriggert. Die anderen empören sich über Gruppen, die sich – real oder vermeintlich – aus ihren Pflichten herausschummeln oder sich weigern, ihren Platz in der Schlange sozialer Ansprüche einzunehmen, die Gebote der Reziprozität verletzen und sich unverdiente Vorteile in der Konkurrenz um knappe Ressourcen verschaffen. All diesen Provokationen liegt eine spezifisch moderne

egalitär-meritokratische Moralökonomie zugrunde, die ein fundamentales Gleichbehandlungsgebot mit Verdientheitsunterscheidungen paart. Etwas anders gelagert sind Trigger, die sich an Brüchen der *Normalitätserwartung* aufhängen, etwa weil andere besonders eklatant die Grenzen des Akzeptablen verletzen oder Vorstellungen von Normalität an den Tag legen, die mit den eigenen kollidieren oder gegen den gesunden Menschenverstand verstoßen. An diesen Triggerpunkten kann man eine Angst vor dem Verlust der Ordnung jener »normalen« Alltagswelt
277 erkennen, auf deren geteiltes Verständnis wir uns in der einen oder anderen Weise alle stillschweigend verlassen. Verwandt ist diese Angst mit der Dynamik von Entgrenzungsbefürchtungen, in der es die Verletzung einer grundlegenden *Kontrollerwartung* ist, die triggert: So illusorisch die Erwartung erscheinen mag, als Einzelne Kontrolle über eine Gesellschaft zu haben, deren Takt von unpersönlichen Macht- und Funktionssystemen bestimmt wird, so stark ist dennoch der Protest, wann immer die Begrenztheit unserer Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen spürbar wird. Momente des befürchteten Kontrollverlusts, in denen es scheint, als führe eine Veränderung allzu rasch zur nächsten und eine kleine Öffnung bald zum völligen Dammbruch, lösen so empörte Abwehr aus. Und schließlich sahen wir, dass auch wahrgenommene Eingriffe in eine Sphäre der privaten Selbstbestimmung und der negativen Freiheitsrechte zum Trigger werden können. Hier kommt es zum Bruch einer impliziten *Autonomieerwartung*, die besonders häufig von gewandelten Verhaltensnormen und der sie stützenden Sanktionsstruktur gesellschaftlicher Missbilligung getriggert wird.

Unsere Vermutung ist, dass ein Thema umso wahrscheinlicher zum Trigger wird, je zentraler eine rote Linie für das Selbstverständnis einer Gruppe ist, je deutlicher sie übertreten wird und je mehr der hier aufgeschlüsselten Erregungsgründe zusammenkommen. Ein Beispiel für letztere Überlagerung von Triggerdynamiken war etwa in Diskussionen um das »Schwänzen für den Klimaschutz« zu beobachten, also die Teilnahme an Fridays-for-Future-Demonstrationen während der

freitäglichen Schulzeit (siehe Kapitel 6). Während dies bei vielen auf Zustimmung stieß, waren einige sichtlich getriggert. Und zwar, kann man vermuten, weil hier ihrem Empfinden nach Normalitätsverstoß, Entgrenzungsbefürchtung und Gerechtigkeitsverletzung in eins fallen: »Es gibt in Deutschland eine Schulpflicht. Und ich bin der Meinung, wir sollten uns an Regeln halten, dafür gibt es die. Und da hat sich keiner drüber hinwegzusetzen.« (Josef) »[Wenn] die Kinder am Freitag machen können, was die wol 278 len […], dann gehen die am Dienstag demonstrieren für was anderes. Und am Mittwoch für noch was. Dann macht jeder, was er will.« (Karlheinz) »Die, die da hingehen, die haben doch entsprechende Eltern, die sich leisten können, den Schülern privaten Förderunterricht zu gönnen.« (Torsten) Wie wir in einem der nächsten Kapitel ergründen, wissen auch politische Polarisierungsunternehmer um die affektive Ladung von Trigger-Issues und nutzen sie für ihre Aufmerksamkeitsökonomie (Kapitel 10).

An den Sollbruchstellen der öffentlichen Debatte, die wir Triggerpunkte nennen, werden zentrale Hintergrunderwartungen, normative Differenzen und unbewältigte Auseinandersetzungen offenbar. Das Aufblitzen von Konflikten an diesen Punkten erhellt dabei auch die Gesamtkontur des gesellschaftlichen Moralgerüsts, das ansonsten im Dunkeln bleibt. Die soziale Normalität wird im Alltag – geradezu definitionsgemäß – nur selten thematisiert, und außer einer kleinen Schar von Programmatikern und Seminaristen nehmen sich nur wenige die Zeit, ein klar konturiertes System von Gerechtigkeitsprinzipien oder moralischen Verhaltensregeln zu formulieren. Doch alle erkennen Unrechtes und Normwidriges, wenn es ihnen begegnet. Ebenso streben Menschen nicht an sich nach Freiheit und arrangieren sich allzu oft mit einem Zustand eng umgrenzter Kontrolle. Doch sie reagieren allergisch, wenn sie das Gefühl haben, dass sie in ihrer Freiheit eingeschränkt werden.[36] Durch die Beobachtung von Abwehr- und Konfliktdynamiken, die sich an spezifischen Triggerpunkten regen, lässt sich so ex negativo eine ganze moralische Kosmologie der Gesellschaft aufschließen.

279 8. Der soziale Raum der Ungleichheitskonflikte

Anfang 2020, kurz bevor der Covid-19-Schock viele Kontroversen zeitweilig zum Verstummen brachte, lieferten sich die Migrationsforscherin Naika Foroutan und der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel ein engagiertes Streitgespräch in der Tageszeitung *taz*.[1] Es ging darum, inwiefern die wachsende Popularität illiberaler und rechtspopulistischer Parteien auch den strategischen Fehlern linker und liberaler Politik anzulasten sei. Zugleich wurde ein tieferer Streitpunkt deutlich, der die gesamte Debatte vorstrukturierte: nämlich die Frage, ob es sich bei Konflikten um Migration, Identitätspolitik und Klimaschutz »nur« um Kämpfe zwischen Menschen mit unterschiedlichen Meinungen handelt oder ob sich darin auch die Interessen und Weltbilder *sozialer Klassen und Gruppen* widerspiegeln. »Die globalisierte Welt wird immer komplexer«, führte Naika Foroutan aus,

> [d]amit können sich Linksliberale möglicherweise schneller anfreunden. Und zwar nicht aufgrund ihres Status oder Einkommens, sondern vor allem wegen eines offeneren Weltbilds. […] Man kann auch als Maurer aus einem Dorf in Rheinland-Pfalz linksliberal sein.

Dem widersprach Wolfgang Merkel deutlich:

> Das ist sehr selten. Linksliberal, das sind vor allem die urbanen, gebildeten Mittelschichten, die globalisierungsaffin und anpassungsfähig sind. […] Beachtliche Teile der männlichen, mittelalten, mittleren Unterschicht fühlen sich verunsichert, in ihrem ökonomischen Status und ihren Weltbildern.

280 Beschreibt Merkel hier eine Verwurzelung gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen in den Meinungen und Gefühlen von Klassen und Schichten, Stadt- und Landbewohnern, Status- und Altersgruppen, wird

ebendiese Verwurzelung – oder soziologischer gesprochen: die soziale Standortgebundenheit – von Orientierungen von Foroutan verneint. Zugleich macht auch sie im weiteren Gesprächsverlauf zumindest *einen* sozialstrukturellen Faktor stark: Rechte Bewegungen seien dominiert von »sehnsüchtig auf vergangene Macht fixiert[en]« Männern. Zumindest in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Geschlecht und rechter Gesinnung, so scheint es, konnten sich die Kontrahenten also einigen.

Dieser kurz zusammengeschnittene Streit zwischen Merkel und Foroutan dient hier bloß der Illustration eines Diskurses, der spätestens seit dem »Trump/Brexit-Moment« von 2016 sehr viel Aufmerksamkeit bekam und bis heute geführt wird.[2] Gesellschaftspolitische Lager werden mit typischen Trägergruppen identifiziert und ideologische Konflikte so in der Sozialstruktur verortet: neue gegen alte Mittelklasse; Junge, Minderheiten und Frauen gegen »alte weiße Männer«; westdeutsche Großstadt gegen ostdeutsche Provinz; weltoffene Akademikerinnen gegen chauvinistische Wutbürger; abgehobene Innenstadt-Eliten auf Lastenrädern gegen bodenständige Berufspendler aus dem Umland und so weiter. Kenne ich Klasse, Geschlecht, Alter und Herkunft meines Gegenübers, so die Annahme, dann weiß ich mit großer Wahrscheinlichkeit auch, in welche Richtung seine oder ihre Einstellungen tendieren. Ist dem so, hätten wir es mit einer deutlich tieferen Form der Polarisierung zu tun, als wenn Menschen sich zwar in vielen Fragen uneinig wären, Pro- und Kontra-Positionen aber mehr oder weniger gleichmäßig über alle Klassen und Gruppen streuen. Steht letztere Variante für eine »dünne«, nur ideologische Polarisierung, verweist erstere auf eine »dicke« Polarisierung sozialer Großgruppen entlang tief greifender Spaltungslinien. Politische Konflikte wären dann sozialstrukturell grundiert.

In diesem Kapitel rekonstruieren wir gängige Annahmen und Be 281 funde über die Einstellungsgräben zwischen Menschen unterschiedlicher Klassen, Bildungsgrade, Wohnorte, Geschlechter, Migrationsbiografien und Altersgruppen. Wir nutzen unsere repräsentativen Umfragedaten, um empirisch nachzuzeichnen, was dran

ist an der These neuer »kultureller Klassenkämpfe« um Migration, Anerkennung und Klimaschutz, die anders gelagert sind als der alte Konflikt zwischen Kapital und Arbeit. Wir fragen, welche Gruppen sich worüber uneinig sind – und zu welchem Grad.

Dabei fügen wir dem Blick auf die Einzelarenen eine Zusammenschau hinzu, die Gruppenpositionen über die vier Arenen hinweg vergleicht und außerdem fragt, wie stark die Meinungen in einer Arena mit denen in den anderen zusammenhängen. In unserem Durchgang durch die Einzelarenen konnten wir bisher – so jedenfalls unsere Hoffnung – zeigen, dass diese von jeweils eigenen Dynamiken, historischen Flugbahnen und moralischen Grammatiken geprägt sind; eine Tatsache, die man leicht übersieht, wenn man gesellschaftlichen Konflikt nur als Frontstellung zweier Großlager versteht. Doch zugleich lässt eine solche Vorgehensweise natürlich ebenfalls bestimmte Aspekte der Realität aus. Denn auch wenn es wohl ohne Zweifel irreführend ist, Konflikte um Klimaschutz, Migration oder Homosexualität in einen Topf zu werfen und als ein Syndrom zu begreifen, so ist es natürlich auch nicht so, als hätten die Meinungen zu all diesen Fragen überhaupt nichts miteinander zu tun. Wir zeichnen deshalb vier Verbindungen zwischen den Arenen nach, die in der öffentlichen Diskussion Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben: Wie korrespondieren verteilungspolitische Einstellungen in der Oben-Unten-Arena mit Haltungen zu Klimapolitik, sexueller Diversität und Migration? Und wie verhalten sich Haltungen in der Heute-Morgen-Arena zur Migrationsfrage?

282 Eine Repolitisierung der Sozialstruktur?

Zunächst wollen wir rekapitulieren, mit welchen Annahmen und Thesen der Diskurs um eine repolitisierte Sozialstruktur operiert. Wir halten uns

hier kurz, da vieles bereits an anderen Stellen dieses Buchs referiert wurde. Ein zentrales Element der Diskussionen um neue Spaltungslinien ist die Rückkehr der *Klasse* ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Besonders die wertemäßig konservativen, migrationsskeptischen und rechts mobilisierten Fraktionen der »alten« Industriearbeiterklasse wurden dabei zum Gegenstand intensiven öffentlichen Interesses:[3] Diese mehrheitlich »weiße« bzw. »einheimische« und männlich geprägte Arbeiterschaft habe durch den Strukturwandel der Deindustrialisierung, Bildungsexpansion und Transnationalisierung (sowie heute möglicherweise auch der Dekarbonisierung) einen kränkenden und desorientierenden Statusverlust erlebt, den sie mit einer erklärten Gegnerschaft zu progressiver Migrations-, Identitäts- und Klimapolitik beantworte. In der Logik dieser Bereiche sind die Gegenspieler der Arbeiter nicht mehr ihre innerbetrieblichen Kontrahenten, die Arbeitgeber oder Kapitaleigner, sondern die grün, liberal und kosmopolitisch eingestellte kulturelle Mittelklasse, die oft wissensintensive soziokulturelle Expertenberufe ausübt, vom Strukturwandel profitiert und auch diskursiv den Ton angibt.[4] Diese drängt die Gesellschaft in Richtung Liberalisierung, sie ist – in Wolfgang Merkels Worten – »globalisierungsaffin« und weist eine kosmopolitische Gesinnung auf.

Entsprangen die »alten« ökonomischen Konflikte vor allem ungleichen Marktchancen und materiellen Lebensbedingungen, so wird für den »neuen kulturellen Klassenkampf« angenommen, dass kulturelle Kapitalien eine gewichtigere Rolle spielen.[5] Die Hinwendung zu einer liberal-kosmopolitischen Weltsicht, so eine Annahme, sei stark an die *Bildung* einer Person geknüpft. Der schon bei Seymour M. Lipset unter dem Label »working class authoritarianism« verhandelte Zusammenhang von Klasse und Autoritarismus wurde 283 dabei dahingehend modifiziert, dass es weniger die Stellung im Erwerbssystem als vielmehr Bildung sei, die autoritäre Einstellungen begünstige.[6] Der Faktor Klasse spalte sich gewissermaßen in einen sozioökonomischen und einen kulturellen Teil, wobei die Kulturkomponente des Bildungserwerbs mit größerer

Liberalität, Ambiguitätstoleranz und geringerer moralischer Rigidität in Verbindung gebracht wird.[7]

In aktuellen Beiträgen zu neuen »kulturellen Spaltungen« wird Bildung nicht mehr nur als ein Eintrittsticket in den Arbeitsmarkt verstanden, sondern auch mit kognitiven Kompetenzen, kultureller Liberalität und Offenheit verbunden. Entsprechend sehen manche in der »diploma divide«, also der *Trennlinie zwischen akademischen und nichtakademischen Bildungsgruppen*, die nunmehr zentrale Strukturierungsachse postindustrieller Wissensgesellschaften.[8] Der Kampf um kosmopolitische oder nationalistische Positionen sei in erster Linie Ausdruck eines Bildungsschismas, das die Gesellschaft in jene mit niedriger und jene mit hoher Bildung teile.[9] Diese Sichtweise geht davon aus, dass sich mit dem Zugewinn an Bildung auch Werte und Einstellungen liberalisieren, so dass chauvinistische Haltungen abgeschwächt und Toleranz gestärkt werden sollte. Im Hinblick auf die sozialen und kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten ist ein höheres Bildungsniveau ebenfalls von Vorteil, etwa durch die Verfügung über »linguistisches Kapital«, also Fremdsprachenkenntnisse.[10] Auch in Andreas Reckwitz' Unterscheidung zwischen »alter« und »neuer« Mittelklasse wird erstere mit einem mittleren Bildungsniveau assoziiert, während letztere, die Pioniergruppe der singularistischen Lebensführung, als »Akademikerklasse« verstanden wird.[11]

Aus einer ähnlichen Logik der ungleichen Betroffenheit von gesellschaftlichen Transformationsprozessen heraus werden auch *Geschlecht* und *Migrationshintergrund* als sozialstrukturelle Basen aktueller Konfliktdynamiken ins Spiel gebracht. Beide gelten als askriptive, also *zugeschriebene Merkmale*, die man nicht oder nur schwer ändern kann und die oft mit spezifischen Diskriminierungs 284 erfahrungen einhergehen. In Bezug auf Einstellungsunterschiede zwischen *Männern und Frauen* sprechen manche gar von einem »gender cleavage«:[12] Frauen seien aufgrund von Sozialisationsbedingungen, Rollenmustern, vergeschlechtlichten Hierarchien und der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit im

Schnitt diskriminierungssensibler, weltoffener und progressiver. Empirisch gibt es Hinweise darauf, dass Frauen sich größere Sorgen um den Klimawandel machen, womöglich auch weil vergeschlechtlichte Rollenmuster Aspekte der nichtmateriellen Lebensqualität stärker in den weiblichen »Zuständigkeitsbereich« verlegen.[13] Bezüglich sexueller Diversität zeigen weibliche Befragte ebenfalls regelmäßig tolerantere und anerkennungsbereitere Einstellungen. Homophobie, so ein in der Forschung etablierter Befund, ist unter Frauen weit weniger verbreitet als unter heterosexuellen Männern, was wohl auch daran liegt, dass Letztere stärker von Heteronormativität und den ungleichen Geschlechterverhältnissen profitieren.[14]

Der *Migrationshintergrund* gilt als weiterer wichtiger Faktor in der Formierung von Einstellungen (wobei es zugleich eine intensive wissenschaftliche und politische Debatte über die Sinnhaftigkeit dieses Labels gibt). Die migrantische Population ist selbstredend kein Monolith, sondern stark nach Migrationszeitpunkt, Zuwanderungsstatus, Herkunftsregion etc. ausdifferenziert. Zugleich ist sie aber durch eigene oder elterliche migratorische Erlebnisse geeint, die der Population der »Eingesessenen« fehlen: Erfahrungen des Ankommens, Zurücklassens und der Fremdheit zählen ebenso dazu wie das Weiterwirken kultureller Prägungen und strukturelle Benachteiligungen in der Aufnahmegesellschaft. Für bedeutsame Segmente der migrantischen Bevölkerung gilt, dass sie rassifizierenden Diskriminierungen durch die Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt sind und so oft eine Sensibilität gegenüber strukturellem und alltagsweltlichem Rassismus entwickeln.[15] Bekannt ist darüber hinaus, dass Personen mit Migrationshintergrund zwar etwas positivere Einstellungen zur Migration haben, dieser Effekt aber vor allem in der ersten Gene 285 ration auftritt, während er bei der zweiten und dritten Generation deutlich abnimmt.[16] Eine andere Schlagseite weist die Diskussion zum Zusammenhang von gesellschaftspolitischer Liberalisierung und Migration beispielsweise hinsichtlich Geschlechternormen oder sexueller Diversität auf. Hier zeigen sich migrantische Gruppen aus bestimmten Herkunftsgesellschaften als

eher traditional und konservativ, allerdings gibt es auch Anpassungseffekte, im Zuge derer Unterschiede zwischen Zuwanderern und »Einheimischen« zurückgehen.[17]

Gelten in manchen Winkeln des Diskurses konservative Migranten als Bremsen der Liberalisierung, sind es in anderen die Alten. Oft wird bei Themen der Anerkennungs- und Klimapolitik von einer *Alters- oder Generationenkluft* gesprochen, bei der die transformationsoffenen Jüngeren in starken Gegensatz zu den konservativen Älteren treten. Dabei steht das Alter zum einen für den *biografischen Abschnitt* im Lebensverlauf. Hier wissen wir aus der politischen Psychologie, dass man in der Jugend für neue Einflüsse offener ist und dass sich mit zunehmendem Alter Einstellungen verfestigen. Wenn neue Themen, Probleme und Kategorien in den Fokus rücken, neigen ältere Menschen deshalb eher dazu, sich auf bewährte Weltverständnisse zu verlassen, wobei das mögliche Reaktionsspektrum von Unverständnis und Ablehnung bis hin zu einer erfahrungsgesättigten Gelassenheit reicht. Zum anderen steht das Alter für die *Generationenzugehörigkeit*. Für das politische Bewusstsein zählt in diesem Sinne nicht einfach, wie viele Jahre Menschen bereits auf dem Buckel haben, sondern auch, welcher historische Zeitabschnitt ihnen den Stempel aufgedrückt hat.[18] Dies ist insbesondere in Zeiten rapiden kulturell-normativen Wandels zentral, wo nachfolgende Generationen in völlig anderen wertemäßigen Umwelten aufwachsen als ihre direkten Vorfahren. Dass »Mutti« zu Hause am Herd bleiben sollte, dass Homosexualität krankhaft und zu unterdrücken sei oder dass das N-Wort unhinterfragt genutzt wird, mag in den sechziger Jahren im Alltag ganz selbstverständlich gewesen sein, heute ist das nicht
286 mehr der Fall. Auf Grundlage historisch gebundener Sozialisationserfahrungen sollte tief greifender sozialer Wandel die Unterschiede im politischen Bewusstsein der verschiedenen Altersgruppen akzentuieren.[19]

Zuletzt tauchen in der Debatte immer wieder auch *räumliche Strukturierungsfaktoren* auf, die mit den genannten gesellschaftspolitischen Orientierungen in Verbindung stehen sollen. Die

Unterschiede zwischen *Stadt und Land*, oder genauer: zwischen urbanen und (semi)peripheren Räumen, gelten als grundlegende und wichtiger werdende Spaltungslinie in westlichen Gesellschaften[20] – man denke hier an den eingangs zitierten Maurer aus einem kleinen Dorf in Rheinland-Pfalz. Dass der Kosmopolitismus in den urbanen Zentren des Landes zu Hause ist, der Kommunitarismus hingegen in den Kleinstädten und Dörfern Quartier bezogen hat, ist ein vielbeschworener Gemeinplatz. Als Ursache gelten wirtschaftliche, demografische und politische Dynamiken, die zugunsten der städtischen Räume wirken, während ländliche Gegenden überproportional mit Infrastrukturproblemen sowie einer selektiven Abwanderung der Jungen und Besserqualifizierten konfrontiert sind. Vor allem in Regionen, die im Zuge des Strukturwandels in Richtung wissensintensiver Ökonomien ins Hintertreffen geraten, machen sich Gefühle des Abgehängt-Seins breit.[21] Weiter angeheizt werden diese Disparitäten durch symbolische Aufwertungen der Metropolregionen und Abwertungen der kleinstädtischen und ländlichen Gebiete und Lebensformen.[22] So drängt sich, wenn von Stadt-Land-Polarisierungen die Rede ist, ein Bild großer Kontraste auf: hier die in Tradition und konventioneller Lebensführung gefangene Landbevölkerung mit dem Faible für kulturelle Homogenität und nationalgesellschaftliche Schließung, dort die liberalen Städter, offen, tolerant und aufgeschlossen für plurale Selbstentwürfe.[23]

In Deutschland tritt mit der Unterscheidung zwischen *Osten und Westen* zudem eine historisch spezifische strukturelle, politische und kulturelle Differenzierungslinie hinzu, die sich trotz enormer Auf 287 hol- und Angleichungsprozesse bislang nicht verwaschen hat. Auch nach über 30 Jahren deutsche Einheit existiert ein Gefälle bei den wichtigen sozioökonomischen Kennziffern (Bruttoinlandsprodukt, Einkommen, Vermögen etc.), aber auch in den politischen Einstellungen (Wahlverhalten, Demokratiezufriedenheit, Vertrauen in die Institutionen usw.). Ost- und Westdeutschland sind in den Kartierungen verschiedenster Indikatoren deutlich als zwei Teilgesellschaften erkennbar. Der Osten ist im Vergleich zum Westen ein »Land der kleinen Leute«. Die Ränge

einfacher beruflicher Positionen sind stärker besetzt, die »akademische Mittelklasse« in den Wissens- und Kreativberufen anteilmäßig seltener vertreten.[24] Daneben existieren augenfällige demografische Disparitäten mit Ostdeutschland als überaltertem, teilweise männerdominiertem geografischen Raum, der für mehr als zweieinhalb Jahrzehnte Abstromregion war und bis heute kaum migrantisch geprägt ist. Auch deshalb gilt der Osten als Region mit stark migrationsskeptischen Haltungen, die nicht nur auf die schlechtere ökonomische Lage zurückzuführen sind, sondern auch auf Sozialisationserfahrungen, eine stärkere Verbreitung autoritärer Haltungen und eine kürzere Migrationsgeschichte. In anderen Bereichen wie der Gleichstellung der Geschlechter oder der Anerkennung diverser sexueller Identitäten erwies Ostdeutschland sich hingegen bislang nicht als durch die Bank traditioneller und weniger anerkennungsbereit.[25]

Klassenspezifik, nicht Klassenpolarisierung

Im Folgenden unterziehen wir diese populären und wissenschaftlichen Thesen zu sozialen Spaltungslinien und neuen Großgruppenkonflikten einer empirischen Überprüfung. Wir beginnen dabei mit der besonders wichtigen Unterscheidung zwischen den *Berufsklassen*, die sich bereits in den Analysen der einzelnen Arenen als ergiebig – wenn auch keineswegs eindeutig – erwies. Welche Aspekte von 288 Konsens und Konflikt werden durch eine »Klassenbrille« plötzlich sichtbar? Bildet sich ein neuer Klassenkonflikt in den Einstellungen ab – oder zumindest eine nennenswerte Klassenspezifik der Meinungen? Sind liberale Haltungen der Offenheit, Diversität und Ökologie tatsächlich eine Sache der privilegierten Klassen, während dem pfälzischen Maurer andere Fragen am Herzen liegen?

In den Kapiteln 3 bis 6 haben wir bereits einiges zu Klassenfragen zusammengetragen. Wir sahen dort, dass Verteilungsungleichheiten aus dem Blickwinkel einfacher Beschäftigter anders aussehen als aus jenem der akademischen Mittelklasse, dass Klassenunterschiede in den Umverteilungsorientierungen dafür aber erstaunlich schwach sind, unter anderem deshalb, weil es im gesellschaftlichen Unten und Oben je eigene Logiken der Solidarität und Entsolidarisierung gibt. Bezüglich der Notwendigkeit regulierter Einwanderung herrscht zwar klassenübergreifend annähernd Konsens, Arbeiter und Unterschicht betrachten das Thema aber viel stärker unter dem Vorzeichen der Anspruchskonkurrenz und kulturellen Bedrohung als die akademische Mittelklasse. In der Wir-Sie-Arena stellten wir fest, dass auf den benachteiligten Positionen symbolpolitische Eingriffe und die öffentliche Thematisierung von Diskriminierung zwar auf größere Skepsis stoßen, dass es aber kaum Klassenunterschiede in grundlegenden Toleranzorientierungen gibt. Zuletzt begegneten uns in der klimapolitischen Arena sowohl breit geteilte Sorgen über Umweltgefahren als auch klassenspezifische Ökologien der Notwendigkeit und des heroischen Verzichts. Diese – oft aus den qualitativen Daten entwickelten – Befunde betreffen vor allem Unterschiede des *Modus*, in dem Menschen unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit ihre Einstellungen entwickeln und formulieren. Sie beschreiben moralische Ökonomien und Alltagsverständnisse, die Argumentationsweisen und Bewusstseinsformen prägen. Nur vermittelt lassen sie sich als Ausweis klarer Antagonismen und Einstellungsgegensätze lesen. Anders gesagt: Probleme wie Diskriminierung oder Ungleichheit werden von verschiedenen sozialen Warten aus oft *unterschied* 289 *lich* gesehen, dies muss aber nicht notwendigerweise heißen, dass man zu *gegensätzlichen* politischen Schlüssen kommt und sich zu verfeindeten Lagern formiert. Ein klares Gegeneinander oder gar ein Antagonismus der Klassen ließ sich nicht bestätigen, aber auch kein Befund der Nivellierung oder der Irrelevanz von Klassendifferenzen.

Klar wurde jedoch, dass die Klassenperspektive soziologisch lohnenswert und aufschlussreich ist. Auch deshalb wollen wir sie nun um eine systematischere Übersichtsbetrachtung ergänzen. Wir zeichnen dazu die Positionierung der Klassen in den Arenen nach. So können wir Klassen und Arenen miteinander vergleichen und auch feststellen, wie stark Klassenunterschiede im Vergleich zu anderen sozialstrukturellen Faktoren wie beispielsweise Alter oder Geschlecht ausfallen. Wir greifen für diesen Schritt wiederum auf unsere Umfragedaten zurück, stellen aber das Messinstrument neu ein. Wir schauen nun nicht mehr auf die Positionen zu *Einzelfragen*. Stattdessen fassen wir in jeder der Arenen einen ganzen Strauß von Fragen zu einem *Index* zusammen. Damit ist eine Kennziffer gemeint, die wiedergibt, wo die Befragten mit ihrer Meinung zu einer Vielzahl von Fragen der jeweiligen Arena *im Durchschnitt* stehen. Diese Verdichtung von Informationen ermöglicht einen kompakten und umfassenden – gewissermaßen kondensierten – Überblick über die Positionen verschiedener Gruppen in den Ungleichheitsarenen.[26] Zum Zwecke dieser Verdichtung haben wir pro Arena vier bis sieben Fragen ausgewählt, die die Arena gut abbilden (siehe Anhang und Onlineanhang C).[27] Der Index reicht in jeder Arena von −2 bis +2. Positive Werte stehen für progressive (also eher ungleichheitskritische) Einstellungen, negative für konservative (also eher ungleichheitsaffirmierende).

Abbildung 8.1 unterscheidet die Klassen nach dem bereits eingeführten Schema des Schweizer Soziologen Daniel Oesch (siehe hierzu auch Abbildung 2.4).[28] Die Grafik zeigt, wo die Klassen sich im Mittel in der jeweiligen Arena positionieren. Man kann sich das so 290 vorstellen: Würden *alle* Produktionsarbeiter auf Fragen der Wir-Sie-Arena mit »teils, teils« antworten, läge ihr Indexwert in dieser Arena bei 0. Würden sie *alle* der Anerkennung von Minderheiten »eher zustimmen«, läge er bei +1; stimmten alle »voll und ganz zu«, bei +2. In der Realität gehen die Antworten natürlich innerhalb der Klassen je nach Frage weit auseinander; was wir in der Abbildung sehen, ist der Durchschnittswert der Klasse für die gesamte Arena.

Zwei Dinge springen unmittelbar ins Auge. Einerseits zeigen sich – auch auf dieser hoch aggregierten Ebene – Unterschiede zwischen den Klassen, die zudem über mehrere Arenen hinweg regelmäßige Muster bilden. Andererseits sehen wir auch, dass in keiner Arena die Unterschiede so stark sind, dass etwa eine Klasse klar im konservativen und eine andere klar im progressiven Bereich liegt – die Spannweite unserer Antwortskalen wird kaum ausgeschöpft. Daraus ergibt sich bereits ein zentraler Befund: Die Meinungslandschaft ist von einer Klassen*spezifik* gekennzeichnet, aber nicht von einer Klassen*polarisierung*. Damit ist gemeint, dass die Einstellungen in allen vier Arenen systematisch mit der Klassenlage zusammenhängen; keine der Arenen ist aber so verfasst, dass sich zwei Klassen als Antagonisten gegenüberstehen und gleichsam in entgegengesetzte Richtungen ziehen. Die Extreme der Klassen spannen sich zwischen einer »eher« ungleichheitskritischen Position und einem unentschiedenen »teils, teils« auf. Dies passt bestens zu den nuancierteren Beobachtungen, die wir in den Arenenkapiteln angestellt haben.

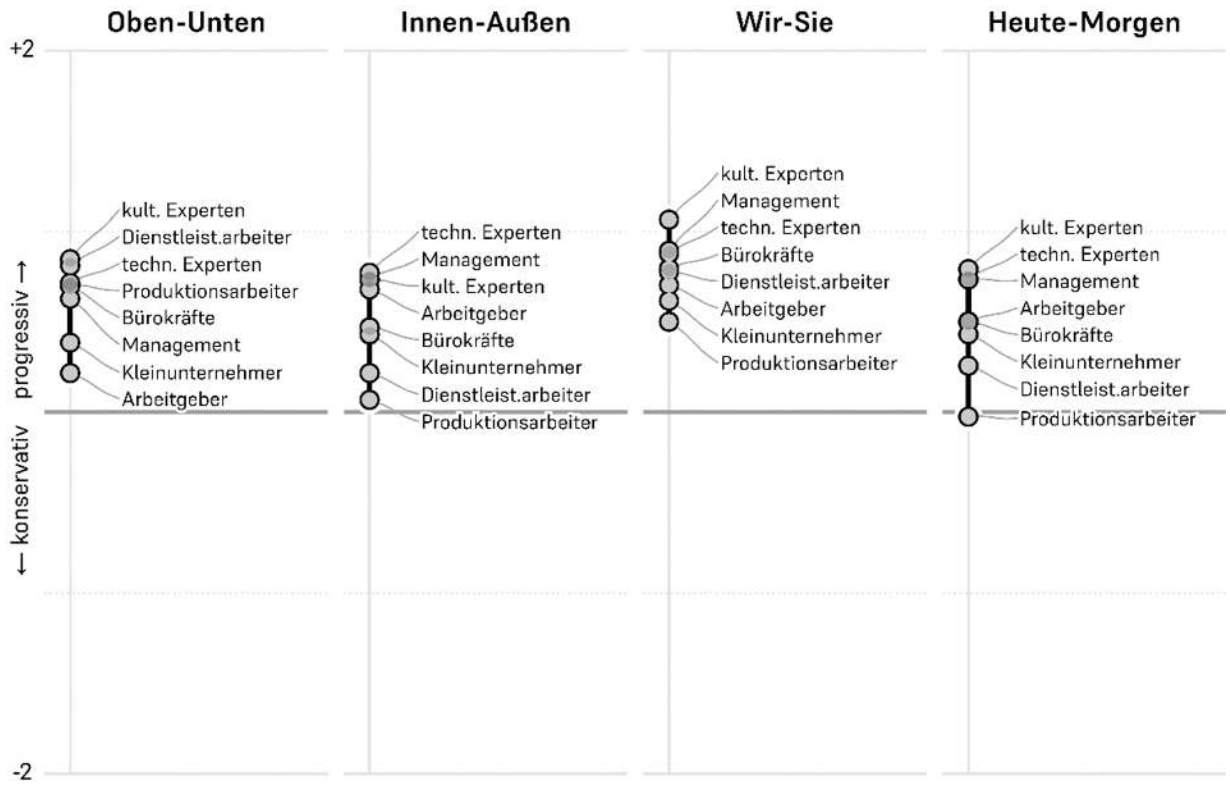


Abb. 8.1: Gesellschaftspolitische Positionen nach Klasse

Anmerkung: Dargestellt sind die Mittelwerte auf den arenenbezogenen Einstellungsindizes pro Klasse. Die Hauptbotschaft dieser Grafik liegt in den Abständen der Gruppen, nicht so sehr bei der kategorialen Einordnung als »konservativ« oder »progressiv«, die von den Item-Formulierungen und Skalierungen abhängig ist. Hinweise zur Indexerstellung finden sich im Onlineanhang. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Gemessen an unserem Index beziehen in der *Oben-Unten-Arena* die materiell und marktlich besonders schlecht gestellten Dienstleistungsarbeiterinnen sowie die Klasse der kulturellen Experten am stärksten Stellung gegen Ungleichheit und für stärkere Umverteilung. Die Kritik an Verteilungsungerechtigkeit findet sich also nicht nur bei besonders benachteiligten Klassen, sondern auch in jenen eher höher qualifizierten und entlohnten Gruppen, deren berufliche Praxis die Einnahme von Klientenperspektiven vorsieht: Lehrer und Sozialarbeiter – typische Berufe der kulturellen Experten – wissen oft, 291 wie es in den prekären Lebenslagen aussieht, und treten auch deshalb für mehr

Umverteilung und soziale Sicherung ein. Deutlich zurückhaltender fällt demgegenüber die Ungleichheitskritik der Arbeitgeber und Kleinunternehmer aus. Eine Klassenspezifik lässt sich somit in den unterschiedlichen Haltungen von Besitzenden und Nichtbesitzenden erkennen. Aber noch einmal: In allen Klassen überwiegen ungleichheitskritische Haltungen, eine Klassenpolarisierung oder ein klarer Oben-Unten-Antagonismus bildet sich in den Einstellungen nicht ab.

Bei den *Innen-Außen-Ungleichheiten* offenbart sich demgegenüber ein Bild, das in der *Grundkonstellation* durchaus der Beschreibung Wolfgang Merkels entspricht, die wir eingangs zitiert haben: Offener für Zuwanderung zeigen sich die höher qualifizierten Ex 292 perten, ob in Verwaltung, Technologie und Kultur (man denke an Rechnungsprüferinnen, Ingenieure und Lehrer). Im Vergleich dazu sind die Arbeiterinnen und Arbeiter – ob in der Montagehalle oder an der Supermarktkasse – migrationsskeptischer, wenn auch nicht mehrheitlich gegen Einwanderung als solche. De facto liegt hinter dem Durchschnittswert der Arbeiterklasse(n) eine recht breite Streuung der Meinungen in sowohl der migrationsskeptischen als auch der offenen Richtung (siehe unten). Der Durchschnitt ist aber dennoch hilfreich, um sich das *Ausmaß* der Uneinigkeit zwischen akademischen Mittelklassen und Arbeitern zu vergegenwärtigen: Diese Uneinigkeit entspricht im Mittel nicht einem »Pro« versus »Kontra« (auf unserer Skala +2 und −2), sondern einem »Eher pro« versus »Es kommt darauf an« (+1 und 0). Auch diese Distanz ist relevant und kann politisch folgenreich werden.[29] Sie eignet sich aber weder für Diagnosen eines umfassenden neuen Klassenkonflikts noch für eine Gleichsetzung von Klassen und kosmopolitischen oder kommunitaristischen Meinungslagern.

Noch näher liegen die Klassen in der *Wir-Sie-Arena* beieinander. Zwar zeigen sich auch hier prägnante Unterschiede zwischen einer besonders starken Anerkennungsbereitschaft der (vorwiegend weiblichen) Klasse kultureller Expertinnen und einer weniger prononcierten unter den (vorwiegend männlichen) Produktionsarbeitern. Die Distanz zwischen

diesen Rändern ist aber kleiner als in den anderen Arenen, die Unterschiede zwischen den übrigen Klassen marginal. Dienstleistungsarbeiterinnen unterscheiden sich etwa kaum von Managern und technischen Experten. Alle Klassen, auch die Produktionsarbeiter, liegen zudem deutlich im anerkennungsbereiten Teil der Skala. Etwas flapsig formuliert, dürfte es also statistisch gesehen relativ einfach sein, Maurer zu finden, die im Sinne der Wir-Sie-Arena liberal eingestellt sind und Minderheitenrechte begrüßen. Liberale in diesem Sinne sind in der Arbeiterklasse deutlich häufiger zu finden als Menschen, die für größere Migrationsoffenheit eintreten (wobei natürlich auch Letztere existieren). Migrations- und Anerken 293 nungspolitik sollten – auch was ihr klassenpolitisches Spaltpotenzial anbelangt – als zwei Paar Schuhe betrachtet werden.

Die stärksten Klassenunterschiede ergeben sich anhand unseres Indexes im Feld der *Heute-Morgen-Ungleichheiten*. Wiederum ist es hier dieselbe Trias der akademischen Mittelklassen, die klimapolitischen Interventionen offener gegenübersteht als Dienstleistungs- und allen voran Produktionsarbeitende. Insbesondere die letztgenannten Arbeiter, die häufig in karbonintensiven Sektoren beschäftigt sind, heben sich hier mit ihrer klimapolitisch zurückhaltenden Position ab. Insgesamt ist dabei auch auffällig, wie stark sich die klassenspezifischen Einstellungskonstellationen in der Innen-Außen- und der Heute-Morgen-Arena ähneln. Man kann vermuten, dass die politische Mobilisierung dieser – thematisch eigentlich sehr verschiedenen – Arenen entlang ein und derselben Konfliktsemantik hinter dieser Ähnlichkeit steht. Hierauf gehen wir weiter unten und in Kapitel 10 noch näher ein.

Insgesamt können wir in allen unseren Arenen durchaus substanzielle Klassenunterschiede feststellen: Bei den »klassischen« Verteilungsungleichheiten zeigen sie sich zwischen den besitzenden Klassen und dem Rest, bleiben aber eher überschaubar. In den »neueren« Ungleichheitskonflikten sind es durchweg die höher gestellten, meist akademisch gebildeten und am Arbeitsplatz mit größerer Autonomie ausgestatteten mittleren und oberen Ränge von Verwaltung,

Technologiesektor und Kulturbranche, die progressivere Positionen einnehmen. Arbeiterinnen und Arbeiter – insbesondere jene im Produktionssektor – bilden hier einen eher skeptisch-bremserischen Pol. Allerdings sind diese Differenzen keineswegs so fundamental und antagonistisch verfasst, wie der akademische Volksglauben es uns weismachen will. Nicht nur verkompliziert die Lage einzelner Klassen das aufgeräumte Bild eines klaren Klassen-als-Lager-Antagonismus: Die Ungleichheitskritik der kulturellen Experten in der Oben-Unten-Arena oder die große Anerkennungsbereitschaft der Dienstleistungsarbeitenden im Feld der Wir-Sie-Ungleichheiten etwa laufen 294 den Annahmen einer Zwei-Lager-Theorie entgegen. Die Klassen stehen sich auch nicht als Pro- und Kontra-Blöcke gegenüber, sondern verkörpern graduelle Unterschiede auf einem Meinungskontinuum.

Dies lässt sich weiter verdeutlichen, wenn man den Blick weg von den Mittelwerten und hin zu den Verteilungen der Einstellungen auch innerhalb der verschiedenen Klassen wendet. Dies wird in Abbildung 8.2 dargestellt, in der wir für jede Klasse die Verteilung der Werte der Einstellungsindizes zeigen. Dabei gilt: Je höher die Verteilungsberge sind, desto häufiger treten die Werte auf, und je mehr Verteilungsberge (man könnte sie auch als Dromedarrücken verstehen) an den gleichen Stellen auftreten, desto größer ist die Überlappung zwischen den Klassen. Hier zeigt sich zum einen, dass die Klassen in ihren Einstellungen oft keine Monolithen darstellen, sondern eine große interne Heterogenität aufweisen. Zum anderen finden sich in allen Arenen kaum klar voneinander abgegrenzte Einstellungsprofile, sondern starke Überlappungen zwischen den Klassen.

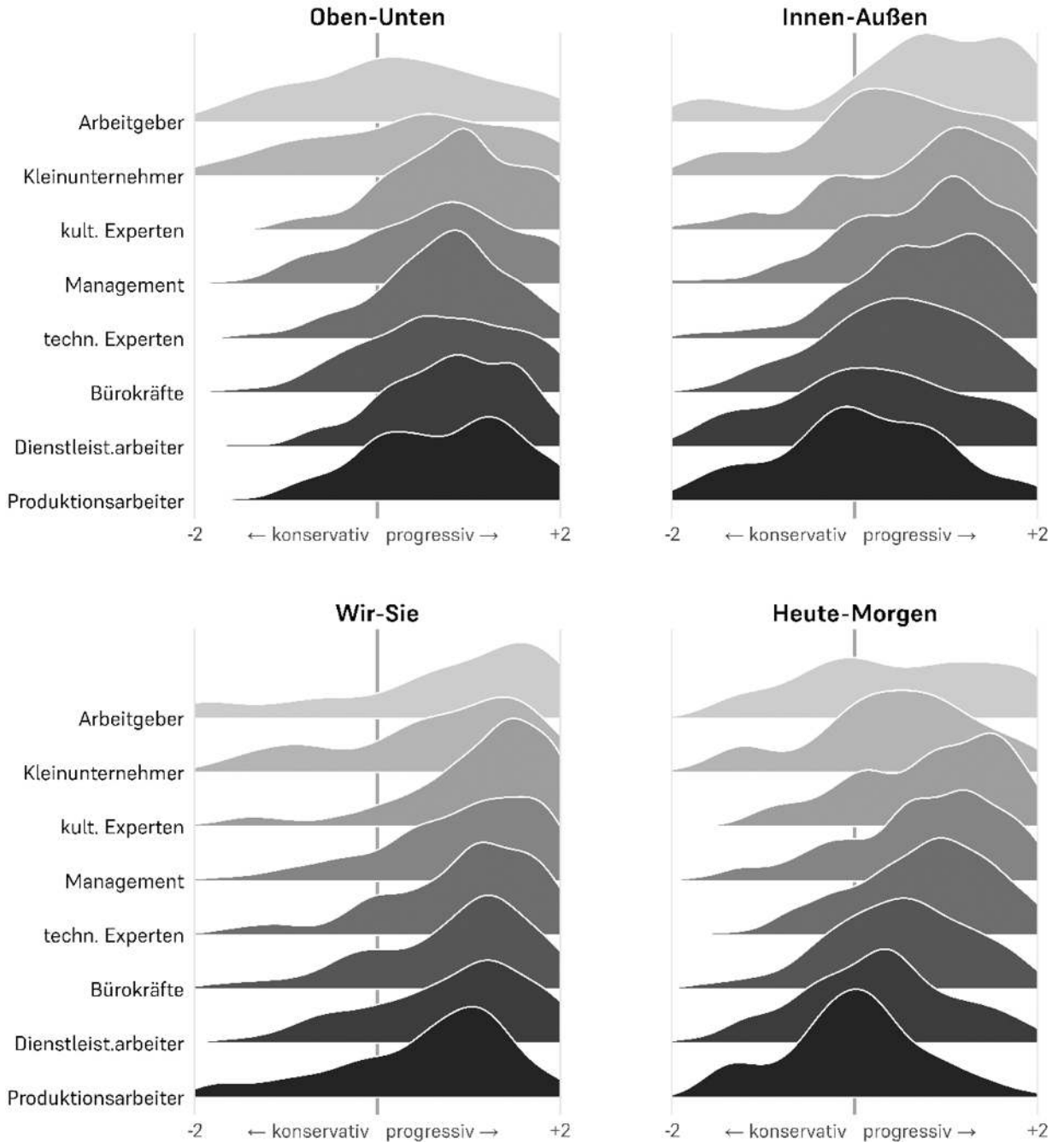


Abb. 8.2: Verteilung der gesellschaftspolitischen Positionen nach Klasse

Anmerkung: Die Höhe der Berge gibt die relative Häufigkeit der Einstellungen innerhalb der jeweiligen Klasse wieder. Hinweise zur Indexerstellung finden sich im Onlineanhang. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Insbesondere in der Wir-Sie-Arena ergeben sich für alle Klassen sehr ähnliche Verteilungen, die Überlappung ist also besonders groß. Es wird

hier auch deutlich, dass zwar über alle Klassen hinweg die übergroßen Mehrheiten weit im anerkennungsfreundlichen Teil unserer Messskala liegen, dass aber in verschiedenen Klassen Minderheiten mit stark konservativen oder abwehrenden Positionen zu finden sind. Es ist also nicht so, dass anerkennungsfeindliche Haltungen gänzlich abwesend wären, sie bilden aber in keiner Klasse die Mehrheit. Ähnliche Muster ergeben sich für die Oben-Unten-Arena, in der auch viele Arbeitgeber und Kleinunternehmer die ungleichheitskritischen Positionen der Arbeitnehmergruppen teilen. Etwas mehr Divergenz – und wenn man so will: Klassenspannung – ergibt sich in der Innen-Außen- und der Heute-Morgen-Arena. Hier weisen viele Produktionsarbeiter migrations- und transformationsskeptischere Haltungen auf. Aber auch hier sind die Überschneidungen mit anderen Klassen in der Gesamtheit erheblich: Viele Arbeiter vertreten Positionen, die auch bei den sehr offen eingestellten kulturellen Ex 295 perten zu finden sind. Zudem zeigt sich bei den Arbeitern eine sehr breite Streuung über die ganze Länge der Skala. Die Binnendifferenzierung der Klassen ist größer als die Unterschiede zwischen ihnen. Man sollte sich also davor hüten, alle Arbeiter in die stereotypisierende Schublade der »Ausländerfeinde« oder »Transformationsgegner« 296 zu pressen. Klassenspezifische Einstellungsunterschiede bieten zweifellos ein Potenzial für die Artikulierung von Konflikten entlang von Klassenzugehörigkeiten. Dieses Potenzial wird aber von internen Differenzen und Überlappungen zwischen den Klassen relativiert. Während die Diagnosen zur Klassenspezifik von Einstellungen in den neuen Ungleichheitskonflikten also der Tendenz nach richtig sind, geht man fehl, wenn man diese zu Gruppenantagonismen übersteigert. Ein großer Teil des Dissenses findet innerhalb von Klassen statt. Dies läuft auf eine Mittelposition in der eingangs angerissenen Debatte hinaus: »Class matters« im Sinne einer graduellen Klassenspezifik, die auf unterschiedliche Kontexte und Logiken der Meinungsbildung verweist, nicht aber im Sinne einer Polarisierung oder eines Antagonismus der Klassen als mobilisierter Lager.[30]

Alte weiße Männer?

Im Folgenden vertiefen wir diese Betrachtung, indem wir neben der Klasse eine Reihe bereits angesprochener sozialer Strukturgeber inspizieren und vergleichen. Konkret diskutieren wir, auf welche Weise die Merkmale Bildung, Alter, Stadt/Land, Ost/West, Geschlecht und Migrationshintergrund für unsere Arenen relevant sind.[31] Finden sich für diese Merkmale tatsächlich polarisierte Einstellungsunterschiede? Gibt es Merkmale, die bedeutsamer sind als andere? Und sind diese Muster über die Arenen hinweg gleich, oder spielen beispielsweise bei der Klimafrage ganz andere Faktoren eine Rolle als bei der Verteilungsfrage?

In Abbildung 8.3 zeigen wir die Mittelwerte der Arenen-Indizes für die sozialstrukturellen Merkmale. Wir beschränken uns hier auf Maximalkontraste, also jene Gruppen, deren Meinungen am weitesten auseinanderliegen (alle anderen liegen zwischen ihnen). Je weiter die Spanne zwischen diesen Extremen, desto deutlicher schlägt das
297 Merkmal in den Meinungen dieser Arena durch. Auch hier lassen sich bestimmte Befunde schon auf den ersten Blick erkennen: In fast allen Arenen ist die Klassenposition das Merkmal, entlang dessen sich die Einstellungen besonders stark unterscheiden. In der Oben-Unten-Arena ist es gar das einzige Merkmal, das Meinungsverschiedenheiten zu einem nennenswerten Grad aufschlüsselt. In der Innen-Außen- und der Heute-Morgen-Arena tritt *Bildung* als zentrale Unterscheidung hinzu (und übertrifft Klasse beim Migrationsthema sogar), in der Wir-Sie-Arena spielt das *Alter* eine ähnlich große Rolle wie die Klasse. Alles in allem gilt aber auch hier, was wir bereits für die Klassenunterschiede bemerkten: Es gibt zwar spezifische Unterschiede entlang der sozialstrukturellen Merkmale, aber wie schon bei den Klassen finden wir für keines der Merkmale Hinweise auf eine klare Polarisierung, bei der bestimmte soziale Großgruppen stark zum konservativen Pol neigen, andere hingegen klar zum progressiven Pol. Dass dies nicht einfach an unserer Messskala liegt, wird – so viel sei bereits hier verraten – in Kapitel 10 deutlich, wo wir

zeigen, dass die Einstellungen durchaus in ganz unterschiedliche Richtungen ausschlagen, wenn man nicht auf sozialstrukturelle Gruppen, sondern auf die *Elektorate* schaut.

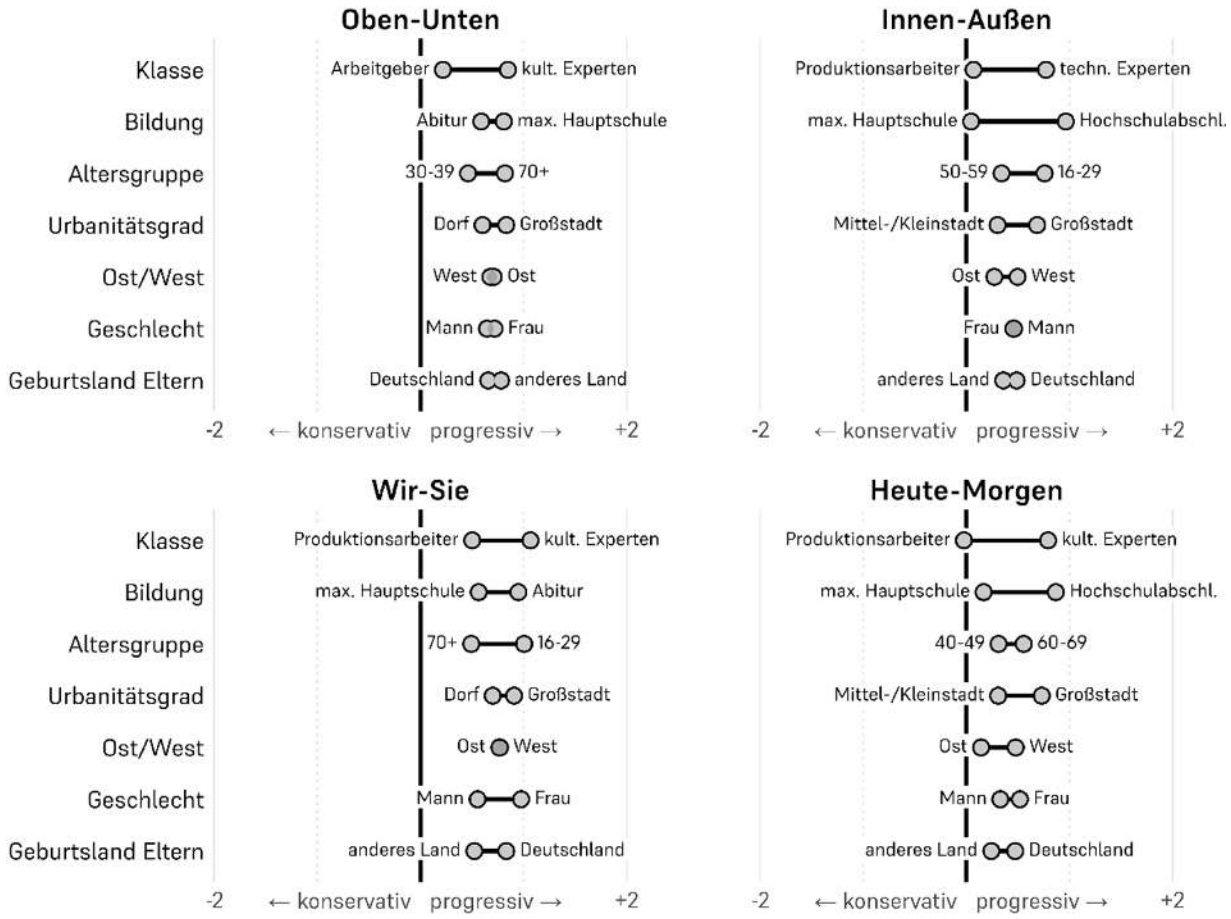


Abb. 8.3: Gesellschaftspolitische Positionen nach sozialstrukturellen Gruppen

Anmerkung: Dargestellt sind pro Sozialstrukturmerkmal die jeweils kleinsten und größten Mittelwerte der arenenbezogenen Einstellungsindizes. Hinweise zur Indexerstellung finden sich im Onlineanhang. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Selbst wenn wir also grundsätzlich *keine* sozialstrukturelle Polarisierung in den Arenen finden, ergeben sich interessante Unterschiede, die oft in die erwartete Richtung weisen, mitunter aber auch überraschen. Unterscheidet man nach *Bildungsabschlüssen*,[32] ähnelt das Muster meist den bereits diskutierten Klassenunterschieden.[33] Insbesondere in der Innen-Außen-Arena zeigen sich Befragte mit maximal

Hauptschulabschluss weitaus migrationsskeptischer als Befragte mit Hochschulabschluss.[34] Ähnliches gilt für die Heute-Morgen-Arena, wo höher Gebildete klimapolitischen Maßnahmen deutlich offener gegenüberstehen als einfacher Gebildete. Interessanterweise sind Bildungsdifferenzen in der Wir-Sie-Arena dagegen eher schwach. Hier lässt sich die Vorstellung, dass Identitäts- und Diversitätsfragen vor allem das Leib-und-Magen-Thema der privilegierten Bildungs 298 gruppe bzw. Akademikerklasse seien, während »bildungsarme« Gruppen eine ganz andere Sicht hätten, nicht bestätigen: Zwar sind Höhergebildete etwas liberaler als Menschen mit maximal Hauptschulabschluss, Bildung ist hier aber nur ein mittelstarkes bis schwaches Differenzierungsmerkmal, keine Trennwand zwischen gänzlich unterschiedlichen Sichten auf die Anerkennung sexueller Diversität, auch wenn die Bedeutung des Themas unterschiedlich bewertet werden mag (siehe Kapitel 5). Dies ist vermutlich der Tatsache geschuldet, dass anerkennungspolitische Themen zwar immer wieder große öffentliche Aufregung auslösen, es aber im Großen und Ganzen ein gesellschaftlich breites Fundament der Selbstbindung an Normen 299 der Gleichstellung und Nicht-Diskriminierung gibt (siehe auch Kapitel 5).

Im Vergleich zu Klasse und Bildung ergeben sich in den meisten Arenen deutlich schwächere Einstellungsunterschiede für die *Altersgruppen*.[35] Am ehesten ist dieses Merkmal für die Wir-Sie-Arena relevant. Die jüngsten unserer Befragten erweisen sich hier als anerkennungsbereiter als die Ältesten, auch wenn man einordnend hinzufügen muss, dass es sich wie bei den anderen Merkmalen um graduelle Unterschiede handelt, nicht um Welten, die aufeinanderprallen. Die Liberalisierung erfasst letztlich die gesamte Gesellschaft, alt wie jung, die jüngeren Jahrgänge können aber als Pionierkohorten angesehen werden. Auch in der Innen-Außen-Arena sind es die jüngsten Befragten, die am migrationsfreundlichsten eingestellt sind. Dies ergibt sich entsprechend der Sozialisationsannahme daraus, dass die nachfolgenden Generationen in die Normalität einer Einwanderungsgesellschaft hineinwachsen und durch alltägliche Intergruppenkontakte Vorurteile abbauen.[36] Es sind gerade die Jüngsten,

die eine kulturell heterogene Gesellschaft begrüßen, was auch ein Blick auf die Einzel-Items zeigt: 74 Prozent der jüngsten Kohorte sehen in Zuwanderung eine Bereicherung des kulturellen Lebens, unter den Ältesten denkt das nur knapp die Hälfte. Demgegenüber zeigen sich, wie erwähnt bei der Einschätzung der Migrationseffekte auf die deutsche Wirtschaft kaum Unterschiede nach Altersgruppen.[37]

Bei den Heute-Morgen-Ungleichheiten, die im öffentlichen Diskurs häufig mit einem neuen Generationenkonflikt in Verbindung gebracht werden, sehen wir hingegen überraschenderweise so gut wie gar keine Altersunterschiede. Schlüsselt man dennoch die Gruppen auf, zeigt sich, dass vor allem die *Mittelalten* eher zurückhaltend-skeptisch sind. Die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen dagegen ist die klimapolitisch progressivste, dicht gefolgt von der allerjüngsten Kohorte. Dieses unerwartete empirische Muster wird verständlich, wenn man Einzel-Items unter die Lupe nimmt: Hier zeigt sich, dass sich die Jüngsten seltener als die 60- bis 69-Jährigen große Sorgen um 300 den Klimawandel machen (62 vs. 83 Prozent), während sie klimapolitische Maßnahmen, wie beispielsweise Windräder, etwas häufiger befürworten (61 vs. 52 Prozent). Das Bewusstsein um den Klimawandel und die Bereitschaft zur klimapolitischen Transformation ist also kein Alleinstellungsmerkmal der Millennials und der Generation Z, sondern es existiert durchaus Potenzial für kohortenübergreifende Schulterschlüsse. Die Älteren mögen von den langfristigen Auswirkungen des Klimawandels zwar nicht mehr betroffen sein, ihre Kinder und insbesondere ihre Enkelkinder aber sehr wohl. Wahlstudien zeigen allerdings – und dies ist wichtig –, dass die Klimafrage bei den unter 30-Jährigen ein größeres Gewicht bei der Wahlentscheidung hat als bei den älteren Kohorten.[38] Zusammenfassend gibt es in unseren Arenen also durchaus Altersunterschiede in den Einstellungen, aber diese sind – selbst bei Themen wie Klimapolitik – nicht so stark, dass man von fundamentalen Gegensätzen oder gar einer generationalen Spaltung sprechen könnte. Bezogen auf Fragen der Umverteilung, der Migration und der gesellschaftlichen Liberalisierung

haben sich die Altersgruppen – das zeigt die international vergleichende Forschung – einstellungsmäßig zudem *nicht* voneinander entfernt.[39]

Auch die empirischen Muster für die *sozialräumlichen Merkmale* (Stadt/Land und Ost/West)[40] weisen keinesfalls so fundamentale Disparitäten auf, wie es die gesellschaftlichen Debatten vermuten ließen: Bei den *Stadt-Land-Unterschieden* zeigen die Großstadtbewohner einen höheren Grad an Ungleichheitskritik, Anerkennungsbereitschaft, Migrationsoffenheit und klimapolitischem Engagement, während insbesondere Menschen in Mittel- und Kleinstädten etwas stärker auf Schließung und klimapolitisches Abbremsen setzen. Diese Unterschiede sind aber sehr überschaubar. Es wäre überzogen, sie als Beleg für einen heftigen Kulturkampf zu deuten. Wir können zwar beispielsweise in der Heute-Morgen-Arena für Einzel-Items deutliche Unterschiede feststellen – Windräder etwa werden nicht in den urbanen Zentren gebaut und erfahren dort mehr Zuspruch als 301 in ländlichen Räumen (69 vs. 48 Prozent) –, aber wir sehen mit unserem breiter gemessenen Einstellungsindex nur schwache Unterschiede und damit wenig Anhaltspunkte für einen Klimakonflikt zwischen Stadt und Land.[41] In Bestätigung unserer Befunde verweisen Studien zu den räumlichen Mustern des Wahlverhaltens darauf, dass einfache Zuordnungen wie etwa »Je ländlicher, desto mehr AFD-Wähler und desto weniger Grünen-Anhänger« nicht greifen und die Verweisungszusammenhänge komplexer sind. So ist etwa nicht der Urbanitätsgrad an sich entscheidend, sondern der Zugang zu Infrastruktur; die AFD wird auch in ökonomisch schwachen urbanen Kontexten überdurchschnittlich oft gewählt.[42] Der Wohnort spielt sicherlich eine Rolle für das Alltagserleben der Menschen und so auch für ihr politisches Bewusstsein, ein klar gerichtetes Stadt-Land-Gefälle in den Einstellungen ergibt sich daraus aber nicht.

Im *Ost-West-Vergleich* unterscheiden sich Ostdeutsche weder in ihren Einstellungen zu materieller Ungleichheit von Westdeutschen noch in ihren Haltungen zu sexueller Diversität.[43] Selbst wenn man den Lichtkegel auf Fragen der geschlechtergerechten Sprache und der Genderquotierung richtet (die nicht in dem Index enthalten sind), zeigen sich keine starken

und konsistenten Unterschiede: Ostdeutsche sind zwar etwas seltener der Meinung, dass eine gendergerechte Sprache ein wichtiger Beitrag für die Gleichstellung ist (23 vs. 29 Prozent), gleichzeitig unterstützen sie etwas häufiger Geschlechterquoten (49 vs. 43 Prozent). Deutlichere Ost-West-Unterschiede finden wir bei den Themen Zuwanderung und Klima, wo Ostdeutsche in der Tat migrations- und transformationsskeptischer eingestellt sind als Westdeutsche. Auch hier lässt sich aber gerade im Vergleich zu weitaus durchschlagenderen Merkmalen wie Klasse und Bildung keineswegs von einem grundsätzlichen Auseinanderfallen der Orientierungen sprechen.

Zuletzt erweisen sich auch die *Unterschiede zwischen Männern und Frauen* und *zwischen der migrantischen und der nichtmigrantischen Bevölkerung*[44] als weitgehend insignifikant.[45] Dies ist insbeson 302 dere für die Innen-Außen-Arena etwas überraschend, da andere Studien durchaus Geschlechterunterschiede nachgewiesen haben, bei denen Frauen im Vergleich zu Männern weniger stark auf migrationspolitische Schließung hin orientiert sind.[46] Allerdings finden manche Studien auch – dies wäre ein Gegentrend, der unseren Null-Befund plausibilisieren würde –, dass Frauen eher Vorbehalte gegenüber Migration aus muslimischen Ländern haben als Männer. Dass die Einstellungen von Frauen hier ablehnender sind, wird damit erklärt, dass Frauen Migration aus muslimischen Ländern eher als Bedrohung der Geschlechtergleichstellung wahrnehmen und auf Stereotypisierungen einer vermeintlich »misogynen Kultur« stärker ansprechen.[47] Größere Unterschiede finden sich wie angenommen in der Wir-Sie-Arena, wo Frauen eine höhere Akzeptanz sexueller Vielfalt zeigen als Männer.

Auch die Positionen von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte liegen erstaunlich nah beieinander. Bei den Einstellungen zu materieller Umverteilung und Zuwanderung können wir keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Menschen, deren Eltern im Ausland geboren wurden, und jenen mit in Deutschland geborenen Eltern feststellen.[48] Dieser insbesondere für das Zuwanderungsthema überraschende Befund mag sich daraus ergeben, dass wir eine sehr

heterogene Gruppe in den Blick nehmen, die sich nicht nur nach Herkunftsland, sondern auch nach weiteren Merkmalen unterscheidet. Dies gilt auch für die Wir-Sie-Ungleichheiten und die Heute-Morgen-Arena, wo wir zwar erkennen können, dass Personen mit Migrationshintergrund etwas konservativer eingestellt sind, diese Unterschiede aber marginal bleiben.

In der Zusammenschau können wir also keine sozialstrukturelle Spaltung der Einstellungen feststellen. In *keiner* unserer vier Arenen neigen die untersuchten Gruppen entgegengesetzten Einstellungspolen zu, es zeigen sich allenfalls graduelle Abstufungen. Nur Klassen- und Bildungsunterschiede sind in so gut wie allen Arenen bedeutsamer, in der Wir-Sie-Arena tritt zudem das Alter als nennenswerter 303 Faktor hinzu. Generell passt das Ausmaß der sozialen Einstellungsunterschiede jedoch kaum zu der Dramatik, mit der sie in den Medien oft dargestellt werden. Gerade in der Kombination verschiedener Merkmale erhöht sich zwar statistisch gesehen die Wahrscheinlichkeit bestimmter Haltungen: Ein männlicher Produktionsarbeiter mittleren Alters aus einem ostdeutschen Dorf weist tatsächlich mit deutlich größerer Wahrscheinlichkeit migrationsskeptische Haltungen auf als eine junge Sozialarbeiterin in einer westdeutschen Großstadt. Dies lässt sich aber nicht auf die Weise herunterbrechen, dass zwischen jeder Komponente dieses idealtypischen Profils (Klasse, Geschlecht usw.) ein Antagonismus bestünde. Dafür sind die Differenzierungen innerhalb der Kategorien zu groß, und es ergeben sich zudem komplexe Kombinatoriken, die die Dinge verkomplizieren und uns von einem einfachen Schisma wegführen: etwa wenn sich in den älteren Generationen größere Migrationsskepsis mit einem stärkeren Bewusstsein für den Klimawandel paaren oder Ostdeutsche zwar etwas skeptischer als Westdeutsche auf Zuwanderung und Klimapolitik blicken, nicht aber auf die Akzeptanz von Homosexuellen. Dies sind allesamt Mischungen, die nicht ins Passepartout eines Zwei-Lager-Schismas passen.

Verschachtelte Ungleichheitsarenen

Bis hierher haben wir unser analytisches »Sozioskop« so ausgerichtet, dass die einzelnen Ungleichheitsarenen als weitgehend unabhängig voneinander betrachtet wurden. Der Vorteil dieser Herangehensweise bestand darin, dass wir die Arenen zunächst in ihrer jeweils eigenen Strukturierung untersuchen konnten und nicht den Trugschlüssen einer allgemeinen und allzu pauschalen Syndromatik aufgesessen sind. Dennoch wollen wir bei dieser versäulten Betrachtungsweise nicht stehenbleiben, denn sie birgt ebenso Risiken, beispielsweise dass man im *Nebeneinander des Einzelnen* das *Auseinander des Gan* 304 *zen* nicht erkennt. Für die Frage der Polarisierung ist ja entscheidend, ob es sich um Muster handelt, die die Einzelkonflikte übergreifen, oder aber um thematisch begrenzte Einzelkonflikte mit jeweils unterschiedlichen Konfliktfronten, die wenig verknüpfte Strukturmuster, Positionierungen und Zuordnungen aufweisen. Im letzteren Fall könnte man von für moderne Gesellschaften möglicherweise durchaus typischen »pazifizierenden Wirkungen wechselnder Konfliktfronten«[49] ausgehen, die sich eben nicht zu einem übergreifenden Großkonflikt oder einer gesamtgesellschaftlichen Lagerbildung summieren. Uns interessiert daher, welche Querverstrebungen und Zusammenhänge sich zwischen den Arenen ergeben und inwieweit wir von übergreifenden Einstellungsbündeln oder typischen Kombinationen ausgehen können. In einer ersten Annäherung untersuchen wir ausgewählte Verflechtungen zwischen den Arenen und knüpfen dabei zuerst an öffentliche Diskussionen und darin enthaltene Hintergrundannahmen an. Im Anschluss analysieren wir, inwieweit die Einstellungen über die Arenen hinweg miteinander in Verbindung stehen.

Ein wichtiges Feld der Debatte ist der vermutete Zusammenhang zwischen der Identitätspolitik (die bei uns als *Wir-Sie-Ungleichheiten* firmiert) und der Verteilungspolitik (unsere *Oben-Unten-Ungleichheiten*). Zwischen beiden wird oft ein kannibalisierender Nexus hergestellt, der in

der These gipfelt, der Überschuss an anerkennungspolitischer Mobilisierung lenke von der handfesten materiellen Verteilungsfrage ab und verdränge sie sogar. Identitätspolitik erscheint in dieser Lesart als »Kulturkampf«, welcher in der Behauptung und Kultivierung von Andersartigkeit seinen höchsten Ausdruck findet, während Verteilungspolitik an der Befriedung und Überwindung von Ungleichheiten interessiert sei. Mit dem »Kult der Differenz« und der identitätspolitischen Essentialisierung dessen, was man ist und was andere nicht sein oder nachempfinden können, drohten Verteilungsfragen nachrangig zu werden.[50] Den Trägergruppen dieser 305 progressiven Agenda wird vorgeworfen, sie setzten sich nun vor allem für neue Lebensformen, die gleichgeschlechtliche Ehe, Gender-Mainstreaming, die Anerkennung von Transpersonen und Multikulturalismus ein und seien dergestalt »selbstgefällig, behäbig und taub gegen die ›da unten‹ geworden«.[51] Vor diesem Hintergrund wird das Erstarken der Identitätspolitik sogar als zentrales Dilemma linker Parteien verstanden, welche zwischen den mittelschichtsaffinen Diversitätsthemen und den klassischen, auf die materiell benachteiligten Gruppen ausgerichteten Ungleichheitsthemen hin- und hergerissen seien und sich oft genug für »identitäre Ersatzpolitik« (Wolfgang Streeck)[52] entschieden – man mache damit Politik »am Volk vorbei«.[53]

Ähnlich brisant wie die Verknüpfung zwischen Identitäts- und Verteilungspolitik wird die Verbindung zwischen Oben-Unten- und Innen-Außen-Ungleichheiten diskutiert. Hintergrund ist hierbei die vermutete Grundspannung zwischen einer an vertikalen Klassenverhältnissen ausgerichteten *Verteilungspolitik* und der *Migrationsthematik*, die wir im Zusammenhang mit Fragen des ethnischen Wettbewerbs diskutiert haben. Ganz allgemein lässt sich der Wohlfahrtsstaat, der für das innergesellschaftliche Management sozialer Ungleichheit verantwortlich ist, als nationale Solidaritätsveranstaltung begreifen. Ökonomen haben deshalb vermutet, dass mit Migrationsbewegungen und der fortschreitenden »internen Heterogenisierung« von Gesellschaften die Unterstützung für wohlfahrtsstaatliche Umverteilung schmilzt.[54]

Manchmal wird in diesem Zusammenhang auch vom »neuen liberalen Dilemma« gesprochen, das darin bestünde, dass der Zuzug von Migrantinnen den wohlfahrtsstaatlichen Konsens unterminieren könne.[55] Die »Grenzen der Solidarität« zeigten sich besonders dann, wenn es in Bevölkerungsgruppen zwar einerseits starke Umverteilungserwartungen an den Staat gibt – also eine dominant egalitäre Orientierung –, andererseits aber den Wunsch nach restriktiver Migrationspolitik. Daher komme es, in den Worten des Soziologen Thomas Faist, im Zeitalter der Migration darauf an,

> 306 eine gewisse Balance zwischen Offenheit und Geschlossenheit der Wohlfahrtssysteme aufrechtzuerhalten, ohne dass der allgemeine wohlfahrtsstaatliche Konsens über die Gewährung von Rechten und sozialstaatlichen Ansprüchen sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für zugewanderte Bevölkerungsgruppen gefährdet wird.[56]

Vor allem die niedrigen Statusgruppen sollten nach vorliegenden Befunden diejenigen sein, die sozioökonomischen Egalitarismus zwar hochhalten, diesen aber allenfalls partikularistisch – also nach außen abschließend – verstanden wissen wollen.[57] Rechtspopulistische Akteure haben dieses Thema schon lange bearbeitet, indem sie einerseits sozialpolitische Versprechen machen, andererseits den Kreis der Nutznießer aber auf die »nationale Gemeinschaft« beschränken wollen. Wenn beispielsweise AFD-Politiker vor »zunehmender Einwanderung in Deutschlands Sozialsysteme« warnen und behaupten, die »unkontrollierte Zuwanderung und die ausgeweitete EU-Freizügigkeit trocknen den Sozialstaat aus«,[58] dann koppeln sie Oben-Unten-Ungleichheiten und Innen-Außen-Ungleichheiten, um darüber wohlfahrtschauvinistische Ressentiments zu schüren.

Unser dritter Verknüpfungsfall richtet sich auf den Zusammenhang zwischen *sozialer Frage* und *Klimapolitik*. Gibt es so etwas wie ein *ökosoziales Bewusstsein*, das eine starke Kritik an sozioökonomischen Ungleichheiten mit einem hohen Klimabewusstsein und einem dazugehörigen Beipackzettel politischer Forderungen paart? Oder ist es

umgekehrt so, dass die Klimaengagierten die soziale Frage kaum umtreibt – so ein zuweilen gegen die Grünen erhobener Vorwurf – und die linken Sozialpolitiker nur sehr halbherzig auf das Klimathema zugehen – so ein Vorwurf an die Adresse der Sozialdemokratie? Insbesondere dann, wenn eine Priorisierung politischer Interventionsformen angezeigt ist, könnte es zu wechselseitigen Verdrängungseffekten (*crowding-out*) kommen. Die strategische Ausrichtung einiger Akteure auf eine *sozialökologische Transformation* 307 ist als Versuch zu verstehen, Gerechtigkeitsfragen umfassend zu adressieren. Im wissenschaftlichen Diskurs mehren sich entsprechend die Stimmen, die betonen, dass die Transformation in Richtung Dekarbonisierung zwingend auf sozialpolitische Komponenten angewiesen sei; eine Denkfigur in diesem Zusammenhang ist der »grüne Sozialstaat«.[59] Bislang liegen zu diesem Thema nur Spurenelemente einschlägiger Forschung mit teilweise inkonsistenten Befunden vor, etwa zu der Frage, ob die Befürwortung von Umverteilung oder die Erwartung höherer Sozialausgaben mit der Unterstützung klima- oder umweltpolitischer Maßnahmen einhergeht.[60] Im Hinblick auf sozialstrukturelle Gruppen ist für die Einstellungen zu Ungleichheit von einer etwas stärkeren egalitären Orientierung der unteren Klassen auszugehen, klimapolitisch liegen die statushöheren Gruppen vorn, obwohl *the richer the greener* als Merkposten eine Verzerrung wäre.[61]

Schließlich und viertens, schwenken wir mit unserem Sozioskop auf die Verschachtelung von gesellschaftspolitischen Einstellungen zu *Klimapolitik* und *Migrationspolitik*. Dieser Zusammenhang ist bislang kaum erörtert, geschweige denn eingehender untersucht worden. Dennoch erscheint es lohnenswert, dieser Verbindung und ihrer Klassenspezifik genauer nachzugehen, denn diese beiden Arenen haben sich in unserer Untersuchung als die konfliktträchtigsten herausgestellt. Die allgemeinen, von uns immer wieder aufgerufenen Diskussionszusammenhänge zur Unterscheidung zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen legen nahe, dass beide Einstellungsbereiche eng verkoppelt sein sollten. Der »kosmopolitische Blick«[62] ist auf Fragen der transnationalen Verflochtenheit und Verantwortungsübernahme jenseits

der Nation gerichtet, so dass grenzüberschreitende Migration und Klimawandel als Themen der globalen Gerechtigkeit einen wichtigen Platz einnehmen könnten, während – um es polemisch zuzuspitzen – der »kommunitaristische Blick« an der nationalstaatlichen Scholle kleben bleibt. Weder wird eine Ethik der Migration gefordert, die sich an Menschenrechten oder universellen 308 Hilfspflichten orientiert, noch wird der globalen Herausforderung des Klimaschutzes, die nach internationalen Lösungen verlangt, hinreichend Aufmerksamkeit geschenkt.[63] Eine solche Sortierung ist auch an den programmatischen Polen der gegenwärtigen Parteienlandschaft ablesbar: Die Grünen sind die *Klimapartei*, aber auch die *Partei der Willkommenskultur*, während die AFD die *Partei der Klimawandelverharmloser* und der *Migrationsgegner* ist. Weitere Arenenverknüpfungen könnten sich dadurch ergeben, dass diese politischen Pole auch mit mehr oder weniger toleranten Positionen in der Wir-Sie-Arena identifiziert werden. Deshalb sollen im Folgenden auch die Verknüpfungen der Wir-Sie-Arena mit der Innen-Außen- bzw. der Heute-Morgen-Arena betrachtet werden.

In unserem Erkundungsvorhaben interessieren wir uns nun für die systematischen Verbindungen der Komplexe auf der Ebene der Bevölkerungseinstellungen. Gibt es einschlägige Einstellungssyndrome? Und wenn ja, bei welchen Gruppen? Bereits in den sechziger Jahren konnte Philip Converse für die USA zeigen, dass kohärente ideologische Überzeugungen im Sinne systematisch aufeinander bezogener politischer Einstellungen eher bei den gesellschaftlichen Eliten und den Höhergebildeten zu finden waren, während die Positionen der übrigen, geringer gebildeten Bevölkerung deutlich schwächer miteinander verbunden waren. In einer Art »optischer Täuschung« übertrügen die Elitengruppen jedoch ihre eigene Einstellungskohärenz spiegelbildlich auf die Gesamtbevölkerung und überzeichneten sie damit deutlich.[64] In ähnlicher Weise vermutete Axel Honneth in den achtziger Jahren, dass die unteren Statuslagen ein praktisches, weniger kohärentes Moralbewusstsein und Wertesystem aufweisen, weil ihr beruflich-kulturelles Milieu es nur selten erfordere, Einstellungsmotive und

normative Überzeugungen systematisch darzulegen. Demgegenüber werde in höheren Statuslagen eine kohärente Präsentation der eigenen Überzeugungen erwartet und prämiert.[65] Man könnte also annehmen, dass die Zusammenhangsmuster zwischen den Arenen je nach Status- und Bildungsgruppe durchaus unterschied 309 lich ausfallen. Vielleicht trägt die Vorstellung vom gering gebildeten »Kommunitaristen«, der einerseits stark auf den Wohlfahrtsstaat pocht, aber anderseits Zuwanderung ablehnt, über Homosexuelle die Nase rümpft und klimapolitische Maßnahmen skeptisch sieht, nicht so weit. Vielleicht ist sie einfach eine Kopfgeburt höher gebildeter Gruppen, die über kohärentere Weltverständnisse verfügen und sich ihr Pendant imaginieren.

Wir wollen im Folgenden danach fragen, ob sich für unsere Arenen Gruppenunterschiede in den Einstellungsverflechtungen zeigen. Um die Zusammenhänge zwischen den Arenen zu messen, verwenden wir die Einstellungsindizes, die wir in diesem Kapitel bereits eingeführt haben, und untersuchen die Korrelation dieser Indizes in der Gesamtbevölkerung sowie in der obersten und der untersten Bildungsgruppe, also für Befragte mit maximal Hauptschulabschluss und für die Hochschulabsolventen. Die dabei ermittelten Korrelationskoeffizienten geben die Stärke des Zusammenhangs zwischen den Einstellungen an. Je weiter der Wert von 0 entfernt ist und sich den Maximalwerten von +1 und −1 annähert, desto stärker ist die Verknüpfung, wobei das Vorzeichen die Richtung des Zusammenhangs angibt: Positive Werte zeigen, dass die Einstellungen in dieselbe Richtung weisen (beispielsweise geht dann mit einer Befürwortung von materieller Umverteilung auch eine Befürwortung klimapolitischer Maßnahmen einher), negative Werte implizieren, dass beide Einstellungsindizes in unterschiedliche Richtungen weisen.

Arenen:	Gesamtbevölkerung	maximal Hauptschulabschluss	Fachhoch- oder Hochschulabschluss
Oben vs. Innen	0.09	−0.03	0.31
Oben vs. Wir	0.14	−0.03	0.39
Oben vs. Heute	0.19	0.09	0.41
Wir vs. Heute	0.44	0.27	0.57
Innen vs. Wir	0.46	0.32	0.62
Innen vs. Heute	0.59	0.41	0.63

Abb. 8.4: Zusammenhang zwischen den Ungleichheitseinstellungen in der Gesamtbevölkerung und kontrastierenden Bildungsgruppen

Anmerkung: Dargestellt sind die Korrelationen der arenenbezogenen Einstellungsindizes. Je weiter der Wert von 0 entfernt ist, desto stärker ist der Zusammenhang. Maximalwerte: +1 und −1. Hinweise zur Indexerstellung finden sich im Onlineanhang. Bei den Namen der Arenen wurden Abkürzungen verwendet (Oben-Innen etwa steht für die Korrelation zwischen den Einstellungen zu Oben-Unten- und zu Innen-Außen-Ungleichheiten). Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Die Korrelationskoeffizienten in Abbildung 8.4 (linke Seite) zeigen, dass – anders als im Diskurs oft dargestellt – in der Gesamtbevölkerung nur ein sehr schwacher Zusammenhang zwischen den Einstellungen zu den Oben-Unten-Ungleichheiten und den Wir-Sie-Ungleichheiten besteht. Bezogen auf (hier nicht dargestellte) Einzel-Items zeigt sich beispielsweise, dass nur 12 Prozent der Befragten eine Einstellungskombination aufweisen, die typischerweise den Kommunitaristen zugeschrieben wird, nämlich die Befürwortung einer Hartz-IV-Erhöhung *und* die Überzeugung, viele würden es mit ihrer 310 Toleranz für Lesben, Schwule und Transgenderpersonen übertreiben. Umgekehrt sprechen sich nur 18 Prozent gegen eine Hartz-IV-Erhöhung aus *und* finden die Toleranz gegenüber LGBT nicht übertrieben – dies wäre die kosmopolitisch-umverteilungsskeptische Kombination. Es ist sehr aufschlussreich, dass der Zusammenhang zwischen den Einstellungen zu Umverteilung und sexueller Diversität deutlich stärker ist, wenn wir nur die Akademikerklasse in den Blick nehmen (rechte Seite in Abbildung 8.4). Bei diesen ist es aber gerade nicht so, dass – wie von der Zwei-Lager-

Theorie behauptet – eine ausgeprägte Anerkennungsbereitschaft gegenüber sexuellen Minderheiten mit Umverteilungsskepsis einhergeht, vielmehr gehen gerade in dieser Gruppe die Befürwortung von Umverteilung und von sexueller Diversität Hand in Hand.[66] Dies ist ein wichtiger Punkt, der in den öffentlichen Debatten um neue Konflikte bislang kaum berücksichtigt wurde. Das Bild des diversitätsberauschten Akademikers, der kein Ohr (und kein Herz) für die einfachen Klassen hat, mag nicht so recht zu diesem Befund passen. Für den Personenkreis
311 mit Hauptschulabschluss ergibt sich gar keine Verkoppelung dieser Einstellungsbereiche. Hier lassen sich also aus den Haltungen zu sexueller Diversität nicht einmal annäherungsweise die Haltungen zu Umverteilung ableiten.

Auch für die Verbindung der Einstellungen zu materieller Umverteilung und Migration sowie für die Verschränkung von Umverteilungspräferenzen und Klimaeinstellungen finden wir nur minimale Korrelationen für die Gesamtbevölkerung.[67] Auf der Ebene der Einzel-Items zeigt sich beispielsweise, dass nur 13 Prozent der Befragten eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze begrüßen *und* sich für eine Obergrenze für Flüchtlinge aus dem arabischen Raum oder aus dem subsaharischen Afrika aussprechen. Zudem befürworten nur 12 Prozent eine Hartz-IV-Erhöhung *und* befürchten gleichzeitig starke Wohlstandseinbußen durch die Klimapolitik. Wiederum sind die in der Grafik dargestellten Zusammenhänge für Akademiker stärker und für Befragte mit maximal Hauptschulabschluss deutlich schwächer ausgeprägt, was darauf hindeutet, dass auf den unteren Stufen der Bildungshierarchie insgesamt weniger konsistente politische Weltbilder vorherrschen: Die Einstellungen zu materieller Ungleichheit erscheinen hier als völlig losgelöst von den Haltungen zu Migration, sexueller Diversität und Klimawandel.[68]

Blickt man nun nicht auf die Zusammenhänge zwischen der Oben-Unten- und den »neueren« Ungleichheitsarenen, sondern darauf, wie die »neuen« Ungleichheitsfelder (Innen-Außen, Wir-Sie, Heute-Morgen) selbst miteinander in Verbindung stehen, dann zeigen sich stärkere Verflechtungen, auch wenn man – das war das Ergebnis unserer

Faktorenanalysen (Onlineanhang) – nach wie vor von eigenständigen Einstellungsarenen ausgehen muss. Die Stärke und Richtung der Korrelationskoeffizienten implizieren allerdings, dass zustimmende Haltungen in einer »neuen« Arena durchaus mit zustimmenden Einstellungen in anderen der »neuen« Arenen einhergehen. Eine größere Akzeptanz von queeren Themen findet sich beispielsweise dann, wenn auch klimapolitische Maßnahmen stärker unterstützt 312 werden oder wenn es eine deutlichere Offenheit für Zuwanderung gibt. Allerdings sind die entsprechenden Korrelationen nicht sehr stark, sondern bewegen sich eher auf einem mittleren Niveau. Deutliche Arenenverbindungen ergeben sich dabei nur für einen Teil der Bevölkerung. Im Vergleich der Bildungsgruppen zeigt sich erneut, dass es eher die Akademiker sind, die hier besonders konsistente Weltbilder aufweisen – hier hängen die Arenen stärker zusammen.

Auffällig ist die vergleichsweise hohe Korrelation zwischen Migrations- und Klimaeinstellungen, die in einer früheren eigenen Untersuchung mit Daten aus dem Jahr 2016 noch deutlich schwächer war.[69] Die »Sehnsucht nach dem nationalen Container«,[70] die sich in migrationsskeptischen Einstellungen spiegelt, verbindet sich nun deutlicher mit dem Klimakonflikt. Hier scheint die intensive Politisierung des Klimathemas zu einer Auskonturierung starker Meinungen geführt zu haben, die nun ein Stück weit den Haltungen zu Zuwanderung folgen. Die »Entdeckung« des Klimathemas durch die AFD mag eine Rolle für diese Arenenkopplung gespielt haben, denn spätestens seit 2019 ist die »Kritik an der sogenannten Klimaschutzpolitik […] nach dem Euro und der Zuwanderung das dritte große Thema für die AFD«, so sagte es Alexander Gauland in einem Interview.[71] Wiederum lohnt ein Blick auf die Verknüpfung von Einzel-Items, die deutlich stärker ausfällt als bei den anderen Arenen. So ist beispielsweise fast ein Viertel der Befragten der Meinung, dass es eine Obergrenze für Flüchtlinge aus dem arabischen Raum und aus dem subsaharischen Afrika geben sollte, *und* denkt gleichzeitig, dass andere Länder nachziehen müssen, bevor wir weiter unser Leben wegen des Klimas umstellen. Umgekehrt lehnt ein Viertel der

Befragten beide Aussagen ab. Beide Themen sind durch die Klammer nationaler Interessen verbunden, allerdings gilt auch hier wieder, dass der Zusammenhang bei den höheren Bildungsgruppen klar stärker ist.

Zwar changieren die Korrelationen insgesamt zwischen schwach bis mittelstark, aber die Unterschiede zwischen jenen mit Haupt 313 schulabschluss als höchstem Bildungsgrad und den Hochschulabsolventinnen sind augenfällig. Bei Hauptschulabgängerinnen dominiert ideologisches Patchwork, die Einstellungen in den Arenen sind (wenn überhaupt) nur loser miteinander verknüpft. Die Muster sind uneindeutig und weniger konsistent, die Binnendifferenzierung innerhalb dieser Gruppe ist vermutlich auch größer. Deshalb greifen die gern genutzten Stereotypen der unteren Statusgruppen als Träger durchgängig traditionalistischer und chauvinistischer Haltungen nicht. Bei denjenigen mit akademischem Abschluss gibt es hingegen akzentuierte übergreifende Zusammenhänge, die ein an Parteiprofile angelehntes Gesamtbewusstsein erkennen lassen. Das spricht für Axel Honneths Annahme klassenspezifischer Formierungs- und Artikulationsbedingungen von Moralbewusstsein. Zudem ist Honneth auch darin zuzustimmen, dass man diesen »Mangel« an übergreifenden Orientierungen der unteren Schichten nicht auf eine »kognitive Unterlegenheit« zurückführen sollte, sondern dass es sozialstrukturelle Gründe gibt, warum sich ihr Moralbewusstsein anders aufbaut, nämlich kontextabhängiger und situationsspezifischer.[72] Bei ihnen ergibt sich seltener die Erfordernis, die Präferenzen in ein einheitliches und konsistentes System einzupassen, das den Begriffen und Kategorien öffentlicher politischer Diskurse entspricht. Das bedeutet nicht, dass kein Gerechtigkeitsempfinden oder politisches Bewusstsein existieren würde, dieses entsteht aber sehr erfahrungsnah, oft in einem anderen, eher alltagsweltlichen Bewertungsrahmen. Leitend sind hier weniger abstrakte gesellschaftspolitische Ziele oder parteipolitische Programmatiken, sondern Angemessenheitsvorstellungen, wie sie mit Blick auf Deservingness, Reziprozität, (nationales) Eigeninteresse oder Normalitätserwartungen artikuliert wurden.

314 Konfliktraum und soziale Landkarte

Zur Erinnerung: Ziel dieses Kapitels ist es, unsere zuvor behutsam aufgeschlüsselten Ergebnisse für die einzelnen Arenen zusammenzuführen, um so eine umfassende soziale »Karte« der Meinungslandschaft zu zeichnen. Bislang verfolgten wir dieses Ziel, indem wir unsere Survey-Fragen zu Indizes zusammengefasst und den Einfluss sozialstruktureller Merkmale wie Klasse, Bildung und Wohnort über die Arenen hinweg nachgezeichnet haben. Wir haben außerdem Zusammenhänge zwischen den Arenen erforscht. Die Ergebnisse zeigen, dass man durchaus zusammenhängende Muster findet, wenn man etwas weiter »herauszoomt« und betrachtet, welche Gruppen welche Regionen der Meinungslandschaft bevölkern. Zum anderen wird aber auch klar, dass dieser Blick von fern keineswegs die genauere Analyse der Einzelarenen ersetzen kann. Indem wir dies vorausschicken, schreiten wir nun zu einer Form der Zusammenschau, die in gewisser Weise das Gegenteil zu unserem bisherigen Ansatz unternimmt: nämlich eine Kartierung der typischen Positionen sozialer Klassen im Gesamtraum der Ungleichheitskonflikte. Hierzu nutzen wir das Verfahren der Multiplen Korrespondenzanalyse, das besonders aus der Arbeit des französischen Soziologen Pierre Bourdieu bekannt ist. Ähnlich wie bei der Faktorenanalyse macht man hier die Komplexität verschiedener Einstellungen dadurch übersichtlicher, dass man Unterschiede und Ähnlichkeiten vermittels zentraler gemeinsamer Strukturdimensionen aufschließt.

Im Unterschied zum bisherigen Vorgehen werfen wir die vier Arenen hier also *doch* in einen Topf und suchen nach zwei Hauptdimensionen, auf die sich die Konfliktstruktur über die Arenen hinweg herunterbrechen lässt. Wir wählen diesen Zugang aufgrund der Begrenztheit des Mediums und der menschlichen Vorstellungskraft: Mehr als zwei Dimensionen lassen sich auf einer Buchseite nicht abbilden und auch kognitiv nur schwerlich gleichzeitig vergegenwärtigen. Eine zweidimensionale

Darstellung gibt zudem Orientierung. 315 Die Reduktion eines mehrdimensionalen Terrains auf eine zweidimensionale Abbildung ist schließlich, was auch eine Landkarte nützlich macht. Wir konstruieren einen Konfliktraum aus den je acht polarisiertesten Items unserer vier Arenen. Zusammengenommen betrachten wir also die 32 kontroversesten Items. Anhand unseres Verfahrens, das die Ähnlichkeit von Antwortmustern untersucht, zeigen wir dann, welche gemeinsamen Dimensionen den Positionierungen zu diesen Themen zugrunde liegen. Konkret heißt dies, dass wir untersuchen, welche Bündel von Einstellungen unter den Befragten häufiger zusammen auftreten und mit welchen anderen Einstellungen sie besonders selten zusammengehen. Wer für staatliche Umverteilung ist – so zeigt beispielsweise ein Befund –, spricht sich mit größerer Wahrscheinlichkeit auch für höhere Hartz-IV-Sätze aus; dagegen ist es eher unwahrscheinlich, dass diese Person eine Erhöhung der Erbschaftssteuer ablehnt. Theoretisch könnten sich viele solcher Einstellungsbündel bzw. Dimensionen aus den Antwortmustern ergeben, de facto lassen sich aber durch zwei Dimensionen wichtige Unterschiede zwischen den Befragten abbilden. Wir erklären im Folgenden, welche Dimensionen das sind, wie die von ihnen gebildete zweidimensionale Karte der Ungleichheitskonflikte aussieht und wo sich auf ihr die Angehörigen verschiedener Klassen im Durchschnitt positionieren.

Abbildung 8.5 zeigt die Konfliktkarte, die sich so ergibt. Man kann diesen Graphen in Bezug auf die Relationen der Klassen zueinander lesen wie auch auf ihr Verhältnis zum gesellschaftlichen Durchschnitt. Dieser Durchschnitt ist durch den Punkt markiert, an dem sich die Achsen kreuzen. Je weiter eine Klasse davon entfernt ist, desto stärker weicht ihr Antwortverhalten vom Bevölkerungsdurchschnitt ab. Je weiter zwei Klassen in der Grafik auseinanderliegen, desto deutlicher unterscheiden sich ihre Antwortmuster. So ergibt sich ein Bild der Affinitäten und Distanzen zwischen den Meinungen der Klassen entlang der zentralen Dimensionen des deutschen Konfliktraums. Die zwei von uns gefundenen hauptsächlichen 316 Dimensionen und ihre Klassenstrukturierung

zeichnen dabei ein Bild, das aus der politikwissenschaftlichen Literatur geläufig ist.[73]

Eine erste und die bei Weitem gewichtigste Dimension des Konfliktraums lässt sich als Dimension des *Universalismus-Partikularismus* beschreiben, wie sie in der Vergangenheit von Silja Häusermann, Hanspeter Kriesi und anderen rekonstruiert wurde.[74] Diese Dimension (in Abbildung 8.5 vertikal dargestellt) ist stark vom besonders polarisierten Themenkomplex der Migration geprägt. Besonders strittige Fragen sind die, ob es in Deutschland zu viele Migranten gibt, ob Einheimischen zu wenig Unterstützung zugutekommt, weil Migranten zu viel davon erhalten, ob es Obergrenzen beim Flüchtlingszuzug aus dem arabischen Raum und aus dem subsaharischen Afrika geben sollte oder ob man sich wegen der Migranten als Fremder im eigenen Land fühlt. Doch auch einige Items der Heute-Morgen-Arena spielen hier, ganz entsprechend der oben gezeigten Verschachtelung, eine Rolle: Insbesondere die Aussage, Deutschland habe schon viel zum Klimaschutz beigetragen, nun seien andere Länder dran, wird tendenziell ähnlich wie die zuvor genannten Migrationsitems beantwortet, so dass sich Bündel der Zustimmung und Ablehnung bilden. In diese Bündel reiht sich auch die Besorgnis um Wohlstandsverluste durch Klimaschutz ein, ebenso die Wahrnehmung, dass Forderungen nach einer umweltbewussten Lebensführung eine »Zumutung« darstellen. Positionen auf dieser vertikal dargestellten Dimension hängen mit Klasse und dem (hier nicht abgebildeten) Bildungsgrad zusammen. Produktionsarbeitende scheren hier Richtung Partikularismus und Migrationsskepsis aus, kulturelle Experten in die Gegenrichtung. Generell zeigen sich signifikante und substanzielle Unterschiede zwischen den höherqualifizierten Angestelltenklassen einerseits und Arbeitern und Kleinunternehmern andererseits.

Zur Dimension des Universalismus tritt eine zweite Dimension des Konfliktraums, die man als Staatsinterventions- oder *Gerechtigkeitsdimension* verstehen kann. Zentrale Themen, die diese Di 317 mension bestimmen, sind eine Erhöhung der Erbschaftssteuer oder der Hartz-IV-Sätze und staatliche Interventionen in die

Einkommensverteilung, aber auch die Frage, ob die, die mehr haben, auch mehr zum Klimaschutz beitragen sollten, sowie die, ob es Geschlechterquoten bei Stellenbesetzungen geben sollte. Entlang dieser Dimension zeigen sich insgesamt keine sehr starken Klassenunterschiede, mit einer Ausnahme: Die besitzenden Klassen unterscheiden sich 318 hier – vielleicht wenig überraschend – vom Rest der Bevölkerung. Arbeitgeber und Kleinunternehmer (etwa Restaurantbesitzer) positionieren sich stärker an jenem Pol, der Forderungen nach Umverteilung, Steuern und Quoten ablehnt. Bei näherer Betrachtung (hier aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht abgebildet) zeigt sich, dass umgekehrt die Untergruppe der am geringsten qualifizierten Arbeiter ganz besonders deutlich Richtung staatliche Intervention tendiert. Auch Bildung und Vermögen spielen hier eine Rolle, und zwar nach dem Muster: Je höher gebildet und je reicher die Menschen, desto skeptischer stehen sie den hier versammelten Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und staatlicher Intervention gegenüber.

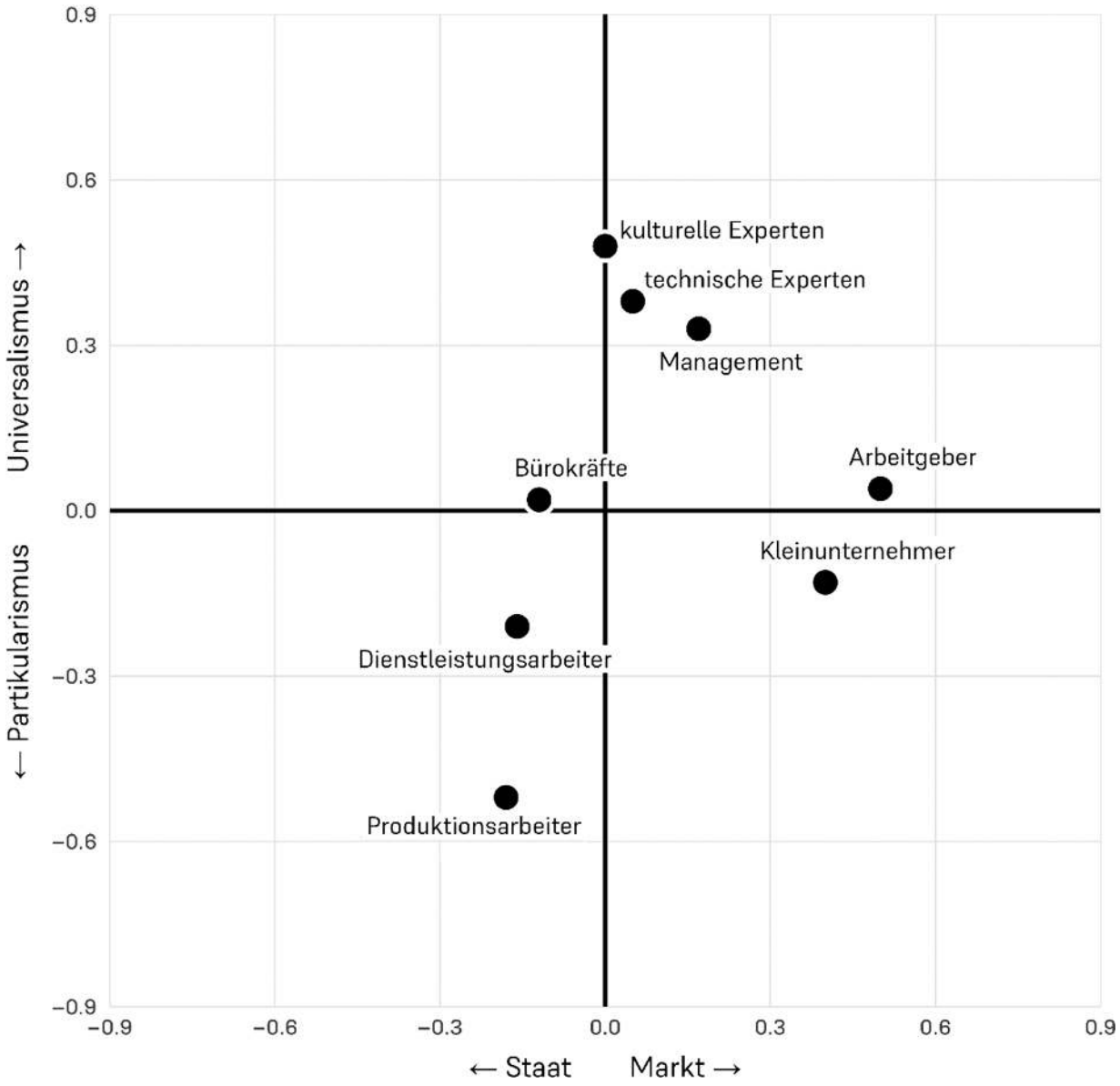


Abb. 8.5: Berufsklassen im Konfliktraum

Anmerkung: Dargestellt sind die Ergebnisse einer Korrespondenzanalyse. Je weiter die Klassen von der Mitte des Achsenkreuzes entfernt sind, desto stärker weichen sie vom Durchschnittswert aller Befragten ab. Je weiter die Klassen auseinanderliegen, desto stärker unterscheiden sie sich voneinander. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

So ergibt sich in der Gesamtschau ein Bild der Überschneidungen und Familienähnlichkeiten zwischen Aspekten verschiedener Konfliktarenen, die durch tiefer liegende Einstellungsmuster verbunden sind. Mit der gebotenen Vorsicht lassen sich zudem Klassenunterschiede erkennen, die

den Konfliktraum durch die vier Arenen hindurch strukturieren. In reduktionistischer Manier könnte man diese Unterschiede auf ein – zugegeben äußerst schubladisiertes – Vier-Felder-Schema herunterbrechen, das an die jüngsten Überlegungen von Herbert Kitschelt und Philipp Rehm anknüpft: Liberaler Universalismus und Forderungen nach staatlicher Intervention im Sinne sozialer Gerechtigkeit finden sich demnach verstärkt bei Fraktionen der Mittelschicht, deren Klassenposition vor allem über kulturelles Wissenskapital bestimmt ist (idealtypisch: Lehrer), Universalismus und Umverteilungs*skepsis* dagegen bei jenen, die zwar über kulturelles Kapital verfügen, für deren Stellung aber das ökonomische Kapital entscheidender ist (idealtypisch: Unternehmer).[75] Eher *partikularistische* Orientierungen und Umverteilungsskepsis vertreten jene mit wenig kulturellem und moderatem ökonomischen Kapital (idealtypisch: Ladenbesitzer); Partikularismus und Umverteilungsorientierung finden sich vor allem bei jenen mit geringem bis moderatem kulturellem und ökonomischem Kapital (idealtypisch: Arbeiterinnen und Arbeiter).

319 Dabei muss man allerdings immer im Kopf behalten, dass es sich um graduelle, relative Unterschiede handelt, die auch unterschiedliche Grade einer gemeinsamen Zustimmung abbilden können. Dadurch wird der Konsens tendenziell verdeckt, der Dissens akzentuiert. Zugleich muss man die Klassenunterschiede hier auch dahingehend relativieren, dass diese nur in einigen Fällen stark ausfallen (dies gilt noch am ehesten für den Unterschied zwischen Produktionsarbeitern und kulturellen Experten entlang der Universalismusdimension). Klasse und Bildung sind von großer Relevanz für kontroverse Fragen in der deutschen Meinungslandschaft und übertreffen darin deutlich andere Merkmale wie Urbanität, Migrationshintergrund und Geschlecht. Würde man jedoch versuchen, die Landschaft politischer Konflikte mit einer Karte zu navigieren, die *nur* Klassenunterschiede zeigt, so würde man sich verlaufen und immer wieder in Sackgassen und bei falschen Hausnummern landen. Wie wir in Kapitel 10 zeigen werden, liefern

Einstellungsunterschiede zwischen *Elektoraten* zuverlässigere Wegmarken als die zwischen sozialen Klassen.

9. Affekt und Struktur

Schon unser Alltagsverstand sagt uns, dass alles komplizierter wird, wenn Gefühle ins Spiel kommen. Wut, Empörung und Abneigung, Enthusiasmus, Sympathie und Mitgefühl motivieren Menschen zum Handeln, sie kitten oder kappen Beziehungen und strukturieren so auch soziale Auseinandersetzungen. Neben Interessen, Ideen und Identitäten sind Affekte eine wichtige Größe im Raum der Konflikte. Im Kapitel zu den Triggerpunkten (Kapitel 7) haben wir bereits einen Blick darauf geworfen, was Menschen aufregt und wie Themen emotional aufgeladen werden können. Im Folgenden weiten wir das Panorama etwas und schauen auf die *sozialen und medialen Wirkhebel der Affektivität*, oder anders gesagt: auf die sozialen Strukturen hinter der Emotionalisierung gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Wir orientieren uns dabei an einer Forschungsperspektive, die *affektive Polarisierung* mit der Durchmischung oder Abkapselung sozialer Kreise in Beziehung setzt, also mit dem Grad der *sozialen Sortierung*. Emotionale Aufheizung, so die Annahme, wird wahrscheinlicher, wenn man in sozialer und ideologischer Hinsicht nur in der eigenen Suppe schwimmt und nur wenig mit Leuten Umgang hat, die ganz anders leben und denken. Wenn sich die Kreise schließen – man also immer weniger Andersdenkende in der eigenen Umgebung findet –, nehmen politische Meinungsverschiedenheiten einen fundamentaleren Charakter an und werden emotional aufschäumender verhandelt. Der Ärger richtet sich dann nicht mehr nur gegen eine fremde Meinung, sondern gegen ihre typischen Träger, die als fremd, unsympathisch, ja feindlich erscheinen.

Wir bauen auf diesem – vor allem in den USA prominenten – Ansatz auf und beschäftigen uns in einem ersten Schritt mit dem Ausmaß von *Gruppensympathie* und *-antipathie* in den vier Arenen. Dazu analysieren wir, als wie sympathisch oder unsympathisch die 321 Befragten eine

Reihe stereotyper Sozialfiguren aus unseren vier Arenen bewerten, etwa »einen Langzeitarbeitslosen« (Oben-Unten), »einen Migrationsgegner« (Innen-Außen), »eine Transperson« (Wir-Sie) oder »einen Klimaaktivisten« (Heute-Morgen). So bekommen wir eine erste Ahnung davon, wie stark das Gefühlsthermometer in den jeweiligen Arenen ansteigt. Außerdem zeichnen wir nach, inwiefern positive und negative Affekte vor allem bei jenen Befragten verschärft auftreten, die ideologisch entschiedenere Positionen einnehmen oder zu sozialen Gruppen gehören, die typischerweise an entgegengesetzten Polen des Meinungsspektrums stehen.

Im nächsten Schritt beschäftigen wir uns mit *medialen Kontexten* und der *Mediennutzung*. Wir wissen aus der Forschung recht genau, dass politischer Streit zwar auch am berühmten Gartenzaun oder an der Kaffeetafel ausbrechen kann, Menschen ihn heute aber ebenfalls – und vielleicht sogar in erster Linie – in medial inszenierter und vermittelter Form erleben. Insbesondere soziale Medien gelten als Treiber der affektiven Polarisierung.[1] Mithilfe unseres Gefühlsthermometers untersuchen wir daher den Zusammenhang zwischen der Nutzung traditioneller und sozialer Medien und der affektiven Bewertung verschiedener Sozialfiguren.

In einem dritten und letzten Schritt schauen wir auf die *emotionale Betriebstemperatur der Konfliktlagen*, die wir an zwei sozialen Gefühlen festmachen, die in den vergangenen Jahren in den Fokus gerückt sind: *Wut* und *Erschöpfung*. Wir fragen, ob es die vielbeschworenen »Wutbürger« wirklich gibt; wer die Menschen sind, die politische Diskussionen oft wütend verfolgen, und wie Wut und Wahrnehmungen des Meinungsklimas zusammenhängen. An diese Befunde schließen wir dann eine Analyse sozialer *Veränderungserschöpfung* an. Hier geht es um Gefühle der Überforderung, die sich aus der Wahrnehmung speisen, die Gesellschaft wandele sich so schnell, dass man fürchtet, den Anschluss zu verlieren. Unsere Grundintuition ist dabei, dass Wut und Erschöpfung in vielen Fällen Hand in Hand gehen: etwa, wenn schneller gesellschaftlicher Wandel 322 bei Anhängern althergebrachter Haltungen zu gereizter

Überforderung führt, aber auch dann, wenn Angehörige benachteiligter Klassen der eigenen Machtlosigkeit und sozial verordneten Passivität mit Ärger begegnen.

Soziale Sortierung und affektive Polarisierung

Wie bereits erwähnt, ist gerade in der jüngsten Vergangenheit immer wieder die These geäußert worden, ein soziales Auseinanderdriften treibe den Affektpegel der Gesellschaft in die Höhe. Je stärker die Angehörigen verschiedener Bevölkerungssegmente oder Meinungslager in ihrem Alltag voneinander separiert seien, desto wahrscheinlicher werde es, dass es in Auseinandersetzungen nicht nur zu einem Austausch von Sachargumenten kommt, sondern auch zu heftigen Emotionen.[2] Eine immer stärkere Trennung der gesellschaftlichen Kreise etwa von Reich und Arm, Arbeitern und Akademikern, aber auch von Links- und Rechtsorientierten mache es wahrscheinlicher, dass sich große und einander wechselseitig ausschließende Lager bilden, in denen man zwar Solidarität und Nähe verspürt, für die Gegenseite aber nichts als Ablehnung oder gar Hass übrighat.[3] In der soziologischen Tradition findet sich hier das von Simmel und Weber geprägte Konzept einer *Schließung sozialer Kreise*, die dann auch Folgen für das »Seelenleben« und die Einstellungen von Gruppen hat.[4] Geschlossene Kreise mit wenig Überschneidungspunkten führen dazu, dass sich das Individuum eng an den Normen der Ingroup orientiert und ein soziales Bewusstsein als »Gruppenwesen« ausbildet. Eine Netzwerkstudie hat diesen Zusammenhang für die USA genauer aufgeschlüsselt: Einstellungen und Identitäten werden desto kohärenter und ideologischer, je weniger Kontakte Menschen zu ideologisch Andersdenkenden haben.[5] Die

Sortierungsthese bietet somit eine Art sozialstruktureller Fundierung der Polarisierungsthese.[6]

Politikwissenschaftlerinnen haben dem die Beobachtung hinzuge 323 fügt, dass eine zunehmende *Überlappung sozialer und politischer Kreise* zur Zunahme affektiver Polarisierung führt:[7] Wenn politisch ähnlich orientierte Menschen nichtpolitische Merkmale wie Klasse, Bildung, Herkunft oder Ethnizität teilen, erhöht dies die Chance, dass sie Andersdenkenden mit emotionalisierter Ablehnung gegenübertreten. Anders als bei politischen Spaltungen, die quer zu Gruppenzugehörigkeiten verlaufen, entsteht hier ein sogenannter »affect gap«,[8] das heißt, die Fähigkeit, sich in den jeweils anderen hineinzuversetzen oder empathisch zu sein, schrumpft.[9] Je stärker politische Identitäten zum Beispiel nach Klasse, Religion oder Ethnizität sortiert und emotional aufgeladen sind, desto schwerer lassen sich Gegensätze in Kompromisse überführen; die Toleranz gegenüber anderen Ansichten nimmt ab.[10]

Jürgen Kaube und André Kieserling illustrieren in ihrem Buch *Die gespaltene Gesellschaft*[11] – dessen Titel eigentlich ein Fragezeichen verdient hätte – die potenziellen Aushärtungseffekte sozialer Sortierungen sehr anschaulich. Sie zeigen anhand »gemischter Ehen« zwischen Anhängern der beiden großen US-Parteien, wie man sich den Zusammenhang von sozialer Separierung und politischer Entfremdung vorstellen kann. Wenn Menschen mit unterschiedlichen Orientierungen – hier: Republikaner und Demokraten – in einer Partnerschaft zusammenkommen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie gelegentlich auch Kandidaten der Gegenpartei ihre Stimme geben. Bleiben die Heiratskreise abgeschirmt, ist hingegen eine striktere politische Trennung wahrscheinlicher. In dieser Situation ist es dann für politische Akteure aussichtsreich, mit Emotionalisierung die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren und Freund-Feind-Verhältnisse zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Botschaften zu machen. Konflikte wirken als Identitätsverstärker, indem man fortwährend die Abgrenzung von anderen Gruppen thematisiert, was dann wiederum zu sozialer Sortierung und letztlich

einem weiteren Schub an affektiver Polarisierung führt.[12] Um bei dem Beispiel der »politisch gemischten Ehen« zu bleiben: Wenn es eine starke affektive Po 324 larisierung gibt, sinkt auch die Wahrscheinlichkeit, überhaupt eine Person auf der Gegenseite als Partnerin in Betracht zu ziehen. Affektive Polarisierung könnte dergestalt eine Negativspirale in Gang setzen: Je stärker die Polarisierung, desto wahrscheinlicher werden Gefühle des Ärgers über und der Wut auf politische Kontrahenten und desto größeren Einfluss haben Antipathien darauf, mit wem man sich verbandelt.[13] Soziale Sortierung und darauf aufsetzende affektive Polarisierung tragen damit nicht nur zu einer verschärften Frontstellung zwischen politischen Lagern bei, es gibt zugleich Rückwirkungen auf die Konstitution des Sozialen, konkret: auf die Wahrscheinlichkeit, lagerübergreifend zu interagieren.

Die Forschung zu sozialer Sortierung und affektiver Polarisierung entstand im US-Kontext als Versuch, die Aufheizung des Klimas vor allem nach der Präsidentschaftswahl von 2016 zu verstehen. Wo diese Perspektive heute auch in Europa aufgegriffen wird, zeigt sich, dass die Situation hier oft nicht mit der amerikanischen vergleichbar ist, auch wenn in Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder der Schweiz durchaus Ansätze der entsprechenden Tendenzen bestehen. In zwei neuen Studien beobachten Kolleginnen von der Universität Zürich Überlappungen zwischen politischen Zugehörigkeiten und der affektiven Nähe zu verschiedenen sozialen Gruppen:[14] Wähler linker Parteien fühlen sich »kulturell interessierten Stadtbewohnern«, »Migranten« und »Weltbürgern« näher – Gruppen, mit denen das Elektorat rechtspopulistischer Parteien besonders fremdelt.[15]

In der Bundesrepublik sind Prozesse der sozialen Sortierung und gruppenspezifischen Identitätsformierung insgesamt nicht besonders deutlich ausgeprägt. Netzwerkstudien zeigen, dass weder eine starke Homogenität von Bekanntschaftsnetzwerken noch eine starke Abschließung sozialer Kreise zu erkennen ist.[16] Auch Toleranznormen, die darin zum Ausdruck kommen, wie gleichgültig es Befragten ist, wenn Angehörige anderer Gruppen in die eigene Familie einheiraten, erweisen

sich als relativ robust. Eine deutliche Ausnahme ist die breite Ablehnung von Rechtsorientierten und AFD-An 325 hängern, wobei sich dies mit der »Normalisierung« dieser Partei verschieben kann. Im Gesamtbild sind jedoch auch die deutschen Parteianhängerschaften deutlich weniger affektiv polarisiert als etwa in den USA.[17] Entlang von Faktoren wie Region, Religion, Bildung und Einkommen zeigt sich hierzulande keine »sortierbedingte« Polarisierung.[18] Im Gegenteil: Die affektive Polarisierung nimmt tendenziell sogar eher ab.[19]

Gefühlsthermometer: Sympathie und Antipathie

Auch weil zur affektiven Polarisierung in Deutschland bereits einschlägige Studien vorliegen, beschäftigen wir uns im Folgenden spezifischer mit der *affektiven Aufladung unserer Ungleichheitsarenen*. Uns geht es um positive oder negative »politische Emotionen«[20] bzw. um die »affektiven Valenzen« (Norbert Elias)[21], die den Konflikt in den vier Arenen strukturieren. Zur Messung der *arenenspezifischen Affektivität* haben wir für jede der vier Arenen zwei stereotype Sozialfiguren entworfen und die Teilnehmenden unserer Umfrage gebeten, auf einem Gefühlsthermometer von 0 bis 10 anzugeben, ob sie diese (eher) unsympathisch oder (eher) sympathisch finden. Angelehnt an unsere Beobachtungen zu den Triggerpunkten sind die Figuren bewusst stilisiert, um unterschiedliche emotionale Reaktionen herauszukitzeln: Für die Oben-Unten-Arena fragten wir Sympathie und Antipathie gegenüber einem »Langzeitarbeitslosen« und einem »Konzernlobbyisten« ab, in der Innen-Außen-Arena verwendeten wir die Figuren eines »Migranten aus dem arabischen Raum« und eines »Migrationsgegners«, in der Wir-Sie-Dimension eine Person, »die ihr biologisches Geschlecht geändert hat«, und eine »überzeugte Feministin«. In Bezug auf Heute-Morgen-

Ungleichheiten nutzten wir schließlich einen »SUV-Fahrer« und einen »Fridays-for-Future-Aktivisten«. Danach baten wir zusätzlich noch um eine Bewertung zweier parteipolitisch klar verorteter Figuren: des »AFD-« und des 326 »Grünen-Anhängers«. Die Sozialfiguren betrachten wir nicht als Realgruppen, sondern als Chiffren gesellschaftspolitischer Positionierungen (siehe Kapitel 7). Aus Studien ist bekannt, dass in den Köpfen der Menschen oftmals ein enger Zusammenhang zwischen nichtpolitischen Gruppenidentitäten und politischen Anhängerschaften hergestellt wird, allerdings auf hochgradig verzerrte, ja »schubladisierte« Weise.[22] Wie schon die Trigger rufen die Sozialfiguren einen größeren affektiven Assoziationsraum auf.

Da die Figuren sehr unterschiedlich konnotiert sind, ist es nicht möglich, das Affektniveau der Arenen direkt miteinander zu vergleichen. Wir können allerdings – in einem ersten Schritt – einen Blick darauf werfen, welche Sozialfiguren mit besonders starken Sympathien belegt sind, welche besonders unsympathisch erscheinen und bei welchen sich das Gefühlsthermometer gar nicht regt. Abbildung 9.1 führt auf, wie die Figuren von den Teilnehmern durchschnittlich wahrgenommen werden. Hierfür haben wir unser Gefühlsthermometer so reskaliert, dass Werte im negativen Bereich anzeigen, dass eine Figur als unsympathisch eingestuft wird, positive Werte stehen für eine sympathische Einschätzung, 0 für Indifferenz.

Interessanterweise liegt in der Oben-Unten-Arena sowohl der Konzernlobbyist als auch der Langzeitarbeitslose im negativen Bereich. Hier wird also sowohl die in der Verteilungshierarchie oben stehende als auch die weiter unten stehende Sozialfigur als unsympathisch betrachtet, wobei der Lobbyist – der nicht nur gut verdient, sondern auch für Unternehmen um Einfluss kämpft – deutlich negativer bewertet wird. In der Innen-Außen-Arena wird der Einwanderer aus dem arabischen Raum – eine zentrale Reizfigur im Zuwanderungsdiskurs – positiver »gefühlt« als der mit starker Antipathie belegte Migrationsgegner. Mit dieser Gruppe will, so scheint es, kaum jemand etwas zu tun haben. Im Feld der Anerkennung von Diversität hat die Person, die ihr biologisches

Geschlecht geändert hat, eine besonders positive Valenz, was angesichts der erhitzten sozialmedialen Debatten etwa um das Selbstbestimmungsgesetz einigermaßen über 327 raschend ist. Gegenüber der »überzeugten Feministin« halten sich Sympathie und Antipathie eher die Waage. In der Heute-Morgen-Arena tritt schließlich das negative Image von SUV-Fahrern hervor, auch wenn die diesbezüglichen Antipathien nicht sehr stark sind. Die Klimaaktivisten von Fridays for Future wiederum sind gefühlsneutral. Schauen wir auf das Feld der Politik, so liegen die AFD-Gefolgsleute im deutlich negativen Bereich, die Grünen-Wählerschaft wird demgegenüber tendenziell als eher sympathisch wahrgenommen.

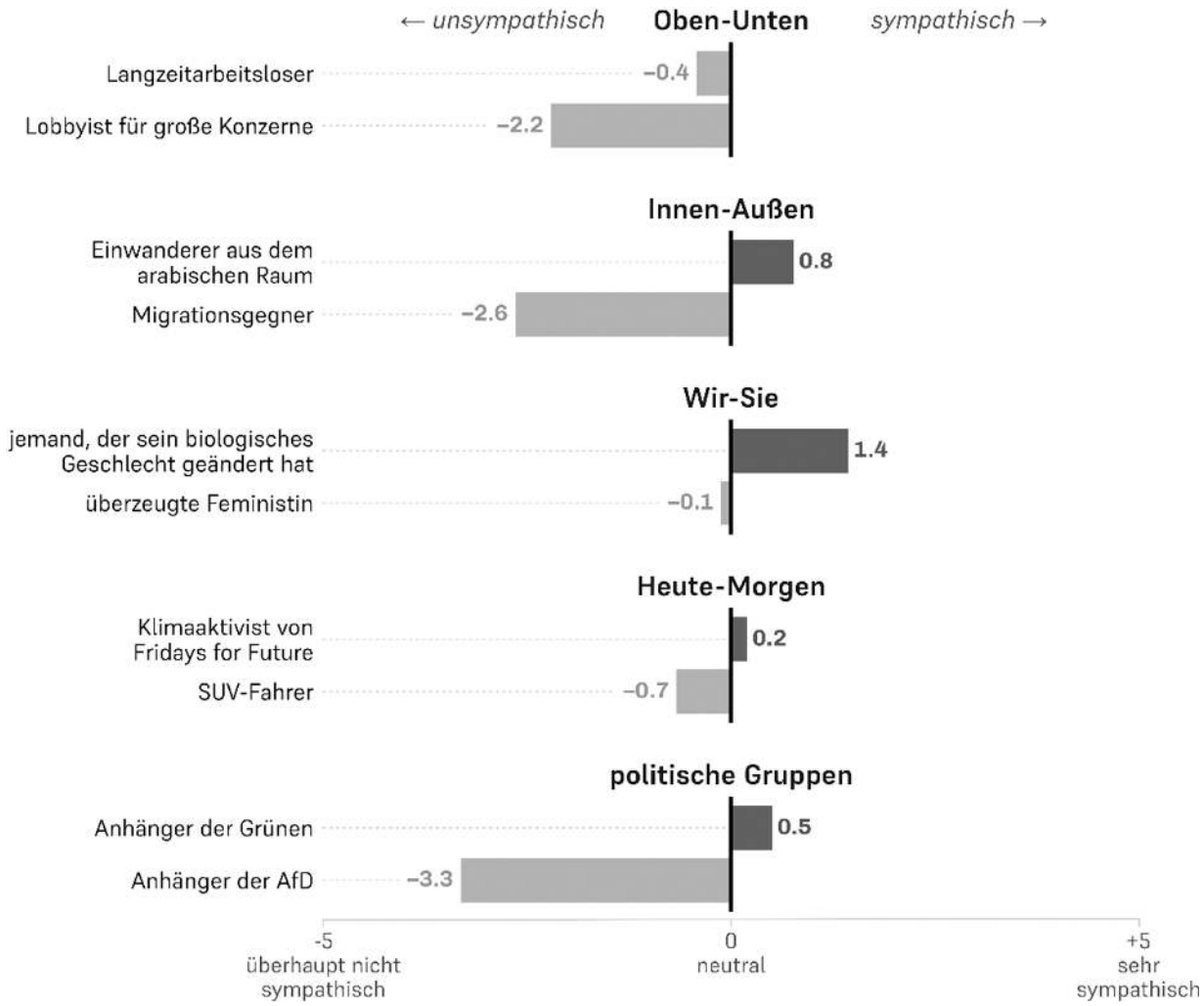


Abb. 9.1: Gefühlsthermometer – Sympathie und Antipathie gegenüber ausgewählten Sozialfiguren

Anmerkung: Dargestellt sind die Mittelwerte der Sympathieeinschätzungen unter allen Befragten. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Aufschlussreicher als diese – eher die eigene Neugier befriedigende – Gesamtschau ist für unseren Zusammenhang die Verknüpfung mit der ideologischen Verortung und der sozialen Struktur. Hier 328 kommen wir zum Thema der sozialen und ideologischen Sortiertheit zurück. Da wir keine Netzwerkdaten erhoben haben, die den Grad der Homogenität sozialer Kreise wiedergeben können, bedienen wir uns eines eher indirekten Ansatzes, der aber in der bestehenden Forschung nicht unüblich ist.[23] Zur Erfassung ideologischer Sortiertheit gruppieren wir die

Befragten nach ihren Einstellungen zu den jeweiligen Arenen in drei Gruppen: die Ideologen an den zwei entgegengesetzten Polen und die Moderaten in der Mitte. Wir schlüsseln so beispielsweise auf, wie die 20 Prozent der deutlichsten Migrations*skeptiker* sowie die 20 Prozent der deutlichsten Migrations*befürworter* sich in der Bewertung des »Migrationsgegners« und des »arabischen Einwanderers« unterscheiden. Wir ergänzen dies um eine dritte Gruppe, die aus den restlichen 60 Prozent in der Mitte der Einstellungsverteilung besteht.[24] Wir gehen davon aus, dass ideologische Randseiter stärkere Emotionen hegen. Abbildung 9.2 (linke Seite) zeigt, wie sich die Bewertung der Sozialfiguren zwischen den Ideologen und den Mittigen unterscheidet. Ein Lesebeispiel zur Orientierung: Menschen, die in der Heute-Morgen-Arena progressiv eingestellt sind, finden die Sozialfigur des Fridays-for-Future-Aktivisten sympathisch (+2,5). Menschen, die hier konservativ eingestellt sind, finden ihn hingegen unsympathisch (−2,5). Die mittig Eingestellten bleiben auch in ihren Gefühlen neutral.

In der Zusammenschau zeigt sich, dass Ideologen und Mittige nicht sehr weit auseinanderliegen, wenn es um die Sozialfiguren in der Oben-Unten-Ungleichheitsarena geht. Der emotionale Bezug zur Chiffre »Langzeitarbeitsloser« und »Konzernlobbyist« scheint keine Frage der ideologischen Selbstverortung zu sein, möglicherweise ein Hinweis auf den eher wenig politisierten Zustand dieser Arena. In der Innen-Außen-Arena sind die Sympathiedifferenzen deutlich prononcierter, insbesondere bei der Bewertung des »arabischen Einwanderers«, der von Zuwanderungsbefürwortern sehr positiv, von Skeptikern hingegen stark negativ gesehen wird. Während dies wohl wenig überrascht, ist es interessant, dass die Figur des »Mi 329 grationsgegners« von beiden Seiten Ablehnung erntet. Hier mag ein Stigma mitschwingen, das dazu führt, dass selbst Befragte, die eigentlich zuwanderungsaverse Meinungen teilen, das mit Extremismus und Undifferenziertheit verbundene Label des »Migrationsgegners« ablehnen. Sehr groß sind die Sympathiedifferenzen auch in der Wir-Sie-Arena, wo die Transperson und die »überzeugte Feministin« von anerkennungsaffinen Befragten große Sympathie

erfahren, von den Anerkennungsaversen hingegen mit negativen Gefühlen belegt werden. In der Heute-Morgen-Arena ist man sich hinsichtlich der wenig positiven Einschätzung des »SUV-Fahrers« relativ einig, bei den »Fridays-for-Future-Aktivisten« gehen die Meinungen jedoch stark auseinander. Dies ist die Gruppe, die affektiv am stärksten polarisiert. Bei der Analyse der »AFD-« und der »Grünen-Anhänger« gehen wir ähnlich vor: Wir unterscheiden die Bewertung der Figur »Grünen-Anhänger« hier nach den mittigen oder randseitigen Einstellungen in der Heute-Morgen-Arena, die der Figur »AFD-Anhänger« nach den Einstellungen in der Innen-Außen-Arena, da sie für die programmatische Ausrichtung der Parteien am relevantesten sind. Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die »Grünen« weitaus stärker polarisieren als die »AFD-Anhänger«, denen *alle* Einstellungsgruppen sehr kalte Gefühle entgegenbringen.

Auffällig an dieser Aufschlüsselung der gruppenbezogenen Emotionen ist, dass insbesondere solche Sozialfiguren polarisieren, die für progressive Positionen stehen: sei es, dass sie sich aktiv für eine Politik des Wandels einsetzen (so der »Fridays-for-Future-Aktivist« und der »Grünen-Anhänger«), sei es, weil sie den zentralen Bezugspunkt einer solchen Politik bilden (der »arabische Einwanderer« und die Transperson). Zudem schnellt das Gefühlsthermometer vor allem in jenen Arenen hoch, die durch dynamischen Wandel und das Fehlen etablierter Befriedungsformeln gekennzeichnet sind. In Phasen der Veränderung scheint das Neue besonders zu provozieren und zu polarisieren. Diejenigen, die den Wandel begrüßen, unterscheiden sich jedenfalls nicht nur hinsichtlich ihrer Einstellungen von 330 den Bremsern, auch ihre Affekte gegenüber wichtigen Gruppen der Transformation sind deutlich positiver. Umgekehrt geht es beim Ressentiment gegenüber Personifikationen des Wandels auch immer um die Ablehnung der durch sie repräsentierten Werte. Es sind nicht die Anderen ganz allgemein, die negative Gefühle mobilisieren, es sind die »moralisch Anderen«.[25] Die erkennbar starken Reaktionen auf diese Sozialfiguren werden auch in der medialen Berichterstattung und von politischen Akteuren genutzt, um den

Diskurs zu emotionalisieren und zu entsachlichen. Wenn etwa die Fridays-for-Future-Bewegung als »Sekte der Anti-Demokraten«[26] bezeichnet wird, wenn Klimaaktivisten als »Terroristen« verschrien werden oder in Bezug auf Transpersonen von einer »Transsexuellen-Lobby«[27] die Rede ist, werden laute Töne auf der affektiven Klaviatur angeschlagen, für die bestimmte ideologisch vorsozialisierte Bevölkerungsteile besonders empfänglich sind. Menschen und Diskurse werden auf diese Weise getriggert; die arenenspezifische Polarisierung und die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Aufschaukelung des Konflikts wächst.

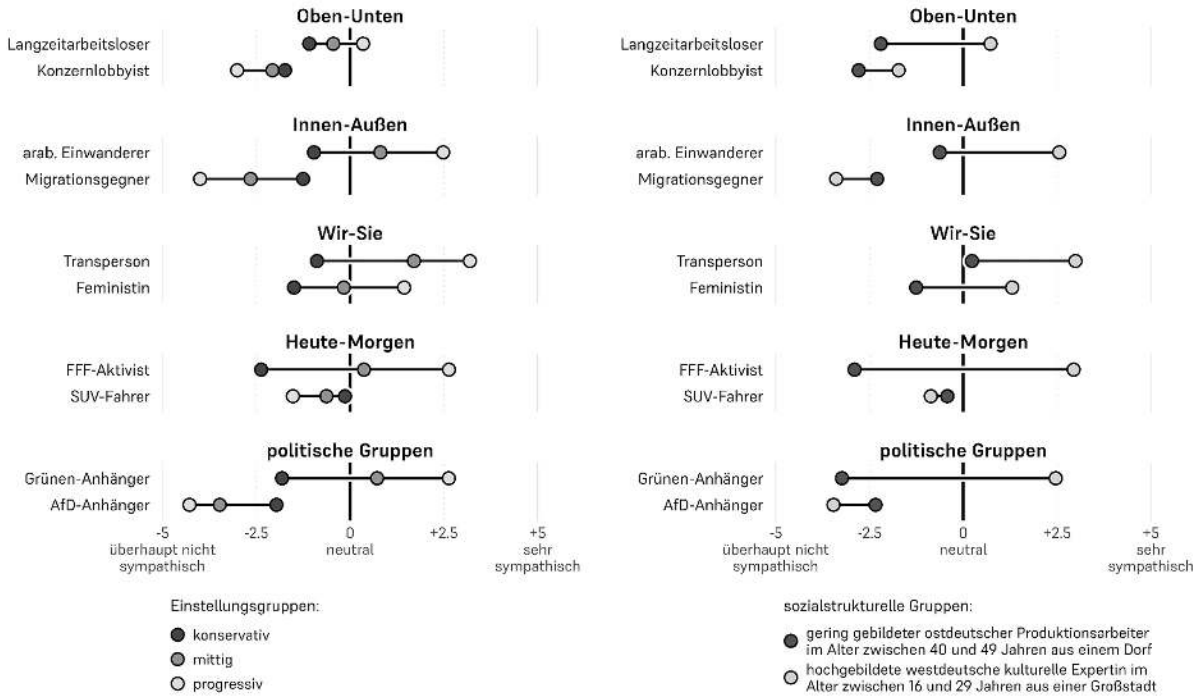


Abb. 9.2: Gefühlsthermometer – Sympathie und Antipathie verschiedener ideologischer und sozialer Gruppen gegenüber ausgewählten Sozialfiguren

Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

In einem weiteren Schritt beschreiben wir nun den Zusammenhang zwischen affektiven Ausschlägen und *sozialer Sortiertheit*. Da uns, wie gesagt, keine Netzwerkdaten vorliegen, erfassen wir dies indirekt, indem wir ermitteln, welche Gefühle zwei als Maximalgegensatz konstruierte sozialstrukturelle Gruppen für unsere Sozialfiguren hegen. Damit sind

zwei idealisierte Gruppen gemeint, die sich aus unseren Daten als besonders typische Vertreter des progressiven und des konservativen Pols der Einstellungslandschaft herausschälen: gering gebildete ostdeutsche Produktionsarbeiter aus dem ländlichen Raum im Alter zwischen 40 und 49 Jahren (konservativ) und westdeutsche hoch gebildete Frauen unter 30, die in einer soziokulturellen Profession arbeiten und in einer Großstadt leben (progressiv). In der Realität sind die Gruppen derer, die alle diese Merkmale auf sich vereinen, natürlich sehr klein. Wir messen die Gefühlswerte deshalb nicht direkt, sondern nutzen ein statistisches Verfahren, um sie zu schätzen.[28]

Wie stark unterscheiden sich also die Affekte dieser idealtypisch
332 konstruierten Gruppen? Liegen Gefühlswelten zwischen ihnen, und wenn ja, in welcher Hinsicht? Die Ergebnisse auf der rechten Seite von Abbildung 9.2 zeigen den Stand des Gefühlsthermometers zu den Sozialfiguren bei diesen beiden Gruppen. Wir sehen erneut große Unterschiede je nach Figur. Weitgehend einig ist man sich in den aversiven Emotionen nicht nur gegenüber »Konzernlobbyisten«, sondern auch »SUV-Fahrern«, »Migrationsgegnern« und »AFD-Anhängern«. Obwohl ostdeutsche Männer mit niedriger Bildung überproportional häufig die AFD wählen, ist es letztlich doch nur eine Teilgruppe von ihnen, die zu dieser Partei und ihren politischen Positionen neigt.[29] Besonders ausgeprägt sind die Gefühls*unterschiede* dagegen erneut bei den Sozialfiguren, die für Modernisierungsprojekte stehen und sich aktiv für Veränderungen einsetzen; hier kann man durchaus von polarisierten »affektiven Valenzen« sprechen: sehr starke Sympathie für »Grünen-Anhänger« und »Fridays-for-Future-Aktivisten« auf der einen Seite und große Abneigung auf der anderen. Beide Figuren stehen interessanterweise für die Klimapolitik, die wir als Klassenkonflikt im Werden gekennzeichnet hatten (was sich hier tendenziell bestätigt). In Bezug auf die Gruppen, die im Fokus von Anerkennungs-, Zugangs- und Umverteilungspolitiken stehen – der »arabische Einwanderer«, die »Transgenderperson«, der »Langzeitarbeitslose« und die »Feministin« –, liegen unsere idealtypischen Befragten ebenfalls weit auseinander, auch

wenn man hier vielleicht nicht von getrennten Welten sprechen sollte. »Langzeitarbeitslosen« werden interessanterweise von den ostdeutschen Arbeitern (die mit sehr großer Wahrscheinlichkeit im eigenen Familienkreis Erfahrungen mit Langzeitarbeitslosigkeit gemacht haben) negativere Gefühle entgegengebracht als von westdeutschen Akademikerinnen. An dieser Stelle wird deutlich, dass es hier nicht um gefühlsmäßige Bindungen zu »echten« Menschen geht, sondern um die Bauchgefühle, die auf Chiffren sozialer Veränderungsprozesse oder spezifische Problemkomplexe reagieren. Diese Bauchgefühle, so zeigt unsere Auswertung, hängen nicht nur von der *ideologischen* Sortiertheit der fühlenden 333 Person ab, sondern auch von ihrer *sozialen* Sortiertheit. Wiederum sind es bestimmte Figuren, die das Gefühlsthermometer in unterschiedliche Richtungen treiben. Gerade für das Thema Klimapolitik legt dies den Schluss nahe, dass die affektive Polarisierung zwischen sozialstrukturellen Klassen größer sein könnte als die ideologische Polarisierung ihrer Einstellungen. Nach dem Motto: »Klimaschutz ja, Klimaschützer und Grüne nein danke.«

Alte und neue Medien

Wie erwähnt begegnen uns Konflikte nicht nur im Konkreten, am Kaffeetisch, als gewerkschaftlicher Arbeitskampf oder Reichsflaggen schwingende rechtsradikale Marschformation, sondern auch und vor allem in ihrer medialen Vermittlung in Zeitungen, Onlineforen oder in Talkshows. Wir sind allesamt Teil einer mediatisierten Welt, unser Alltag ist durchdrungen von der Nutzung unterschiedlicher Medien, in denen sich Gesellschaft, Öffentlichkeit und Politik durchkreuzen.[30] Medien sind sowohl an der Etablierung von »conflict frames«, mithilfe derer Auseinandersetzungen gedeutet und verstanden werden, als auch an der Austragung dieser Konflikte selbst beteiligt. Über Medien werden Konflikte also nicht nur beobachtet, sie werden in ihnen auch inszeniert

und ausgefochten. Eine große deutsche Wochenzeitung hat sich die wiederkehrende Rubrik »Streit« verordnet und lässt in jeder Ausgabe zwei Gegenpositionen aufeinanderprallen; Talkshows bestücken ihre Sitzplätze gern mit sich ins Wort fallenden Antipoden, um ihrer eigenen Vorstellung von Streitkultur und »lebendiger Demokratie« gerecht zu werden. Im Zusammenhang mit der Rolle von Medienakteuren ist bisweilen von »manufacturing conflict«[31] die Rede, denn einen Aufmerksamkeitswert erzielt ein Beitrag beispielsweise auch dadurch, dass eine Situation als besonders konfliktreich beschrieben wird. Wichtiges Material medialer Darstellungen sind Sozialfiguren, Personalisierungen, Bilder und Geschich 334 ten, mit denen man Menschen visuell oder narrativ ansprechen kann; diese werden aber auch im angrenzenden Feld der politischen Kommunikation aktiv genutzt. So ist etwa im US-Kontext (durch Ronald Reagan) mit der »Welfare Queen« ein mediales Image durchgesetzt worden, das Sozialhilfeempfang mit dem Bild einer als arbeitsscheu und unmoralisch diffamierten kinderreichen schwarzen Frau assoziiert; eine Chiffre, die bis heute die Einstellungen zum Sozialstaat beeinflusst.[32]

Für die Affektivität politischer Konflikte sind Veränderungen in der Medienlandschaft überaus relevant. Zeitung, Hörfunk und Fernsehen hatten lange eine zentrale Orientierungsfunktion. Wo sie einst gesellschaftliche Diskurse strukturierten, sind mit dem Internet inzwischen neue Medien hinzugetreten, die völlig anderen Logiken der Veröffentlichung, der Zirkulation und der Rezeption folgen. Die algorithmische Steuerung, die kommerziell angetriebene und vermittelte Aufmerksamkeit, die stark emotionalisierte Adressierung der Nutzerinnen sowie die ausgeprägten Netzwerkeffekte gelten als Einfallstore für eine grundlegend veränderte Dynamik der Öffentlichkeit. Mit der Absenkung der Zugangsschwellen für die Teilhabe an (potenziell) reichweitenstarker Kommunikation und der Universalisierung von Autorschaft ist zwar eine tendenzielle Entmachtung der Gatekeeper in Medienhäusern, Verlagen und Intendanzen verbunden; allerdings um den Preis einer oft übersteuerten und möglicherweise sogar zersetzenden Form der

Kommunikation. Im Kontrast zu den traditionellen, durch Redaktionen mit Qualitätssicherungsroutinen strukturierten Medien sind Twitter, Facebook & Co. kakophonische Tummelplätze nicht selten extremer Meinungen. Zugleich gelten soziale Medien als »Affektgeneratoren« (Margreth Lünenborg), weil ihre Architektur auf die Affizierung von Nutzerinnen und Nutzern ausgerichtet ist:[33] Ablehnung, emphatische Zustimmung, Hass und Erregung sind hier gezielt vermittelte emotionale Zustände, die dazu führen, dass Menschen »dranbleiben« und sich die Nutzungsdauer und -intensität erhöht.

335 Zwar gibt es immer noch die Fahnenträger des Internets als »Reich der Freiheit« und als großer Gleichmacher, aber insgesamt dominiert mittlerweile doch eine skeptische Sicht auf die Rolle der sozialen Medien für den sozialen Zusammenhalt und die Entwicklung der Demokratie.[34] Der durch die Digitalisierung hervorgebrachte »neue Strukturwandel der Öffentlichkeit« (Jürgen Habermas)[35] ist jedenfalls nicht davor gefeit, tribalistische Schließungen und Extremismen hervorzubringen, die dem diskurstheoretischen Ideal des argumentativen Austauschs und der rationalen Begründungen zuwiderlaufen. In einer großen Metastudie ist allerdings herausgearbeitet worden, dass es bezüglich der Wirkung sozialer Medien erhebliche Unterschiede zwischen Gesellschaften gibt: In Autokratien und »werdenden Demokratien« können sie zu einer Zunahme der politischen Partizipation führen, während es in etablierten Demokratien wahrscheinlicher ist, dass politisches Vertrauen verloren geht und die Polarisierung verschärft wird.[36]

Aufgrund der unterschiedlichen und zugleich miteinander verwobenen Kommunikations- und Interaktionskontexte ist es schwer, direkte Vergleiche zwischen On- und Offline durchzuführen. In der Realwelt nutzen Individuen oft beide Formen, so dass sich der Einfluss des Internets schwer isolieren lässt, wenn man die Frage beantworten will, was Menschen wütender und feindseliger macht. Betrachtet man zum Beispiel die Plattform Twitter, so ist diese stark von den klassischen Medien beeinflusst. Sie bestimmen mit, über welche Themen dort wie gesprochen wird. Die Zahl der Tweets verändert sich in Abhängigkeit von der Offline-

Berichterstattung, zugleich gibt es eine Amplifizierung von Themen mit einer Tendenz zur negativen Emotionalisierung.[37] Als konfliktverstärkend und tendenziell polarisierend werden Faktoren wie die mögliche Anonymität, die geringere Zurechenbarkeit, aufmerksamkeitsökonomische Logiken und die Abwesenheit von Höflichkeitsetiketten und nonverbalen Signalen genannt.

Die prominente *Echokammerthese* geht von der Existenz blasenhaft
336 voneinander abgeschotteter Teilöffentlichkeiten aus, letztlich selbstbezüglichen und geschlossenen Kreisen der Kommunikation, in denen Meinungen und Vorurteile Bestätigung finden. Dort werde die eigene Position affirmiert, gespiegelt und verstärkt; eine Konfrontation mit anderen Haltungen, Informationsquellen und ideologischen Bezügen bleibe tendenziell aus. Inzwischen verdichten sich freilich die Befunde, dass die auf den ersten Blick plausible Hypothese nur mit Einschränkungen zutrifft.[38] So lässt sich zeigen, dass nicht virtuelle Echokammern, sondern im Gegenteil die Konfrontation mit Andersdenkenden zu Erregung führt. Weil die sozialen Medien uns dazu bringen, außerhalb unserer eigenen Blase zu interagieren (etwas, was wir in unseren engeren sozialen Netzwerken in der Offline-Welt nicht unbedingt tun), kommt es zu einer Sortierung entlang ideologischer Differenzierungen: Interagiert man ausschließlich lokal in einem etablierten Netzwerk, trifft man nur selten auf völlig neue Sichtweisen. Interagiert man aber in einem heterogenen und offenen Netzwerk der »unendlichen« Erreichbarkeit wie in den sozialen Medien, begegnen einem mehr und vielfältigere Botschaften. Man wird zur Parteinahme verführt, aufgefordert oder angeregt. Erst dann entsteht, so die Forschung, ein Sog der über Ideologien und Identitäten hergestellten Sortierung. Experimente haben ergeben, dass der Drang zur Abgrenzung durch »Exposition« verstärkt wird.[39] Das bedeutet, dass soziale Medien uns nicht in Echokammern oder Filterblasen mit Gleichmeinenden »einsperren«, sondern ein Handgemenge produzieren, indem wir uns selbst durch hoch dynamische Sortiervorgänge voneinander abgrenzen.[40]

In Studien zur affektiven Polarisierung wird entsprechend darauf hingewiesen, dass *spalterische Gruppenverhältnisse* durch soziale Medien verstärkt und sogar erzeugt werden können.[41] Twitter & Co. verschärfen politische bzw. ideologische Differenzen, indem sie von der Sachebene auf die Gruppenebene verschoben werden, so dass sich Personen vor allem in Abgrenzung zu anderen Gruppen und in Solidarität mit der Eigengruppe positionieren. Je stärker die medial 337 präsente Lagerbildung, je stärker das Image fest umrissener Gruppengrenzen, desto größer auch der Druck, sich zu diesen Gruppen entweder sympathisierend oder ablehnend zu verhalten. Im Extremfall würde das bedeuten: Wo es nur noch zwei Streitparteien gibt, muss man sich für eine entscheiden, will man nicht zwischen die Fronten geraten. Es kommt also durch die Beobachtung und Teilnahme an Medienkommunikation zu einer Aktivierung von Parteigängertum. Besonders stark scheinen die *Verschärfungseffekte* dann zu sein, wenn bereits eine ideologische Bindung vorliegt.[42] Die Darstellung der sozialen Welt als von klar konturierten Auseinandersetzungen durchzogen, die Vereinfachung komplexer Gemengelagen in dichotome Freund-Feind-Schemata, die Klassifizierung von Diskursteilnehmern nach der jeweiligen Seite, die sie (vermeintlich) in einem Streit einnehmen, und die Nutzung medial angebotener Heuristiken des Pro und Kontra sind somit selbst an der Genese einer bestimmten Konflikt-Tektonik beteiligt. Eine neue Studie fand heraus, dass Facebook-Seiten rechtspopulistischer Akteure nicht nur stärker mit negativen Emotionen arbeiten, sondern dass auch solche Posts am meisten geteilt und kommentiert werden, die Wut auslösen.[43] Generell wurde gezeigt, dass in Onlinemedien Artikel häufiger geklickt werden, wenn ihre Schlagzeilen negative Emotionen aufrufen.[44]

Vor dem Hintergrund der intensiven Forschung zur Rolle sozialer Medien sind wir an dem Zusammenhang zwischen *Mediennutzung und arenenspezifischer Affektivität* interessiert. Steigert die Nutzung sozialer Medien die Affektivität, und wie stellt sich das Verhältnis zwischen traditionellen und sozialen Medien dar? Bei uns stehen weniger die berichteten Dynamiken möglicher affektiver Polarisierung im Fokus –

hier sind wir allenfalls neugierige »Abnehmer« medienwissenschaftlicher Forschung – als vielmehr der Zusammenhang zwischen Mediennutzung (Fernsehen/Radio, Printmedien, Internetmedien, soziale Medien) und emotionalen Haltungen. Wir vermuten, dass die positiven und negativen Gefühlsamplituden gegenüber be 338 stimmten Gruppen bei Nutzerinnen und Nutzern sozialer Medien größer ausfallen, wobei die Ursachen dafür vielfältig sein können (siehe oben).

Was finden wir nun, wenn wir unser »Gefühlsthermometer« zücken, um den Zusammenhang von Mediennutzung und Affekten zu erhellen? Abbildung 9.3 zeigt Ergebnisse von Regressionsanalysen, die ermitteln, inwieweit es Zusammenhänge der Affektivität mit den Medien gibt, die Menschen zur politischen Information nutzen. Dabei kontrollieren wir aber dafür, dass die Gruppen der (Nicht-)Nutzer alters- und bildungsmäßig unterschiedlich zusammengesetzt sein können. Die Ergebnisse zeigen an, ob sich die Nutzer von den Nicht-Nutzern der jeweiligen Medien unterscheiden (die Referenz ist also jeweils die Nicht-Nutzung).

Sympathie für …	genutzte Medien zur Information über gesellschaftliche Fragen (Mehrfachantworten möglich)				
	TV/Radio	Zeitungen (Print)	soziale Medien	Facebook	Telegram/ Whatsapp
Langzeitarbeitslosen	+	+			
Konzernlobbyisten			+	+	+
Transperson	+				
Feministin		+			
arabischen Einwanderer				-	
Migrationsgegner				+	
FFF-Aktivisten		+			
SUV-Fahrer			+	+	+
Grünen-Anhänger	+	+			
AfD-Anhänger	-		+	+	+

Abb. 9.3: Gefühlsthermometer nach Mediennutzung

Anmerkung: + = Sozialfigur wird von Nutzern der Medienart signifikant sympathischer eingeschätzt als von Nicht-Nutzern; − = Sozialfigur wird von Nutzern der Medienart signifikant unsympathischer eingeschätzt als von Nicht-Nutzern; ohne Zeichen = keine signifikanten Sympathieunterschiede zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern der Medienart. Die Basis der Werte sind lineare Regressionen, bei denen für Alter und Bildung kontrolliert wurde. Relevantes Signifikanzniveau: 0.10. Bei den Fragen zur Mediennutzung waren Mehrfachantworten möglich. Twitter wurde aufgrund zu geringer Fallzahlen ausgeschlossen.

Anders als vermutet ist die (positive oder negative) Affektivität bei der Nutzung sozialer Medien nicht generell höher, aber die Muster sind dennoch aufschlussreich. Wir sehen, dass Nutzer konventioneller Medien *progressiven Sozialfiguren* sympathisierender gegenüberstehen. Wer regelmäßig eine gedruckte Zeitung liest oder TV und Radio nutzt, um sich zu informieren, blickt (unabhängig von Alter und Bildung) signifikant positiver auf »Langzeitarbeitslose«, »Feministinnen« bzw. »Transpersonen«, »Grünen-Anhänger« oder »Fridays-for-Future-Aktivisten«.[45] Diese Personen schätzen zudem die Figur des »AFD-Anhängers« signifikant unsympathischer ein. Wer sich über *soziale Medien* politisch informiert, findet hingegen tendenziell

»Konzernlobbyisten«, »SUV-Fahrer« und »AFD-Anhänger« sympathischer. Facebook-Nutzer sind zudem positiver gestimmt, wenn es um den »Migrationsgegner« geht, und negativer beim »arabischen Einwanderer«. Wir können aus diesen Mustern keine Kausalzusammenhänge ableiten, aber zumindest zeigt sich, dass sich unter den Nutzern klassischer Medien eher diejenigen finden, die freundlicher auf Minderheiten sowie die Grünen-Anhängerschaft und kritischer auf die AFD blicken.[46] Auf soziale Medien verlassen sich vergleichsweise jene Menschen stärker, die migrationsskeptischer und AFD-freundlicher 339 gesinnt sind. Inwieweit man daraus pauschal schließen kann, Facebook & Co. seien zum Sammelplatz von Ressentiments geworden, müssen wir an dieser Stelle offenlassen. Es scheint aber so zu sein, dass es für unsere Arenen durchaus von Bedeutung ist, welche Medien jemand nutzt, um sich zu informieren.

Wut und Veränderungserschöpfung

Wir haben schon bei der Analyse der Triggerpunkte festgestellt, dass Affektivität eine wesentliche Antriebskraft für Konflikte ist. Wenn sie mit Parteigängerschaft und ideologisierten Vorstellungen einhergeht, können Emotionen Formen des Misstrauens gegenüber ande 340 ren Lagern und ein enges, selbstgerechtes Denken stärken. Ein besonders mächtiges Gefühl ist die Wut; wir verbinden sie damit, dass jemand die Beherrschung verliert, laut wird und innere Regungen nicht unterdrücken kann. Wut ist eine sehr heftige und emotionale Reaktion auf ärgerliche Situationen; sie erfasst den ganzen Körper und kann sich aggressiv äußern. Wut ist aber auch ein *soziales Gefühl*, wenn sie als Reaktion auf eine soziale Erfahrung, auf eine als frustrierend erlebte Beziehung oder als moralische Bewertung eines Umstandes, einer Veränderung oder einer Lebensweise verstanden wird.

Wut lässt sich als (mindestens latent) aggressive Folge von Unzufriedenheit, Ohnmacht und Unmut verstehen; oft geht ihr ein

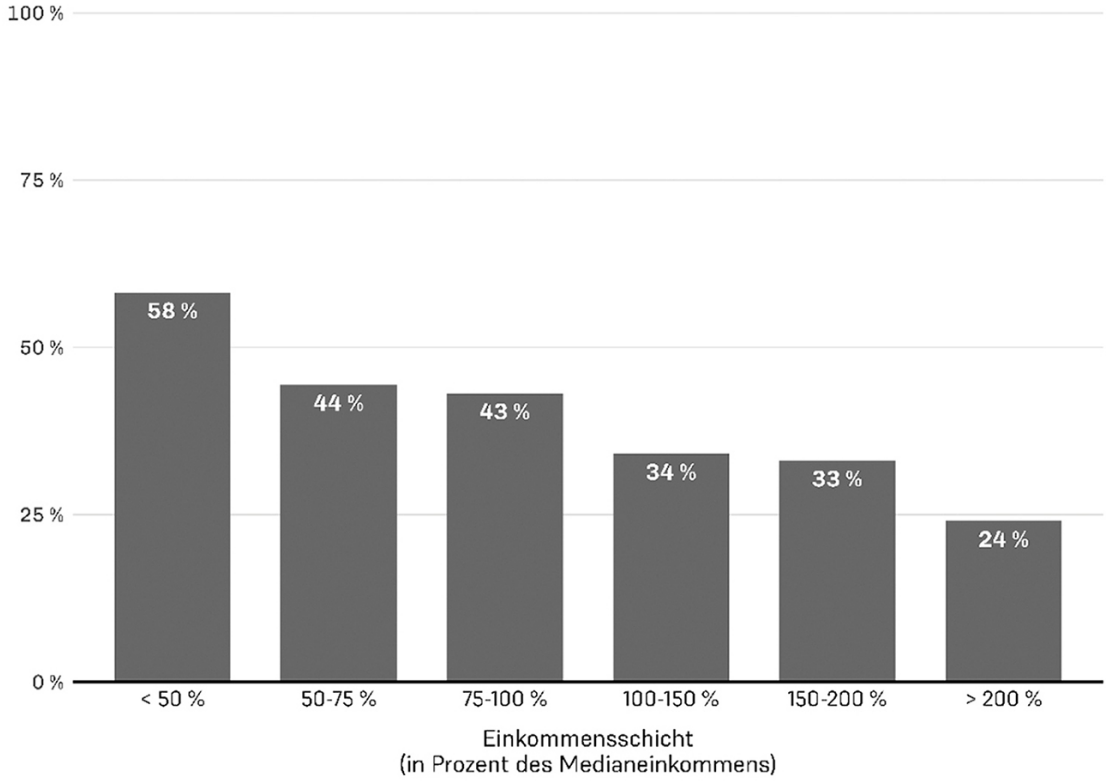
längerer Prozess des Aufstauens und Anhäufens frustrierender Erfahrungen voraus, ehe sie sich Luft verschafft und an die Oberfläche drängt. Wenn gesellschaftliche Verhältnisse vor dem Hintergrund der materiellen Lage, der Status- und Anerkennungserwartungen, der persönlichen Überzeugungen und des eigenen Moralhaushalts einerseits als enttäuschend erlebt werden, andererseits kaum »symbolische Mittel« einer »rationalen Bewältigung« vorhanden sind, kocht die Wut hoch.[47] Wut kann sich zu Ressentiment verfestigen, welches sich auf unerwünschte Personen, Verhältnisse oder Entscheidungen richtet, zu einer Art »grollender Grundstimmung […], die unsere Weltsicht verdüstert« (Uffa Jensen).[48] Eine »Politik der Wut«, die solche Gefühlslagen aufgreift, setzt auf ihre Verstärkung und Kapitalisierung zum Zwecke politischer Mobilisierung und kann von ihren Anhängern erwarten, dass sie besonders leidenschaftlich und kompromisslos für eine Sache eintreten. Im Zuge sozialer Auseinandersetzungen, so Georg Simmel in seinen Ausführungen zum »Streit«,[49] kann es zweckmäßig sein, Wut zu empfinden, da »diese Affekte die seelische Kraft des Kämpfens nähren und steigern«. Aber Wut kann ebenso destruktiv sein und nicht nur das Gemeinwohl, sondern auch die eigenen Interessen nachhaltig schädigen. In mancher Hinsicht gleicht »die Wut ausgeschlossener Minderheiten«, wie Sighard Neckel schreibt, den »Ausbrüchen, die wir von frustrierten *Mehrheiten* kennen«; aber 341 das wütende Streben von Minderheiten nimmt seinen Ausgang oft bei uneingelösten Gleichheitsversprechen oder bei Erwartungen von Anerkennung und Inklusion, während die Erregung der Mehrheiten oft auf das Festhalten an oder das Verteidigen von Privilegien und womöglich die »Wiederherstellung vormaliger Zustände« ausgerichtet ist.[50] In Gruppenbeziehungen kann Wut mit Feindseligkeit, Ablehnung und Abscheu einhergehen und dissoziierende Wirkungen haben, was ihr destruktives Potenzial unterstreicht.

Wir haben in unserem Survey die recht allgemeine Frage gestellt, ob aktuelle politische Diskussionen die Befragten »oft wütend machen«. Immerhin 40 Prozent stimmen dieser Aussage voll und ganz und weitere

18 Prozent eher zu. Es scheint sich also um ein durchaus weitverbreitetes Gefühl zu handeln. Aber wer sind, sozialstrukturell gesehen, die »Wütenden«, wo liegt der demografische und soziale Schwerpunkt? Interessanterweise lässt sich hinsichtlich des Alters kein klares Muster erkennen, auch andere Differenzierungen wie Geschlecht und Stadt-Land sind eher schwach ausgeprägt. Zwischen Ost- und Westdeutschen finden sich allenfalls moderate Unterschiede (generelle Zustimmung Ost: 68 Prozent, West: 56 Prozent), die allerdings deutlicher werden, wenn man nur die starke Zustimmung betrachtet. Dann stimmen die Hälfte der Ost-, aber nur 38 Prozent der Westdeutschen zu.

Die Höhe des Wutpegels ist eng mit der Position in strukturellen Hierarchien korreliert, und zwar besonders stark mit Einkommen, Klasse und Bildung. Hier sind die Unterschiede erheblich – je weiter unten, desto größer die Wut. Der Abstand zwischen jenen, die maximal die Hauptschule abgeschlossen haben, und jenen mit Hochschulabschluss beträgt bei der vollen Zustimmung über 20 Prozentpunkte, die ärmste Einkommensgruppe – jene mit weniger als der Hälfte des Medianeinkommens – berichten mit großem Abstand am häufigsten von Wut über politische Diskussionen (Abbildung 9.4). Wut als politisches Gefühl ist damit vor allem in den unteren Schichten und Statusgruppen konzentriert. Die große Aufmerksamkeit, wel 343 che die »Wutbürger der Mitte«, also die wirtschaftlich gut gestellten und bildungsaffinen Gruppen (man denke hier an das anthroposophische Querdenkermilieu) in den vergangenen Jahren erhalten haben, ist wohl darauf zurückzuführen, dass diese zum ersten Mal bei öffentlichen Protesten und mit lautstarken Unmutsäußerungen aufgefallen sind.[51] In einer sozialstrukturellen Gesamtschau sind diese besseren Lagen aber nicht überdurchschnittlich wütend – das sind vielmehr die unteren Schichten.

Anteil der Wütenden nach Einkommen



Anteil der Wütenden nach dem Grad der Veränderungserschöpfung

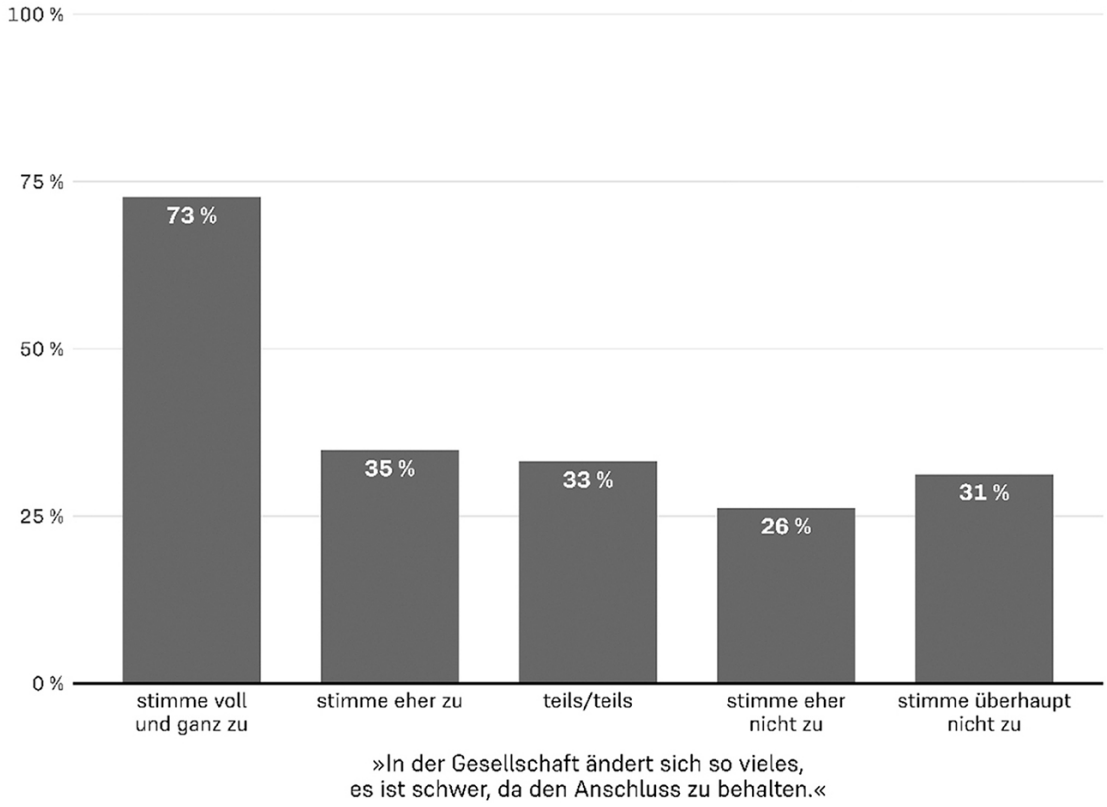


Abb. 9.4: Wut über politische Debatten

Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil derjenigen, die der Aussage »Die gegenwärtige politische Diskussion macht mich oft wütend« voll und ganz zustimmen. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Das Gefühl der Wut ist auch unter den Anhängern der verschiedenen Parteien unterschiedlich stark verbreitet. Besonders selten ist es bei den Wählerinnen und Wählern der Grünen (43 Prozent stimmen voll und ganz oder eher zu) und der SPD (48 Prozent) anzutreffen; häufig hingegen bei den Anhängern von AFD (88 Prozent) und Linkspartei (82 Prozent). Hier finden sich viele Menschen, die ein offenes Ohr für Polarisierungsbotschaften mit entsprechender Elitenkritik haben und deren Vorstellungen von Gesellschaft (im Fall der AFD-Anhänger) und Umverteilung (im Fall der Linken-Anhänger) nur selten ihren Ausdruck in der parlamentarischen Politik findet. Auch unter Nichtwählern ist der Wutpegel hoch: Von ihnen berichten ca. 70 Prozent, dass die gegenwärtige politische Diskussion sie oft wütend mache. Diese Gruppe dürfte durch entsprechende Programme und Ansprachen durchaus elektoral aktivierbar sein und stellt damit eine Bezugsgröße auch für rechte Mobilisierungen dar.

Wie verhält sich nun die gefühlte Wut zu den Positionierungen in den Ungleichheitsarenen? Entdecken wir hier ein Strukturmuster? Wut ist vor allem eine Angelegenheit der Ränder des Meinungsspektrums, weniger eine der wohltemperierten Mitte. Das ergibt sich schon daraus, dass diejenigen, die sich in der »Mitte« einordnen, in der Regel weniger dezidierte, weniger starke und weniger unbedingte Positionen beziehen, während die prononcierten Pro- und Kontra-Fraktionen ihre Meinung häufig vehementer und damit auch emotionaler vertreten. So ist bei einigen zentralen politischen Sachfragen zu erkennen, dass der Wutpegel bei denjenigen besonders 344 hoch ist, die sich an den Rändern der Antwortskalen verorten. Um ein paar Beispiele zu geben: Besonders wütend sind sowohl jene, die meinen, die Hartz-IV-Sätze sollten deutlich erhöht werden, wie auch jene, die der gegenteiligen Meinung sind.

Ähnlich sieht es bei der Verpflichtung von Langzeitarbeitslosen zu gemeinnütziger Arbeit aus. Besonders wütend sind auch jene, die meinen, Homosexuelle würden in Deutschland immer noch diskriminiert, und jene, die dies grundsätzlich infrage stellen. Ähnliche Randverteilungen zeigen sich bei der gendergerechten Sprache und bei der Aussage, es sei gerecht, wenn sich jene, die viel besitzen, am meisten an der Bewältigung der Klimakrise beteiligen.

Insgesamt können wir aber nur bei einer überschaubaren Zahl an Items eine solch klare U-förmige Verteilung erkennen. In der Innen-Außen-Arena findet sich beispielsweise kein einziges Item mit einem derartigen Muster: Hier sind es durch die Bank die Migrations*skeptiker*, die wesentlich häufiger von Wut berichten. Sie scheinen deutlich frustrierter als der Rest der Bevölkerung, die Wutamplituden fallen besonders hoch aus – ein zumindest indirekter Hinweis auf einen Affektstau. Dazu passen empirische Forschungen zur subjektiven Wichtigkeit des Themas, die zeigen, dass das Migrationsthema für Zuwanderungs*gegner* eine weitaus größere Salienz besitzt als für Zuwanderungs*befürworter*.[52] Während es also auf der Einstellungsebene symmetrische Verhältnisse zwischen beiden Gruppen geben kann, fällt die subjektive Bedeutsamkeit eines Themas asymmetrisch aus, was dann auch auf die emotionale Bearbeitung durchschlägt.

Blicken wir noch einmal auf die Gesamtheit der Daten zu Wut als politischem Gefühl, fällt ein weiteres generelles Muster auf. Bis auf einige hervorstechende Ausnahmen ist Wut am häufigsten bei Personen zu finden, die als konservativ eingeordnet werden können. Anders formuliert: Wut zeigt sich vor allem bei denjenigen, die sich dem politischen und normativen Wandel verschließen und den Status quo verteidigen. Oder noch anders und etwas flapsiger gesprochen: Die Wut der Regressiven übertrumpft die Wut der Progressiven. Das 345 zeigt sich vor allem in der Innen-Außen- und der Heute-Morgen-Arena, etwas weniger bei den Wir-Sie-Ungleichheiten und fast gar nicht bei Fragen der ökonomischen Ungleichverteilung.

Was sagt uns dieser Befund? Immer dort, wo wir es mit dynamischen Agenda-Verschiebungen zu tun haben, wo neue Themen verhandelt werden, sich Framings und normative Sichtweisen verschieben, wo lange dominante Selbstverständnisse infrage gestellt werden, da wächst der Druck, sich auf Neues einzulassen, und zugleich der Frust darüber, dass sich Dinge nicht in die gewünschte Richtung entwickeln. Es ergibt sich eine Spannung zwischen den Vorreitern eines Wertewandels oder einer gesellschaftspolitischen Öffnung und den »Nachzüglern«, die aber auch leicht zu Bremsern und Opponenten werden können. In der Wut derer, die sich als stärker konservativ und traditionalistisch, zum Teil auch chauvinistisch beschreiben lassen, stecken zudem Formen von Reaktanz, die zu einer Verfestigung »alter« Werte führen können.[53] Damit zeigt sich hier ein ähnliches Muster wie bei den Triggerpunkten (Kapitel 7). Die Wutinzidenz in diesen Gruppen wäre dann Teil einer allgemeineren sozialpsychologischen Abwehrreaktion gegenüber einer unerwünschten Veränderungsdynamik. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass wir solche Gegenreaktionen vor allem dort finden, wo die Geschwindigkeit des Wandels besonders groß ist und wo wir es mit ungesättigten Konflikten zu tun haben, für die es (noch) keine gefestigten Befriedungsformeln gibt.

Einen etwas anderen, aber ebenfalls sehr aufschlussreichen Zugang zur Frage der Veränderung gesellschaftlicher Normen gewinnen wir, wenn wir uns dem subjektiv wahrgenommenen *Meinungsklima* zuwenden. Hier geht es darum, ob man eher den Eindruck hat, der Diskursraum öffne oder schließe sich. Die diskursive Offenheit wird anders eingeschätzt, wenn jemand den Eindruck hat, die eigene Haltung werde zunehmend delegitimiert und büße an Geltung ein – oder aber sie erfahre endlich Anerkennung und trete damit aus der Marginalisierung heraus.[54] Bei der Aussage »Heutzutage darf man nichts 346 Kritisches mehr über Migranten oder Homosexuelle sagen, ohne gleich als intolerant abgestempelt zu werden« finden wir eine nicht unerhebliche Zustimmung: 34 Prozent unserer Befragten stimmen voll und ganz zu, weitere 27 Prozent stimmen eher zu (insgesamt 61 Prozent). Zudem nimmt

ein Teil der Bevölkerung die Thematisierung von Diskriminierung als »übertrieben« wahr (siehe Kapitel 5). Wir dürfen daraus allerdings nicht schlussfolgern, dass die Entwicklung insgesamt abgelehnt wird, denn wir finden zugleich eine sehr hohe Zustimmung zur Aussage »Ich finde es gut, wenn heute über Minderheiten nicht mehr negativ gesprochen werden soll« (Zustimmung »voll und ganz« 46 Prozent, »stimme eher zu« 23, Ablehnung nur 10 Prozent). Die Überlappung zwischen den beiden Zustimmungsgruppen ist recht groß, was bedeutet, dass eine stärker auf Anerkennung und Nichtdiskriminierung ausgerichtete Entwicklung zwar einerseits begrüßt, andererseits aber eine »Übersensibilität« beklagt wird. Auch kann hier die Spannung zwischen universalistischen Gleichheitsideen und Vorstellungen einer unbedingten Meinungsfreiheit einerseits und besonderen Vulnerabilitäten und Verpflichtungen andererseits hervortreten. Schließlich gilt, dass bestimmte Positionen (etwa rassistische oder chauvinistische Äußerungen) heute mit viel heftigerer Gegenwehr rechnen müssen, was dann zu dem Empfinden führen kann, die Grenzen des Sagbaren hätten sich verengt.

Für uns geht es an dieser Stelle nicht darum zu entscheiden, ob aktivistische Minderheiten ihr Vetorecht in öffentlichen Diskursen (zu oft) ausspielen oder ob wir es – das wäre die alternative Interpretation – mit einer zunehmend kritischen Betrachtung vormals opportuner, aber im Kern diskriminierender Botschaften zu tun haben. Uns geht es einzig darum nachzuzeichnen, wie sich solche Wahrnehmungen (»Man darf nichts mehr sagen«) mit Affekten verbinden. Unsere Daten zeigen, dass Wut über den politischen Diskurs ein ganz enges Korrelat *wahrgenommener Meinungseinschränkungen* darstellt. Von denjenigen, die voll und ganz der Aussage zustimmen, man dürfe nichts Kritisches mehr über Migranten und Homosexuelle sagen, 347 stimmen 65 Prozent auch der Wut-Aussage voll und ganz zu. Für Befragte, die das Meinungsklima anders einschätzen, liegen die Werte nur zwischen 24 und 33 Prozent.

Neben der Reaktanz, die Liberalisierungsprozesse sowie sich verschiebende Diskursgebote auslösen und die die affektive Ladung in unseren Arenen verstärkt, können wir auch eine weitere Form der

Affektivität beobachten, die eher mit einer Mentalität des Festhaltens und der Überforderung verbunden ist. Eine solche *Veränderungserschöpfung* lässt sich als Form der Weltbeziehung interpretieren, bei der aufgrund vorhandener Dispositionen und verfügbarer Ressourcen eine positive Anpassung an die und Aneignung der Welt nicht mehr gelingt, so dass sozialer Wandel als verohnmächtigende Zumutung erlebt wird. Wir haben bei den Themen der sexuellen Diversität, des Klimaschutzes und allgemein im Zusammenhang mit den Triggerpunkten (Kapitel 5, 6 und 7) immer wieder darauf hingewiesen, wie stark die Positionierung im jeweiligen Themenfeld davon abhängt, ob man sich von Umbruchprozessen überrollt fühlt oder sich mental und politisch an ihrer Spitze verortet. Erlebte kulturelle Entwertungen und subjektiv empfundene Veränderungszumutungen sind wichtige Treiber einer Unmutskultur. Signifikante Teile der Gesellschaft scheinen an diesen Punkten auszusteigen und ihre Überforderung und Unzufriedenheit in Wut zu kanalisieren. Das Erleben sozialer Veränderung ist dann kein aktiv gestaltendes mehr, sondern ein passiv erleidendes, das mit Stress, Angespanntheit und Hilflosigkeit verbunden ist, wie man aus den Forschungen zu Kontrollüberzeugungen weiß.[55] Die Flexibilität normativer Orientierungen und persönlicher Zielsetzungen, die beständige Neujustierung der Lebensgestaltung und die Entwicklung sekundärer Kontrollstrategien können als Stabilisatoren wirken, aber allzu oft dominieren Gefühle der Ohnmacht, des Enttäuscht-Seins und der Schicksalsergebenheit, die dann leicht in Wut und Aggression umschlagen können.[56]

Die Angst, den Anschluss zu verlieren, kann gewissermaßen als verallgemeinerte Beschreibung eines Weltverhältnisses verstanden
348 werden, bei dem man mit den Veränderungen nicht mehr Schritt hält, sich überfordert fühlt. Die Welt ist immer weniger die Welt, die man kannte und in der man gut zurechtkam, sie erscheint nun vielmehr fremd und zumutungsreich. »Ich komme da nicht mehr mit«, »Ich weiß nicht mehr, was die wollen«, »Wo soll das alles hinführen?« oder »Das geht mir viel zu schnell« sind typische Ausdrucksweisen für diese Gefühlslage.[57]

Auf einer systematischeren Ebene ist Überforderung als Syndrom gedeutet worden, mit dem komplexe und ausdifferenzierte Gesellschaften unweigerlich konfrontiert sind.[58] Die Zunahme der Komplexität, die Beschleunigung des sozialen Wandels und gesteigerte Anforderungen an die Individuen, mit unübersichtlichen und widersprüchlichen Erwartungen umzugehen, machen das Risiko des Überfordert-Seins in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Ob man mit dieser Grundkonstellation erfolgreich umgehen kann, hängt von einer Reihe von Faktoren ab: kognitiven Kompetenzen, Resilienz sowie vor allem aber ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen – und diese sind in der Gesellschaft ungleich verteilt.

In unserem Survey geben 44 Prozent der Befragten an, es falle ihnen angesichts des sozialen Wandels schwer, den Anschluss zu halten, 30 Prozent antworten mit »teils/teils«. Unsere Daten zeigen also, dass viele Menschen das Gefühl haben, nicht länger im Gleichschritt mit gesellschaftlichen Veränderungen zu sein. Nur 26 Prozent sehen das explizit nicht so – sie können als flexible, veränderungsbereite und öffnungsaffine Pioniergruppe betrachtet werden. Diese Streuung macht deutlich, dass Wandel sehr unterschiedlich erlebt wird, und liefert zumindest implizit einen Hinweis darauf, wie entscheidend die zeitliche Dynamik für die Frage der gesellschaftlichen Verarbeitungs- und Reaktionsweisen ist. Unter den Bedingungen rapiden sozialen Wandels mit stark disruptiven Einschnitten in gesellschaftliche Routinen und Kontinuitätsversprechen – die »Zeitenwende«, die Digitalisierung, die ostdeutsche oder die Klimatransformation können als beispielhaft für solche Umbrüche gelten – sind Friktio 349 nen zwischen Wandel und mentaler und sozialer »Trägheit« erwartbar. Zugleich ist von sehr ungleich verteilten Anpassungsressourcen auszugehen.

Von Schwierigkeiten, angesichts des sozialen Wandels noch mitzukommen, berichten vor allem die einfachen Berufsklassen, die bildungsarmen Gruppen, die einkommensschwachen Lagen. Die Abstände zu den höheren Statuspositionen sind erheblich. Beispielsweise geben nur 30 Prozent der Hochschulabsolventen an, ihnen falle es schwer, den

Anschluss zu halten, aber 55 Prozent derer, die maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen. Der Abstand der Produktions- und Dienstleistungsarbeiter zum oberen und mittleren Management, den technischen Berufen und den soziokulturellen Professionen beträgt über 20 Prozentpunkte. Wiederum überraschend: Ein klarer Alterseffekt – »müde Alte« versus »agile Junge« – zeigt sich nicht, so dass es hier nicht um eine alters- oder kohortenspezifische Fähigkeit zum Umgang mit Veränderungen zu gehen scheint. Auch andere soziodemografische Merkmale schlagen eher schwach durch. Die *Veränderungserschöpfung* weist demnach vor allem eine *starke Klassenspezifik* auf, was wie angedeutet damit zu tun haben könnte, dass Handlungsressourcen, kognitive Verarbeitungskompetenzen und Erfahrungen gelingender und selbstbestimmter Lebensführung eben sehr ungleich verteilt sind. Vor allem die Fähigkeiten zur Anpassung an eine zunehmend kontingente und riskante Welt, deren Sinnhorizonte von Fortschritt und Modernisierung nach und nach pulverisiert werden, scheinen klassenstrukturell geprägt.[59] Angesichts tief greifender Wandlungsprozesse macht es einen Unterschied, ob man sich selbst als Lenker der eigenen Geschicke begreift und positive Erfahrungen der Selbstwirksamkeit macht oder ob Veränderungen ohne eigenes Zutun und auch gegen den eigenen Willen geschehen. In subalternen Lagen sind die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten oftmals eingeschränkt. Wenn dann auch noch kollektive Organisationskontexte – wie etwa Gewerkschaften und Vereine – ausdünnen und neue Formen von Kontrolle und Regulierung
350 hinzutreten, macht sich schnell das Gefühl breit, die Entwicklungen würden einem als etwas Fremdes und zuweilen Überforderndes entgegentreten.

In der Verteilung der Überforderungsgefühle über die Arenen zeigt sich wiederum vor allem in den dynamischen Kontexten – den Innen-Außen-Ungleichheiten, den Wir-Sie-Ungleichheiten und den Heute-Morgen-Ungleichheiten – ein erwartbarer Schwerpunkt bei den Gruppen, die den Liberalisierungs- und Öffnungsdynamiken oder einer grundlegenden Umstellung unserer Lebensweise angesichts des Klimawandels eher

skeptisch gegenüberstehen. Sehr stark ist der Zusammenhang zwischen Veränderungserschöpfung und dem wahrgenommenen Meinungsklima: Wer denkt, man dürfte nichts Kritisches mehr über Minderheiten sagen, meint häufig auch, es sei angesichts des rasanten sozialen Wandels schwer, den Anschluss zu halten.[60] Bei den Oben-Unten-Ungleichheiten ist das Muster hingegen weniger klar. Das alles deutet darauf hin, dass Veränderungserschöpfung sozial vor allem dort angelagert ist, wo man in politischen Fragen an einem eher traditionellen Normengefüge festhält und der eigene Konservatismus vor dem Hintergrund des dynamischen (Werte-)Wandels deutlicher hervortritt. Der Zusammenhang zwischen *Wut* und *Veränderungserschöpfung* ist ebenfalls frappierend stark, sie erscheinen wie ein Paar: Die Wütenden finden sich überproportional häufig unter den Veränderungserschöpften. Immerhin fast 74 Prozent derer, die der Aussage, es sei schwer, den Anschluss zu halten, voll und ganz zustimmen, stimmen zugleich der Aussage voll und ganz zu, politische Diskussionen machten sie oft wütend – hier gibt es einen regelrechten Sprung in der berichteten Wut (Abbildung 9.4). Wer nicht mehr mitkommt und das Gefühl hat, abgehängt zu sein, schäumt oft innerlich (zuweilen auch äußerlich), wenn er oder sie die politischen Diskurse verfolgt oder an ihnen teilnimmt. Dieser Personenkreis ist besonders ansprechbar für das, was wir im folgenden Kapitel als *Affektpolitik* diskutieren.

10. Der politische Raum der Ungleichheitskonflikte

Politik beginnt oft am bereits zitierten Gartenzaun, dort, wo direkte Begegnungen stattfinden. »Nah bei den Bürgern sein«, »Dorthin gehen, wo es brodelt« oder »Richtig zuhören« werden allenthalben als Rezepte gegen den Verdruss über eine vermeintlich abgehobene Politik gepriesen. Aber natürlich wird das, was die Leute – ob am Gartenzaun oder anderswo – denken und meinen, im Raum des Politischen in den seltensten Fällen eins zu eins abgebildet. Es durchläuft vielmehr Vorgänge der Filterung, der Relevanzsetzung und der gezielten Bewirtschaftung. Man könnte die Meinungen, Einstellungsprofile und sozialstrukturellen Muster, die wir in diesem Buch aufbereitet haben, in diesem Sinne eher als politischen Rohstoff beschreiben: Der »Volkswille« wird nicht einfach gespiegelt, sondern gemäß der Eigenlogik des politischen Betriebs geformt – oder gar erzeugt.

Bislang haben wir die Konturen von Konsens und Konflikt vor allem im Zusammenhang mit der Gesellschaftsstruktur betrachtet. In diesem Kapitel widmen wir uns nun der parteipolitischen Bündelung und Anspitzung von Auseinandersetzungen; wir zeigen, wie sich *Parteien und Wählerschaften* in den vier Arenen positionieren. Trotz klarer ideologischer Unterschiede, so viel sei schon verraten, zeigt sich Deutschland hier als Gesellschaft mit Drang zur Mitte und einer deutlich schwächeren Lagerbildung, als man angesichts vieler populärer Diagnosen glauben könnte. Gerade die Unschärfe ideologischer Positionen und das Aufweichen von Parteibindungen öffnet jedoch Türen für eine stimmungsgetriebene *Affektpolitik*, die *Polarisierungsunternehmer* gewinnbringend zum Einsatz bringen, allen voran bei der Rechten.

352 Verortung in der Parteienlandschaft

Die *Parteienpolarisierung* im Sinne einer zunehmenden Radikalisierung der Parteien sowie einer damit einhergehenden ideologischen Sortierung der Wählerschaft (*partisan sorting*) steht in der Politikwissenschaft häufig im Mittelpunkt des Interesses, wobei erneut oft die USA den zentralen Bezugspunkt bilden. Meinungsverschiedenheiten im politischen Spektrum sind in pluralen Demokratien eigentlich normal. Sie regredieren jedoch zu »divided democracies«,[1] wenn die Meinungslandschaft bei vielen oder allen beherrschenden Themen die eingangs beschriebene Form eines Kamelrückens mit schwach besetzten mittleren (und vermittelnden) Positionen, aber starken Rändern annimmt.[2] In einer polarisierten politischen Kultur gehen aus ideologischen Unterschieden Feindschaften hervor, die Elektorate der Parteien prallen als klar abgegrenzte »Gesinnungslager« aufeinander. In weniger polarisierten Kontexten zeigen sich starke Unterschiede hingegen nur bei den »Markenkernen« der Parteien; darüber hinaus bleiben die ideologischen Sortierangebote überschaubar.

Lange Zeit waren Fragen der ökonomischen Verteilung und eine auf sie bezogene Unterscheidung zwischen »rechts« und »links« strukturbildend für das Parteiensystem; mit dem Hinzukommen neuer, umkämpfter Ungleichheiten ist die Gemengelage unübersichtlicher geworden.[3] Statt materieller Konflikte, so eine zentrale These der Forschung, seien nun Identität und kulturelle Werte entscheidend für die Strukturierung des politischen Raums. Zudem geht man von einem »Globalisierungs-Cleavage« entlang der Achse Offenheit/Schließung aus.[4] An diese Diskussionen knüpfen wir im Folgenden an. Welche Ordnungskraft haben identitätspolitische Themen, Konflikte um Migration oder Klimawandel im parteipolitischen Raum? Lassen sich auf der Ebene der Parteiprogramme einerseits und der Einstellungsprofile der Wählerinnen andererseits klare Zuordnungen und wechselseitige Abstoßungen finden? Anders formuliert:

Wie stark sind die Elektorate der Parteien in gesellschafts 353 politischen Fragen sortiert? Gibt es klare Unterschiede oder große Überlappungen?

Wir beginnen unsere empirische Sondierung bei den Parteien und fragen, welche Standpunkte sie in unseren vier Arenen einnehmen. Hierfür greifen wir auf die Daten des Chapel Hill Expert Survey zurück.[5] Für diesen werden mehrere hundert Länderexperten gebeten, die Positionen nationaler Parteien zu konkreten Fragen einzuordnen.[6] Ihre Einschätzungen können auf Grundlage einer durch uns vorgenommenen Standardisierung Werte zwischen +2 und −2 annehmen, wobei positive Werte für die jeweils progressive, also umverteilungsaffine, migrationsfreundliche sowie anerkennungs- und transformationsbereite Position stehen. Die genaue Operationalisierung findet sich im Onlineanhang.

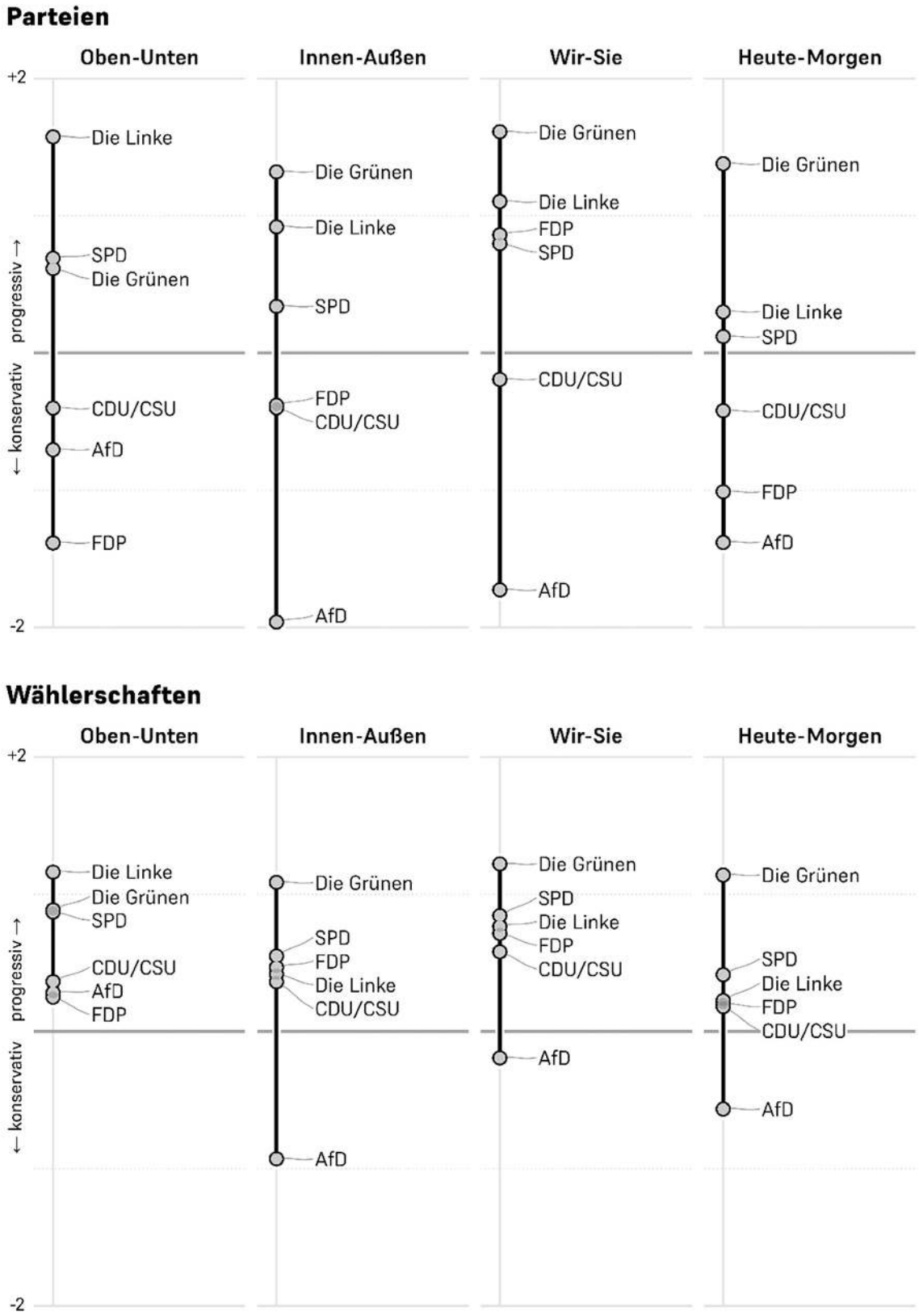


Abb. 10.1: Positionen der Parteien und Wählerschaften

Anmerkung: Oben: Mittelwerte der von Experten geschätzten Parteipositionen; die Originaldaten wurden auf −2 bis +2 skaliert. Daten: Chapel Hill Expert Survey (CHES) 2019. Unten: Mittelwerte des Einstellungsindex der jeweiligen Arena. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt. Die absoluten Werte beider Darstellungen (progressiver oder konservativer) sind nicht unmittelbar vergleichbar, stattdessen aber die Lage der Parteien und Elektorate zueinander (Rangfolgen und relative Abstände).

Anhand dieser Daten lassen sich klare Unterschiede zwischen den parteipolitischen Profilen herausarbeiten, die im oberen Teil von Abbildung 10.1 dargestellt sind. Die AFD, obwohl zuweilen als »neue Arbeiterpartei« tituliert, vertritt zusammen mit der FDP die marktliberalste Position in der *Oben-Unten-Arena*, dahinter fügen sich die Unionsparteien ein. Auf der umverteilungsaffineren Seite liegen die Grünen und die SPD recht nah beieinander, am umverteilungsfreundlichsten ist die Linke. Ein Blick in die Wahlprogramme macht die Unterschiede zwischen den Parteien auf der egalitäreren Seite deutlich. So führte die SPD ihren letzten Wahlkampf mit dem Schlagwort »Respekt«, bekannte sich zu einer Reform des Sozialstaates, zum Ausbau des sozialen Arbeitsmarktes und zur Einführung eines Bürgergeldes. Noch stärker stand Umverteilung bei der Linkspartei im Vordergrund, Sozialpolitik (»gute Arbeit«, »gute Rente«, »gute Löhne«, »soziale Sicherheit für alle«) wurde als Antwort auf »Ungerechtigkeiten des Kapitalismus« gerahmt. In der *Innen-Außen-Arena* steht die AFD für die Radikalposition der nationalen Schließung und befindet sich damit sehr weit weg von den anderen Parteien, auch von Union und FDP, wobei Letztere eher Steuerung und Sortierung statt Schließung in den Mittelpunkt stellen. Während im AFD-Wahlprogramm von 355 2021 gefordert wird, das »Asylparadies Deutschland [zu] schließen«, findet sich bei der FDP etwa ein Bekenntnis zur Bundesrepublik als Einwanderungsland, aber auch Forderungen nach der Einführung eines Punktesystems, um erwünschte von unerwünschten Migranten zu unterscheiden. Offener positionieren sich die SPD sowie ganz besonders die Grünen und die Linke. Auch die *Wir-Sie-Arena* weist die Grünen als die gesellschaftspolitisch liberalste Kraft aus, gefolgt von einem Cluster aus Linkspartei, SPD und FDP, die sich ebenfalls eindeutig

am Anerkennungspol positionieren. So spricht sich neben den Grünen auch die FDP für die Einführung eines Selbstbestimmungsgesetzes aus, das Änderungen des Geschlechtseintrags im Pass per Selbstauskunft ermöglicht. Eher konservativ sind die Unionsparteien verortet, wobei diese das Thema der sexuellen Identität in ihrem letzten Wahlprogramm überhaupt nicht aufgegriffen haben. Außenseiterin ist auch hier die AFD als Partei »tradierter« Vorstellungen, die sich etwa in der Warnung vor einer »Sexualpädagogik der Vielfalt« äußern, die Kinder in ihrer Identität verunsichere. Bei den *Heute-Morgen-Ungleichheiten* schließlich finden sich zwei Ausreißer, deren Standpunkte (laut CHES-Daten) von denen der anderen Parteien stark abweichen: die Grünen als Klimapartei und die AFD, die die Menschengemachtheit des Klimawandels infrage stellt und die Ansicht vertritt, dass eine Erwärmung der Erde auch positive Seiten hat. Setzen die Grünen die Klimakrise als »Existenzfrage unserer Zeit« ganz oben auf die Agenda, sieht die AFD in einer Senkung der Emissionen eine Bedrohung für Wohlstand und Freiheit. In ihrem Wahlprogramm heißt es apodiktisch: »Das Klima ist per se nicht schutzfähig [und] kann keinen durch den Menschen […] garantierten Bestandsschutz haben.« Die anderen Parteien liegen dazwischen, wobei Linke und SPD dem Klimaschutz zugeneigter sind als Union und FDP. Gerade Letztere steht dabei deutlich näher bei der AFD. Im Wahlprogramm wirbt sie damit, dem Klimawandel nicht mit »German Angst« zu begegnen, sondern Umweltschutz durch den Markt und technologische Innovationen voranzubringen.

356 Insgesamt findet sich in allen Arenen ein breit aufgefächertes parteipolitisches Spektrum. Bei genauerer Betrachtung erkennt man einen wichtigen Unterschied: Während in der Oben-Unten-Dimension Linke und FDP die Außenposten einnehmen, stehen in den anderen Grüne und AFD maximal auseinander. Die parteipolitische Strukturierung des »klassischen« Verteilungskonflikts unterscheidet sich also stark von den »neuen« Arenen. Diese weisen ein übergreifendes Muster auf, einzig die FDP flattert bei diesen Konflikten hin und her. Soweit diese bisweilen als postmaterialistisch apostrophierten Themen in den Vordergrund rücken

(wenn, wissenschaftlich gesprochen, ihre Salienz zunimmt), ist tatsächlich von einer Überlagerung des alten Kapital-Arbeit-Cleavages auszugehen.

Im nächsten Schritt setzen wir die Positionen der Parteien nun ins Verhältnis zu den Einstellungen ihrer Wählerinnen. Stimmen Parteiprofile und Anhängerschaften ideologisch überein? Wie sortieren sich die Elektorate in den vier Arenen? Und können wir ein starkes »partisan sorting« feststellen, bei dem Wählerschaften wie Eisenspäne in einem Magnetfeld auf die jeweiligen Parteien ausgerichtet sind, also die programmatischen Positionen der Parteien mit denen ihrer Elektorate weitgehend übereinstimmen? Im unteren Teil von Abbildung 10.1 sind die Einstellungen der Wählerschaften der jeweiligen Parteien dargestellt. Es handelt sich dabei um die bereits in Kapitel 8 verwendeten aggregierten Einstellungen, die ebenfalls zwischen +2 und −2 liegen können. Da sie auf Basis unserer eigenen Studie ermittelt wurden (und unsere Fragen sich von denen der CHES-Erhebung unterscheiden), können die exakten Positionen und Abstände der Wählerschaften nicht mit denen der Parteien verglichen werden. Ein Vergleich der Rangfolgen ist jedoch möglich und zeigt, dass die Präferenzen der Wählerinnen und Wähler deutliche Parallelen zu den Positionierungen der Parteien aufweisen. Auch bei den Einstellungen der Elektorate sind alte und neue Konfliktfelder klar voneinander abgegrenzt. Bezüglich des alten Verteilungs-Cleavage liegen die 357 Elektorate der Linken und der FDP am weitesten auseinander, in den drei neuen Arenen hingegen AFD- und Grünen-Wähler. Die Parteien und Elektorate sind also gesellschaftspolitisch aufeinander ausgerichtet, eine vollumfassende Entstrukturierung des politischen Raums lässt sich aus unseren Daten nicht ablesen. Interessanterweise ist das FDP-Elektorat weniger sprunghaft als das programmatische Profil der Partei selbst; auch bei den neuen Konflikten ordnet es sich stabiler in die Reihung ein.

In den Kapiteln zu den vier Arenen haben wir gesehen, welche Meinungen in Alltagsdiskussionen wie ausgedrückt werden und auf welche kulturellen und moralischen Repertoires Menschen dabei zurückgreifen.

Wir wollen dies hier noch einmal schlaglichtartig unter dem Gesichtspunkt der Parteipräferenz der Fokusgruppenteilnehmer illustrieren.[7] Was für Argumente tragen die Anhänger der Parteien typischerweise vor? Blicken wir etwa auf die Oben-Unten-Arena, ist aufschlussreich, wie die der FDP nahestehende Betriebswirtin Martina sich in einer Diskussion zur Armutsbekämpfung ganz intuitiv zuerst um die Belastungen einkommensstärkerer Gruppen sorgt:

> Ich finde es wirklich richtig schwierig. Wo hole ich das Geld her? Am meisten in Form von Steuern bei denen, die mehr verdienen. Ich würde nicht wollen, wenn ich irgendwann über einen gewissen Satz komme, dass mir dann exorbitant dann noch extra was auf die Steuer raufgeknallt wird, obwohl ich sowieso schon sehr viel abgebe. Meistens ist ja dann der gute Mittelstand davon betroffen.

Reinigungskraft und Linken-Wählerin Linda hingegen nimmt die Position der einkommensschwächeren Schichten ein, wenn sie, auf Probleme der Ungleichheit angesprochen, antwortet:

> Ungleichheit, mein Gott, wo fange ich an? In der Schule, Kinder, die ohne Essen gehen oder mit verschimmeltem Brot. […] Oder 358 die Gaspreise, und Heizung. Wenn die Armen dann in der Dunkelheit oder Kälte sitzen, das ist doch barbarisch.

Anhand von Diskussionen in der Innen-Außen-Arena lassen sich auch die mittleren Positionen illustrieren, die durchschnittlich von SPD- oder FDP-Wählern eingenommen werden. Wie in Kapitel 4 diskutiert, wird hier oft auf die Integrationsfähigkeit der Migrantinnen und ihren »Nutzen« für das Aufnahmeland abgestellt. So antwortet die SPD-Wählerin Sabine, eine Bürokraft im öffentlichen Dienst, auf die Frage, ob Zuwanderung eine Bereicherung darstelle, mit »Jein«. Sie erklärt: »Ja, wenn die hier was tun und arbeiten. Und nein eben, wenn sie nur hier hinkommen und Geld abziehen.« Ähnlich argumentiert Industriekaufmann und FDP-Wähler Dennis: »Es gibt diverse Zuwanderer, wo man sagt, okay, die unterstützen die deutsche Wirtschaft. Aber es gibt auch viele Zuwanderer, siehe Flüchtlingskrise 2015, wo alle gedacht haben, die können uns helfen. Aber wo es dann tatsächlich nicht so war.«

Bei Fragen der Diversität lassen sich die geäußerten Positionen ebenfalls mit Parteineigungen in Verbindung bringen. So kritisiert die Grundschullehrerin und Grünen-Wählerin Ulrike: »Wenn wir mal rausgehen auf die Straße, dann ist es ziemlich divers da draußen. Aber in deutschen Bilderbüchern wird das nicht gezeigt.« Der Polizist und CDU-Wähler Ilko zeigt sich zwar grundsätzlich tolerant, wenn er über Homosexuelle spricht, macht aber auch Einschränkungen: »Die sind halt dabei, ihren Platz zu finden. Das ist auch total okay, dass das 'ne Weile dauert und auch teilweise übers Ziel hinausschießt. Aber na ja, es macht es einem nicht einfacher, da mitzumachen.« Diese Toleranz bei gleichzeitiger Skepsis und Einschränkungen in Bezug auf nachdrücklichere Anerkennungsforderungen kann dabei durchaus auch als repräsentativ für die durchschnittliche Position der CDU-Wählerschaft gelten, wie sie sich in den Umfragedaten zeigt. Wie schon in Kapitel 5 zitiert, äußert dagegen der Essener AFD-Wähler Hans-Peter (von Beruf Koch) ganz unverblümt islamophobe 359 Haltungen: »Ich sage dir mal ganz ehrlich, ich […] habe eine Tochter, die ist 20. Und, ich hätte wirklich was dagegen, wenn die mir einen Schwiegersohn bringen würde, der aus dem Islam kommt.« Auch die alltägliche Nutzung des N-Worts und des diskriminierenden Begriffs »Z-Schnitzel« werden von ihm offensiv verteidigt.

In der klimapolitischen Arena sind es einzig die Wähler der AFD, die einen grundsätzlichen Skeptizismus erkennen lassen. Sie interpretieren die Klimafrage eher als Kulturkampf grün-linker Kräfte denn als dramatisches Menschheitsproblem. CDU-Wähler wie der Sozialarbeiter Jens räumen zwar die Notwendigkeit politischer Maßnahmen ein, bringen aber auch andere Güter wie die individuelle Freiheit ins Spiel, die es gegen allzu fundamentale Eingriffe zu verteidigen gelte: »Es geht eben nicht darum, dass man sinnvolle Projekte umsetzt, da bin ich auch dabei. […] Aber dass mir das alles noch vorgeschrieben und quasi befohlen wird, dagegen wehre ich mich! Auch mit der Geschwindigkeitsbegrenzung.«

Übersetzerin Barbara, die angibt, grün zu wählen, empfindet hingegen eine große Dringlichkeit. Sie verweist auf ihre politische Sozialisation in

den achtziger Jahren, wenn sie emphatisch die klimapolitische Mobilisierung der jungen Generation begrüßt:

> Meine Generation war, glaube ich, die letzte, die noch richtig auf die Straße gegangen ist. Also, wir haben gegen Pershing[raketen]-Stationierung und gegen Kernkraft demonstriert. Wir hatten alle die kleine Sonnenblume und so weiter. Und danach schlief das so ein bisschen ein. Und dann haben wir über ganz viele Generationen gesagt, die wären zu faul und die würden sich nicht politisch engagieren, die hätten keine feste Meinung und die würden einfach nur so in den Tag leben. Und auf einmal haben wir da wieder eine Generation von jungen Menschen, die wirklich aktiv in ihre Zukunft eingreifen wollen und auch auf das Thema aufmerksam machen wollen.

360 Deutlich wird, dass sich die Wählerschaften der Parteien nicht nur durch unterschiedliche Positionen auszeichnen, sondern dass diese Haltungen mit jeweils unterschiedlichen Argumenten unterlegt werden.

Aufschlussreich ist auch ein Vergleich der Positionierungsmuster der Parteielektorate mit denen der sozialen Klassen. Hier sehen wir nämlich, dass Erstere sich viel stärker voneinander unterscheiden (siehe Kapitel 8 und Abbildung 8.1 sowie den unteren Teil von Abbildung 10.1). Das bedeutet, dass wir es – wenn man diese Begrifflichkeit überhaupt nutzen möchte – weniger mit einer sozialstrukturellen Spaltung zu tun haben, sondern eher mit (partei)politischen Unterschieden. Das Auseinander der Elektorate ist größer als das der sozialstrukturellen Fraktionen. Es sind dann nicht sozialstrukturell verankerte Gruppenkonflikte, die in politischen Auseinandersetzungen mehr oder weniger unmittelbar zum Vorschein kommen, eher schon haben wir es mit politisch mobilisierten Lagern zu tun. Daher sollten die sozialstrukturelle und die politische Lagerung als jeweils eigenständige Ebenen betrachtet werden. Von der einen kann nicht umstandslos auf die andere geschlossen werden, wie dies feuilletonsoziologische Pauschalbegriffe wie »rechte Arbeiterklasse« und »linksliberales Akademikermilieu« nahelegen.

Außerdem sollte man sich – trotz des klaren Befundes einer Strukturierung der Einstellungen durch die Parteien – nicht dazu verleiten lassen, Wählerschaften als scharf abgrenzbare Kompartimente zu verstehen. Das wird deutlich, wenn man von Durchschnittswerten auf

Dichteverteilungen schwenkt, wenn man also nicht bloß einen Durchschnittswert für ein gesamtes Parteielektorat betrachtet, sondern die Streuung der Einstellungen über den gesamten Bereich. In Abbildung 10.2 haben wir dargestellt, wie sich die arenenbezogenen Haltungen in den Wählerschaften der Parteien verteilen. Die Höhe der Hügel gibt an, wie häufig bestimmte Positionen vertreten werden. Es gilt: Je höher der Hügel, desto häufiger, und je weiter rechts, desto progressiver und ungleichheitskritischer sind die Positionen.

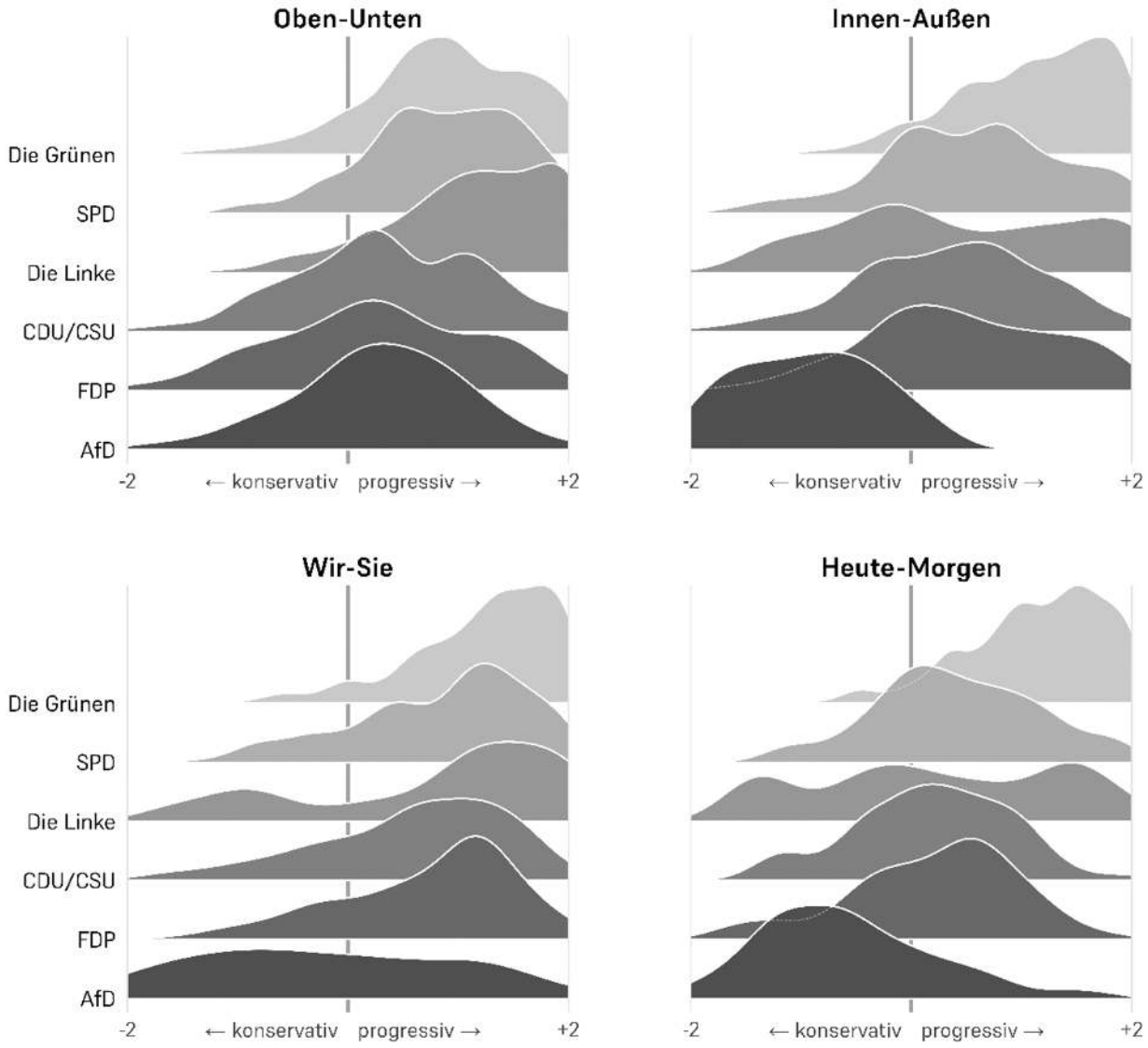


Abb. 10.2: Verteilung der Positionen der Wählerschaften

Anmerkung: Die Höhe der Berge gibt die relative Häufigkeit der Einstellungen innerhalb der jeweiligen Wählerschaft wieder. Hinweise zur Indexerstellung finden sich im Onlineanhang. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Insgesamt ist bemerkenswert, wie groß die Überlappungsbereiche sind, wiederum mit Ausnahme der AFD (und stellenweise der Grünen). Es stehen demnach keine ideologischen Trennwände zwischen den Wählerschaften, auch wenn der Schwerpunkt jeweils woanders liegt. Konkret zeigt ein Blick auf die Darstellung, dass auch die parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten zur einstmals so dominanten Verteilungsfrage

eher schwach ausfallen – ganz entsprechend der Diagnose einer »demobilisierten Klassengesellschaft«. Größer sind die Differenzen insbesondere in der migrationspolitischen Innen-Außen- und in der Heute-Morgen-Arena. Zwar kann man auch 362 hier jenseits der beiden ideologischen Ausreißergruppen von AFD- und Grünen-Wählern nicht davon sprechen, dass die Elektorate gänzlich unterschiedliche Gesinnungswelten bewohnen, aber die Haltungen sind hier doch distinkter, was diese Themen für die parteipolitische Auseinandersetzung prädestiniert. Auch legen die starken Positionen der AFD- und der Grünen-Wählerinnen zu Klima- *und* Migrationsfragen eine Bündelung beider Themenkomplexe und ihre Formierung zu einem gemeinsamen Metakonflikt nahe.

In der Wir-Sie-Arena neigen fast alle Anhängergruppen tendenziell zum Anerkennungspol, einzig die AFD-Wähler sind über fast die gesamte ideologische Bandbreite verstreut, mit einem etwas höheren Hügel bei diversitätsskeptischen Haltungen. Interessanterweise ist die Verteilung unter den Linken-Wählern hier – wie auch bei der Klima- und Migrationsthematik – uneindeutig. Es zeigt sich das Bild einer gespaltenen Partei: Zu migrationspolitischen Fragen scheint es unter Linken-Wählern zwei Haltungen zu geben – eine eher mittige bis migrationsskeptische und eine empathisch migrationsoffene. Ebenso liegt bei den Wir-Sie-Ungleichheiten der Schwerpunkt zwar klar näher beim anerkennungsbereiten Pol, es findet sich aber, flapsig gesprochen, auch ein »Wagenknecht-Hügel«, wo das Lamento über die übertrieben diversitätssensiblen »Lifestyle-Linken« vermutlich geteilt wird und der einstellungsmäßig auf AFD-Höhe liegt. Bei der Klimapolitik zeigen sich sogar drei Wölbungen: Eine Subgruppe sammelt sich wiederum in politischer Nähe zur AFD-Wählerschaft, eine in der Mitte des Spektrums und eine stark klimaprogressive Gruppe sieht die Sache ähnlich wie die Grünen. Jenseits der sozialen Frage scheint man sich im Wählermilieu der Linken uneinig zu sein; das Elektorat zerfällt in zwei oder drei Teilfraktionen, die den innerparteilichen Flügeln von Linkskonservativen, Moderaten und Linksprogressiven entsprechen.

Alles in allem haben wir es nach unseren Befunden nicht mit einer Aufspaltung der Elektorate zu tun, sondern mit großen Überlappungen zwischen den meisten Parteien. Die Hauptausnahme ist der
363 radikalisierte rechte Rand der AFD, der sich von allen anderen Wählerschaften scharf abhebt. Wie stark diese Kluft ist, lässt sich an einzelnen Beispielen illustrieren: Der Anteil der jeweiligen Parteianhänger, die sagen, es gäbe in Deutschland zu viele Migranten, schwankt zwischen 11 (Grüne) und 33 Prozent (CDU/CSU) – bei der AFD sind es 84 Prozent. Der Meinung, Migrantinnen und Migranten bereicherten das kulturelle Leben, sind zwischen 57 (SPD) und 81 Prozent (Grüne) – bei der AFD gerade einmal 13 Prozent. Einheimische kämen zu kurz, weil zu viel für Migranten getan werde, sagen zwischen 5 (Grüne) und 29 Prozent (CDU/CSU) – in der AFD aber 79 Prozent. Das Bild einer Außenseiterposition am rechten Rand wiederholt sich bei den Heute-Morgen-Ungleichheiten: Die Besorgnis über den Klimawandel teilen zwischen 67 (Linke) und 93 Prozent (Grüne) – in der AFD aber nur 38 Prozent. Die Aussage »Bevor wir unser Leben wegen des Klimaschutzes umstellen, sollten erst einmal andere Länder nachziehen« bejahen zwischen 14 (Grüne) und 50 Prozent (CDU/CSU) – in der AFD aber 80 Prozent. In der Oben-Unten-Arena gibt es zwar keinen Graben zwischen AFDlern und den Anhängern anderer Parteien, aber auch in diesem Bereich zeigen sich interessante Muster: Beispielsweise sind AFD-Anhänger am häufigsten gegen die Anhebung der Hartz-IV-Sätze, zugleich aber auch öfter als alle anderen der Meinung, einfachen Leuten, die ehrlich und hart arbeiten, werde nicht genügend Respekt gezollt. In der Gesamtschau stellt die AFD mit ihren leitenden Vorstellungen gewissermaßen eine *Außenseiterpartei* dar. Darüber hinaus sehen wir, dass sich die Grünen-Wähler in Klimafragen und – etwas weniger ausgeprägt – bei Migrationsthemen deutlich vom Rest der Bevölkerung unterscheiden.[8]

Von einem »Kulturkampf« zwischen den parteipolitischen Anhängerschaften kann also – mit Ausnahme der AFD und ihrer schärfsten Antagonisten, der Grünen – keine Rede sein, auch wenn die

Profile und Schwerpunktsetzungen sich je nach Parteipräferenz unterscheiden.[9] Dieses Bild meist überlappender Orientierungen und einer markierten Randstellung der AFD-Wählerschaft wird noch 364 deutlicher, wenn man die – prinzipielle – Wählbarkeit der Parteien erkundet, also die erklärte Bereitschaft, sein Kreuz einmal bei einer Partei zu machen, selbst wenn man eigentlich eine andere präferierte. Diese Frage ist ein ziemlich gutes Indiz für die Spaltung von Elektoraten. Wir erfassen dieses Sortiermuster *ex negativo* über die Frage, welche Parteien die Befragten *grundsätzlich gar nicht* wählen würden. Im oberen Teil von Abbildung 10.3 fällt zunächst auf, dass 80 Prozent die Wahl der AFD kategorisch ausschließen. Bei der Linkspartei sind es deutlich weniger, aber der Anteil liegt immer noch bei 45 Prozent. Für alle anderen Parteien fallen die Werte hingegen deutlich niedriger aus. Viele halten die SPD, die Grünen, die Unionsparteien und die FDP für grundsätzlich wählbar. In der ideologischen Mitte des Parteiensystems zeigt sich hier das Gegenteil einer zentrifugalen, nämlich eine zentri*petale* Logik bei gleichzeitiger Abgrenzung nach rechts.

Im unteren Teil der Abbildung schauen wir noch detaillierter auf die Ausschlussmuster. Wir zeigen für die jeweiligen Elektorate sowie für die Nichtwähler (Zeilen), welche anderen Parteien (Spalten) sie grundsätzlich ausschließen. Von den Anhängern der SPD können sich beispielsweise 21 Prozent nicht vorstellen, die Grünen zu wählen, und 37 Prozent schließen aus, ihr Kreuz bei der Linken zu machen. Im Gesamtbild ist hier erstaunlich, wie gering – trotz anhaltender politischer Auseinandersetzungen zwischen Mitte-links und Mitte-rechts – die wechselseitige Ausschlussbereitschaft im Zentrum ist: Nur knapp ein Drittel der Grünen-Wähler sagen, sie würden unter keinen Umständen ihr Kreuz bei FDP oder CDU/CSU machen (sie schließen aber ausnahmslos die AFD aus), bei den SPD-Wählern ist der Anteil derjenigen, für die FDP und Union nicht infrage kommen, noch geringer. Nur weniger als ein Fünftel der CDU-Wähler hält die SPD für unwählbar, weniger als ein Drittel die Grünen (aber große Mehrheiten AFD und Linke). Selbst wenn der Nichtausschluss einer Partei nicht bedeutet, dass man sie auch tatsächlich

wählt, wird doch klar, dass deutsche Elektorate einander 365 nicht spinnefeind gegenüberstehen, sondern vor allem die Anhängerschaften der eher mittigen Parteien einander mit relativ großer Offenheit begegnen. Die hohen Ausschlussquoten für die AFD zeigen zugleich an, dass eine Normalisierung dieser Partei über den Kreis der Sympathisanten hinaus bislang noch nicht stattgefunden hat. Wie sich dies in der Zukunft entwickelt, ist freilich offen. Eine vergleichsweise geringe Ausschlussbereitschaft gegenüber der AFD findet sich unter den Nichtwählern, die insofern als Reservoir weiterer rechter Mobilisierung gelten können.

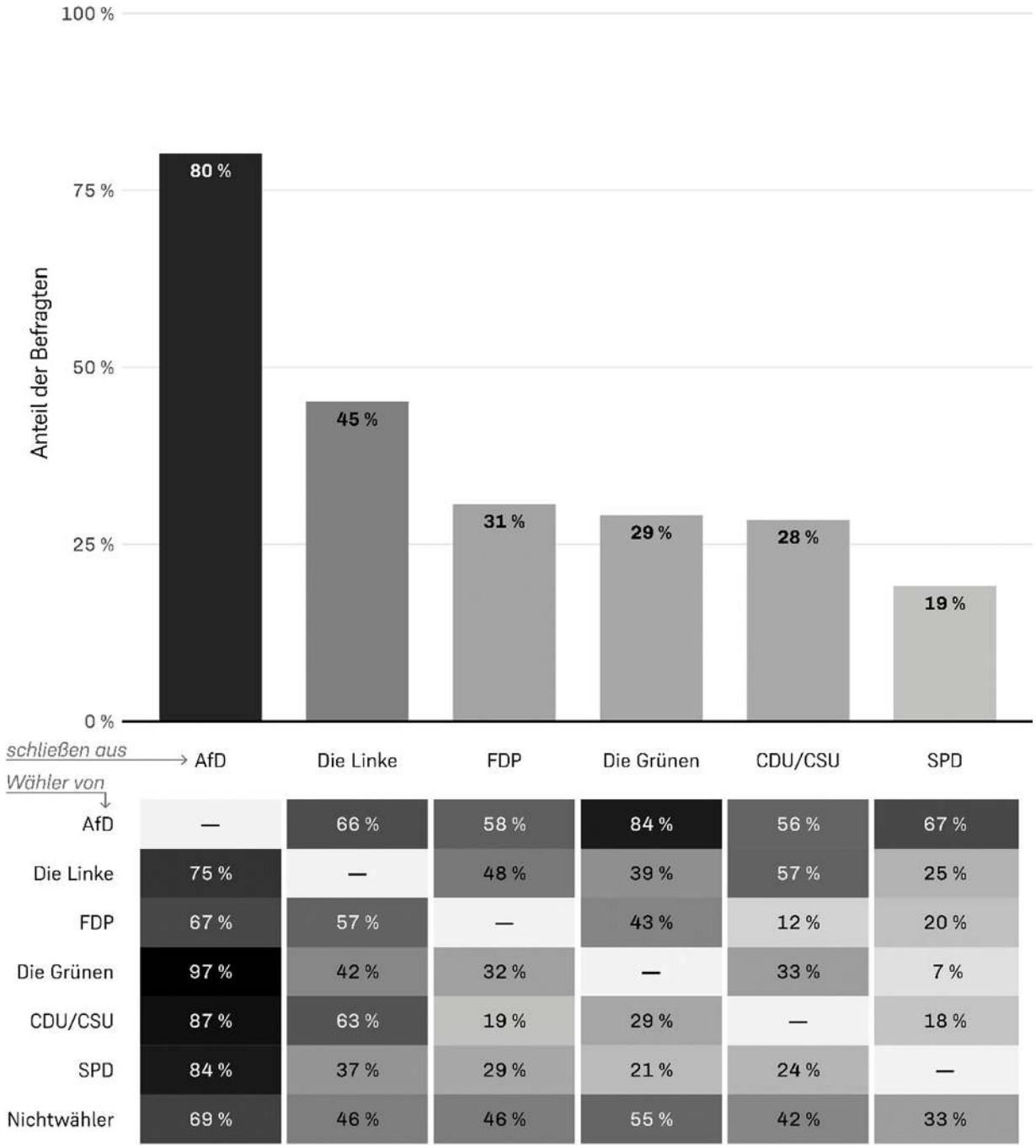


Abb. 10.3: Gegenseitige Nicht-Wählbarkeit der Parteien

Anmerkung: Lesebeispiel: Unter allen Befragten können sich 80 Prozent grundsätzlich gar nicht vorstellen, die AFD zu wählen (oben). Unter Linken-Wählern können sich 75 Prozent grundsätzlich gar nicht vorstellen, die AFD zu wählen (unten). Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

In historischer Perspektive bestätigen andere Studien unseren Befund einer eher geringen Animosität der Wählerschaften in der Bundesrepublik, ja, sie zeigen sogar, dass die Antipathie seit den späten Siebzigern gesunken ist. Gemessen wird dies mithilfe eines Gefühlsthermometers, bei dem Befragte angeben, ob sie negative oder positive Gefühle gegenüber einer Partei haben (siehe auch Kapitel 9). Die entsprechenden Daten des »Politbarometers« sind für den Zeitraum 1977 bis 2020 verfügbar und wurden von dem Soziologen Ansgar Hudde mit unterschiedlichen Kombinationen von Wählerschaften und Parteisympathien ausgewertet.[10] Das Resultat mag jene überraschen, die von Polarisierung oder einer Intensivierung politischer Feindschaften ausgehen: Im Zeitverlauf sind die Gefühle für die anderen Parteien stabil geblieben oder haben sich sogar erwärmt. Die Grünen werden von den Anhängern der SPD, der FDP und der Union immer »wärmer« wahrgenommen, auch die PDS/Linke erfährt eine zunehmend positivere Bewertung; umgekehrt schmelzen die kalten Gefühle gegenüber der CDU und CSU bei Wählerinnen der Linken und der Grünen tendenziell ab. Die Linke und die Grünen wurden in ihrer Frühphase von anderen Elektoraten sehr ablehnend betrachtet, inzwischen hat sich dies deutlich abgeschwächt, ein Normalisierungsprozess fand statt. Die AFD, seit 2017 im Parlament und erst seit dem Jahr davor abgefragt, ist hier erneut das (blau-braun-)schwarze Schaf der Parteienfamilie. Ihr werden quer durch das politische Spektrum frostige Gefühle entgegengebracht, der emotionale 366 Kältepegel erreicht Negativrekorde. Der Autor der Studie weist deshalb nachdrücklich darauf hin, dass wir es nicht mit einer Spaltung der Mitte, sondern eher mit einem 90:10-Split zu tun hätten (10 Prozent war der Stimmenanteil der AFD im Jahr 2021; Umfragewerte zeigen allerdings, dass das Wählerpotenzial signifikant größer ist).

367 Eine zusammenfassende Veranschaulichung des Gezeigten ergibt sich, wenn wir die Positionen der Wählerschaften wiederum in einem zweidimensionalen Einstellungsraum abbilden – ganz, wie wir es in Kapitel 8 für die Klassen gemacht haben. Zur Erinnerung: Dort haben wir ein Profil der deutschen Meinungslandschaft herausgearbeitet, das sich

ergibt, wenn man maximal herauszoomt und unsere Taxonomie gegenwärtiger Konflikte auf zwei grundlegende Dimensionen der Uneinigkeit herunterbricht. Die besonders umstrittene Dimension des *Universalismus-Partikularismus* betraf Einstellungen zu Migrationsoffenheit und Nationalismus, zur öffentlichen Anerkennung von Diversität und zu nachhaltigen Alltagspraktiken. Obwohl die Streite um diese Fragen je eigenen Logiken folgen, konnten wir mithilfe des Verfahrens der Multiplen Korrespondenzanalyse darlegen, dass es zwischen ihnen statistisch nachweisbare Wahlverwandtschaften gibt. In der weniger stark ausgeprägten zweiten Dimension der *Staatsintervention oder sozialen Gerechtigkeit* gruppierten sich Einstellungen zu der Frage, inwieweit der Staat in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen sollte, um ungerechte Unterschiede auszugleichen. Höhere Erbschaftssteuern und eine Verringerung von Einkommensunterschieden gehörten zu dieser Dimension der Uneinigkeit, aber auch Geschlechterquoten bei Stellenbesetzungen und Einstellungen zur Klimagerechtigkeit (»Wer mehr hat, muss auch mehr zum Klimaschutz beitragen«). Wir konnten zeigen, dass sich die durchschnittlichen Positionen bestimmter Klassen entlang dieser beiden Dimensionen systematisch unterscheiden, wenn auch eher graduell als fundamental. Die akademischen Mittelklassen sind in strittigen Fragen universalistisch-progressiver eingestellt als der Bevölkerungsdurchschnitt, Arbeiter im Schnitt partikularistisch-konservativer. Gegen Staatsinterventionen im Sinne sozialer Gerechtigkeit positionieren sich vor allem Unternehmenseigentümer und Selbstständige; Arbeiterinnen und kulturelle Experten bejahen sie.

Verorten wir nun die Parteiwählerschaften nach dieser Logik, fällt zunächst ins Auge, dass die Einstellungen von Grünen- und AFD-

Wählerschaften ganz klar die universalistischen bzw. partikularistischen Extreme besetzen (Abbildung 10.4). In der (vertikal abgebildeten) ersten Dimension setzen sich sowohl Grüne als auch AFD-Wähler sehr stark vom Durchschnitt der Bevölkerung ab. Das heißt zum einen, dass es zwischen ihnen bei kontroversen Themen fast gar keine Überschneidungen gibt. Bestünde die deutsche Gesellschaft nur aus

Grünen und AFD-Anhängern, wäre sie tatsächlich zutiefst in zwei verfeindete und gegeneinander abgeschottete Lager gespalten. Die Mehrheit der Elektorate ist aber entweder mittig verortet, oder es finden sich (wie für die Linke beobachtet) innerhalb der Wählerschaften sehr unterschiedliche Einstellungen, die sich mit denen der Anhänger anderer Parteien überschneiden. Im Gros der Meinungslandschaft liegt keine scharfe ideologische Sortierung der Wählerschaften (im Sinne des *partisan sorting*) vor. Auch aus diesem Blickwinkel zeigen sich im Einstellungsraum keine zentrifugalen, sondern in weiten Teilen *zentripetale* Kräfte, also viele Überschneidungen und ein Drang zur Mitte.

Zudem fällt auf, dass die Maximalunterschiede auf der Universalismus-Dimension zwischen Wählergruppen viel ausgeprägter sind als zwischen den *Klassen*. Auch wenn *Arbeiterinnen und Arbeiter* beispielsweise im Schnitt in die partikularistisch-konservative Richtung ausscheren und eine vergleichsweise große Minderheit von ihnen AFD wählt, liegen Welten zwischen dem durchschnittlichen Einstellungsmuster der Arbeiterklasse und jenem der AFD-Anhänger. Blickt man auf Elektorate, so ähneln die Einstellungsprofile von Arbeitern am stärksten denen der *Nichtwähler*. Auf der universalistischen Seite des Spektrums ist die Passung etwas enger: Die Einstellungen von *Grünen-Wählern* und Angehörigen der *kulturellen Mittelklasse* sind sich relativ ähnlich, und zwar insbesondere (hier nicht abgebildet) unter den besonders hoch qualifizierten Mitgliedern dieser Berufsgruppen, unter denen auch der Grünen-Wähler-Anteil besonders hoch ist. Das passt zu dem Befund, dass höher Gebildete ideologisch klarer sortierte Weltbilder haben. Will man also von 369 einer nicht nur parteipolitischen, sondern auch *sozialen* Spaltung anhand der neuen Konflikte sprechen, so muss man sich klarmachen, dass man es weitgehend mit einem *asymmetrisch formierten Lagerkonflikt* zu tun hat: Hinter dem Banner der Grünen versammelt sich tatsächlich eine progressive Mittelklassefraktion zu einem (zahlenmäßig begrenzten) gesellschaftspolitischen Lager. Man kann aber *nicht* davon sprechen, dass sich ein Lager der rechten Arbeiter unter Führung der AFD in direkter Abgrenzung zum grün-progressiven Mittelklasselager formiert. Die

Produktionsarbeiter und die einfachen Beschäftigten im Dienstleistungssektor machen ihr Wahlkreuz deutlich häufiger bei der SPD oder der CDU/CSU, ihre Einstellungen ähneln viel stärker der Gruppe der Nichtwähler als jenen der AFD-Wähler.[11]

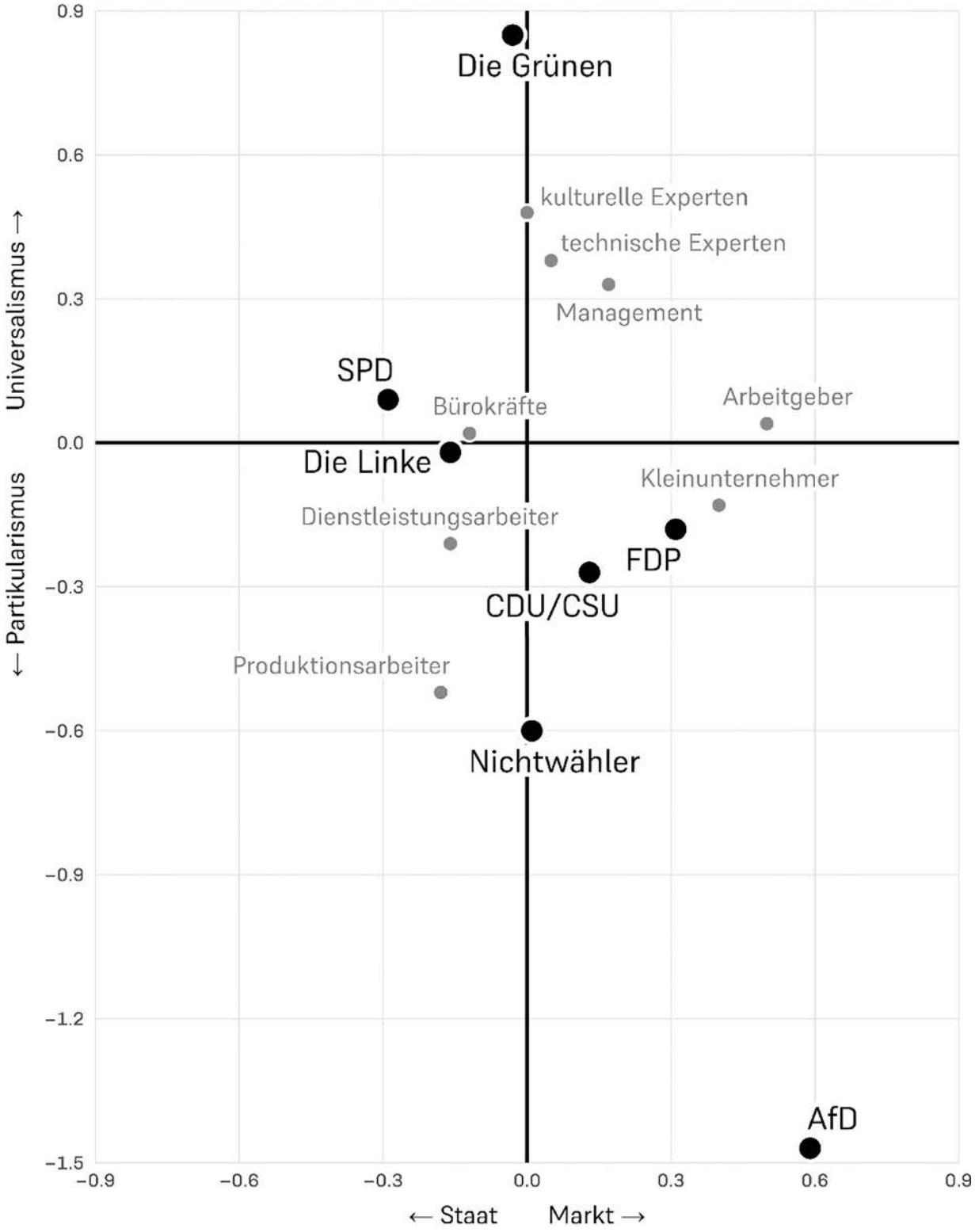


Abb. 10.4: Parteielektorate und Berufsklassen im Konfliktraum

Anmerkung: Dargestellt sind die Ergebnisse einer Multiplen Korrespondenzanalyse. Je weiter die Gruppen von der Mitte des Achsenkreuzes entfernt sind, desto stärker weichen sie vom Durchschnittswert aller Befragten ab. Je weiter die Gruppen auseinanderliegen, desto stärker unterscheiden sie sich voneinander. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Wenn die gesellschaftspolitischen Profile der Wählerschaften zwar Unterschiede aufweisen, diese aber nicht mit wechselseitigen Ausschlüssen einhergehen, dann bedeutet dies, dass die Möglichkeiten einer stabilen, programmatisch gesteuerten Parteibindung abnehmen. Diese Diagnose wird unter anderem dadurch untermauert, dass die klassische Lagerbildung, etwa die Unterscheidung von Rot-Grün auf der einen und Schwarz-Gelb auf der anderen Seite, tendenziell an Festigkeit verloren hat; die Wechselaktivität zwischen diesen Blöcken steigt, immer mehr Menschen schließen nicht aus, auch mal die andere Seite zu unterstützen.[12] Die elektorale Promiskuität und damit auch Volatilität nimmt zu. Dies steht natürlich in Verbindung mit sinkenden Mitgliederzahlen, der Zerfaserung klassischer Milieus und der geringeren Rolle der Parteiidentifikation für das politische Bewusstsein. Auf der Ebene der Einstellungsprofile zeigt sich trotz anhaltender Versuche des Gegensteuerns eine Entideologisierung der Elektorate, vor allem von SPD und CDU/CSU.

Die Anhängerschaften spiegeln hier letztlich Tendenzen der Parteien selbst. Verstärkt durch die lange Phase Großer Koalitionen (2005-09, 2013-21) haben sich viele einstmals trennende Programmprofile verwischt, die Parteien haben zunehmend Mühe, genau auszubuchstabie 371 ren, worin ihr einzigartiges Angebot besteht. Dies bringt regelmäßig den Wunsch nach einem stärkeren »konservativen Profil« innerhalb der CDU oder nach »echter linker Politik« innerhalb der SPD hervor. Programmatische Schärfung ist jedoch kein Garant für Wahlerfolge, sondern birgt ebenso Risiken wie die Verankerung in den ideologischen Schnittmengen des Zentrismus. Entfernt sich eine Partei zu stark von den durchschnittlichen Einstellungen der Bevölkerung, droht ein Verlust an Wählerpotenzial; nähert sie sich ihnen zu stark an, gerät sie leicht in die Falle der

Ununterscheidbarkeit. Von vielen in der CDU wurden beispielsweise die gesellschaftspolitische Modernisierung und die »Sozialdemokratisierung« als Gefahr gesehen, weil sich damit ein Raum am rechten Rand auftat. Im Fall der SPD waren die Justierungen in Richtung »dritter Weg« ursächlich für die Abspaltung einer gewerkschaftsnahen Konkurrenzpartei, der 2005 gegründeten Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit, die später in der Linken aufging.

Die ideologische Überlappung der Elektorate und die eher moderate soziale Standortgebundenheit politischer Einstellungen eröffnet einerseits Möglichkeiten, über die Kernklientel hinaus Erfolge zu erzielen; andererseits wird es aber natürlich auch für die Konkurrenz leichter, Wählerinnen und Wähler »abzuwerben«. Vor dem Hintergrund schwindender Fundamentalunterschiede und der Herausbildung eines parteipolitischen Zentrumsblocks ist der Ausgang von Wahlen weniger kalkulierbar und stärker den Unwägbarkeiten der Tagespolitik ausgesetzt. Die »Qualität des Personals«, emotionalisierte Einzelereignisse, wirksam angespitzte Triggerthemen und die Stolperfallen der Diskurse spielen dann eine deutlich wichtigere Rolle. Volatile Wählerschaften reagieren stärker auf ein deplatziertes Lachen am Rande einer Umweltkatastrophe oder einen geschönten Lebenslauf. Nicht zuletzt kann man vermuten, dass vagabundierende Elektorate auch leichter zur Beute rechtspopulistischer Ansprache werden, wo immer die demokratische Kultur ihre Verwurzelung und Widerständigkeit verloren hat. Zum jetzigen Zeitpunkt scheint eine Brandmauer nach rechts aber zumindest insofern zu bestehen, als [372] die Wahl der AFD keineswegs »Mainstream« ist. Hinter ihrem Banner versammelt sich vor allem ein ideologisch vom Bevölkerungsdurchschnitt klar abgesetzter rechter Rand, der aber insbesondere unter den Nichtwählern Wachstumspotenzial hat.

Affektpolitik

In der Zusammenschau ist erkennbar, dass wir es in den »neuen« Arenen mit *unsettled conflicts*, also mit unruhigen, ungesättigten und wenig institutionalisierten Auseinandersetzungen zu tun haben. Während der industriegesellschaftliche Verteilungskonflikt der wilden Streiks und Straßenkämpfe sukzessive in einen institutionalisierten Klassenkompromiss überführt wurde, sind ähnliche Formen der Pazifizierung der neuen Ungleichheitskonflikte bislang noch kaum zu erkennen. In Ansätzen zeigen sie sich im anerkennungspolitischen Feld, dessen Verrechtlichung voranschreitet und wo es – bei allen Beharrungskräften – beachtliche Sichtbarkeits- und Repräsentanzgewinne von Frauen und Minoritäten gibt. Vertrackter ist die Lage dagegen in den Arenen Migration und Klima, wo die Probleme an entscheidenden Punkten die Bewältigungskapazitäten staatlicher Instanzen übersteigen. Ungeregelte, wenig verholzte Konflikte zeichnen sich durch eine große Volatilität und durch starke Amplituden der Mobilisierung aus. Sie schaffen Gelegenheitsfenster für neue politische Unternehmer und unkonventionellere, radikalere Aktionsformen, sowohl auf der reaktionären Seite – siehe AFD, Pegida, Identitäre Bewegung oder Freie Sachsen – als auch auf der Seite des progressiven Aktivismus, wie derzeit in der Klimabewegung. Die Politisierung von Themen findet somit weniger in der breiten (konsensorientierten) gesellschaftlichen Mitte statt, sondern geschieht über die Ränder, die aktiv an der Formierung der Arenen insgesamt beteiligt sind.

Aber nicht nur in dieser Hinsicht gibt es Veränderungen. Wir kön 373 nen insgesamt feststellen, dass sich das Verhältnis von Parteien und Sozialstruktur nicht mehr als die »eingefrorene Landschaft« verstehen lässt, von der die Väter der Cleavage-Theorie, Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, einst sprachen. Die vormals sehr festen Beziehungen zwischen Parteien und Bevölkerungssegmenten weichen an vielen Stellen auf. Der Soziologe Wolfgang Streeck hat diesbezüglich schon früh sehr anschaulich vom »*Aussterben der Stammkunden*« gesprochen: »Mitglieder und Klienten sind ›anspruchsvoller‹ geworden und zugleich unzuverlässiger; Mitgliedschaft und Beteiligung sind nicht

mehr wie früher ›Ehrensache‹; der Prozentsatz der Wähler […], die unter allen Umständen bei der Stange bleiben, geht zurück.«[13] Die Wahlbeteiligung bei den Bundes- und Landtagswahlen ist seit Beginn der achtziger Jahre stark gesunken, die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien hat abgenommen. In Deutschland sind nur noch etwa 1,7 Prozent der Wahlberechtigten Mitglieder einer der im Bundestag vertretenen Parteien, 1990 waren es noch doppelt so viele.[14] Zugleich gibt es ein erhebliches soziales Gefälle, was die Responsivität der entscheidenden politischen Akteure und Gremien anbelangt. Die Interessen von Arbeitern, Bürgern mit geringerer Bildung und geringerem Einkommen bestimmen immer weniger die Agenda.[15]

Die »Enthärtung«[16] und Volatilität der Elektorate erzwingt auch von etablierten Parteien ein flexibleres Angebotsverhalten und schafft Gelegenheitsfenster für politisches Unternehmertum aufseiten ihrer Herausforderer.[17] Zugleich müssen Parteien zur Sicherung ihrer Basis immer stärker auf kurzfristige Stimmungen, Diskurse und Narrative reagieren oder selbst mit ihren Vorstößen an Affektlagen in der Bevölkerung anschließen. Als *Affektpolitik* ließe sich ein Politikmodus beschreiben, der versucht, den Gefühlshaushalt von Wählerschaften aktiv zu regulieren, etwa über emotionalisierte Botschaften, Personalisierung und die Mobilisierung politischer Leidenschaften. Dabei passen sich die Parteien in ein mediales Umfeld ein, das selbst über die Bewirtschaftung von Affekten Aufmerksamkeit 374 generiert. Weitverbreitete Emotionen wie Wut und Erschöpfung stellen eine wichtige Randbedingung und Ressource der Affektpolitik dar.

Im Zeitverlauf haben sich die thematischen Register dessen, was politisch verhandelt und zum Streitfall werden kann, massiv ausgeweitet, genau weil das Feld nicht mehr allein von althergebrachten Interessenträgern im Modus der Einhegung und Inobhutnahme bestellt wird. Vielmehr kann jede Fernsehsendung, jeder Blogpost, jeder Tweet zum Zankapfel werden. Misgendert jemand in einem kaum frequentierten Onlineseminar, ergibt sich daraus, geschickt skandalisiert, schnell ein Kommunikationsdesaster. Der belgische Ideenhistoriker Anton Jäger[18]

erkennt darin die Symptome einer strukturell ausgehöhlten »Hyperpolitik«, bei der die kollektive Organisierung zurückgeht, während im Kommunikationsalltag mehr und mehr Gelegenheiten der Politisierung entstehen. Der Marktplatz des Politischen ist damit zu einem kakophonischen und leicht entflammbaren Ort geworden, auf dem die etablierten Parteien manchmal nur hilflos zusehen können, wie andere Akteure mit selbstdefiniertem Mandat Diskurse dominieren, oftmals mit Themen, die aus konventioneller Sicht eher unwahrscheinliche Gegenstände der Politik darstellen. Gleichzeitig ist oft kaum noch nachzuvollziehen, wie Affekte, Betroffenheiten und Themenkonjunkturen in den Raum des Politischen übersetzt werden. Parteien und Mandatsträger werden von hochschwappenden Themen immer öfter überrascht. Die Gleichzeitigkeit schwacher Interessenorganisation und kurzfristiger affektiver Politisierung leistet einem gelegenheitsuchenden Politikstil im Flackermodus Vorschub. Die etablierten Akteure verlieren die Kontrolle über die Agenda; plötzlich »poppen« irgendwelche Themen auf – für die sich unter Umständen schon eine Woche später niemand mehr interessiert. In diesem Kampf um Aufmerksamkeiten spielen Trigger eine große Rolle, weil sie mit Emotionalisierungen verbunden sind und Menschen zu dezidierten Positionierungen des Dafür oder Dagegen verleiten. Für die klassischen 375 Parteien ist das mit der Gefahr verbunden, dass symbolpolitisch aufgeladene Ersatzpolitiken mit hoher emotionaler Ladung die von ihnen gesetzten Programmatiken verdrängen.

Polarisierungsunternehmer

Vor diesem Hintergrund lässt sich im Raum des Politischen beobachten, wie die Zuspitzung und Anheizung von Konflikten zum Erfolgsrezept radikalisierter politischer Akteure werden kann. Dies geschieht im Zuge öffentlichkeitswirksamer Aktionen, mit denen wichtige Themen auf die Agenda gehoben werden; es kann aber auch mit der Bewirtschaftung von

»Kulturkämpfen« oder mit spalterischen Politikstilen einhergehen, wie wir sie auf der rechten Seite des Spektrums immer häufiger beobachten. Als *Polarisierungsunternehmer* bezeichnen wir politische Akteure, deren Profilierung primär über die Erzeugung und Kapitalisierung polarisierter Auseinandersetzungen erfolgt. Die Verstärkung von Konflikt und politischer Frontenbildung wird von diesen Unternehmern – es können selbstredend auch Unternehmer*innen* sein, siehe Marine Le Pen oder Giorgia Meloni – nicht bloß in Kauf genommen, sondern ist eine Kernkomponente ihrer Strategie. Das fortwährende Bespielen von Freund-Feind-Schemata, die Verunglimpfung und Herabwürdigung politischer und sozialer Gegner und die Entzivilisierung von Diskursen spielt im Instrumentenkasten dieser Akteure eine herausgehobene Rolle. Oftmals sind die Straßen und Plätze der außerparlamentarischen Arena ihre wichtigste Bühne, aber sie sind auch in die Parlamente hineingerückt.[19] Ihr Spezifikum gegenüber den normalen Zuspitzungen des politischen Wettbewerbs ist, dass das konfrontative Auseinanderdividieren zum Zwecke der Erzielung elektoraler Polarisierungsdividenden eine zentrale Rolle spielt.

Wie die eben genannten Namen Meloni und Le Pen schon andeuten, tun sich in diesem Kontext vor allem die Protagonistinnen und
376 Protagonisten des Rechtspopulismus hervor.[20] Sie erzeugen Stimmungen, führen vagabundierende Unzufriedenheiten zusammen und verwandeln Erregungszustände in politische Schwungmasse. Im Stil politischer Wegelagerer warten sie darauf, Ressentiment und Unzufriedenheit aufgreifen zu können, unbeheimatete Wähler einzusammeln und emotional aufgeladene Themen in das eigene Portfolio zu integrieren. Die von uns analysierten Trigger sind für diesen Politikstil besonders prädestiniert, weil sie ein hohes Affizierungspotenzial besitzen: Sie fordern Diskursteilnehmer zur Positionierung heraus und rufen starke Zustimmung oder heftige Abwehr hervor. Zugleich handelt es sich weniger um kohärente programmatische Linien denn um intuitive Dispositionen. Die Kontroversität bricht den von uns berichteten Konsens auf der Einstellungsebene auf und schafft Platz für Dissens und

Empörung. Neben den in Kapitel 7 diskutierten Beispielen bietet sich eine Vielzahl »diskursiver Ereignisse« für diese Strategie an, von den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 über kontroverse Sendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bis hin zu den Klebeaktionen der Klimaaktivistinnen.

Solche Triggerthemen oder -ereignisse fungieren einerseits als »Aufreger«, mit denen man Menschen emotional packen kann, andererseits stellen sie über den Einzelfall hinausreichende und weiter ausgreifende Chiffren dar, entlang derer politische Differenzen markiert werden können. Diese Chiffren verbinden moralisierten Common Sense mit populistischer Politisierung. Polarisierungsunternehmer haben dabei natürlich immer ein Interesse daran, inflammatorische Einzelthemen so zu überhöhen, dass sie als Positionslichter des gesamten politischen Feldes wahrgenommen werden: Wer die sexuellen Übergriffe von migrantischen Gruppen in der Silvesternacht mit Besorgnis sieht, soll seine Heimat bei den Migrationsskeptikern und Islamkritikern finden. Wer das Gendersternchen als ästhetische Zumutung oder unzulängliche Bevormundung empfindet, soll sich bei rechtskonservativen oder traditionalistischen Kreisen [377] gut aufgehoben fühlen. Berufspendler, die Klimaproteste mit Kopfschütteln betrachten – für sie wirft sich die AFD gern in die Bresche und so weiter. Trigger sind die Verkaufsschlager der Polarisierungsunternehmer, mit ihnen füttern sie in einem volatilen und teils stark entideologisierten Umfeld Unterstützergruppen an.

Auch in unserer Umfrage lassen sich solche potenziellen Eingriffspunkte identifizieren. Entscheidend ist dabei neben der erwähnten Affizierung, dass sich die Positionen der Wähler zu einer spezifischen Frage nicht nach der klaren Parteienlogik sortieren, sondern atypisch gruppiert sind. Wir können etwa sehen, dass bei einzelnen Themen – beispielsweise der Meinung zur gendergerechten Sprache oder der Erwartung, dass sich der Klimawandel durch technologische Innovation bewältigen lässt – die Einstellungen der AFD-Wähler nahe an die der CDU/CSU und der FDP herankommen. Auch die Aussage, heutzutage dürfe man nichts Kritisches mehr über Homosexuelle und Migranten

sagen, die unter den AFD-Wählern 96 Prozent Zustimmung erhält, findet in den Kreisen der FDP- und der Unionsanhänger über 70 Prozent Zustimmung. Entlang solcher programmatischer Einzelposten versuchen nun Polarisierungsunternehmer, politische Geländegewinne zu realisieren. Denn genau an diesen Punkten können Parteibindungen aufgerieben oder neue Verbindungen geformt werden. Es ist deshalb wenig überraschend, dass etwa die sowohl in den bürgerlichen Parteien wie auch in der AFD dominante Skepsis gegenüber der gendergerechten Sprache immer stärker bewirtschaftet wird. Überschriften wie »Anti-Gender« und »Anti-Wokeness« oder die Beschwörung der Freiheit sind die programmatischen Bezüge, die genutzt werden, um die Berührungsängste zwischen den Wählermilieus abzumildern und einen »Kulturkampf« zwischen »rechtskonservativ« auf der einen und »linksgrün« oder »linksliberal« auf der anderen Seite zu inszenieren.[21] Für Polarisierungsunternehmer sind »ungesättigte«, nicht eingehegte Konflikte als Gelegenheitsmärkte besonders interessant, weil hier die Verhältnisse noch nicht geklärt sind; das politische Einwurzeln der 378 Elektorate an einem Standort hat kaum stattgefunden – vieles ist im Fluss. Gelingt es, in diese Such- und Sortierprozesse so einzugreifen, dass man wie beim schon erwähnten Magneten auf einem Tisch voller Eisenspäne einen Teil der Bevölkerung an sich zieht, dann kann man selbst zum Strukturgeber werden.

Wie verträgt sich dieser Befund nun mit unserer zurückhaltenden bis ablehnenden Bewertung der Polarisierungsdiagnose insgesamt? Zwar gibt es eine breite konsensuelle Basis, aber zugleich eine stärkere Aktivierung politischer Konflikte über die Ränder. Nicht die Gesellschaft spaltet sich, sondern die Außenbezirke der Meinungslandschaften beschallen zunehmend das viel größere Zentrum. Waren die entsprechenden Bevölkerungssegmente früher in etablierte Interessenorganisationen integriert und damit tendenziell »auf leise« gestellt, sind nunmehr an den Rändern eigenständige, »laute« und zuweilen übersteuerte Mobilisierungsformen entstanden, die über Politisierung und Depolitisierung von Themen entscheiden. Die breite gesellschaftliche

Mitte ist hingegen entideologisiert und nur schwach parteipolitisch gebunden, was ihre Mobilisierungs- und Artikulationsfähigkeit schwächt. Damit wirkt sie akustisch abgedimmt, sie wird übertönt und ist in der Summe weniger hörbar. Die Konfliktformierung im öffentlichen Raum entfaltet sich nun vor allem über die politisierten Ränder, was den – falschen – Eindruck vermittelt, die Gesellschaft insgesamt zerfalle in zwei oder wenige klar abgrenzbare Lager. Auf kurze Frist mag eine gefestigte Demokratie dies gut aushalten, aber auch von einer solchen Wahrnehmung können Allmählichkeitsschäden ausgehen. Die sogenannte »false polarization«[22] – gemeint ist die allgemeine Wahrnehmung einer gespaltenen Gesellschaft – verleitet unter Umständen selbst dazu, sich der einen oder der anderen Seite zuzuordnen, und erzeugt so erst die Gesellschaft, die man irrtümlich zu beobachten glaubt.

11. Politisierung und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft

Wir haben in diesem Buch zentrale Konflikte der Gegenwartsgesellschaft kartiert: An welchen Fragen entzünden sie sich? Um welche ungleich verteilten Güter wird gerungen? Welche »Lager« und Parteien liegen im Clinch? Mit welchen Argumenten und moralischen Grammatiken werden Positionen begründet? Und sind die Auseinandersetzungen in den Beziehungen zwischen sozialen Gruppen verankert? Ausgangspunkt und Reibebaum waren populäre Polarisierungsthesen, die dieser Tage nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch im öffentlichen Diskurs intensiv verhandelt werden. Die Diagnose einer gespaltenen Gesellschaft, so sahen wir eingangs, bestimmt Politikerreden ebenso wie die Kommentarspalten der Zeitungen, Diskussionen in sozialen Medien und das Bauchgefühl vieler Bürger. Der Polarisierungsdiskurs zeichnet das Bild eines Großkonflikts, in dem die Verteilung der Meinungen dem Rücken eines Kamels gleicht: links und rechts zwei Höcker, dazwischen ein tiefes – und sich weiter vertiefendes – Tal: Die gesellschaftlichen Mittelpositionen erodieren, die Ränder wachsen. Diese Höcker stehen nicht nur für ideologische Differenzen, sondern auch für soziale Großgruppen, die bestimmte politische Positionen vertreten. Gern genommene Chiffren sind hier die urbanen Akademiker mit ihren vermeintlich liberalen und kosmopolitischen Einstellungen auf der einen Seite und auf der anderen niedrig gebildete Arbeiter oder Landbewohner, denen man konservative und kommunitaristische Haltungen zuschreibt. Zwischen ihnen soll sich ein Graben auftun, der die gesellschaftliche Konfliktdynamik wesentlich bestimmt.

Nicht Kamel, sondern Dromedar

Auf umfassende empirische Daten gestützt, erhebt unsere Studie Einspruch gegen diese Vorstellung, ohne deshalb der umgekehrten Diagnose der Einigkeit und Harmonie das Wort zu reden. Konflikte: vorhanden, Polarisierung: kaum, politisierte und radikalisierte Ränder: ja – dies könnte eine auf die Länge eines Fußballstadionbanners zusammengeschrumpfte Quintessenz unserer Vermessung sein. Zusammengenommen ergibt sich ein ganz anderes Bild der deutschen Konfliktlandschaft. Auseinandersetzungen sind allgegenwärtig, und dies – so haben wir aus ungleichheitssoziologischer Perspektive gezeigt – aus gutem Grund: Große soziale Debatten drehen sich nie bloß um unterschiedliche Meinungen und Vorlieben, sondern immer auch um Ressourcen, Anerkennung, Mitgliedschaft oder Kontrolle. Konflikte sind vor allem an jenen Bruchstellen wahrscheinlich, wo Bewegung in ungleiche Verteilungen kommt; weil die Welt sich ändert oder weil bislang unterlegene Gruppen Ansprüche erheben, die die Etablierten abzuwehren suchen.

Unter diesen Vorzeichen haben wir vier Arenen aus dem Blickwinkel der je spezifischen neuen und alten Ungleichheiten betrachtet, die Stoff für Konflikte liefern: die Oben-Unten-, die Innen-Außen-, die Wir-Sie- und die Heute-Morgen-Arena (siehe Befunde unten, Abbildung 11.1). Wir zeigen, dass es sich lohnt, genauer hinzusehen, wie und um was hier jeweils gefochten wird, weil man die Eigenlogik dieser Konflikte verpasst, wenn man sie alle im großen Topf des Kulturkampfs verrührt. Wie unsere Daten zeigen, weisen viele Menschen sehr individuelle, man könnte auch sagen idiosynkratische Einstellungsmuster auf; wo populäre Diagnosen von unüberwindlichen Meinungsfronten ausgehen, erweisen sie sich sozusagen als Grenzgänger;[1] hinzu kommen viele, die auch zu kontroversen Themen keine starke Meinung haben oder mittige Positionen beziehen. Sowohl für die allermeisten Einzelkonflikte als auch für das Gesamtbild zeigt sich, dass die Gesellschaft *nicht Kamel,*

son 381 *dern Dromedar* ist, dass die Menschen also viel stärker zur Mitte als zu den Rändern tendieren. Differenzen sind diffus, themenspezifisch und auch nur schwach durch soziale Unterschiede strukturiert. Das Bild eines politisch-gesellschaftlichen Risses erweist sich somit als falsch. Und auch der Blick auf die letzten Jahrzehnte zeigt, dass es, allen Beschwörungen des Gegenteils zum Trotz, in unseren vier Arenen keine Anzeichen für eine zunehmende Polarisierung gibt.

Im Hinblick auf grundlegende Leitvorstellungen wie Wohlfahrt, Klimaschutz, Toleranz und gesteuerte Einwanderung lässt sich stattdessen ein weitreichender *gesellschaftlicher Konsens* ausmachen, gegenüber dem die entschiedeneren Haltungen an den Rändern in der Minderheit sind. Obwohl Migration beispielsweise das polarisierteste Thema ist, plädiert das Gros der Bevölkerung weder für offene Grenzen noch für Abschottung, sondern für gesteuerte Zuwanderung und ein ethisch gebotenes Maß an humanitärer Hilfe. Auch sieht diese Mehrheit Toleranz und Nichtdiskriminierung als wichtige Werte an; für eine Rückkehr zu traditionalistisch-rigiden Gesellschaftsformen können sich nur die wenigsten erwärmen – ebenso wenige aber auch für eine weitreichende identitätspolitische Hinterfragung ihres Alltags. Der überwiegende Teil der Bevölkerung befürwortet einen sichernden und umverteilenden Wohlfahrtsstaat; radikaler Marktliberalismus und exzessive Ungleichheit werden abgelehnt, eine vollständige Egalisierung der Gesellschaft wird aber als unrealistisch oder – vor dem Hintergrund meritokratischer Normen – gar als moralisch problematisch abgetan. Das Gros der Bevölkerung sieht zuletzt den Klimaschutz als dringliche Aufgabe, deren Bewältigung aber eine Abwägung mit anderen Gütern erfordert: Klimawandelfolgen werden mit großer Sorge betrachtet, ebenso aber die Aussicht auf eine allzu disruptive oder ungerechte Transformation.

Man versteht das Land und seine Politik besser, wenn man begreift, dass derlei »Middle of the road«-Positionen und nicht zugespitzte Meinungen besonders politisierter Gruppen die Grundhaltungen 382 der Mehrheit prägen – allen Sorgen um das Erstarken des Rechtspopulismus zum Trotz. Der meiste Streit spielt sich nicht zwischen unversöhnlichen Lagern mit

unvereinbaren Zielvorstellungen ab, sondern es geht um die vielen »Ja-aber«, die mit bestimmten Projekten verbunden werden. Man streitet eher darum, welche konkreten Maßnahmen sich aus geteilten Zielen ergeben und wie ein impliziter Konsens genauer auszubuchstabieren ist. Gerade weil Spracherwerb und Arbeitsmarktbeteiligung von Migranten praktisch allen als Ausweis gelungener Integration gelten, wird gestritten, wie sie zu erreichen sind und wer die Schuld trägt, wenn dies nicht gelingt. Gerade weil Nichtdiskriminierung Konsens ist, wird strittig, ob ausgleichende Maßnahmen zugunsten von Minderheiten diesem Wert entsprechen oder ihn konterkarieren. Und gerade weil sich fast alle einig sind, dass Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit in Einklang gebracht werden muss, wird darum gerungen, wie das funktionieren kann.

Konsens und Konflikt stehen so in einem engen und komplexen Verhältnis: Unsere Erkundungen der vier Arenen zeigen, dass der Inhalt der meisten Konflikte erst vor dem Hintergrund eines vorgängigen Konsenses verständlich wird. Dieser Konsens bleibt oft unausgesprochen, scheint aber in einem *geteilten Verständnis des Problems* auf. Auch bei besonders hitzigen Auseinandersetzungen handelt es sich bei näherer Betrachtung oft um Verhandlungen über die Bedingungen eines breit geteilten *impliziten Gesellschaftsvertrags* – und nicht um Fundamentaloppositionen, anhand derer sich Menschen in unversöhnliche Lager sortieren. Konflikthaftigkeit und Spaltung sind also eindeutig zwei Paar Schuhe. Konflikt ist nicht zwangsläufig desintegrativ, sondern kann den Zusammenhalt auch stärken.[2]

Was mögen Gründe dafür sein, dass die deutsche Meinungslandschaft nicht die polarisierte Grundstruktur aufweist, die wir aus anderen Ländern kennen, allen voran aus den USA? Finden sich hierzulande spezifische *Resilienzbedingungen*? Historisch fußt eine Präferenz für Zentrismus, Mitte und Maß in der Bundesrepublik auch 383 auf einer *Geschichtserzählung*, die die Gegenwartsgesellschaft als Kontrastentwurf zur exzessiv polarisierten Weimarer Republik und zum nationalsozialistischen Extremismus beschreibt.[3] Weitere Ursachen liegen

möglicherweise in der Sozialstruktur, im politischen System und in der Medienlandschaft.

Sozialstrukturell ist Deutschland auch heute noch eine *mittelschichtsdominierte Gesellschaft*, die stark über Erwerbsarbeit integriert ist und deren Sozialstaat zentrale Lebensrisiken recht umfassend kompensiert. Trotz wachsender Vermögenskonzentration am oberen und Prekarisierung am unteren Ende der Hierarchie, trotz drängender sozialer Fragen rund um die Themen Wohnen, Integration und Bildungsgerechtigkeit kann von einem Auseinanderbrechen derzeit nicht die Rede sein. Politisch wirken zudem das *Verhältniswahlrecht*, die Vielzahl von *Koalitionsregierungen* und die *föderale Struktur* einer starken Lagerbildung entgegen.[4] Schon die Taktik schreibt vor, dass auch nach scharfen Wahlkämpfen fast alle mit allen irgendwie können müssen. In unserer Untersuchung sahen wir dies in einer starken Überlappung der Einstellungen und in dem Umstand verkörpert, dass die Wählerinnen eines parteipolitischen *Zentrumsblocks* kaum Berührungsängste gegenüber den anderen etablierten Parteien haben. Auch die starke Stellung des *öffentlichen Rundfunks* und der *Qualitätsmedien* kann als Gegengift gegen die Polarisierung gelten. Zwar verbreiten sich hierzulande ebenfalls Fake News; Zeitungssterben, Prekarität und Stellenabbau schwächen die journalistische Profession, doch hochwertige Berichterstattung und ein relativ inklusiver Diskurs, der Kontroversen in geteilten Selbstverständigungsprozessen bearbeitbar macht, sind nach wie vor vorhanden und von Bedeutung.

384 Politisierung ohne Polarisierung

Doch wenn alldem so ist, mag man fragen, warum fällt dann die *gefühlte Polarisierung* so hoch aus? Bilden wir uns die Erhitzung in Debatten um Flüchtlinge, Klimakleber und Gendersterne nur ein? Und können wir nicht doch relativ gut vorhersagen, wer sich in diesen Kontroversen auf

welche Seite schlägt? In unseren Daten hat sich ein arenenübergreifendes Bild herausgeschält, das verständlich macht, wie der Eindruck intensivierter Konflikte mit einer eigentlich eher stabilen und zentripetalen Meinungslandschaft zusammengeht. Die Einstellungen driften demnach nicht auseinander, und auch die Mitte erodiert nicht, es kommt aber zu einer veränderten *Politisierung an den Rändern*, die sich auf die Konfliktdynamik insgesamt auswirkt. Wir erleben eine *Politisierung ohne Polarisierung*, die wir in dreierlei Hinsicht aufschlüsseln: Da ist zum einen die Bündelung einer Vielzahl von Konfliktthemen durch ein nunmehr symmetrisches Duo: AFD und Grüne; zum anderen eine Radikalisierung zahlenmäßig kleiner Gruppen, unter ihnen Polarisierungsunternehmer, die aktiv auf eine Spaltung der Gesellschaft hinarbeiten; und schließlich eine affektpolitische Aufladung entlang von Triggerpunkten, deren Berührung Diskussionen auch dann aufschäumen lässt, wenn sich die Beteiligten im Kern gar nicht allzu uneinig sind.

Zum ersten Punkt zeigt unsere Forschung – in Einklang mit vielen politikwissenschaftlichen Arbeiten –, dass sich die drei »neuen« postindustriellen Ungleichheitskonflikte (Innen-Außen, Wir-Sie, Heute-Morgen) vom »alten« Verteilungskonflikt (Oben-Unten) abheben. Diversitätssteigerung, nationalgesellschaftliche Öffnung und ökologische Krise erweitern und verkomplizieren den Links-rechts-Konflikt, der sich in der Industriegesellschaft um den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit formiert hatte. Daraus entstehen neue politische Haltungen und Identitäten. Obwohl es durchaus nennenswerte Wahlverwandtschaften zwischen den »postindustriellen« Are 385 nen gibt, funktionieren sie doch jeweils nach einer eigenständigen Logik, und in der breiten Mitte fusionieren sie (noch) nicht zu einem übergeordneten Megakonflikt. Anders scheint dies aber an den progressiven und konservativen Rändern des Spektrums zu sein: In der Programmatik von AFD und Grünen werden Einstellungen zu Migration, Diversität und Klima zu klaren progressiven bzw. rechtspopulistischen »Bündeln« zusammengeschnürt. Und wie wir in Kapitel 10 sahen, sind die Wählerschaften dieser beiden Parteien zugleich die einzigen, deren Einstellungen zu *allen drei* neuen

Konfliktarenen ganz erheblich aus dem Durchschnitt ausscheren. Dass gewisse Bevölkerungsanteile auf diese Weise distinkte Meinungen haben, ist keineswegs neu. Wohl aber, dass es seit dem Aufstieg der AFD nunmehr zwei symmetrisch entgegengesetzte, starke Parteien gibt, die alle »neuen« Konflikte im scharfen Antagonismus zueinander bündeln und politisieren. Für die Dynamik der Auseinandersetzungen kann dies durchaus einen Unterschied machen. Je stärker der so verfasste Gegensatz die öffentliche Wahrnehmung prägt, desto salienter werden die neuen Konflikte, desto stärker werden sie als Einheit verstanden und desto ausgeprägter könnte in Zukunft wohl auch die ideologische Sortierung in gegenteilige Lager ausfallen. Eine derartige Mobilisierung von den Rändern her wäre der entgegengesetzte Prozess zu jenem, den wir für Oben-Unten-Konflikte in der »demobilisierten Klassengesellschaft«[5] beobachtet haben. Er könnte mittelfristig durchaus zu jener Polarisierung führen, die bislang nur beschworen wird. Ideologisch sauber sortierte Gruppen mit arenenübergreifend konsistenten Einstellungen sind heute aber Minderheiten. Von ihrem Antagonismus auf eine Spaltung in der viel entideologisierteren Gesamtgesellschaft zu schließen, wäre irreführend. Gegenwartsdiagnosen, die das Land beschreiben, als bestünde es nur aus überzeugten Grünen- und AFD-Anhängern, vergessen die große Mehrheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner.

Ähnliches gilt *a fortiori* für radikalisierte Konfliktakteure an den Rändern der Arenen, an deren öffentlichkeitswirksamen Interven 386 tionen sich oftmals die Wahrnehmung einer Verschärfung gesellschaftlicher Antagonismen festmacht. Wer an bestimmten Social-Media-Blasen teilnimmt oder abends fernsieht, der assoziiert mit dem Stichwort »gesellschaftlicher Konflikt« vielleicht den erbitterten Kampf um die sogenannte *Cancel Culture*, den Streit zwischen transinklusiven Queer-Feministinnen und ihren als »TERFs« (Trans-Exclusionary Radical Feminists) betitelten Gegnerinnen, symbolpolitische Aktionen der Letzten Generation oder Tweets marktliberaler SUV-Fahrer, die das Streikrecht abschaffen wollen. Sie alle stehen für radikalisierte Formen politischer Kommunikation, die von meist eher kleinen Gruppen an den Rändern

ausgehen, die aber aufgrund ihrer Lautstärke und Zuspitzung von den Medien aufmerksamkeitsökonomisch prämiert werden. Wie unsere Befunde zeigen, spiegelt diese Kompromisslosigkeit aber keineswegs wider, wie Menschen außerhalb des Debattenzirkus denken und argumentieren.

Gleiches gilt auch für die – deutlich besorgniserregendere – Realität rechtsextremer Fackelmärsche, hasserfüllter Tiraden gegen Minderheiten oder Angriffe auf Flüchtlingsheime und Wahlkreisbüros. In den vergangenen Jahren haben sich vor allem am rechten Rand neue Strukturen und Akteursgruppen etabliert, die den »vagabundierenden Autoritarismus« (Wilhelm Heitmeyer)[6] einsammeln und so das demokratische System als Ganzes herausfordern. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und viele Formen alltäglicher Abwertung sind nach wie vor auf der Tagesordnung und beschädigen die Leben vieler Menschen. Ohne diese Gewalt und ihre Folgen zu relativieren, lässt sich aber feststellen, dass derlei Formen des Hasses keine großflächige gesellschaftliche Teilung repräsentieren, *sondern eine Radikalisierung des Randes* darstellen. Die Mobilisierung am rechten Rand ist eine ernste und ernster werdende Bedrohung, sie ist aber kein Indiz für eine insgesamt regressive Entwicklung. Gerade mit Blick auf Diversität und Toleranz können wir stattdessen eine fortgesetzte Liberalisierung beobachten, obwohl autoritäre und chauvinistische Dispositionen weiter fortbestehen; auch dass Deutsch 387 land eine Einwanderungsgesellschaft ist, hat sich herumgesprochen. Eine (gewaltbereite) Konflikteskalation von rechts findet dementsprechend nicht entlang breiter Meinungsfronten statt, sondern wird von extremen Minderheiten geschürt. Will man in der martialischen Metapher bleiben, könnte man eher von radikalisierten Nestern im Hinterland eines längst weitergewanderten Frontverlaufs sprechen. Die Radikalisierung wäre dann kein eindeutiges Zeichen dafür, dass diese Akteure gesellschaftlich die Oberhand gewinnen oder auf dem Durchmarsch sind, eher schon dafür, dass sie mit immer aggressiveren Mitteln versuchen, alte Stellungen zu halten. So schockierend hasserfüllte Radikalisierungen sind, so inhuman die darin zum Ausdruck kommenden

Einstellungen, sollte uns dies nicht zu der Fehlannahme verleiten, hier spalte sich die Bevölkerung insgesamt in unterschiedliche Lager. Tut man dies, läuft man Gefahr, nolens volens jenen auf den Leim zu gehen, die versuchen, eine Spaltung aktiv herbeizureden.

Allerdings gelingt es radikalisierten Diskursakteuren bisweilen sehr gut, Themen mit einer Rahmung und Anspitzung so in die Debatte einzuspeisen, dass Menschen bis weit in die Mitte der Gesellschaft sich zu vehementen Positionierungen herausgefordert fühlen, wodurch sich neue Gefolgschaften bilden und politische Kulturen verschieben können. Mit unserem Konzept der *Triggerpunkte* haben wir versucht, genauer aufzuschlüsseln, wann und unter welchen Bedingungen dies geschieht, was bestimmte Themen zu »Aufregern« macht und wie das Einverständnis auch in ansonsten eher konsensualen Zusammenhängen in Streit umschlägt. Triggerpunkte sind Sollbruchstellen der Debatte, an denen sich Empörung und Widerspruch, aber auch emphatische Zustimmung artikuliert und die durch eine besondere Emotionalität gekennzeichnet sind. Sie finden sich vor allem dort, wo ungerechte Ungleichbehandlungen als Bruch des Gleichheitsgebotes wahrgenommen werden, wo bestimmte Erwartungen von »Normalität« herausgefordert oder unterlaufen werden, wo Menschen Entgrenzung und Kontrollverlust fürchten und 388 wo sie politische Maßnahmen als übergriffige Zumutungen empfinden. An diesen inflammatorischen Punkten wird die Vehemenz gesellschaftlicher Debatten angeheizt, schnell entsteht ein Eindruck der Unversöhnlichkeit. Auch bei der Triggerpunkt-Bewirtschaftung handelt es sich um eine Form der affektiven Politisierung, die selbst dann zünden kann, wenn in der Breite der Gesellschaft *keine* substanzielle Polarisierung vorliegt. Die Macht dieser Taktik besteht darin, dass sie ad hoc und reflexhaft funktioniert (»Die spinnen doch!«), ohne ein starkes ideologisches Gerüst vorauszusetzen. Dabei kommt es oft zu konkreten Konfrontationen um temporär aufflammende Anlässe. Vielfach sind sie an gesellschaftliche Veränderungen geknüpft, die *grosso modo* eigentlich weitgehend akzeptiert werden oder sich auf dem Weg dorthin befinden: Die sozialen Platten verschieben sich, es kommt verstärkt zu

Reibungen, unvorhergesehenen Druckstellen und neuen Sensibilitäten, die dann auch wieder abgeschwächt werden können. So war die Frage der Ehe für homosexuelle Paare lange ein normatives und politisches Triggerthema. Heute ist die Aufregung längst weitergezogen, etwa zur freien Wahl der Geschlechtsidentität. Auf solche Ungleichzeitigkeiten des normativen und politischen Wandels setzen entschlossene Polarisierungsunternehmer. Bisweilen werden sie aber auch von etablierten Akteuren genutzt, die sich angesichts der Konvergenz im Zentrum voneinander absetzen wollen.

Triggerpunkte sind ernst zu nehmen, weil in ihnen oft der aktuelle Stand der Debatten um den »impliziten Gesellschaftsvertrag« aufscheint. Doch auch hier ist es wichtig, das aufgeregte Tagesgeschehen in den Kontext längerer historischer Bögen zu stellen. Nur so entgeht man der Gefahr eines »ideologischen Nostalgismus« (Rainer Forst)[7], bei dem man der getriggerten Gesellschaft unserer Tage eine vermeintlich konfliktärmere Vergangenheit gegenüberstellt. Im Rückblick werden etwa die Nachkriegsjahrzehnte allzu leicht zu einem wohltemperierten Idyll verklärt. Die harten Auseinandersetzungen, die die Bundesrepublik nach 1945 erlebte, geraten dann in Vergessen 389 heit: die (lange unterbliebene) Aufarbeitung der Naziverbrechen, die Studentenrevolte, die Wutreden von Franz Josef Strauß und Herbert Wehner samt notorischem Kommunismusverdacht, der Radikalenerlass von 1972, die Auseinandersetzungen um Abtreibung, Pershing-Raketen und die Startbahn West, die Konflikte um die Treuhand mit Massendemonstrationen und Hungerstreiks, die Pogrome gegen Asylbewerber und Migrantinnen nach der Wiedervereinigung oder schließlich die Hartz-IV-Reformen und die Proteste gegen sie, in deren Folge sich die Parteienlandschaft veränderte. Die Geschichte der Bundesrepublik ist bei näherem Hinsehen auch eine Konfliktgeschichte, deren historische Trigger heute freilich oft verblasst sind und uns umso fremder werden, je weiter sie zurückliegen. Auch hier gilt, dass selbst vehementer Streit kein Ausweis bedrohlicher Spaltungstendenzen sein

muss, sondern durchaus Teil wichtiger Selbstverständigungsprozesse sein kann.[8]

Klassenunterschiede

Bevor wir einen abschließenden Überblick über unsere Befunde zu den einzelnen Arenen geben und uns Gedanken über mögliche Formen ihrer Befriedung machen, wollen wir auf ein weiteres arenenübergreifendes Strukturmerkmal eingehen, das sich durch dieses Buch zieht und das auch in den öffentlichen Debatten seit dem »Trump-Brexit-Moment« von 2016 eine wichtige Rolle spielt:[9] die Frage der *Klassenstrukturiertheit politischer Auseinandersetzungen* und Einstellungen. Auch hier sahen wir zunächst sehr unterschiedliche Muster beim Verteilungskonflikt in der Oben-Unten-Arena und bei den »neuen« Kontroversen um Migration, Diversität und Klima. Bei ersterem Konflikt, der durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit strukturiert ist, lassen sich auch heute vor allem die umverteilungsskeptischen Meinungen der Arbeitgeber und Kleinunternehmer von den umverteilungsaffinen Einstellungen der Arbei 390 terinnen sowie der höher qualifizierten Mittelklassebeschäftigten in Sozial- und Bildungsberufen unterscheiden. Zugleich haben wir gesehen, dass diese klassenmäßigen Einstellungsunterschiede alles in allem nur wenig ausgeprägt sind – ein weiterer Hinweis auf den derzeit eher abgedimmten und demobilisierten Zustand der Oben-Unten-Konflikte. In den drei neuen Arenen ergibt sich ein anderes Muster: Hier sind es status- und bildungshöhere Angehörige der akademischen Mittelklasse, die im Schnitt progressivere Einstellungen aufweisen, während einfacher Gebildete und Arbeiter (vor allem im männlich geprägten Produktionssektor) skeptischer sind. Dieses Muster ist über die neuen Arenen hinweg verblüffend einheitlich, vor allem in Migrations- und Klimafragen ergeben sich substanzielle Klassenunterschiede.

Class matters – auch in postindustriellen Konflikten, so viel steht fest. Zugleich ist es für ein tieferes Verständnis wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass wir es hier mit relativen und graduellen Unterschieden zu tun haben, nicht mit einem fundamentalen Antagonismus. Die Beobachtung von Klassenunterschieden in Konflikteinstellungen weist auf den bedeutsamen Fakt hin, dass Weltbilder von sozialen Erfahrungen, Interessen und Identitäten geprägt werden. Sie läuft aber auf einen Reduktionismus hinaus, wenn man – von Wissenschaftlerinnen konstruierte – Klassen aufgrund dieser Unterschiede zu Protagonisten sozialer Konflikte erklärt (etwa indem man von einem neuen Klassenkonflikt zwischen Arbeitern und Akademikern spricht). Denn das bedeutet, Klassen mit mobilisierten politischen Lagern gleichzusetzen, die sie in der Realität der »demobilisierten Klassengesellschaft« nicht sind. Trifft man auf eine Sozialarbeiterin, kann man mit größerer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass sie in Sachen Migration und Klima progressivere Einstellungen vertritt, als dies bei einem zufällig ausgewählten Industrieschweißer der Fall wäre. Das bedeutet aber keineswegs, dass die Industrieschweißer als Gruppe oder auch nur mehrheitlich migrationsfeindlich oder ethnochauvinistisch eingestellt wären. Noch 391 weniger kann man deswegen von einem »neuen Klassenkampf« zwischen Arbeitern und Akademikern um Diversität und Klimaschutz reden. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die Einstellungen verschiedener Klassen höchst unterschiedliche Grade an ideologischer Konsistenz aufweisen. Je weiter man auf der sozialen Hierarchieleiter nach oben klettert, desto deutlicher kristallisieren sich die Einstellungen zu kohärenten ideologischen Bündeln, das Gefühl einer Kompetenz und Befugnis zum politischen Sprechen wächst. Unter niedriger Gebildeten, Arbeiterinnen und anderen Gruppen, denen diese Befugnis viel weniger erteilt wird, herrschen dagegen inkohärentere Positionierungen vor (siehe Kapitel 8). Klassen stehen sich nicht einfach als verfeindete Lager in der Meinungslandschaft gegenüber; es gibt innerhalb der Klassen Dissens, und auch die Art und Weise, wie

Meinungen oder politische Positionen sich jeweils bilden, ist unterschiedlich.

Sinnvoller ist es deshalb, genauer zu beobachten, *wie* Angehörige verschiedener Klassen über Konfliktthemen sprechen und dabei jeweils sehr unterschiedliche Gesichtspunkte ins Zentrum rücken. So haben wir gesehen, dass in den Diskussionen der Unterschicht sowohl bei Migrations- als auch bei Klimafragen Aspekte materieller Knappheit dominieren. Bei beiden Themen geht es um eine gerechte Verteilung von Lasten und Gütern unter dem Vorzeichen der Konkurrenz. Diskutiert wird zudem eher, was das Treiben *anderer* (vor allem der politischen Akteure) für den eigenen Alltag bedeuten könnte. In der oberen Mittelschicht hingegen stellen die Beteiligten viel stärker ihr *eigenes Handeln* in den Vordergrund, etwa bezüglich der Frage, wie man durch das Konsumverhalten zum Klimaschutz beitragen oder durch politische Partizipation die Gesellschaft verändern kann. Statt der – durch eine selbstverständliche Annahme der Knappheit geleiteten – Frage »Wer kriegt was?« stehen hier ethische Fragen wie etwa »Wie sollen wir leben?« im Vordergrund. Ganz ähnlich haben wir gesehen, dass zentrale Anliegen eines auf »kulturelle Gleichheit« ausgerichteten Linksliberalismus durchaus auch von 392 Mehrheiten in den nichtakademischen Schichten mitgetragen werden. Allerdings werden diese Anliegen dort oft eher passiv akzeptiert, als dass sich Menschen als aktive Protagonisten des Wandels begreifen. Eine subalterne Position in der Statushierarchie kann hier dazu führen, dass man die vor allem von Bildungseliten vorangetriebenen kulturellen Veränderungen als übergriffig und den eigenen Lebenserfahrungen fremd wahrnimmt. Kontroversen um Regenbogenfahnen oder Gendersprache können sich leicht zu symbolischen Klassenkämpfen verstärken, in denen Menschen etwas zurückweisen, das gefühlt »von oben« kommt – auch weil Forderungen mit einem Bildungshabitus formuliert werden, der als gekünstelt und erzwungen wahrgenommen wird. »Jetzt mal ehrlich« ist hier eine gängige Formel der Zurückweisung; der »gesunde Menschenverstand« der

einfachen Leute wird gegen die »politische Korrektheit« als offiziös wahrgenommener Sprecher in Stellung gebracht.

Diese subtilen Nuancen in der Rahmung des Problems und der wahrgenommenen Handlungsmacht drücken sich oft eher als ein Aneinander-Vorbeireden denn als handfester Antagonismus aus. Es ist aber durchaus denkbar, dass die Differenzen in Zukunft noch stärker als Klassengegensatz politisiert werden. Dafür spricht, dass Differenzen vor allem dort hervortreten, wo wir die Diskussionsteilnehmer stärker »triggern« und in die Tiefenschichten politischer Emotionen vordringen. Zu denken gibt nicht zuletzt der Befund, dass Gefühle der Wut und Veränderungserschöpfung auf den unteren Sprossen der Hierarchie deutlich stärker empfunden werden als auf den oberen Rängen. Die Ursachen dieser Gefühle zu adressieren und ihnen politisch Ausdruck zu verleihen, stellt eine dringende demokratische Aufgabe dar. Wird sie vernachlässigt, füllen Rechtspopulisten bereitwillig die Lücke. Allein schon deshalb ist es wichtig, die sozialen Wurzeln von Meinungsverschiedenheiten in den Blick zu nehmen. Dabei gilt es aber, nicht bloß mechanisch von relativen Einstellungsunterschieden auf Klassenantagonismen zu schließen, sondern genauer hinzusehen, wie ungleiche Erfahrungen von Kon 393 kurrenz, Herrschaft und Handlungsmacht die Weltbilder der Menschen prägen.

Plädieren wir in »Klassenfragen« für eine Differenzierung der Analyse, räumt unsere Studie im Hinblick auf andere Kategorien mit populären Mythen auf, in denen von sozialen Schubladen auf politische Gesinnungen geschlossen wird. Weder stechen »alte weiße Männer« laut unseren Daten in der Breite durch besonders reaktionäre Meinungen hervor, noch wird die Konfliktlandschaft nennenswert durch eine Generationenkluft oder ein Stadt-Land-Gefälle strukturiert. Selbst in Klima- und Diversitätsfragen, bei denen vermeintliche Generationenkonflikte in aller Munde sind, gibt es de facto keine großen Unterschiede zwischen den Jahrgängen. Zu nahezu gleichen Anteilen sind Jüngere und Ältere offen für klimapolitische Veränderungen, sprechen sich für Akzeptanz gegenüber Transpersonen

aus und verneinen, dass das Gendern ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung ist. Die Vorstellung, in den neuen Konfliktarenen ließen sich gesellschaftspolitische Verkeilungen der Generationen beobachten, ist nicht aufrechtzuerhalten. Auch zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund liegen einstellungsmäßig keine Welten, selbst nicht bei Themen wie Zuwanderung und Rassismus. Die vermeintlichen Gruppenunterschiede bleiben in den meisten Arenen schwach und sind keine starken Strukturgeber für Konflikte.

In der Zusammenschau der Sozialstruktur von Konflikten sowie ihrer Politisierung durch Parteien zeigt sich insgesamt, dass politische Spannungen *nicht* einfach vorgelagerte Spaltungen der Gesellschaft widerspiegeln. Auseinandersetzungen sind zwar strukturell angelegt; ob und wie sie ausgetragen werden, entscheidet sich aber am Handeln politischer Akteure. Soziale Konflikte sind nie einfach nur da, sie werden gesellschaftlich hergestellt: entfacht, angeheizt, getriggert. Politisierung erscheint aus dieser Perspektive nicht als *Folge* polarisierter Einstellungen in der Bevölkerung, sondern im Gegenteil als deren *Erzeuger*. Schismen sind vor allem dort zu finden, 394 wo politische Unternehmer, Massenmedien und Parteien umstrittene Themen besonders stark bespielen und dafür sorgen, dass sich unterscheidbare und konsistente Glaubenssysteme herausbilden.[10] Damit ist die Politisierung bestimmter Fragen kein unmittelbarer Reflex einer vorhandenen Polarisierung, sondern erst die Politisierung stellt Polarisierung her. Die Polarisierung der Bürger folgt demzufolge der Polarisierung der Parteien.[11] Die Forschung konnte in diesem Zusammenhang zeigen, dass Parteien ganz generell dazu neigen, vor allem jene Themen herauszustellen, die sie von Mitbewerbern unterscheidbar machen und die bei der Wählerschaft auf erwartbaren Zuspruch stoßen. Die Priorisierung bestimmter – umstrittener – Themen hilft dabei, Aufmerksamkeit zu erlangen; andere, über ein weites Parteienspektrum hinweg konsensuelle Themen werden zwar mitgeführt, aber tendenziell abgedimmt, weil sie wenig Mobilisierungspotenzial besitzen: Aus Nutzenkalkül sind Parteien also

besonders »laut« bei umstrittenen und »leise« bei konsensuellen Themen.[12]

Folgenreiche Spannungen entstehen dann, wenn es der politischen Angebotsseite gelingt, einen stabilen Keil zwischen Bevölkerungsgruppen zu treiben. Dies gilt in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen umso mehr: Je tiefgreifender der soziale Wandel, desto größer die Rolle der Parteien als Strukturgeber.[13] Ökonomische Restrukturierung, kulturelle Diversitätssteigerung, Prozesse der Statusumwertung, die Neuverteilung von Gewinner- und Verliererpositionen sind dergestalt allesamt Vorgänge der Destabilisierung und zugleich Neuformierung eines politischen Ordnungssystems. Transformationsprozesse dieser Art zwingen Parteien in eine aktive »Politik der Mentalitäten«, im Zuge derer die ideologischen und politischen Strategien der Parteien und Elitendiskurse insgesamt wichtiger werden. Da die Parteien zudem generell mit sinkenden Loyalitäten und losen Bindungen der Wählerschaften konfrontiert sind, sehen sie sich zunehmend gefordert, als politische Unternehmer aufzutreten. Das Bespielen von Triggerpunkten ist in dieser Situation eine attrak 395 tive Möglichkeit, alte Wählergruppen zu mobilisieren und neue zu erschließen. Und auch Polarisierungsunternehmer an den ideologischen Rändern setzen, wie wir gesehen haben, auf die »Macht der Affekte« (Chantal Mouffe).[14] Entscheidend für die zukünftige Entwicklung wird sein, ob es den etablierten Parteien gelingt, zentrale Adressaten politischer Erwartungen zu bleiben. Von ihrem Agieren hängt letztendlich ab, ob die von uns beobachtete zentripetale, anti-spalterische Gesamtlage fortbesteht, ob divergierende Interessen zusammengeführt, Affekte eingehegt und Brücken zwischen gesellschaftlichen Gruppen gebaut werden können – oder eben nicht und sich damit desintegrative Tendenzen verstärken.

Eine zerklüftete Konfliktlandschaft

Wenn wir in dieser Form das Bild einer sozial und politisch gespaltenen Kamelgesellschaft zurückweisen, sagen wir nicht, dass wir in einer konfliktarmen Friede-Freude-Eierkuchen-Gesellschaft leben. Aber statt eines die ganze Gesellschaft durchziehenden Metakonflikts nach dem Muster Kommunitaristen gegen Kosmopoliten, Konservative versus Liberale, rechtes gegen linkes Lager etc. findet unsere Untersuchung eine *zerklüftete, verkraterte Konfliktlandschaft*, die sich nur an den politisierten Rändern und unter den höher Gebildeten anhand einer klaren Lagerlogik beschreiben lässt. Deshalb haben wir die Konfliktarenen jeweils separat betrachtet und anhand ihrer je eigenen Akteurskonstellationen, Interessen, Ideen und typischen Trigger analysiert. In Abbildung 11.1 sind hierzu wichtige Ergebnisse noch einmal zusammengetragen, die wir hier nur in aller Kürze ansprechen wollen.

Bei den *Oben-Unten-Ungleichheiten* begegnet uns ein Paradox: Die Ungleichheitskritik ist ausgeprägt und nimmt im Zeitverlauf zu, ohne dass dies bislang zu einer starken öffentlichen Mobilisierung ge 396 gen die objektive Verschärfung materieller Ungleichheiten geführt hätte. Wir beobachten eine Gleichzeitigkeit von Kritik und Akzeptanz, die wohl auch in einer politisch nur schwachen Artikulierung des Konflikts wurzelt. Wie erwähnt, fallen die Unterschiede sowohl zwischen den Klassen als auch zwischen den Elektoraten in dieser Arena eher schwach aus; und obwohl Auseinandersetzungen zwischen Oben und Unten von den meisten als grundsätzlich äußerst virulent beschrieben werden, stehen sie nicht im Zentrum öffentlicher Kontroversen. Man kann mit gutem Grund von einer »demobilisierten Klassengesellschaft« sprechen, wie wir das mit Klaus Dörre tun.

Die Akzeptanz (oder das Ausbleiben von Aufbegehren) hat auch mit tief eingewurzelten meritokratischen Normen zu tun, die in ganz unterschiedliche Richtungen ausgedeutet werden können: als Anrecht, für harte Arbeit auch einen angemessenen Ertrag zu erhalten, als Belohnung von Unternehmertum und ökonomischem Risiko oder als Gratifikation für Bildung und Qualifikation. Vor allem in den bildungsarmen Gruppen und

in den arbeiterlichen Klassen entsteht so eine eigentümliche Melange aus starker Ungleichheitskritik bei gleichzeitiger Skepsis gegenüber staatlicher Umverteilung, die »die Falschen« begünstigen könnte. Zur moralischen Ökonomie breiter arbeitnehmerischer Schichten gehört auch, dass es eine Abgrenzung »nach unten« gibt, und zwar gegenüber denjenigen, denen der Anspruch auf Hilfe abgesprochen wird, weil sie aufgrund von Status, Verhalten oder kulturell-sozialen Kriterien als nicht berechtigt angesehen werden. Es gibt einen moralisierten Wettbewerb um legitime Ansprüche, durch den Vorstellungen von Respektabilität durchgesetzt werden. Moralisierung findet allerdings – bezogen auf die gesellschaftliche Hierarchie – nach unten wie nach oben statt: Eine vermeintliche »soziale Hängematte« wird ebenso abgelehnt wie »leistungsloser Reichtum«. Das ergibt ein insgesamt verworrenes Bild. Auch in der oberen Mittelschicht existieren zwar, neben starken meritokratischen Orientierungen, Sorgen um soziale Verwerfungen[397], aber diese bleiben alles in allem eher abstrakt und werden teilweise von der Sorge um höhere Steuern und Abgabenlasten konterkariert. Ob sich verteilungspolitische Fragen auch in Zukunft durch eher schwache Mobilisierung und niedrige Konfliktintensität auszeichnen werden, ist dennoch nicht abzusehen. Situationen anhaltender Knappheit, Inflation, Wohnen als neue soziale Frage und Abstiegsängste können hier zu Unruhe und zu einer höheren Bereitschaft zu Sozialprotesten führen; allerdings sind für eine solche Mobilisierung unverbrauchte und politisch »anziehende« Leitakteure notwendig, die bislang nicht in Sicht sind.

In unserer zweiten Arena, bei den *Innen-Außen-Ungleichheiten*, verläuft eine Grundspannung zwischen jenen, die Offenheit gegenüber Migration befürworten, und jenen, die hier zurückhaltender oder sogar ablehnend sind. Die Pole »open borders« versus vollständige Geschlossenheit sind aber allenfalls idealisierte Außenseiterpositionen. Gesellschaftlich dominiert eine Haltung, die man als *bedingte Inklusionsbereitschaft* bezeichnen könnte. Weit verbreitet ist heutzutage die Einsicht, dass Deutschland zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist und dass es

kaum möglich sein wird, zu einer ethnisch-nationalen Vergemeinschaftungsform mit entsprechend strengen Ausschlussregeln zurückzukehren. Zugleich unterstützen nur wenige weitgehend offene Grenzen oder den kompletten Wegfall von Zugangsbeschränkungen. Die Befürwortung von Zuwanderung und die Bejahung mitgliedschaftlicher Anrechte werden unter dem Vorzeichen bestimmter Vorbedingungen und Einschränkungen verhandelt. Hier spielen das wahrgenommene Ausmaß der Notsituation, die kulturelle oder soziale Nähe und an sie geknüpfte Integrationserwartungen sowie die Anstrengungen der Migranten eine Rolle. Eine »Willkommenskultur« ist dann auszumachen, wenn die »gefühlte« kulturelle Fremdheit begrenzt bleibt, wenn »echte« humanitäre Migrationsgründe vermutet werden oder wenn Zuwanderung als arbeitsmarktkompatibel (oder gar vorteilhaft zur 398 Fachkräfte- und Wohlstandssicherung) angesehen wird. Umgekehrt wird auf Ausschluss gedrängt, wenn Integrationsprobleme und kulturelle Andersartigkeit vermutet oder rein »ökonomische« Motive zugeschrieben werden.

Unterlegt sind diese Haltungen durch Vorstellungen von Zugehörigkeit, durch das Interesse an der Sicherung ökonomischer Ressourcen (etwa in der Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen oder wohlfahrtsstaatliche Leistungen) und Ängste vor Sicherheitsverlust. Geflüchtete, Asylsuchende und Menschen islamischen Glaubens stehen dabei oftmals im Fokus der Ablehnung, wobei rassistische Stereotype, Islamophobie und die Verteidigung von Etabliertenvorrechten jeweils unterschiedliche, aber doch verbundene Hintergrundmotive darstellen.[15] Im Zeitverlauf können wir aber keinen migrationsskeptischen *Backlash* beobachten; auf der Ebene der Bevölkerung gibt es seit den neunziger Jahren sogar eine leichte Zunahme migrationsfreundlicher Haltungen – trotz »Migrationskrise« 2015/16 und eines starken Wachstums der migrantischen Bevölkerung.[16] Dennoch erweist sich die Innen-Außen-Arena im Vergleich als jene, in der die stärkste Polarisierung herrscht. In sozialstruktureller Hinsicht ist das Bild eines »kosmopolitischen Oben« und eines auf Schließung setzenden »kommunitaristischen Unten« dahingehend zu präzisieren, dass neben Gruppendifferenzen unterschiedlich stark geschlossene

Einstellungssysteme zu finden sind: Die Haltungen der akademischen Mittelklassen sowie der einkommensstarken Schichten weisen konsistenter auf Inklusionsbereitschaft hin, innerhalb der einfachen arbeitnehmerischen Schichten streuen die Positionen dagegen breiter. Die politische Grammatik von Arbeiterinnen und Arbeitern lässt sich aber trotz größerer Migrationsskepsis nicht auf einen Rechtsdrift reduzieren: Vielmehr zeigt sich ein ausgeprägtes Unrechtsbewusstsein aufgrund verletzter Leistungs- und Anerkennungsvorstellungen, welches sich vielfach in Form einer exkludierenden Konkurrenz zu vermeintlich trittbrettfahrenden Migranten äußert. Allerdings kann sich daraus 399 ein kohärentes, ideologisches Weltbild der Xenophobie und des Chauvinimus formen.[17]

In der Arena der *Wir-Sie-Ungleichheiten* stellen wir eine umfassende Liberalisierung fest, die von politischen, institutionellen und rechtlichen Öffnungsprozessen vorbereitet und begleitet wurde. Im Gleichschritt mit diesen Lockerungsübungen lässt sich ein umfassender Wertewandel konstatieren, der das Korsett akzeptierter Lebensweisen aufschnürt und den Weg zu diversen und gleichberechtigten Modellen sowie Autonomieansprüchen ebnet. Diese »stille Revolution« (Ronald Inglehart)[18] schwächt Pflicht- sowie Konformitätswerte und stärkt kulturelle Offenheit, Diversität und Selbstentfaltung als wirkmächtige Leitvorstellungen.[19] Dabei ist diese Entkonformisierung nicht auf einzelne Milieus oder Schichten beschränkt, sondern zu einem Breitenphänomen geworden. Das populäre, vor allem an Didier Eribon[20] geschulte Narrativ eines mehrheitlich homophoben und chauvinistischen Arbeitermilieus muss korrigiert werden. Die Einstellungen zur Homosexualität und zu Transpersonen sind weniger sozial strukturiert, als man vermuten würde. Auch wenn Unterschiede bleiben: Die gesellschaftspolitische Liberalisierung ist ein Massenphänomen in Stadt und Land, in den oberen und unteren Schichten, in den verschiedenen Generationen.

Allerdings hat diese Liberalisierung auch Grenzen. Versteht man Toleranz nicht nur als »Erlaubnistoleranz«, die anderen zubilligt, gemäß

eigenen Vorstellungen zu leben, sondern als Ausdruck gegenseitigen Respekts ungeachtet grundlegender Unterschiede, dann werden Einschränkungen sichtbar:[21] In unserer Studie zeigt sich, dass Vorbehalte gegenüber Diversität vor allem dann artikuliert werden, wenn Anerkennung über ein reines Hinnehmen (»Jeder nach seiner Fasson«) hinausgehen soll. Am stärksten ist die Gegenwehr, wenn eigene Identitätsansprüche und Verhaltensgewohnheiten irritiert werden, was sich besonders im Konflikt um die »richtige« Sprache zeigt. Ist diese für die einen Trägerin von Diskriminierung, ist sie für ande 400 re eine habitualisierte und unpolitische Kommunikationspraxis, die man sich nicht vorschreiben lassen will. Sprachpolitische Interventionen, selbst wenn sie als gut gemeinte Aufforderungen daherkommen, treffen auf starke Reaktanz. In der Wir-Sie-Arena erhitzen sich die Gemüter nicht zuletzt deshalb so leicht, weil artikulierte Anerkennungsansprüche häufig auf eigene Identitätskonstruktionen zurückwirken und es zumutungsreich scheint, als privat empfundene Einstellungen, Sinnzuschreibungen und Lebenspraktiken durch Dritte politisiert zu sehen. Wir-Sie-Ungleichheiten stehen exemplarisch dafür, dass das Private politisch wird und neue Formen der Subpolitik entstehen.[22]

Wenn man bedenkt, dass es in der Bundesrepublik seit gut fünf Jahrzehnten eine Umweltbewegung gibt und dass die Grünen schon 1983 in den Bundestag eingezogen sind, ist die *Heute-Morgen-Arena* zwar keineswegs »neu«, aber in der Breite der Bevölkerung hatten ökologische Fragen lange Zeit keine Priorität. Welche hohe Salienz sie im Verlauf der letzten Dekade erhalten haben, zeigt sich darin, dass in allen Statusgruppen, in allen Geburtskohorten der Klimawandel als wichtiges und drängendes Problem benannt wird. Dass es Klimawandel gibt und dass er die Existenz der Menschheit bedroht, wird allenfalls von einer sehr kleinen, zumeist unbelehrbaren Minderheit bestritten. Viel wichtiger für die Strukturierung des Konflikts ist die Frage der Verteilung von Kosten und Lasten der ökologischen Transformation. Auch die Veränderungsdynamik spielt für die Interessenlagerung eine zentrale

Rolle. Einigen Gruppen geht alles viel zu schnell, sie sehen bisherige, vor allem ökonomische Errungenschaften in Gefahr; andere machen Tempo, angesichts der Dramatik der Veränderungen sei weiteres Zuwarten nicht mehr hinnehmbar. Der Grundkonflikt verläuft hier zwischen einem klimapolitischen »Sofortismus« (so ein anschaulicher Begriff von Rainald Goetz) und den Ängsten, die schneller Wandel und radikale Veränderungen auslösen. Auch innerhalb der Umweltbewegung selbst
401 können »Zeitkonflikte« stärker hervortreten, beispielsweise zwischen einer grünen Partei in Regierungsverantwortung und einer Klimabewegung, die sich gegen »faule Kompromisse« auf Kosten zukünftiger Generationen stellt. Symbolisch stehen dafür die heftigen Auseinandersetzungen um den Abbau der Braunkohle unter dem kleinen Dorf Lützerath im Januar 2023.

Bislang ist die Klimaarena nur in Ansätzen sozialstrukturell auskonturiert, wir können sie jedoch als *Klassenthematik im Werden* begreifen. Es mag politisch geboten sein, die sozialökologische Transformation vor allem als Thema der Wirtschaftsweise und der politischen Regulierung zu verhandeln und sich einem Verständnis entgegenzustellen, das die Klassenstrukturierung zum Thema macht, doch dies verdeckt wesentliche Verteilungskonflikte, die mit dieser gesellschaftlichen Umwälzung verbunden sind. Analytisch geht es darum, genauer herauszufinden, warum sich Gegnerschaften rund um bestimmte Maßnahmen formieren und welche Anliegen in unterschiedlichen Statuslagen geteilt oder abgelehnt werden. Erst dann lassen sich Klimakonflikte verstehen, und erst dann kann man über Reformkonzepte nachdenken, die eine Chance auf breite Zustimmung haben.

Bei aller Einigkeit über die Notwendigkeit von Klimaschutz werden vor allem in den einfachen arbeitnehmerischen Schichten Zielkonflikte zwischen Klimapolitik und wirtschaftlichem Wohlstand gesehen. Verlustängste können zu Blockadehaltungen führen, auch wenn das Problem als solches anerkannt wird. Eine »Ökologie der Arbeiterklasse« muss daher stärker in Begriffen wie »soziales Interesse« oder »materielle Sicherheit« gedacht werden. Anders ist dies bei den akademischen

Mittelschichten, die viel eher durch wissenschaftliche Diskurse und Erkenntnisse ansprechbar sind. Symbolische Konflikte um eine nachhaltige oder klimagerechte Lebensweise spielen ebenfalls eine Rolle und bringen die Mittelschichten in eine »bessere« Position, auch wenn ihr ökologischer Fußabdruck faktisch deutlich größer ist. In unseren Diskussionsgruppen wurde zu 404 dem deutlich, dass bestimmte Aspekte der Klimathematik mit der Oben-Unten-Arena zusammenhängen – etwa wenn es um Klimagerechtigkeit und die Belastung unterschiedlicher Gruppen geht; andere standen eher mit der Wir-Sie-Arena in Verbindung – zum Beispiel die Forderung nach Verhaltensänderungen, die von den Adressaten als moralisch motiviertes Rütteln an Konventionen analog zur gendergerechten Sprache verstanden wird; wieder andere überraschenderweise mit der Innen-Außen-Arena, etwa wenn beim Klimaschutz ein Standortnationalismus ins Spiel kommt.

	Oben-Unten-Arena	**Innen-Außen-Arena**	**Wir-Sie-Arena**	**Heute-Morgen-Arena**
Gesamtbild	»demobilisierte Klassengesellschaft«: Konkurrenz und individualisierte Strategien statt Klassenkampf Ungleichheitsparadox: Gleichzeitigkeit von Kritik und Hinnahme Meritokratieglaube und Deservingness als Stützen der Ungleichheit	Akkommodation in der Migrationsgesellschaft, Inklusionsbereitschaft mit Vorbedingungen Unterscheidung (un)erwünschter Migranten, partieller Abwehrnationalismus eingespielte Debatten: »gute Migranten, schlechte Migranten«	liberalisierter Konsens der »Erlaubnistoleranz« Streitpunkt: stillschweigende Eingemeindung der Anderen als »Normale« versus öffentliche Anerkennung als Besondere und Hinterfragen der tradierten Norm	Dynamischer, noch unvollständig auskonturierter Konflikt Problembewusstsein breit geteilt, aber soziale und wirtschaftliche Zielkonflikte »Zeitkonflikte« um Priorisierung jetziger vs. zukünftiger Interessen
soziale Strukturierung des Konflikts	moderat: Umverteilungseinstellungen klassenstrukturiert (Besitzende vs. Lohnabhängige) Ungleichheitskritik aber klassenübergreifend Meritokratieglaube stärker in unteren Schichten	stärker: Bildungs- und Klassenunterschiede größere Offenheit der oberen Mittelklassen stärkere Schließungsorierung und Konkurrenzwahrnehmung bei Arbeitern, aber große Varianz der Haltungen	eher gering: klassenübergreifende Ablehnung von Diskriminierung *und* intervenierender Sprachpolitik untere Schichten etwas skeptischer gegenüber öffentlicher Thematisierung von Diskriminierung und Differenz	moderat, aber Klassenkonflikt im Werden: verschiedene Ökologien der Arbeiter- und Mittelklasse stärkere Transformationsängste unten »ökologische Distinktion« der oberen Mitte

Abb. 11.1: Ungleichheitsarenen – Zusammenschau der Befunde

Außenpole im sozialen Raum (Klassen)	Arbeiter und kulturelle Experten vs. Besitzende (Arbeitgeber und Kleinunternehmer)	akademische Experten vs. Produktionsarbeitende	akademische Experten vs. Produktionsarbeitende	akademische Experten vs. Produktionsarbeitende
Außenpole im politischen Raum (Wähler)	Linke vs. FDP	Grüne vs. AfD	Grüne vs. AfD	Grüne vs. AfD
Trigger	unverschuldete Armut, unverdienter Reichtum Sozialbetrug als Reziprozitätsverletzung Bruch moralisierter Leistungsimperative	»Vordrängler in der Warteschlange«, Anspruchskonkurrenz Kontrollverlust, Überlastung empfundene Überfremdung, kulturelle Distanz	»Sonderrechte« Political Correctness als Vorgabe »von oben« Reaktanz gegen sprachpolitische Eingriffe Irritierte Routinen	Tempo der Transformation ungerechte Lasten ökologische Bevormundung Maßnahmenzweifel
mögliche Befriedungsformeln	investive Sozialpolitik, gesicherte Daseinsvorsorge Tarifpolitik Steigerung der Umverteilungskapazität	gesteuerte Migration Ermöglichung von Integrationsperspektiven begründeter Humanitarismus	Verrechtlichung von Gleichstellung inklusive Anerkennungspolitik	soziale Flankierung der Transformation Kompensation, faire Lastenverteilung, öffentliches Eigentum, Beteiligungen

Durch alle Arenen ziehen sich bestimmte *moralische Universalien*, die in jeweils unterschiedlichen Färbungen in Anschlag gebracht werden: Erstens spielen *Deservingness*-Urteile eine entscheidende Rolle in der moralischen Ökonomie, also die Vorstellung der (fehlenden) Verdientheit bestimmter Anrechte. Negativ gewendete Deservingness-Urteile treffen nicht nur die Empfänger staatlicher Transfers, sie werden auch Migrantinnen entgegengebracht, die nur dann Unterstützung erfahren sollen, wenn sie sich anstrengen und integrieren. Zweitens ist das Thema der fairen Lastenverteilung und der Gleichbehandlung fester Bestandteil arenenübergreifender moralischer Repertoires. Vorstellungen von *Gerechtigkeit und Fairness* orientieren sich an Alltagsüberzeugungen der Angemessenheit und einem Unrechtsbewusstsein, das auf die Allgemeingültigkeit von Prinzipien wie Gleichbehandlung, Bedarfs- oder Leistungsgerechtigkeit pocht. Drittens machen Menschen bestimmte *Normalitätserwartungen* geltend: Sie sind reservierter, wenn Gruppen im Verhalten, im Auftreten oder im kulturellen Selbstausdruck von dem abweichen, was als kulturell »erwartbar«, konform und wertemäßig integriert erscheint. Dabei werden Vorstellungen von Konformität in moralische Urteile – beispielsweise über Lebensstile – übersetzt; sie

beeinflussen, was man diesen Gruppen zubilligt. Sich einpassen, auf Mehrheiten Rücksicht nehmen, es nicht übertreiben: Solche Bewertungen laufen permanent mit, wenn es um die Frage geht, wessen Ansprüche legitim sind.

405 Auf der Ebene arenenübergreifender diskursiver Muster fällt zudem die Figur der *Anspruchsabwehr* ins Auge, die vor allem als Reaktion auf progressive Vorstöße zum Tragen kommt. Insbesondere in der Wir-Sie- und in der Heute-Morgen-Arena konnten wir feststellen, dass die Arena als Ganzes eher von liberal-progressiven Werten dominiert ist. Selbst Konservative kommen nicht umhin, sich zumindest zu Formeln wie Klimaschutz und Vielfalt zu bekennen. Diese Werte, einstmals progressive Schlüsselbegriffe, werden heute wenigstens der Rhetorik nach von fast niemandem mehr infrage gestellt. Einwände werden aber auf der Ebene der Umsetzung oder bestimmter *policies* formuliert. Skeptiker weichen von einer Kritik an der Substanz (Toleranz und Klimaschutz) auf eine Kritik an der Umsetzung aus, die dann in Vorwürfen wie »übertrieben« und »zu viel« und »nicht durchdacht« ihren Ausdruck findet. Die konservative Seite sieht sich tendenziell in einer Verteidigungsposition, empfindet progressive Öffnungsbewegungen als zu schnell und zu rücksichtslos; man befürchtet ein Übermaß an disruptiver Energie. Ein Grundmuster ist daher die Anspruchsabwehr mit wechselnden Begründungen etwa moralischer Natur (»Da kann ja jeder kommen«), instrumentell-technisch (»Wie soll das gehen?«), mit dem Slippery-slope-Argument (»Wo kommen wir denn da hin?«) oder als Güterabwägung (»Wir können doch nicht X aufgeben, um Y zu tun«).[23] Immer wieder stoßen wir dabei auch auf die Anrufung eines gesunden Menschenverstandes, der als Kompass bei der Bewertung von Lebensweisen, normativen Forderungen und moralischen Fragen herangezogen wird. Zwar gibt es auf der konservativen Seite auch Skepsis und Abwehr gegenüber gesellschaftlicher Veränderung als solcher (sei es die sozialökologische Transformation oder die »Revolution kultureller Gleichheit«), doch in der Breite der Bevölkerung äußert sich dies meist nicht als ideologisch fundierter Antiliberalismus. Viel eher spielt hier die reaktive Ablehnung bestimmter – als besonders exzessiv empfundener –

Forderungen eine zentrale Rolle, die als Verkörperungen unzureichend verarbeiteter Veränderungs 406 prozesse fungieren. Der alltägliche Konservatismus speist sich eher aus einer Verteidigung des intuitiv Normalen sowie aus Empfindungen des Anschluss Verlierens und Überrollt-Werdens denn aus ideologisch begründetem Legitimitätsglauben.

Eine letzte alle Ungleichheitsarenen durchziehende Figur ist die des *komparativen Seitenblicks*: Viele moralische Urteile haben eine nationale Schlagseite. Wann immer kritisch auf Ungleichheiten geschaut wird, kommt eine vergleichende Perspektive mit ins Spiel, die dazu dient, Zustände zu relativieren, erkannte Probleme für weniger dringlich zu halten oder einfach auf die Not anderer aufmerksam zu machen. Der Partikularismus der nationalen Gemeinschaft leitet Vorstellungen von Zugehörigkeit und Inklusionsbereitschaft an, er ist auch maßgebend, wenn sich die Frage nach dem eigenen (nationalen) Beitrag zum Klimaschutz stellt oder wenn eigene »Errungenschaften« bei der Gleichstellung oder bei der Begrenzung von Ungleichheiten im Lichte der Entwicklungen anderswo betrachtet werden. In unseren Fokusgruppen wurde immer wieder auf die USA, den Globalen Süden oder China verwiesen, um sich selbst in ein durchaus positives Licht zu rücken. Wenn andernorts exzessive materielle Ungleichheiten aufklaffen, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern einzementiert scheinen, homo- und transfeindliche Gesetze in Parlamenten verabschiedet werden oder die ökologische Frage als nachrangig behandelt wird, dann versichert man sich gern, wie positiv, fortschrittlich und angemessen viele Dinge »bei uns« geregelt seien. Auf diese Weise kann der komparative Blick zu politischer Entlastung und einem Sich-Bescheiden führen. Mit einem allfälligen *Whataboutismus* wird der Kritik an »Binnenungleichheiten« der Wind aus den Segeln genommen. Diese erscheinen dann sogar als Luxusprobleme oder Klagen auf einem insgesamt hohen Niveau. Der sich weitende Blick, die Zunahme an Informationen über andere Weltregionen und eine globale Perspektive auf soziale Probleme können nationale Partikularismen überwinden und die Ungleichheitsfrage neu skalieren. Sie

können aber auch die Probleme »zu Hau 407 se« weniger dramatisch erscheinen lassen und so beschwichtigend wirken.

Konfliktbefriedung?

Gesellschaftlich und politisch stellt sich für alle Konflikte die Frage nach der Bearbeitungsfähigkeit, nach den Verfahren und Möglichkeiten der Regulierung. Verfügt die Gesellschaft über die Kapazitäten, Auseinandersetzungen nicht nur auszutragen, sondern auch zu befrieden? Man kann wohl davon ausgehen, dass »unbehandelte« Konflikte so etwas wie soziale Entzündungsherde darstellen. Wie viele aktuelle Beispiele zeigen, sind auch Demokratien nicht davor gefeit, dass sich unversöhnliche Haltungen herausbilden, die das politische System insgesamt destabilisieren können. Tendenzen der Radikalisierung, des Denkens in Freund-Feind-Schemata und die Entzivilisierung der Konfliktaustragung sind hierbei wesentliche Zutaten, die es immer schwerer machen, Auseinandersetzungen einzuhegen.

Deshalb stellt sich die Frage, welche politischen und gesellschaftlichen Mittel es gibt, um mit Ungleichheitskonflikten umzugehen: Welche Mittel der Pazifizierung kommen in den Arenen zum Zuge? Welche Abklingbecken braucht es, welche Kompensationsressourcen, welche Befriedungsformeln? Wir können an dieser Stelle keine Rezepte für das politische Tagesgeschäft ausstellen. Statt einen Maßnahmenplan zu präsentieren, wollen wir im Lichte unserer Befunde allgemeinere Überlegungen dazu anstellen, welches die Korridore und generellen Stoßrichtungen sein könnten, entlang derer Konflikte produktiv bearbeitet werden können. In Kenntnis der Interessenlagerungen, der moralischen Repertoires und der Positionierung sozialer Gruppen geht es um eine Kartierung des Terrains gesellschaftlicher Akzeptanz und Zustimmungsfähigkeit, nicht um die Suche nach normativ anspruchsvollen Lösungen. Wiederum ist unsere Prämisse, dass Konflikte

zu Prozessen des sozialen Wandels 408 notwendigerweise dazugehören, es für Politik und Gesellschaft aber darauf ankommt, mit ihnen so umzugehen, dass unterschiedliche Ansprüche Gehör finden und die Interessen breiter Bevölkerungskreise berücksichtigt werden.

Ganz allgemein werden Konflikte dadurch befriedet, dass man für alle Beteiligten akzeptable Kompromisse erzielt und diese auf Dauer stellt. Ebendies ist Gegenstand des erwähnten »impliziten Gesellschaftsvertrags«, über den sich eine Selbstbindung sozialer Gruppen an Kompromisse erzielen lässt. Dabei kommt der Schaffung moralisch plausibler institutioneller Arrangements eine Schüsselfunktion zu. *Moralisch plausible Institutionen* – so ein Begriff von Claus Offe[24] – zeichnen sich dadurch aus, dass sie anschlussfähig sind an den Alltagssinn für Gerechtigkeit und Angemessenheit. Sie greifen vorhandene moralische Repertoires auf, ohne in ihnen aufzugehen. Moralisch plausibel ist ein institutionelles Arrangement, wenn es gegen Einwände mangelnder Fairness erfolgreich verteidigt werden kann und »in den Augen der Betrachter« allgemeine Vorstellungen der Angemessenheit erfüllt.[25] Auch die Art und Weise, wie solche institutionellen Lösungen zustande kommen – die prozedurale Seite –, sollte Ansprüchen an breite Beteiligung und faire Aushandlung genügen. Unter den Bedingungen moralischer Plausibilität ist es zudem wichtig, jenen Gruppen eine konstitutive Rolle einzuräumen, die in einer Gesellschaft Nachteilspositionen innehaben oder von einer Regelung unmittelbar betroffen sind. Auch wenn es im Hinblick auf zu lösende Konflikte keine epistemische Trumpfkarte der Betroffenen oder Marginalisierten gibt, die sie gegen alle anderen ausspielen können, braucht es eine Bereitschaft und Selbstverpflichtung der »Mehrheitsgesellschaft«, die eigene Perspektive – oder besser: ihre Binnenmoral – zu dezentrieren und für andere Argumente, Perspektiven und Erfahrungen zu öffnen.

Damit haben wir aber noch lange keinen Wegweiser, der die genaue Richtung vorgibt und uns sagt, wie wir dorthin kommen. Der Ausgang von Konflikten ist weitgehend offen und hängt sowohl an 409 Kräfteverhältnissen politischer, ökonomischer und diskursiver Natur

als auch an prozeduralen Fragen. Die Formel der moralisch plausiblen Institutionen ist zunächst ein recht abstraktes Angebot, das in Aushandlungsprozessen konkretisiert werden muss. Daher kann sie allenfalls als Richtschnur der Bewertung politischer Lösungsvorschläge dienen. Der Mehrwert moralisch plausibler institutioneller Arrangements besteht darin, dass nicht nur der oder die Einzelne sicher sein kann, hinreichend berücksichtigt zu werden und für sich einen gerechten Anteil reklamieren zu können; moralische Plausibilität bedeutet auch, dass man berechtigterweise annehmen darf, den anderen käme der gefundene Verteilungs- oder Anerkennungsmodus ähnlich fair vor und motiviere sie, sich mit eigenen Beiträgen zu beteiligen oder sich normativ gebunden zu fühlen. Sind institutionelle Arrangements so gebaut, entsteht Vertrauen, dass Anlässe für Trittbrettfahren minimiert werden und »defektes« Verhalten unwahrscheinlich wird. Deswegen ist es erstrebenswert, die Gerechtigkeitsfrage in institutionellen Designs nicht nur als Restgröße zu betrachten, sondern als elementar. Nur wenn nach einem allgemeinen Gerechtigkeitsverständnis davon ausgegangen werden kann, dass ungleiche Leistungsfähigkeit hinreichend Berücksichtigung findet, systematische Bevorteilungen oder Benachteiligungen minimiert oder ausgeschlossen werden und dass sich breite gesellschaftliche Gruppen gesehen und repräsentiert fühlen, lassen sich die motivationalen Grundlagen für große Veränderungen sichern.

Was bedeutet das Gesagte für die einzelnen Arenen? In der Oben-Unten-Dimension werden zwar sehr wichtige ökonomische Verteilungsfragen verhandelt, zugleich ist diese Arena besonders institutionalisiert. Die Ungleichverteilung gesellschaftlicher Erträge sowie asymmetrische Markt- und Klassenbeziehungen prägen diese Arena, sie ist aber zugleich aufs Engste mit der Regulierung von Arbeitsbeziehungen und dem Ausbau sozialstaatlicher Arrangements verknüpft. Mit der Etablierung und Anerkennung von Gewerkschaften, 410 kooperativen Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, der umfassenden staatlichen Regulierung von Märkten (beispielsweise der

Arbeitsbedingungen, des Kündigungsschutzes und zuletzt durch den Mindestlohn) sowie über Steuern und Transfers organisierter Umverteilung steht ein ganzer Instrumentenkasten zur Bearbeitung des (industriegesellschaftlichen) Klassenkonflikts zur Verfügung. Allerdings sind nicht alle »Klassenprobleme« gelöst, und es lassen sich, angetrieben von Globalisierung und Tertiarisierung, auch Konturen neuer Klassenlagen ausmachen.[26] Sozialstrukturell gibt es eine »Öffnung nach unten« mit einer Aushärtung von Armutslagen, schwachen Aufstiegschancen und einer neuen Unterschicht, die politisch wenig integriert ist und der auch Mobilisierungsressourcen und Bündnispartner fehlen.[27]

Unsere Analysen zeigen, dass der Staat zwar als zentraler Adressat für die Herstellung sozialer Sicherheit angesehen wird, nicht aber als Gleichmacher in einem umfassenden Sinn.[28] Trotz der Kritik an unverschuldeter Armut einerseits und unverdientem Reichtum andererseits gibt es keine gleichlaufende oder ähnlich starke Befürwortung für eine Umverteilung von oben nach unten. Dass der Staat Verantwortung bei der Alterssicherung oder Gesundheitsversorgung übernehmen soll, wird bis auf wenige Ausnahmen geteilt; konkrete Umverteilungsmaßnahmen treffen aber auf eine gewisse Reserviertheit, und dies nicht nur bei Gruppen, die dann wohl größere Lasten tragen müssten. Hinzu treten die Vorbehalte gegenüber möglichen Empfängern von Transfers, denen man ihre Anstrengungen nicht abnimmt oder deren materieller Besserstellung man aus kulturellen oder moralischen Gründen eher skeptisch gegenübersteht.

Fragt man nach zustimmungsfähigen Programmatiken, so sticht die starke, fast gesellschaftsübergreifende Unterstützung für *investive Sozialpolitik*[29] heraus, also Maßnahmen und Instrumente, die auf Bildung, Qualifizierung und »Enabling« zielen und damit gewissermaßen die Normalvorstellung investiver Statusarbeit abbilden. Der Staat soll seine Ressourcen vorausschauend, planerisch und im Hin 411 blick auf Erträge (etwa Humankapitalbildung) einsetzen. Doch auch eine Erweiterung der Umverteilungskapazität, vor allem bei den Vermögen und Erbschaften, gilt

als wünschenswert, ebenso politische Angebote, die sich unter dem Stichwort *Infrastrukturstaat* subsumieren lassen. In den letzten Jahren ist deutlich geworden, welche Bedeutung staatliche Infrastrukturentwicklung und -sicherung – man denke an die Energieversorgung, den Gesundheitsbereich, die Digitalisierung oder die Bildung – für ein funktionsfähiges Gemeinwesen haben. Die augenscheinlichen Mängel und das Bewusstsein dafür, dass rein marktwirtschaftliche Organisationsformen kaum geeignet sind, Angebote der Daseinsvorsorge in der Fläche und der notwendigen Qualität zu erbringen, haben den Blick auf den Staat verändert. Hier kommt es darauf an, Leistungs- und Handlungsfähigkeit auszubauen.

Welche politischen Ansätze und Kompromissformeln sind in der Innen-Außen-Arena in der Diskussion und möglicherweise tragfähig? Über ein breites politisches und soziales Spektrum hinweg kann im Moment wohl etwas als konsensfähig gelten, das sich als »gesteuerte Migration« bezeichnen ließe. Weitgehend unumstritten sind die offenen Grenzen innerhalb des Schengenraums, deutlich kritischer wird Migration aus dem subsaharischen Afrika oder aus arabischen Ländern gesehen, die mit »Integrationsproblemen« verbunden wird. Angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels hat sich in weiten Teilen der Gesellschaft zwar die Einsicht durchgesetzt, dass Zuwanderung notwendig ist, allerdings soll diese so gestaltet werden, dass vor allem Fachkräfte angezogen werden und dass politisch sichergestellt wird, dass Integration gelingt. Dementsprechend trifft die Rekrutierung von Fachkräften über Punktesysteme auf große Akzeptanz, wird sogar als vorbildhaftes Modell zum Migrationsmanagement betrachtet. Diese auf Nutzenkalküle und Integrationserwartungen ausgerichtete Perspektive ist gesellschaftlich mehrheitsfähig, allerdings gibt es auch Zwei 412 fel an den Handlungskompetenzen staatlicher Akteure – etwa mit Verweis auf das defiziente Schulsystem und den Wohnraummangel. Anders gelagert und kontroverser ist der Blick auf humanitäre Migration. Hier treten die Befürchtungen vor Kontrollverlusten, vor einer »Einwanderung in die

Sozialsysteme« oder gar vor einer »Überfremdung« deutlich stärker hervor. Das dominante Framing stellt dabei nicht das Recht auf Asyl oder den Flüchtlingsschutz selbst infrage, sondern kritisiert die durch die rechtlichen Verpflichtungen gesetzten »falschen Anreize« oder gleich ganz pauschal die Dysfunktionalität des Schutzsystems, welches statt »echter Flüchtlinge« vor allem »Wirtschaftsmigranten« anziehe. Auf der anderen Seite dominiert ein Verständnis, das den globalen Verpflichtungscharakter gegenüber den vielfältigen Formen humanitärer Migration betont, kulturelle Unterscheidungen (und damit auch rassistische Ungleichbehandlungen) ablehnt und sich auf grundlegende Menschenrechte bezieht.

Wie gesagt: Das Gros der Bevölkerung ordnet sich zwischen diesen beiden Positionen ein; man wünscht sich auch im Asylsystem wenigstens minimale Konditionalisierungen, um Missbrauch und eine Überforderung der Aufnahmekapazitäten zu verhindern. Man bekennt sich zu normativen und rechtlichen Verpflichtungen, wie sie durch das Asyl- und Flüchtlingsrecht kodifiziert sind, sorgt sich aber hinsichtlich des staatlichen und gesellschaftlichen Umgangs mit dieser Aufgabe. Eine Kompromissformel, in der sich möglicherweise große Teile der Bevölkerung wiederfinden könnten, lautet: geregelte Einwanderung einerseits, begründeter und zahlenmäßig »beherrschbarer« Flüchtlingsschutz andererseits. Soweit Aufnahme, Verteilung und Eingliederung gelingen, wird in diesem Teil der Bevölkerung die Bindung an universalistische Normen durchaus unterstützt; bei erkennbaren Problemen können Vorbehalte aber leicht aktiviert werden, weshalb dem politischen Handeln und raschen (Nach-)Steuern – auf der Ebene des Bundes, auf Länderebene und in den Kommunen – eine Schlüsselrolle zufällt.

413 Die Transformation in Richtung Einwanderungsland ist schon weitgehend vollzogen, viele wichtige Weichenstellungen sind erfolgt (etwa Fachkräfteeinwanderungsgesetz, Staatsbürgerschaftsrecht). Die arbeitsmarktlichen und demografischen Veränderungen machen Zuwanderung wichtiger denn je, zugleich bleibt abzuwarten, inwieweit

die in Teilen der Gesellschaft vorhandenen exkludierenden Orientierungen nach und nach überschrieben werden oder sich bestehende Gegnerschaften weiter verschärfen. Entscheidend für die Zustimmungsfähigkeit von Migration bleibt neben der staatlichen Fähigkeit, Zuwanderung und Integration gut und erfolgreich zu managen, die Frage der sozialen Beziehungen vor Ort. Hier bilden sich unmittelbare »Praktiken des Zusammenlebens« heraus, hier machen Menschen Erfahrungen mit Diversität und ethnischer Heterogenität, die vor allem dann positiv bewertet werden, wenn sie mit Gefühlen der Verbundenheit und gelingender Integration einhergehen.[30]

Die Wir-Sie-Arena ist angesichts historischer Anerkennungskämpfe streng genommen kein neues Konfliktfeld, dennoch rechnen wir sie den *unsettled conflicts* zu, weil die Gruppen, Themen und Positionen, die hier auf den Plan treten, dynamischem Wandel unterliegen: Das Areal der Politisierung ist noch nicht festgetreten und umfassend arrondiert. Entsprechend vogelwild gestalten sich deshalb manche Auseinandersetzungen, entsprechend hochfliegend sind die moralischen Leidenschaften, was die Einhegung dieser Konflikte besonders anspruchsvoll macht. Interessant ist, dass Anerkennung, Nicht-Diskriminierung und die positive Besetzung von Diversität zwar breit verankert sind, den Forderungen aktivistischer Gruppen und kultureller Minderheiten aber dennoch skeptisch begegnet wird. Die Gefahr einer forcierten Identitäts- und Anerkennungspolitik sehen viele Menschen darin, dass Partikulargruppen ein zu starkes Gewicht gegenüber den »Interessen der Allgemeinheit« erhalten könnten. Einer Demokratie, die auf Gleichheit aufbaue, drohe die Parzellierung von Interessen, zuweilen befürchtet man eine *an* 414 *erkennungspolitische Anspruchsinflation*. In der politischen Konfliktbearbeitung verkeilen sich oftmals persönliche Erfahrungen von Diskriminierung und Marginalisierung mit der Aufforderung der Mehrheit, die eigenen Forderungen nicht zu laut und »zu übersteuert« einzubringen und sich pragmatischen Lösungen nicht zu verschließen.

Im Gegensatz zu anderen Auseinandersetzungen zeichnen sich identitätspolitische Kämpfe dadurch aus, dass für sie (bislang) keine etablierten Befriedungsformeln existieren. Die gewachsene Sichtbarkeit und Vehemenz der Identitätspolitik hat damit zu tun, dass benachteiligte Gruppen heute bessere Möglichkeiten haben, sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Da Identität aber kein teilbares Gut darstellt, ist es schwer, hier breite Kompromisse zu erzielen. In einer enggeführten Form, so eine Kritik an der Identitätspolitik, dominiere eine »Logik des Familialen«, die durch »Logiken des Rechtssystems als Garant einer unparteilichen Parteilichkeit« (Armin Nassehi) kaum bearbeitet werden könne.[31] Diese Einschränkung mag für übersteigerte Vorstöße gelten, für viele Anliegen ist das Rechtssystem aber durchaus der zentrale Ort der Überwindung von Benachteiligungen. Nicht-Diskriminierung und rechtliche Gleichstellung sind Vehikel der Bekämpfung struktureller Benachteiligungen, aber immer nur so weit, wie illegitime Ungleichbehandlungen beseitigt werden. Schwieriger ist es, Partikularinteressen rechtlich zu regulieren, weil ein Bezug zu Gleichheitsgrundsätzen argumentativ begründet werden muss. Allerdings kann das Rechtssystem selbst auf den Prüfstand gestellt werden, nämlich dahingehend, inwieweit es bestimmte Lebensformen privilegiert und damit Ungleichheiten auf Dauer stellt.

Darüber hinaus geht es häufig um Fragen von Repräsentanz und Sichtbarkeit, die politisch durch Quoten, Fördermaßnahmen, symbolische Anerkennung oder inklusive Sprachpolitik bearbeitet werden. Dies hat oft unmittelbare Auswirkungen im sozialen Nahbereich: Alte Geltungshierarchien geraten ins Wanken, weshalb solche
415 Maßnahmen kritischer beäugt werden als etwa eher abstrakte rechtliche Regelungen. Vorbehalte regen sich vor allem da, wo gewohnte Selbstverständnisse und Praktiken herausgefordert werden. Gegen gendergerechte Sprache gibt es erheblichen Widerstand, der Gender-Pay-Gap hingegen gilt gesellschaftsweit als Problem. Auseinandersetzungen über Wertigkeiten und legitime Ansprüche, kulturelle Irritationen und das Gefühl »von oben« oktroyierter Vorgaben sind wesentliche Hemmnisse

nichtrechtlicher Anerkennungspolitiken. Vielfach ist ungeklärt, welches Gerechtigkeitsprinzip in einer bestimmten Situation zur Anwendung kommen soll und welcher Gerechtigkeitssinn angemessen ist. In anderen Fällen geht es schlicht um die Verteidigung eigener Ansprüche und Besitzstände, die durch kulturelle Umwertungen ins Rutschen geraten können. Aus der soziologischen Forschung zur Marginalisierung und zu den Stigmata von Gruppen lässt sich lernen, dass institutionelle Regeln, informelle Interaktionen und professionelle »Intermediäre« in lokalen Kontexten wichtig sind, um »Anerkennungslücken« (Michèle Lamont) zu schließen.[32] Soziale Dienstleister, die medizinischen Professionen, Sozialarbeiter, Journalistinnen, die Lokalpolitik, Gewerkschaften oder Kulturschaffende – die ganze Breite an Akteuren ist notwendig, um Vorbehalte abzubauen und die kulturellen Repertoires zur Thematisierung sozialer Ungleichwertigkeit zu verändern. Dabei mag man bezweifeln, dass ein pädagogischer (offiziöser) Ansatz für die Durchsetzung diskriminierungsfreier kultureller Mitgliedschaft weit trägt, vielmehr bedarf es sozialer Interaktionskontexte, über die sich kulturelle Veränderungen allmählich etablieren. Erst dann wurzeln diese in sozialen Lebenswelten ein.

Die Klimakonflikte, unsere vierte Arena, sind durch die Spannung zwischen gesellschaftlicher Trägheit und klimapolitischen Notwendigkeiten geprägt. Den dramatischen Entwicklungen, insbesondere der Erderwärmung, steht eine Gesellschaft gegenüber, die zwar weiß, welche verheerenden Folgen der Klimawandel mit sich bringen kann, 416 die aber aufgrund von Besitzständen, ökonomischen Interessen und politischen wie mentalen Blockierungen zu wenig Veränderungsbereitschaft aufbringt. Die Trägergruppen der klimapolitischen Politisierung können sich kaum auf halbherzige Kompromisse einlassen, die der Größe und Tiefe notwendiger Umbaumaßnahmen nicht gerecht werden; anderen geht vieles zu schnell, und sie befürchten, Wohlstandsverluste hinnehmen zu müssen oder zu den Verlierern der Transformation zu gehören. Gelingt es nicht,

einschneidende Maßnahmen politisch zustimmungsfähig zu machen, droht ein gesellschaftliches Patt, eine Blockade, wo es doch eigentlich einen großen Reformsprung bräuchte – trotz der mahnenden Stimmen aus der Wissenschaft, trotz des Verfehlens selbst gesetzter Klimaziele und trotz des verfassungsmäßigen Gebots zum Klimaschutz.

Die Klimabewegung ist ein wichtiger Treiber in dieser Arena und mitverantwortlich dafür, dass die Thematik oben auf der politischen Agenda bleibt. Ob sie zu einer »ökologischen Klasse« mit breiten und milieuübergreifenden Allianzen werden kann, ist noch nicht vorherzusagen; ebenso wenig lässt sich sagen, ob eher Radikalisierung oder aber eine Temperierung politischer Leidenschaften zum gewünschten Erfolg führt. Selbst wenn unterschiedliche Ansätze aufmerksamkeitsökonomisch ähnlich »erfolgreich« sein mögen, hat die Wahl der Mittel unter Umständen doch große Auswirkungen auf die »Bündnisfähigkeit« und die Sicherung gesellschaftlicher Unterstützung. Es macht einen Unterschied, ob man, wie in Frankreich im Sommer 2022, über Nacht auf Golfplätzen die Löcher zubetoniert oder in Amsterdam Schiphol das Abheben von Privatjets verhindert – und damit implizit auch die Klassenfrage aufruft – oder ob man sich auf Berliner Straßen klebt und damit Berufspendler und Brandenburger Handwerker gegen sich aufbringt. Hier werden Angemessenheits- und Gerechtigkeitsgefühle berührt, die eher Vorbehalte schüren denn Solidaritäten wecken.

Angesichts der Schwierigkeiten demokratischer Politik, den Selbsterhalt der Menschheit zu organisieren, gibt es immer wieder Über 417 legungen, Demokratie den *Imperativen des Überlebens* zu unterstellen, also auf die mehrheitsdemokratische Absicherung politischer Entscheidungen zu verzichten. Wenn es mittels demokratischer Willensbildung nicht gelänge, dem Klimawandel zu begegnen, steuerten wir womöglich auf eine »technologische Entpolitisierung von Selbsterhaltungsfragen« mittels einer »protektiven Technokratie« (Philipp Staab) zu.[33] Das würde bedeuten, Überlebensfragen von anderen gesellschaftlichen Interessen abzuschirmen, um die notwendigen Weichenstellungen zur Abwendung der menschlichen Selbstauslöschung überhaupt vornehmen zu können.

Das kann man demokratietheoretisch zweifelhaft finden, für uns ist aber entscheidender, ob damit die benannten Konflikte ruhiggestellt werden könnten, denn es bleibt ja unklar, mit welchen Einzelmaßnahmen und welcher Verteilungsbilanz die ökologische Wende ausgestaltet wird.

Ungeachtet der Anerkennung eines »objektiven« und auch »subjektiven« Interesses am kollektiven Selbsterhalt, bleibt die Verteilungswirkung der ökologischen Transformation die entscheidende Achillesferse der Klimapolitik. Wie wir zeigen konnten, ist die soziale Gerechtigkeit – die Vorstellung einer fairen Verteilung von Lasten und Gewinnen – ein zentrales Einfallstor grundsätzlicher Vorbehalte und Blockadehaltungen. Bleibt die ökologische Transformation eine Vorwärtsbewegung ins Ungewisse ohne Gerechtigkeitsidee, ist nicht ausgeschlossen, dass Vetospieler auf den Plan treten. Die Befürchtung, aus dem Verteilungsspiel der sozialökologischen Transformation als ökonomischer, aber auch kultureller Verlierer herauszukommen, ist vor allem in den einfachen arbeitnehmerischen Schichten vorhanden. Zudem sind skeptische Positionen dort stark verbreitet, wo es negative oder ambivalente Erfahrungen mit Transformationsprozessen gibt.[34] Wie am Beispiel der Kohleregion Lausitz eindrücklich gezeigt wurde, bedingen vor allem »moralische Bruchlinien« der postsozialistischen Transformation – etwa Ungerechtigkeiten, Deklassierungen und Statusverluste – heute Vorbehalte gegen die Energiewende. Trotz erheblicher Investitionen und um 418 fassender Begleitprogramme herrscht eine große Sorge, zu kurz zu kommen, und zwar sowohl materiell wie auch hinsichtlich gesellschaftlicher Anerkennung.[35] Gerade die Gleichzeitigkeit erhöhter Mieten und Preise, ansteigender Zuwandererzahlen *und* finanzieller Zumutungen im Zuge ökologischer Transformationen kann es rechtspopulistischen und -extremistischen Parteien erleichtern, sich zu Bannerträgern der Veränderungserschöpften aufzuschwingen und die Klimapolitik in die Blockade des Kulturkampfs zu steuern.

Die Politik kann dieser Gefahr durch eine Entschädigung und Beteiligung der Transformationsverlierer entgegenwirken. Allerdings kann es zu einer Überdehnung der kompensatorischen Fähigkeiten des

Staates kommen, wenn immer neue Forderungen nach Ausgleich und einer Erstattung von Verlusten erhoben werden. Im Modus des »Erkaufens« von Zustimmung ist eine Erschöpfung fiskalischer Möglichkeiten angelegt, zudem werden Geldmittel gebunden, die dann für die Finanzierung der eigentlichen Transformation nicht mehr zur Verfügung stehen. Transformationspolitiken, die sich in ein Entweder-oder zwischen der Kompensation von Modernisierungsverlierern und der Finanzierung des »Neuen« hineinmanövrieren, senden oft uneindeutige Signale; zudem tendieren sie dazu, einen spezifischen Status zu konservieren und die Zustimmung zu Reformprojekten eng an die Erwartung der Nichtschlechterstellung zu binden. Eine politische Vorwärtsbewegung, die nicht nur »erkaufen« möchte, muss in der Transformation selbst angelegte Chancen und Gewinne so verteilen, dass diese Mehrheiten erreichen oder erreichen können, etwa über die Entwicklung breiter aufgestellter Teilhabemodelle und Beteiligungen an der Wertschöpfung (eine Perspektive, die bislang politisch unterbelichtet bleibt). Sie braucht also eine Gerechtigkeitsvorstellung, die sozial gestufte Verantwortlichkeiten und Ressourcenausstattungen berücksichtigt. Neuere, auch politisch diskutierte Ideen zu individuellen CO_2-Budgets (einer festen Obergrenze an Emissionen pro Jahr) und zur Schaffung eines »privaten« Emissionshandels sind unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit interessant. [419] Sehr reiche Menschen verursachen jährlich mehr als 100 Tonnen CO_2-Emissionen, viele in der Mittelschicht über 10 oder 20 Tonnen, während der Wert für Menschen mit kleinen Einkommen vergleichsweise gering ausfällt. Diese könnten eigene Emissionsrechte teuer verkaufen, auf die Vielverbraucher kämen deutlich höhere Kosten zu. Damit hätte man ein Modell, das die ökologische Klassenfrage systematisch berücksichtigt und eine Art Umweltgerechtigkeit erzwingt. Denkbar ist auch, konkrete Projekte so zu organisieren, dass unmittelbare Beteiligung möglich wird, also (finanzielle) Teilhabe in überschaubaren lokalen und sozialen Zusammenhängen und mit greifbarem (und nicht nur abstraktem) Nutzen. Errichtet eine Kommune Windkrafträder, ist der Widerstand beispielsweise dann besonders gering, wenn man die

Bürgerinnen und Bürger unmittelbar an den Erträgen beteiligt (z. B. über vergünstigte Bürgerstromtarife oder Sonderabgaben der Betreiber an die Standortkommune).

Schließlich ist die besondere zeitliche Struktur der Klimafrage zu berücksichtigen, denn es gilt ja, einen Vertrauensvorschuss für politische Weichenstellungen zu erhalten, die heute zwingend sind, aber erst später ihre Wirkung entfalten. Die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler ist daran geknüpft, dass tragfähige und gerechte (!) Lösungen mit Langfristcharakter entwickelt werden. Dabei gilt, dass Nicht-Handeln in immer größere Verlustgeschäfte führt. Die elektorale Mitmachbereitschaft hängt stark davon ab, wie das Verhältnis zwischen Gegenwart und ungewisser Zukunft bewertet wird und welche Handlungsfähigkeit und Handlungsorientierungen Menschen den politischen Akteuren zuschreiben. Auch hierbei sind wieder Fragen des sozialen Status entscheidend, denn politischer Vertrauensverlust und geringere politische Responsivität sind vor allem eine Sache der unteren Schichten.[36] Besonders für sie braucht es ein programmatisches Angebot, in dem sich Aspekte politischer Selbstwirksamkeit, Gerechtigkeitsfragen und Klimaschutz verbinden.

420 Dass wir die Frage der moralischen Plausibilität für die Kompromissbildung hervorgehoben haben, schiebt den Ball in das Feld der etablierten Politik. Befriedungsmöglichkeiten liegen aber nicht nur in den Händen der Politik, die ja selbst kein unparteiischer Schiedsrichter ist; gefragt sind hier auch die Konfliktparteien (soweit sie nicht mit politischen Akteuren identisch sind), die Medien, die Kommunen, die Zivilgesellschaft und das Vereinswesen. Hier bilden sich auf je eigene Weise die moralischen Repertoires und Vorstellungen aus, die darüber entscheiden, welche Ansprüche, Umgangsweisen und Verteilungsregeln Akzeptanz finden und ob unterschiedliche Gruppen als gleichberechtigt und in ihrer je eigenen Lebensweise als gleichwertig angesehen werden. Hier gestaltet sich das *Miteinander der Unterschiedlichen* und hier wird die Frage (mit)entschieden, inwieweit aus Unterschiedlichkeit Ungleichheit

oder sogar Ungleichwertigkeit hervorgeht. Ohne diese »Agency jenseits der Politik«, die dennoch hoch politisch ist, ohne diese Scharniere des gruppenübergreifenden Austausches, ohne das Wirken der Zivilgesellschaft ist *Integration durch Konflikt* kaum denkbar.

Anmerkungen

1. Einleitung

1 Zoologisch Bewanderte mögen monieren, dass es sich beim zweihöckrigen Kamel eigentlich um ein Trampeltier handelt und beim einhöckrigen Dromedar auch nur um eine Kamelart – aber belassen wir es um der Illustration willen beim populären Verständnis.

2 In den Grafiken ist die Häufigkeit der Begriffe pro eine Million Tokens dargestellt. Ein Token ist laut Definition des DWDS »ein Wort, ein Satzzeichen oder eine anderweitig zusammenhängende elementare Folge von Zeichen«, siehe: {https://www.dwds.de/d/korpora} (alle URL Stand Juni 2023); die Daten sind online verfügbar unter: {https://www.dwds.de/r/plot/?view=1&corpus=zeitungenxl&norm=date%2Bclass&smooth=spline&genres=0&grand=1&slice=1&prune=0&window=3&wbase=0&logavg=0&logscale=0&xrange=1990%3A2020&q1=polaris*&q2=Spaltung+der+Gesellschaft}.

3 Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Buch 1: Der Produktionsprozeß des Kapitals*, Berlin: Dietz 1962 [1867].

4 Karl Marx/Friedrich Engels, *Manifest der kommunistischen Partei*, Berlin: Fischer 2015 [1848].

5 Erik Olin Wright, *Class Counts. Comparative Studies in Class Analysis*, Cambridge: Cambridge University Press 1997.

6 Mike Savage, *Class Analysis and Social Transformation*, Buckingham: Open University Press 2000.

7 Seymour Martin Lipset/Stein Rokkan, *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York/London: Free Press 1967; Stein Rokkan, *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken*, rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000.

8 Hanspeter Kriesi, »The Transformation of Cleavage Politics. The 1997 Stein Rokkan Lecture«, in: *European Journal of Political Research* 33/2 (1998), S. 165-185; Stefano Bartolini/Peter Mair, *Identity, Competition and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*, Cambridge: Cambridge University Press 1990.

9 Theodor Geiger, »Panik im Mittelstand«, in: *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde* 10 (1930), S. 637-654, S. 637.

10 Helmut Schelsky, *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Dortmund: Ardey 1953, S. 226.

11 Ralf Dahrendorf, *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*, Stuttgart: Ferdinand Enke 1957.

12 422 M. Rainer Lepsius, *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1993.

13 Jeroen van der Waal/Peter Achterberg/Dick Houtman, »Class is Not Dead – It Has Been Buried Alive: Class Voting and Cultural Voting in Postwar Western Societies (1956-1990)«, in: *Politics & Society* 35/3 (2007), S. 403-426.

14 Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986; Jan Pakulski/Malcolm Waters, *The Death of Class*, London: Sage 1996; Peter A. Berger, *Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel*, Opladen: Westdeutscher Verlag 1986; Wolfgang Zapf, »Die Pluralisierung der Lebensstile: Neue Muster des Lebens und Familienzyklus, Alte und neue Linien der sozialen Schichtung«, in: *Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung, Bericht im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg*, Stuttgart: Landesregierung von Baden-Württemberg 1983.

15 Ulrich Beck, »Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten«, in: *Soziale Ungleichheiten*, herausgegeben von Reinhard Kreckel, Göttingen: Schwartz 1983, S. 35-74.

16 Ronald Inglehart, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton: Princeton University Press 1977.

17 Linus Westheuser/Donatella della Porta, »Class Without Consciousness. The Politics of Demobilized Class Societies«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32/2 (2022), S. 165-172.

18 Pieter de Wilde et al., *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Cambridge: Cambridge University Press 2019; Hanspeter Kriesi et al., *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press 2008.

19 Manche Autorinnen und Autoren sichern sich mit diesem Zugeständnis ab, das freilich ein deutlich anderes Verständnis des Phänomens nahelegt, als wenn man von realen, politisch mobilisierten Gruppen ausgeht.

20 Pippa Norris/Ronald Inglehart, *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press 2019.

21 Liesbet Hooghe/Gary Marks, »Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage«, in: *Journal of European Public Policy* 25/1 (2018), S. 109-135.

22 Wolfgang Merkel/Michael Zürn, »Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie«, in: *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*, herausgegeben von Julian Nida-Rümelin, Detlef von Daniels und Nicole Wloka, Berlin, Boston: De Gruyter 2019, S. 67-102, hier S. 74.

23 Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp 2017; Andreas Reckwitz, *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp 2019.

24 423 Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, a. a. O., S. 277.

25 Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a. a. O.

26 Ezra Klein, *Der tiefe Graben. Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika*, Hamburg: Hoffmann und Campe 2020; Shanto Iyengar et al., »The Origins and Consequences of Affective Polarization in the United States«, in: *Annual Review of Political Science* 22/1 (2019), S. 129-146.

27 Lilliana Mason, »Ideologues Without Issues: The Polarizing Consequences of Ideological Identities«, in: *Public Opinion Quarterly* 82/S 1 (2018), S. 866-887.

28 Nathan P. Kalmoe/Lilliana Mason, *Radical American Partisanship. Mapping Violent Hostility, Its Causes and the Consequences for Democracy*, Chicago: Chicago University Press 2022, S. 47.

29 Céline Teney/Li Kathrin K. Rupieper, »A New Social Conflict on Globalisation-Related Issues in Germany? A Longitudinal Perspective«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (2023), Online First.

30 Ebd.

31 Thomas Lux/Fabian Gülzau, »Zunehmende Polarisierung? Die Entwicklung migrationsbezogener Einstellungen in Deutschland von 1996 bis 2016«, in: *Leviathan* 50/Sonderband 39 (2022), S. 158-192.

32 Noam Gidron/James Adams/Will Horne, *American Affective Polarization in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press 2020, S. 27 und Abb. 2; Levi Boxell/Matthew Gentzkow/Jesse M. Shapiro, *Cross-Country Trends in Affective Polarization*, Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research Series 2020.

33 Steffen Mau/Thomas Lux/Fabian Gülzau, »Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 30/3 (2020), S. 317-346; Thomas Lux/Steffen Mau/Aljoscha Jacobi, »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32/2 (2022), S. 173-212.

34 Jochen Roose, *Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2021.

35 Siehe auch Linus Westheuser, »This Is Not America: Politische Polarisierung in Deutschland als Schimäre«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35/2

(2022), S. 421-434; Yasemin El-Menouar/Kai Unzicker, *Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit. Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen*, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2021.

36 Reinhard Kreckel, *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt am Main/New York: Campus 1992, S. 15.

37 Barrington J. R. Moore, *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1982.

38 Albert O. Hirschman, *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion*, München/Wien: Hanser 1992.

39 Aladin El-Mafaalani, *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 2018.

40 Mike Savage, *The Return of Inequality. Social Change and the Weight of the Past*, Cambridge, MA: Harvard University Press 2021, S. 12.

41 Amory Gethin/Clara Martínez-Toledano/Thomas Piketty, *Political Cleavages and Social Inequalities. A Study of Fifty Democracies, 1948-2020*, Cambridge, MA: Harvard University Press 2021.

42 Nancy Fraser, »From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond«, in: *American Affairs* 1/4 (2017), S. 46-64; Mark Lilla, *The Once and Future Liberal. After Identity Politics*, Oxford: Oxford University Press 2018; Wolfgang Merkel, »Die populistische Revolte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* 157/2 (2017), S. 53-56.

43 Katherine J. Cramer, *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*, Chicago: University of Chicago Press 2016; Arlie Russell Hochschild, *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2017; Steffen Mau, *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2019.

44 Marc W. Steinberg, »The Dialogue of Struggle: The Contest Over Ideological Boundaries in the Case of London Silk Weavers in the Early Nineteenth Century«, in: *Social Science History* 18/04 (1994), S. 505-542; Craig Calhoun, »New Social Movements of the Early Nineteenth Century«, in: *Social Science History* 17/3 (1993), S. 385-427.

45 Siehe Onlineanhang A und B verfügbar unter: {https://www.suhrkamp.de/buch/triggerpunkte-t-9783518029848}.

2. Arenen der Ungleichheitskonflikte

1 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr Siebeck 1972 [1922], S. 20, S. 27.

2 Georg Simmel, »Der Streit«, in: ders., *Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, herausgegeben von Otthein Rammstedt, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992 [1908], S. 284-382, S. 284.

3 Marx/Engels, *Manifest der kommunistischen Partei*, a. a. O.

4 Simmel, »Der Streit«, a. a. O., S. 285.

5 Lewis A. Coser, *Theorie sozialer Konflikte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2009 [1956]; Ralf Dahrendorf, »Zu einer Theorie des sozialen Konflikts«, in: *Konflikttheorien*, herausgegeben von Thorsten Bonacker, Wiesbaden: Springer 1996, S. 279-295.

6 Roland Eckert/Helmut Willems, »Eskalation und Deeskalation sozialer
425 Konflikte: Der Weg in die Gewalt«, in: *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, herausgegeben von Wilhelm Heitmeyer und John Hagan, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2002, S. 1457-1480.

7 Pepper D. Culpepper, »Quiet Politics in Tumultuous Times: Business Power, Populism, and Democracy«, in: *Politics & Society* 49/1 (2021), S. 133-143.

8 Ralf Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1992, S. 8.

9 Siehe etwa Nils Kumkar, *Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung*, Berlin: Suhrkamp 2022; Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey, *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp 2022.

10 Siehe stellvertretend für ein weites Feld Manès Weisskircher, »Politik auf der Straße? Zum Forschungsstand zu sozialen Bewegungen, Protest und Zivilgesellschaft«, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 16/3 (2022), S. 581-598.

11 Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1982; Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1920.

12 Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, a. a. O.; Simon Bornschier, *Cleavage Politics and the Populist Right: The New Cultural Conflict in Western Europe*, Philadelphia: Temple University Press 2010.

13 Stefan Hradil, *Zwischen Bewusstsein und Sein. Die Vermittlung »objektiver« Lebensbedingungen und »subjektiver« Lebensweisen*, Opladen: Leske + Budrich

1992; Ronald F. Inglehart, *Cultural Evolution: People's Motivations are Changing, and Reshaping the World*, Cambridge: Cambridge University Press 2018.

14 Rahel Jaeggi, *Kritik von Lebensformen*, Berlin: Suhrkamp 2013.

15 Jan-Ocko Heuer et al., »Legitimizing Inequality: The Moral Repertoires of Meritocracy in Four Countries«, in: *Comparative Sociology* 19/4-5 (2020), S. 542-584.

16 Moore, *Ungerechtigkeit*, a. a. O.; Edward P. Thompson, »The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century«, in: *Past & Present* 50/1 (1971), S. 76-136; Charles Tilly, *From Mobilization to Revolution*, Ann Arbor: University of Michigan 1977.

17 Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, a. a. O.; Anthony Giddens, *The Class Structure of the Advanced Societies*, London: Hutchinson 1973; Raymond Murphy, »Weberian Closure Theory: A Contribution to the Ongoing Assessment«, in: *The British Journal of Sociology* 37/1 (1986), S. 21-41.

18 Kimberlé Crenshaw, »Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics«, in: *University of Chicago Legal Forum* 1 (1989), S. 139-167; Cornelia Klinger/Gudrun-Axeli Knapp, »Achsen der Ungleich 426 heit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, ›Rasse‹/Ethnizität«, in: *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, herausgegeben von Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp und Birgit Sauer, Frankfurt am Main/New York: Campus 2007, S. 19-41; Branko Milanović, *Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Berlin: Suhrkamp 2016; Nira Yuval-Davis, »Intersectionality and Feminist Politics«, in: *European Journal of Women's Studies* 13/3 (2006), S. 193-209.

19 Charles Tilly, *Durable Inequality*, Berkeley/Los Angeles: University of California Press 1998; Floya Anthias, »Rethinking Social Divisions: Some Notes Towards a Theoretical Framework«, in: *The Sociological Review* 46/3 (1998), S. 505-535.

20 Martin Diewald/Thomas Faist, »Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten: Soziale Mechanismen als Erklärungsansatz der Genese sozialer Ungleichheiten«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 21/1 (2011), S. 91-114.

21 Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992.

22 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main/New York: Campus 1988; Craig Calhoun, *Nations Matter. Culture, History and the Cosmopolitan Dream*, London: Routledge 2007; Rokkan, *Staat, Nation und Demokratie in Europa*, a. a. O.

23 Milanović, *Die ungleiche Welt*, a. a. O.

24 Thomas Faist, *Exit. Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration im 21. Jahrhundert*, München: C. H. Beck 2022.

25 De Wilde et al., *The Struggle Over Borders*, a. a. O.

26 Philipp Staab, *Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2022.

27 Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York: Campus 1989.

28 Mit dem *Intersektionalitätsansatz* hat sich ein eigenständiges Paradigma entwickelt, das auf die Verknüpfung und Verschränkung unterschiedlicher Ungleichheitsdimensionen zielt. Die Intersektionalitätstheorie überwindet in Bezug auf Ungleichheit eine Reduktion des Blicks auf Klassen- oder materielle Verteilungsfragen. Dabei geht es nicht um ein rein additives Verständnis von Formen der Dominanz oder Benachteiligung, das dann in eine Vorstellung kumulativer Nachteilslagen mündet, sondern *expressis verbis* um in Strukturen eingeschriebene und ko-konstitutive Diskriminierungsformen im Zusammenspiel von beispielsweise Klasse, Nation, Race und Gender; siehe Floya Anthias/Nira Yuval-Davis, *Racialized Boundaries. Race, Nation, Gender, Colour and Class and the Anti-Racist Struggle*, London: Routledge 2005.

29 427 Unser Begriff der Arenen weist gewisse Ähnlichkeiten mit dem gleichnamigen Konzept James Jaspers auf (»Playing the Game«, in: *Players And Arenas: The Interactive Dynamics of Protest*, herausgegeben von Jan Willem Duyvendak und James Jasper, Amsterdam: Amsterdam University Press 2015, S. 9-32, S. 14ff.), zielt aber auf einen anderen Zusammenhang. Jasper geht es um Gelegenheiten und Begrenzungen verschiedener institutionalisierter Kontexte für soziale Bewegungen und andere politische Akteure. Wie Jasper interessieren auch wir uns für Handlungsfelder gesellschaftlicher und politischer Konflikte, dabei heben wir aber auf die thematische und soziale Strukturierung eines Feldes ab, das bei Jasper nur eine einzige Arena wäre: die der öffentlichen Meinung. Ebenso gibt es punktuelle Affinitäten mit dem Begriff der sozialen Felder (siehe Pierre Bourdieu, *Die Regeln der Kunst: Genese und Struktur des literarischen Feldes*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1999), auf denen ebenfalls um die Verteilung knapper Ressourcen bzw. spezifischer Kapitalien gerungen wird. Allerdings gibt es Unterschiede zwischen unserem sozusagen »schlichteren« Begriff der Ungleichheitsarena und Bourdieus Konzept des sozialen Feldes. Bei Letzterem liegt der Fokus auf der Erzeugungsseite der Ungleichheit. Hier sind Beziehungsgeflechte, institutionelle Bedingungen und Personen als »Spieler« zentral; siehe Pierre Bourdieu, »Die Logik der Felder«, in: *Reflexive Anthropologie*, herausgegeben von Pierre Bourdieu und Loïc Wacquant, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006 [1996], S. 124-147. Zugleich geht die

Feldtheorie davon aus, dass sich soziale Felder durch einen recht hohen Grad an Autonomie und Verselbstständigung auszeichnen; dies ist bei der Heuristik der Ungleichheitsarenen anders, weil hier von vornherein klar ist, dass die Arenen in einer engen Verbindung zueinander stehen (können).

30 Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München: C. H. Beck 2015; Savage, *The Return of Inequality*, a. a. O.

31 Inglehart, *The Silent Revolution*, a. a. O.

32 Honneth, *Kampf um Anerkennung*, a. a. O.

33 Beispielsweise haben wir uns – auch aus forschungspragmatischen Gründen – entschieden, Konflikte um Ungleichheiten politischer Macht, wie sie etwa in der Auseinandersetzung um den Populismus eine Rolle spielen, *nicht* als eigene Arena zu betrachten, sondern Macht als transversales Gut zu behandeln, das in allen Arenen eine Rolle spielt. Ebenso bleiben, wie erwähnt, Konflikte um Verschwörungsmythen, die Corona-Politik oder den Ukrainekrieg außen vor, wenn wir uns hier auf besonders großflächige und über Jahrzehnte gewachsene Konflikte fokussieren.

34 Christoffer Green-Pedersen, *The Reshaping of West European Party Politics: Agenda-Setting and Party Competition in Comparative Perspective*, Oxford: Oxford University Press 2019; Silja Häusermann/Hanspeter Kriesi, »What Do Voters Want? Dimensions and Configurations in Individual-Level Preferences and Party Choice«, in: *The Politics of Advanced Capitalism*, heraus 428 gegeben von Pablo Beramendi et al., New York: Cambridge University Press 2015, S. 202-230.

35 De Wilde et al., *The Struggle Over Borders*. a. a. O.; Hanspeter Kriesi et al., *Political Conflict in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press 2012; Kriesi et al., *West European Politics in the Age of Globalization*, a. a. O.

36 Siehe etwa Jan Rovny/Jonathan Polk, »New Wine in Old Bottles: Explaining the Dimensional Structure of European Party Systems«, in: *Party Politics* 25/1 (2019), S. 12-24.

37 John Kenny/Peter Egge Langsæther, »Environmentalism as an Independent Dimension of Political Preferences«, in: *European Journal of Political Research* (2022), Online First.

38 Lux/Mau/Jacobi, »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages?«, a. a. O.; Mau/Lux/Gülzau, »Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte«, a. a. O.

39 Konkret haben wir hierfür explorative Faktorenanalysen genutzt.

40 Siehe Onlineanhang C verfügbar unter: {https://www.suhrkamp.de/buch/triggerpunkte-t-9783518029848}.

41 Zwar stoßen wir in den Analysen auf zwei weitere Einstellungskomplexe, aber auch diese – die Einstellungen zur Geschlechterpolitik und zur Meritokratie umfassen – lassen sich inhaltlich problemlos in unsere Typologie einordnen (siehe Onlineanhang).

42 »Überall auf der Welt gibt es ja Probleme«, moderierte der Fokusgruppenleiter an, »manches läuft besser, und manches läuft schlechter. Wenn man an Deutschland denkt, was sind da die drängendsten Probleme?« Nach dem Zusammentragen dieser Probleme hieß es: »Was davon sind Themen, die man zum Beispiel bei der Familienfeier bei Tante Erna besser nicht ansprechen würde, weil sie nur zu Streit führen?«

43 Kein Thema, das sich *nicht* in eine der vier Arenen einordnen ließ, wurde in einer Mehrheit der Gruppen erwähnt. Stichworte, die mehr als einmal fielen und sich keiner Arena zuordnen ließen, waren die Corona-Politik, Bürokratie, Infrastrukturinvestitionen, Digitalisierung, Kriminalität sowie das Versagen von Politikern und politischem System.

44 Götz Briefs, »Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik«, in: Gesellschaft für Soziale Reform (Hg.), *Die Reform des Schlichtungswesens. Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, Bericht über die Verhandlungen der XI. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim am 24./25. Oktober 1929*, Jena: Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, S. 140-170.

45 Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton: Princeton University Press 1990.

46 Oliver Nachtwey, *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp 2016, S. 109.

47 429 Miles Corak, »Income Inequality, Equality of Opportunity, and Intergenerational Mobility«, in: *Journal of Economic Perspectives* 27/3 (2013), S. 79-102.

48 Thomas Piketty, »Social Mobility and Redistributive Politics«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 110/3 (1995), S. 551-584.

49 Michael J. Sandel, *Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt*, Frankfurt am Main: Fischer 2020.

50 Michael Walzer, *Sphären der Gerechtigkeit*, Frankfurt am Main/New York: Campus 1992, S. 65.

51 Steffen Mau, *Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert*, München: C. H. Beck 2021.

52 De Wilde et al., *The Struggle Over Borders*, a. a. O.

53 Rokkan, *Staat, Nation und Demokratie in Europa*, a. a. O.

54 Claus Offe, »Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Stress der europäischen Integration«, in: *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie*, herausgegeben von Wolfgang Streeck, Frankfurt am Main/New York: Campus 1998, S. 99-136.

55 Ulrich Beck, »Jenseits von Klasse und Nation: Individualisierung und Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten«, in: *Soziale Welt* 59/4 (2008),

S. 301-325.

56 Milanović, *Die ungleiche Welt*, a. a. O.

57 Anja Weiß, *Soziologie globaler Ungleichheiten*, Berlin: Suhrkamp 2017.

58 Betrachtet man die verteilungspolitischen Effekte, stößt man auf eine große Kontext- und Gruppenabhängigkeit: Migration *kann* fiskalisch zu Belastungen und zu intensivierter Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnraum oder staatliche Unterstützung führen, sie kann aber auch positive Wirkungen haben, wenn dadurch Arbeitskräftenachfrage bedient wird, die Steuereinnahmen steigen oder die langfristige Finanzierung der Sozialsysteme gewährleistet wird; siehe Loredana Andreea Cristea/Janusz Grabara, »Fiscal Impact of the Migration Phenomenon«, in: *Journal of International Studies* 12/4 (2019), S. 144-159; Dorte Sindbjerg Martinsen/Gabriel Pons Rotger, »The Fiscal Impact of EU Immigration on the Tax-financed Welfare State: Testing the ›Welfare Burden‹ Thesis«, in: *European Union Politics* 18/4 (2017), S. 620-639.

59 Walzer, *Sphären der Gerechtigkeit*, a. a. O.

60 David Miller, »Immigration: The Case for Limits«, in: *Contemporary Debates in Applied Ethics*, herausgegeben von Andrew I. Cohen und Christopher Heath Wellman, Malden, MA: Wiley-Blackwell 2005, S. 193-206; David Miller, *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung*, Berlin: Suhrkamp 2017.

61 Joseph Carens, »Ein Plädoyer für offene Grenzen«, in: *Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexte*, herausgegeben von Frank Dietrich, Berlin: Suhrkamp 2017: 167.

62 Donatella di Cesare, *Philosophie der Migration*, Berlin: Matthes & Seitz 2021.

63 Daniel Drewski/Jürgen Gerhards, »The Liberal Border Script and its Con 430 testations. An Attempt of Definition and Systematization«, SCRIPTS Working Paper No. 4 2020.

64 Stefan Hirschauer, »Menschen unterscheiden. Grundlinien einer Theorie der Humandifferenzierung«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 50/3-4 (2021), S. 155-174.

65 Tilly, *Durable Inequality*, a. a. O.

66 Cisgender sind Personen, deren Geschlechtsidentität mit dem Geschlecht in der Geburtsurkunde übereinstimmt.

67 Honneth, *Kampf um Anerkennung*, a. a. O.

68 Mit Blick auf migrantische Gruppen ist die Unterscheidung zwischen Wir-Sie-Ungleichheiten und Innen-Außen-Ungleichheiten nicht völlig trennscharf und sogar selbst Teil der politischen Auseinandersetzung, etwa wenn rechtspopulistische Akteure die Anerkennungsthematik mit einer Rhetorik des ausgrenzenden »Othering« zu einer Innen-Außen-Thematik uminterpretieren.

69 Axel Honneth, »Umverteilung und Anerkennung. Eine Erwiderung auf Nancy Fraser«, in: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Nancy Fraser/Axel Honneth, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 129-224, S. 218.

70 Jürgen Habermas, *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1996.

71 Naika Foroutan, *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld: transcript 2019. Das ergibt sich auch daraus, dass in modernen Gesellschaften Ungleichheiten, die (über Talent oder Anstrengung) als »erworben« betrachtet werden, als akzeptabel gelten, während dies für Ungleichbehandlungen aufgrund (»natürlicher«) askriptiver Merkmale nicht gilt. Auf dieser Basis sind in der Vergangenheit immer wieder »Inklusionen« eingefordert und durchgesetzt worden.

72 Sandrine Dixson-Decleève et al., *Earth for All – A Survival Guide for Humanity: A Report to the Club of Rome*, Gabriola Island: The Club of Rome 2022.

73 Edward A. Page, »Distributing the Burdens of Climate Change«, in: *Environmental Politics* 17/4 (2008), S. 556-575.

74 Nazrul Islam/John Winkel, »Climate Change and Social Inequality«, UN Department of Economic & Social Affairs Working Paper Nr. 152, New York: United Nations.

75 Ann-Cathrin Beermann et al., *Verteilungswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels*, Berlin/Freiburg im Breisgau: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft 2021; Ann-Cathrin Beermann/Christian Fischle, *Folgekosten der Klimakrise: Warum sie die gesellschaftliche Ungleichheit verstärken*, Freiburg im Breisgau: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft 2021.

76 Lucas Chancel, »Global Carbon Inequality over 1990-2019«, in: *Nature Sus* 431 *tainability* 5/11 (2022), S. 931-938; Ray Galvin, *Inequality and Energy: How Extremes of Wealth and Poverty in High Income Countries Affect CO^2 Emissions and Access to Energy*, London: Academic Press 2019; Silke Kleinhückelkotten/Hans-Peter Neitzke/Stephanie Moser, *Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen)*, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt 2016.

77 Lux/Mau/Jacobi, »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages?«, a. a. O.

78 Sighard Neckel, »Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit«, in: *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms*, herausgegeben von Sighard Neckel et al., Bielefeld: transcript 2018, S. 59-76.

79 Catherine Ganzleben/Aleksandra Kazmierczak, »Leaving No One Behind – Understanding Environmental Inequality in Europe«, in: *Environmental Health*

19/57 (2020), S. 1-7.

80 Janet K. Swim et al., »OK Boomer: A Decade of Generational Differences in Feelings About Climate Change«, in: *Global Environmental Change* 73 (2022), Artikel Nr. 102479. Unter »Boomer« fasst man üblicherweise *grosso modo* die Geburtsjahrgänge 1945-1964, unter »Millennials« oder »Generation Y« die Jahrgänge 1981-1996 und unter »Generation Z« die zwischen 1997 und 2012 Geborenen.

81 Karen O'Brien/Elin Selboe/Bronwyn Hayward, »Exploring Youth Activism on Climate Change«, in: *Ecology and Society* 23/3 (2018), S. 1-13.

82 Die konzeptionelle Herleitung findet sich bei Cees van der Eijk, »Measuring Agreement in Ordered Rating Scales«, in: *Quality & Quantity* 35/3 (2001), S. 325-341; Didier Ruedin, »An Introduction to the R Package Agrmt«, online verfügbar unter: {https://cran.ms.unimelb.edu.au/web/packages/agrmt/vignettes/agrmt.pdf}. Angewendet wurde der Polarisierungsindex jüngst in Teney/Rupieper, »A New Social Conflict on Globalisation-Related Issues in Germany?«, a. a. O. und Lux/Gülzau, »Zunehmende Polarisierung?«, a. a. O.

83 Der Wert des Polarisierungsindex ist abhängig von der Zahl der Kategorien. Würde man in der rechten oberen Verteilung von Abbildung 2.3 die beiden Zustimmungskategorien und auch die beiden Ablehnungskategorien zusammenfassen, ergäbe sich ein höherer Wert. Aus unserer Sicht ist es jedoch wichtig, zwischen Personen mit starker Zustimmung und jenen mit schwacher Zustimmung zu unterscheiden, weil diese Differenzen Unterschiede in der Vehemenz der Positionen und häufig auch unterschiedliche Grade der Einstellungsverfestigung widerspiegeln.

84 Daniel Oesch, *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2006.

85 In unseren Analysen klassifizieren wir die Befragten auf der Basis des Berufs, in dem sie aktuell arbeiten. Sind sie gegenwärtig nicht erwerbstätig (weil sie

beispielsweise arbeitslos oder in Rente sind), ziehen wir die frühere Erwerbstätigkeit heran. Bei den sehr wenigen Fällen, die nie erwerbstätig waren (beispielsweise Hausfrauen), nutzen wir den Beruf des Partners bzw. der Partnerin.

86 Genauer ausbuchstabiert wurde dieser Zusammenhang zwischen den nach Arbeitslogiken strukturierten beruflichen Orientierungen und den gesellschaftspolitischen Einstellungen auch bei Walter Müller, »Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50/1 (1998), S. 3-46.

87 In unserer bundesweiten Umfrage ergeben sich folgende Größen der Klassen: Produktionsarbeiter: 25 Prozent, einfache Bürokräfte: 13 Prozent, Dienstleistungsarbeiter: 15 Prozent, technische Experten: 9 Prozent, oberes und mittleres Management: 14 Prozent, soziokulturelle Experten: 14 Prozent, Arbeitgeber und freie Berufe: 3 Prozent, Kleinunternehmer: 7 Prozent.

88 Daniel Oesch, »The Changing Shape of Class Voting. An Individual-Level Analysis of Party Support in Britain, Germany and Switzerland«, in: *European Societies* 10/3 (2008), S. 329-355. Zur Kritik des Ansatzes siehe Erik Vestin, »The Decline of Class Voting in Sweden: Reconsiderations, Explanations and the Role of the New Middle Class«, Dissertation, Gothenburg: University of Gothenburg 2019.

89 Tarik Abou-Chadi/Simon Hix, »Brahmin Left Versus Merchant Right? Education, Class, Multiparty Competition, and Redistribution in Western Europe«, in: *British Journal of Sociology* 72/1 (2021), S. 79-92; Robert Ford/Will Jennings, »The Changing Cleavage Politics of Western Europe«, in: *Annual Review of Political Science* 23/1 (2020), S. 295-314; Daniel Oesch/Line Rennwald, »Electoral Competition in Europe's New Tripolar Political Space: Class Voting for the Left, Centre-Right and Radical Right«, in: *European Journal of Political Research* 57/4 (2018), S. 783-807.

3. Oben-Unten-Ungleichheiten

1 Jonathan J. B. Mijs, »The Paradox of Inequality: Income Inequality and Belief in Meritocracy Go Hand in Hand«, in: *Socio-Economic Review* 19/1 (2021), S. 7-35.

2 Savage, *The Return of Inequality*, a. a. O.

3 Arthur S. Alderson/François Nielsen, »Globalization and the Great U-Turn: Income Inequality Trends in 16 OECD Countries«, in: *American Journal of Sociology* 107/5 (2002), S. 1244-1299; Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, a. a. O.; Olaf Groh-Samberg, »Ökonomische Ungleichheiten: Armut und Reichtum«, in: *Handbuch Sozialpolitik*, herausgegeben von Herbert Obinger und Manfred G. Schmidt, Wiesbaden: Springer VS 2019, S. 833-862.

4 433 Thomas Piketty, *Eine kurze Geschichte der Gleichheit*, München: C. H. Beck 2022, S. 136.

5 Beck, *Risikogesellschaft*, a. a. O.

6 Nachtwey, *Die Abstiegsgesellschaft*, a. a. O.

7 Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, a. a. O.

8 Jan Goebel/Peter Krause, »Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland«, in: *Wirtschaftsdienst* 87/12 (2007), S. 824-832; Markus M. Grabka, »Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht«, in: *DIW Wochenbericht* 88/18 (2021), S. 308-316.

9 Thilo Albers/Charlotte Bartels/Moritz Schularick, »The Distribution of Wealth in Germany 1895-2018«, 2020, CEPR Discussion Paper Nr. 17269, online verfügbar unter: {https://cepr.org/publications/dp17269}.

10 Lucas Chancel et al., *World Inequality Report 2022*, Paris: World Inequality Lab 2022. Im Jahr 1993 war das Durchschnittsvermögen der reichsten 10 Prozent in etwa 50-mal höher als das der ärmeren Hälfte, 2018 betrug dieser Faktor bereits 100 (siehe Albers/Bartels/Schularick, »The Distribution of Wealth in Germany 1895-2018«, a. a. O.).

11 Chancel et al., *World Inequality Report 2022*, a. a. O.

12 Jens Beckert, *Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2004.

13 Kira Baresel et al., »Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten«, in: *DIW Wochenbericht* 88/5 (2021), S. 63-71.

14 Sarah Engler/David Weisstanner, »The Threat of Social Decline: Income Inequality and Radical Right Support«, in: *Journal of European Public Policy* 28/2 (2021), S. 153-173; Lukas F. Stoetzer/Johannes Giesecke/Heike Klüver, »How Does Income Inequality Affect the Support for Populist Parties?«, in: *Journal of European Public Policy* 30/1 (2023), S. 1-20.

15 Uwe Schimank/Steffen Mau/Olaf Groh-Samberg, *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa 2014; Steffen Mau, *Inequality, Marketization and the Majority Class. Why Did the European Middle Classes Accept Neo-Liberalism?*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2015.

16 Seymour M. Lipset, *Political Man*, Garden City: Anchor Books 1960.

17 Klaus Dörre, *Die demobilisierte Klassengesellschaft. Begriffe, Theorie, Analysen, Politik*, Frankfurt am Main/New York: Campus, im Erscheinen; Klaus Dörre, »Die demobilisierte Klassengesellschaft. Von industriellen Klassenauseinandersetzungen zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt«, Vortrag auf der Konferenz »Class Without Consciousness – The Politics of Fragmented Class Identities«, 14.-15. November 2019, Scuola Normale Superiore, Florenz.

18 Bourdieu, *Die feinen Unterschiede*, a. a. O.

19 Marx, *Das Kapital*, a. a. O.; Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, a. a. O.

20 434 Auf einer ganz grundsätzlichen Ebene geben diese Spezifika der kapitalistischen Gesellschaftsform bereits eine Antwort auf die eingangs gestellte Frage, warum materielle Ungleichheiten hingenommen werden. Denn anders als die auf Abstammung und vermeintliche Vorsehung – also ganz offene Ideologien der Ungleichwertigkeit – gestützten Ungleichheiten der vorkapitalistischen Zeit zeigt sich das Oben und Unten unserer Tage vor allem in den unterschiedlich dicken Portemonnaies *formal gleicher* Marktteilnehmer. Auch wenn also das Gefühl verbreitet ist, dass Chancen ungerecht verteilt sind, bleibt die soziale Struktur, an deren Fäden die Leben der Individuen hängen, im Alltag schwer zu greifen. Dass manche sich ein großes und andere gar kein Auto leisten können etc., ergibt sich aus wenig fassbaren, scheinbar akteurlosen Größen wie Eigentums- und Bildungstiteln, Arbeitsmarktkonjunkturen und Konkurrenzverhältnissen. Es ist meist nicht klar benennbar, *wer* das alles entschieden hat und dementsprechend verdient, kritisiert zu werden.

21 Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, a. a. O.

22 Eine Tatsache, an der auch Anreize zur Vermögensbildung im Zuge des Umbaus des Rentensystems wenig geändert haben. Im Jahr 2017 besaßen in Deutschland ca. 15 Prozent gar kein Vermögen, und bei der Hälfte der Bevölkerung lagen die Vermögenswerte unter 26 000 Euro; siehe Markus M. Grabka/Christoph Halbmeier, »Vermögensungleichheit in Deutschland

bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch«, in: *DIW Wochenbericht* 86/40 (2019), S. 735-745.

23 Statistisches Bundesamt, »46 % der Bevölkerung lebten 2021 von eigener Erwerbstätigkeit«, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2022, online verfügbar unter: {www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_140_122.html}.

24 John Goldthorpe, »On the Service Class, Its Formation and Future«, in: *Social Class and the Division of Labour*, herausgegeben von Anthony Giddens und Gavin Mackenzie, Cambridge: Cambridge University Press 1982, S. 162-185.

25 Zu welchem Grad dies doch geschieht, etwa durch Performance-Indikatoren, Rankings und andere Formen der Quantifizierung und/oder Überwachung, ist ein zentraler Gegenstand von Kämpfen, in denen Beschäftigte der qualifizierten Mittelklasse (beispielsweise Programmierer oder Wissenschaftler) mit Management und Geldgebern um die Autonomie ihrer Professionen ringen. Die verstärkte Überwachbarkeit im Zuge der Digitalisierung wurde dabei selbst als ein entscheidender Grund für wachsende Einkommensungleichheit identifiziert, weil sie die Löhne insbesondere der untersten Verdienstgruppen senkt; siehe Peter Skott/Frederick Guy, »A Model of Power-Biased Technological Change«, in: *Economic Letters* 95/1 (2007), S. 124-131.

26 Wright, *Class Counts*, a. a. O.

27 Cédric Hugrée/Etienne Penissat/Alexis Spire, *Social Class in Europe. New Inequalities in the Old World*, London: Verso 2020.

28 Peter Haan/Maximilian Schaller, »Heterogene Lebenserwartung«, Forschungsprojekt im Auftrag des Sozialverbandes VdK Deutschland, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 2021, online verfügbar unter: {https://www.econstor.eu/handle/10419/243189}; Johannes Siegrist/Ursula M. Staudinger, »Gesundheitliche Ungleichheit im Lebensverlauf: Neue Forschungsergebnisse für Deutschland und ihre Bedeutung für die Prävention«, Leopoldina-Forum Nr. 2, Halle/Saale: Nationale Akademie der Wissenschaften, S. 4-23.

29 Westheuser/della Porta, »Class Without Consciousness«, a. a. O.

30 Robert Erikson/John H. Goldthorpe, *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford: Clarendon Press 1992; Katerina Linos/Martin West, »Self-Interest, Social Beliefs, and Attitudes to Redistribution. Re-Addressing the Issue of Cross-National Variation«, in: *European Sociological Review* 19/4 (2003), S. 393-409; Stephen L. Morgan/Joungjoo Cha, »Rent and the Evolution of Inequality in Late Industrial United States«, in: *American Behavioral Scientist* 50/5 (2007), S. 677-701.

An diesem Ansatz wurde dabei zu Recht kritisiert, dass in der Analyse von

Haushalten Frauen oftmals unter die Klassenposition der Männer subsumiert wurden; siehe Wright, *Class Counts*, a. a. O. Messungen von Stratifikation auf der Haushaltsebene verlangen, dass ein Familienmitglied den Status des »Haushaltsvorstands« zugewiesen bekommt. Eine dahinterstehende, heute nicht mehr tragfähige Annahme war, dass die Lebenschancen von Frauen eher vom Einkommen des Ehemanns als von der eigenen Erwerbstätigkeit abhingen.

31 Oesch, *Redrawing the Class Map*, a. a. O.

32 Allan H. Meltzer/Scott F. Richard, »A Rational Theory of the Size of Government«, in: *Journal of Political Economy* 89/5 (1981), S. 914-927.

33 Im Gegensatz zu den beiden Zustimmungsgrafiken wurden hier auch die feineren Einstellungsabstufungen in die Berechnung einbezogen, so dass sich die Grafiken nicht ohne Weiteres ineinander übersetzen lassen. Konkret haben wir für die Zustimmungsgrafiken die Antworten der Befragten zweigeteilt (»stimme voll und ganz zu« und »stimme eher zu« versus »stimme überhaupt nicht zu«, »stimme eher nicht zu«, »teils/teils«). Demgegenüber nutzen wir für die Berechnung des Polarisierungsindex alle fünf Antwortkategorien, denn uns interessiert hier, inwieweit moderate Positionen seltener sind als die Meinungsränder.

34 Die Berechnung der Zustimmung und des Polarisierungsindex folgt dem in Endnote 33 beschriebenen Vorgehen.

35 Die Befundlage größerer internationaler Vergleichsstudien weicht davon etwas ab: Danach gibt es keinen Zusammenhang zwischen »objektiver Ungleichheit« und ihrer subjektiven Wahrnehmung und damit auch keinen Nexus zwischen der Ungleichheitsentwicklung und dem gewünschten Ausmaß der Ungleichheit; siehe Kris-Stella Trump, »Income Inequality Is Unrelated 436 to Perceived Inequality and Support for Redistribution«, in: *Social Science Quarterly* 104/7 (2023), S. 180-188.

36 Bei der Gerechtigkeitsbeurteilung könnte man sogar von einer leichten Abnahme der Polarisierung sprechen. Das Niveau ist aber insgesamt sehr niedrig. Dies gilt auch für Fragen staatlicher Umverteilung.

37 Dies schließt natürlich nicht aus, dass sich die Dinge mit einer Verdüsterung der wirtschaftlichen Situation, der Erhöhung der Lebenshaltungskosten oder einer sich ausbreitenden Angst vor Wohlstandsverlusten und sozialem Abstieg dramatisch ändern könnten.

38 Patrick Sachweh/Sarah Lenz, »›Maß und Mitte‹ – Symbolische Grenzziehungen in der unteren Mittelschicht«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/3 (2018), S. 361-389.

39 Kris-Stella Trump, »Income Inequality Influences Perceptions of Legitimate Income Differences«, in: *British Journal of Political Science* 48/4 (2018), S. 929-952.

40 Roland Benabou/Jean Tirole, »Belief in a Just World and Redistributive Politics«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 121/2 (2006), S. 699-746.

41 Mariah D. R. Evans/Jonathan J. Kelley, »Subjective Social Location: Data From 21 Nations«, in: *International Journal of Public Opinion Research* 16/1 (2004), S. 3-38; Corey Guenther/Mark Alicke, »Deconstructing the Better-Than-Average Effect«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 99/5 (2010), S. 755-770.

42 Sam Friedman/Aaron Reeves, »From Aristocratic to Ordinary: Shifting Modes of Elite Distinction«, in: *American Sociological Review* 85/2 (2020), S. 323-350.

43 Teilnehmende in der Unterschichtsgruppe verfügten maximal über einen Realschulabschluss sowie ein Einkommen von weniger als 75 Prozent des Medianeinkommens; jene der oberen Mittelschichtgruppe über mindestens einen Bachelor-Abschluss und mehr als 150 Prozent des Medianeinkommens.

44 In den anderen Gruppen wird diese Arena dagegen nicht überdurchschnittlich lange behandelt. Berechnet wurde der Anteil aus den Codierungen der Transkriptsegmente (abzüglich der Passagen zu Themen, die keiner der vier Arenen zuzuordnen waren, technischen Fragen, Vorstellungsrunden etc.). Bei den unteren Schichten nahm die Oben-Unten-Arena 44 Prozent der Diskussion ein, in den anderen Gruppen 26 Prozent.

45 Claus Offe, *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit*, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt 1970; Heike Solga, »Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen«, in: *Institutionalisierte Ungleichheiten: Wie das Bildungswesen Chancen blockiert*, herausgegeben von Peter A. Berger und Heike Kahlert, Weinheim/München: Juventa 2005, S. 19-38.

46 Heuer et al., »Legitimizing Inequality«, a. a. O.; Patrick Sachweh, »The Moral Economy of Inequality: Popular Views on Income Differentiation, Poverty and Wealth«, in: *Socio-Economic Review* 10/3 (2012), S. 419-445. Und das,
437 obwohl selbst der neoliberale Vordenker Friedrich Hayek (siehe Friedrich Hayek, *Law, Legislation and Liberty. A New Statement of the Liberal Principles of Justice and Political Economy*, London: Routledge 2012 [1973]) insistierte, man könne von Märkten nicht erwarten, soziale Vorteile nach Leistung zu vergeben. Auf Märkten, so Hayek, regeln Angebot und Nachfrage die Gratifikation; Talent und Anstrengung *per se* seien nicht entscheidend. Auch begabte und hoch motivierte Köhler wurden verdrängt, als man begann, Steinkohle zu fördern und industriell weiterzuverarbeiten.

47 Patrick Sachweh, *Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2010.

48 Neben persönlichem Einsatz und Engagement kann hiermit auch die erbrachte körperliche Arbeit oder aber die in (Aus-)Bildung investierte Zeit gemeint sein. Andere beziehen ihren Leistungsgedanken auf den sozialen Nutzen, den

eine Tätigkeit hat, und wiederum andere sehen schlicht das als Leistung, was der Markt ökonomisch belohnt, und setzen Leistung und Erfolg somit in eins. Es gibt also durchaus eine Deutungspluralität, allerdings ist in Deutschland der Arbeits- und Bildungsbezug für Meritokratievorstellungen zentral; siehe Heuer et al., »Legitimizing Inequality«, a. a. O.

49 Roland Benabou/Efe A. Ok, »Social Mobility and the Demand for Redistribution: The POUM Hypothesis«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 116/2 (2001), S. 447-487; Giacomo Corneo/Hans Peter Grüner, »Individual Preferences for Political Redistribution«, in: *Journal of Public Economics* 83/1 (2002), S. 83-107.

50 Mijs, »The Paradox of Inequality«, a. a. O.; Jonathan J. B. Mijs et al., »Belief in Meritocracy Reexamined: Scrutinizing the Role of Subjective Social Mobility«, in: *Social Psychology Quarterly* 85/2 (2022), S. 131-141.

51 Sandel, *Vom Ende des Gemeinwohls*, a. a. O.

52 Unter den soziokulturellen Experten und Personen mit Hochschulabschluss kommt diese Einstellungskombination nur bei etwa einem Viertel der Befragten vor.

53 Rolf Becker/Sandra Gilgen/Elmar Anhalt, »Bildungsvorstellungen im sozialen Wandel. Eine Kohortenanalyse für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1958 bis 2018«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 51/1 (2022), S. 23-40. Dies betrifft etwa die Aussage »Jeder und jede [habe] die Möglichkeit, sich nach seiner Begabung auszubilden« oder jene, dass die Investition in die eigene Bildung für den sozialen Aufstieg wichtig sei.

54 Monica Prasad et al., »The Undeserving Rich: ›Moral Values‹ and the White Working Class«, in: *Sociological Forum* 24/2 (2009), S. 225-253.

55 Es zeigt sich hier, dass die Teilgrafiken von Abbildung 3.2 nicht ohne Weiteres ineinander übersetzt werden können. Selbst bei nur geringen Klassenunterschieden kann der Polarisierungsgrad hoch sein: Man ist sich uneins, und zwar in jeder Klasse.

56 Offe, *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit*, a. a. O.

57 Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, a. a. O.

58 Walter Korpi, *The Democratic Class Struggle*, London: Routledge 1983.

59 Claus Offe, »Democracy in Crisis: Two and a Half Theories About the Operation of Democratic Capitalism«, online verfügbar unter: {https://www.opendemocracy.net/en/democracy-in-crisis-two-and-half-theories-about-operation-of-democratic-capitalism/}.

60 Linke Parteien gelten dabei als zentrale Transmissionsriemen von Klasseninteressen in das demokratische System hinein (siehe Lipset, *Political Man*, a. a. O., Kapitel 7; David Calnitsky, »The Policy Road to Socialism«, in: *Critical Sociology* 48/3 (2022), S. 397-422.

61 Robert Castel, *Die Metamorphosen der Sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: UVK 2008.

62 Jürgen Habermas, *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1973, S. 57.

63 Steffen Mau, *The Moral Economy of Welfare States: Britain and Germany Compared*, London: Routledge 2003; Stefan Svallfors, *The Moral Economy of Class. Class and Attitudes in Comparattive Perspective*, Stanford: Stanford University Press 2006.

64 Nicholas Adrian Barr, *The Welfare State as Piggy Bank. Information, Risk, Uncertainty, and the Role of the State*, Oxford: Oxford University Press 2001.

65 Werden nicht explizit »ärmere Gruppen« als Empfänger von Transfers angesprochen, vergrößert sich die Unterstützung, und der Wohlfahrtsstaat wird positiver gesehen.

66 Es gibt einen substanziellen Teil von Befragten (etwa ein Viertel), die zwar Ungleichheit problematisch finden, aber weder höhere Steuern auf große Erben befürworten noch eine Erhöhung von Hartz IV.

67 Steffen Mau/Jan-Ocko Heuer, »Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum. Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt«, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2016, S. 5.

68 Philip Rathgeb, »Makers Against Takers: The Socio-Economic Ideology and Policy of the Austrian Freedom Party«, in: *West European Politics* 44/3 (2021), S. 635-660; Stefanie Hürtgen, »Konkurrenz und xenophobe Kulturalisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit«, in: *Alltägliche Grenzziehungen: Das Konzept der ›imperialen Lebensweise‹, Externalisierung und exklusive Solidarität*, herausgegeben von Carina Book et al., Münster: Westfälisches Dampfboot 2019, S. 94-107; Linda Beck/Linus Westheuser, »Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32/2 (2022), S. 279-316.

69 Wim van Oorschot, »Making the Difference in Social Europe: Deservingness Perceptions Among Citizens of European Welfare States«, in: *Journal of European Social Policy* 16/1 (2006), S. 23-42; Wim van Oorschot et al., *The* *Social Legitimacy of Targeted Welfare: Attitudes to Welfare Deservingness*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing 2017.

70 Christian Baron/Britta Steinwachs, *Faul, frech, dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen*, Münster: Edition Assemblage 2012.

71 Michèle Lamont/Stefan Beljean/Matthew Clair, »What Is Missing? Cultural Processes and Causal Pathways to Inequality«, in: *Socio-Economic Review* 12/3 (2014), S. 573-608.

72 Stephan Lessenich, *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Ditzingen: Reclam 2019, S. 57.

73 Beverley Skeggs, *Formations of Class and Gender. Becoming Respectable*, London: Sage 1997.

74 Siehe auch Beck/Westheuser, »Verletzte Ansprüche«, a. a. O.; und Kapitel 4 und 7.

75 Berthold Vogel, *Wohlstandskonflikte: Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*, Hamburg: Hamburger Edition 2009; Steffen Mau, *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?*, Berlin: Suhrkamp 2012.

76 Robert E. Goodin/Julian Le Grand, *Not Only the Poor. The Middle Classes and the Welfare State*, London: Routledge 2020 [1987]; James R. Kluegel/Masaru Miyano, »Justice Beliefs and Support for the Welfare State in Advanced Capitalism«, in: *Social Justice and Political Change*, herausgegeben von James R. Kluegel et al., Berlin: de Gruyter 2011, S. 81-106.

77 Beck, *Risikogesellschaft*, a. a. O., S. 123.

78 Mau, *Inequality, Marketization and the Majority Class*, a. a. O.

79 Schimank/Mau/Groh-Samberg, *Statusarbeit unter Druck?*, a. a. O.

80 Mau, *Inequality, Marketization and the Majority Class*, a. a. O.

81 Bruno Biais/Enrico Perotti, »Machiavellian Privatization«, in: *American Economic Review* 92/1 (2002), S. 240-258.

82 Klaus M. Schmidt, »The Political Economy of Mass Privatization and the Risk of Expropriation«, in: *European Economic Review* 44/2 (2000), S. 393-421; Richard Nadler hat in seiner Studie »The Rise of Worker Capitalism« für das konservative Cato Institute die Gruppe derer genauer betrachtet, deren »wealth-seeking activities« sowohl Erwerbsarbeit als auch Kapitalbesitz umfassen. Nach seinen Analysen internalisiert diese Gruppe zunehmend ihre Rolle als Kapitalanleger und ist bestrebt, eigene Gewinne zu maximieren. Nicht zuletzt deshalb spricht er auch von einer Konvergenz von »Wall Street« und »Main Street«; siehe Richard Nadler, »The Rise of Worker Capitalism«, Policy Analysis Nr. 359, Washington, D. C.: Cato Institute Washington 1999.

83 William A. Fischel, *The Homevoter Hypothesis. How Home Values Influence Local Government Taxation, School Finance, and Land-Use Policies*, Cambridge, MA: Harvard University Press 2001.

84 Ismail Emre Bayram/Alexi Gugushvili, »A Multi-Level and Cross-National Analysis of Homeownership, Mortgage and Welfare Attitudes«, unveröffent 440 lichtes Manuskript 2014; Julian Heide, »Wohneigentum, sozialpolitische Einstellungen und Region. Eine Studie zu sozialpolitischen Präferenzen unter Wohneigentümer/-innen und Mieter/-innen in Deutschland«, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 67/2 (2021), S. 153-182.

85 Béla Janky/Róbert Gál, »Public Opinion on Pension Systems in Europe«, European Network of Economic Policy Research Institutes Research Report Nr. 36 (2007).

86 Thomas Lux/Steffen Mau, »Zwischen Staatsbedürftigkeit und Marktaffinität. Beeinflussen Wohneigentum und Erbschaften sozialpolitische Präferenzen?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/1 (2018), S. 139-166.

87 Marius R. Busemeyer, »Education Funding and Individual Preferences for Redistribution«, in: *European Sociological Review* 29/6 (2013), S. 1122-1133.

88 Anton Hemerijck, »The Quiet Paradigm Revolution of Social Investment«, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 22/2 (2015), S. 242-256.

89 Silja Häusermann et al., »Class and Social Policy in the Knowledge Economy«, in: *European Journal of Political Research* 61/2 (2022), S. 462-484; Julian L. Garritzmann/Marius R. Busemeyer/Erik Neimanns, »Public Demand for Social Investment: New Supporting Coalitions for Welfare State Reform in Western Europe?«, in: *Journal of European Public Policy* 25/6 (2018), S. 844-861.

90 Wir finden auch keine nennenswerten Bildungs- und Vermögensunterschiede. Lediglich bei den Einkommensgruppen sehen wir etwas stärkere Kontraste, bei denen die Unterschicht (46 Prozent) schwächer zustimmt als die Mittelschicht (60 Prozent). Die Unterschicht umfasst hier jene Personen, deren Einkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) geringer ist als 50 Prozent des Medians. Zur Mittelschicht gehören jene Personen, deren Einkommen zwischen 100 und 150 Prozent des Medianeinkommens liegt.

91 Abou-Chadi/Hix, »Brahmin Left Versus Merchant Right?«, a. a. O.

92 Jürgen Habermas, »Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien«, in: Habermas, Jürgen, *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1985, S. 141-163.

93 Klaus Dörre, »Umkämpfte Globalisierung und Soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik«, in: *Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse 2*, herausgegeben von Mario Candeias et al., Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung 2019, S. 11-56; Dörre, *Die demobilisierte Klassengesellschaft*, a. a. O.

94 Nadja Mosimann/Jonas Pontusson, »Varieties of Trade Unions and Support for Redistribution«, in: *West European Politics* 45/6 (2022), S. 1310-1333.

95 Wolfgang Streeck, *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford: Oxford University Press 2010; Peter A. Hall, »The Electoral Politics of Growth Regimes«, in: *Perspectives on Politics* 18/1 (2019), S. 185-199.

96 441 Armin Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2015.

97 Jane Gingrich/Silja Häusermann, »The Decline of the Working-Class Vote, the Reconfiguration of the Welfare Support Coalition and Consequences for the

Welfare State«, in: *Journal of European Social Policy* 25/1 (2015), S. 50-75; Silja Häusermann/Georg Picot/Dominik Geering, »Rethinking Party Politics and the Welfare State–Recent Advances in the Literature«, in: *British Journal of Political Science* 43/1 (2013), S. 221-240.

98 Erfolgte die Wahl früher stark nach Klassenzugehörigkeit – mit der Daumenregel: je weniger wohlhabend, desto eher wird links gewählt –, hat sich dieser Zusammenhang nun abgeschwächt, hoch gebildete Gruppen spielen für linke Wahlerfolge eine weitaus größere Rolle; siehe Gethin/Martínez-Toledano/Piketty, *Political Cleavages and Social Inequalities*, a. a. O. Die inhaltliche Neuausrichtung hat innerhalb linker Parteien zu durchaus kontroversen Diskussionen geführt, weil einerseits darauf verwiesen wurde, dass ohne diese Öffnungen eine inhaltliche wie elektorale Marginalisierung drohe, andererseits aber eine Entfremdung von der Kernklientel befürchtet wird.

99 Nadja Mosimann/Line Rennwald/Jonas Pontusson, »Preface – Working Class Politics in the 21st Century«, in: *West European Politics* 45/6 (2022), S. 1175-1177.

100 Heinrich Popitz et al., *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*, Wiesbaden: Springer VS 2018 [1957].

4. Innen-Außen-Ungleichheiten

1 Im gesamten Jahr 2015 stellten ca. 1,2 Millionen Menschen – mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr – einen Asylantrag in der EU, wobei etwa die Hälfte dieser Personen aus Syrien, Afghanistan und Irak kam; siehe Eurostat, »Asylum in the EU Member States. Record Number of Over 1.2 Million First Time Asylum Seekers Registered in 2015«, *Eurostat News Release* (4. März 2016), online verfügbar unter: {https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/-/3-04032016-AP}. Das Ziel vieler Asylsuchenden war Deutschland: Hier stieg die Zahl der Asylanträge massiv an, von 170 000 2014 auf 440 000 im Jahr 2015 und 722 000 im Folgejahr.

2 Für das Jahr 2015 wurden insgesamt 124 Brandanschläge auf bewohnte, geplante oder im Bau befindliche Unterkünfte von Asylsuchenden dokumentiert; siehe Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL, »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle«, online verfügbar unter: {https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value%5bvalue%5d%5byear%5d=2015}.

3 442 Giovanni Capoccia, »Critical Junctures«, in: *The Oxford Handbook of Historical Institutionalism*, herausgegeben von Orfeo Fioretos et al., Oxford: Oxford University Press 2016, S. 89-106.

4 Rokkan, *Staat, Nation und Demokratie in Europa*, a. a. O. Der Nationalstaat der vergangenen zwei Jahrhunderte gründete sich auf das Ideal, dass die Grenzen territorialer Staaten mit den Grenzen kulturell weitgehend homogener Völker übereinstimmen (sollten); siehe Eric J. Hobsbawm, *Nations and Nationalism Since 1780: Programme, Myth, Reality*, Cambridge: Cambridge University Press 2012.

5 John C. Torpey, *The Invention of the Passport: Surveillance, Citizenship and the State*, Cambridge: Cambridge University Press 2000.

6 Steffen Mau et al., *Liberal States and the Freedom of Movement. Selective Borders, Unequal Mobility*, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2012.

7 Mau, *Sortiermaschinen*, a. a. O.

8 Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation*, a. a. O.

9 Ulrich Beck/Angelika Poferl, »Einleitung«, in: *Große Armut, großer Reichtum. Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit*, herausgegeben von Ulrich Beck und Angelika Poferl, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2010, S. 9-22, S. 15.

10 Ulrich Beck hat diese nationalgesellschaftliche Zentrierung des Blicks auf Ungleichheit mit der ihm eigenen rhetorischen Verve kritisiert: »Es ist die

Kongruenz von politischem Status (nationaler Mitgliedschaft, Pass) und sozioökonomischem Status (Stellung in der nationalstaatlichen Ungleichheitshierarchie), die stillschweigend als Hintergrundthematik der Klassenanalyse bis heute vorausgesetzt wird. Ungleichheitsforscher verstehen und analysieren ihren Gegenstand sozusagen vom Standpunkt einer nationalen Wir-Soziologie, die nationalstaatliche Gleichheitsnormen und nationale Wir-Solidarität ebenso voraussetzt wie die nationale Exklusion der nichtnationalen anderen.« (Beck »Risikogesellschaft und die Transnationalisierung sozialer Ungleichheit«, in: Beck/Poferl [Hg.], *Große Armut, großer Reichtum*, a. a. O., S. 25-52, S. 30)

11 Thomas Schwinn, »Nationale und globale Ungleichheit«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 18/1 (2008), S. 8-31, S. 18.

12 Ayelet Shachar, *The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality*, Cambridge, MA: Harvard University Press 2009.

13 Jürgen Mackert, *Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus sozialer Schließung*, Wiesbaden: Springer 2013.

14 Die Zahl der fortifizierten Grenzen hat sich seit den achtziger Jahren weltweit verfünffacht – ein klarer Hinweis, dass Grenzen auch im Zeitalter der Globalisierung als »Raumtrenner« wirksam sind; siehe Mau, *Sortiermaschinen*, a. a. O., S. 53.

15 De Wilde et al., *The Struggle Over Borders*, a. a. O.

16 Hanspeter Kriesi et al., »Globalization and the Transformation of the Na 443 tional Political Space: Six European Countries Compared«, in: *European Journal of Political Research* 45/6 (2006), S. 921-956.

17 Kriesi et al., *West European Politics in the Age of Globalization*, a. a. O.; Kriesi et al., *Political Conflict in Western Europe*, a. a. O.

18 Klaus Kraemer, »Sehnsucht nach dem nationalen Container«, in: *Leviathan* 46/2 (2018), S. 280-302; de Wilde et al., *The Struggle Over Borders*, a. a. O.; Wolfgang Merkel, »Polarisierung als gesellschaftliche Signatur«, in: *WZB-Mitteilungen* 2021, online verfügbar unter: {https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen/polarisierung-und-gesellschaft/polarisierung-als-gesellschaftliche-signatur}.

19 Kraemer, »Sehnsucht nach dem nationalen Container«, a. a. O. Eine direkte Verbindung zwischen der positiven oder negativen Betroffenheit von Globalisierungsprozessen und politischen Einstellungen wurde aber von bisherigen Studien widerlegt; siehe Peter Egge Langsæther/Rune Stubager, »Old Wine in New Bottles? Reassessing the Effects of Globalisation on Political Preferences in Western Europe«, in: *European Journal of Political Research* 58/4 (2019), S. 1213-1233. Stattdessen stützen sich Diagnosen zur Scheidung von Kosmopoliten und Kommunitaristen vor allem auf die »klassischen« Ungleichheitsachsen von Bildung und Einkommen.

20 Merkel, »Die populistische Revolte«, a. a. O., S. 54.

21 Siehe auch Rafaela Dancygier/Stefanie Walter, »Globalization, Labor Market Risks, and Class Cleavages«, in: *The Politics of Advanced Capitalism*, herausgegeben von Pablo Beramendi et al., Cambridge: Cambridge University Press 2015, S. 133-156.

22 Kraemer, »Sehnsucht nach dem nationalen Container«, a. a. O., S. 284.

23 Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich für die Aufnahme von Asylsuchenden.

24 Lux/Gülzau, »Zunehmende Polarisierung?«, a. a. O.; Teney/Rupieper, »A New Social Conflict on Globalisation-related Issues in Germany?«, a. a. O.

25 Die Erhebung der zugrunde liegenden Daten des Allbus fand im Jahr 2016 zwischen April und September statt. Damit können potenzielle Einstellungsänderungen durch den Zuzug von Asylsuchenden und Einwanderern ab August/September 2015 berücksichtigt werden.

26 Es mag überraschen, dass sich der Polarisierungsgrad dieser Einstellung zwischen 2006 und 2016 kaum ändert, obwohl der Anteil derer, die den Zuzug ganz unterbinden wollen, deutlich sinkt. Hier ist zu beachten, dass in den Häufigkeitsanalysen nur eine einzelne Antwortkategorie betrachtet wird, während bei den Polarisierungsanalysen die Abstufungsgrade der gesamten Antwortskala einbezogen werden. Von 2006 zu 2016 ging zwar der Anteil jener, die den Zuzug ganz unterbinden wollten, deutlich zurück, gleichzeitig ist aber der Anteil derer, die Zuwanderung uneingeschränkt zulassen wollten, in ähnlicher Größenordnung gestiegen, und die Besetzung der Mittelkategorie (Zuwanderung beschränken, aber grundsätzlich zulassen) blieb nahe 444 zu gleich, so dass sich am Polarisierungsgrad wenig geändert hat. Idealerweise hätten wir hier ein besseres Messinstrument, das mehr Abstufungen zulässt. Wir sind jedoch in unseren Trendanalysen auf existierende Umfragen angewiesen, in denen die Einstellungsmessung für unsere Zwecke nicht immer optimal umgesetzt wurde.

27 Im Gegensatz zu den beiden Zustimmungsgrafiken werden hier auch die feineren Einstellungsabstufungen in die Berechnung einbezogen, so dass sich die Grafiken nicht ohne Weiteres ineinander übersetzen lassen – sie zielen jeweils auf unterschiedliche Fragen.

28 Dass vieles fremd wird, ist dabei vermutlich keine isolierte Erfahrung, die auf die migrantische Heterogenisierung der Gesellschaft beschränkt bleibt: Der hohe Takt der Veränderungen in etlichen sozialen Bereichen birgt für viele Zumutungen, derer sie sich gern entledigen würden, wobei Migration zweifelsohne zu den Großtrends gehört, denen einerseits medial viel Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, die andererseits aber auch im Wohnumfeld, am Arbeitsplatz und in Familien- und Freundeskreisen sichtbar werden (zur Überforderung mit sozialem Wandel siehe auch Kapitel 9).

29 Hochschild, *Fremd in ihrem Land*, a. a. O.

30 Susan Olzak, *The Dynamics of Ethnic Competition and Conflict*, Stanford: Stanford University Press 1992; Herbert Blumer, »Race Prejudice as a Sense of Group Position«, in: *The Pacific Sociological Review* 1/1 (1958), S. 3-7.

31 Victoria M. Esses et al., »The Immigration Dilemma: The Role of Perceived Group Competition, Ethnic Prejudice, and National Identity«, in: *Journal of Social Issues* 57/3 (2001), S. 389-412.

32 Bram Lancee/Sergi Pardos-Prado, »Group Conflict Theory in a Longitudinal Perspective: Analyzing the Dynamic Side of Ethnic Competition«, in: *International Migration Review* 47/1 (2013), S. 106-131.

33 Sarah Belanger/Maurice Pinard, »Ethnic Movements and the Competition Model: Some Missing Links«, in: *American Sociological Review* 56/4 (1991), S. 446-457.

34 Peer Scheepers/Mérove Gijsberts/Marcel Coenders, »Ethnic Exclusionism in European Countries. Public Opposition to Civil Rights for Legal Migrants as a Response to Perceived Ethnic Threat«, in: *European Sociological Review* 18/1 (2002), S. 17-34; Steffen Mau/Christoph Burkhardt, »Migration and Welfare State Solidarity in Western Europe«, in: *Journal of European Social Policy* 19/3 (2009), S. 213-229.

35 Herbert Kitschelt, *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor: University of Michigan Press 1997; Jan Mewes/Steffen Mau, »Unraveling Working-Class Welfare Chauvinism«, in: *Contested Welfare States: Welfare Attitudes in Europe and Beyond*, herausgegeben von Stefan Svallfors, Stanford: Stanford University Press 2012, S. 119-157.

36 Oorschot, »Making the Difference in Social Europe«, a. a. O.

37 Mewes/Mau, »Unraveling Working-Class Welfare Chauvinism«, a. a. O.

38 445 Klaus Dörre et al., »Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 28/1-2 (2018), S. 55-89.

39 Stephan Dochow-Sondershaus/Céline Teney, »Opinion Polarization of Immigration and EU Attitudes between Social Classes – The Limiting Role of Working Class Dissensus«, in: *SocArXiv* 2023, online verfügbar unter: {https://doi.org/10.31235/osf.io/qm46p}.

40 Kenneth F. Scheve/Matthew J. Slaughter, »Labor Market Competition and Individual Preferences Over Immigration Policy«, in: *Review of Economics and Statistics* 83/1 (2001), S. 133-145; Rebeca Raijman/Moshe Semyonov/Peter Schmidt, »Do Foreigners Deserve Rights? Determinants of Public Views Towards Foreigners in Germany and Israel«, in: *European Sociological Review* 19/4 (2003), S. 379-392.

41 Beck/Westheuser, »Verletzte Ansprüche«, a. a. O.

42 Philip Manow/Hanna Schwander, »Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AFD in West- und Ostdeutschland«, in: *Rechtspopulismus in*

Deutschland, herausgegeben von Heinz Ulrich Brinkmann und Karl-Heinz Reuband, Wiesbaden: Springer VS 2022, S. 163-191; Philip Manow, *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin: Suhrkamp 2018.

43 Seymour Martin Lipset, »›Working-Class Authoritarianism‹: A Reply to Miller and Riesman«, in: *The British Journal of Sociology* 12/3 (1961), S. 277-281; Seymour Martin Lipset, »Democracy and Working-Class Authoritarianism«, in: *American Sociological Review* 24/4 (1959), S. 482-501.

44 Jeroen Van der Waal et al., »›Some Are More Equal Than Others‹: Economic Egalitarianism and Welfare Chauvinism in the Netherlands«, in: *Journal of European Social Policy* 20/4 (2010), S. 350-363; Dick Houtman, »Lipset and ›Working-Class‹ Authoritarianism«, in: *The American Sociologist* 34/1-2 (2003), S. 85-103.

45 Jens Hainmueller/Daniel J. Hopkins, »Public Attitudes Toward Immigration«, in: *Annual Review of Political Science* 17 (2014), S. 225-249; Alin M. Ceobanu/Xavier Escandell, »Comparative Analyses of Public Attitudes Toward Immigrants and Immigration Using Multinational Survey Data: A Review of Theories and Research«, in: *Annual Review of Sociology* 36 (2010), S. 309-328.

46 Mewes/Mau, »Unraveling Working-Class Welfare Chauvinism«, a. a. O.

47 Christian Joppke, *Selecting by Origin: Ethnic Migration in the Liberal State*, Cambridge, MA: Harvard University Press 2005.

48 Christian S. Czymara/Alexander W. Schmidt-Catran, »Wer ist in Deutschland willkommen? Eine Vignettenanalyse zur Akzeptanz von Einwanderern«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68/2 (2016), S. 193-227.

49 Siehe dazu genauer: Katja Schmidt, »Eine migrationsfreundliche Gesellschaft durch Generationenwandel? Kohortenanalysen für Ost- und West 446 deutschland«, in: *Soziale Welt* 73/4 (2022), S. 639-679. Zumal wir mit unserer Betrachtung nicht zwischen solchen Einflüssen unterscheiden können, die sich aus der Abfolge der Kohorten ergeben, und solchen, die mit dem Alter der Befragten zu tun haben.

50 Jennifer L. Hochschild/Monica Herk, »›Yes, but …‹. Principles and Caveats in American Racial Attitudes«, in: *Majorities and Minorities*, herausgegeben von John W. Chapman und Alan Wertheimer, New York: New York University Press 1990, S. 308-335.

51 Charlotte Taylor, »Metaphors of Migration Over Time«, in: *Discourse & Society* 32/4 (2021), S. 463-481.

52 Konrad Ott, *Zuwanderung und Moral*, Ditzingen: Reclam 2016; Miller, *Fremde in unserer Mitte*, a. a. O.

53 Andreas Cassee, *Globale Bewegungsfreiheit: Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen*, Berlin: Suhrkamp 2016.

54 Alexander Kustov, »›Bloom Where You're Planted‹: Explaining Public Opposition to (E)Migration«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 48/5 (2022), S. 1113-1132.

55 Siehe auch Arlie Russell Hochschild, *Fremd in ihrem Land*, a. a. O.

56 Siehe auch Klaus Dörre, *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*, Münster: Westfälisches Dampfboot 2020.

57 David De Coninck/Koen Matthijs, »Who Is Allowed to Stay? Settlement Deservingness Preferences Towards Migrants in Four European Countries«, in: *International Journal of Intercultural Relations* 77 (2020), S. 25-37.

58 Christian Joppke, *Neoliberal Nationalism. Immigration and the Rise of the Populist Right*, Cambridge: Cambridge University Press 2021.

59 Siehe auch: Beck/Westheuser, »Verletzte Ansprüche«, a. a. O.

60 Gordon W. Allport, *Die Natur des Vorurteils*, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1971 [1954].

61 Siehe auch Noemi Casati, »How Cities Shape Refugee Centres: ›Deservingness‹ and ›Good Aid‹ in a Sicilian Town«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44/5 (2018), S. 792-808.

62 Ayelet Shachar, »Selecting by Merit. The Brave New World of Stratified Mobility«, in: *Migration in Political Theory: The Ethics of Movement and Membership*, herausgegeben von Sarah Fine und Lea Ypi, Oxford: Oxford University Press 2016, S. 175-202; Joppke, *Neoliberal Nationalism*, a. a. O.

63 Jan Mewes/Steffen Mau, »Globalization, Socio-Economic Status and Welfare Chauvinism: European Perspectives on Attitudes Toward the Exclusion of Immigrants«, in: *International Journal of Comparative Sociology* 54/3 (2013), S. 228-245.

64 Ott, *Zuwanderung und Moral*, a. a. O.

65 Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel, *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AFD*, Frankfurt am Main: Westend 2018.

5. Wir-Sie-Ungleichheiten

1 Rainer Hoffschildt, *Statistik der Kriminalisierung und Verfolgung homosexueller Handlungen unter Männern durch Justiz und Polizei in der Bundesrepublik Deutschland von der Nachkriegszeit bis 1994*, online verfügbar unter: {https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei%3ABRD_Paragraph_175_StGB_Statistk_1945-94%2C_Hoffschildt_2016.pdf}.

2 Alexander Zinn, *»Aus dem Volkskörper entfernt?« Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2018.

3 Helmut Schelsky, *Soziologie der Sexualität. Über die Beziehungen zwischen Geschlecht, Moral und Gesellschaft*, Hamburg: Rowohlt 1955.

4 Schelsky rechtfertigte dabei auch die ausschließliche Verfolgung *männlicher* Homosexualität. Diese sei legitim, weil von lesbischen Neigungen aufgrund der »häuslichen Zurückgezogenheit der Frau« eine geringere »soziale Gefährdung ausgehe«; sollten Frauen in Zukunft aber stärker in öffentliche Rollen rücken, könne auch gegen weibliche Homosexualität ein legitimes »Strafbedürfnis« erwachsen; siehe Nadine Drönner, *Das »Homosexuellen-Urteil« des Bundesverfassungsgerichts aus rechtshistorischer Perspektive*, Tübingen: Mohr Siebeck 2020: 106; Schelsky, *Soziologie der Sexualität*, a. a. O., S. 49f.

5 Bundesverfassungsgericht, »Urteil vom 10. 05. 1957. Verfassungsmäßigkeit der Strafvorschriften gegen die männliche Homosexualität, §§ 175f. STGB«, Karlsruhe 1957, S. 174f.

6 Friedeburg, Ludwig von (1952), zit. in Christian Könne, »Gleichberechtigte Mitmenschen? Homosexuelle und die Bundesrepublik Deutschland« (7. September 2018), online verfügbar unter: {www.bpb.de/275113} (Stand: 5. Mai 2023).

7 Bundesverfassungsgericht, »Urteil vom 10. 05. 1957«, a. a. O., S. 176.

8 Erst 25 Jahre später, im Jahr 1994, wurde er aus den Gesetzbüchern gestrichen, das DDR-Pendant § 151 bereits 1988.

9 Beate Küpper/Ulrich Klocke/Lena-Carlotta Hoffmann, *Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage*, Baden-Baden: Nomos 2017; Ipsos, *LGBT+ Pride 2021 Global Survey. A 27 Country Ipsos Survey*, Paris: Ipsos 2021, online verfügbar unter:

{https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2021-06/lgbt-pride-2021-global-survey-ipsos.pdf}.

10 William E. B. DuBois, *Die Seele der Schwarzen – The Souls of Black Folk*, Freiburg: Orange-Press 2003 [1903].

11 Georg Simmel, *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, herausgegeben von Otthein Rammstedt, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992 [1908].

12 Simone de Beauvoir, *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*, Reinbek: Rowohlt 2000 [1949].

13 Norbert Elias/John L. Scotson, *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002 [1965].

14 In der weberianischen Tradition ist es neben der oben zitierten Passage zu ethnischen Gemeinschaften und der Schließung sozialer Beziehungen am ehesten die mit einer ständischen Lage verbundene »soziale Schätzung« oder »Ehre« (samt der in Anspruch genommenen positiven und negativen Privilegierungen), die sich auf die Anerkennungsfrage beziehen lässt. Aber sie blieb doch auf Fragen der Lebensführung beschränkt und wurde von Weber nie als gesellschaftliches Strukturprinzip voll theoretisiert; siehe Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, a. a. O., S. 179.

15 Siehe stellvertretend für ein weites Feld Michèle Lamont, *Cultivating Differences: Symbolic Boundaries and the Making of Inequality*, Chicago: University of Chicago Press 1992; Michèle Lamont, »Addressing Recognition Gaps: Destigmatization and the Reduction of Inequality«, in: *American Sociological Review* 83/3 (2018), S. 419-444; Michèle Lamont et al., *Getting Respect. Responding to Stigma and Discrimination in the United States, Brazil, and Israel*, Princeton: Princeton University Press 2016.

16 Charles Taylor, *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2009 [1992]; Axel Honneth, *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992.

17 Hirschauer, »Menschen unterscheiden«, a. a. O.

18 Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, a. a. O., Teil II, Kapitel 2.

19 Der Begriff *Race* ist im angelsächsischen Kontext anders konnotiert als der Begriff der »Rasse«, der hierzulande zu Recht tabuisiert ist, und bezieht sich sowohl auf wichtige Formen der Ungleichheit durch Ausbeutung, Diskriminierung und Segregation als auch auf eine Dimension politischer Mobilisierung für Gleichheit. Ersatz- oder Komplementärbegriffe wie *People of Color*, die zur Selbstbezeichnung in nichtweißen Communitys zunehmend genutzt werden, betonen stärker die von Menschen aufgrund von Hautfarbe gemachten Rassismuserfahrungen und werden verwendet, um Gemeinsamkeiten einer Gruppe stärker in den Vordergrund zu rücken; siehe Naika Foroutan et al., *Rassistische Realitäten. Wie setzt sich Deutschland mit*

Rassismus auseinander?, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung 2022.

20 Hirschauer, »Menschen unterscheiden«, a. a. O.

21 Stefan Hirschauer/Tobias Boll, »Un/doing Differences. Zur Theorie und Empirie eines Forschungsprogramms«, in: *Un/doing differences*, herausgegeben von Stefan Hirschauer, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2018, S. 7-26, S. 9.

22 Stuart Hall, *Ideologie, Identität, Repräsentation*, Hamburg: Argument Verlag 2004; Anja Weiß, *Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit*, Wiesbaden: Springer VS 2012; Charles Tilly, 449 *Durable Inequality*, Berkeley/Los Angeles: University of California Press 1998.

23 Wilhelm Heitmeyer, »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004«, in: *Deutsche Zustände. Folge 3*, herausgegeben von ders., Frankfurt am Main: Suhrkamp 2005, S. 13-34. Wir ordnen Rassismus und ethnische Diskriminierung im Sinne dieses Syndroms den Wir-Sie-Ungleichheiten zu, obwohl sie natürlich auch Ähnlichkeiten und Bezüge zu den Konflikten der Innen-Außen-Arena aufweisen. Wie im letzten Kapitel erwähnt, gehörte gerade in Deutschland die Vorstellung einer ethnischen Abstammungsgemeinschaft zu den zentralen Legitimationsmythen des Nationalstaats. Wäre die deutsche Gesellschaft – dieser Vorstellung entsprechend – tatsächlich homogen weiß, fielen Fragen der Migration und des Rassismus in eins, da Nichtweiße nur als eingewanderte Neuankömmlinge Thema würden. Dass wir den Rassismus stattdessen der Wir-Sie-Arena zuordnen, folgt dem Paradigma der *postmigrantischen Gesellschaft*. Dieses bricht mit dem monoethnischen und monokulturellen Blick und ist stattdessen auf eine soziale Realität orientiert, die bereits vielfältig ist und in der es immer schwieriger wird, zwischen Angestammten und Hinzugekommenen, »Biodeutschen« und Personen mit Migrationshintergrund, zu unterscheiden. Debatten über ethnische Heterogenität können in diesem Sinne von der Frage der Migration unterschieden werden – auf dem Spiel steht hier Anerkennung im gesellschaftlichen Binnenverhältnis. In unserer formalen Systematik geht es bei Wir-Sie-Konflikten um Anerkennungskämpfe derer, die schon längst Mitglieder einer Gesellschaft sind und als solche ihren Platz beanspruchen, bei Innen-Außen-Konflikten hingegen um ganz grundsätzliche Fragen von Zugang und Mitgliedschaft. Allerdings ist kaum zu übersehen, dass die Tropen von »Migrationshintergrund« und »ethnischer Abstammung«, die Exotisierung von hier geborenen und hier lebenden Mitbürgern, das Lesen von Menschen als »schwarz« oder »weiß« immer auch Grenzziehungen der (Nicht-)Zugehörigkeit vornehmen; siehe Susan Arndt, *Rassismus begreifen. Vom Trümmerhaufen der Geschichte zu neuen Wegen*, München: C. H. Beck 2021; Grada Kilomba, *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*,

Münster: Unrast 2008. Die *Aberkennung von Anerkennungsfähigkeit* steht also mit sozialen und ethnisch-kulturellen Schließungen in Verbindung.

24 Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1976 [1835/40].

25 Mafaalani, *Das Integrationsparadox*, a. a. O.

26 Armin Nassehi, *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft*, München: C. H. Beck 2021, S. 72.

27 Lessenich, *Grenzen der Demokratie*, a. a. O., S. 93.

28 Letztlich lässt sich der Rahmen der Anerkennungspolitik aber auf ein ganzes Set an Vorurteilen und Gruppendenominationen ausweiten, wie Diskussio 450 nen zu Altersdiskriminierung (Ageismus) oder körperbezogenen Diskriminierungsformen (wie Ableismus, Bodyismus, Lookismus oder Fat-Shaming) deutlich machen. Für den deutschen Fall kann man auch die Unterteilung nach ost- und westdeutsch hinzufügen, wo neben strukturellen Disparitäten immer auch Anerkennung und kulturelle Dominanzverhältnisse eine Rolle spielen; siehe Naika Foroutan/Jana Hensel, *Die Gesellschaft der Anderen*, Berlin: Aufbau 2020.

29 Beziehungen der Anerkennung erschöpfen sich nicht in Repräsentation, Sichtbarkeit und Diskurs, sie sind zugleich Ordnungen sozialer Wertigkeit, die mit handfesten Privilegien oder Formen der Unterprivilegierung einhergehen, so dass wir es bei der oft gemachten Unterscheidung zwischen Anerkennung und Umverteilung mit einem »falschen Gegensatz« zu tun haben; siehe Nancy Fraser, »Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik«, in: Nancy Fraser/Axel Honneth, *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 13-128, S. 21.

30 Keeanga-Yamahtta Taylor, *How We Get Free. Black Feminism and the Combahee River Collective*, Chicago: Haymarket Books 2017.

31 Gergely Csányi/Eszter Kováts, *Intersectionality: Time for a Rethink. The Current Understanding of Intersectionality Is a Dead-End for Progressive Politics*, Berlin: Social Europe 2020; Eleonora Roldán Mendívil/Bafta Sarbo, *Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus*, Berlin: Dietz 2022; Eva Berendsen/Saba-Nur Cheema/Meron Mendel, *Trigger-Warnung. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen*, Berlin: Verbrecher Verlag 2019.

32 Olúfẹ́mi O. Táíwò, *Elite Capture: How the Powerful Took Over Identity Politics (And Everything Else)*, Chicago: Haymarket Books 2022.

33 Sabine Hark/Paula-Irene Villa, *Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*, Bielefeld: transcript 2017.

34 Mark Bergfeld, »The Perils of the ›White Working Class‹: Analysing the New Discussion on Class«, in: *Global Labour Journal* 10/1 (2019), S. 69-83.

35 Eva von Redecker etwa rekonstruiert Ansprüche, aufgrund derer selbst dominierte Gruppen wie männliche Industriearbeiter von der Unterdrückung anderer Gruppen (z. B. Frauen oder Migranten) profitieren, als »Phantombesitz« und verfolgt die autoritären Tendenzen dieser Ansprüche in die Tiefengeschichte liberaler Eigentumsrechte zurück; siehe Eva von Redecker, »Ownership's Shadow: Neoauthoritarianism as Defense of Phantom Possession«, in: *Critical Times* 3/1 (2020), S. 33-67.

36 Sahra Wagenknecht, *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2021.

37 Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, a. a. O.; Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a. a. O.

38 Norris/Inglehart, *Cultural Backlash*, a. a. O.

39 451 Nina Power, »Winning the Media War: Why There is no Such Thing as a Bad Protester«, in: *What We Are Fighting For. A Radical Collective Manifesto*, herausgegeben von Federico Campagna und Emanuele Campiglio, London: Pluto Press 2012, S. 176-181, S. 178.

40 Wir bearbeiten das Thema »Rassismus« hier im Hinblick auf die spezifische Logik von Wir-Sie-Konflikten aus der Perspektive der weißen Mehrheitsgesellschaft, weniger im Hinblick auf grundlegendere Fragen rassistischer Strukturen und Dispositionen, historischer und politischer Einbettungen (beispielsweise des Kolonialismus und des Eurozentrismus) oder der Betroffenheit von Rassismus.

41 Für ausführlichere Überblicksdarstellungen und Daten sei hier verwiesen auf: Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (Hg.), *Rassismusforschung I. Theoretische und interdisziplinäre Perspektiven*, Bielefeld: transcript 2023; Foroutan et al., *Rassistische Realitäten*, a. a. O.; Hark/Villa, *Unterscheiden und Herrschen*, a. a. O.; Kai-Olaf Maiwald/Sarah Speck, »Die neue Unsichtbarkeit von Ungleichheit. Normative Paradoxien im Geschlechterverhältnis«, in: *Normative Paradoxien: Verkehrungen des gesellschaftlichen Fortschritts*, herausgegeben von Axel Honneth et al., Frankfurt am Main/New York: Campus 2022, S. 337-366.

42 Für die Wir-Sie-Differenzierung im Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschen siehe aber Julian Heide/Thomas Lux/Steffen Mau, »Ost-West-Unterschiede in den Köpfen: Alterität, Konflikt, Anerkennung und Förderung«, in: *SocArXiv* (2023), online verfügbar unter: {https://osf.io/preprints/socarxiv/483fb/}.

43 Küpper/Klocke/Hoffmann, *Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland*, a. a. O., S. 130.

44 Wilhelm Heitmeyer, *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin: Suhrkamp 2018; Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 10*, Berlin: Suhrkamp 2011.

45 Foroutan et al., *Rassistische Realitäten*, a. a. O.

46 Oliver Decker et al. (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, Gießen: Psychosozial-Verlag 2022.

47 Sarah Speck, »Autonomie, Authentizität, Arbeitsteilung – Paradoxien der Gleichheit in modernen Geschlechterarrangements«, in: *WestEnd – Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 1/2018 (2018), S. 21-44; Fiona Kalkstein et al., »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«, in: Decker et al. (Hg.) *Autoritäre Dynamiken*, a. a. O., S. 245-270.

48 Ronald F. Inglehart/Eduard Ponarin/Ronald C. Inglehart, »Cultural Change, Slow and Fast: The Distinctive Trajectory of Norms Governing Gender Equality and Sexual Orientation«, in: *Social Forces* 95/4 (2017), S. 1313-1340; Jeffrey Weeks, *Sex, Politics and Society. The Regulation of Sexuality Since 1800*, London: Routledge 2017.

49 452 Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause, *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn: Dietz 2016, S. 45ff.; Küpper/Klocke/Hoffmann, *Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland*, a. a. O.

50 Sharron FitzGerald/May-Len Skilbrei, *Sexual Politics in Contemporary Europe. Moving Targets, Sitting Ducks*, Cham: Palgrave Macmillan 2022; Phillip M. Ayoub, *When States Come Out. Europe's Sexual Minorities and the Politics of Visibility*, Cambridge: Cambridge University Press 2016.

51 Paul Lehrieder et al., *Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Ulle Schauws, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/8874 – Jung, queer, glücklich in die Zukunft – Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Jugendliche stärken*, Berlin: Deutscher Bundestag 2017, S. 2. Schaut man über Deutschland hinaus, zeigen sich erhebliche Unterschiede, die eng mit der gesellschaftlichen Modernisierung insgesamt zusammenhängen; siehe Jürgen Gerhards, »Non-Discrimination Towards Homosexuality: The European Union's Policy and Citizens' Attitudes Towards Homosexuality in 27 European Countries«, in: *International Sociology* 25/1 (2010), S. 5-28. Die Toleranz gegenüber diversen Lebensformen hat in den vergangenen 30 Jahren vor allem in Nord- und Westeuropa massiv zugenommen. Junge, besser Gebildete und Menschen in urbanen Kontexten sind dabei anerkennungsbereiter und toleranter, die Liberalisierung erfasst aber auch die grundsätzlich zurückhaltenderen Gruppen der Älteren, Arbeiter

und Menschen mit starken konfessionellen Bindungen; siehe ebd.; Robert Andersen/Tina J. Fetner, »Economic Inequality and Intolerance: Attitudes Toward Homosexuality in 35 Democracies«, in: *American Journal of Political Science* 52/4 (2008), S. 942-958.

52 Wobei ca. 84 Prozent der Befragten im Jahr 2012 eine der beiden letztgenannten Kategorien wählten.

53 Amélie Mummendey/Sabine Otten, »Aversive Discrimination«, in: *Blackwell Handbook of Social Psychology: Intergroup Processes*, herausgegeben von Rupert Brown und Samuel L. Gaertner, Malden: Blackwell 2001, S. 112-132.

54 Bei Didier Eribon heißt es konsequenterweise: »Die Herrschenden merken nicht, dass ihre Welt nur einer partikularen, situierten Wahrheit entspricht (so wie ein Weißer sich nicht seines Weißseins und ein Heterosexueller sich nicht seiner Heterosexualität bewusst ist)«; Didier Eribon, *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp 2016, S. 92.

55 Katharina Kaufmann, »Das Wissen der Marginalisierten. Der Sinn für Ungerechtigkeit und die soziale Standpunkttheorie«, in: *Soziopolis* (15. September 2022), online verfügbar unter: {https://www.soziopolis.de/das-wissen-der-marginalisierten.html}.

56 453 Rainer Forst, *Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2003, S. 42ff.

57 Tarik Abou-Chadi/Ryan J. Finnigan, »Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe«, in: *Comparative Political Studies* 52/6 (2019), S. 868-895. Interessanterweise hinkt die Unterstützung für LGBT-Personen in der Politik der allgemeinen Akzeptanz und der Unterstützung für rechtliche Gleichstellung hinterher; siehe European Commission, *Eurobarometer on Discrimination 2019: The Social Acceptance of LGBTI People in the EU*, Brüssel: European Commission 2019. Außerdem gibt es eine »vote penalty« für LGBT-Kandidierende, was unter anderem damit zu tun hat, dass explizit homosexuelle Personen oder Transpersonen mit spezifischen politischen Positionen in Zusammenhang gebracht werden – sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identitäten dienen dabei als Heuristiken –, zudem wird ihnen die Vertretung eher als partikular wahrgenommener Interessen zugeschrieben (umgekehrt gilt auch für die Unterstützergruppen die Annahme, dass sich aus der Merkmalsträgerschaft eine politische Position ableiten lässt); siehe Gabriele Magni/Andrew Reynolds, »Voter Preferences and the Political Underrepresentation of Minority Groups: Lesbian, Gay, and Transgender Candidates in Advanced Democracies«, in: *The Journal of Politics* 83/4 (2021), S. 1199-1215.

58 Küpper/Klocke/Hoffmann, *Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen in Deutschland*, a. a. O. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang eine international vergleichende Studie von Ipsos: Während

auch hier sehr große Mehrheiten formale Rechte begrüßen, bietet die deutsche Meinungslandschaft ein eher konservatives Bild, wenn es um die Sichtbarkeit und die informellen Rechte von LGBT-Personen geht. Konkret wurde etwa gefragt, ob die Befragten es unterstützen, dass LGBT-Personen ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität offen mitteilen und in der Öffentlichkeit durch Küsse oder Händehalten Zuneigung zeigen, oder ob es gut wäre, wenn mehr lesbische, schwule, bi- und transsexuelle Personen in Sportmannschaften oder TV-Filmen zu sehen wären. Die Zustimmung lag hier deutlich unter der in Spanien, Großbritannien, Schweden, Belgien und den Niederlanden sowie in Argentinien, Kanada und den USA; siehe Ipsos, *LGBT+ Pride 2021 Global Survey*, a. a. O., S. 24.

59 Long Doan/Annalise Loehr/Lisa R. Miller, »Formal Rights and Informal Privileges for Same-Sex Couples: Evidence from a National Survey Experiment«, in: *American Sociological Review* 79/6 (2014), S. 1172-1195.; Scott R. Harris, »What Can Interactionism Contribute to the Study of Inequality? The Case of Marriage and Beyond«, in: *Symbolic Interaction* 24/4 (2001), S. 455-480.

60 Sheela Raja/Joe Stokes, »Assessing Attitudes Toward Lesbians and Gay Men: The Modern Homophobia Scale«, in: *International Journal of Sexuality and Gender Studies* 3/2 (1998), S. 113-134; in einer unserer Fokusgruppen berich 454 tet der Koch Hans-Peter etwa von einem Vorfall an seinem Arbeitsplatz: »Wir hatten jemanden, von der Leihfirma, der war offiziell schwul. […] Ich habe nichts gegen Schwule. Alles gut. So. Und dann kam die Situation – da habe ich zu ihm gesagt, persönlich, ich war damals Küchenleiter, ›Ähm, hör mal, alles gut. Du machst jetzt zehn Minuten eher Feierabend. Gehst dich umziehen. Weil, ich möchte nicht, wenn ich aus der Dusche komme, dass du in meiner Kabine bist.‹ Ja. […] Und aufgrund dieser Aussage habe ich eine Abmahnung bekommen. Was ich bis heute immer noch nicht verstehe.«

61 Elias/Scotson, *Etablierte und Außenseiter*, a. a. O.

62 Die bereits zitierte Essenerin Ulrike sagt: »Ich habe eine Freundin, die in Deutschland geboren ist, einen Türken geheiratet hat. Die hat keine Chance, mit ihrem Nachnamen eine Wohnung zu bekommen. Sie ruft mit ihrem Mädchennamen an, um einen Besichtigungstermin zu bekommen. Das ist Alltagsrassismus.«

63 Tatsächlich gibt Josef auch im Fragebogen, den alle Teilnehmer ausfüllten, an, eher zuzustimmen, dass es »zu viel Aufwand macht, immer auf die Besonderheiten von Transpersonen Rücksicht zu nehmen«.

64 Gregory B. Lewis, »The Friends and Family Plan: Contact With Gays and Support for Gay Rights«, in: *Policy Studies Journal* 39/2 (2011), S. 217-238.

65 Forst, *Toleranz im Konflikt*, a. a. O., S. 43.

66 Ebd., S. 46.

67 Diese sprachpolitischen Auseinandersetzungen lassen sich – nicht nur, aber doch in vielfältiger Weise – »als symbolische Kämpfe um die Schaffung eines Alltagsverstandes« und um das »Monopol auf legitime Benennung« verstehen; siehe Pierre Bourdieu, *Rede und Antwort*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1992, S. 149.

68 Anatol Stefanowitsch, *Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*, Berlin: Dudenverlag 2018.

69 Lisa Irmen/Astrid Köncke, »Zur Psychologie des ›generischen‹ Maskulinums«, in: *Sprache & Kognition* 15/3 (1996), S. 152-166; Elke Heise, »Sind Frauen mitgemeint? Eine empirische Untersuchung zum Verständnis des generischen Maskulinums und seiner Alternativen«, in: *Sprache & Kognition* 19/1-2 (2000), S. 3-13.

70 Amlinger/Nachtwey, *Gekränkte Freiheit*, a. a. O., S. 160.

71 »Farbig«, nicht aber der semantisch verwandte englischsprachige Terminus »of color«, gilt heute als problematischer Begriff, »schwarz« dagegen ist als Selbstbezeichnung gebräuchlich.

72 Noch komplizierter wird es, wenn man die politische Dimension mitdenkt, denn viele sprachliche Veränderungen (inklusive ihrer Verwendung oder Ablehnung) können in der öffentlichen Kommunikation als gesinnungspolitische Chiffren verstanden werden – es geht oftmals um mehr als die Bedeutung von Wörtern, es geht um den Ausdruck einer Haltung. Die Schwierigkeit besteht dann darin, das Soziale vom Politischen abzuscheiden und nicht 455 in eins zu setzen, zumal zusätzlich auch sprachästhetische und -ökonomische Erwägungen hinzutreten können.

73 WDR, »WDR-Studie: So gendern die Deutschen«, (6. Februar 2023), online verfügbar unter: {https://www1.wdr.de/nachrichten/gender-umfrage-infratest-dimap-100.html}.

74 Zwar sind 51 Prozent der soziokulturellen Experten der Meinung, bei Stellenbesetzungen solle es Geschlechterquoten geben, Produktionsarbeiter stimmen dieser Aussage aber ebenfalls recht häufig zu (42 Prozent). Etwas niedriger ist der Wert in den kleinen Gruppen der Selbstständigen und Kleinunternehmer (39 und 36 Prozent). Das Alter der Befragten ist ebenfalls kein wesentlicher Faktor. Die Zustimmung zu Quoten erhöht sich in den nachrückenden Generationen nicht. Forschungen zu entsprechenden Affirmative-Action-Maßnahmen zeigen, dass die Zugehörigkeit zu einer dadurch besser zu stellenden Gruppe die Befürwortung erhöht; siehe Céline Teney/Giuseppe Pietrantuono/Katja Möhring, »Who Supports Whom? Citizens' Support for Affirmative Action Policies in Recruitment Processes Toward Four Underrepresented Groups«, in: *Journal of European Public Policy* (2022), Online First. Bei anderen Gruppen hängt die Position stark von

Vorurteilen gegenüber der zu quotierenden Gruppe und der Wahrnehmung von strukturellen Benachteiligungen ab. Wenn die Vorurteile gering sind und es ein starkes Bewusstsein für diese Probleme gibt, steigt erwartungsgemäß auch die Zustimmung. In unserer Studie zeigen sich ebenfalls entsprechende Unterschiede, die allerdings erneut eher gradueller Natur sind. So stimmen 48 Prozent der Frauen einer Quote zu, aber auch 39 Prozent der Männer. Einen Kampf der Geschlechter wird man aus solchen Mustern aber sicher nicht ableiten können.

75 Siehe zu ähnlichen Ergebnissen auch Sebastian Jäckle, »Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 63/3 (2022), S. 469-497.

76 Die Zustimmungsdifferenzen zwischen diesen Gruppen sind recht klein. Etwas größere Unterschiede ergeben sich, wenn man nicht nach Sozialstruktur, sondern nach Parteipräferenz differenziert. Hier fällt die Zustimmung der AFD- und FDP-Anhänger mit Werten von 12 bzw. 19 Prozent besonders gering aus. Unter den Anhängern der Grünen, der SPD und der Linkspartei liegt die Zustimmung zwar deutlich höher und erreicht Werte zwischen 30 und 33 Prozent, doch auch hier finden sich letztlich keine Mehrheiten. Zu ähnlichen Befunden kommt eine Umfrage von Infratest Dimap, die der Zustimmung zur gendergerechten Sprache mit einem detaillierteren Item nachspürt. Im Vergleich zu unseren Daten fällt dort die Zustimmung unter den Anhängern der Grünen höher aus. In deren Wählerschaft stehen sich Befürworter und Gegner nahezu gleichstark gegenüber; siehe »Weiter Vorbehalte gegen gendergerechte Sprache«, online verfügbar unter: {456 https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/weiter-vorbehalte-gegen-gendergerechte-sprache}.

77 Svallfors, *The Moral Economy of Class*, a. a. O.

78 Danya Lagos, »Has There Been a Transgender Tipping Point? Gender Identification Differences in US Cohorts Born Between 1935 and 2001«, in: *American Journal of Sociology* 128/1 (2022), S. 94-143. Der Bildungsgrad weist sogar einen negativen Zusammenhang mit der Transgender-Identität auf; das heißt, dass sich Menschen mit geringerer Bildung tendenziell häufiger als Trans-Personen identifizieren als solche mit hoher Bildung (ebd.).

79 Julian Heide, »Testfall Armut. Zum Zusammenhang von Ungleichheitseinstellungen und sozialer Lage«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 2023, Online first.

80 Constantin L. Wurthmann, »The German Transgender Self-Determination Law: Explanatory Factors for Support Within the Population«, in: *European Journal of Politics and Gender* (2023), Online First.

81 Sandra Legge/Jürgen Mansel, »Ethnische Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, in: *Handbuch soziale Probleme*, herausgegeben von Günter Albrecht und Axel Groenemeyer, Wiesbaden: Springer 2012, S. 494-548, S. 513f.

82 Nur die Kleinunternehmer liegen mit einer Zustimmung von 72 Prozent bei diesem Thema noch hinter den Produktionsarbeitern.

83 Siehe auch Chaim La Roi/Jornt J. Mandemakers, »Acceptance of Homosexuality Through Education? Investigating the Role of Education, Family Background and Individual Characteristics in the United Kingdom«, in: *Social Science Research* 71/1 (2018), S. 109-128; Julianne Ohlander, Jeanne Batalova/Judith Treas, »Explaining Educational Influences on Attitudes Toward Homosexual Relations«, in: *Social Science Research* 34/4 (2005), S. 781-799.

84 Forst, *Toleranz im Konflikt*, a. a. O., S. 43.

85 Ebd., S. 42ff.

86 Foroutan, *Die postmigrantische Gesellschaft*, a. a. O.; El-Mafaalani, *Das Integrationsparadox*, a. a. O.

6. Heute-Morgen-Ungleichheiten

1 Zu diesem steuerpolitischen Kernanliegen kamen im Verlauf der Proteste weitere Forderungen hinzu, etwa die Erhöhung des Mindestlohns und die Erhöhung der Renten.

2 Johan Rockström et al., »Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity«, in: *Ecology and Society* 14/3 (2009), S. 32-65. Seit Beginn des industriellen Kapitalismus ereignet sich beispielsweise ein Massenaussterben von Arten, das in Ausmaß und Geschwindigkeit seit dem Ende der Dinosaurier seinesgleichen sucht und keinerlei Anzeichen auf Verlang 457 samung zeigt; siehe WWF, *Living Planet Report 2020. Bending the Curve of Biodiversity Loss*, Gland: WWF 2020. 70 Prozent aller heute lebenden Vögel sind von Menschen gehaltene Hühner. Drei Viertel allen nichtvereisten Landes sind heute von menschlichen Aktivitäten verändert; siehe IPBES, *The Assessment Report on Land Degradation and Restoration*, Bonn: Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services 2018. Seit Beginn der menschlichen Zivilisation wurde die Hälfte aller Wälder gerodet. 83 Prozent aller wilden Säugetiere sind der Expansion menschlichen Lebens zum Opfer gefallen; siehe Yinon M. Bar-On/Rob Phillips/Ron Milo, »The Biomass Distribution on Earth«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115/25 (2018), S. 6506-6511; Mathew Lawrence und Laurie Laybourn-Langton, *Planet on Fire. Manifesto for the Age of Environmental Breakdown*, London: Verso 2021.

3 Maxime Gaborit/Théo Grémion, »Jaunes et verts. Vers un écologisme populaire?«, *La vie des idées* (20. Dezember 2019), online verfügbar unter: {https://laviedesidees.fr/Jaunes-et-verts.html}.

4 Tristan Guerra/Chloé Alexandre/Stéphanie Abrial, »Enquêter sur les Gilets jaunes. Sociologie politique d'un mouvement social à partir d'une enquête diffusée sur les réseaux sociaux«, in: *Statistique et Société* 9/1-2 (2021), S. 21-37.

5 Gaborit/Grémion, »Jaunes et verts«, a. a. O.

6 Ebd.

7 Michael Lindner/Robert Dorschel/Antonia Schuster, »Ecology and Class Structure: Greenhouse Gas Emissions of Social Classes in the United Kingdom«, in: *SSRN Pre-Print* (2022), online verfügbar unter {http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4291462} (Stand: 3. Jan. 2023).

8 Neckel, »Ökologische Distinktion«, a. a. O.

9 Elmar Schlich, »Zur Bedeutung der Privathaushalte für die CO_2-Emission Deutschlands«, in: *Hauswirtschaft und Wissenschaft* 67 (2019), S. 1-9.

10 Mathis Wackernagel/William Rees, *Unser ökologischer Fussabdruck. Wie der Mensch Einfluss auf die Umwelt nimmt*, Basel: Springer 2013; Tim Gore, *Confronting Carbon Inequality. Putting Climate Justice at the Heart of the COVID-19 Recovery*, Den Haag: Oxfam 2020; Lucas Chancel et al. (Hg.), *World Inequality Report 2022*, a. a. O., Kapitel 6.

11 Chancel et al. (Hg.), *World Inequality Report 2022*, a. a. O.

12 Antonia Schuster/Ilona M. Otto, »Understanding Socio-Metabolic Inequalities Using Consumption Data From Germany«, in: *Capitalism Nature Socialism* (2022), Online First.

13 Sighard Neckel, »Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 24/4 (2023), S. 47-56, S. 55f.

14 Maria Backhouse/Anne Tittor, »Für eine intersektionale Perspektive auf globale sozial-ökologische Ungleichheiten«, in: *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, herausgegeben von Klaus Dörre et al., 458 Wiesbaden: Springer VS 2019, S. 297-312; Thomas Dietz/Rachael L. Shwom/Cameron T. Whitley, »Climate Change and Society«, in: *Annual Review of Sociology* 46 (2020), S. 135-158.

15 Chancel et al. (Hg.), *World Inequality Report 2022*, a. a. O. Nach der sogenannten IPAT-Gleichung ergibt sich der menschliche Einfluss auf Umwelt und Klima (Impact) vor allem aus den drei Faktoren Bevölkerungsgröße (Population), Wohlstand (Affluence) und Technologie (Technology). Je größer ein Land ist, je mehr seine Bevölkerung produziert und konsumiert und je ressourcenbelastender sein Technologieeinsatz ist, desto desaströser sind die Effekte auf die Umwelt; siehe Marian R. Chertow, »The IPAT Equation and Its Variants. Changing Views of Technology and Environmental Impact«, in: *Journal of Industrial Ecology* 4/4 (2000), S. 13-29.

16 Lucas Chancel, »Global Carbon Inequality over 1990-2019«, in: *Nature Sustainability* 5/11 (2022), S. 931-938.

17 Wouter Poortinga et al., »Climate Change Perceptions and Their Individual-Level Determinants: A Cross-European Analysis«, in: *Global Environmental Change* 55 (März 2019), S. 25-35.

18 Alberto Melucci, *Challenging Codes. Collective Action in the Information Age*, Cambridge: Cambridge University Press 1996.

19 Hanspeter Kriesi, »New Social Movements and the New Class in the Netherlands«, in: *American Journal of Sociology* 94/5 (1989), S. 1078-1116; Poortinga et al., »Climate Change Perceptions and Their Individual-Level Determinants«, a. a. O.

20 Nina Eggert/Marco Giugni, »Does the Class Cleavage Still Matter? The Social Composition of Participants in Demonstrations Addressing Redistributive and Cultural Issues in Three Countries«, in: *International Sociology* 30/1 (2015), S. 21-38.

21 Bruno Latour/Nikolaj Schultz, *Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum*, Berlin: Suhrkamp 2022.

22 Anthony Giddens, *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*, Cambridge: Polity 1984.

23 Naomi Klein, *This Changes Everything. Capitalism vs. The Climate*, New York: Simon and Schuster 2015.

24 Daniel A. Cohen/David Bond, »Toward a Theory of Climate Praxis: Confronting Climate Change in a World of Struggle«, in: *Crisis Under Critique. How People Assess, Transform, and Respond to Critical Situations*, herausgegeben von Didier Fassin und Axel Honneth, New York: Columbia University Press 2022, S. 271-292, S. 271.

25 Silvia Weko, »Communitarians, Cosmopolitans, and Climate Change: Why Identity Matters for EU Climate and Energy Policy«, in: *Journal of European Public Policy* 29/7 (2022), S. 1072-1091. Ronald Inglehart, »Public Support for Environmental Protection: Objective Problems and Subjective Values in 43 Societies«, in: *PS: Political Science & Politics* 28/1 (1995), S. 57-72.

26 459 John Kenny/Peter Egge Langsæther, »Environmentalism as an Independent Dimension of Political Preferences«, in: *European Journal of Political Research* (2022), Online First.

27 Nancy Fraser, *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*, Berlin: Suhrkamp 2023, S. 132.

28 Wir beziehen uns hier auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Die konkrete Frage lautet dort: »Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?« Eines der Gebiete ist »Schutz der Umwelt«. Seit 2009 werden im SOEP auch Sorgen um den Klimawandel abgefragt. Das empirische Trendmuster dieser Sorgen ist nahezu deckungsgleich mit jenem der Sorgen um den Umweltschutz.

29 Die Trendreihe beruht auf Daten des European Values Survey (EVS). Konkret haben wir die Zustimmung/Ablehnung zu folgender Aussage einbezogen: »Ich würde auf einen Teil meines Einkommens verzichten, wenn ich sicher sein könnte, dass dieses Geld dazu verwendet wird, Umweltverschmutzung zu verhindern.«

30 Stuart Capstick et al., »International Trends in Public Perceptions of Climate Change Over the Past Quarter Century«, in: *WIREs Climate Change* 6/1 (2015), S. 35-61.

31 Michael Schipperges, *Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen*, Dessau-Roßlau:

Umweltbundesamt 2020.

32 Es mag überraschen, dass sich angesichts des starken Rückgangs großer Umweltsorgen und der deutlichen Veränderungen in der Bereitschaft zum Einkommensverzicht so wenig an den Werten des Polarisierungsindex geändert hat. Hier muss man berücksichtigen, dass in der linken Teilgrafik nur einzelne (oder zusammengefasste) Antwortkategorien betrachtet werden, während sich die Polarisierungsanalysen auf die Abstufungsgrade der gesamten Antwortskala beziehen. So ging beispielsweise von 1990 zu 1998 zwar der Anteil jener mit großen Umweltsorgen deutlich zurück. Gleichzeitig wuchs aber vor allem die mittlere Kategorie (»einige Sorgen«) stark an, während die andere Extremkategorie (»keine Sorgen«) nur leicht zunahm. Vergleichbare Entwicklungen ergeben sich für den Einkommensverzicht. Idealerweise hätten wir hier bessere Messinstrumente, die mehr (und andere) Abstufungen zulassen. Wir sind jedoch in unseren Trendanalysen auf bereits existierende Umfragen angewiesen, in denen die Einstellungsmessung für unsere Zwecke nicht immer optimal umgesetzt wurde.

33 Manuel Frondel et al., »Wahrnehmung des Klimawandels in Deutschland: Eine Längsschnittbefragung privater Haushalte«, in: *Zeitschrift für Energiewirtschaft* 45/2 (2021), S. 119-131, S. 124.

34 Für einen hilfreichen Überblick über »bremserische« Argumente in der Klimadebatte sieh auch William F. Lamb et al., »Discourses of Climate Delay«, in: *Global Sustainability* 3/17 (2020), S. 1-5. Für eine bessere Darstellbarkeit
460 finden sich in Abbildung 6.2 nur die Kurzformen der Aussagen. Die vollständigen Aussagen finden sich im Anhang.

35 Mikko Weckroth/Sanna Ala-Mantila, »Socioeconomic Geography of Climate Change Views in Europe«, in: *Global Environmental Change* 72/1 (2022), Online First; Christiane Lübke, »Socioeconomic Roots of Climate Change Denial and Uncertainty Among the European Population«, in: *European Sociological Review* 38/1 (2022), S. 153-168.

36 Jörg Hartmann/Peter Preisendörfer, »Development and Structure of Environmental Worries in Germany 1984-2019«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 50/5 (2021), S. 322-337.

37 Peter Newell/Dustin Mulvaney, »The Political Economy of the ›Just Transition‹«, in: *The Geographical Journal* 179/2 (2013), S. 132-140.

38 Tilman Reitz/Dirk Jörke, »The Reshaping of Political Representation in Post-growth Capitalism: A Paradigmatic Analysis of Green and Right-Wing Populist Parties«, in: *Anthropological Theory* 21/3 (2021), S. 287-314.

39 Karen O'Brien/Elin Selboe/Bronwyn Hayward, »Exploring Youth Activism on Climate Change«, in: *Ecology and Society* 23/3 (2018), S. 1-13. Vor allem mit Blick auf die Fridays-for-Future-Bewegung wird oftmals gemutmaßt, dass wir es hier mit einer ganz bestimmten Gruppe (Gymnasiastinnen aus

akademischen Mittelschichthaushalten) zu tun hätten, die lediglich für sich reklamierten, die Stimme der jungen Generation zu sein. Empirische Befunde unterfüttern diese These allerdings bislang nur teilweise; siehe Donatella della Porta/Martín Portos, »Rich Kids of Europe? Social Basis and Strategic Choice in the Climate Activism of Fridays for Future«, in: *Italian Political Science Review/Rivista Italiana di Scienza Politica* 53/1 (2023), S. 24-49. Zwar sind besser Gebildete aus der Mittelschicht unter den Teilnehmern der Klimastreiks und -aktionen überrepräsentiert; insgesamt sind die Aktiven sozial aber sehr heterogen.

40 Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, a. a. O.

41 Lukas Haffert, *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*, München: C. H. Beck 2022.

42 Florian Ranft, *Strukturschwach & Erfahrungsstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation*, Berlin: Das Progressive Zentrum 2022, S. 14.

43 Neckel, »Ökologische Distinktion«, a. a. O.

44 Die Technologiefirma Alibaba entwickelt einen individuellen CO_2-Tracker, der viele Lebensbereiche ressourcenmäßig erfassen soll und an ein digitales Konto angeschlossen werden könnte. Die einzelnen Bürger dürften dabei nur ein bestimmtes Budget verbrauchen. Die Implikationen wären gravierend, weil sich ein erheblicher Egalisierungsdruck auf die konsumstarken Gruppen ergeben würde. Die größten Zumutungen beträfen nun die ressourcenstarken Gruppen, wodurch sich die Konstellation und Dynamik eines denkbaren Klassenkonflikts stark verändern würde.

45 461 Beck, *Risikogesellschaft*, a. a. O.

46 Ebd., S. 47.

47 Ebd., S. 48.

48 Ebd., S. 46.

49 Studien zum Zusammenhang zwischen der Umweltbelastung am Wohnort und dem Sozialstatus bestätigen diesen sozialen Gradienten; Andreas Diekmann/Reto Meyer, »Demokratischer Smog? Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Sozialschicht und Umweltbelastungen«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62/3 (2010), S. 437-457.

50 Angel Hsu et al., »Disproportionate Exposure to Urban Heat Island Intensity Across Major US Cities«, in: *Nature Communications* 12 (2021), S. 1-11.

51 Eric Tate et al., »Flood Exposure and Social Vulnerability in the United States«, in: *Natural Hazards* 106/9 (2021), S. 435-457.

52 Alexander Fekete, »Validation of a Social Vulnerability Index in Context to River-Floods in Germany«, in: *Natural Hazards and Earth System Sciences* 9/2 (2009), S. 393-403; Daniela D'Ippoliti et al., »The Impact of Heat Waves on

Mortality in 9 European Cities: Results From the EuroHEAT Project«, in: *Environmental Health* 9/1 (2010), S. 1-9; Daniel Osberghaus/Thomas Abeling, »Heat Vulnerability and Adaptation of Low-Income Households in Germany«, in: *Global Environmental Change* 72 (2022), S. 1-11.

53 J. Timmons Roberts/Bradley C. Parks, *A Climate of Injustice. Global Inequality, North-South Politics, and Climate Policy*, Cambridge, MA: MIT Press 2006.

54 Eric Klinenberg/Malcolm Araos/Liz Koslov, »Sociology and the Climate Crisis«, in: *Annual Review of Sociology* 46 (2020), S. 649-669.

55 Nazrul Islam/John Winkel, »Climate Change and Social Inequality«, a. a. O. Emmanuel Skoufias/Mariano Rabassa/Sergio Olivieri, »The Poverty Impacts of Climate Change: A Review of the Evidence«, in: *World Bank Policy Research Working Paper*/5622 (2011), S. 1-37.

56 Ulrich Beck, *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007, S. 287.

57 Abigail L. Bristow et al., »Public Acceptability of Personal Carbon Trading and Carbon Tax«, in: *Ecological Economics* 69/9 (2010), S. 1824-1837.

58 Frondel et al., »Wahrnehmung des Klimawandels in Deutschland«, a. a. O.

59 Ebd.; Manuel Frondel et al., *Klimapolitik während der Corona-Pandemie. Ergebnisse einer Haushaltserhebung*, RWI Materialien 136, Essen: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung 2020.

60 Die Beschreibung der Klimadynamik ist komplex, da es »Kipppunkte« und selbstverstärkende Rückkopplungsschleifen gibt, die das gesamte Ökosystem irreversibel destabilisieren können; Will Steffen et al., »Trajectories of the Earth System in the Anthropocene«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115/33 (2018), S. 8252-8259.

61 Matthew Huber, *Climate Change as Class War. Building Socialism on a Warming Planet*, London: Verso 2022.

62 462 Neckel, »Ökologische Distinktion«, a. a. O.

63 René John/Jana Rückert-John/Inka Bormann, »Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012 einschließlich sozialwissenschaftlicher Analysen«, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt 2014.

64 Huber, *Climate Change as Class War*, a. a. O.

65 Ebd.

66 Siehe auch Vincent Gengnagel/Katharina Zimmermann, »Green Deservingness, Green Distinction, Green Democracy? Towards a Political Sociology of a Contested Eco-Social Consensus«, in: *Culture, Practice & Europeanization* 7/2 (2022), S. 292-303.

67 Siehe auch Jonas Schaible, *Demokratie im Feuer. Warum wir die Freiheit nur bewahren, wenn wir das Klima retten – und umgekehrt*, München: DVA 2023.

68 Martin Fritz et al., »Habitus and Climate Change: Exploring Support and Resistance to Sustainable Welfare and Social-Ecological Transformations in

Sweden«, in: *British Journal of Sociology* 72/4 (2021), S. 874-890; Latour/Schultz, *Zur Entstehung einer ökologischen Klasse*, a. a. O.

7. Triggerpunkte

1 Bernhard Pörksen, *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*, München: Hanser 2018.

2 Anton Jäger, *Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen*, Berlin: Suhrkamp 2023.

3 Bewusst lehnt sich unsere Begriffswahl an den Sprachgebrauch jüngerer Debatten um »Culture Wars« und »Cancel Culture« an, in denen die Diskussionen um Dynamiken des »Getriggertseins« und der »Triggerwarnungen« eine enge Verknüpfung von Meinung und Affekt, Politik und Sozialpsychologie anzeigen; siehe Berendsen/Cheema/Mendel, *Trigger-Warnung*, a. a. O.; Robin DiAngelo, *What Does It Mean to Be White? Developing White Racial Literacy*, New York: Peter Lang 2016, Kapitel 13; Eszter Kováts (Hg.), *Culture Wars in Europe*, Washington, D. C.: Institute for Russian, European and Eurasian Studies, George Washington University 2023.

4 Stephen L. Crites Jr./Leandre R. Fabrigar/Richard E. Petty, »Measuring the Affective and Cognitive Properties of Attitudes: Conceptual and Methodological Issues«, in: *Personality and Social Psychology Bulletin* 20/6 (1994), S. 619-634.

5 Moore, *Ungerechtigkeit*, a. a. O.

6 Georg Simmel, »Die beiden Formen des Individualismus«, in: ders., *Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908*, Bd. 1, herausgegeben von Rüdiger Kramme et al., Frankfurt am Main: Suhrkamp 1995 [1901], S. 49-56; Pierre Rosanvallon, *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg: Hamburger Edition 2013.

7 Corey Robin, *Der reaktionäre Geist. Von den Anfängen bis Donald*, Berlin: 463 Ch. Links Verlag 2018; Domenico Losurdo, *Liberalism. A Counter-History*, London: Verso 2014.

8 Es ging hier also darum, dass beispielsweise Menschen mit männlicher Geschlechtsidentität, aber biologisch weiblichem Körper, sich im Schwimmbad nicht oben ohne präsentieren sollten.

9 Wiederum ist es hier eigentlich die Gleichbehandlung Ungleicher (Arbeitender und Arbeitsloser), die empört. Die Norm der Leistungsgerechtigkeit, der zufolge jene, die besondere Anstrengungen leisten, auch besonders belohnt werden sollen, fungiert gleichsam als konservatives Gegenstück zum progressiven Bezug auf Bedarfsgerechtigkeit.

10 Auf individueller Ebene vermischen sich die Repertoires oft. Dann halten mitunter dieselben Personen den Superreichen Ausbeutung und

Transmenschen ungerechte Vorteilnahme vor.

11 Clifford Geertz, »Common Sense als kulturelles Problem«, in: Geertz, Clifford, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1987 [1983], S. 261-288.

12 Erving Goffman, *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identitäten*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1975 [1963].

13 Harold Garfinkel, *Studies in Ethnomethodology*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall 1967, S. 35.

14 Stuart Hall, »The Empire Strikes Back«, in: *Stuart Hall: Selected Political Writings. The Great Moving Right Show and Other Essays*, herausgegeben von Sally Davison et al., Durham: Duke University Press 2017, S. 200-206, S. 203. In einer unserer Fokusgruppen fasst es die junge Managerin Chiara so zusammen: »Sobald etwas nicht ›normal‹ erscheint, lehnen wir es ab. Der eine vielleicht in dem Bereich und der andere in dem. Aber das ist, glaube ich, menschlich, dass man sich immer so … dass man so ein Rudelverhalten hat. Und sobald man wahrnimmt, etwas läuft anders oder nicht nach den Richtlinien.«

15 Howard S. Becker, *Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens*, Wiesbaden: Springer VS 2014 [1963].

16 Stanley Cohen, *Folk Devils and Moral Panics. The Creation of the Mods and Rockers*, London: Routledge 2011 [1972]; Stanley Cohen, »Moral Panics and Folk Concepts«, in: *Paedagogica Historica* 35/3 (1999), S. 585-591.

17 Peter Stallybrass/Allon White, *The Politics and Poetics of Transgression*, Ithaca: Cornell University Press 1986, S. 23f.

18 Mary Douglas, *Reinheit und Gefährdung. Eine Studie zu Vorstellungen von Verunreinigung und Tabu*, Berlin: Dietrich Reimer 1985 [1966], S. 160.

19 Wer genau diese Sozialfiguren sind, bestimmt sich anhand der je historisch spezifischen Grenzverläufe gesellschaftlicher Normen. So listet Goffman in den frühen sechziger Jahren eine Reihe von Gruppen auf, die heute teilweise antiquiert klingen, deren grundlegende Ähnlichkeit zu den heute salienten Figuren aber unmittelbar ins Auge springt: »Prostituierte, Rauschgiftsüchtige, Delinquenten, Kriminelle, Jazzmusiker, Bohemiens, Zigeuner, Kirmes 464 arbeiter, Rumtreiber, Wermutbrüder, Show-Leute, Berufsspieler, Penner, Homosexuelle und das städtische Lumpenproletariat – alle diese würden [in die Kategorie der sozial Abweichenden] eingeschlossen sein. Es sind die Leute, von denen man annimmt, daß sie an irgendeiner Art kollektiver Ablehnung der sozialen Ordnung beteiligt sind. […] Sie lassen Pietät vermissen; bei ihnen versagen die Motivationsschemata der Gesellschaft.«; Erving Goffman, *Stigma*, a. a. O., S. 176.

20 Boris Nieswand, »Konturen einer Moralsoziologie der Migrationsgesellschaft«, in: *Zeitschrift für Migrationsforschung* 1/1 (2021),

S. 75-95, S. 82.

21 Siehe auch Tim Cresswell, *In Place/Out of Place. Geography, Ideology, and Transgression*, Minneapolis: University of Minnesota Press 1996.

22 Siehe etwa Edmund Fawcett, *Conservatism. The Fight for a Tradition*, Princeton: Princeton University Press 2020.

23 Im Kontext von Klimadiskussionen stoßen wir auf ähnliche Muster, etwa wenn Georg durch die dreimalige Wiederholung des Wortes »super« die Maßlosigkeit der Reichen unterstreicht: »[Die] Superyacht, die ein Superreicher supergroß bauen lässt, verbrennt da das Kerosin und hinterlässt eine Spur von geplatzten Walen!«

24 Michael J. Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki, *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York: New York University Press 1975.

25 Robin, *Der reaktionäre Geist*, a. a. O.

26 Grégoire Chamayou, *Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus*, Berlin: Suhrkamp 2019.

27 Hirschman, *Denken gegen die Zukunft.*, a. a. O., S. 25.

28 46 Prozent gegenüber 44 Prozent im Bevölkerungsdurchschnitt. Für unter 30-jährige Frauen liegt der Wert bei 41 Prozent.

29 Richard Shweder, *Thinking Through Cultures: Expeditions in Cultural Psychology*, Harvard: Harvard University Press 1991.

30 Isaiah Berlin, *Freiheit. Vier Versuche*, Frankfurt am Main: Fischer 2006 [1969].

31 Jack W. Brehm, *A Theory of Psychological Reactance*, Oxford: Academic Press 1966.

32 Amlinger/Nachtwey, *Gekränkte Freiheit*, a. a. O.

33 Émile Durkheim, *Die Regeln der soziologischen Methode*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1984 [1895].

34 Ian Haney López, *Dog Whistle Politics. How Coded Racial Appeals Have Reinvented Racism and Wrecked the Middle Class*, Oxford: Oxford University Press 2014.

35 Es kann aber unter Umständen auch dazu kommen, dass Sprecher ganz unbedarft Äußerungen tätigen, die vom Gegenüber als aufgeladene Chiffre gelesen werden – und so zum Konflikt führen.

36 Benjamin D. Rosenberg/Jason T. Siegel, »A 50-Year Review of Psychological

Reactance Theory: Do Not Read This Article«, in: *Motivation Science* 4/4 (2021), S. 281-300.

8. Der soziale Raum der Ungleichheitskonflikte

1 Sabine am Orde/Stefan Reinecke, »›Wir verkämpfen uns an falschen Fronten‹. Ein Streitgespräch zwischen Naika Foroutan und Wolfgang Merkel über Kosmopolitismus, Privilegien und Klimafragen«, in: *die tageszeitung* (14. Januar 2020), online verfügbar unter: {https://taz.de/Linksliberale-und-Identitaetspolitik/!5652406/}.

2 Nigel Dodd/Michèle Lamont/Mike Savage, »Introduction to BJS Special Issue: The Trump/Brexit Moment: Causes and Consequences«, in: *The British Journal of Sociology* 68/S 1 (2017), S. S 3-S 10.

3 Mark Bergfeld, »The Perils of the ›White Working Class‹«, in: *Global Labour Journal* 10/1 (2019), S. 69-83; Nicholas Carnes/Noam Lupu, »The White Working Class and the 2016 Election«, in: *Perspectives on Politics* 19/1 (2021), S. 55-72; Robert Ford/Matthew J. Goodwin, »Angry White Men: Individual and Contextual Predictors of Support for the British National Party«, in: *Political Studies* 58/1 (2010), S. 1-25; Justin Gest, *The New Minority: White Working Class Politics in an Age of Immigration and Inequality*, Oxford: Oxford University Press 2016; Eric Knowles/Monica McDermott/Jennifer Richeson, »Varieties of White Working-Class Identity«, in: *Group Processes & Intergroup Relations* (2023), Online First; David Paul Kuhn, *The Hardhat Riot: Nixon, New York City, and the Dawn of the White Working-Class Revolution*, Oxford/New York: Oxford University Press 2020; Michèle Lamont/Bo Yun Park/Elena Ayala-Hurtado, »Trump's Electoral Speeches and His Appeal to the American White Working Class«, in: *British Journal of Sociology* 68/S 1 (2017), S. 153-180; Joan Williams, *White Working Class: Overcoming Class Cluelessness in America*, Boston: Harvard Business Review Press 2017; Westheuser/della Porta, »Class Without Consciousness«, a. a. O.

4 Simon Bornschier et al., »How ›Us‹ and ›Them‹ Relates to Voting Behavior. Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice«, in: *Comparative Political Studies* 54/12 (2021), S. 2087-2122.

5 Kraemer, »Sehnsucht nach dem nationalen Container«, a. a. O.

6 Lipset, »›Working-Class Authoritarianism‹«, a. a. O.; Wulf Hopf, »Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär?«, in: *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*, herausgegeben von Susanne Rippl, Christian Seipel

und Angela Kindervater, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2000, S. 93-118.

7 Bildung wird dabei unter anderem als eine Form der kognitiven Mobilisierung verstanden, die es erlaubt, reflektierte und sachorientierte Entscheidun 466 gen zu treffen und sich weniger an kollektiven Identitäten (wozu auch Klassenidentitäten gehören) zu orientieren. Wählerinnen beginnen auszuwählen und richten sich nicht mehr so sehr an den vorgegebenen Gussformen kollektiver Identitäten aus – der Nexus von Klasse und Parteineigung wird schwächer; siehe Richard Rose/Ian McAllister, *Voters Begin to Choose: From Closed Class to Open Elections in Britain*, New York: Sage Publications 1986.

8 Eric Levitz, »How the Diploma Divide Is Remaking American Politics. Education Is at the Heart of This Country's Many Divisions«, in: *New York Magazine* (19. Oktober 2022), online verfügbar unter: {https://nymag.com/intelligencer/2022/10/education-polarization-diploma-divide-democratic-party-working-class.html}.

9 Anchrit Wille/Mark Bovens, »Education as a Cleavage«, in: *Diploma Meritocracy: The Rise of Political Meritocracy*, herausgegeben von dies., Oxford: Oxford University Press 2017.

10 Jürgen Gerhards, *Mehrsprachigkeit im vereinten Europa. Transnationales sprachliches Kapital als Ressource in einer globalisierten Welt*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010.

11 Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, a. a. O., S. 275.

12 Katharina Sass/Stein Kuhnle, »The Gender Cleavage: Updating Rokkanian Theory for the Twenty-First Century«, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 30/1 (2023), S. 188-210.

13 Luigi Droste/Björn Wendt, »Who Cares? Eine ländervergleichende Analyse klimabezogener Besorgnis in Europa«, in: *Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 7/1 (2021), S. 1-42; Axel Franzen/Dominikus Vogl, »Two Decades of Measuring Environmental Attitudes: A Comparative Analysis of 33 Countries«, in: *Global Environmental Change* 23/5 (2013), S. 1001-1008; Gregory B. Lewis/Risa Palm/Bo Feng, »Cross-National Variation in Determinants of Climate Change Concern«, in: *Environmental Politics* 28/5 (2019), S. 793-821.

14 Bernard E. Whitley/Mary E. Kite, »Sex Differences in Attitudes Toward Homosexuality: A Comment on Oliver and Hyde (1993)«, in: *Psychological Bulletin* 117/1 (1995), S. 146-154; Mary E. Kite/Bernard E. Whitley Jr., »Sex Differences in Attitudes Toward Homosexual Persons, Behaviors, and Civil Rights: A Meta-Analysis«, in: *Personality and Social Psychology Bulletin* 22/4 (1996), S. 336-353.

15 Foroutan et al., *Rassistische Realitäten*, a. a. O.; El-Mafaalani, *Das Integrationsparadox*, a. a. O.

16 Charlotte Clara Becker, »The Influence of a Migration Background on Attitudes Towards Immigration«, in: *Social Inclusion* 7/4 (2019), S. 279-292; Michael Neureiter/Felix Schulte, »A Tale of Two Logics: How Solidarity and Threat Perceptions Shape Immigrant Attitudes Towards Immigration in Western Europe«, in: *West European Politics* (2022), Online First.

17 Zentrale Randbedingungen für diesen Prozess sind ökonomische Integra 467 tionserfolge, der erfolgreiche Spracherwerb und die Religiosität, mit tendenziell konservativen Effekten des muslimischen Glaubens; siehe Antje Röder, »Immigrants' Attitudes toward Homosexuality: Socialization, Religion, and Acculturation in European Host Societies«, in: *International Migration Review* 49/4 (2015), S. 1042-1070; Antje Röder/Niels Spierings, »What Shapes Attitudes Toward Homosexuality Among European Muslims? The Role of Religiosity and Destination Hostility«, in: *International Migration Review* 56/2 (2022), S. 533-561; Thomas Soehl, »From Origins to Destinations: Acculturation Trajectories in Migrants' Attitudes Towards Homosexuality«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 43/11 (2017), S. 1831-1853.

18 Karl Mannheim, »Das Problem der Generationen« (1928), in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69/Sonderband 1 (2017), S. 81-119.

19 Ronald Inglehart, »The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies«, in: *American Political Science Review* 65/4 (1971), S. 991-1017.

20 Haffert, *Stadt, Land, Frust*, a. a. O.

21 Stefan Schmalz et al., *Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland*, Frankfurt am Main/New York: Campus 2021.

22 Reckwitz, *Das Ende der Illusionen*, a. a. O., S. 120.

23 Die mögliche Ortsgebundenheit sozialer und politischer Orientierungen lässt sich prinzipiell auf zwei Faktoren zurückführen, entweder auf die sozialisierende Funktion räumlicher Kontexte oder auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung in den urbanen und ländlichen Räumen. Einzelne Untersuchungen zu dieser Problematik, die die Einstellungsänderungen in der Folge von Umzügen betrachten, neigen dazu, den Kompositionseffekten den Vorrang zu geben; siehe Rahsaan Maxwell, »Geographic Divides and Cosmopolitanism: Evidence From Switzerland«, in: *Comparative Political Studies* 53/13 (2020), S. 2061-2090; Rahsaan Maxwell, »Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects?«, in: *American Political Science Review* 113/2 (2019), S. 456-474.

24 Steffen Mau, *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2019.

25 In Daten aus den frühen neunziger Jahren zeigte sich vielmehr, dass homophobe Einstellungen (trotz rigider und diskriminierender Politiken gegenüber Schwulen und Lesben in der DDR) weniger verbreitet waren als in Westdeutschland. Die Zustimmung für eine gesetzliche Regelung für die Gleichstellung nichtehelicher schwuler und lesbischer Partnerschaften oder die Zustimmung zur Öffnung des Adoptionsrechts war im Osten eher zu finden; siehe Michael Bochow, »Einstellungen und Werthaltungen zu homosexuellen Männern in Ost-und Westdeutschland«, in: *Aids – eine Forschungsbilanz*, herausgegeben von Cornelia Lange, Berlin: Edition Sigma 1993, S. 115-468128. Auch im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit fanden sich in Westdeutschland traditionellere Orientierungen als in den – in dieser Hinsicht egalitäreren – ostdeutschen Bundesländern; siehe Anja Mays, »Determinanten traditionell-sexistischer Einstellungen in Deutschland – eine Analyse mit ALLBUS-Daten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64/2 (2012), S. 277-302.

26 Für die Granularität und Präzision, die hier verloren geht, verweisen wir auf die Arenenkapitel.

27 Maßgabe war es, wie in der Indexbildung üblich, ein Set von Items auszuwählen, die in einem starken statistischen Zusammenhang zueinander stehen und die jeweilige Ungleichheitsarena inhaltlich am besten beschreiben. Außerdem wurde darauf geachtet, dass pro Arena eine ausgewogene Mischung aus stärker und weniger stark polarisierten Items vorliegt. Konkret wurde eine explorative Faktorenanalyse durchgeführt (siehe Onlineanhang). Hierbei haben sich sechs Faktoren herauskristallisiert: Einstellungen zu (1) materieller Umverteilung, (2) Migration, (3) sexueller Diversität, (4) Klimapolitik, (5) Meritokratie, (6) Geschlechterpolitik. Wir haben für die Indexbildung die Items verwendet, die mit den ersten vier Faktoren in Verbindung stehen. Beim ersten und dritten Faktor haben wir zudem nicht alle dieser Items verwendet, sondern einzelne Items ausgeschlossen, so dass wir eine gute Mischung aus konsensuellen und polarisierenden Items erhalten haben. Bei den anderen Faktoren war diese Mischung bereits durch die Ergebnisse der Faktorenanalyse gegeben. Die so ausgewählten Items wurden pro Arena addiert und durch die Anzahl der jeweils einbezogenen Items dividiert.

28 Daniel Oesch, *Redrawing the Class Map*, a. a. O.

29 Siehe beispielsweise Nils D. Steiner et al., »Class Voting for Radical-Left Parties in Western Europe: The Libertarian Versus Authoritarian Class Trade-off«, in: *Party Politics* (2023), Online First.

30 Siehe auch Arvid Lindh/Leslie McCall, »Class Position and Political Opinion in Rich Democracies«, in: *Annual Review of Sociology* 46/1 (2020), S. 419-441.

31 Siehe auch Robert Ford/Will Jennings, »The Changing Cleavage Politics of Western Europe«, in: *Annual Review of Political Science* 23/1 (2020), S. 295-314.

32 Wir unterscheiden vier Bildungsgruppen, die über den höchsten erreichten Bildungsabschluss gemessen wurden: maximal Hauptschulabschluss, mittlere Reife, (Fach-)Abitur, (Fach-)Hochschulabschluss.

33 Die Ähnlichkeit zwischen Bildungs- und Klassenunterschieden bedeutet dabei nicht, dass beide das Gleiche abbilden, vielmehr zeigen weiterführende multivariate statistische Analysen, dass Bildung und Klasse eigenständige Effekte auf die jeweiligen Einstellungen haben.

34 In dieser Arena scheint die These von »education as liberation« wie erwartet zu greifen, allerdings haben wir aus der vergleichenden Forschung deutliche

Hinweise dafür, dass sich beispielsweise wohlfahrtschauvinistische Einstellungen zwischen den höher und geringer gebildeten Gruppen in Deutschland über die Zeit nicht vergrößert, sondern verringert haben – von einer sich öffnenden Bildungsschere kann also nicht gesprochen werden; siehe Gianna Maria Eick, *Education as Liberation? A Critical Analysis of the Relationship Between Higher Education and Welfare Chauvinism Across Europe*, Dissertation, Kent: University of Kent 2020, S. 164ff.

35 Wir differenzieren sechs Altersgruppen: 16-29, 30-39, 40-49, 50-59, 60-69, 70 Jahre oder älter.

36 Es gibt allerdings Untersuchungen, die nahelegen, dass von einer linearen Weiterentwicklung hin zu immer positiveren Einstellungen zur Migration in der Abfolge der Generationen nicht ausgegangen werden kann; siehe Schmidt, »Eine migrationsfreundlichere Gesellschaft durch Generationenwandel?«, a. a. O. Zwar zeigt sich auch hier ein allgemeiner Trend zu größerer Inklusionsbereitschaft, der aber bei den jüngeren Generationen (geboren ab 2000), die mit einem Mehr an Unsicherheit und multiplen gesellschaftlichen Krisen konfrontiert sind, gebrochen wird. Hier können wieder restriktivere Haltungen zur Migration beobachtet werden, was ein Hinweis darauf ist, dass soziale und ökonomische Bedingungen einer schematischen Liberalisierungsvorstellung entgegenstehen können.

37 Überraschenderweise ist in der Oben-Unten-Arena die älteste Generation am stärksten auf die Korrektur ungleicher Verteilung hin orientiert, während die mittlere Generation der 30- bis 39-Jährigen am meisten davon abweicht. Die Kritik an Verteilungsungleichheiten ist also besonders bei der Generation zu finden, die noch das besser ausgebaute wohlfahrtsstaatliche Sicherungsnetz früherer Dekaden kennengelernt hat.

38 Frauke Riebe/Jan Marquardt, »Klimawandel & Wahlentscheidung 2021– eine Frage des Alters?«, in: *easy_social_sciences* 67 (2022), S. 39-48.

39 Tom O'Grady, »Is Ideological Polarisation by Age Group Growing in Europe?«, in: *European Journal of Political Research* (2022), Online First.

40 Beim Urbanitätsgrad des aktuellen Wohnortes unterscheiden wir vier Kategorien: (1) Großstadt, (2) Vorort einer Großstadt, (3) Mittel- oder Kleinstadt und (4) Dorf. Maßgeblich ist hier, zu welcher dieser Kategorien sich die Befragungsperson selbst zuordnet. Beim Thema Ost/West schauen wir darauf, ob der *aktuelle Wohnort* in den neuen oder alten Bundesländern liegt. Alternativ haben wir für unsere Analysen auch die Information zum *früheren Wohnort* genutzt, also dazu, wo die Befragungsperson vor dem Fall der Mauer gelebt hat (bzw. wo ihre Eltern gelebt haben). Diese Information bildet die Unterschiede in den historischen Sozialisationsbedingungen stärker ab. Die Ergebnisse auf Basis des aktuellen Wohnorts unterscheiden sich allerdings nicht wesentlich von denen, die auf der Basis des früheren Wohnortes ermittelt wurden.

41 Unser Befund der schwachen Stadt-Land-Unterschiede wird auch durch ak 470 tuelle Forschung gestützt: So haben empirische Studien zu sozialstrukturellen Entwicklungen in Deutschland herausgearbeitet, dass ein Auseinanderdriften von urbanen Zentren, Kleinstädten und ländlichen Räumen kaum zu finden ist; siehe Dirk Konietzka/Yevgeniy Martynovych, »Die These der räumlichen Polarisierung in der neuen Klassengesellschaft. Ein empirischer Beitrag zur sozialen Spaltung von ›Stadt und Land‹«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 74/2 (2022), S. 169-202. Eine zunehmend verräumlichte oder räumlich polarisierte Klassenstruktur zeigte sich hier nicht.

42 Anne-Kathrin Stroppe/Nils Jungmann, »Stadt, Land, Wahl: Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2021?«, in: *easy_social_sciences* 67 (2022), S. 49-60; Maximilian Förtner/Bernd Belina/Matthias Naumann, »The Revenge of the Village? The Geography of Right-Wing Populist Electoral Success, Anti-politics, and Austerity in Germany«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 39/3 (2021), S. 574-596.

43 Andere Studien zeigen zwar Ost-West-Unterschiede bei einzelnen Oben-Unten-Themen wie beispielsweise der Frage, ob die gegenwärtige Ungleichheit als gerecht wahrgenommen wird. Diese Unterschiede fallen aber auch hier nicht dramatisch aus. Sie haben sich zudem seit der Wiedervereinigung stark reduziert; siehe Heinz-Herbert Noll/Stefan Weick, »Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht. Analysen zur Entwicklung von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland«, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 48 (2012), S. 6-11.

44 Beim Geschlecht unterscheiden wir Männer und Frauen. Maßgeblich ist hier die Selbstzuordnung der Befragungsperson zu den Kategorien männlich, weiblich, divers. Fünf der insgesamt 2530 Befragungspersonen haben hier die

Kategorie »divers« gewählt. Da diese Zahl zu klein für eine statistische Auswertung ist, wurden diese Fälle bei den Analysen der geschlechtsbezogenen Einstellungsunterschiede nicht berücksichtigt. Der Migrationshintergrund wurde über das Geburtsland der Eltern gemessen. Personen mit Migrationshintergrund sind jene Befragten, bei denen beide Eltern oder ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde. Personen ohne Migrationshintergrund sind jene, bei denen beide Elternteile in Deutschland geboren wurden.

45 Zielt man bei den Oben-Unten-Ungleichheiten auf die Ebene einzelner Policies, finden sich auch hier Geschlechtsunterschiede: Beispielsweise befürworten Frauen in stärkerem Maße staatliches Engagement für die Betreuung von Kindern und im Bereich der Pflege; siehe Ronald Inglehart/Pippa Norris, *Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change Around the World*, Cambridge: Cambridge University Press 2003; Christine A. Mair et al., »Who in the World Cares? Gender Gaps in Attitudes Toward Support for Older Adults in 20 Nations«, in: *Social Forces* 95/1 (2016), S. 411-438.

46 471 Ceobanu/Escandell, »Comparative Analyses of Public Attitudes Toward Immigrants and Immigration Using Multinational Survey Data«, a. a. O.; Anastasia Gorodzeisky/Moshe Semyonov, »Terms of Exclusion: Public Views Towards Admission and Allocation of Rights to Immigrants in European Countries«, in: *Ethnic and Racial Studies* 32/3 (2009), S. 401-423; Moshe Semyonov/Rebeca Raijman/Anastasia Gorodzeisky, »The Rise of Anti-Foreigner Sentiment in European Societies, 1988-2000«, in: *American Sociological Review* 71/3 (2006), S. 426-449.

47 Egle Gusciute/Peter Mühlau/Richard Layte, »All Welcome Here? Attitudes Towards Muslim Migrants in Europe«, in: *International Migration* 59/5 (2021), S. 149-165; Aaron Ponce, »Gender and Anti-Immigrant Attitudes in Europe«, in: *Socius: Sociological Research for a Dynamic World* 3 (2017), S. 1-17.

48 Die wenigen international vergleichenden Studien zeigen deutliche Unterschiede nach erster, zweiter oder dritter Migrationsgeneration: Die erste Generation der Migrantinnen und Migranten ist noch deutlich weniger Pro-Umverteilung orientiert als die nichtmigrantische Bevölkerung, schon ihre Kinder weisen kaum noch Unterschiede in den Einstellungsprofilen auf; siehe Andreas Bergh/Günther Fink, *Immigrants' Attitudes Towards Redistribution: Implications for the Welfare State*, Stockholm: Ratio Institute 2009.

49 Jürgen Kaube/André Kieserling, *Die gespaltene Gesellschaft*, Berlin: Rowohlt 2022, S. 46.

50 Fraser, »Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik«, a. a. O.; Eine Kritik hieran findet sich bei Silke van Dyk, »Identitätspolitik gegen ihre Kritik

gelesen. Für einen rebellischen Universalismus«, in: *APUZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 69/9-11 (2019), S. 25-32.

51 Merkel, »Die populistische Revolte«, a. a. O., S. 56. Die Hinwendung zum »Kult der Diversität« sei womöglich eine List des Kapitalismus und seiner einflussreichen Marktagenten, um sich dem Zeitgeist anzudienen, ohne sich mit der Macht- und Verteilungsfrage konfrontieren zu müssen. Neuerdings wird auch von einer »elite capture« der Identitätspolitik gesprochen; siehe Táíwò, *Elite Capture*, a. a. O. Damit ist gemeint, dass sich gesellschaftliche Eliten vor allem der Symbolik von Identitätspolitiken bedienen, um Protest zu pazifizieren, aber keinerlei materielle Zugeständnisse machen zu müssen. Zudem ist der Vorwurf formuliert worden, dass Neoliberalismus und Identitätspolitik eine Komplizenschaft eingegangen seien. Der neoliberale Umbau der Gesellschaft sei erst durch die Aufladung identitätspolitischer Themen auf der linken Seite des politischen Spektrums möglich geworden; siehe Nancy Fraser, »Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus«, in: *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, herausgegeben von Heinrich Geiselberger, Berlin: Suhrkamp 2017, S. 77-92.

52 Streeck, »Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neolibe 472 ralen Kapitalismus«, in: Geiselberger (Hg.), *Die große Regression*, a. a. O., S. 253-274, S. 270.

53 Mehr noch: Identitätspolitik wird von einigen Kritikern sogar als ursächlich dafür angesehen, dass die rechtspopulistischen Bewegungen an Zulauf gewonnen hätten; es sei für rechte politische Akteure Platz geschaffen worden, sich der sozialen Frage anzunehmen und diese für sich zu kapitalisieren; siehe Dirk Jörke/Nils Heisterhagen, »Was die Linken jetzt tun müssen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (26. Januar 2017). In Relativierung dieser Thesen zeigen Studien zu den veränderten Positionen linker Parteien, dass die gesteigerte Aufmerksamkeit und das politische Agenda-Setting für Fragen der Nicht-Diskriminierung, welche tatsächlich und in großem Ausmaß nachweisbar sind, nicht auf Kosten ökonomischer Verteilungsfragen geht; siehe Alexander Horn/Martin Haselmayer/K. Jonathan Klüser, *»Rachet-Effects« in Party Responses to Economic Inequality? Reconciling Rival Views Using New Data on Equality Concepts*, unveröffentlichtes Manuskript, Innsbruck: Universität Innsbruck 2022.

54 Alberto Alesina/Edward Glaeser, *Fighting Poverty in the US and Europe. A World of Difference*, Oxford: Oxford University Press 2004. Allerdings konnte gezeigt werden, dass die stark mechanistische Vorstellung eines direkten Zusammenhangs zwischen Migrationsaufkommen, Inklusionsbereitschaft und allgemeiner Befürwortung wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung nicht trägt. Narrative und Stereotype über Migrantinnen und Migranten spielen eine viel

größere Rolle als »harte Fakten«; siehe Mau/Burkhardt, »Migration and Welfare State Solidarity in Western Europe«, a. a. O.; Alberto Alesina/Armando Miano/Stefanie Stantcheva, »Immigration and Redistribution«, in: *The Review of Economics and Statistics* 90/1 (2018), S. 1-39.

55 Tim Reeskens/Wim Van Oorschot, »Disentangling the ›New Liberal Dilemma‹: On the Relation Between General Welfare Redistribution Preferences and Welfare Chauvinism«, in: *International Journal of Comparative Sociology* 53/2 (2012), S. 120-139.

56 Thomas Faist, »Immigration, Integration und Wohlfahrtsstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland in vergleichender Perspektive«, in: *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten*, herausgegeben von Michael Bommes und Jost Halfmann, Osnabrück: Rasch 1998, S. 147-170, S. 149.

57 Van der Waal et al., »Some Are More Equal Than Others«, a. a. O.

58 AFD-Kompakt, »AFD warnt vor zunehmender Einwanderung in Deutschlands Sozialsysteme«, online verfügbar unter: {https://afdkompakt.de/2017/11/28/afd-warnt-vor-zunehmender-einwanderung-in-deutschlands-sozialsysteme/}.

59 Ian Gough, »Carbon Mitigation Policies, Distributional Dilemmas and Social Policies«, in: *Journal of Social Policy* 42/2 (2013), S. 191-213; Max Koch/Martin Fritz, »Building the Eco-Social State: Do Welfare Regimes Matter?«, in: *Journal of Social Policy* 43/4 (2014), S. 679-703.

60 473 Martin Fritz/Max Koch, »Public Support for Sustainable Welfare Compared: Links between Attitudes towards Climate and Welfare Policies«, in: *Sustainability* 11/15 (2019), S. 1-15; Niklas Jakobsson/Raya Muttarak/Mi Ah Schoyen, »Dividing the Pie in the Eco-Social State: Exploring the Relationship Between Public Support for Environmental and Welfare Policies«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 36/2 (2018), S. 313-339.

61 Interessante Einblicke liefern Studien, die Einstellungsprofile rekonstruieren und zeigen können, dass sich sehr unterschiedliche Kombinationen finden lassen, also Gruppen, die sowohl sozial- wie auch klimapolitisch hohe Erwartungen an den Staat haben (die Ökosozialen), solche, die entweder das eine oder das andere betonen, aber auch solche, für die ein Weder-Noch gilt; siehe Adeline Otto/Dimitri Gugushvili, »Eco-Social Divides in Europe: Public Attitudes Towards Welfare and Climate Change Policies«, in: *Sustainability* 12/1 (2020), S. 1-18. Verortet man, wie dies für den Fall Schweden gemacht worden ist, die ökosozialen Dispositionen im sozialen Raum, so reproduzieren diese nur zum Teil traditionelle Konfliktlinien, zugleich tritt auch ein neuer »eco-social divide« hervor; siehe Fritz/Koch, »Public Support for Sustainable Welfare Compared«, a. a. O.

62 Ulrich Beck, *Der kosmopolitische Blick. Oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004.

63 Weko, »Communitarians, Cosmopolitans, and Climate Change«, a. a. O.

64 Philip E. Converse, »The Nature of Belief Systems in Mass Publics«, in: *Ideology and Discontent*, herausgegeben von David E. Apter, New York: The Free Press 1964, S. 206-261.

65 Axel Honneth, »Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten in der Analyse normativer Handlungspotentiale«, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 9/3-4 (1981), S. 556-570. Neuere Studien bestätigen diese Beobachtungen und Vermutungen. So konnte für die USA der siebziger bis frühen nuller Jahre gezeigt werden, dass die gesellschaftspolitischen Einstellungen der College-Absolventen deutlich stärker miteinander zusammenhängen als die Einstellungen von Personen ohne Collegeabschluss; siehe Delia Baldassarri/Andrew Gelman, »Partisans Without Constraint: Political Polarization and Trends in American Public Opinion«, in: *American Journal of Sociology* 114/2 (2008), S. 408-446.

66 Zur Erinnerung: Hierüber gibt das Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten Aufschluss. Würde eine hohe Anerkennungsbereitschaft mit einer geringen Umverteilungsbefürwortung einhergehen, wäre das Vorzeichen negativ.

67 Interessanterweise hängt in unseren Faktorenanalysen ein Item der Heute-Morgen-Arena (»Es wäre nur gerecht, wenn die, die viel haben, am meisten zur Bewältigung der Klimakrise beitragen müssten«) relativ stark mit dem Faktor zu materieller Umverteilung zusammen (siehe Tabelle C1 im Onlineanhang). Ökologische Themen können also bei entsprechender Rahmung durchaus als Umverteilungsthemen erscheinen. Zudem finden wir einen Fak 474 tor, der die selbstveranwortungsbezogenen Items der Oben-Unten-Arenen abbildet und der auch mit einem Innen-Außen-Item zusammenhängt (»Nur Migranten, die sich anstrengen und integrieren, sollen die gleichen Rechte bekommen wie Einheimische«).

68 Dies steht nicht im Widerspruch zu den in Abbildung 8.3 berichteten Gruppenunterschieden in den Einstellungen. Während der Analyseblick dort auf *gruppenspezifische* Mittelwerte gerichtet wurde, geht es nun um die *individuellen* Einstellungskombinationen. Beides muss nicht in die gleiche Richtung weisen: Die Geringgebildeten können im Gruppenmittel Umverteilung befürworten und Klimapolitik skeptischer sehen, es können aber jeweils unterschiedliche Personen in der Gruppe der Geringgebildeten sein, die in den beiden Arenen diese relativ starken Positionen vertreten, so dass sich auf individueller Ebene nur sehr schwache Zusammenhänge zeigen.

69 Lux/Mau/Jacobi, »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages?«, a. a. O.

70 Kraemer, »Sehnsucht nach dem nationalen Container«, a. a. O.

71 Zit. in: Matthias Kamann, »Die AFD und die ›sogenannte Klimaschutzpolitik‹«, in: *Welt* (28. September 2019), online verfügbar unter:

{https://www.welt.de/politik/deutschland/article201093000/CO2-Emissionen-Die-AfD-und-die-sogenannte-Klimaschutzpolitik.html}.

72 Honneth, »Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft«, a. a. O., S. 560.

73 Siehe beispielsweise Oesch/Rennwald, »Electoral Competition in Europe's New Tripolar Political Space«, a. a. O.

74 Häusermann/Kriesi, »What Do Voters Want?«, a. a. O.

75 Herbert Kitschelt/Philipp Rehm, »Polarity Reversal: The Socioeconomic Reconfiguration of Partisan Support in Knowledge Societies«, in: *Politics & Society* (2022), Online First.

9. Affekt und Struktur

1 Petter Törnberg et al., »Modeling the Emergence of Affective Polarization in the Social Media Society«, in: *PLOS ONE* 16/10 (2021), S. 1-17.

2 Iyengar et al., »The Origins and Consequences of Affective Polarization in the United States«, a. a. O. Für die USA ist entsprechend gezeigt worden, dass es im Verlauf der Jahrzehnte zu einer Verhärtung politisch-affektiver Frontstellungen auf der Grundlage von Social Sorting gekommen ist, auch wenn der Grad dieser Veränderung durchaus kontrovers diskutiert wird; siehe Lilliana Mason, »A Cross-Cutting Calm: How Social Sorting Drives Affective Polarization«, in: *Public Opinion Quarterly* 80/S 1 (2016), S. 351-377; Eelco Harteveld, »Ticking All the Boxes? A Comparative Study of Social Sorting and Affective Polarization«, in: *Electoral Studies* 72 (2021), S. 1-11; Samuel J. Abrams und Morris P. Fiorina, »›The Big Sort‹ That Wasn't: A Skeptical Reexamination«, in: *Political Science & Politics* 45/2 (2012), S. 203-210.

3 475 Das Gegenstück zur affektiven Polarisierung durch soziale Sortierung ist der Klassiker der Vorurteilsforschung, namentlich die Kontakthypothese von Gordon Allport, laut der häufiger und intensiver Kontakt zu Mitgliedern anderer Gruppen die Vorurteile reduziert, Ablehnung unwahrscheinlicher macht und Gruppenkonflikte zu reduzieren hilft; siehe Allport, *Die Natur des Vorurteils*, a. a. O.

4 Georg Simmel, *Über sociale Differenzierung. Soziologische und psychologische Untersuchungen*, Leipzig: Duncker & Humblot 1890, Kapitel 5.

5 Craig M. Rawling, »Becoming an Ideologue: Social Sorting and the Microfoundations of Polarization«, in: *Sociological Science* 9/13 (2022), S. 313-345. Ebenso ist die ideologische Kohärenz mit Kontakten zu Personen korreliert, die typischerweise im ideologischen Gegenlager verortet werden: etwa Schwulen im Fall von heterosexuellen Konservativen oder stark religiöse Menschen im Fall von Liberalen.

6 Bill Bishop, *The Big Sort. Why the Clustering of Like-Minded America Is Tearing Us Apart*, Boston: Mariner Books 2009; Abrams/Fiorina, »›The Big Sort‹ That Wasn't«, a. a. O.

7 Mason, »A Cross-Cutting Calm«, a. a. O.; Harteveld, »Ticking All the Boxes?«, a. a. O.

8 Ebd., S. 2.

9 Für den »affect gap« ist allerdings auch entscheidend, an welchen Merkmalen der Unterschiedlichkeit sich die Wahrnehmung des oder der »Anderen«

festmacht.

10 Sonia Roccas/Marilynn Brewer, »Social Identity Complexity«, in: *Personality and Social Psychology Review* 6/2 (2002), S. 88-106.

11 Kaube/Kieserling, *Die gespaltene Gesellschaft*, a. a. O., S. 50f.

12 Yphtach Lelkes, »Affective Polarization and Ideological Sorting: A Reciprocal, Albeit Weak, Relationship«, in: *The Forum* 16/1 (2018), S. 67-79.

13 Steven W. Webster/Elizabeth C. Connors/Betsy Sinclair, »The Social Consequences of Political Anger«, in: *The Journal of Politics* 84/3 (2022), S. 1292-1305.

14 Bornschier et al., »How ›Us‹ and ›Them‹ Relates to Voting Behavior«, a. a. O., S. 2087-2122; Delia Zollinger, »Cleavage Identities in Voters' Own Words: Harnessing Open-Ended Survey Responses«, in: *American Journal of Political Science* (2022), Online First.

15 Andere Studien messen Freizeit- und Urlaubsverhalten, um zwischen einem kosmopolitischen und parochialen Lebensstil zu unterscheiden, und verbinden dies mit der Wahlabsicht; siehe Marc Debus, »Kosmopolitisches und parochiales Freizeit- und Urlaubsverhalten und ihr Einfluss auf Kandidatensympathie und Wahlabsicht im Kontext der Bundestagswahl 2017«, in: *Wahlen und Wähler*, herausgegeben von Bernhard Weßels und Harald Schoen, Wiesbaden: Springer VS 2021, S. 273-295. Ein weiterer Ansatz konstruiert Gruppen anhand ihrer Wahlabsichten, Bildungsabschlüsse und Einstellungen zur Migration und fragt dann, inwiefern Zusammenhänge zu sozialer 476 Abgrenzung bestehen, beispielsweise wie es um die Toleranz für andere Gruppen bei Zuzug in die Nachbarschaft oder beim Einheiraten in die eigene Familie bestellt ist, wobei politische Zuordnungen wichtiger sind als ethnische Klassifikationen, während Bildung keine Rolle zu spielen scheint; siehe Marc Helbling/Sebastian Jungkunz, »Social Divides in the Age of Globalization«, in: *West European Politics* 43/6 (2020), S. 1187-1210. Stubager zeigt, dass Hoch- und Niedriggebildete distinkte soziale Identitäten ausbilden und das Verhältnis beider Gruppen zumindest teilweise als Konflikt verstehen; siehe Rune Stubager, »Education-Based Group Identity and Consciousness in the Authoritarian-Libertarian Value Conflict«, in: *European Journal of Political Research* 48/2 (2009), S. 204-233.

16 Task Force FGZ-Datenzentrum, *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland*, Bremen: Forschungsinstitut gesellschaftlicher Zusammenhalt, 2022, Kapitel 6.

17 Gidron/Adams/Horne, *American Affective Polarization in Comparative Perspective*, a. a. O., S. 27. Für eine vergleichende Analyse affektiver Polarisierung in veschiedenen Ländern Europas, bei verschiedenen Themen und von verschiedenen Elektoraten siehe Maik Herold et al., *Polarisierung in*

Deutschland und Europa, Dresden: Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) 2023.

18 Harteveld, »Ticking All the Boxes?«, a. a. O., Datenanhang.

19 Boxell/Gentzkow/Shapiro, *Cross-Country Trends in Affective Polarization*, a. a. O.

20 Martha C. Nussbaum, *Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist*, Berlin: Suhrkamp 2014.

21 Norbert Elias, *Was ist Soziologie?*, München: Juventa 1970, S. 147.

22 Douglas J. Ahler/Gaurav Sood, »The Parties in Our Heads: Misperceptions About Party Composition and Their Consequences«, in: *The Journal of Politics* 80/3 (2018), S. 964-981.

23 Harteveld, »Ticking All the Boxes?«, a. a. O.; Rawling, »Becoming an Ideologue«, a. a. O.

24 Für den Zuschnitt der Gruppen verwenden wir den in Kapitel 8 eingeführten Einstellungsindex und bilden damit – da sich der Index aus Einzel-Items zusammensetzt – die *arenenbezogene* ideologische Sortiertheit ab. Insbesondere Personen mit hohen oder niedrigen Werten auf dem Index sind in Bezug auf die Einzel-Items stark sortiert. Sie haben starke Meinungen, die über die Einzel-Items hinweg relativ konsistent sind.

25 Uffa Jensen, *Zornpolitik*, Berlin: Suhrkamp 2017, S. 41.

26 Alexander Marguier, »Die Sekte der Antidemokraten«, in: *Cicero* (22. Oktober 2021).

27 Jens P. Paul, »Trans-Kulturkampf von ARD und ZDF. Frauen wehren sich gegen Hass und Hetze«, in: *Cicero* (26. Januar 2023).

28 Für diese Schätzungen verwenden wir lineare Regressionen, bei denen die 477 Sympathie-Einschätzungen zur jeweiligen Sozialfigur die abhängige Variable bilden. Die unabhängigen Variablen sind Alter, Geschlecht, Ost/West, Urbanitätsgrad, Bildung und Klasse. Diese Perspektive auf soziale Sortierung lässt sich auch mit der politikwissenschaftlichen Verwendung des Begriffs verbinden: Die beiden idealtypischen Progressiven bzw. Konservativen können als perfekt sozial sortiert, als »ticking all the boxes«, beschrieben werden; siehe Harteveld, »Ticking All the Boxes?«, a. a. O.

29 Thomas Lux, »Die AFD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie ›Die Alternative für Deutschland: eine Partei für Modernisierungsverlierer?‹«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/2 (2018), S. 255-273; Thomas Lux, »Die AFD-Wahlabsicht aus ungleichheitssoziologischer Perspektive«, in: *Soziale Welt* 73/1 (2022), S. 67-104.

30 Friedrich Krotz, *Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*, Wiesbaden: Springer VS 2007.

31 Guus Bartholomé/Sophie Lecheler/Claes de Vreese, »Manufacturing Conflict? How Journalists Intervene in the Conflict Frame Building Process«, in: *The International Journal of Press/Politics* 20/4 (2015), S. 438-457.

32 Ange-Marie Hancock, »Contemporary Welfare Reform and the Public Identity of the ›Welfare Queen‹«, in: *Race, Gender & Class* 10/1 (2003), S. 31-59.

33 Margreth Lünenborg, »Soziale Medien, Emotionen und Affekte«, in: *Handbuch Soziale Medien*, herausgegeben von Jan-Hinrik Schmidt und Monika Taddicken, Wiesbaden: Springer VS 2023, S. 233-250.

34 Peter Van Aelst et al., »Political Communication in a High-Choice Media Environment: A Challenge for Democracy?«, in: *Annals of the International Communication Association* 41/1 (2017), S. 3-27.

35 Jürgen Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin: Suhrkamp 2022.

36 Philipp Lorenz-Spreen et al., »A Systematic Review of Worldwide Causal and Correlational Evidence on Digital Media and Democracy«, in: *Nature Human Behaviour* 7/1 (2023), S. 74-101.

37 Anastasia Menshikova/Frank van Tubergen, »What Drives Anti-Immigrant Sentiments Online? A Novel Approach Using Twitter«, in: *European Sociological Review* 38/5 (2022), S. 694-706.

38 Axel Bruns, *Are Filter Bubbles Real?*, New York: John Wiley & Sons 2019; Samuel C. Rhodes, »Filter Bubbles, Echo Chambers, and Fake News: How Social Media Conditions Individuals to Be Less Critical of Political Misinformation«, in: *Political Communication* 39/1 (2022), S. 1-22.

39 Christopher A. Bail et al., »Exposure To Opposing Views on Social Media Can Increase Political Polarization«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115/37 (2018), S. 9216-9221.

40 Petter Törnberg, »How Digital Media Drive Affective Polarization Through

Partisan Sorting«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 119/42 (2022), S. 1-11.

41 Yphtach Lelkes/Gaurav Sood/Shanto Iyengar, »The Hostile Audience: The Effect of Access to Broadband Internet on Partisan Affect«, in: *American Journal of Political Science* 61/1 (2017), S. 5-20.

42 Matthew Levendusky, *How Partisan Media Polarize America*, Chicago: University of Chicago Press 2013; Jon C. Rogowski/Joseph L. Sutherland, »How Ideology Fuels Affective Polarization«, in: *Political Behavior* 38/2 (2016), S. 485-508.

43 Paolo Gerbaudo et al., »Angry Posts Mobilize. Emotional Communication and Online Mobilization in the Facebook Pages of Western European Right-Wing Populist Leaders«, in: *Social Media + Society* 9/1 (2023), Online First; siehe auch Benjamin Krämer, »Populist Online Practices: The Function of the

Internet in Right-Wing Populism«, in: *Information, Communication & Society* 20/9 (2017), S. 1293-1309.

44 Claire E. Robertson et al., »Negativity Drives Online News Consumption«, in: *Nature Human Behaviour* (2023), Online First.

45 Der Vergleichsgruppe – jene, die kein TV oder Radio nutzen, um sich zu gesellschaftlichen Fragen zu informieren – gehören immerhin ca. 7 Prozent unserer Befragten an. Dies können Personen sein, die generell wenig Fernsehen schauen oder Radio hören, oder aber Personen, die diese Medien zwar nutzen, nicht aber als Informationskanal zu gesellschaftlichen Fragen. Zu letzter Gruppe würden auch jene zählen, die den etablierten Medien nicht mehr vertrauen. Bei den Zeitungen ist die Vergleichsgruppe der Nichtnutzer mit ca. 25 Prozent deutlich größer.

46 Dies korrespondiert mit sogenannten Sentimentanalysen der Zeitungsberichterstattung in unseren Ungleichheitsarenen, die zeigen, dass vor allem die ökonomische Ungleichheitsfrage und die Klimathematik mit Worten besprochen werden, die vergleichsweise positive Emotionen aufrufen; siehe Julian Heide, »Themenagenden und Triggerpunkte. Wie deutsche Printmedien Ungleichheitskonflikte besprechen«, unveröffentlichtes Manuskript 2023.

47 Sighard Neckel, »Blanker Neid, blinde Wut? Sozialstruktur und kollektive Gefühle«, in: *Leviathan* 27/2 (1999), S. 145-165, S. 160.

48 Jensen, *Zornpolitik*, a. a. O., S. 15.

49 Simmel, »Der Streit«, a. a. O., S. 303.

50 Neckel, »Blanker Neid, blinde Wut?«, a. a. O., S. 161f.

51 Nadine Frei/Oliver Nachtwey, *Quellen des »Querdenkertums«. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*, Basel: Universität Basel 2021.

52 Alexander Kustov, »Do Anti-Immigration Voters Care More? Documenting the Issue Importance Asymmetry of Immigration Attitudes«, in: *British Journal of Political Science* 53/2 (2022), S. 796-805.

53 Dies entspricht auch der These vom »cultural backlash«; siehe Norris/Inglehart, *Cultural Backlash*, a. a. O.

54 Aus einer Perspektive eines evolutionär verstandenen normativen Fortschritts erscheint das »Gefühl der Bevormundung, der Beschneidung der Meinungsfreiheit« sogar als erwartbare »Begleiterscheinung des progressiven Normenwandels«; siehe Amlinger/Nachtwey, *Gekränkte Freiheit*, a. a. O., S. 218.

55 Günter Krampen, »Entwicklung von Kontrollüberzeugungen: Thesen zu Forschungsstand und Perspektiven«, in: *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie* 19/3 (1987), S. 195-227.

56 Johannes Huinink/Martin Diewald/Jutta Heckhausen, *Zum Zusammenhang zwischen Kontrollüberzeugungen und Kontrollstrategien ostdeutscher Erwachsener mit deren Lebensverläufen und Wendeerfahrungen*, Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1994.

57 Hartmut Rosa, *Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin: Suhrkamp 2016.

58 Nassehi, *Unbehagen*, a. a. O.

59 Staab, *Anpassung*, a. a. O.

60 Von denen, die voll und ganz zustimmen, man dürfe nichts Kritisches mehr über Homosexuelle und Migranten sagen, sind es knapp unter 40 Prozent, die auch voll und ganz zustimmen, es sei schwer, den Anschluss zu halten – ein Anteil, der um ein Vielfaches höher ist als bei anderen Antwortkategorien zum Meinungsklima (dort liegt der Anteil zwischen 6 und 12 Prozent).

10. Der politische Raum der Ungleichheitskonflikte

1 Morris P. Fiorina/Samuel J. Abrams, »Political Polarization in the American Public«, in: *Annual Review of Political Science* 11 (2008), S. 563-588; Thomas Carothers/Andrew O'Donohue, *Democracies Divided. The Global Challenge of Political Polarization*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press 2019.

2 Paul DiMaggio/John Evans/Bethany Bryson, »Have American's Social Attitudes Become More Polarized?«, in: *American Journal of Sociology* 102/3 (1996), S. 690-755. Noch anspruchsvoller ist der Polarisierungsbegriff natürlich, wenn es spezifische soziale, kulturelle oder demografische Merkmale gibt, die mit der ideologischen Polarisierung in einem Zusammenhang stehen. Dann hätten wir einen sozialstrukturellen Cleavage (z.B. Stadt vs. Land, Jung vs. Alt), der eine viel tiefere gesellschaftliche Teilung darstellt.

3 Florian Buchmayr, »Variationen politischen Denkens – Eine milieutheoretische Untersuchung politischer Einstellungsmuster«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 51/4 (2022), S. 385-403.

4 Kriesi et al., *West European Politics in the Age of Globalization*, a.a.O.; Hanspeter Kriesi, »Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a
480 New Cleavage Based on Values«, in: *West European Politics* 33/3 (2010), S. 673-685.

5 Seth Jolly et al., »Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999-2019«, in: *Electoral Studies* 75 (2022), S. 1-8.

6 Wir nutzen die letzte Erhebungswelle von 2019, im Zuge derer 421 Politikwissenschaftler gebeten wurden, 277 Parteien in 32 Ländern in ausgewählten Dimensionen hinsichtlich ihrer politischen Positionierung zu bewerten. Wir haben diese auf Expertenmeinungen fußenden Befunde mit Daten validiert, die auf der Auswertung von Parteiprogrammen beruhen (Daten des Manifesto-Projekts), und kommen auf sehr ähnliche Positionierungen und Reihungen.

7 Am Ende der Fokusgruppen füllten die Teilnehmer einen Fragebogen aus, der analog zu unserer bundesweiten telefonischen Umfrage strukturiert war. Wir beziehen uns hier auf die in diesem Fragebogen gemessene Wahlabsicht.

8 Lässt man die AFD außen vor, bewegt sich etwa die Zustimmung zur Frage, ob »die ständige Forderung, umweltbewusst zu leben, eine Zumutung« sei,

zwischen 31 (FDP) und 46 Prozent (Linke) – unter Grünen-Wählern liegt sie bei weniger als 8 Prozent.

9 Unklar ist dabei, inwieweit die Parteien Entwicklungen nachvollzogen haben, die gesellschaftlich bereits angelegt waren (zum Beispiel war die 2017 durch den Bundestag beschlossene Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gesellschaftlich schon weithin akzeptiert, auch unter Wählerinnen und Wählern der CDU/CSU), oder ob sie diese Entwicklungen selbst angetrieben haben.

10 Ansgar Hudde, »Partisan Affect in Times of Fractionalization: Visualizing Who Likes Whom in Germany, 1977 to 2020«, in: *Socius: Sociological Research for a Dynamic World* 8 (2022), S. 1-3.

11 Abbildung 10.4 kann dabei *nicht* als Aussage darüber gelesen werden, für welche Parteien die Klassen mehrheitlich stimmen. Dass sich Linken-Wähler und Bürokräfte in ihren Einstellungsprofilen ähneln, heißt nicht, dass letztere zur Wahl der Linkspartei tendieren, sondern nur, dass sie ein ähnliches Durchschnittsprofil entlang der hier konstruierten Einstellungsdimensionen aufweisen. Gerade im Fall der Linken-Wählerschaft ist dieses Durchschnittsprofil aber mit größter Vorsicht zu interpretieren. Wie erwähnt, fließen in die horizontal dargestellte Dimension der sozialen Gerechtigkeit sowohl Items zur Umverteilung (Erbschaftssteuer, Hartz IV) als auch jenes zu Geschlechterquoten ein. Wie schon in Abbildung 10.2 angedeutet, ist die Linken-Wählerschaft in Bezug auf Umverteilung zwar klar egalitär positioniert, in Bezug auf Geschlechterquoten aber heterogen und mehrheitlich skeptisch (die Zustimmungsrate liegt hier auf derselben Höhe wie bei den FDP-Wählern). Die mittlere Position der Linken-Wähler in Abbildung 10.4 ist also letztlich ein Artefakt der starken Aggregierung.

12 481 Viola Neu/Sabina Pokorny, *Vermessung der Wählerschaften vor der Bundestagswahl 2021*, Monitor Wahl- und Sozialforschung, Berlin: Konrad Adenauer Stiftung 2021.

13 Wolfgang Streeck, »Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39/3 (1987), S. 471-495, S. 474.

14 Oskar Niedermayer, »Parteimitgliedschaften im Jahre 2019«, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51/2 (2020), S. 419-448.

15 Lea Elsässer/Svenja Hense/Armin Schäfer, »Not Just Money: Unequal Responsiveness in Egalitarian Democracies«, in: *Journal of European Public Policy* 28/12 (2021), S. 1890-1908; Armin Schäfer/Michael Zürn, *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*, Berlin: Suhrkamp 2021.

16 Ruth Dassonneville, »Electoral Volatility and Parties' Ideological Responsiveness«, in: *European Journal of Political Research* 57/4 (2018), S. 808-

828.

17 Catherine E. De Vries und Sara B. Hobolt, *Political Entrepreneurs. The Rise of Challenger Parties in Europe*, Princeton, NJ: Princeton University Press 2020.

18 Jäger, *Hyperpolitik*, a. a. O.

19 Dabei muss allerdings erwähnt werden, dass sich in Deutschland empirisch *kein* klarer Trend der Zunahme von Demonstrationen und Straßenprotesten zeigt. Der Anteil der Personen, die an Demonstrationen teilnehmen, hat sich in den vergangenen 20 Jahren nicht substanziell erhöht, auch nicht die Zahl der erfassten Proteste insgesamt. Historisch gab es Höhepunkte im Zusammenhang mit dem Irakkrieg und den Hartz-IV-Protesten sowie im Zuge der Flüchtlingskrise 2015/2016, die dann aber wieder abebbten; siehe Swen Hutter und Manès Weisskircher, »New Contentious Politics«, in: *German Politics* (2022), Online First.

20 Wir verzichten hier auf eine Rezeption der begrifflichen und konzeptuellen Fragen, die mit dem Populismusbegriff verbunden sind; siehe dazu z. B. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populismus. Eine sehr kurze Einführung*, Bonn: Dietz, 2019; Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp 2016.

21 Sabine Hark/Paula-Irene Villa, *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript 2015.

22 Philip M. Fernbach/Leaf Van Boven, »False Polarization: Cognitive Mechanisms and Potential Solutions«, in: *Current Opinion in Psychology* 43 (2022), S. 1-6.

11. Politisierung und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft

1 Erinnern wir uns zur Illustration an den Mittvierziger Josef (siehe Kapitel 5) aus einer unserer Essener Fokusgruppen: Der Briefzusteller warnt vor muslimischen Parallelgesellschaften, macht sich aber zugleich für das Recht von Transpersonen auf eigene Toiletten stark; als Geringverdiener regen ihn explodierende Mieten und Spritpreise auf, zuletzt hat er nach eigenen Angaben die FDP gewählt.

2 Nicole Deitelhoff/Cord Schmelzle, »Social Integration Through Conflict: Mechanisms and Challenges in Pluralist Societies«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (2023), Online first.

3 Siehe auch Herfried Münkler, *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin: Rowohlt Berlin 2010, Kapitel 4.

4 Siehe empirisch auch Gidron/Adams/Horne, *American Affective Polarization in Comparative Perspective*, a. a. O.

5 Dörre, *Die demobilisierte Klassengesellschaft*, a. a. O.

6 Heitmeyer, *Autoritäre Versuchungen*, a. a. O., S. 57.

7 Rainer Forst, »Die Herrschaft der Unvernunft. Zum Begriff der (anti-)demokratischen Regression«, FGZ Working Paper Nr. 4, Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, 2022, S. 2.

8 Nicht zuletzt hilft es, sich zu vergegenwärtigen, dass auch dort, wo Konflikte keinen lauten Ausdruck fanden, nicht deshalb schon alles in Ordnung war. An vielen Orten, an denen Homosexuelle juristisch verfolgt wurde, das N-Wort zum alltäglichen Sprachschatz gehörte, Vergewaltigungen in der Ehe straffrei blieben, man mit Ausländerfeindlichkeit Wahlkampf machte und offen von »dummen Ossis« redete, kam es schlichtweg deshalb nicht zum Konflikt, weil niemand widersprach.

9 Dodd/Lamont/Savage, »Introduction to BJS Special Issue«, a. a. O.

10 Macarena Ares, »Issue Politicization and Social Class: How the Electoral Supply Activates Class Divides in Political Preferences«, in: *European Journal of Political Research* 61/2 (2022), S. 503-523; Frederic Gonthier/Tristan Guerra, »How Party Polarization Shapes the Structuring of Policy Preferences in Europe«, in: *Party Politics* 29/2 (2023), S. 384-393.

11 Mert Moral/Robin E. Best, »On the Relationship Between Party Polarization and Citizen Polarization«, in: *Party Politics* 29/2 (2023), S. 229-247.

12 Jae-Jae Spoon/Heike Klüver, »Voter Polarisation and Party Responsiveness: Why Parties Emphasise Divided Issues, but Remain Silent on Unified Issues«, in: *European Journal of Political Research* 54/2 (2015), S. 343-362.

13 Cedric De Leon/Manali Desai/Cihan Tuğal, »Political Articulation: Parties and the Constitution of Cleavages in the United States, India, and Turkey«, in: *Sociological Theory* 27/3 (2009), S. 193-219.

14 Chantal Mouffe, *Eine Grüne demokratische Revolution. Linker Populismus und die Kraft der Affekte*, Berlin: Suhrkamp 2023.

15 483 Heitmeyer, »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.«, a. a. O.

16 Lux/Gülzau, »Zunehmende Polarisierung?«, a. a. O.

17 Beck/Westheuser, »Verletzte Ansprüche«, a. a. O.

18 Inglehart, *The Silent Revolution*, a. a. O.

19 Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten*, a. a. O.

20 Eribon, *Rückkehr nach Reims*, a. a. O.

21 Forst, *Toleranz im Konflikt*, a. a. O.

22 Beck, *Risikogesellschaft*, a. a. O., S. 301ff.

23 Hirschman, *Denken gegen die Zukunft*, a. a. O.

24 Claus Offe, »How Can We Trust Our Fellow Citizens?«, in: *Democracy and Trust*, herausgegeben von Mark E. Warren, Cambridge: Cambridge University Press 1999, S. 42-87, hier: S. 70.

25 Bo Rothstein, *Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State*, Cambridge: Cambridge University Press 1998.

26 Nicole Mayer-Ahuja/Oliver Nachtwey (Hg.), *Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft*, Berlin: Suhrkamp 2021.

27 Olaf Groh-Samberg/Nepomuk Hurch/Nora Waitkus, »Statuskonkurrenzen und soziale Spaltungen. Zur Dynamik sozialer Ungleichheiten«, in: *WSI-Mitteilungen* 71/5 (2018), S. 347-357.

28 Franz-Xaver Kaufmann, »Sicherheit«, in: *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, herausgegeben von Stephan Lessenich, Frankfurt am Main/New York: Campus 2003, S. 73-104.

29 Nathalie Morel/Bruno Palier/Joakim Palme (Hg.), *Towards a Social Investment Welfare State? Ideas, Policies and Challenges*, Bristol: Policy Press 2011.

30 Lisa-Marie Kraus/Maurice Crul, »Signalling Inclusion, Increasing Belonging: People Without a Migration Background in Ethnically Diverse Neighbourhoods«, in: *City, Culture and Society* 30/1 (2022).

31 Nassehi, *Unbehagen*, a. a. O., S. 178.

32 Lamont, »Addressing Recognition Gaps«, a. a. O.; Lamont/Beljean/Clair, »What Is Missing?«, a. a. O.

33 Staab, *Anpassung*, a. a. O., S. 179ff.

34 Axel Salheiser/Christoph Richter/Matthias Quent, »Von der ›Corona-Diktatur‹ zur ›Klima-Diktatur‹? Einstellungen zu Klimawandel und

Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung«, FGZ Working Papers Nr. 5, Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt 2022, S. 10.

35 Konrad Gürtler/Jeremias Herberg, »Moral Rifts in the Coal Phase-Out: How Mayors Shape Distributive and Recognition-Based Dimensions of a Just Transition in Lusatia«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning 25*/2 (2023), S. 194-209.

36 Schäfer, *Der Verlust politischer Gleichheit*, a. a. O.

Literatur

Abou-Chadi, Tarik/Ryan J. Finnigan (2019), »Rights for Same-Sex Couples and Public Attitudes Toward Gays and Lesbians in Europe«, in: *Comparative Political Studies* 52/6, S. 868-895.

Abou-Chadi, Tarik/Simon Hix (2021), »Brahmin Left Versus Merchant Right? Education, Class, Multiparty Competition, and Redistribution in Western Europe«, in: *British Journal of Sociology* 72/1, S. 79-92.

Abrams, Samuel J./Morris P. Fiorina (2012), »›The Big Sort‹ That Wasn't: A Skeptical Reexamination«, in: *Political Science & Politics* 45/2, S. 203-210.

AFD-Kompakt (2017), »AFD warnt vor zunehmender Einwanderung in Deutschlands Sozialsysteme«, online verfügbar unter: {https://afdkompakt.de/2017/11/28/afd-warnt-vor-zunehmender-einwanderung-in-deutschlands-sozialsysteme/} (alle URL Stand Juni 2023).

Ahler, Douglas J./Gaurav Sood (2018), »The Parties in Our Heads: Misperceptions About Party Composition and Their Consequences«, in: *The Journal of Politics* 80/3, S. 964-981.

Albers, Thilo/Charlotte Bartels/Moritz Schularick (2020), »The Distribution of Wealth in Germany 1895-2018«, *CEPR Discussion Paper* Nr. 17269, online verfügbar unter: {https://cepr.org/publications/dp17269}.

Alderson, Arthur S./François Nielsen (2002), »Globalization and the Great U-Turn: Income Inequality Trends in 16 OECD Countries«, in: *American Journal of Sociology* 107/5, S. 1244-1299.

Alesina, Alberto/Edward L. Glaeser (2004), *Fighting Poverty in the US and Europe. A World of Difference*, Oxford: Oxford University Press.

Alesina, Alberto/Armando Miano/Stefanie Stantcheva (2018), »Immigration and Redistribution«, in: *The Review of Economics and*

Statistics 90/1, S. 1-39.
Allport, Gordon W. (1971 [1954]), *Die Natur des Vorurteils*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
Amadeu Antonio Stiftung/PRO ASYL (2022), »Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle«, online verfügbar unter: {https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value%5bvalue%5d%5byear%5d=2015}.
Amlinger, Carolin/Oliver Nachtwey (2022), *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin: Suhrkamp.
Am Orde, Sabine/Stefan Reinecke (2020), »›Wir verkämpfen uns an falschen Fronten‹. Ein Streitgespräch zwischen Naika Foroutan und Wolfgang Merkel über Kosmopolitismus, Privilegien und Klimafragen«, in: *die tageszeitung* (14. Januar 2020) {https://taz.de/Linksliberale-und-Identitaetspolitik/!5652406/}.
Andersen, Robert/Tina J. Fetner (2008), »Economic Inequality and Intolerance: 485 Attitudes Toward Homosexuality in 35 Democracies«, in: *American Journal of Political Science* 52/4, S. 942-958.
Anderson, Benedict (1988), *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Anthias, Floya (1998), »Rethinking Social Divisions: Some Notes Towards a Theoretical Framework«, in: *The Sociological Review* 46/3, S. 505-535.
Anthias, Floya/Nira Yuval-Davis (2005), *Racialized Boundaries. Race, Nation, Gender, Colour and Class and the Anti-Racist Struggle*, London: Routledge.
Ares, Macarena (2022), »Issue Politicization and Social Class: How the Electoral Supply Activates Class Divides in Political Preferences«, in: *European Journal of Political Research* 61/2, S. 503-523.
Arndt, Susan (2021), *Rassismus begreifen. Vom Trümmerhaufen der Geschichte zu neuen Wegen*, München: C.H. Beck.
Ayoub, Phillip M. (2016), *When States Come Out. Europe's Sexual Minorities and the Politics of Visibility*, Cambridge: Cambridge

University Press.

Backhouse, Maria/Anne Tittor (2019), »Für eine intersektionale Perspektive auf globale sozial-ökologische Ungleichheiten«, in: Dörre, Klaus/Hartmut Rosa/Karina Becker/Sophie Bose/Benjamin Seyd (Hg.), *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*, Wiesbaden: Springer VS, S. 297-312.

Bail, Christopher A./Lisa P. Argyle/Taylor W. Brown/John P. Bumpus/Haohan Chen/M. B. Fallin Hunzaker/Jaemin Lee/Marcus Mann/Friedolin Merhout/Alexander Volfovsky (2018), »Exposure to Opposing Views on Social Media Can Increase Political Polarization«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115/37, S. 9216-9221.

Baldassarri, Delia/Andrew Gelman (2008), »Partisans Without Constraint: Political Polarization and Trends in American Public Opinion«, in: *American Journal of Sociology* 114/2, S. 408-446.

Bar-On, Yinon M./Rob Phillips/Ron Milo (2018), »The Biomass Distribution on Earth«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115/25, S. 6506-6511.

Baresel, Kira/Heike Eulitz/Uwe Fachinger/Markus M. Grabka/Christoph Halbmeier/Harald Künemund/Alberto Lozano Alcántara/Claudia Vogel (2021), »Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent aller Begünstigten«, in: *DIW Wochenbericht* 88/5, S. 63-71.

Baron, Christian/Britta Steinwachs (2012), *Faul, frech, dreist. Die Diskriminierung von Erwerbslosigkeit durch BILD-Leser*innen*, Münster: Edition Assemblage.

Barr, Nicholas Adrian (2001), *The Welfare State as Piggy Bank. Information, Risk, Uncertainty, and the Role of the State*, Oxford: Oxford University Press.

Bartholomé, Guus/Sophie Lecheler/Claes de Vreese (2015), »Manufacturing Conflict? How Journalists Intervene in the Conflict

Frame Building Process«, in: *The International Journal of Press/Politics* 20/4, S. 438-457.

486 Bartolini, Stefano/Peter Mair (1990), *Identity, Competition and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*, Cambridge: Cambridge University Press.

Bayram, Ismail Emre/Alexi Gugushvili (2014), *A Multi-Level and Cross-National Analysis of Homeownership, Mortgage and Welfare Attitudes*, unveröffentlichtes Manuskript.

Beauvoir, Simone de (2000 [1949]), *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*, Reinbek: Rowohlt.

Beck, Linda/Linus Westheuser (2022), »Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32/2, S. 279-316.

Beck, Ulrich (1983), »Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten«, in: Kreckel, Reinhard (Hg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen: Schwartz, S. 35-74.

Beck, Ulrich (1986), *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (2004), *Der kosmopolitische Blick. Oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (2007), *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beck, Ulrich (2008), »Jenseits von Klasse und Nation: Individualisierung und Transnationalisierung sozialer Ungleichheiten«, in: *Soziale Welt* 59/4, S. 301-325.

Beck, Ulrich (2010), »Risikogesellschaft und die Transnationalisierung sozialer Ungleichheit«, in: Beck, Ulrich/Angelika Poferl (Hg.), *Große Armut, großer Reichtum. Zur Transnationalisierung sozialer Ungleichheit*, Berlin: Suhrkamp, S. 25-52.

Beck, Ulrich/Angelika Poferl (2010), »Einleitung«, in: Beck/Poferl (Hg.), *Große Armut, großer Reichtum*, a. a. O., S. 9-22.

Becker, Charlotte Clara (2019), »The Influence of a Migration Background on Attitudes Towards Immigration«, in: *Social Inclusion* 7/4, S. 279-292.
Becker, Howard S. (2014 [1963]), *Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens*, Wiesbaden: Springer VS.
Becker, Rolf/Sandra Gilgen/Elmar Anhalt (2022), »Bildungsvorstellungen im sozialen Wandel – Eine Kohortenanalyse für die Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1958 bis 2018«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 51/1, S. 23-40.
Beckert, Jens (2004), *Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Beermann, Ann-Cathrin/Hannah Förster/Katja Hünecke/Isabel Schrems/Katja Schumacher (2021), *Verteilungswirkungen eines fortschreitenden Klimawandels*, Berlin/Freiburg im Breisgau: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.
487 Beermann, Ann-Cathrin/Christian Fischle (2021), *Folgekosten der Klimakrise: Warum sie die gesellschaftliche Ungleichheit verstärken*, Freiburg im Breisgau: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.
Belanger, Sarah/Maurice Pinard (1991), »Ethnic Movements and the Competition Model: Some Missing Links«, in *American Sociological Review* 56/4, S. 446-457.
Benabou, Roland/Efe A. Ok (2001), »Social Mobility and the Demand for Redistribution: The POUM Hypothesis«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 116/2, S. 447-487.
Benabou, Roland/Jean Tirole (2006), »Belief in a Just World and Redistributive Politics«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 121/2, S. 699-746.
Berendsen, Eva/Saba-Nur Cheema/Meron Mendel (Hg.) (2019), *Trigger-Warnung. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen*, Berlin: Verbrecher Verlag.
Berger, Peter A. (1986), *Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen*

Wandel, Opladen: Westdeutscher Verlag.
Bergfeld, Mark (2019), »The Perils of the ›White Working Class‹: Analysing the New Discussion on Class«, in: *Global Labour Journal* 10/1, S. 69-83.
Bergh, Andreas/Günther Fink (2009), »Immigrants' Attitudes Towards Redistribution: Implications for the Welfare State«, Working Paper Nr. 138, Stockholm: Ratio Institute.
Berlin, Isaiah (2006 [1969]), *Freiheit. Vier Versuche*, Frankfurt am Main: Fischer.
Biais, Bruno/Enrico Perotti (2002), »Machiavellian Privatization«, in: *American Economic Review* 92/1, S. 240-258.
Bishop, Bill (2009), *The Big Sort. Why the Clustering of Like-Minded America Is Tearing Us Apart*, Boston: Mariner Books.
Blumer, Herbert (1958), »Race Prejudice as a Sense of Group Position«, in: *Pacific Sociological Review* 1/1, S. 3-7.
Bochow, Michael (1993), »Einstellungen und Werthaltungen zu homosexuellen Männern in Ost- und Westdeutschland«, in: Lange, Cornelia (Hg.), *Aids. Eine Forschungsbilanz*, Berlin: Edition Sigma, S. 115-128.
Bornschier, Simon (2010), *Cleavage Politics and the Populist Right. The New Cultural Conflict in Western Europe*, Philadelphia: Temple University Press.
Bornschier, Simon/Silja Häusermann/Delia Zollinger/Céline Colombo (2021), »How ›Us‹ and ›Them‹ Relates to Voting Behavior – Social Structure, Social Identities, and Electoral Choice«, in: *Comparative Political Studies* 54/12, S. 2087-2122.
Bourdieu, Pierre (1982), *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Bourdieu, Pierre (1992), *Rede und Antwort*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Bourdieu, Pierre (1999), *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2006 [1996]), »Die Logik der Felder«, in: Bourdieu, Pierre/Loïc Wacquant (Hg.), *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 124-147.

Boxell, Levi/Matthew Gentzkow/Jesse M. Shapiro (2020), *Cross-Country Trends in Affective Polarization*, Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research Series.

Brehm, Jack W. (1966), *A Theory of Psychological Reactance*, Oxford: Academic Press.

Briefs, Götz (1930), »Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik«, in: Gesellschaft für Soziale Reform (Hg.), *Die Reform des Schlichtungswesens. Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, Bericht über die Verhandlungen der XI. Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim am 24./25. Oktober 1929*, Jena: Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, S. 140-170.

Bristow, Abigail L./Mark Wardman/Alberto M. Zanni/Phani K. Chintakayala (2010), »Public Acceptability of Personal Carbon Trading and Carbon Tax«, in: *Ecological Economics* 69/9, S. 1824-1837.

Bruns, Axel (2019), *Are Filter Bubbles Real?*, New York: John Wiley & Sons.

Buchmayr, Florian (2022), »Variationen politischen Denkens – Eine milieutheoretische Untersuchung politischer Einstellungsmuster«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 51/4, S. 385-403.

Bundesverfassungsgericht, »Urteil vom 10. 05. 1957. Verfassungsmäßigkeit der Strafvorschriften gegen die männliche Homosexualität, §§ 175f. StGB«, Karlsruhe 1957.

Busemeyer, Marius R. (2013), »Education Funding and Individual Preferences for Redistribution«, in: *European Sociological Review* 29/6, S. 1122-1133.

Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges/Gerd Wiegel (2018), *Rechtspopulisten im Parlament. Polemik, Agitation und Propaganda der AfD*, Frankfurt am Main: Westend.

Calhoun, Craig (1993), »›New Social Movements‹ of the Early Nineteenth Century«, in: *Social Science History* 17/3, S. 385-427.
Calhoun, Craig (2007), *Nations Matter. Culture, History and the Cosmopolitan Dream*, London: Routledge.
Calnitsky, David (2022), »The Policy Road to Socialism«, in: *Critical Sociology* 48/3, S. 397-422.
Capoccia, Giovanni (2016), »Critical Junctures«, in: Fioretos, Karl Orfeo/Tulia Gabriela Falleti/Adam D. Sheingate (Hg.), *The Oxford Handbook of Historical Institutionalism*, Oxford: Oxford University Press, S. 89-106.
Capstick, Stuart/Lorraine Whitmarsh/Wouter Poortinga/Nick Pidgeon/Paul Upham (2015), »International Trends in Public Perceptions of Climate 489 Change Over the Past Quarter Century«, in: *WIREs Climate Change* 6/1, S. 35-61.
Carens, Joseph (2017), »Ein Plädoyer für offene Grenze«, in: Dietrich, Frank (Hg.), *Ethik der Migration. Philosophische Schlüsseltexte*, Berlin: Suhrkamp, S. 166-211.
Carnes, Nicholas/Noam Lupu (2021), »The White Working Class and the 2016 Election«, in: *Perspectives on Politics* 19/1, S. 55-72.
Carothers, Thomas/Andrew O'Donohue (2019), *Democracies Divided. The Global Challenge of Political Polarization*, Washington: Brookings Institution Press.
Casati, Noemi (2018), »How Cities Shape Refugee Centres: ›Deservingness‹ and ›Good Aid‹ in a Sicilian Town«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44/5, S. 792-808.
Cassee, Andreas (2016), *Globale Bewegungsfreiheit. Ein philosophisches Plädoyer für offene Grenzen*, Berlin: Suhrkamp.
Castel, Robert (2008), *Die Metamorphosen der Sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*, Konstanz: UVK.
Ceobanu, Alin M./Xavier Escandell (2010), »Comparative Analyses of Public Attitudes Toward Immigrants and Immigration Using Multinational Survey Data: A Review of Theories and Research«, in: *Annual Review of Sociology* 36, S. 309-328.

Chamayou, Grégoire (2019), *Die unregierbare Gesellschaft. Eine Genealogie des autoritären Liberalismus*, Berlin: Suhrkamp.
Chancel, Lucas (2022), »Global Carbon Inequality over 1990-2019«, in: *Nature Sustainability* 5/11, S. 931-938.
Chancel, Lucas/Thomas Piketty/Emmanuel Saez/Gabriel Zucman (2022), *World Inequality Report 2022*, Paris: World Inequality Lab.
Chertow, Marian R. (2000), »The IPAT Equation and Its Variants. Changing Views of Technology and Environmental Impact«, in: *Journal of Industrial Ecology* 4/4, S. 13-29.
Cohen, Daniel A./David Bond (2022), »Toward a Theory of Climate Praxis: Confronting Climate Change in a World of Struggle«, in: Fassin, Didier/Axel Honneth (Hg.), *Crisis Under Critique. How People Assess, Transform, and Respond to Critical Situations*, New York: Columbia University Press, S. 271-292.
Cohen, Stanley (1972), *Folk Devils and Moral Panics*, London: MacGibbon and Kee.
Cohen, Stanley (1999), »Moral Panics and Folk Concepts«, in: *Paedagogica Historica* 35/3, S. 585-591.
Converse, Philip E. (1964), »The Nature of Belief Systems in Mass Publics«, in: Apter, David E. (Hg.), *Ideology and Discontent*, New York: The Free Press, S. 206-261.
Corak, Miles (2013), »Income Inequality, Equality of Opportunity, and Intergenerational Mobility«, in: *Journal of Economic Perspectives* 27/3, S. 79-102.
490 Corneo, Giacomo/Hans Peter Grüner (2002), »Individual Preferences for Political Redistribution«, in: *Journal of Public Economics* 83/1, S. 83-107.
Coser, Lewis A. (2009) [1956], *Theorie sozialer Konflikte*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Cramer, Katherine J. (2016), *The Politics of Resentment. Rural Consciousness in Wisconsin and the Rise of Scott Walker*, Chicago: University of Chicago Press.

Crenshaw, Kimberlé (1989), »Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics«, in: *University of Chicago Legal Forum* 1989/1, S. 139-167.

Cresswell, Tim (1996), *In Place/Out of Place. Geography, Ideology, and Transgression*, Minneapolis/London: University of Minnesota Press.

Cristea, Loredana Andreea/Janusz Grabara (2019), »Fiscal Impact of the Migration Phenomenon«, in: *Journal of International Studies* 12/4, S. 144-159.

Crites Jr, Stephen L./Leandre R. Fabrigar/Richard E. Petty (1994), »Measuring the Affective and Cognitive Properties of Attitudes: Conceptual and Methodological Issues«, in: *Personality and Social Psychology Bulletin* 20/6, S. 619-634.

Crozier, Michael J./Samuel P. Huntington/Joji Watanuki (Hg.) (1975), *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*, New York: New York University Press.

Csányi, Gergely/Eszter Kováts (2020) »Intersectionality: Time for a Rethink. The Current Understanding of Intersectionality Is a Dead-End for Progressive Politics«, Berlin: Social Europe, online verfügbar unter: {https://socialeurope.eu/intersectionality-time-for-a-rethink}.

Culpepper, Pepper D. (2021), »Quiet Politics in Tumultuous Times: Business Power, Populism, and Democracy«, in: *Politics & Society* 49/1, S. 133-143.

Czymara, Christian S./Alexander W. Schmidt-Catran (2016), »Wer ist in Deutschland willkommen? Eine Vignettenanalyse zur Akzeptanz von Einwanderern«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68/2, S. 193-227.

Dahrendorf, Ralf (1957), *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*, Stuttgart: Ferdinand Enke.

Dahrendorf, Ralf (1992), *Der moderne soziale Konflikt*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Dahrendorf, Ralf (1996), »Zu einer Theorie des sozialen Konflikts«, in: Bonacker, Thorsten (Hg.), *Konflikttheorien*, Wiesbaden: Springer, S. 279-295.

Dancygier, Rafaela/Stefanie Walter (2015), »Globalization, Labor Market Risks, and Class Cleavages«, in: Beramendi, Pablo/Silja Häusermann/Herbert Kitschelt/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Politics of Advanced Capitalism*, New York: Cambridge University Press, S. 133-156.

491 Dassonneville, Ruth (2018), »Electoral Volatility and Parties' Ideological Responsiveness«, in: *European Journal of Political Research* 57/4, S. 808-828.

De Coninck, David/Koen Matthijs (2020), »Who Is Allowed to Stay? Settlement Deservingness Preferences Towards Migrants in Four European Countries«, in: *International Journal of Intercultural Relations* 77, S. 25-37.

De Leon, Cedric/Manali Desai/Cihan Tuğal (2009), »Political Articulation: Parties and the Constitution of Cleavages in the United States, India, and Turkey«, in: *Sociological Theory* 27/3, S. 193-219.

De Tocqueville, Alexis (1976 [1835/40]), *Über die Demokratie in Amerika*, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

De Vries, Catherine E./Sara B. Hobolt (2020), *Political Entrepreneurs. The Rise of Challenger Parties in Europe*, Princeton: Princeton University Press.

De Wilde, Pieter/Ruud Koopmans/Wolfgang Merkel/Oliver Strijbis/Michael Zürn (Hg.) (2019), *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*, Cambridge: Cambridge University Press.

Debus, Marc (2021), »Kosmopolitisches und parochiales Freizeit- und Urlaubsverhalten und ihr Einfluss auf Kandidatensympathie und Wahlabsicht im Kontext der Bundestagswahl 2017«, in: Weßels, Bernhard/Harald Schoen (Hg.), *Wahlen und Wähler*, Wiesbaden: Springer VS, S. 273-295.

Decker, Oliver/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.) (2022), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
Deitelhoff, Nicole/Cord Schmelzle (2023), »Social Integration Through Conflict: Mechanisms and Challenges in Pluralist Societies«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Online first.
Della Porta, Donatella/Martín Portos (2023), »Rich Kids of Europe? Social Basis and Strategic Choices in the Climate Activism of Fridays for Future«, in: *Italian Political Science Review/Rivista Italiana di Scienza Politica* 53/1, S. 24-49.
Di Cesare, Donatella (2021), *Philosophie der Migration*, Berlin: Matthes & Seitz.
DiAngelo, Robin (2016), *What Does It Mean to Be White? Developing White Racial Literacy*, New York: Peter Lang.
Diekmann, Andreas/Reto Meyer (2010), »Demokratischer Smog? Eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Sozialschicht und Umweltbelastungen«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 62/3, S. 437-457.
Dietz, Thomas/Rachael L. Shwom/Cameron T. Whitley (2020), »Climate Change and Society«, in: *Annual Review of Sociology* 46/1, S. 135-158.
Diewald, Martin/Thomas Faist (2011), »Von Heterogenitäten zu Ungleichheiten: Soziale Mechanismen als Erklärungsansatz der Genese sozialer Ungleichheiten«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 21/1, S. 91-114.
492 DiMaggio, Paul/John Evans/Bethany Bryson (1996), »Have American's Social Attitudes Become More Polarized?«, in: *American Journal of Sociology* 102/3, S. 690-755.è
D'Ippoliti, Daniela/Paola Michelozzi/Claudia Marino/Francesca de'Donato et al. (2010), »The Impact of Heat Waves on Mortality in 9 European Cities: Results From the EuroHEAT Project«, in: *Environmental Health* 9, S. 1-9.

Dixson-Declève, Sandrine et al. (2022), *Earth for All – A Survival Guide for Humanity: A Report to the Club of Rome*, Gabriola Island: The Club of Rome.

Doan, Long/Annalise Loehr/Lisa R. Miller (2014), »Formal Rights and Informal Privileges for Same-Sex Couples: Evidence from a National Survey Experiment«, in: *American Sociological Review* 79/6, S. 1172-1195.

Dochow-Sondershaus, Stephan/Céline Teney (2023), »Opinion Polarization of Immigration and EU Attitudes between Social Classes – The Limiting Role of Working Class Dissensus«, in: *SocArXiv*, online verfügbar unter: {https://doi.org/10.31235/osf.io/qm46p}.

Dodd, Nigel/Michèle Lamont/Mike Savage (2017), »Introduction to BJS Special Issue: The Trump/Brexit Moment: Causes and Consequences«, in: *The British Journal of Sociology* 68/S 1, S. S 3-S 10.

Dörre, Klaus (2019), *Die demobilisierte Klassengesellschaft. Von industriellen Klassenauseinandersetzungen zum sozial-ökologischen Transformationskonflikt*, 2019, Vortrag auf der Konferenz »Class Without Consciousness – The Politics of Fragmented Class Identities« (14.-15. November 2019), Scuola Normale Superiore, Florenz.

Dörre, Klaus (2019), »Umkämpfte Globalisierung und Soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik«, in: Candeias, Mario/Thomas Goes/Klaus Dörre (Hg.), *Demobilisierte Klassengesellschaft und Potenziale verbindender Klassenpolitik. Beiträge zur Klassenanalyse 2*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 11-56.

Dörre, Klaus (2020), *In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Dörre, Klaus (im Erscheinen), *Die demobilisierte Klassengesellschaft. Begriffe, Theorie, Analysen, Politik*, Frankfurt am Main/New York: Campus.

Dörre, Klaus/Sophie Bose/John Lütten/Jakob Köster (2018), »Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer

imaginären Revolte«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 28/1-2, S. 55-89.
Douglas, Mary (1985 [1966]), *Reinheit und Gefährdung. Eine Studie zu Vorstellungen von Verunreinigung und Tabu*, Berlin: Dietrich Reimer.
Drewski, Daniel/Jürgen Gerhards (2020), »The Liberal Border Script and its Contestations. An Attempt of Definition and Systematization«, *SCRIPTS Working Paper* Nr. 4, Berlin: Cluster of Excellence – Contestations of the Liberal Script.
Drönner, Nadine (2020), *Das ›Homosexuellen-Urteil‹ des Bundesverfassungsgerichts aus rechtshistorischer Perspektive*, Tübingen: Mohr Siebeck.
493 Droste, Luigi/Björn Wendt (2021), »Who Cares? Eine ländervergleichende Analyse klimabezogener Besorgnis in Europa«, in: *Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 7/1, S. 1-42.
DuBois, William E. B. (2003 [1903]), *Die Seele der Schwarzen –The Souls of Black Folk*, Freiburg: Orange-Press.
Durkheim, Émile (1984 [1895]), *Die Regeln der soziologischen Methode*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Eckert, Roland/Helmut Willems (2002), »Eskalation und Deeskalation sozialer Konflikte: Der Weg in die Gewalt«, in: Heitmeyer, Wilhelm/John Hagan (Hg.), *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 1457-1480.
Eggert, Nina/Marco Giugni (2015), »Does the Class Cleavage Still Matter? The Social Composition of Participants in Demonstrations Addressing Redistributive and Cultural Issues in Three Countries«, in: *International Sociology* 30/1, S. 21-38.
Eick, Gianna Maria (2020), *Education as Liberation? A Critical Analysis of the Relationship Between Higher Education and Welfare Chauvinism Across Europe*, Dissertation, Kent: University of Kent.
El-Mafaalani, Aladin (2018), *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.

El-Menouar, Yasemin/Kai Unzicker (2021), *Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit. Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen*, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
Elias, Norbert (1970), *Was ist Soziologie?*, München: Juventa.
Elias, Norbert/John L. Scotson (2002 [1965]), *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Elsässer, Lea/Svenja Hense/Armin Schäfer (2021), »Not Just Money: Unequal Responsiveness in Egalitarian Democracies«, in: *Journal of European Public Policy* 28/12, S. 1890-1908.
Engler, Sarah/David Weisstanner (2021), »The Threat of Social Decline: Income Inequality and Radical Right Support«, in: *Journal of European Public Policy* 28/2, S. 153-173.
Eribon, Didier (2016), *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp.
Erikson, Robert/John H. Goldthorpe (1992), *The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies*, Oxford: Clarendon Press.
Esping-Andersen, Gøsta (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton: Princeton University Press.
Esses, Victoria M./John F. Dovidio/Lynne M. Jackson/Tamara L. Armstrong (2001), »The Immigration Dilemma: The Role of Perceived Group Competition, Ethnic Prejudice, and National Identity«, in: *Journal of Social Issues* 57/3, S. 389-412.
Evans, Mariah D. R./Jonathan J. Kelley (2004), »Subjective Social Location: Data 494 From 21 Nations«, in: *International Journal of Public Opinion Research* 16/1, S. 3-38.
European Commission (2019), *Eurobarometer on Discrimination 2019: The Social Acceptance of LGBTI People in the EU*, Brüssel: European Commission.
Eurostat (2016), »Asylum in the EU Member States. Record Number of Over 1.2 Million First Time Asylum Seekers Registered in 2015«, *eurostat news release*, online verfügbar unter: {https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-euro-indicators/-/3-04032016-AP}.

Faist, Thomas (1998), »Immigration, Integration und Wohlfahrtsstaaten. Die Bundesrepublik Deutschland in vergleichender Perspektive«, in: Bommes, Michael/Jost Halfmann (Hg.), *Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten*, Osnabrück: Rasch, S. 147-170.

Faist, Thomas (2022), *Exit. Warum Menschen aufbrechen. Globale Migration im 21. Jahrhundert*, München: C.H. Beck.

Fawcett, Edmund (2020), *Conservatism. The Fight for a Tradition*, Princeton: Princeton University Press.

Fekete, Alexander (2009), »Validation of a Social Vulnerability Index in Context to River-Floods in Germany«, in: *Natural Hazards and Earth System Sciences* 9/2, S. 393-403.

Fernbach, Philip M./Leaf Van Boven (2022), »False Polarization: Cognitive Mechanisms and Potential Solutions«, in: *Current Opinion in Psychology* 43, S. 1-6.

Fiorina, Morris P./Samuel J. Abrams (2008), »Political Polarization in the American Public«, in: *Annual Review of Political Science* 11, S. 563-588.

Fischel, William A. (2001), *The Homevoter Hypothesis. How Home Values Influence Local Government Taxation, School Finance, and Land-Use Policies*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

FitzGerald, Sharron/May-Len Skilbrei (2022), *Sexual Politics in Contemporary Europe. Moving Targets, Sitting Ducks*, Cham: Palgrave Macmillan.

Ford, Robert/Matthew J. Goodwin (2010), »Angry White Men: Individual and Contextual Predictors of Support for the British National Party«, in: *Political Studies* 58/1, S. 1-25.

Ford, Robert/Will Jennings (2020), »The Changing Cleavage Politics of Western Europe«, in: *Annual Review of Political Science* 23/1, S. 295-314.

Foroutan, Naika (2019), *Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld: transcript.

Foroutan, Naika/Jana Hensel (2020), *Die Gesellschaft der Anderen*, Berlin: Aufbau Verlag.

Foroutan, Naika/Noa Ha/Frank Kalter/Yasemin Shooman/Cihan Sinanoglu (2022), *Rassistische Realitäten. Wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander?*, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).
495 Forst, Rainer (2003), *Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Forst, Rainer (2022), »Die Herrschaft der Unvernunft. Zum Begriff der (anti-)demokratischen Regression«, *FGZ Working Paper* Nr. 4, Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.
Förtner, Maximilian/Bernd Belina/Matthias Naumann (2021), »The Revenge of the Village? The Geography of Right-Wing Populist Electoral Success, Anti-Politics, and Austerity in Germany«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 39/3, S. 574-596.
Franzen, Axel/Dominikus Vogl (2013), »Two Decades of Measuring Environmental Attitudes: A Comparative Analysis of 33 Countries«, in: *Global Environmental Change* 23/5, S. 1001-1008.
Fraser, Nancy (2003), »Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik«, in: Fraser, Nancy/Axel Honneth, *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13-128.
Fraser, Nancy (2017a), »From Progressive Neoliberalism to Trump – and Beyond«, in: *American Affairs* 1/4, S. 46-64.
Fraser, Nancy (2017b), »Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus«, in: Geiselberger, Heinrich (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin: Suhrkamp, S. 77-92.
Fraser, Nancy (2023), *Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt*, Berlin: Suhrkamp.
Frei, Nadine/Oliver Nachtwey (2021), *Quellen des ›Querdenkertums‹. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg*, Basel: Universität Basel.
Friedman, Sam/Aaron Reeves (2020), »From Aristocratic to Ordinary: Shifting Modes of Elite Distinction«, in: *American Sociological Review*

85/2, S. 323-350.
Fritz, Martin/Max Koch (2019), »Public Support for Sustainable Welfare Compared: Links Between Attitudes Towards Climate and Welfare Policies«, in: *Sustainability* 11/15, S. 1-15.
Fritz, Martin/Max Koch/Håkan Johansson/Kagga Emilsson/Roger Hildingsson/Jamil Khan (2021), »Habitus and Climate Change: Exploring Support and Resistance to Sustainable Welfare and Social-Ecological Transformations in Sweden«, in: *British Journal of Sociology* 72/4, S. 874-890.
Frondel, Manuel/Vanessa Charlotte Kükenthal/Tobias Larysch/Daniel Osberghaus (2021), »Wahrnehmung des Klimawandels in Deutschland: Eine Längsschnittbefragung privater Haushalte«, in: *Zeitschrift für Energiewirtschaft* 45/2, S. 119-131.
Frondel, Manuel/Gerhard Kussel/Tobias Larysch/Daniel Osberghaus (2020), *Klimapolitik während der Corona-Pandemie: Ergebnisse einer Haushaltserhebung*, RWI Materialien Nr. 136, Essen: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung.

496 Gaborit, Maxime/Théo Grémion (2019), »Jaunes et verts. Vers un écologisme populaire?«, *la vie des idées* (20. Dezember 2019), online verfügbar unter: {https://laviedesidees.fr/Jaunes-et-verts.html}.
Galvin, Ray (2019), *Inequality and Energy: How Extremes of Wealth and Poverty in High Income Countries Affect CO_2 Emissions and Access to Energy*, London: Academic Press.
Ganzleben, Catherine/Aleksandra Kazmierczak (2020), »Leaving No One Behind – Understanding Environmental Inequality in Europe«, in: *Environmental Health* 19/1, S. 1-7.
Garfinkel, Harold (1967), *Studies in Ethnomethodology*, Englewood Cliffs: Prentice-Hall.
Garritzmann, Julian L./Marius R. Busemeyer/Erik Neimanns (2018), »Public Demand for Social Investment: New Supporting Coalitions for Welfare State Reform in Western Europe?«, in: *Journal of European Public Policy* 25/6, S. 844-861.

Geertz, Clifford (1987 [1983]), »Common Sense als kulturelles Problem«, in: Geertz, Clifford, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 261-288.

Geiger, Theodor (1930), »Panik im Mittelstand«, in: *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde* 7/10, S. 637-654.

Gengnagel, Vincent/Katharina Zimmermann (2022), »Green Deservingness, Green Distinction, Green Democracy? Towards a Political Sociology of a Contested Eco-Social Consensus«, in: *Culture, Practice & Europeanization* 7/2, S. 292-303.

Gerbaudo, Paolo/Ciro Clemente De Falco/Giulia Giorgi/Silvia Keeling/Antonia Murolo/Federica Nunziata (2023), »Angry Posts Mobilize. Emotional Communication and Online Mobilization in the Facebook Pages of Western European Right-Wing Populist Leaders«, in: *Social Media + Society* 9/1, S. 1-11.

Gerhards, Jürgen (2010), *Mehrsprachigkeit im vereinten Europa. Transnationales sprachliches Kapital als Ressource in einer globalisierten Welt*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gerhards, Jürgen (2010), »Non-discrimination Towards Homosexuality: The European Union's Policy and Citizens' Attitudes Towards Homosexuality in 27 European Countries«, in: *International Sociology* 25/1, S. 5-28.

Gest, Justin (2016), *The New Minority: White Working Class Politics in an Age of Immigration and Inequality*, Oxford: Oxford University Press.

Gethin, Amory/Clara Martínez-Toledano/Thomas Piketty (Hg.) (2021), *Political Cleavages and Social Inequalities. A Study of Fifty Democracies, 1948-2020*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Giddens, Anthony (1973), *The Class Structure of the Advanced Societies*, London: Hutchinson.

Giddens, Anthony (1984), *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*, Cambridge: Polity Press.

497 Gidron, Noam/James Adams/Will Horne (2020), *American Affective Polarization in Comparative Perspective*, Cambridge: Cambridge University Press.
Gingrich, Jane/Silja Häusermann (2015), »The Decline of the Working-Class Vote, the Reconfiguration of the Welfare Support Coalition and Consequences for the Welfare State«, in: *Journal of European Social Policy* 25/1, S. 50-75.
Goebel, Jan/Peter Krause (2007), »Gestiegene Einkommensungleichheit in Deutschland«, in: *Wirtschaftsdienst* 87/12, S. 824-832.
Goffman, Erving (1975[1963]), *Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identitäten*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Goldthorpe, John (1982), »On the Service Class, Its Formation and Future«, in: Giddens, Anthony/Gavin Mackenzie (Hg.), *Social Class and the Division of Labour*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 162-185.
Gonthier, Frederic/Tristan Guerra (2023), »How Party Polarization Shapes the Structuring of Policy Preferences in Europe«, in: *Party Politics* 29/2, S. 384-393.
Goodin, Robert E./Julian Le Grand (2020 [1987]), *Not Only the Poor. The Middle Classes and the Welfare State*, London: Routledge.
Gore, Tim (2020), »Confronting Carbon Inequality. Putting Climate Justice at the Heart of the COVID-19 Recovery«, Oxfam Media Briefing, Den Haag: OXFAM.
Gorodzeisky, Anastasia/Moshe Semyonov (2009), »Terms of Exclusion: Public Views Towards Admission and Allocation of Rights to Immigrants in European Countries«, in: *Ethnic and Racial Studies* 32/3, S. 401-423.
Gough, Ian (2013), »Carbon Mitigation Policies, Distributional Dilemmas and Social Policies«, in: *Journal of Social Policy* 42/2, S. 191-213.
Grabka, Markus M./Christoph Halbmeier (2019), »Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich

steigender Nettovermögen anhaltend hoch«, in: *DIW Wochenbericht* 86/40, S. 735-745.
Grabka, Markus M. (2021), »Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht«, in: *DIW Wochenbericht* 88/18, S. 308-316.
Green-Pedersen, Christoffer (2019), *The Reshaping of West European Party Politics: Agenda-Setting and Party Competition in Comparative Perspective*, Oxford: Oxford University Press.
Groh-Samberg, Olaf (2019), »Ökonomische Ungleichheiten: Armut und Reichtum«, in: Obinger, Herbert/Manfred G. Schmidt (Hg.), *Handbuch Sozialpolitik*, Wiesbaden: Springer VS, S. 833-862.
Groh-Samberg, Olaf/Nepomuk Hurch/Nora Waitkus (2018), »Statuskonkurrenzen und soziale Spaltungen. Zur Dynamik sozialer Ungleichheiten«, in: *WSI-Mitteilungen* 71/5, S. 347-357.
Guenther, Corey/Mark Alicke (2010), »Deconstructing the Better-Than-Average Effect«, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 99/5, S. 755-770.
Guerra, Tristan/Chloé Alexandre/Stéphanie Abrial (2021), »Enquêter sur les Gi 498 lets Jaunes. Sociologie politique d'un mouvement social à partir d'une enquête diffusée sur les réseaux sociaux«, in: *Statistique et Société* 9/1-2, S. 21-37.
Gürtler, Konrad/Jeremias Herberg (2023), »Moral Rifts in the Coal Phase-Out – How Mayors Shape Distributive and Recognition-Based Dimensions of a Just Transition in Lusatia«, in: *Journal of Environmental Policy & Planning* 25/2, S. 194-209.
Gusciute, Egle/Peter Mühlau/Richard Layte (2021), »All Welcome Here? Attitudes Towards Muslim Migrants in Europe«, in: *International Migration* 59/5, S. 149-165.

Haan, Peter/Maximilian Schaller (2021), *Heterogene Lebenserwartung*, Forschungsprojekt im Auftrag des Sozialverbands VdK Deutschland, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Habermas, Jürgen (1973), *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Habermas, Jürgen (1985), »Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien«, in: Habermas, Jürgen, *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 141-163.
Habermas, Jürgen (1996), *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Habermas, Jürgen (2022), *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin: Suhrkamp.
Haffert, Lukas (2022), *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*, München: C. H. Beck.
Hainmueller, Jens/Daniel J. Hopkins (2014), »Public Attitudes Toward Immigration«, in: *Annual Review of Political Science* 17, S. 225-249.
Hall, Peter A. (2019), »The Electoral Politics of Growth Regimes«, in: *Perspectives on Politics* 18/1, S. 185-199.
Hall, Stuart (2004), *Ideologie, Identität, Repräsentation*, Hamburg: Argument Verlag.
Hall, Stuart (2017), »The Empire Strikes Back«, in: Davison, Sally/David Featherstone/Michael Rustin/Bill Schwarz (Hg.), *Stuart Hall: Selected Political Writings. The Great Moving Right Show and Other Essays*, Durham: Duke University Press, S. 200-206.
Hancock, Ange-Marie (2003), »Contemporary Welfare Reform and the Public Identity of the ›Welfare Queen‹«, in: *Race, Gender & Class* 10/1, S. 31-59.
Haney López, Ian (2014), *Dog Whistle Politics. How Coded Racial Appeals Have Reinvented Racism and Wrecked the Middle Class*, Oxford: Oxford University Press.
Hark, Sabine/Paula-Irene Villa (Hg.) (2015), *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: transcript.
Hark, Sabine/Paula-Irene Villa (2017), *Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay* 499 *zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*, Bielefeld: transcript.

Harris, Scott R. (2001), »What Can Interactionism Contribute to the Study of Inequality? The Case of Marriage and Beyond«, in: *Symbolic Interaction* 24/4, S. 455-480.
Harteveld, Eelco (2021), »Ticking All the Boxes? A Comparative Study of Social Sorting and Affective Polarization«, in: *Electoral Studies* 72, S. 1-11.
Hartmann, Jörg/Peter Preisendörfer (2021), »Development and Structure of Environmental Worries in Germany 1984-2019«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 50/5, S. 322-337.
Häusermann, Silja/Hanspeter Kriesi (2015), »What Do Voters Want? Dimensions and Configurations in Individual-Level Preferences and Party Choice«, in: Beramendi, Pablo/Silja Häusermann/Herbert Kitschelt/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Politics of Advanced Capitalism*, New York: Cambridge University Press, S. 202-230.
Häusermann, Silja/Georg Picot/Dominik Geering (2013), »Rethinking Party Politics and the Welfare State–Recent Advances in the Literature«, in: *British Journal of Political Science* 43/1, S. 221-240.
Häusermann, Silja/Michael Pinggera/Macarena Ares/Matthias Enggist (2022), »Class and Social Policy in the Knowledge Economy«, in: *European Journal of Political Research* 61/2, S. 462-484.
Hayek, Friedrich August (2012 [1973]), *Law, Legislation and Liberty. A New Statement of the Liberal Principles of Justice and Political Economy*, London: Routledge.
Heide, Julian (2021), »Wohneigentum, sozialpolitische Einstellungen und Region. Eine Studie zu sozialpolitischen Präferenzen unter Wohneigentümer/-innen und Mieter/-innen in Deutschland«, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 67/2, S. 153-182.
Heide, Julian (2023), *Themenagenden und Triggerpunkte. Wie deutsche Printmedien Ungleichheitskonflikte besprechen*, unveröffentlichtes Manuskript.
Heide, Julian (2023), »Testfall Armut. Zum Zusammenhang von Ungleichheitseinstellungen und sozialer Lage«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Online first.

Heide, Julian/Thomas Lux/Steffen Mau (2023), »Ost-West-Unterschiede in den Köpfen: Alterität, Konflikt, Anerkennung und Förderung«, in: *SocArXiv*, online verfügbar unter: {10.31235/osf.io/483fb}.
Heise, Elke (2000), »Sind Frauen mitgemeint? Eine empirische Untersuchung zum Verständnis des generischen Maskulinums und seiner Alternativen«, in: *Sprache & Kognition* 19/1-2, S. 3-13.
Heitmeyer, Wilhelm (2005), »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004«, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 3*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13-34.
500 Heitmeyer, Wilhelm (2011), *Deutsche Zustände. Folge 10*, Berlin: Suhrkamp.
Heitmeyer, Wilhelm (2018), *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin: Suhrkamp.
Helbling, Marc/Sebastian Jungkunz (2020), »Social Divides in the Age of Globalization«, in: *West European Politics* 43/6, S. 1187-1210.
Hemerijck, Anton (2015), »The Quiet Paradigm Revolution of Social Investment«, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 22/2, S. 242-256.
Herold, Maik/Janine Joachim/Cyrill Otteni/Hans Vorländer (2023), *Polarisierung in Deutschland und Europa. Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern*, Dresden: Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM).
Heuer, Jan-Ocko/Thomas Lux/Steffen Mau/Katharina Zimmermann (2020), »Legitimizing Inequality: The Moral Repertoires of Meritocracy in Four Countries«, in: *Comparative Sociology* 19/4-5, S. 542-584.
Hirschauer, Stefan (2021), »Menschen unterscheiden. Grundlinien einer Theorie der Humandifferenzierung«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 50/3-4, S. 155-174.
Hirschauer, Stefan/Tobias Boll (2018), »Un/doing Differences. Zur Theorie und Empirie eines Forschungsprogramms«, in: Hirschauer,

Stefan (Hg.), *Un/doing differences*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 7-26.
Hirschman, Albert O. (1992), *Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion*, München/Wien: Hanser.
Hobsbawm, Eric J. (2012), *Nations and Nationalism Since 1780: Programme, Myth, Reality*, Cambridge University Press.
Hochschild, Arlie Russell (2017), *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Hochschild, Jennifer L./Monica Herk (1990), »›Yes, but …‹. Principles and Caveats in American Racial Attitudes«, in: Chapman, John W./Alan Wertheimer (Hg.), *Majorities and Minorities*, New York: New York University Press, S. 308-335.
Hoffschildt, Rainer (2016) »Statistik der Kriminalisierung und Verfolgung homosexueller Handlungen unter Männern durch Justiz und Polizei in der Bundesrepublik Deutschland von der Nachkriegszeit bis 1994«, online verfügbar unter: {https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei%3ABRD_Paragraph_175_StGB_Statistk_1945-94%2C_Hoffschildt_2016.pdf}.
Honneth, Axel (1981), »Moralbewußtsein und soziale Klassenherrschaft. Einige Schwierigkeiten in der Analyse normativer Handlungspotentiale«, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 9/3-4, S. 556-570.
Honneth, Axel (1992), *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Honneth, Axel (2003), »Umverteilung und Anerkennung. Eine Erwiderung auf Nancy Fraser«, in: Fraser, Nancy/Axel Honneth, *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 129-224.
Hooghe, Liesbet/Gary Marks (2018), »Cleavage Theory Meets Europe's Crises: Lipset, Rokkan, and the Transnational Cleavage«, in: *Journal of European Public Policy* 25/1, S. 109-135.

Hopf, Wulf (2000), »Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär?«, in: Rippl, Susanne/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hg.), *Autoritarismus*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93-118.

Horn, Alexander/Martin Haselmayer/K. Jonathan Klüser (2022), *»Rachet-Effects« in Party Responses to Economic Inequality? Reconciling Rival Views Using New Data on Equality Concepts*, unveröffentlichtes Manuskript, Innsbruck: Universität Innsbruck.

Houtman, Dick (2003), »Lipset and ›Working-Class‹ Authoritarianism«, in: *The American Sociologist* 34/1-2, S. 85-103.

Hradil, Stefan (1992), *Zwischen Bewusstsein und Sein. Die Vermittlung »objektiver« Lebensbedingungen und »subjektiver« Lebensweisen*, Opladen: Leske + Budrich.

Hsu, Angel/Glenn Sheriff/Tirthhankar Chakraborty/Diego Manya (2021), »Disproportionate Exposure to Urban Heat Island Intensity Across Major US Cities«, in: *Nature Communications* 12/1, 1-11.

Huber, Matthew (2022), *Climate Change as Class War. Building Socialism on a Warming Planet*, London: Verso.

Hudde, Ansgar (2022), »Partisan Affect in Times of Fractionalization: Visualizing Who Likes Whom in Germany, 1977 to 2020«, in: *Socius: Sociological Research for a Dynamic World* 8, S. 1-3.

Hugrée, Cédric/Etienne Penissat/Alexis Spire (2020), *Social Class in Europe. New Inequalities in the Old World*, London: Verso.

Hürtgen, Stefanie (2019), »Konkurrenz und xenophobe Kulturalisierung im transnationalen Raum der Lohnarbeit«, in: Book, Carina/Nikolai Huke/Sebastian Klauke/Olaf Tietje (Hg.), *Alltägliche Grenzziehungen: Das Konzept der ›imperialen Lebensweise‹, Externalisierung und exklusive Solidarität*, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 94-107.

Huinink, Johannes/Martin Diewald/Jutta Heckhausen (1994), *Zum Zusammenhang zwischen Kontrollüberzeugungen und Kontrollstrategien ostdeutscher Erwachsener mit deren Lebensverläufen und Wendeerfahrungen*, Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung.

Hutter, Swen/Manès Weisskircher (2022), »New Contentious Politics. Civil Society, Social Movements, and the Polarisation of German Politics«, in: *German Politics*, Online First.

Infratest Dimap (2021) »Weiter Vorbehalte gegen gendergerechte Sprache«, online verfügbar unter: {https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/weiter-vorbehalte-gegen-gendergerechte-sprache/}.

502 Inglehart, Ronald (1971), »The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-industrial Societies«, in: *American Political Science Review* 65/4, S. 991-1017.

Inglehart, Ronald (1977), *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald (1995), »Public Support for Environmental Protection: Objective Problems and Subjective Values in 43 Societies«, in: *PS: Political Science & Politics* 28/1, S. 57-72.

Inglehart, Ronald (2018), *Cultural Evolution: People's Motivations Are Changing, and Reshaping the World*, Cambridge: Cambridge University Press.

Inglehart, Ronald/Pippa Norris (2003), *Rising Tide. Gender Equality and Cultural Change Around the World*, Cambridge: Cambridge University Press.

Inglehart, Ronald F./Eduard Ponarin/Ronald C. Inglehart (2017), »Cultural Change, Slow and Fast: The Distinctive Trajectory of Norms Governing Gender Equality and Sexual Orientation«, in: *Social Forces* 95/4, S. 1313-1340.

IPBES (2018), *The Assessment Report on Land Degradation and Restoration*, Bonn: Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (IPBES).

Ipsos (2021), *LGBT+ Pride 2021 Global Survey. A 27 Country Ipsos Survey*, Paris: Ipsos.

Irmen, Lisa/Astrid Köncke (1996), »Zur Psychologie des ›generischen‹ Maskulinums«, in: *Sprache & Kognition* 15/3, S. 152-166.
Islam, Nazrul/John Winkel, (2017), »Climate Change and Social Inequality«, *UN Department of Economic & Social Affairs Working Paper* 152, New York: United Nations.
Iyengar, Shanto/Yphtach Lelkes/Matthew Levendusky/Neil Malhotra/Sean J. Westwood (2019), »The Origins and Consequences of Affective Polarization in the United States«, in: *Annual Review of Political Science* 22, S. 129-146.

Jäckle, Sebastian (2022), »Per aspera ad astra – Eine politikwissenschaftliche Analyse der Akzeptanz des Gendersterns in der deutschen Bevölkerung auf Basis einer Online-Umfrage«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 63/3, S. 469-497.
Jaeggi, Rahel (2013), *Kritik von Lebensformen*, Berlin: Suhrkamp.
Jäger, Anton (2023), *Hyperpolitik. Extreme Politisierung ohne politische Folgen*, Berlin: Suhrkamp.
Jakobsson, Niklas/Raya Muttarak/Mi Ah Schoyen (2018), »Dividing the Pie in the Eco-Social State: Exploring the Relationship Between Public Support for Environmental and Welfare Policies«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space* 36/2, S. 313-339.
Janky, Béla/Róbert Gál (2007), »Public Opinion on Pension Systems in Europe«, *European Network of Economic Policy Research Institutes Research Report* Nr. 36.
503 Jasper, James (2015), »Playing the Game«, in: Duyvendak, Jan Willem/James Jasper (Hg.), *Players And Arenas: The Interactive Dynamics Of Protest*, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 9-32.
Jensen, Uffa (2017), *Zornpolitik*, Berlin: Suhrkamp.
John, René/Jana Rückert-John/Inka Bormann (2014), *Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2012 einschließlich sozialwissenschaftlicher Analysen*, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.

Jolly, Seth/Ryan Bakker/Liesbet Hooghe/Gary Marks/Jonathan Polk/Jan Rovny/Marco Steenbergen/Milada Anna Vachudova (2022), »Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999-2019«, in: *Electoral Studies* 75, S. 1-8.

Joppke, Christian (2005), *Selecting by Origin: Ethnic Migration in the Liberal State*, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Joppke, Christian (2021), *Neoliberal Nationalism. Immigration and the Rise of the Populist Right*, Cambridge: Cambridge University Press.

Jörke, Dirk/Nils Heisterhagen (2017), »Was die Linken jetzt tun müssen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (26. Januar 2017), S. 9.

Kalkstein, Fiona/Gert Pickel/Johanna Niendorf/Charlotte Höcker/Oliver Decker (2022), »Antifeminismus und Geschlechterdemokratie«, in: Decker, Oliver/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 245-270.

Kalmoe, Nathan P./Lilliana Mason (2022), *Radical American Partisanship. Mapping Violent Hostility, Its Causes and the Consequences for Democracy*, Chicago: Chicago University Press.

Kamann, Matthias (2019), »Die AFD und die ›sogenannte Klimaschutzpolitik‹«, in: *Welt* (28. September 2019), online verfügbar unter: {https://www.welt.de/politik/deutschland/article201093000/CO2-Emissionen-Die-AfD-und-die-sogenannte-Klimaschutzpolitik.html}.

Kaube, Jürgen/André Kieserling (2022), *Die gespaltene Gesellschaft*, Berlin: Rowohlt.

Kaufmann, Franz-Xaver (2003), »Sicherheit: Das Leitbild beherrschbarer Komplexität«, in: Lessenich, Stephan (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse*, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 73-104.

Kaufmann, Katharina (2022) »Das Wissen der Marginalisierten. Der Sinn für Ungerechtigkeit und die soziale Standpunkttheorie«, in:

Soziopolis (15. September 2022), online verfügbar unter: {https://www.soziopolis.de/das-wissen-der-marginalisierten.html}.
Kenny, John/Peter Egge Langsæther (2022), »Environmentalism as an Independent Dimension of Political Preferences«, in: *European Journal of Political Research*, Online First.
504 Kilomba, Grada (2008), *Plantation Memories. Episodes of Everyday Racism*, Münster: Unrast.
Kite, Mary E./Bernard E. Whitley Jr (1996), »Sex Differences in Attitudes Toward Homosexual Persons, Behaviors, and Civil Rights: A Meta-Analysis«, in: *Personality and Social Psychology Bulletin* 22/4, S. 336-353.
Kitschelt, Herbert (1997), *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
Kitschelt, Herbert/Philipp Rehm (2022), »Polarity Reversal: The Socioeconomic Reconfiguration of Partisan Support in Knowledge Societies«, in: *Politics & Society*, Online First.
Klein, Ezra (2020), *Der tiefe Graben. Die Geschichte der gespaltenen Staaten von Amerika*, Hamburg: Hoffmann und Campe.
Klein, Naomi (2015), *This Changes Everything. Capitalism vs. The Climate*, New York: Simon and Schuster.
Kleinhückelkotten, Silke/Hans-Peter Neitzke/Stephanie Moser (2016), *Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen)*, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
Klinenberg, Eric/Malcolm Araos/Liz Koslov (2020), »Sociology and the Climate Crisis«, in: *Annual Review of Sociology* 46, S. 649-669.
Klinger, Cornelia/Gudrun-Axeli Knapp (2007), »Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, ›Rasse‹/Ethnizität«, in: Klinger, Cornelia/Gudrun-Axeli Knapp/Birgit Sauer (Hg.), *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 19-41.

Kluegel, James R./Masaru Miyano (2011), »Justice Beliefs and Support for the Welfare State in Advanced Capitalism«, in: Kluegel, James R./David S. Mason/Bernd Wegener (Hg.), *Social Justice and Political Change*, Berlin: de Gruyter, S. 81-106.
Knowles, Eric/Monica McDermott/Jennifer Richeson (2023), »Varieties of White Working-Class Identity«, in: *Group Processes & Intergroup Relations*, Online First.
Koch, Max/Martin Fritz (2014), »Building the Eco-Social State: Do Welfare Regimes Matter?«, in: *Journal of Social Policy* 43/4, S. 679-703.
Konietzka, Dirk/Yevgeniy Martynovych (2022), »Die These der räumlichen Polarisierung in der neuen Klassengesellschaft. Ein empirischer Beitrag zur sozialen Spaltung von ›Stadt und Land‹«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 74/2, S. 169-202.
Könne, Christian (2018) »Gleichberechtigte Mitmenschen? Homosexuelle und die Bundesrepublik Deutschland«, (7. September 2018), online verfügbar unter: {www.bpb.de/275113}.
Korpi, Walter (1983), *The Democratic Class Struggle*, London: Routledge.
Kováts, Eszter (Hg.) (2023), *Culture Wars in Europe*, Washington DC: Institute for Russian, European and Eurasian Studies, George Washington University.
505 Kraemer, Klaus (2018), »Sehnsucht nach dem nationalen Container. Zur symbolischen Ökonomie des neuen Nationalismus in Europa«, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 46/2, S. 165-187.
Krämer, Benjamin (2017), »Populist Online Practices: The Function of the Internet in Right-Wing Populism«, in: *Information, Communication & Society* 20/9, S. 1293-1309.
Krampen, Günter (1987), »Entwicklung von Kontrollüberzeugungen: Thesen zu Forschungsstand und Perspektiven«, in: *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie* 19/3, S. 195-227.
Kraus, Lisa-Marie/Maurice Crul (2022), »Signalling Inclusion, Increasing Belonging: People Without a Migration Background in Ethnically

Diverse Neighbourhoods«, in: *City, Culture and Society* 30, S. 1-7.
Kreckel, Reinhard (1992), *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Kriesi, Hanspeter (1989), »New Social Movements and the New Class in the Netherlands«, in: *American Journal of Sociology* 94/5, S. 1078-1116.
Kriesi, Hanspeter (1998), »The Transformation of Cleavage Politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture«, in: *European Journal of Political Research* 33/2, S. 165-185.
Kriesi, Hanspeter (2010), »Restructuration of Partisan Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values«, in: *West European Politics* 33/3, S. 673-685.
Kriesi, Hanspeter/Edgar Grande/Martin Dolezal/Marc Helbling/Dominic Höglinger/Swen Hutter/Bruno Wüest (2012), *Political Conflict in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.
Kriesi, Hanspeter/Edgar Grande/Romain Lachat/Martin Dolezal/Simon Bornschier/Timotheos Frey (2006), »Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared«, in: *European Journal of Political Research* 45/6, S. 921-956.
Kriesi, Hanspeter/Edgar Grande/Romain Lachat/Martin Dolezal/Simon Bornschier/Timotheos Frey (2008), *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press
Krotz, Friedrich (2007), *Mediatisierung. Fallstudien zum Wandel von Kommunikation*, Wiesbaden: Springer VS.
Kuhn, David Paul (2020), *The Hardhat Riot: Nixon, New York City, and the Dawn of the White Working-Class Revolution*, Oxford/New York: Oxford University Press.
Kumkar, Nils (2022), *Alternative Fakten: Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung*, Berlin: Suhrkamp.
Küpper, Beate/Ulrich Klocke/Lena-Carlotta Hoffmann (2017), *Einstellungen gegenüber lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen*

in Deutschland. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage, Baden-Baden: Nomos.
Kustov, Alexander (2022), »›Bloom Where You're Planted‹: Explaining Public 506 Opposition to (E)Migration«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 48/5, S. 1113-1132.
Kustov, Alexander (2022), »Do Anti-Immigration Voters Care More? Documenting the Issue Importance Asymmetry of Immigration Attitudes«, in: *British Journal of Political Science* 53/2, S. 796-805.

La Roi, Chaim/Jornt J. Mandemakers (2018), »Acceptance of Homosexuality Through Education? Investigating the Role of Education, Family Background and Individual Characteristics in the United Kingdom«, in: *Social Science Research* 71/1, S. 109-128.
Lagos, Danya (2022), »Has There Been a Transgender Tipping Point? Gender Identification Differences in US Cohorts Born Between 1935 and 2001«, in: *American Journal of Sociology* 128/1, S. 94-143.
Lamb, William F./Giulio Mattioli/Sebastian Levi et al. (2020), »Discourses of Climate Delay«, in: *Global Sustainability* 3/17, S. 1-5.
Lamont, Michèle (1992), *Cultivating Differences: Symbolic Boundaries and the Making of Inequality*, Chicago: University of Chicago Press.
Lamont, Michèle (2018), »Addressing Recognition Gaps: Destigmatization and the Reduction of Inequality«, in: *American Sociological Review* 83/3, S. 419-444
Lamont, Michèle/Stefan Beljean/Matthew Clair (2014), »What Is Missing? Cultural Processes and Causal Pathways to Inequality«, in: *Socio-Economic Review* 12/3, S. 573-608.
Lamont, Michèle/Graziella Moraes Silva et al. (2016), *Getting Respect. Responding to Stigma and Discrimination in the United States, Brazil, and Israel*, Princeton: Princeton University Press.
Lamont, Michèle/Bo Yun Park/Elena Ayala-Hurtado (2017), »Trump's Electoral Speeches and His Appeal to the American White Working Class«, in: *British Journal of Sociology* 68/S 1, S. 153-180.

Lancee, Bram/Sergi Pardos-Prado (2013), »Group Conflict Theory in a Longitudinal Perspective: Analyzing the Dynamic Side of Ethnic Competition«, in: *International Migration Review* 47/1, S. 106-131.
Langsæther, Peter Egge/Rune Stubager (2019), »Old Wine in New Bottles? Reassessing the Effects of Globalisation on Political Preferences in Western Europe«, in: *European Journal of Political Research* 58/4, S. 1213-1233.
Latour, Bruno/Nikolaj Schultz (2022), *Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum*, Berlin: Suhrkamp.
Lawrence, Mathew/Laurie Laybourn-Langton (2021), *Planet on Fire. Manifesto for the Age of Environmental Breakdown*, London: Verso.
Legge, Sandra/Jürgen Mansel (2012), »Ethnische Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, in: Albrecht, Günter/Axel Groenemeyer (Hg.), *Handbuch soziale Probleme*, Wiesbaden: Springer VS, S. 494-548.
507 Lehrieder, Paul/Gudrun Zollner/Sönke Rix et al. (2017), *Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Kai Gehring, Ulle Schauws, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/8874 – Jung, queer, glücklich in die Zukunft – Lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Jugendliche stärken*, Berlin: Deutscher Bundestag.
Lelkes, Yphtach (2018), »Affective Polarization and Ideological Sorting: A Reciprocal, Albeit Weak, Relationship«, in: *The Forum* 16/1, S. 67-79.
Lelkes, Yphtach/Gaurav Sood und Shanto Iyengar (2017), »The Hostile Audience: The Effect of Access to Broadband Internet on Partisan Affect«, in: *American Journal of Political Science* 61/1, S. 5-20.
Lepsius, M. Rainer (1993), *Demokratie in Deutschland: soziologisch-historische Konstellationsanalysen*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Lessenich, Stephan (2019), *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*, Ditzingen: Reclam.
Levendusky, Matthew (2013), *How Partisan Media Polarize America*, Chicago: University of Chicago Press.
Levitz, Eric (2022), »How the Diploma Divide Is Remaking American Politics. Education Is at the Heart of This Country's Many Divisions«, in: *New York Magazine* (19. Oktober 2022), online verfügbar unter: {https://nymag.com/intelligencer/2022/10/education-polarization-diploma-divide-democratic-party-working-class.html}.
Lewis, Gregory B. (2011), »The Friends and Family Plan: Contact With Gays and Support for Gay Rights«, in: *Policy Studies Journal* 39/2, S. 217-238.
Lewis, Gregory B./Risa Palm/Bo Feng (2019), »Cross-National Variation in Determinants of Climate Change Concern«, in: *Environmental Politics* 28/5, S. 793-821.
Lilla, Mark (2018), *The Once and Future Liberal. After Identity Politics*, Oxford: Oxford University Press.
Lindh, Arvid/Leslie McCall (2020), »Class Position and Political Opinion in Rich Democracies«, in: *Annual Review of Sociology* 46/1, S. 419-441.
Lindner, Michael/Robert Dorschel/Antonia Schuster (2022), »Ecology and Class Structure: Greenhouse Gas Emissions of Social Classes in the United Kingdom«, in: *SSRN Pre-Print*, online verfügbar unter: {http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4291462}.
Linos, Katerina/Martin West (2003), »Self-Interest, Social Beliefs, and Attitudes to Redistribution. Re-Addressing the Issue of Cross-National Variation«, in: *European Sociological Review* 19/4, S. 393-409.
Lipset, Seymour Martin (1959), »Democracy and Working-Class Authoritarianism«, in: *American Sociological Review* 24/4, S. 482-501.
Lipset, Seymour Martin (1960), *Political Man*, Garden City: Anchor Books.
Lipset, Seymour Martin (1961), »›Working-Class Authoritarianism‹: A Reply 508 to Miller and Riesman«, in: *The British Journal of Sociology* 12/3, S. 277-281.

Lipset, Seymour Martin/Stein Rokkan (Hg.) (1967), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York/London: Free Press.

Lorenz-Spreen, Philipp/Lisa Oswald/Stephan Lewandowsky/Ralph Hertwig (2023), »A Systematic Review of Worldwide Causal and Correlational Evidence on Digital Media and Democracy«, in: *Nature Human Behaviour* 7/1, S. 74-101.

Losurdo, Domenico (2014), *Liberalism. A Counter-History*, London: Verso.

Lübke, Christiane (2022), »Socioeconomic Roots of Climate Change Denial and Uncertainty Among the European Population«, in: *European Sociological Review* 38/1, S. 153-168.

Lünenborg, Margreth (2023), »Soziale Medien, Emotionen und Affekte«, in: Schmidt, Jan-Hinrik/Monika Taddicken (Hg.), *Handbuch Soziale Medien*, Wiesbaden: Springer VS, S. 233-250.

Lutz, Burkart (1989), *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main/New York: Campus.

Lux, Thomas (2018), »Die AFD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie ›Die Alternative für Deutschland: eine Partei für Modernisierungsverlierer?‹«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/2, S. 255-273.

Lux, Thomas (2022), »Die AFD-Wahlabsicht aus ungleichheitssoziologischer Perspektive«, in: *Soziale Welt* 73/1, S. 67-104.

Lux, Thomas/Fabian Gülzau (2022), »Zunehmende Polarisierung? Die Entwicklung migrationsbezogener Einstellungen in Deutschland von 1996 bis 2016«, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 50/Sonderband 39, S. 158-192.

Lux, Thomas/Steffen Mau (2018), »Zwischen Staatsbedürftigkeit und Marktaffinität. Beeinflussen Wohneigentum und Erbschaften sozialpolitische Präferenzen?«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/1, S. 139-166.

Lux, Thomas/Steffen Mau/Aljoscha Jacobi (2022), »Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32/2, S. 173-212.

Mackert, Jürgen (2013), *Kampf um Zugehörigkeit. Nationale Staatsbürgerschaft als Modus sozialer Schließung*, Wiesbaden: Springer.

Magni, Gabriele/Andrew Reynolds (2021), »Voter Preferences and the Political Underrepresentation of Minority Groups: Lesbian, Gay, and Transgender Candidates in Advanced Democracies«, in: *The Journal of Politics* 83/4, S. 1199-1215.

Mair, Christine A/Feinian Chen/Guangya Liu/Jonathan R. Brauer (2016), 509 »Who in the World Cares? Gender Gaps in Attitudes Toward Support for Older Adults in 20 Nations«, in: *Social Forces* 95/1, S. 411-438.

Maiwald, Kai-Olaf/Sarah Speck (2022), »Die neue Unsichtbarkeit von Ungleichheit. Normative Paradoxien im Geschlechterverhältnis«, in: Honneth, Axel/Kai-Olaf Maiwald/Sarah Speck/Felix Trautmann (Hg.), *Normative Paradoxien: Verkehrungen des gesellschaftlichen Fortschritts*, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 337-366.

Mannheim, Karl (1964), »Das Problem der Generationen«, in: ders./Kurt H. Wolff (Hg.), *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, Berlin: Luchterhand, S. 509-565.

Manow, Philip (2018), *Die Politische Ökonomie des Populismus*, Berlin: Suhrkamp.

Manow, Philip/Hanna Schwander (2022), »Eine differenzierte Erklärung für den Erfolg der AFD in West- und Ostdeutschland«, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Karl-Heinz Reuband (Hg.), *Rechtspopulismus in Deutschland*, Wiesbaden: Springer VS, S. 163-191.

Marguier, Alexander (2021), »Die Sekte der Antidemokraten«, in: *Cicero* (22. Oktober 2021), online verfügbar unter:

{https://www.cicero.de/innenpolitik/klimastreik-fridays-for-future-luisa-neubauer-greta-thunberg-sekte-der-anti-demokraten}.
Martinsen, Dorte Sindbjerg/Gabriel Pons Rotger (2017), »The Fiscal Impact of EU Immigration on the Tax-Financed Welfare State: Testing the ›Welfare Burden‹ Thesis«, in: *European Union Politics* 18/4, S. 620-639.
Marx, Karl (1962 [1867]), *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, Berlin: Dietz.
Marx, Karl/Friedrich Engels (2015 [1848]), *Manifest der kommunistischen Partei*, Berlin: Fischer.
Mason, Lilliana (2016), »A Cross-Cutting Calm: How Social Sorting Drives Affective Polarization«, in: *Public Opinion Quarterly* 80/S 1, S. 351-377.
Mason, Lilliana (2018), »Ideologues Without Issues: The Polarizing Consequences of Ideological Identities«, in: *Public Opinion Quarterly* 82/S 1, S. 866-887.
Mau, Steffen (2003), *The Moral Economy of Welfare States: Britain and Germany Compared*, London: Routledge.
Mau, Steffen (2012), *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?*, Berlin: Suhrkamp.
Mau, Steffen (2015), *Inequality, Marketization and the Majority Class. Why Did the European Middle Classes Accept Neo-Liberalism?*, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
Mau, Steffen (2019), *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
Mau, Steffen (2021), *Sortiermaschinen. Die Neuerfindung der Grenze im 21. Jahrhundert*, München: C.H. Beck.
Mau, Steffen/Heike Brabandt/Lena Laube/Christof Roos (2012), *Liberal States* 510 *and the Freedom of Movement. Selective Borders, Unequal Mobility*, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.
Mau, Steffen/Christoph Burkhardt (2009), »Migration and Welfare State Solidarity in Western Europe«, in: *Journal of European Social Policy*

19/3, S. 213-229.
Mau, Steffen/Jan-Ocko Heuer (2016), »Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum. Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt«, Schriftenreihe *»gute gesellschaft – soziale demokratie #2017plus«*, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
Mau, Steffen/Thomas Lux/Fabian Gülzau (2020), »Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 30/3, S. 317-346.
Maxwell, Rahsaan (2019), »Cosmopolitan Immigration Attitudes in Large European Cities: Contextual or Compositional Effects?«, in: *American Political Science Review* 113/2, S. 456-474.
Maxwell, Rahsaan (2020), »Geographic Divides and Cosmopolitanism: Evidence From Switzerland«, in: *Comparative Political Studies* 53/13, S. 2061-2090.
Mayer-Ahuja, Nicole/Oliver Nachtwey (Hg.) (2021), *Verkannte Leistungsträger:innen: Berichte aus der Klassengesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
Mays, Anja (2012), »Determinanten traditionell-sexistischer Einstellungen in Deutschland – Eine Analyse mit ALLBUS-Daten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64/2, S. 277-302.
Meltzer, Allan H./Scott F. Richard (1981), »A Rational Theory of the Size of Government«, in: *Journal of Political Economy* 89/5, S. 914-927.
Melucci, Alberto (1996), *Challenging Codes. Collective Action in the Information Age*, Cambridge: Cambridge University Press.
Mendívil, Eleonora Roldán/Bafta Sarbo (2022), *Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus*, Berlin: Dietz.
Menshikova, Anastasia/Frank van Tubergen (2022), »What Drives Anti-Immigrant Sentiments Online? A Novel Approach Using Twitter«, in: *European Sociological Review* 38/5, S. 694-706.
Merkel, Wolfgang (2017), »Die populistische Revolte«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen* 157/2, S. 53-56.

Merkel, Wolfgang (2021), »Polarisierung als gesellschaftliche Signatur«, *WZB-Mitteilungen*, online verfügbar unter: {https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen/polarisierung-und-gesellschaft/polarisierung-als-gesellschaftliche-signatur}.

Merkel, Wolfgang/Michael Zürn (2019), »Kosmopolitismus, Kommunitarismus und die Demokratie«, in: Julian, Nida-Rümelin/Detlef Daniels/Nicole Wloka (Hg.), *Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung*, Berlin, Boston: De Gruyter, S. 67-102.

511 Mewes, Jan/Steffen Mau (2012), »Unraveling Working-Class Welfare Chauvinism«, in: Svallfors, Stefan (Hg.), *Contested Welfare States: Welfare Attitudes in Europe and Beyond*, Stanford: Stanford University Press, S. 119-157.

Mewes, Jan/Steffen Mau (2015), »Globalization, Socio-Economic Status and Welfare Chauvinism: European Perspectives on Attitudes Toward the Exclusion of Immigrants«, in: *International Journal of Comparative Sociology* 54/3, S. 228-245.

Mijs, Jonathan J. B. (2021), »The Paradox of Inequality: Income Inequality and Belief in Meritocracy Go Hand in Hand«, in: *Socio-Economic Review* 19/1, S. 7-35.

Mijs, Jonathan J. B./Stijn Daenekindt/Willem de Koster/Jeroen van der Waal (2022), »Belief in Meritocracy Reexamined: Scrutinizing the Role of Subjective Social Mobility«, in: *Social Psychology Quarterly* 85/2, S. 131-141.

Milanović, Branko (2016), *Die ungleiche Welt. Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Berlin: Suhrkamp.

Miller, David (2005), »Immigration: The Case for Limits«, in: Cohen, Andrew I./Christopher Heath Wellman (Hg.), *Contemporary Debates in Applied Ethics*, Malden, MA: Wiley-Blackwell, S. 193-206.

Miller, David (2017), *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung*, Berlin: Suhrkamp.

Moore, Barrington J.R. (1982), *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Moral, Mert/Robin E. Best (2023), »On the Relationship Between Party Polarization and Citizen Polarization«, in: *Party Politics* 29/2, S. 229-247.
Morel, Nathalie/Bruno Palier/Joakim Palme (Hg.) (2011), *Towards a Social Investment Welfare State?: Ideas, Policies and Challenges*, Bristol: Policy Press.
Morgan, Stephen L./Joungjoo Cha (2007), »Rent and the Evolution of Inequality in Late Industrial United States«, in: *American Behavioral Scientist* 50/5, S. 677-701.
Mosimann, Nadja/Jonas Pontusson (2022), »Varieties of Trade Unions and Support for Redistribution«, in: *West European Politics* 45/6, S. 1310-1333.
Mosimann, Nadja/Line Rennwald/Jonas Pontusson (2022), »Preface-Working Class Politics in the 21st Century«, in: *West European Politics* 45/6, S. 1175-1177.
Mouffe, Chantal (2023), *Eine Grüne demokratische Revolution. Linker Populismus und die Kraft der Affekte*, Berlin: Suhrkamp.
Mudde, Cas/Cristóbal Rovira Kaltwasser (2019), *Populismus: Eine sehr kurze Einführung*, Bonn: Dietz.
Mummendey, Amélie/Sabine Otten (2001), »Aversive Discrimination«, in: Brown, Rupert/Samuel L. Gaertner (Hg.), *Blackwell Handbook of Social Psychology: Intergroup Processes*, Malden, MA: Blackwell, S. 112-132.
Müller, Jan-Werner (2016), *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
512 Müller, Walter (1998), »Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50/1, S. 3-46.
Münkler, Herfried (2010), *Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung*, Berlin: Rowohlt.

Murphy, Raymond (1986), »Weberian Closure Theory: A Contribution to the Ongoing Assessment«, in: *The British Journal of Sociology* 37/1, S. 21-41.

Nachtwey, Oliver (2016), *Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.

Nadler, Richard (1999), *The Rise of Worker Capitalism*, Washington, D. C.: Cato Institute Washington.

Nassehi, Armin (2021), *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft*, München: C. H. Beck.

Nationaler Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (Hg.) (2023). *Rassismusforschung I – Theoretische und interdisziplinäre Perspektiven.* Bielefeld: transcript.

Neckel, Sighard (1999), »Blanker Neid, blinde Wut? Sozialstruktur und kollektive Gefühle«, in: *Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 27/2, S. 145-165.

Neckel, Sighard (2018), »Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit«, in: Neckel, Sighard/Natalia Besedovsky/Moritz Boddenberg et al. (Hg.), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umrisse eines Forschungsprogramms*, Bielefeld: transcript, S. 59-76.

Neckel, Sighard (2023), »Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 24/4, S. 47-56.

Neu, Viola/Sabina Pokorny (2021), *Vermessung der Wählerschaften vor der Bundestagswahl 2021*, Monitor Wahl- und Sozialforschung, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.

Neureiter, Michael/Felix Schulte (2022), »A Tale of Two Logics: How Solidarity and Threat Perceptions Shape Immigrant Attitudes Towards Immigration in Western Europe«, in: *West European Politics*, Online First.

Newell, Peter/Dustin Mulvaney (2013), »The Political Economy of the ›Just Transition‹«, in: *The Geographical Journal* 179/2, S. 132-140.

Niedermayer, Oskar (2020), »Parteimitgliedschaften im Jahre 2019, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 51/2, S. 419-448.
Nieswand, Boris (2021), »Konturen einer Moralsoziologie der Migrationsgesellschaft«, in: *Zeitschrift für Migrationsforschung* 1/1, S. 75-95.
Noll, Heinz-Herbert/Stefan Weick (2012), »Nicht einmal jeder Dritte empfindet soziale Unterschiede in Deutschland als gerecht. Analysen zur Entwicklung von Einstellungen zur sozialen Ungleichheit in Deutschland«, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren* 48, S. 6-11.
513 Norris, Pippa/Ronald Inglehart (2019), *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge: Cambridge University Press.
Nussbaum, Martha C. (2014), *Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist*, Berlin: Suhrkamp.

O'Brien, Karen/Elin Selboe/Bronwyn Hayward (2018), »Exploring Youth Activism on Climate Change«, in: *Ecology and Society* 23/3, S. 1-13.
Oesch, Daniel (2006), *Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
Oesch, Daniel (2008), »The Changing Shape of Class Voting: An Individual-Level Analysis of Party Support in Britain, Germany and Switzerland«, in: *European Societies* 10/3, S. 329-355.
Oesch, Daniel/Line Rennwald (2018), »Electoral Competition in Europe's New Tripolar Political Space: Class Voting for the Left, Centre-Right and Radical Right«, in: *European Journal of Political Research* 57/4, S. 783-807.
Offe, Claus (1977), *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit*, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt.
Offe, Claus (1998), »Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Stress der europäischen Integration.«, in: Streeck, Wolfgang (Hg.), *Internationale Wirtschaft, nationale*

Demokratie. Herausforderungen für die Demokratietheorie., Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 99-136.
Offe, Claus (1999), »How Can We Trust Our Fellow Citizens?«, in: Warren, Mark E. (Hg.), *Democracy and Trust*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 42-87.
Offe, Claus (2012), »Democracy in Crisis: Two and a Half Theories About the Operation of Democratic Capitalism«, online verfügbar unter: {https://www.opendemocracy.net/en/democracy-in-crisis-two-and-half-theories-about-operation-of-democratic-capitalism/}.
O'Grady, Tom (2022), »Is Ideological Polarisation by Age Group Growing in Europe?«, in: *European Journal of Political Research*, Online First.
Ohlander, Julianne/Jeanne Batalova/Judith Treas (2005), »Explaining Educational Influences on Attitudes Toward Homosexual Relations«, in: *Social Science Research* 34/4, S. 781-799.
Olzak, Susan (1992), *The Dynamics of Ethnic Competition and Conflict*, Stanford: Stanford University Press.
Osberghaus, Daniel/Thomas Abeling (2022), »Heat Vulnerability and Adaptation of Low-Income Households in Germany«, in: *Global Environmental Change* 72, Online First.
Ott, Konrad (2016), *Zuwanderung und Moral*, Ditzingen: Reclam.
Otto, Adeline/Dimitri Gugushvili (2020), »Eco-Social Divides in Europe: Public Attitudes towards Welfare and Climate Change Policies«, in: *Sustainability* 12/1, S. 1-18.

514 Page, Edward A. (2008), »Distributing the Burdens of Climate Change«, in: *Environmental Politics* 17/4, S. 556-575.
Pakulski, Jan/Malcolm Waters (1996), *The Death of Class*, London: Sage.
Paul, Jens P. (2023): »Trans-Kulturkampf von ARD und ZDF. Frauen wehren sich gegen Hass und Hetze«, in: *Cicero* (22. Januar 2023), online verfügbar unter: {https://www.cicero.de/transsexualitat-ard-zdf-rbb-engelken}.

Piketty, Thomas (1995), »Social Mobility and Redistributive Politics«, in: *The Quarterly Journal of Economics* 110/3, S. 551-584.
Piketty, Thomas (2015), *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München: C. H. Beck.
Piketty, Thomas (2022), *Eine kurze Geschichte der Gleichheit*, München: C. H. Beck.
Ponce, Aaron (2017), »Gender and Anti-Immigrant Attitudes in Europe«, in: *Socius: Sociological Research for a Dynamic World* 3, 1-17.
Poortinga, Wouter/Lorraine Whitmarsh/Linda Steg/Gisela Böhm/Stephen Fisher (2019), »Climate Change Perceptions and Their Individual-Level Determinants: A Cross-European Analysis«, in: *Global Environmental Change* 55, S. 25-35.
Popitz, Heinrich/Hans Paul Bahrdt/Ernst A. Jüres/Hanno Kesting (2018 [1957]), *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*, Wiesbaden: Springer VS.
Pörksen, Bernhard (2018), *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*, München: Carl Hanser Verlag.
Power, Nina (2012), »Winning the Media War: Why There is no Such Thing as a Bad Protester«, in: Campagna, Federico/Emanuele Campiglio (Hg.), *What We Are Fighting For. A Radical Collective Manifesto*, London: Pluto Press, S. 176-181.
Prasad, Monica/Andrew J. Perrin/Kieran Bezila/Steve G. Hoffman/Kate Kindleberger/Kim Manturuk/Ashleigh Smith Powers/Andrew R. Payton (2009), »The Undeserving Rich: ›Moral Values‹ and the White Working Class«, in: *Sociological Forum* 24/2, S. 225-253.

Raijman, Rebeca/Moshe Semyonov/Peter Schmidt (2003), »Do Foreigners Deserve Rights? Determinants of Public Views Towards Foreigners in Germany and Israel«, in: *European Sociological Review* 19/4, S. 379-392.
Raja, Sheela/Joe Stokes (1998), »Assessing Attitudes Toward Lesbians and Gay Men: The Modern Homophobia Scale«, in: *International Journal of Sexuality and Gender Studies* 3/2, S. 113-134.

Ranft, Florian (2022), *Strukturschwach & Erfahrungsstark. Zur Bedeutung regionaler Perspektiven für die Große Transformation*, Berlin: Das Progressive Zentrum.
Rathgeb, Philip (2021), »Makers Against Takers: The Socio-Economic Ideology and Policy of the Austrian Freedom Party«, in: *West European Politics* 44/3, S. 635-660.
515 Rawling, Craig M. (2022), »Becoming an Ideologue: Social Sorting and the Microfoundations of Polarization«, in: *Sociological Science* 9/13, S. 313-345.
Reckwitz, Andreas (2017), *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
Reckwitz, Andreas (2019), *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin: Suhrkamp.
Reeskens, Tim/Wim van Oorschot (2012), »Disentangling the ›New Liberal Dilemma‹: On the Relation Between General Welfare Redistribution Preferences and Welfare Chauvinism«, in: *International Journal of Comparative Sociology* 53/2, S. 120-139.
Reitz, Tilman/Dirk Jörke (2021), »The Reshaping of Political Representation in Post-growth Capitalism: A Paradigmatic Analysis of Green and Right-Wing Populist Parties«, in: *Anthropological Theory* 21/3, S. 287-314.
Rhodes, Samuel C. (2022), »Filter Bubbles, Echo Chambers, and Fake News: How Social Media Conditions Individuals to Be Less Critical of Political Misinformation«, in: *Political Communication* 39/1, S. 1-22.
Riebe, Frauke/Jan Marquardt (2022), »Klimawandel & Wahlentscheidung 2021- eine Frage des Alters?«, in: *easy_social_sciences* 67, S. 39-48.
Roberts, J. Timmons/Bradley C. Parks (2006), *A Climate of Injustice. Global Inequality, North-South Politics, and Climate Policy*, Cambridge, MA: MIT Press.
Robertson, Claire E./Nicolas Pröllochs/Kaoru Schwarzenegger/Philip Pärnamets/Jay J. Van Bavel/Stefan Feuerriegel (2023), »Negativity

Drives Online News Consumption«, in: *Nature Human Behaviour* 7/5, S. 812-822.
Robin, Corey (2018), *Der reaktionäre Geist. Von den Anfängen bis Donald*, Berlin: Ch. Links Verlag.
Roccas, Sonia/Marilynn Brewer (2002), »Social Identity Complexity«, in: *Personality and Social Psychology Review* 6/2, S. 88-106.
Rockström, Johan/Will Steffen/Kevin Noone/Åsa Persson/F. Stuart Chapin III/Eric Lambin/Timothy M. Lenton/Marten Scheffer/Carl Folke/Hans Joachim Schellnhuber/Björn Nykvist/Cynthia A. de Wit/Terry Hughes/Sander van der Leeuw/Henning Rodhe/Sverker Sörlin/Peter K. Snyder/Robert Costanza/Uno Svedin/Malin Falkenmark/Louise Karlberg/Robert W. Corell/Victoria J. Fabry/James Hansen/Brian Walker/Diana Liverman/Katherine Richardson/Paul Crutzen/Jonathan Foley (2009), »Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity«, in: *Ecology and Society* 14/3, S. 32-65.
Röder, Antje (2015), »Immigrants' Attitudes Toward Homosexuality: Socialization, Religion, and Acculturation in European Host Societies«, in: *International Migration Review* 49/4, S. 1042-1070.
Röder, Antje/Niels Spierings (2022), »What Shapes Attitudes Toward Homosexuality Among European Muslims? The Role of Religiosity and Destination Hostility«, in: *International Migration Review* 56/2, S. 533-561.
516 Rogowski, Jon C./Joseph L. Sutherland (2016), »How Ideology Fuels Affective Polarization«, in: *Political Behavior* 38/2, S. 485-508.
Rokkan, Stein (2000), *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Roose, Jochen (2021), *Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft*, Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
Rosa, Hartmut (2016), *Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung*, Berlin: Suhrkamp.

Rosanvallon, Pierre (2013), *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg: Hamburger Edition.
Rose, Richard/Ian McAllister (1986), *Voters Begin to Choose: From Closed-Class to Open Elections in Britain*, New York: Sage.
Rosenberg, Benjamin D./Jason T. Siegel (2021), »A 50-Year Review of Psychological Reactance Theory: Do Not Read This Article«, in: *Motivation Science* 4/4, S. 281-300.
Rothstein, Bo (1998), *Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State*, Cambridge: Cambridge University Press.
Rovny, Jan/Jonathan Polk (2019), »New Wine in Old Bottles: Explaining the Dimensional Structure of European Party Systems«, in: *Party Politics* 25/1, S. 12-24.
Ruedin, Didier (2021), »An Introduction to the R Package Agrmt«, online verfügbar unter: {https://cran.ms.unimelb.edu.au/web/packages/agrmt/vignettes/agrmt.pdf}.

Sachweh, Patrick (2010), *Deutungsmuster sozialer Ungleichheit. Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Sachweh, Patrick (2012), »The Moral Economy of Inequality: Popular Views on Income Differentiation, Poverty and Wealth«, in: *Socio-Economic Review* 10/3, S. 419-445.
Sachweh, Patrick/Sarah Lenz (2018), »›Maß und Mitte‹ – Symbolische Grenzziehungen in der unteren Mittelschicht«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70/3, S. 361-389.
Salheiser, Axel/Christoph Richter/Matthias Quent (2022), »Von der ›Corona-Diktatur‹ zur ›Klima-Diktatur‹? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung«, *FGZ Working Papers* Nr. 5, Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

Sandel, Michael J. (2020), *Vom Ende des Gemeinwohls. Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratie zerreißt*, Frankfurt am Main: Fischer.
Sass, Katharina/Stein Kuhnle (2023), »The Gender Cleavage: Updating Rokkanian Theory for the Twenty-First Century«, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 30/1, S. 188-210.
517 Savage, Mike (2000), *Class Analysis and Social Transformation*, Buckingham: Open University Press.
Savage, Mike (2021), *The Return of Inequality. Social Change and the Weight of the Past*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
Schäfer, Armin (2015), *Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Schäfer, Armin/Michael Zürn (2021), *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*, Berlin: Suhrkamp 2021.
Schaible, Jonas (2023), *Demokratie im Feuer. Warum wir die Freiheit nur bewahren, wenn wir das Klima retten – und umgekehrt*, München: DVA.
Scheepers, Peer/Mérove Gijsberts/Marcel Coenders (2002), »Ethnic Exclusionism in European Countries. Public Opposition to Civil Rights for Legal Migrants as a Response to Perceived Ethnic Threat«, in: *European Sociological Review* 18/1, S. 17-34.
Schelsky, Helmut (1953), *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Dortmund: Ardey Verlag.
Schelsky, Helmut (1955), *Soziologie der Sexualität. Über die Beziehungen zwischen Geschlecht, Moral und Gesellschaft*, Hamburg: Rowohlt.
Scheve, Kenneth F./Matthew J. Slaughter (2001), »Labor-Market Competition and Individual Preferences Over Immigration Policy«, in: *Review of Economics and Statistics* 83/1, S. 133-145.
Schimank, Uwe/Steffen Mau/Olaf Groh-Samberg (2014), *Statusarbeit unter Druck? Zur Lebensführung der Mittelschichten*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Schipperges, Michael (2020), *Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019. Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen*, Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
Schlich, Elmar (2019), »Zur Bedeutung der Privathaushalte für die CO_2-Emission Deutschlands«, in: *Hauswirtschaft und Wissenschaft* 67, S. 1-9.
Schmalz, Stefan/Sarah Hinz/Ingo Singe/Anne Hasenohr (2021), *Abgehängt im Aufschwung. Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Schmidt, Katja (2022), »Eine migrationsfreundliche Gesellschaft durch Generationenwandel? Kohortenanalysen für Ost- und Westdeutschland«, in: *Soziale Welt* 73/4, S. 639-679.
Schmidt, Klaus M. (2000), »The Political Economy of Mass Privatization and the Risk of Expropriation«, in: *European Economic Review* 44/2, S. 393-421.
Schuster, Antonia/Ilona M. Otto (2022), »Understanding Socio-Metabolic Inequalities Using Consumption Data From Germany«, in: *Capitalism Nature Socialism*, Online First.
Schwinn, Thomas (2008), »Nationale und globale Ungleichheit«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 18/1, S. 8-31.
Semyonov, Moshe/Rebeca Raijman/Anastasia Gorodzeisky (2006), »The Rise of Anti-Foreigner Sentiment in European Societies, 1988-2000«, in: *American Sociological Review* 71/3, S. 426-449.
Shachar, Ayelet (2009), *The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
Shachar, Ayelet (2016), »Selecting by Merit. The Brave New World of Stratified Mobility«, in: Sarah Fine, Lea Ypi (Hg.), *Migration in Political Theory: The Ethics of Movement and Membership*, Oxford: Oxford University Press, S. 175-202.
Shweder, Richard (1991), *Thinking Through Cultures: Expeditions in Cultural Psychology*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
Siegrist, Johannes/Ursula M. Staudinger (Hg.) (2019), »Gesundheitliche Ungleichheit im Lebensverlauf: Neue Forschungsergebnisse für

Deutschland und ihre Bedeutung für die Prävention«, *Leopoldina-Forum* Nr. 2, Halle/Saale: Nationale Akademie der Wissenschaften.
Simmel, Georg (1890), *Über sociale Differenzierung. Soziologische und psychologische Untersuchungen*, Leipzig: Duncker & Humblot.
Simmel, Georg (1908), *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Berlin: Duncker & Humblot.
Simmel, Georg (1992 [1908]), »Der Streit«, in: ders., *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, herausgegeben von Otthein Rammstedt, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 285-382.
Simmel, Georg (1995 [1901]), »Die beiden Formen des Individualismus«, in: ders., *Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908*, Bd. 1, herausgegeben von Rüdiger Kramme, Angela Rammstedt und Otthein Rammstedt, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 49-56.
Skeggs, Beverley (1997), *Formations of Class and Gender. Becoming Respectable*, London: Sage.
Skott, Peter/Frederick Guy (2007), »A Model of Power-Biased Technological Change«, in: *Economic Letters* 95/1, S. 124-131.
Skoufias, Emmanuel/Mariano Rabassa/Sergio Olivieri (2011), »The Poverty Impacts of Climate Change: A Review of the Evidence«, in: *World Bank Policy Research Working Paper* 5622, S. 1-37.
Soehl, Thomas (2017), »From Origins to Destinations: Acculturation Trajectories in Migrants' Attitudes Towards Homosexuality«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 43/11, S. 1831-1853.
Solga, Heike (2005), »Meritokratie – die moderne Legitimation ungleicher Bildungschancen«, in: Berger, Peter A./Heike Kahlert (Hg.), *Institutionalisierte Ungleichheiten: Wie das Bildungswesen Chancen blockiert*, Weinheim/München: Juventa, S. 19-38.
Speck, Sarah (2018), »Autonomie, Authentizität, Arbeitsteilung – Paradoxien der Gleichheit in modernen Geschlechterarrangements«, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 1/2018, S. 21-44.
519 Spoon, Jae-Jae/Heike Klüver (2015), »Voter Polarisation and Party Responsiveness: Why Parties Emphasise Divided Issues, but Remain

Silent on Unified Issues«, in: *European Journal of Political Research* 54/2, S. 343-362.
Staab, Philipp (2022), *Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
Stallybrass, Peter/Allon White (1986), *The Politics and Poetics of Transgression*, Cornell: Cornell University Press.
Stefanowitsch, Anatol (2018), *Eine Frage der Moral. Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*, Berlin: Dudenverlag.
Steffen, Will/Johan Rockström/Katherine Richardson et al. (2018), »Trajectories of the Earth System in the Anthropocene«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115/33, S. 8252-8259.
Steinberg, Marc W. (1994), »The Dialogue of Struggle: The Contest Over Ideological Boundaries in the Case of London Silk Weavers in the Early Nineteenth Century«, in: *Social Science History* 18/4, S. 505-542.
Steiner, Nils D./Lucca Hoffeller/Yanick Gutheil/Tobias Wiesenfeldt (2023), »Class Voting for Radical-Left Parties in Western Europe: The Libertarian Versus Authoritarian Class Trade-off«, in: *Party Politics*, Online First.
Stoetzer, Lukas F./Johannes Giesecke/Heike Klüver (2023), »How Does Income Inequality Affect the Support for Populist Parties?«, in: *Journal of European Public Policy* 30/1, S. 1-20.
Streeck, Wolfgang (1987), »Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39/3, S. 471-495.
Streeck, Wolfgang (2010), *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*, Oxford: Oxford University Press.
Streeck, Wolfgang (2017), »Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus«, in: Geiselberger, Heinrich (Hg.), *Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin: Suhrkamp, S. 253-274.
Stroppe, Anne-Kathrin/Nils Jungmann (2022), »Stadt, Land, Wahl: Welchen Einfluss hat der Wohnort auf die Wahlentscheidung bei der

Bundestagswahl 2021?«, in: *easy_social_sciences* 67, S. 49-60.
Stubager, Rune (2009), »Education-Based Group Identity and Consciousness in the Authoritarian-Libertarian Value Conflict«, in: *European Journal of Political Research* 48/2, S. 204-233.
Svallfors, Stefan (2006), *The Moral Economy of Class. Class and Attitudes in Comparative Perspective*, Stanford: Stanford University Press.
Swim, Janet K./Rosemary Aviste/Michael L. Lengieza/Carlie J. Fasano (2022), »OK Boomer: A Decade of Generational Differences in Feelings About Climate Change«, in: *Global Environmental Change* 73, Artikel Nr. 102479.

520 Táíwò, Olúfẹ́mi O. (2022), *Elite Capture: How the Powerful Took Over Identity Politics (And Everything Else)*, Chicago: Haymarket Books.
Task Force FGZ-Datenzentrum (2022), *Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland*, Bremen: SOCIUM, Forschungszentrum gesellschaftlicher Zusammenhalt.
Tate, Eric/Asif Rahman/Christopher T. Emrich/Christopher C. Sampson (2021), »Flood Exposure and Social Vulnerability in the United States«, in: *Natural Hazards* 106/9, S. 435-457.
Taylor, Charles (2009 [1992]), *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
Taylor, Charlotte (2021), »Metaphors of Migration Over Time«, in: *Discourse & Society* 32/4, S. 463-481.
Taylor, Keeanga-Yamahtta (2017), *How We Get Free. Black Feminism and the Combahee River Collective*, Chicago: Haymarket Books.
Teney, Céline/Giuseppe Pietrantuono/Katja Möhring (2022), »Who Supports Whom? Citizens' Support for Affirmative Action Policies in Recruitment Processes Toward Four Underrepresented Groups«, in: *Journal of European Public Policy*, S. 1-22, Online First.
Teney, Céline/Li Kathrin K. Rupieper (2023), »A New Social Conflict on Globalisation-Related Issues in Germany? A Longitudinal Perspective«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Online First.

Thompson, Edward P. (1971), »The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century«, in: *Past & Present* 50/1, S. 76-136.
Tilly, Charles (1977), *From Mobilization to Revolution*, Ann Arbor: University of Michigan.
Tilly, Charles (1998), *Durable Inequality*, Berkeley/Los Angeles: University of California Press.
Törnberg, Petter (2022), »How Digital Media Drive Affective Polarization Through Partisan Sorting«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 119/42, S. 1-11.
Törnberg, Petter/Claes Andersson/Kristian Lindgren/Sven Banisch (2021), »Modeling the Emergence of Affective Polarization in the Social Media Society«, in: *PLOS ONE* 16/10, S. 1-17.
Torpey, John C. (2000), *The Invention of the Passport: Surveillance, Citizenship and the State*, Cambridge: Cambridge University Press.
Trump, Kris-Stella (2018), »Income Inequality Influences Perceptions of Legitimate Income Differences«, in: *British Journal of Political Science* 48/4, S. 929-952.
Trump, Kris-Stella (2023), »Income Inequality Is Unrelated to Perceived Inequality and Support for Redistribution«, in: *Social Science Quarterly* 104/2, S. 180-188.

Van Aelst, Peter/Jesper Strömbäck/Toril Aalberg et al. (2017), »Political Communication in a High-Choice Media Environment: A Challenge for Democracy?«, in: *Annals of the International Communication Association* 41/1, S. 3-27.
Van der Eijk, Cees (2001), »Measuring Agreement in Ordered Rating Scales«, in: *Quality & Quantity* 35/3, S. 325-341.
Van der Waal, Jeroen/Peter Achterberg/Dick Houtman (2007), »Class Is Not Dead–It Has Been Buried Alive: Class Voting and Cultural Voting in Postwar Western Societies (1956-1990)«, in: *Politics & Society* 35/3, S. 403-426.
Van der Waal, Jeroen/Peter Achterberg/Dick Houtman et al. (2010), »›Some Are More Equal Than Others‹: Economic Egalitarianism and

Welfare Chauvinism in the Netherlands«, in: *Journal of European Social Policy* 20/4, S. 350-363.
Van Dyk, Silke (2019), »Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus«, in: *APUZ Aus Politik und Zeitgeschichte* 69/9-11, S. 25-32.
Van Oorschot, Wim (2006), »Making the Difference in Social Europe: Deservingness Perceptions Among Citizens of European Welfare States«, in: *Journal of European Social Policy* 16/1, S. 23-42.
Van Oorschot, Wim/Femke Roosma/Bart Meuleman/Tim Reeskens (2017), *The Social Legitimacy of Targeted Welfare: Attitudes to Welfare Deservingness*, Cheltenham: Edward Elgar Publishing.
Vestin, Erik (2019), *The Decline of Class Voting in Sweden: Reconsiderations, Explanations and the Role of the New Middle Class*, Dissertation, Gothenburg: University of Gothenburg.
Vogel, Berthold (2009), *Wohlstandskonflikte: Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen*, Hamburg: Hamburger Edition.
Von Redecker, Eva (2020), »Ownership's Shadow: Neoauthoritarianism as Defense of Phantom Possession«, in: *Critical Times* 3/1, S. 33-67.

Wackernagel, Mathis/William Rees (2013), *Unser ökologischer Fußabdruck: Wie der Mensch Einfluß auf die Umwelt nimmt*, Basel: Springer VS.
Wagenknecht, Sahra (2021), *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Walzer, Michael (1992), *Sphären der Gerechtigkeit*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
WDR (2023), »WDR-Studie: So gendern die Deutschen«, online verfügbar unter {https://www1.wdr.de/nachrichten/gender-umfrage-infratest-dimap-100.html}
Weber, Max (1920), *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Weber, Max (1972 [1922]), *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*, Tübingen: Mohr Siebeck.
Webster, Steven W./Elizabeth C. Connors/Betsy Sinclair (2022), »The Social Consequences of Political Anger«, in: *The Journal of Politics* 84/3, S. 1292-1305.
Weckroth, Mikko/Sanna Ala-Mantila (2022), »Socioeconomic Geography of Climate Change Views in Europe«, in: *Global Environmental Change* 72/1, S. 1-10.
Weeks, Jeffrey (2017), *Sex, Politics and Society. The Regulation of Sexuality Since 1800*, London: Routledge.
Weiß, Anja (2012), *Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit*, Wiesbaden: Springer VS.
Weiß, Anja (2017), *Soziologie globaler Ungleichheiten*, Berlin: Suhrkamp.
Weisskircher, Manès (2022), »Politik auf der Straße? Zum Forschungsstand zu sozialen Bewegungen, Protest und Zivilgesellschaft«, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 16/3, S. 581-598.
Weko, Silvia (2022), »Communitarians, Cosmopolitans, and Climate Change: Why Identity Matters for EU Climate and Energy Policy«, in: *Journal of European Public Policy* 29/7, S. 1072-1091.
Westheuser, Linus (2022), »This Is Not America: Politische Polarisierung in Deutschland als Schimäre«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 35/2, S. 421-434.
Westheuser, Linus/Donatella della Porta (2022), »Class Without Consciousness. The Politics of Demobilized Class Societies«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32/2, S. 165-172.
Whitley, Bernard E./Mary E. Kite (1995), »Sex Differences in Attitudes Toward Homosexuality: A Comment on Oliver and Hyde (1993)«, in: *Psychological Bulletin* 117/1, S. 146-154.
Wille, Anchrit/Mark Bovens (2017), »Education as a Cleavage«, in: Wille, Anchrit/Mark Bovens, *Diploma Democracy: The Rise of Political Meritocracy*, Oxford: Oxford University Press.

Williams, Joan (2017), *White Working Class: Overcoming Class Cluelessness in America*, Boston, MA: Harvard Business Review Press.
Wright, Erik Olin (1997), *Class Counts: Comparative Studies in Class Analysis*, Cambridge: Cambridge University Press.
Wurthmann, L. Constantin (2023), »The German Transgender Self-Determination Law: Explanatory Factors for Support Within the Population«, in: *European Journal of Politics and Gender*, S. 1-5, Online First.
WWF (2020), *Living Planet Report 2020. Bending the Curve of Biodiversity Loss*, Gland: WWF.

Yuval-Davis, Nira (2006), »Intersectionality and Feminist Politics«, in: *European Journal of Women's Studies* 13/3, S. 193-209.

Zapf, Wolfgang (1983), »Die Pluralisierung der Lebensstile: Neue Muster des Lebens und Familienzyklus, Alte und neue Linien der sozialen Schichtung«, in: 523 *Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklung, Bericht im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg*, Stuttgart: Landesregierung von Baden-Württemberg.
Zick, Andreas/Beate Küpper/Daniela Krause (2016), *Gespaltene Mitte–Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn: Dietz.
Zinn, Alexander (2018), *»Aus dem Volkskörper entfernt«? Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
Zollinger, Delia (2022), »Cleavage Identities in Voters' Own Words: Harnessing Open-Ended Survey Responses«, in: *American Journal of Political Science*, Online First.

524 Anhang

Wortlaut der Survey-Items (kursivierte Items wurden in den Einstellungsindex der jeweiligen Arena einbezogen)

Oben-Unten-Ungleichheiten

- *Die Einkommens- und Vermögensunterschiede in Deutschland sind zu groß.*
- In unserer heutigen Gesellschaft gibt es nicht genügend Respekt für einfache Menschen, die ehrlich und hart arbeiten.
- Jeder ist seines Glückes Schmied. Ob man im Leben etwas erreicht, hängt vor allem davon ab, wie sehr man sich anstrengt.
- *Die Hartz-IV-Sätze sollten deutlich erhöht werden.*
- Langzeitarbeitslose, die Hartz-IV bekommen, sollten dazu verpflichtet werden, gemeinnützige Arbeit zu leisten.
- Armut ist in erster Linie eine Frage der Motivation und Leistungsbereitschaft und lässt sich nicht allein mit Geld bekämpfen.
- *Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede mehr als bislang zu verringern.*
- *Eine Erhöhung der Erbschaftssteuer für große Erbschaften ist sinnvoll, um die sozialen Ungleichheiten in Deutschland zu verringern.*
- Wenn die staatlichen Mittel knapp sind, dann ist es wichtiger, viel ins Bildungssystem zu investieren statt in die Unterstützung von Arbeitslosen.

Innen-Außen-Ungleichheiten

- *Heutzutage gibt es in Deutschland zu viele Migranten.*
- Nur Migranten, die sich anstrengen und integrieren, sollten die gleichen Rechte bekommen wie Einheimische.

- Wenn heutzutage behauptet wird, dass Migranten häufig Straftaten begehen, dann steckt dahinter oft Ausländerfeindlichkeit.[525]
- *Es ist gut für die deutsche Wirtschaft, wenn Migranten hierherkommen.*
- *Es ist bereichernd für das kulturelle Leben in Deutschland, wenn Migranten hierherkommen.*
- *Den Einheimischen kommt zu wenig zu Gute, weil zu viel für Migranten ausgegeben wird.*
- *Durch die vielen Migranten hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.*
- *Bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem arabischen und afrikanischen Raum sollte es eine Obergrenze geben.*
- *Bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine sollte es eine Obergrenze geben.*

Wie-Sie-Ungleichheiten

- *Homosexuelle werden heutzutage in Deutschland immer noch diskriminiert und benachteiligt.*
- *Es ist gut, dass Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern erlaubt sind.*
- *Schwule und lesbische Paare sollten die gleichen Rechte haben, Kinder zu adoptieren, wie Paare, die aus Mann und Frau bestehen.*
- *Um Vorurteile gegenüber Homosexuellen abzubauen, sollten in Schulmaterialien wie z.B. Büchern, Filmen oder Aufgaben auch homosexuelle Personen vorkommen.*
- Personen, die ihr Geschlecht geändert haben, sollten als normal anerkannt werden.
- *In Deutschland übertreiben es viele mit ihrer Toleranz gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender-Personen.*
- Eine gendergerechte Sprache, bei der alle Geschlechter eingeschlossen sind, ist ein wichtiger Beitrag für die Gleichstellung.
- Es sollte Geschlechterquoten bei Stellenbesetzungen geben, selbst wenn das bedeutet, dass Männer manchmal das Nachsehen haben.

- Die aktuellen Sexismus-Diskussionen, bei denen das Verhalten von Männern gegenüber Frauen kritisiert wird, finde ich übertrieben. [526]
- Menschen mit schwarzer Hautfarbe werden in Deutschland heutzutage in vielen Lebensbereichen diskriminiert.
- Das Thema Rassismus nimmt in den Medien zu viel Raum ein.
- Manche meinen, man müsse Straßen umbenennen, weil ihre Namen etwas mit Rassismus zu tun haben. Das halte ich für übertrieben.

Heute-Morgen-Ungleichheiten

- *Ich bin sehr besorgt über den Klimawandel.*
- *Die ständige Forderung, umweltbewusst zu leben, empfinde ich als Zumutung.*
- *Für den Klimaschutz sollten deutlich mehr Windräder aufgestellt werden, selbst wenn das in der Nähe von Ortschaften geschehen muss.*
- *Mit zunehmendem technologischem Fortschritt werden wir auch den Klimawandel bewältigen, ohne dass wir unser Leben groß ändern müssen.*
- *Wir riskieren unseren gesamten wirtschaftlichen Wohlstand, wenn wir jetzt wegen des Klimawandels alles auf den Prüfstand stellen.*
- *Deutschland hat schon viel für den Klimaschutz getan. Bevor wir jetzt weiter unser Leben umstellen, sollten erst mal andere Länder nachziehen.*
- Es wäre nur gerecht, wenn die, die viel haben, am meisten zur Bewältigung der Klimakrise beitragen müssten.
- Eine umweltschonende Lebensweise wird vor allem von jenen Leuten gefordert, die sich die teuren Bio-Produkte auch leisten können. Auf einfache Leute wird dabei zu wenig geachtet. [527]

Onlineanhang

Onlineanhang zu Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft

In diesem Anhang liefern wir Informationen für Leserinnen und Leser, die genauer wissen wollen, wie wir in unserer Studie vorgegangen sind. Wir beschreiben unsere Daten (Anhang A) und zeigen die Schlagzeilen, die wir den Fokusgruppenteilnehmerinnen und -teilnehmern vorgelegt haben (Anhang B). Darüber hinaus berichten wir die Ergebnisse unserer Faktorenanalyse, mit der wir ermittelt haben, wie sich unsere Items empirisch gruppieren lassen, und geben Hinweise zur Berechnung der Einstellungsindizes (Anhang C).

Anhang A: Datenbeschreibung

A1 Eigene Daten

Der Survey »Ungleichheit und Konflikt«, unsere quantitative Erhebung, ist eine bevölkerungsrepräsentative Umfrage, bei der zwischen Mai und Juli 2022 bundesweit 2530 Personen im Alter ab 16 Jahren telefonisch zu ihren Einstellungen, Parteipräferenzen und Lebensumständen befragt wurden. Zusätzlich wurden umfangreiche soziodemografische Informationen erhoben. Die Befragung erfolgte in deutscher Sprache, so dass nur deutschsprachige Personen teilnehmen konnten. Zur Messung der Einstellungen wurden den Befragten zu jeder Arena eine Reihe von Aussagen – sogenannte Items – vorgelesen, zu denen sie ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer fünfstufigen Skala zum Ausdruck bringen konnten (»stimme voll und ganz zu«, »stimme eher zu«, »teils/teils«, »stimme eher nicht zu«, »stimme überhaupt nicht zu«). Eine Reihe dieser Aussagen wurde aus bereits existierenden Umfragen übernommen. Um auch besonders aktuelle und kontroverse Themen einzubeziehen, haben wir zudem eigene Aussagen entwickelt, die sich an gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten orientieren. Bei der Auswahl und Formulierung der Items wurde darauf geachtet, dass sie sehr unterschiedliche Aspekte innerhalb der Arenen abdecken, etwa *Ressourcenkonkurrenz* (beispielsweise: »Den Einheimischen kommt zu wenig zugute, weil zu viel für Migranten ausgegeben wird«), *Identitätsbedrohung* (»Durch die vielen Migranten hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land«), *Maßnahmenzweifel* (»Eine gendergerechte Sprache, bei der alle Geschlechter eingeschlossen sind, ist ein wichtiger Beitrag für die Gleichstellung«), *moralische Ökonomien* (»Langzeitarbeitslose, die Hartz-IV bekommen, sollten dazu verpflichtet werden, gemeinnützige Arbeit zu leisten«) oder *symbolpolitische Chiffren* (»Wenn heutzutage behauptet wird, dass Ausländer häufig Straftaten begehen, dann steckt dahinter oft Ausländerfeindlichkeit«).

Die Interviews hatten eine durchschnittliche Dauer von ca. 30 Minuten und basierten auf einer nach Mobil- und Festnetztelefonen geschichteten Zufallsauswahl (Dual-Frame-Design). Zum Ausgleich von Designeffekten (unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten aufgrund der Haushaltsgröße) und zur besseren Anpassung an die aus den offiziellen Statistiken bekannte Verteilungen soziodemografischer Merkmale (etwa Geschlecht, Alter, Bundesland und Bildung) wurden, wie in der empirischen Sozialforschung üblich, Anpassungsgewichte entwickelt, die in unseren Analysen zur Anwendung kamen. Mit der Datenerhebung und der Berechnung der Gewichte wurde das Forschungsinstitut *infas – Institut für angewandte Sozialwissenschaft* beauftragt. Ein Methodenbericht kann auf Nachfrage von den Autoren bezogen werden.

Die moderierten Gruppendiskussionen, oder *Fokusgruppen*, aus denen wir das qualitative Datenmaterial für unsere Studie gewannen, fanden im November 2021 in Berlin und im Mai 2022 in Essen statt. Mit der Rekrutierung und Durchführung der Diskussionsgruppen wurde das Markt- und Sozialforschungsinstitut *Ipsos* beauftragt. Wie unten genauer dokumentiert, diskutierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer hier, von ein bis zwei professionellen Moderatorinnen unterstützt, strittige gesellschaftspolitische Themen. In beiden Regionen führten wir je drei Diskussionsgruppen durch, deren Teilnehmende anhand jeweils unterschiedlicher Kriterien ausgewählt wurden: Die erste bestand aus sechs Angehörigen der Unterschicht, also Menschen mit einem personengewichteten Haushaltseinkommen von weniger als 75 Prozent des Medians sowie maximal Realschulabschluss. Die zweite bestand aus sechs Angehörigen der oberen Mittelschicht, also Menschen, die über einen akademischen Abschluss (mindestens BA) sowie ein Einkommen verfügten, das höher als 150 Prozent des Medians betrug. Eine dritte Diskussionsgruppe wurde in beiden Regionen mit Personen besetzt, die in einem standardisierten Auswahlgespräch jeweils gegensätzliche Einstellungen vertreten hatten. In dieser sogenannten Krisis-Gruppe trafen drei Personen mit konservativen Haltungen, drei mit progressiven Haltungen und drei Personen mit unentschiedenen, mittigen oder indifferenten Haltungen aufeinander. Fragen, anhand derer diese Haltungen bestimmt wurden, betrafen den Zuzug von Flüchtlingen, Rechte sexueller Minderheiten und Umverteilungsthemen. In allen drei Gruppen wurden die Diskussionsteilnehmer sowohl aus den Städten Berlin oder Essen als auch aus der ländlichen und vorstädtischen Umgebung rekrutiert. Es wurde zudem auf ein möglichst ausgewogenes Verhältnis von Alter und Geschlecht (in Berlin und Umgebung auch auf ein ausgewogenes Verhältnis von Ost- und West-Sozialisation) geachtet. Eine anonymisierte Liste der Beteiligten ist unten aufgeführt (Tabelle A1).

Die Gruppendiskussionen dauerten jeweils zwischen 120 und 180 Minuten und waren immer gleich strukturiert: Zuerst ging es um die Wahrnehmung drängender Probleme in Deutschland, die offen abgefragt und kurz diskutiert wurden. Dann überführten Moderator oder Moderatorin die Unterhaltung auf das Terrain gesellschaftlicher Konflikte, indem sie fragten, welche Probleme und Fragen »man an manchen Orten vielleicht besser nicht anspricht, weil sie nur für hitzige Diskussionen sorgen«. Es folgte der Hauptteil der Erhebung, in dem es darum ging, wie sich die Teilnehmer in den Konflikten unserer vier Ungleichheitsarenen positionieren, mit welchen Argumenten sie ihre Positionen begründen und Gegenpositionen kritisieren. Als Diskussionsprompt dienten hier aktuelle Zeitungsschlagzeilen zu kontroversen Themen, die von den Teilnehmenden aus einem Pool von Überschriften ausgewählt und anschließend in der Gruppe besprochen wurden. Diese Schlagzeilen sind unten abgebildet (Anhang B). Den Abschluss der Diskussion bildete eine Debatte um die Priorisierung der vier Ungleichheitsfelder. Hier konnten die Beteiligten mithilfe von Klebepunkten an einem Aufstellboard angeben, welche der vier Konfliktarenen derzeit eher zu viel oder im Gegenteil eher zu wenig Aufmerksamkeit erhalte. Um die qualitativen Befunde der Diskussionsgruppen mit den generalisierenden statistischen Einstellungskartierungen in Verbindung setzen zu können, wurden die Teilnehmenden nach Ende der Diskussion gebeten, einen schriftlichen Fragebogen auszufüllen, in dem viele der Fragen vorkamen, die wir auch in unserer telefonischen Umfrage stellten.

Die Gespräche wurden mit Kamera und Tonband aufgenommen und transkribiert. Die umfangreichen Transkripte wurden dann in einer regelmäßig stattfindenden Interpretationsgruppe mit drei bis fünf Forschenden diskutiert, mithilfe des Datenanalyseprogramms MAXQDA codiert und analysiert. In iterativen Auswertungsschritten orientierten wir uns zur Erschließung der argumentativen Struktur der Arenen einerseits an Verfahren der thematischen Analyse (Braun/Clarke 2021), andererseits an Verfahren der sequenziellen und vergleichenden Tiefenanalyse ausgewählter Passagen nach dem Vorbild der dokumentarischen Methode (Bohnsack/Nentwig-Gesemann/Nohl 2013). Eine Metaphernanalyse (Schmitt 2017) war Teil der Erschließung des Materials.

Tabelle A1: Anonymisierte Liste der Fokusgruppenbefragten

Fokusgruppe	Alias	Alter	Beruf	Bildung
BERLIN				
Unterschicht	Artur	18-30	Freiwilliges Soziales Jahr	mittlere Reife
Unterschicht	Anna	30-40	Teilzeit-Bürokauffrau	mittlere Reife
Unterschicht	Lisa	30-40	Teilzeit-Verkäuferin Drogerie	mittlere Reife
Unterschicht	Marco	30-40	Essenauslieferer, Caterer	mittlere Reife
Unterschicht	Rüdiger	70-80	Rentner	mittlere Reife
Unterschicht	Torsten	60-70	Teilzeit-Sachbearbeiter	mittlere Reife
oberes Mittelsch.	Charlotte	18-30	Studentin Architektur	im Studium
oberes Mittelsch.	Goran	50-60	Jurist, Unternehmensberater	Hochschule
oberes Mittelsch.	Ilko	40-50	Kriminalbeamter	Hochschule
oberes Mittelsch.	Karin	50-60	Arbeitsvermittlerin	Hochschule
oberes Mittelsch.	Ludwig	40-50	Berufsschullehrer	Hochschule
oberes Mittelsch.	Martina	30-40	Betriebswirtin öffentlicher Dienst	Hochschule
Krisis	Birgit	50-60	Speditionskauffrau	mittlere Reife
Krisis	Georg	40-50	IT-Ingenieur	Hochschule
Krisis	Karlheinz	70-80	Rentner	Hochschule
Krisis	Linda	40-50	selbstständige Reinigungskraft	mittlere Reife
Krisis	Maja	18-30	Sachbearbeiterin Versicherungswesen	Hochschule
Krisis	Stefan	40-50	Projektmanager Automobilindustrie	Hochschule
Krisis	Svea	18-30	Angestellte Entwicklungspolitik	Hochschule
Krisis	Sven	50-60	Immobilien-Manager	Hochschule
Krisis	Walter	50-60	Beamter öffentlicher Dienst	Hochschule
ESSEN				
Unterschicht	Fred	30-40	Garten- und Landschaftsbauer	Hauptschule
Unterschicht	Hilde	60-70	Rentnerin	mittlere Reife
Unterschicht	Josef	40-50	Briefzusteller	mittlere Reife
Unterschicht	Marlene	18-30	Kinderpflegerin	mittlere Reife
Unterschicht	Natascha	30-40	450-Euro-Kraft Einzelhandel	Hauptschule
Unterschicht	Werner	40-50	arbeitslos/Call-Center-Agent	mittlere Reife
oberes Mittelsch.	Carmen	50-60	Finanzbuchhalterin	Fachhochschule
oberes Mittelsch.	Chiara	18-30	Eventmanagerin	Hochschule
oberes Mittelsch.	Jens	60-70	Sozialarbeiter	Fachhochschule
oberes Mittelsch.	Mareike	40-50	Buchhalterin	Fachhochschule
oberes Mittelsch.	Nico	18-30	Unternehmensberater	Hochschule
oberes Mittelsch.	Ulrike	30-40	Grundschullehrerin	Hochschule
Krisis	Aliyah	18-30	Altenpflegerin	Hauptschule
Krisis	Barbara	50-60	Übersetzerin	Hochschule

Krisis	Christian	30-40	Berufssoldat	Abitur
Krisis	Claudia	60-70	Beamtin	Hochschule
Krisis	Dennis	40-50	Industriekfm. öffentlicher Dienst	Hochschule
Krisis	Hans-Peter	40-50	Koch	mittlere Reife
Krisis	Mark	40-50	Disponent Lagerlogistik	mittlere Reife
Krisis	Sabine	50-60	Bürokraft öffentlicher Dienst	mittlere Reife
Krisis	Sandra	50-60	Pflegerin	Abitur

A 2 Sekundärdaten

Für unsere *Trendanalysen* in den Kapiteln 3 bis 6 haben wir die Daten von bereits existierenden Surveys ausgewertet.

- Die *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften* (Allbus) ist eine repräsentative Umfrage, bei der seit 1980 alle zwei Jahre eine jeweils neue Zufallsstichprobe von in Deutschland lebenden Personen im Alter ab 18 Jahren in persönlichen Interviews befragt wird. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf den Einstellungen und Lebensumständen der Befragten, wobei einige der Einstellungsthemen immer, andere hingegen nur in größeren zeitlichen Abständen erhoben werden. Die Stichprobengröße liegt je nach Erhebungsjahr zwischen ca. 2800 und 3500 Befragten.[1] Für weitere Informationen siehe Baumann/Thiesen 2021.
- Im Rahmen des *Sozio-oekonomischen Panels* (SOEP), einer repräsentativen Befragung privater Haushalte in Deutschland, werden seit 1984 jährlich die gleichen Haushalte in persönlichen Interviews zu ihrem Erwerbsleben, ihrer Einkommens- und Familiensituation und ihren Einstellungen befragt. Um Ausfälle auszugleichen und bestimmte neue Bevölkerungsgruppen einzubeziehen, werden zudem immer wieder neue Haushalte in die Stichprobe aufgenommen. Die Stichprobengröße schwankt je nach Jahr zwischen ca. 9700 und 32 500 Personen. Weitere Informationen zur Datenerhebung finden sich bei Goebel et al. 2019.
- Beim *European Social Survey* (ESS) handelt es sich um eine europaweite repräsentative Befragung von Personen im Alter ab 15 Jahren. Die erste Erhebung erfolgte im Jahr 2002. Seitdem wird alle zwei Jahre eine immer wieder neu ermittelte Zufallsstichprobe zu ihren Lebensumständen, Wertorientierungen und Einstellungen befragt. Dabei werden einige Themen kontinuierlich erhoben, andere hingegen nur in größeren zeitlichen Abständen. Die Fallzahl der deutschen Erhebung liegt je nach Jahr zwischen ca. 2400 und 3000 Befragten. Für nähere Informationen siehe European Social Survey 2021.
- Für die *European Values Study* (EVS), eine europaweite repräsentative Erhebung, wird seit 1981 eine jeweils neu ausgewählte Zufallsstichprobe von Personen im Alter ab 18 Jahren zu ihren Werten und Einstellungen befragt. Für den deutschen Teil der Erhebung liegen die Fallzahlen zwischen ca. 1300 und 3400 Befragten. Für nähere Informationen siehe GESIS 2022.

Datengrundlage für die Analyse der *Parteipositionen* in Kapitel 10 ist der *Chapel Hill Expert Survey* (CHES), aus dem wir die aktuellste verfügbare Erhebungswelle aus dem Jahr 2019 verwenden (Jolly et al. 2022a, 2022b). Der CHES ist eine anerkannte und international führende Expertenbefragung zu den Positionen politischer Parteien (Laver 2014). Er stellt Daten zu ideologischen und themenbezogenen

[1] Die für die Trenddaten angegebenen Fallzahlen beziehen sich auf Jahre, in denen Personen aus Westdeutschland und Ostdeutschland befragt wurden (ab 1990 oder 1991).

Parteipositionen sowie verschiedenen Parteicharakteristika bereit, die auf zahlreichen Experteneinschätzungen beruhen und mittels eines standardisierten Fragebogens erhoben werden. Um bei den Parteipositionen die Arenen inhaltlich gut abbilden zu können, haben wir die CHES-Daten den Daten des *Manifesto-Projekts* vorgezogen, bei dem Wahlprogramme ausgewertet werden (Lehmann et al. 2022). Letztere liefern im Allgemeinen ähnliche Positionen wie die Expertendaten (Laver 2014).

Für die Parteipositionen in der *Oben-Unten-Arena* haben wir neben (1) der ökonomischen Links-rechts-Position der Partei (LRECON) (2) die Position zur Vermögensumverteilung von den Reichen zu den Armen (REDISTRIBUTION) sowie (3) die Position zur Abwägung zwischen öffentlichen Dienstleistungen und Steuersenkungen (SPENDVTAX) einbezogen. Aus diesen Positionen haben wir einen Index gebildet, bei dem wir die Parteiwerte über die Dimensionen addiert und durch die Anzahl der einbezogenen Dimensionen dividiert haben. Bei der *Innen-Außen-Arena* wurde die Position zur Migrationspolitik (IMMIGRATION_POLICY) genutzt, mit den Polen der Befürwortung einer stark liberalen beziehungsweise einer stark restriktiven Migrationspolitik.

Für die *Wir-Sie-Arena* haben wir – analog zu Oben-Unten – einen Index gebildet. Dieser besteht aus (1) der ideologischen Position zu soziokulturellen Werten (GALTAN) sowie (2) der Position zu Themen sozialer Lebensführung (SOCIALLIFESTYLE). Positionen zu soziokulturellen Werten bewegen sich zwischen einem libertär-postmaterialistischen und einem traditionell-autoritären Pol. An Ersterem wird der Ausbau persönlicher Freiheiten wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Scheidung oder die Ehe für Alle befürwortet, an Letzterem wird Ordnung und Stabilität betont – mit der Regierung als moralischer Autorität in diesen Themen. Die Position zu Themen sozialer Lebensführung erfasst, wie sehr Parteien etwa bei Rechten von Homosexuellen oder Geschlechtergleichheit liberale Positionen befürworten oder ablehnen.

In der *Heute-Morgen-Arena* wurde eine Frage zur ökologischen Nachhaltigkeit (ENVIRONMENT) herangezogen. Die Parteipositionen bewegen sich hier zwischen einer starken Priorisierung des Umweltschutzes gegenüber dem Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und einer starken Priorisierung des Wirtschaftswachstums gegenüber dem Umweltschutz auf der anderen Seite. Alle verwendeten CHES-Items wurden von uns umgepolt und transformiert, so dass sie zwischen –2 und + 2 liegen, wobei Werte größer 0 progressive, Werte kleiner 0 konservative Positionen repräsentieren.

Anhang B: Schlagzeilen

Wie oben erwähnt, wurden den Fokusgruppenteilnehmerinnen und -teilnehmern im Rahmen der qualitativen Datenerhebung eine Reihe medialer Schlagzeilen präsentiert. Diese wurden als laminierte Karten in doppelter Ausführung auf den Tisch gelegt und die Befragten aufgefordert, in relativ kurzer Zeit (etwa drei Minuten) je individuell zwei Schlagzeilen auszuwählen, die in ihren Augen für besonders kontrovers und hitzig diskutierte Themen stehen. Die Schlagzeilen folgten einer Vorauswahl entlang unserer vier Ungleichheitsarenen, wobei wir darauf bedacht waren, verschiedene ideologische Blickwinkel und thematische Aspekte der Arenen mit aufzunehmen. Je Arena waren sieben Schlagzeilen Teil der Vorauswahl. In der Runde wurden die Befragten dann nach und nach gebeten vorzulesen, welche Schlagzeilen sie als besonders kontrovers erkannt hatten. Diese wurden dann zur Diskussion gestellt (»Und was denkt ihr dazu?«). Daraus entwickelte sich in der Regel ein lebhaftes und kontroverses Für und Wider mit spezifischen Argumenten und rhetorischen Figuren. Im Tandem mit den Umfragedaten bildeten diese die Grundlage unserer Rekonstruktion der Arenen. Uns interessierten dabei oft weniger die Spezifika der in den Schlagzeilen angesprochenen Einzelthemen (etwa Subventionen für Lastenräder), sondern die an ihnen aufgehängten moralischen und argumentativen Repertoires sowie die

verallgemeinerbaren Qualitäten, die bestimmte Themen zu Triggerthemen machen. Im Folgenden dokumentieren wir die vorgelegten Schlagzeilen und ihre Quellen.

Oben-Unten-Ungleichheiten

Reform der Erbschaftssteuer: Eine Attacke auf die reichen Erben

Eine Reform der Erbschaftssteuer könnte vor allem mittelständische Unternehmen belasten.

Augsburger Allgemeine (10. September 2021), online verfügbar unter: {https://www.augsburger-allgemeine.de/wirtschaft/Finanzen-Reform-der-Erbschaftssteuer-Eine-Attacke-auf-die-reichen-Erben-id60622676.html}

Öko-Wende nur mit Umverteilung

Die hohen Energiepreise sind vor allem für die Armen in Deutschland ein Problem. Zügige Abhilfe kann die Bundesregierung unter anderem durch eine Erhöhung des Mindestlohns schaffen

Neues Deutschland (3. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.nd-aktuell.de/artikel/1158279.energiepreise-oeko-wende-nur-mit-umverteilung.html}

Hartz IV Regelsätze steigen 2021

08.09.2020, 16:12 Uhr

Vierzehn Euro mehr zum Leben

Wegen des Preisanstiegs sollen auch die Hartz-IV-Leistungen steigen. Sozialverbände halten das für zu wenig – und kritisieren die Berechnungsmethode. VON CORDULA EUBEL

Tagesspiegel (8. September 2020), online verfügbar unter: {https://www.tagesspiegel.de/politik/vierzehn-euro-mehr-zum-leben-5079994.html}

UNIONSPOLITIKER FORDERN

Arbeitslose sollen künftig Laub fegen

Langzeitarbeitslose sollen nach dem Willen von Unionspolitikern künftig verpflichtet werden, gemeinnützige Arbeiten zu verrichten!

Bild (9. September 2021), online verfügbar unter: {https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/unionspolitiker-fordern-arbeitslose-sollen-kuenftig-laub-fegen-77621882.bild.html}

Armutsrisiko von Mietern steigt

Gefährdungsquote lag im Jahr 2019 bei rund 25 Prozent. Probleme dürften sich noch verschärft haben

Neues Deutschland (31. Oktober 2021), online verfügbar unter: {https://www.nd-aktuell.de/artikel/1158173.armut-und-mietenwahnsinn-armutsrisiko-von-mietern-steigt.html}

Wie Erbschaften die Ungleichheit in Deutschland zementieren

Wer hat, dem wird gegeben: Die Deutschen vererben so viel wie noch nie, vor allem Immobilienvermögen. Doch von der großen Geldflut profitiert nur ein Teil der Bevölkerung.

WirtschaftsWoche (7. September 2021), online verfügbar unter: {https://www.wiwo.de/my/finanzen/immobilien/blick-hinter-die-zahlen-80-erbschaften-wie-erbschaften-die-ungleichheit-in-deutschland-zementieren/27556216.html?ticket=ST-546967-sXrjhvg6uIFZGIoa2ZSq-cas01.example.org}

Studie zum Mindestlohn

Millionen verdienen weniger als 12 Euro

Stand: 28.10.2021 14:20 Uhr

8,6 Millionen Beschäftigte verdienen einer Studie zufolge weniger als die zwölf Euro pro Stunde, die SPD, Grüne und FDP als künftigen Mindestlohn planen. Vor allem Frauen würden von der Anhebung profitieren.

Tagesschau (28. Oktober 2021)

Migranten: Söder warnt vor unkontrollierter Zuwanderung

Zeit online (10. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.zeit.de/news/2021-11/10/migranten-soeder-warnt-vor-unkontrollierter-zuwanderung}

Dänemark: Migranten sollen für ihre Sozialleistungen in Vollzeit arbeiten

SNANEWS (8. September 2021), online verfügbar unter: {https://snanews.de/20210908/daenemark-migranten-sozialleistungen-3507028.html}

Flüchtlinge und Fachkräftemangel / Der lange Weg der Integration auf dem Arbeitsmarkt

Flüchtlinge können helfen, den Fachkräftemangel zu beheben – das hieß es 2015 immer wieder. Inzwischen ist Ernüchterung eingekehrt: Viele Geflohene beziehen Sozialleistungen oder arbeiten im Niedriglohnbereich. Denn der Weg in den Arbeitsmarkt ist lang und beschwerlich.

Deutschlandfunk (8. August 2018), online verfügbar unter: {https://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-und-fachkraeftemangel-der-lange-weg-der-100.html}

Gibt es Parallelgesellschaften in Deutschland?

- Stadtviertel, die durch Gruppen mit Migrationshintergrund geprägt sind, Phänomene wie Zwangsheirat oder Friedensrichter dienen immer wieder als Hinweise auf Parallelgesellschaften.

Süddeutsche Zeitung (10. August 2016), online verfügbar unter: {https://www.sueddeutsche.de/politik/muslime-und-migranten-gibt-es-parallelgesellschaften-in-deutschland-1.3012266}

Migrantenorganisationen fordern kommunales Wahlrecht für Ausländer

Die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen plädiert für ein kommunales Wahlrecht für in Deutschland lebende Ausländer. Dies ist eine der Neuerungen, die ein gestern in Berlin vorgestellter Entwurf für ein Bundespartizipationsgesetz vorsieht. Es gehe darum, "unser Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft zu stärken", um Schritte für wirkliche Teilhabe und um Schutz vor rassistischer Diskriminierung, erklärte die Sprecherin der Konferenz, Galina Ortmann.

beck-aktuell. Heute im Recht (25. August 2021), online verfügbar unter: {https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/migrantenorganisationen-fordern-kommunales-wahlrecht-fuer-auslaender}

Kommentare / Konflikt zwischen Polen und Belarus

Hartes Herz, zynisch herzlos

Stephan Fischer zur Lage an der EU-Außengrenze Polen - Belarus

Neues Deutschland (10. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.nd-aktuell.de/artikel/1158463.konflikt-zwischen-polen-und-belarus-hartes-herz-zynisch-herzlos.html}

„Es ist skandalös, dass die EU seit 2015 keine Antwort darauf hat"

An der belarussisch-polnischen Grenze spitzt sich die Lage zu. Tausende Migranten hoffen auf eine Zukunft in der EU. Migrationsforscher Ruud Koopmans warnt vor einer Situation wie 2015 – und schlägt einen radikalen Wandel in der Migrationspolitik vor.

Welt (10. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.welt.de/politik/ausland/plus234941866/Migration-in-Belarus-Es-ist-skandalos-dass-die-EU-seit-2015-keine-Antwort-darauf-hat.html}

Bundesweiter Anstieg der Angriffe auf queere Menschen

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Straftaten gegen LGBTIQ* in Deutschland stark gestiegen. Die Grünen kritisieren, dass die Regierung zu wenig gegen Homo- und Transfeindlichkeit unternimmt. VON INGA HOFMANN

Tagesspiegel (10. Februar 2020), online verfügbar unter: {https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/bundesweiter-anstieg-der-angriffe-auf-queere-menschen-4143811.html}

Eine Quote für Transmenschen

Stand: 21.08.2021 11:36 Uhr

In Argentiniens Behörden gilt ab sofort eine Trans-Quote von einem Prozent. Die LGBTIQ-Gemeinde jubelt. Mitten in der Pandemie nimmt das katholisch geprägte Land eine Vorreiterrolle bei der Gendergerechtigkeit ein.

Tagesschau (21. August 2021), online verfügbar unter: {https://www.tagesschau.de/ausland/amerika/argentinien-transgender-101.html}

Trans*personen in Berliner Bädern

Bald könnten sie für sich schwimmen

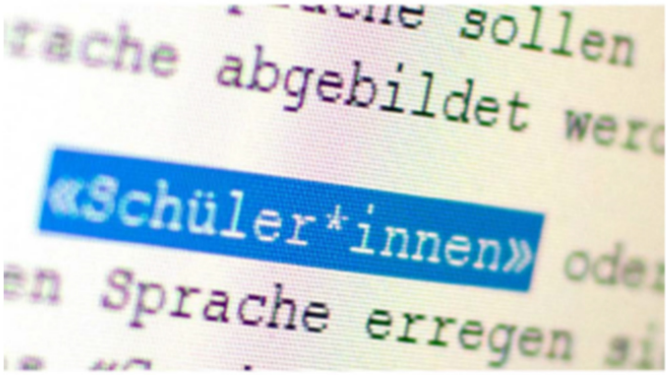
Die Berliner Trans*Community fordert eigene Badezeiten in Schwimmbädern. Nächste Woche wird darüber mit den Bäderbetrieben gesprochen.

taz (03. Februar 2016), online verfügbar unter: {https://taz.de/Transpersonen-in-Berliner-Baedern/!5270937/}

GESCHLECHTERGERECHTE SPRACHE

Dürfen staatliche Institutionen die Grammatik verändern? Nein!

VON OLAV HACKSTEIN - AKTUALISIERT AM 08.11.2021 - 12:03



In der Diskussion über geschlechtergerechte Sprache wird oft nicht zwischen Sprachsystem und Verwendung unterschieden. Grammatik diskriminiert nicht. Sie ist historisch gewachsen – und wird beim Gendern schlicht missverstanden. Ein Gastbeitrag.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (8. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/gendern-grammatik-wird-missverstanden-und-diskriminiert-nicht-17589353.html}

Studie zur Diversität

Weiße Männer machen Fernsehen

Aber Frauen holen auf, wenigstens in der Fiktion. Diversität bleibt ein großes Thema für die TV-Zukunft. VON JOACHIM HUBER

Tagesspiegel (5. Oktober 2021), online verfügbar unter: {https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/weisse-manner-machen-fernsehen-4282061.html}

PANORAMA PROJEKT KITA-KOFFER

„Wir wollen den Normalitätsbegriff ein Stück weit hinterfragen"

Mit einem Aktionsplan will Sachsen-Anhalt mehr Toleranz für sexuelle Minderheiten schaffen. Ein zentraler Bestandteil ist der „Kita-Koffer" für Erzieher. In Kitas soll nicht mehr nur über traditionelle Familien gesprochen werden.

Welt (5. April 2018), online verfügbar unter:
{https://www.welt.de/vermischtes/article175178669/Projekt-Kita-Koffer-Wir-wollen-den-Normalitaetsbegriff-ein-Stueck-weit-hinterfragen.html}

Warum wird die Mitmutterschaft so schwer gemacht?

Immer mehr lesbische Paare kämpfen dafür, dass beide Partnerinnen mit der Geburt des Kindes als Mütter anerkannt werden. Eigentlich sollte die sogenannte Mitmutterschaft bereits ins Familienrecht eingegangen sein - wäre da nicht die CDU.

Süddeutsche Zeitung (6. September 2021), online verfügbar unter:
{https://www.sueddeutsche.de/politik/mitmutterschaft-lgbtq-familienrecht-1.5402030?reduced=true}

Heute-Morgen-Ungleichheiten

Das 1,5-Grad-Ziel ist unrealistisch, unehrlich und sogar gefährlich

Die meisten Menschen glauben, das 1,5-Grad-Ziel im Klimaschutz ergebe sich zwingend aus der Wissenschaft. Dabei ist es ein politisches Ziel, und zwar eines mit vielen Nachteilen: Womöglich führt es am Ende genau jenes Unglück herbei, das wir so dringend verhindern wollen.

Welt (11. November 2021), online verfügbar unter:
{https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus234958096/Klimakonferenz-COP26-Das-gefaehrliche-Dogma-vom-1-5-Grad-Ziel.html}

Verkehrswende

Grüne wollen 1000 Euro Zuschuss für Lastenfahrräder

Wenn es nach den Grünen geht, sollen Lastenfahrräder stärker gefördert werden – auch für Privatpersonen. Jetzt haben sie gefragt, wie viele Räder das Verkehrsministerium bislang bezuschusste. Die Antwort ist ernüchternd.

Der Spiegel (22. August 2021), online verfügbar unter: {https://www.spiegel.de/auto/bundestagswahl-buendnis-90-die-gruenen-planen-1000-euro-zuschuss-fuer-lastenfahrraeder-a-e42d5c64-9ba6-4319-bb1d-d94d3aebaaba}

DEUTSCHLAND „FRIDAYS FOR FUTURE"

Lehrerverband kritisiert Schule schwänzen für Klimademo

Dürfen Schüler schwänzen, um gegen den Klimawandel zu demonstrieren? In Berlin hatte sogar ein Lehrer zum Schulstreik aufgerufen. Jetzt äußert sich der Lehrerverband. Die politische Neutralität des Staates sei in Gefahr.

Welt (24. September 2021), online verfügbar unter: {https://www.welt.de/politik/deutschland/article233990280/Fridays-for-Future-Lehrerverband-kritisiert-Schule-schwaenzen-fuer-Klimastreik.html}

rbb - Rundfunk Berlin-Brandenburg

Berechnungen internationaler Forscher zum Klimawandel: Junge Menschen in Deutschland konkret bedroht

Randfunk Berlin-Brandenburg (23. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.presseportal.de/pm/51580/5080015}

Superreiche schädigen das Klima weit mehr als der Rest der Menschheit

"Eine kleine Elite gönnt sich einen Freifahrtschein für die Zerstörung unseres Klimas": Oxfam zeigt in einer Analyse ein starkes sozial-ökologisches Ungleichgewicht auf.

Zeit online (5. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-11/oxfam-treibhausemissionen-studie-reiche-arme-co2-ungleichheit}

Wenn Bürger gegen Windräder klagen 09.03.2020, 23:01 Uhr

Wie der Streit über Windräder die Energiewende bremst

„Unterleuten" in der Realität: In Brandenburg ist aus dem Kampf um die Windkraft längst ein Stadt-Land-Konflikt geworden. VON WERNER VAN BEBBER

Tagesspiegel (9. März 2020), online verfügbar unter: {https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/wie-der-streit-uber-windrader-die-energiewende-bremst-7400686.html}

Klimaschutz

Umweltbundesamt fordert Maut, Tempolimit und höhere Spritpreise

Das Umweltbundesamt plädiert für grundlegende Änderungen im Verkehrssektor. Ohne massive Anstrengungen werde es nichts mit dem Klimaschutz, sagt Präsident Dirk Messner.

4. November 2021, 11:29 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, js / 807 Kommentare /

Zeit online (4. November 2021), online verfügbar unter: {https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2021-11/umweltbundesamt-klimaschutz-verkehrspolitik-massnahmen-klimaziele}

Anhang C: Faktorenanalyse und Einstellungsindizes

Um zu ermitteln, wie unsere Items empirisch gruppiert und zusammengefasst werden können, haben wir eine *explorative Faktorenanalyse* durchgeführt. Dieses strukturentdeckende statistische Verfahren gibt Auskunft darüber, welche tiefer liegenden, latenten Einstellungskomplexe (sogenannte Faktoren) hinter den Antworten der Befragten stehen.

Die Analysen ergeben, dass unsere Einstellungsdaten sehr gut durch sechs Faktoren beschrieben werden können. Tabelle C.1 zeigt, wie stark die einzelnen Items mit diesen Faktoren zusammenhängen. Je größer die dort angegebenen absoluten Werte (in der Sprache der Statistik: Faktorenladungen) sind, desto stärker ist der Zusammenhang. Items können mit mehreren Faktoren in Verbindung stehen. Entscheidend ist dann die Hauptladung, also der Wert, der deutlich größer ist als die anderen. Es kann zudem vorkommen, dass sich für einzelne Items keine Hauptladung ergibt und stattdessen alle Ladungen klein ausfallen. In diesem Fall lässt sich nicht sagen, zu welchem Faktor das Item hauptsächlich gehört. Solche Items und jene Items, die statistisch nur schwach durch das Faktorenmodell erklärt werden können, wurden von uns – wie bei Faktorenanalysen üblich – in einem iterativen Prozess aus der Analyse ausgeschlossen.[2] Hiervon wird nur beim Item zur »übertriebenen« Toleranz für LGBT abgewichen, weil es relevant für die Indexbildung ist (siehe unten). Die Faktorenanalyse liefert keine Namen für die ermittelten Faktoren. Ihre inhaltliche Bedeutung muss vom Forscher selbst erschlossen werden, und zwar anhand der Inhalte der Items, die dem jeweiligen Faktor zugeordnet sind. Was lässt sich nun über die sechs Faktoren sagen, die sich in unserer Analyse ergeben haben?

Unser erster Faktor (F1) hängt stark mit den Items zu Migration zusammen, weshalb wir davon ausgehen, dass dieser Faktor die generellen *Haltungen zu Migration* abbildet. Auf unserem zweiten Faktor (F2) laden viele Items zu Homosexualität und Transgender. Wir vermuten hier die generellen *Einstellungen zu sexueller Diversität*. Davon abgegrenzt sind die Items zur gendergerechten Sprache und zur Geschlechterquote, die auf einem eigenen Faktor laden (F6), den wir als *Haltungen zur Geschlechterpolitik* auffassen. Die Items zum Klimawandel und zu der darauf bezogenen Politik gruppieren sich mehrheitlich auf einen eigenständigen Faktor (F3), weshalb wir hier generelle *Orientierungen in Bezug auf Klimapolitik* vermuten. Die Items zu den Oben-Unten-Ungleichheiten laden auf zwei getrennten Faktoren, von denen sich einer als *Haltungen zu materieller Umverteilung* auffassen lässt (F5) und ein weiterer als *Einstellungen zu Meritokratie* (F4).

Bei einzelnen Items finden wir zudem eine unerwartete Hauptladung. So gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Meritokratie-Faktor und dem Item »Nur Migranten, die sich anstrengen und integrieren, sollten die gleichen Rechte bekommen wie Einheimische«. Und es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem Umverteilungsfaktor und dem Item »Es wäre nur gerecht, wenn die, die viel haben, am meisten zur Bewältigung der Klimakrise beitragen müssten«. Diese empirischen Muster sind zwar überraschend, aber insofern plausibel, als mit diesen Items mehrere Themen angesprochen werden: Migration und Leistungsbereitschaft im ersten Fall, Klima und Umverteilung im zweiten. Jenseits dieser Grenzfälle passt das Faktorenmodell recht gut zu unserer Arenentypologie: Jeweils ein Faktor lässt

[2] Bei den ausgeschlossenen Items ist insgesamt wenig Systematik zu erkennen. Bei den *Ober-Unten-Ungleichheiten* wurden zwei Items ausgeschlossen, bei den *Innen-Außen-* und den *Heute-Morgen-Ungleichheiten* jeweils ein Item. Lediglich bei den *Wir-Sie-Ungleichheiten*, bei denen vier Items aus der Analyse entfernt wurden, ist eine gewisse Systematik gegeben. Hier fallen alle drei Items zu Rassismus aus der Analyse. Diese wiesen nur schwache und unsystematische Ladungen auf, die sich auch im Rahmen eines 7-Faktoren-Modells nicht systematisch verbesserten. Wir gehen davon aus, dass diese Items, die wir primär entlang der medialen Debatte und nicht auf der Basis bestehender Skalen entwickelt haben, entweder Rassismus nicht gut messen oder aber für separate Subdimensionen stehen, die erst dann systematisch zum Vorschein kommen, wenn wir Rassismus mit deutlich mehr als drei Items erfassen.

sich der Innen-Außen- und der Heute-Morgen-Arena zuordnen (F1 und F3), und jeweils zwei Faktoren passen zur Oben-Unten- (F4 und F5) und zur Wir-Sie-Arena (F2 und F6).

Um die Einstellungen in den Kapiteln 8 und 10 arenenvergleichend analysieren zu können, haben wir für jede Arena einen *Index* gebildet, in dem wir mehrere Items zusammengefasst haben. Hierfür wurden alle jene Items ausgewählt, die mit dem Faktor zusammenhängen, der die jeweilige Arena inhaltlich am besten abbildet: Einstellungen zu materieller Umverteilung, zu Migration, zu sexueller Diversität und zu klimapolitischen Maßnahmen. Bei zwei Items wurde davon abgewichen: Das Item »Es wäre nur gerecht, wenn die, die viel haben, am meisten zur Bewältigung der Klimakrise beitragen müssten« wurde nicht in den Index zu materieller Umverteilung aufgenommen, weil diese Einstellungsdimension bereits durch die anderen vier Items gut abgebildet wird und wir trotz der hohen Faktorladung dieses Items inhaltliche Unterschiede sehen. Zudem haben wir für den Index zu sexueller Diversität das Item »In Deutschland übertreiben es viele mit ihrer Toleranz gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender-Personen« trotz vergleichsweise niedriger Ladung auf dem relevanten Faktor aufgenommen, während wir das hoch ladende Item »Personen, die ihr Geschlecht geändert haben, sollten als normal anerkannt werden« ausgeschlossen haben. Dies war notwendig, um auch für diesen Index eine gute Mischung aus stärker und weniger stark polarisierten Items zu gewährleisten. Die für die einzelnen Indizes berücksichtigten Items sind in Tabelle C.2 dargestellt.

Für die Indexbildung wurde in einem ersten Schritt die fünfstufige Antwortskala der Items so umkodiert, dass progressiven Antworten ein positiver Wert, konservativen Antworten ein negativer Wert und unentschiedenen Antworten der Wert null zugeordnet wurde.[3] Diese Werte wurden dann in einem zweiten Schritt für jeden Befragten über alle einbezogenen Items summiert und durch die Zahl dieser Items dividiert. Die resultierenden Einstellungsindizes reichen von +2 bis –2, wobei positive Werte für progressive Positionen und negative Werte für konservative Positionen in den jeweiligen Arenen stehen.

[3] Beispielsweise haben wir die Antworten zum Item »Es ist gut, dass Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern erlaubt sind« wie folgt rekodiert: »stimme voll und ganz zu« (+2), »stimme eher zu« (+1), »teils/teils« (0), »stimme eher nicht zu« (–1), »stimme überhaupt nicht zu« (–2). Für entgegengesetzt formulierte Items wurden die Werte gedreht. So bekommt das Item »In Deutschland übertreiben es viele mit ihrer Toleranz gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender-Personen« folgende Zuordnungen: »stimme voll und ganz zu« (–2), »stimme eher zu« (–1), »teils/teils« (0), »stimme eher nicht zu« (+1), »stimme überhaupt nicht zu« (+2).

Tabelle C.1: Ergebnisse der Faktorenanalyse

Item	F1	F2	F3	F4	F5	F6
Einkommens- und Vermögensunterschiede zu groß	-	-	-	-	0.54	-
Was man erreicht, hängt von eigener Anstrengung ab	-	-	0.26	0.41	-0.23	-
Hartz-IV-Sätze sollten deutlich erhöht werden	-	-	-	-	0.42	0.23
Langzeitarbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten	-	-	-	0.52	-	-
Armut ist eine Frage der Leistungsbereitschaft	-	-	-	0.47	-	-
Staat soll Einkommensunterschiede stärker verringern	-	-	-	-	0.60	-
Steuern auf große Erbschaften erhöhen	-	-	-	-	0.49	-
Es gibt in Deutschland zu viele Migranten	0.58	-	-	0.20	-	-
Gleiche Rechte nur für Migranten, die sich integrieren	0.23	-	-	0.49	-	-
Migration ist gut für die deutsche Wirtschaft	-0.72	-	-	-	-	-
Migration bereichert unser kulturelles Leben	-0.70	-	-	-	-	-
Einheimische bekommen zu wenig, weil Migranten zu viel	0.68	-	-	-	-	-
Fühle mich durch Migranten fremd im eigenen Land	0.58	-	-	-	-	-
Obergrenze für Flüchtlinge aus arabischem/afrikanischem Raum	0.49	-	-	0.30	-	-
Obergrenze für Flüchtlinge aus der Ukraine	0.39	-	-	-	-	-
Homosexuelle in Deutschland immer noch diskriminiert	-	0.41	-	-	-	0.23
Gut, dass gleichgeschlechtliche Ehen erlaubt sind	-	0.82	-	-	-	-
Gleiches Adoptionsrecht für Homosexuelle	-	0.75	-	-	-	-
Homosexuelle Personen in Schulmaterial	-	0.64	-	-	-	-
Transpersonen sollten als normal anerkannt werden	-	0.59	-	-	-	-
Viele übertreiben es mit der Toleranz für LGBT	-	-0.21	0.22	-	-	-
Gendergerechte Sprache ist wichtig für Gleichstellung	-	-	-	-	-	0.61
Geschlechterquote für Jobs, auch wenn Männer Nachsehen haben	-	0.21	-	-	-	0.33
Ich bin sehr besorgt über den Klimawandel	-	-	-0.40	0.25	-	0.22
Forderung umweltbewusst zu leben ist eine Zumutung	-	-	0.69	-	-	-

Item	F1	F2	F3	F4	F5	F6
Für Klimaschutz mehr Windräder, auch in Ortsnähe	-	-	-0.37	-	-	-
Klimawandel kann durch Technik bewältigt werden	-	-	0.41	-	-	-
Klimaschutz droht unseren Wohlstand zu gefährden	-	-	0.61	-	-	-
Klima: bevor wir weiter umstellen, sollen andere Länder nachziehen	-	-	0.46	-	-	-
Wer viel hat, soll viel zum Klimaschutz beitragen	-	-	-	-	0.47	-

Anmerkung: Explorative Faktorenanalyse mit schiefwinkliger oblimin-Rotation. Ladungen unter 0.2 ausgeblendet (-), Hauptladungen über 0.3 grau unterlegt. Items mit hoher Uniqueness und ohne starke Hauptladung wurden ausgeschlossen. KMO: 0,92, RMSEA: 0,048. Daten: Survey Ungleichheit und Konflikt.

Tabelle C 2: Items der Einstellungsindizes

Oben-Unten-Ungleichheiten: Einstellungen zu Umverteilung
(Cronbachs Alpha: 0,63)

- Die Einkommens- und Vermögensunterschiede in Deutschland sind zu groß.
- Die Hartz-IV-Sätze sollten deutlich erhöht werden.
- Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede mehr als bislang zu verringern.
- Eine Erhöhung der Erbschaftssteuer für große Erbschaften ist sinnvoll, um die sozialen Ungleichheiten in Deutschland zu verringern.

Innen-Außen-Ungleichheiten: Einstellungen zu Zuwanderung
(Cronbachs Alpha: 0,86)

- Heutzutage gibt es in Deutschland zu viele Migranten.
- Es ist gut für die deutsche Wirtschaft, wenn Migranten hierherkommen.
- Es ist bereichernd für das kulturelle Leben in Deutschland, wenn Migranten hierherkommen.
- Den Einheimischen kommt zu wenig zu Gute, weil zu viel für Migranten ausgegeben wird.
- Durch die vielen Migranten hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.
- Bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus dem arabischen und afrikanischen Raum sollte es eine Obergrenze geben.
- Bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine sollte es eine Obergrenze geben.

Wir-Sie-Ungleichheiten: Einstellungen zu Diversität
(Cronbachs Alpha: 0,77)

- Homosexuelle werden heutzutage in Deutschland immer noch diskriminiert und benachteiligt.
- Es ist gut, dass Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern erlaubt sind.
- Schwule und lesbische Paare sollten die gleichen Rechte haben, Kinder zu adoptieren, wie Paare, die aus Mann und Frau bestehen.
- Um Vorurteile gegenüber Homosexuellen abzubauen, sollten in Schulmaterialien wie z. B. Büchern, Filmen oder Aufgaben auch homosexuelle Personen vorkommen.
- In Deutschland übertreiben es viele mit ihrer Toleranz gegenüber Lesben, Schwulen und Transgender-Personen.

Heute-Morgen-Ungleichheiten: Einstellungen zu Klimapolitik
(Cronbachs Alpha: 0,74)

- Ich bin sehr besorgt über den Klimawandel.
- Die ständige Forderung, umweltbewusst zu leben, empfinde ich als Zumutung.
- Für den Klimaschutz sollten deutlich mehr Windräder aufgestellt werden, selbst wenn das in der Nähe von Ortschaften geschehen muss.
- Mit zunehmendem technologischem Fortschritt werden wir auch den Klimawandel bewältigen, ohne dass wir unser Leben groß ändern müssen.
- Wir riskieren unseren gesamten wirtschaftlichen Wohlstand, wenn wir jetzt wegen des Klimawandels alles auf den Prüfstand stellen.

- Deutschland hat schon viel für den Klimaschutz getan. Bevor wir jetzt weiter unser Leben umstellen, sollten erst mal andere Länder nachziehen.

Anmerkung: Cronbachs-Alpha zeigt die interne Konsistenz der zusammengefassten Items an. Je näher es an dem Wert 1 liegt, desto besser wird über die Items ein unidimensionales dahinterliegendes Einstellungskonstrukt gemessen. Die Werte sollten über 0,6 liegen.

Literatur des Onlineanhangs

Baumann, Horst/Sarah Thiesen (2021), *ALLBUS-Kumulation 1980-2018. Variable Report*, Köln: GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Bohnsack, Ralf/Iris Nentwig-Gesemann/Arnd-Michael Nohl (2013), »Einleitung: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis«, in: Bohnsack, Ralf/Iris Nentwig-Gesemann/Arnd-Michael Nohl (Hg.), *Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. Grundlagen qualitativer Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 9-32.

Braun, Virginia/Victoria Clarke (2021), Thematic Analysis. A Practical Guide, Thousand Oaks: SAGE.

European Social Survey (2021), ESS9 2018 Documentation Report, Bergen: European Social Survey Data Archive, NSD – Norwegian Centre for Research Data for ESS ERIC.

GESIS (2022), EVS Trend File 1981-2017 – Variable Report, Köln: GESIS–Leibniz Institute for the Social Sciences.

Goebel, Jan/Markus M. Grabka/Stefan Liebig et al. (2019), »The German Socio-Economic Panel (SOEP)«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 239/2, S. 345-360.

Jolly, Seth/Ryan Bakker/Liesbet Hooghe et al. (2022a), »Chapel Hill Expert Survey Trend File, 1999-2019«, in: *Electoral Studies 75*, S. 1-8.

Jolly, Seth/Ryan Bakker/Liesbet Hooghe et al. (2022b), Codebook Chapel Hill Expert Survey Trend File 1999-2019, Version 1.3, online verfügbar unter: {https://www.chesdata.eu/1999-2019chestrend} (Stand: 5. Juni 2023).

Laver, Michael (2014), »Measuring Policy Positions in Political Space«, in: *Annual Review of Political Science* 17, S. 207-223.

Lehmann, Pola/Tobias Burst/Theres Matthieß et al. (2022), The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG /CMP /MARPOR). Version 2022a, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Schmitt, Rudolf (2017), *Systematische Metaphernanalyse als Methode der qualitativen Sozialforschung*, Wiesbaden: Springer VS.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1.1: Kamel oder Dromedar?
Abb. 1.2: Spaltung und Polarisierung im Zeitungsdiskurs
Abb. 2.1: Ungleichheitsarenen: Eine Typologie
Abb. 2.2: Konfliktwahrnehmungen
Abb. 2.3: Beispielgrafik – Polarisierungsindex verschiedener Meinungsverteilungen
Abb. 2.4: Klassenschema nach Daniel Oesch
Abb. 3.1: Einstellungen zu Oben-Unten-Ungleichheiten
Abb. 3.2: Einstellungen zu Oben-Unten-Ungleichheiten im Zeitverlauf
Abb. 3.3: Argumentative Repertoires in der Oben-Unten-Arena
Abb. 4.1: Einstellungen zu Innen-Außen-Ungleichheiten im Zeitverlauf
Abb. 4.2: Einstellungen zu Innen-Außen-Ungleichheiten
Abb. 4.3: Einstellungen zum Zuzug verschiedener Gruppen nach Deutschland
Abb. 4.4: Argumentative Repertoires in der Innen-Außen-Arena
Abb. 5.1: Einstellungen zu Wir-Sie-Ungleichheiten im Zeitverlauf
Abb. 5.2: Einstellungen zu Wir-Sie-Ungleichheiten (sexuelle Diversität)
Abb. 5.3: Einstellungen zu Wir-Sie-Ungleichheiten (Sexismus und Rassismus)
Abb. 5.4: Argumentative Repertoires in der Wir-Sie-Arena
Abb. 6.1: Einstellungen zu Heute-Morgen-Ungleichheiten im Zeitverlauf
Abb. 6.2: Einstellungen zu Heute-Morgen-Ungleichheiten
Abb. 6.3: Argumentative Repertoires in der Heute-Morgen-Arena
Abb. 7.1: Taxonomie der Trigger
Abb. 8.1: Gesellschaftspolitische Positionen nach Klasse
Abb. 8.2: Verteilung der gesellschaftspolitischen Positionen nach Klasse
Abb. 8.3: Gesellschaftspolitische Positionen nach sozialstrukturellen Gruppen
Abb. 8.4: Zusammenhang zwischen den Ungleichheitseinstellungen in der Gesamtbevölkerung und kontrastierenden Bildungsgruppen
Abb. 8.5: Berufsklassen im Konfliktraum
Abb. 9.1: Gefühlsthermometer – Sympathie und Antipathie gegenüber

ausgewählten Sozialfiguren
Abb. 9.2: Gefühlsthermometer – Sympathie und Antipathie verschiedener ideologischer und sozialer Gruppen gegenüber ausgewählten Sozialfiguren
Abb. 9.3: Gefühlsthermometer nach Mediennutzung
Abb. 9.4: Wut über politische Debatten
Abb. 10.1: Positionen der Parteien und Wählerschaften
529 *Abb. 10.2*: Verteilung der Positionen der Wählerschaften
Abb. 10.3: Gegenseitige Nicht-Wählbarkeit der Parteien
Abb. 10.4: Parteielektorate und Berufsklassen im Konfliktraum
Abb. 11.1: Ungleichheitsarenen – Zusammenschau der Befunde

530 Dank

Ein Buch, wie wir es hier vorlegen, ist weder eine One-Man-Show noch eine Three-Men-Unternehmung, sondern eingebettet in Kooperationen und Netzwerke der Unterstützung. Bei all denjenigen, die dabei geholfen haben, dass aus einer unreifen Idee zunächst ein Forschungsprojekt und dann eine Monografie wurde, möchten wir uns herzlich bedanken. Da die Einflüsse und Diskussionszusammenhänge, denen man auf einer solchen Wegstrecke ausgesetzt ist, vielfältig und oft auch indirekt sind, können wir nicht alle Beteiligten namentlich nennen. Zunächst gilt unser herzlicher Dank dem engeren und erweiterten Team des Lehrbereichs Makrosoziologie, allen voran Julian Heide und Elisabeth Hanak, die in vielen Interpretationsrunden das qualitative Material mit uns gesichtet und diskutiert haben. Carsten Braband danken wir für die Auswertung der Daten des Chapel Hill Expert Survey zu deutschen Parteiprogrammen, die in Kapitel 10 zum Tragen kommt. Auch Nastia Nedjai hat uns an vielen wichtigen Punkten des Forschungsprozesses unterstützt. Was Austausch und Beratung angeht, konnten wir stets auf Aljoscha Jacobi zählen. Den Studierenden des von Thomas Lux und Steffen Mau durchgeführten Vertiefungsseminars »Soziologie der gesellschaftlichen Polarisierung« an der Humboldt-Universität zu Berlin danken wir herzlich für die produktive Diskussionsfreude auch zu kontroversen Themen.

In der Konzeptionsphase des Projekts haben uns Kolleginnen und Kollegen in einem Workshop beraten. Mit dabei waren Tarik Abou-Chadi, Olaf Groh-Samberg, Silja Häusermann, Bettina Kohlrausch, Tabea Palmtag, Patrick Sachweh, Katja Schmidt, Céline Teney, Katharina Zimmermann und Delia Zollinger. Sie alle arbeiten an verwandten Themen oder besitzen einschlägige fachliche Expertise, so dass wir uns glücklich schätzen konnten, unser Vorhaben mit ihnen 531 zu diskutieren. Beim Befragungsinstitut Infas, das die quantitative Erhebung durchgeführt

hat, waren Sebastian Link und Stefan Schiel unsere engagierten Kooperationspartner. Bei Ipsos, verantwortlich für die Durchführung der Fokusgruppen, wurden wir von Hans Friess und Janine Freudenberg glänzend betreut. Für die Konzeption und Umsetzung der Grafiken und Visualisierungen konnten wir Cédric Scherer gewinnen, der sich, obwohl kein Sozialwissenschaftler, sehr gut in unsere Fragestellungen hineindenken konnte. Jürgen Gerhards und Sighard Neckel haben sich die Zeit genommen, das Manuskript im Rohentwurf zu lesen und uns umfangreiches Feedback gegeben, als es darum ging, unsere Argumentation zu straffen und konsistenter zu machen. Ihnen, wie auch Katja Schmidt, die uns zu einem der Kapitel ausführliches Feedback gab, sind wir zu großem Dank verpflichtet. Ungenannt, aber nicht unberücksichtigt bleiben diejenigen, die uns auf Workshops und Konferenzen zu Vorstudien und Einzelarbeiten Rückmeldung und Kommentare gegeben haben, die uns allesamt wichtig waren, bei denen wir aber zuweilen fürchten müssen, ihnen nur in Ansätzen gerecht geworden zu sein. Das Einstiegskapitel greift auf Ideen und Textbausteine aus dem Aufsatz »Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung« von Steffen Mau zurück, der im März 2022 in der Zeitschrift *Merkur* erschien. Für die Einladung, den Argumentationsgang in diesem Rahmen erstmals zu skizzieren, dankt Steffen Mau den Herausgebern Christian Demand und Ekkehard Knörer.

Nicht zuletzt gilt unser großer Dank der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die mit der Vergabe des Gottfried Wilhelm Leibniz-Preises 2021 an Steffen Mau diese Forschung erst möglich gemacht hat. Ebenso möchten wir uns beim Exzellenzcluster SCRIPTS für die Unterstützung des Projekts herzlich bedanken. Katja Bloch hat das Manuskript in den verschiedenen Überarbeitungsrunden immer wieder auf Fehler sowie sprachliche Unschärfen hin gelesen und korrigiert und uns auch sonst großartig unterstützt. Schließlich gilt unser größter Dank Heinrich Geiselberger, unserem Lektor beim Suhrkamp Verlag, der das Projekt von Anfang an begleitet und uns immer wieder geholfen hat, aus dem Dickicht der Daten herauszufinden. Ohne sein außerordentliches

Gespür für die Struktur und das Anliegen eines Textes würde sich dieses Buch weit weniger zugänglich lesen. Er hat uns geholfen, manchen Gedanken klarer und schärfer zu formulieren, und uns nicht zuletzt auch dazu ermutigt, ein sehr langes Manuskript so zu kürzen, dass bei uns kein Gefühl des Verlustes aufgekommen ist. Zuletzt bedanken wir uns bei den mehr als zweitausend hier anonym bleibenden Menschen, die sich die Zeit genommen haben, uns im Zuge unserer Umfrage oder unserer Fokusgruppenstudie über ihre Haltungen zu Politik und Gesellschaft Auskunft zu geben.

»Soziale Konflikte sind nie einfach nur da, sie werden auch gesellschaftlich hergestellt: entfacht, angeheizt, getriggert.«

Von einer »Spaltung der Gesellschaft« ist immer häufiger die Rede. Auch in der Alltagswahrnehmung vieler Menschen stehen sich zunehmend unversöhnliche Lager gegenüber. So plausibel sie klingen mögen, werfen entsprechende Diagnosen doch Fragen auf: Wie weit liegen die Meinungen in der Bevölkerung wirklich auseinander? Und ist die Gesellschaft heute wirklich zerstrittener als zur Zeit der Studentenproteste oder in den frühen Neunzigern?
Nicht zuletzt weil man eine Spaltung auch herbeireden kann, tut mehr Klarheit not. Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser kartieren aufwendig die Einstellungen in vier Arenen der Ungleichheit: Armut und Reichtum; Migration; Diversität und Gender; Klimaschutz. Bei vielen großen Fragen, so der überraschende Befund, herrscht einigermaßen Konsens. Werden jedoch bestimmte Triggerpunkte berührt, verschärft sich schlagartig die Debatte: Gleichstellung ja, aber bitte keine »Gendersprache«! Umweltschutz ja, aber wer trägt die Kosten? Eine 360-Grad-Vermessung der Konflikte um alte und neue Ungleichheiten, die eine unverzichtbare Diskussionsgrundlage bietet und viele Mythen entzaubert.

Steffen Mau, geboren 1968, ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sein Buch *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* (st 5092) stand auf Platz 1 der Sachbuch-Bestenliste von ZDF, *Zeit* und Deutschlandfunk Kultur. 2021 erhielt er den Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft.
Thomas Lux, geboren 1979, und **Linus Westheuser**, geboren 1989, sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Lehrbereich Makrosoziologie der HU.